Dienstag, 30. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

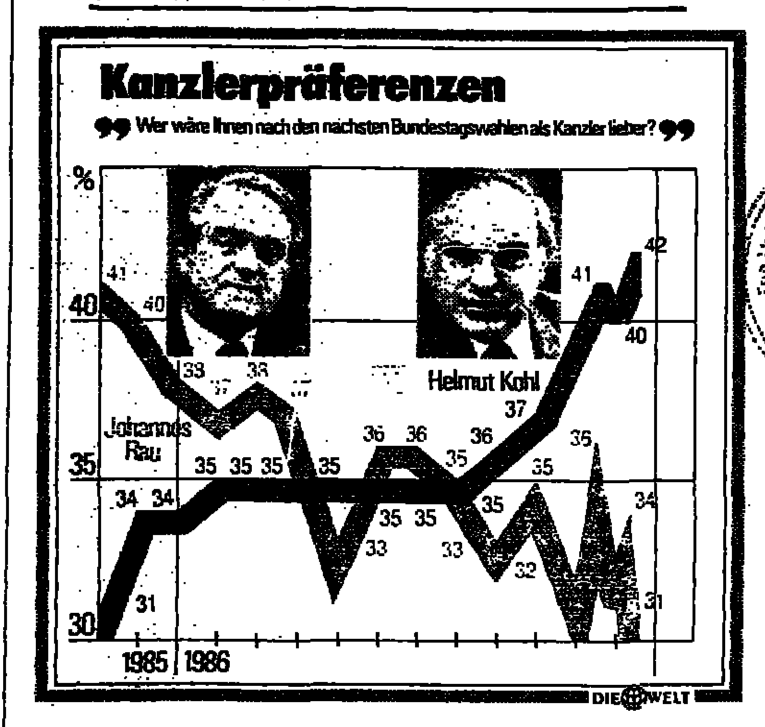
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 302 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 TL.

exklusiv in der WELT



Wahlbarometer: SPD im Tief

Vier Wochen vor der Bundestagswahl sehen die Allensbacher Demoskopen die SPD auf einem Tiefpunkt angelangt. Bei den jüngsten Meinungsumfragen für das WELT-Wahlbarometer kamen die Sozialdemokraten auf einen Zweitstimmen-Anteil von 32,4 Prozent – das ist der niedrigste Wert, der in den letzten 14 Jahren für diese Partei ermittelt wurde. (CDU/CSU: 48,7 – Grüne: 10,7 – FDP: 7,8 Prozent.) Bei der Frage nach dem Kanzler hat Kohl jetzt einen Vorsprung von elf Prozentpunkten vor seinem Herausforderer Rau. Seite 6

Heute in der WELT

Ein Stipendium in den USA

Der Arbeitsmarkt für Juristen wird immer enger. Wer nach einem guten juristischen Examen in der Bundesrepublik Deutschland an einer US-Hochschule letzten Schliff erhalten möchte, kann sich an einer der Elite-Universitäten um einen Platz bewerben. Ein junger Anwalt, der eben aus Berkeley zurückgekehrt ist, beschreibt in der Hochschul-WELT, wie man an ein Stipendium kommt, welche Hürden sich auftürmen und wie sie zu nehmen sind. Seite 7

POLITIK

Flucht: Einem 22jährigen ist bei Fulda die Flucht aus der „DDR" gelungen. Der Mann überwand die Sperren, indem er mit Hilfe von Steigeisen den Metallgitterzaun überkletterte.

Gestorben: Der frühere Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee, Huang Kecheng, ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war während der Kulturrevolution gemaßregelt und 1977 rehabilitiert worden.

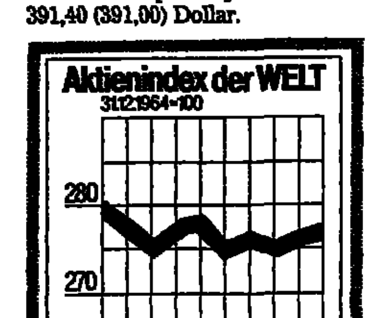
Bestätigt: Der nordkoreanische Parteichef Kim Il Sung ist als Präsident seines Landes wiedergewählt worden. Der 74jährige Kim hatte 1948 die Republik Nordkorea gegründet.

Philippinen: Eine Kommission in Manila hat den philippinischen ehemaligen Präsidenten Marcos auf Zahlung von 750 Millionen Dollar verklagt. Damit soll das von Marcos illegal erworbene Vermögen wiederbeschafft werden.

WIRTSCHAFT

Kreditaufnahme: Der Bund hat mit 23 Milliarden Mark Neuverschuldung seinen Kreditbedarf für 1986 gedeckt. Damit wurde die bewilligte Kreditermächtigung nicht ausgeschöpft. Die Aussichten für 1987 werden „insgesamt günstig" beurteilt. (S. 11)

Börse: Die deutschen Aktienbörsen schlossen am vorletzten Handelstag in diesem Jahr nach äußerst lustlosem Geschäft uneinheitlich. Bei den öffentlichen Anleihen war die Tendenz kaum anders. WELT-Aktienindex: 277,84 (277,04). BHF-Rentenindex: 106,566 (106,521). BHF-Performance-Index: 108,497 (108,422). Dow-Jones-Index (26.12.): 1930,40. Dollarmittelkurs: 1,9458 (1,9702) Mark. Goldpreis je Feinunze: 391,40 (391,00) Dollar.



KULTUR

Frauen: Entscheidend für das Durchsetzungsvermögen einer Frau ist die Fähigkeit der Sachbezogenheit. Zu diesem Urteil kommt die Paderborner Professorin Gertrud Höhler. (S. 17)

Widerstand: Walentin Rasputin gehört zu den „leisen" Schriftstellern der UdSSR. Um so mehr überrascht seine Aussage, gegen die Atomkraftwerke in seinem Land kämpfen zu wollen. (S. 17)

SPORT

Ski alpin: Der erste Weltcup-Parallelslalom in Berlin war bei 15 000 Zuschauern kein Geschäft. Die Veranstalter rechnen mit einem Defizit von rund 300 000 Mark. (S. 9)

Bob: Zum ersten Mal seit 1980 gab es für die Bundesrepublik einen Sieg bei einem Zweierbob-Rennen. Toni Fischer/Christoph Langen gewannen beim Nationencup in Königssee. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Botschaft: Monatelang paukte der Berliner Rektor Höhne chinesische Laute. Der Grund: Er wird im chinesischen Fernsehen die Neujahrsbotschaft von Eberhard Diepgen verlesen. (S. 18)

Jahresanfänge: Der kalendarische Beginn des Jahres war hierzulande nicht immer der 1. Januar. Lange Zeit herrschte heillose Konfusion, denn es gab fünf verschiedene Jahresanfänge. (S. 18)

Umwelt – Forschung – Technik Seite 8
Leserbriefe und Personalien Seite 8
Fernsehen Seite 16
Wetter: Sehr mild Seite 18

SPD wirbt jetzt bei Wählern gezielt um die Zweitstimme

Union will Gewicht des Partners begrenzen / FDP bleibt bei ihrer Taktik

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit der SPD rückt jetzt zum ersten Mal eine der großen Parteien die gezielte Werbung um die Zweitstimme in den Mittelpunkt der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs. Überrascht hat in Bonn, daß die Sozialdemokraten auf ihrem „Schluß-Plakat" die Bürger nur auffordern: „Wählen Sie mit Ihrer Zweitstimme Johannes Rau. SPD." Bundesgeschäftsführer Glotz sagte dazu, man müsse den Wählern deutlich machen, daß mit der Zweitstimme über die prozentuale Stärke der Parteien entschieden werde. Glotz: „Die Zweitstimme ist die Kanzler-Stimme."

Die CDU dagegen will im Wahlkampf um beide Stimmen kämpfen. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler begründete die Aufforderung seiner Partei „beide Stimmen für die CDU" damit, daß die FDP die Fünf-Prozent-Hürde am 25. Januar 1987 wohl „aus eigener Kraft" nehmen werde. Unausgesprochen machte er damit deutlich, daß es bei der als sicher unterstellten Bestätigung der Koalition von Union und FDP nun auf das Innenverhältnis im Regierungsbündnis ankommen werde. Je stärker die FDP bei der Wahl abschneidet, um so größer wird ihr Einfluß bei den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl sein.

Bisher galt die Zweitstimmen-Werbung als Domäne der FDP, was in vergangenen Wahlkämpfen zum Wort von den „Leihstimmen" geführt hatte, weil manche Stammwähler des jeweiligen Koalitionspartners der Liberalen zwar ihre Erststimme dem Kandidaten der eigenen Partei, die Zweitstimme aber der FDP zu deren Absicherung diesseits der Fünf-Prozent-Klausel gegeben hatten.

Die Freien Demokraten halten auch bei dieser Bundestagwahl an ihrer bewährten Taktik fest. Generalsekretär Haussmann ließ keinen Zweifel, daß seine Partei mit ihrer Zweistimmen-Kampagne ebenfalls auf das koalitionsinterne Verhältnis abstellt, um möglichst viel von den drei essentiellen Forderungen der FDP gegenüber der Union durchzusetzen: Bestätigung der Außenpolitik einschließlich der Person des Außenministers Genscher, Einführung des Umweltschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz und drastische Senkung der Steuern.

Geißler, Haussmann und Glotz machten deutlich, daß im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen die ausdrückliche Bitte um die Zweitstimme auf den als Mobilisierungshilfe für die Schlußphase des Wahlkampfes vorbereiteten Plakaten und in den Fernseh- und Rundfunk-Werbespots auftauchen werde.

An geplanten Wahlkampfkosten nannte Geißler 40 Millionen Mark für die CDU, Glotz 50 Millionen für die SPD und Haussmann nur sechs Millionen Mark für die FDP.

Während die SPD das Thema der angeblichen „sozialen Kälte" der Regierung Kohl sowie Friedenssicherung und Umweltschutz in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der Regierung stellen will, setzt die Union erneut – wie in der erfolgreichen Schlußphase des niedersächsischen Landtagswahlkampfes („Stoppt Rot-Grün") – auf den Slogan „Zukunft statt Rot-Grün". CDU-Generalsekretär Geißler dazu: Das „eigentliche Wahlkampfziel" der SPD ist eine rot-grüne Mehrheit.

DER KOMMENTAR

Kurz, aber trickreich

RALPH LORENZ

Die Parteien biegen in die Zielgerade zum 25. Januar ein. Bereits in dieser Phase wird sichtbar, wie schwer sich Frühstarter Johannes Rau tut. Seine „Zweitstimmenkampagne" („Wählen Sie mit Ihrer Zeitstimme Johannes Rau. SPD") enthält das Eingeständnis, daß er zunehmend auf Platz – nicht mehr auf Sieg – setzt. Zwar heißt die Zweitstimme zu Unrecht so (denn sie ist in Wahrheit die Kanzler-Stimme), aber eine Volkspartei, die die Mehrheit ins Visier nimmt, muß für beide Stimmen mobilisieren und plakatieren: für den Wahlkreiskandidaten die Erststimme und für die das Prozentverhältnis der Parteien bestimmende Zweitstimme. Davon hat sich Johannes Rau im Endgalopp – wenn auch trickreich – verabschiedet.

Die Zweitstimmenkampagne war bisher für Klein- und Splitterparteien reserviert. Sie soll die FDP, traditionell auf „Leih-" und Zweitstimmen angewiesen, als Partner eines fortgesetzten konservativ-liberalen Bündnisses schwächen, wenn nicht gar aus dem Rennen werfen. Gleichzeitig umgarnt Rau damit die Grünen.

Jede so groß angelegte Zweitstimmenkampagne ist zugleich ein Angriff auf die Intelligenz des Wählers, der verleitet werden soll, dieses Kreuzchen als zweitklassig-milde Wahlspende für notleidende Parteien zu opfern.

Ist das Rennen nicht schon gelaufen? Wenn es stimmt, daß die Grundeinstellung des Wahlbürgers während der Feiertage geprägt wurde, dann könnte sich CDU-Wahlstratege Heiner Geißler schon jetzt selbstzufrieden zurücklehnen. Die SPD lag demoskopisch bisher nur zweimal derart abgeschlagen: 1973 vor dem Wechsel von Brandt zu Schmidt und im Sommer 1982 vor der Wende. Genau in diesem festtäglichen Völlegefühl der Siegesgewißheit liegt die Gefahr für Kohl.

Es ist auf jeden Fall die ungewöhnlichste Wahlschlacht: Erstmals kämpft die SPD mit einem Gewerkschafts-Malus: der Herausforderer geriet zum Selbstverteidiger. Selten zuvor haben die Bürger ihre Zuversicht so konkret mit der Präferenz für ein Parteienlager verknüpft, und noch nie war der Wahlkampf so kurz – und so trickreich.

„Gorbatschow treibt gefährliches Spiel"

Brzezinski: Innenpolitische Probleme Moskaus wachsen / Chancen für USA

SAD/DW. Washington/New York

Zu den jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in der Sowjetunion – der Rückkehr Sacharows nach Moskau und dem Aufstand in Kasachstan – hat sich jetzt erstmals auch eine prominente Stimme aus den Vereinigten Staaten geäußert. Der ehemalige Sicherheitsberater des früheren Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, vertrat in einem Gespräch mit der US-Fernsehgesellschaft ABC die Ansicht, daß die USA in bestimmten Bereichen davon profitieren könnten. Die sowjetische Führung werde sich in Zukunft, so Brzezinski, in wachsendem Maße mit den inneren Schwierigkeiten auseinandersetzen müssen. Das könnte den USA wiederum bei der Abrüstung von Atomwaffen oder bei der Beilegung der regionalen Konflikte in Afghanistan oder Mittelamerika neue Möglichkeiten eröffnen.

Die Bemühungen des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow um eine stärkere Liberalisierung nannte der frühere Chef des US-Sicherheitsrates ein „sehr trickreiches und gefährliches Spiel". Der Kreml-Chef versuche, das System zu modernisieren, ohne es jedoch zu reformieren. Nach Ansicht Brzezinskis steht die Welt „am Vorabend einer sehr bedeutsamen Entwicklung in der Sowjetunion, vielleicht sogar vor einer Entwicklung von großer Tragweite". Er fügte hinzu: „Ich meine, daß wir im nächsten oder übernächsten Jahr in der UdSSR mit sehr wichtigen Ereignissen rechnen können."

Dazu zählte der frühere Sicherheitsberater weitere Unruhen wie die in Kasachstan sowie wachsende Spannungen innerhalb des Systems. Die Ausschreitungen in Alma Ata bezeichnete Brzezinski als einen „beispiellosen Akt von Selbstbehauptung" der Menschen in dieser Sowjetrepublik.

Die Reformbereitschaft Gorbatschows ist offenbar auch ein wesentlicher Grund dafür, daß sich eine Gruppe von rund 50 sowjetischen Immigranten, die zum großen Teil zwischen sechs und acht Jahren in den USA gelebt hatten, zur Rückkehr in die Sowjetunion entschlossen hat. Ein Mitglied der Gruppe, der 37 Jahre alte Alexander Cherkasets, bezeichnete als wichtigsten Grund für seine Rückkehr die Hoffnung, daß sich die sowjetische Gesellschaft unter Gorbatschow zum Guten ändern werde. Andere beklagten die hohe Kriminalität und die „Geldgier" in den USA.

Nach Angaben des Sprechers der sowjetischen Botschaft in Washington, Malokow, handelt es sich um die bisher größte Gruppen von rückkehrwilligen sowjetischen Auswanderern. Der sowjetische Vizekonsul in New York, Alexej Swakin, erklärte dazu, viele Mitglieder der Gruppe seien jüdischen Glaubens. Sie hätten sich nicht an die Lebensweise in den Vereinigten Staaten gewöhnen können.

Vor allem elektrische Geräte und Kleidung aus den USA nahmen viele in die alte Heimat mit. „Solche Artikel finden sie in Moskau nicht", räumte Swakin ein. Er fügte hinzu, nach ihrer Rückkehr werden sie ihre Gewohnheiten ändern müssen.

Kirchner fordert Flexibilisierung

DW. Bonn

Die Tarifrunde 1987 ist nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Kirchner, wichtiger als die von 1984, als es um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ging. Zwei Grundentscheidungen stünden an: die Flexibilisierung der Arbeitszeit und eine moderate Lohnrunde. Kirchner warnte davor, durch Lohnzuwächse von mehr als 2,5 Prozent eine hausgemachte Inflation herbeizuführen.

Seite 10: Geballte Faust

Reisen wird 1987 billiger

DW. Bonn

Urlauber haben im kommenden Jahr gute Aussichten: Der Kampf um Anteile auf dem Pauschalreisemarkt und eine feste D-Mark werden das Reisen deutlich billiger machen. Die Veranstalter selbst, so erklärte jetzt ein Sprecher des größten Unternehmens der Branche gegenüber der WELT, erwarten im kommenden Jahr durch das „äußerst günstige" wirtschaftliche Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 10,7 Millionen Reisende.

Seite 11: Größter Gegenwert

WELT-Beilage zum Jahresende

hkl. Bonn

1986 war ein ereignisreiches Jahr. Wie werden die kommenden zwölf Monate? Manager aus Industrie, Handel und Gewerbe geben ihre Prognosen ab. Die WELT veröffentlicht sie in einer 24 Seiten umfassenden Beilage zum Jahresende. Sie präsentiert außerdem „Profile der Courage", eine Chronik des Jahres '86 sowie einen Rückblick auf Höhepunkte in Sport, Kultur, Architektur und Medizin. Nicht zuletzt „Buchbesprechungen": Gedrucktes über nie Gedrucktes.

Einwände gegen TÜV-Monopol

hg. Bonn

Seit Jahren kämpf der Bundesverband der freien Berufe (BfB) um die Zulassung freier Sachverständiger zur amtlichen Prüfung von technischen Anlagen; bisher ist es ihm nur bei Medizingeräten gelungen, das TÜV-Monopol aufzubrechen. Argument gegen eine Zulassung der Freiberufler: „Sicherheit verträgt keinen Wettbewerb." BfB-Hauptgeschäftsführer Rollmann nennt den Einwand in einem WELT-Gespräch „töricht".

Seite 11: Freiberufler

„Wirtschaft bleibt auf solidem Kurs"

Spitzenmanager sehen für 1987 keinen konjunkturellen Klimawechsel / Kritik an Steuersystem

K. SÖHLER, Bonn

Obwohl sich die deutsche Wirtschaft schon vier Jahre auf Wachstumskurs befindet, reißen die Antriebskräfte nicht ab. Mit dieser Konjunktureinschätzung gehen die Spitzenmanager der deutschen Wirtschaft in das Jahr 1987.

Vier Fünftel der Topmanager fühlen keine Flaute nahen. Das ergab eine Umfrage des Instituts für Innovations- und Kommunikationsforschung e.V. (IIK), Münster, im Auftrag der WELT. Die vollständigen Ergebnisse finden Sie heute in der Beilage zum Jahresende.

Die Führungskräfte haben unter anderem die Aussichten für die kommenden zwölf Monate benotet. Die Skala orientiert sich an dem Schulnotensystem. Die Traumnote „eins" haben zwar nur 2,3 Prozent der Befragten für 1987 vergeben. Aber 38,1 Prozent erwarten auch für die nahe Zukunft „gute" Verhältnisse und 40,9 Prozent gehen von einer „befriedigenden" Lage im kommenden Jahr aus. Auffällig ist, daß keiner seine Aussichten mit „ungenügend" bewertet.

Als Fazit vermittelt die Umfrage den Eindruck einer soliden Basis für die Wirtschaft. 6,8 Prozent antworteten mit „sehr gut" auf die Frage: „Welche Note geben Sie persönlich dem Geschäftsjahr 1986?" und 39,2 Prozent und 38,1 Prozent entschieden sich für die Noten „gut" und „befriedigend". 1986 wurde also häufiger als 1987 mit der besseren Notenhälfte bedacht.

Daß die Jahre 1983 bis 1985 im Rückblick nicht rosiger erscheinen als die kurzfristige Zukunft, läßt sich angesichts der Prognosen erahnen. Schließlich haben manche Branchen erst mit Zeitverzögerung den wirtschaftlichen Aufschwung erfahren – inzwischen sind die meisten vom Auftrieb erfaßt.

Die guten Noten werden von allen Branchen gleichermaßen vergeben. Bei den schlechten hingegen ragen einige Wirtschaftszweige heraus. Genannt werden hier vor allem Maschinenbau und Elektroindustrie.

Mit dem gleichen Selbstbewußtsein, mit dem die Topmanager die Zukunft beurteilen, bewerten sie auch die Stärken und Schwächen der deutschen Wirtschaft. Als sie die drei wichtigsten Pluspunkte deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb nennen sollten, entschieden 30,6 Prozent, daß „Made in Germany" ein Garant für gute Qualität sei. Abgeschlagen auf dem zweiten Platz folgt mit 18,8 Prozent die Qualifikation der Mitarbeiter und auf Platz drei mit 14 Prozent die Exportfähigkeit. Auch Innovations- und Finanzkraft, Wettbewerbsfähigkeit oder Betriebsklima belegen noch vordere Ränge.

Der Hemmschuh drückt die Manager beim Staat. So empfinden 26,6 Prozent der Befragten das Steuersystem als große Schwäche. 20,3 Prozent fühlen sich durch die hohen Personalkosten behindert.

Auch die Bürokratie werten viele als großes Hemmnis. Eine fehlende Qualität des Personals monierten dagegen nur 3,5 Prozent der Befragten.

Blüm sieht Ältere im Abseits

DW. Köln

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sieht die Gefahr, daß ältere Menschen in der Bundesrepublik immer mehr ins Abseits geschoben werden. „Wir sind auf dem Weg in eine jugendwahnsinnige Gesellschaft", sagte der CDU-Politiker der „Kölnischen Rundschau". Es sei menschenunwürdig, „wenn die Jungen, Ausgebildeten und Gesunden Arbeit finden, die Alten aber mit Unterstützung abgefunden werden", erklärte Blüm.

Seite 2: Überall Wahn

Iacocca will nicht kandidieren

SAD, Washington

Wegen der seiner Meinung nach unsicheren Zukunft der amerikanischen Wirtschaft hat der Vorstandsvorsitzende des Chrysler-Automobilkonzerns, Lee A. Iacocca, erklärt, er werde sich 1988 nicht um die US-Präsidentschaft bewerben. Iacocca, der als Kandidat für die Demokraten im Gespräch war, erklärte unverblümt: „Ich wüßte zum Verrecken nicht, wie die Probleme zu lösen sind. Und deshalb will ich auch nicht Präsident werden."

Wenn Do-it-yourself explosiv wird

DIETER THIERBACH, Bonn

„Wir stellen immer wieder fest, daß es nicht nur im Ausland, sondern auch in deutschen Hotels sehr oft mit der Wartung und Überprüfung der Gasanlagen hapert. Da wird rasch noch ein zusätzlicher Bräter aufgestellt, oder schnell noch eine Propangasflasche mit Gummirohranschluß herangeholt. Die Leitung kann porös sein, abgeknickt werden, oder in den Strahlungsbereich anderer Flammen hineinkommen."

Nach den jüngsten Gasunglücken machte Frankfurts Leitender Branddirektor, Ernst Achilles gegenüber der WELT deutlich, daß bei der Frage nach der Sicherheit der Gasversorgung nicht alles auf die Versorgungsunternehmer geschoben werden dürfe: „Die Betreiber der Anlagen haben die größte Verantwortung."

Hinzu komme, daß sich Erd- oder Stadtgas und die in Vorratstanks gelagerten Flüssiggase wie Propan oder Butan unterschiedlich verhalten: Während die ersteren Gase leichter als Luft sind und schnell in die Atmosphäre entweichen, ist Propan oder Butan schwerer, sammelt sich als tückische Schicht am Boden und breitet sich unbemerkt in Kellerräumen aus („ . . . das fließt dann wie Wasser").

Problematisch, so Ernst Achilles, sei außerdem noch immer, daß einzelne Gasgeräte nicht vorschriftsmäßig installiert worden seien. Nicht die Energieversorgungsunternehmen, schon die Installateure achten nicht immer auf die „notwendige Sorgfalt". Wenn dann im Haushalt Gas explodiert, habe der Eigentümer oft selbst unsachgemäß ein Rohr verlegt. Ernst Achilles: „Teilweise wird heute noch in Do-it-yourself-Manier verfahren".

SEITEN 2 UND 18:
Weitere Beiträge

Frankfurts oberster Feuerwehrmann empfiehlt deshalb, die Anlagen in einem turnusmäßigen Abstand zu überwachen. Bereits bei Baugenehmigungen und Konzessionsanträgen könnte zur Auflage gemacht werden, einen Wartungsvertrag nachzuweisen. „Bei besonders gefährdeten Anlagen im Hotelbereich, in Krankenhäusern und in Kinos sollte man eine Inspektion in turnusmäßigem Abstand von einem Jahr durchführen."

Ernst Achilles kann sich zwar vorstellen, daß über die Gewerbeaufsichtsämter ein stärkerer Druck als bisher ausgeübt wird, „häufigere Kontrollen durch staatliche Überwachungsorgane bringen jedoch auch nicht sehr viel, denn letzlich können das ja immer nur stichprobenartige Überprüfungen sein. Verdeckte Mängel können so nicht entdeckt werden."

Seine Lösung aus dieser Misere: Überwachung und Wartung sollten besser einer Ingenieurgesellschaft übertragen werden, die dann volle Verantwortung für die Sicherheit der Anlage übernimmt.

Warschau zieht Autos von ‚Solidarität'-Mitgliedern ein

Neue Taktik, die Opposition lahmzulegen? / Schnellverfahren

CHARLES GANS, Warschau

Die polnischen Behörden haben einen neuen Weg entdeckt, um die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" lahmzulegen. Anstatt Mitglieder und Sympathisanten einzusperren, werden deren Autos eingezogen. Als juristische Handhabe dient eine Bestimmung, wonach Gerichte Fahrzeuge beschlagnahmen können, die beim Vertrieb illegaler Publikationen benutzt werden.

Einer der Betroffenen ist der 28jährige Theologiestudent Maciej Frankiewicz in Posen. Er wurde am 11. Dezember festgenommen, nachdem Polizisten in seinem Koffer einige Kalender für 1987 mit dem Titel „Kämpfende Solidarität" gefunden hatten. Er wurde zu einer Geldstrafe von 50 000 Zloty – etwa das Doppelte eines durchschnittlichen Monatslohns – verurteilt. Das Gericht verfügte ferner, daß der Fiat Polski, der dem Vater des Studenten gehört, eingezogen werden solle.

Anhänger der „Solidarität" glauben, daß die Behörden ihre Taktik geändert haben, weil sie mit der früher üblichen Praxis der Inhaftierung die Opposition nicht zerschlagen konnten, und weil Verhaftungen bei westlichen Regierungen Mißstimmung auslösten. „An die Stelle der strafrechtlichen Unterdrückung ist jetzt eine Politik der finanziellen Repression getreten", sagte der als Berater der „Solidarität" fungierende Warschauer Zbigniew Romaszewski. Die neue Taktik deute darauf hin, daß die Behörden gezwungenermaßen bereit seien, eine begrenzte Opposition hinzunehmen, daß sie aber zugleich deren Anwachsen verhindern wollten.

Nach einer im Oktober vom Parlament beschlossenen Strafrechtsnovelle können Delikte wie die Störung der öffentlichen Ordnung, Verbreitung illegalen Schrifttums und Mitgliedschaft in einer verbotenen Gewerkschaft jetzt auch von unteren Gerichten geahndet werden. Die Opposition ist darum besorgt, daß ihre Anhänger in Schnellverfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgeurteilt werden, ohne die Möglichkeit, einen Anwalt mit ihrer Vertretung zu beauftragen. (AP)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wahn, überall Wahn

Von Peter Gillies

Wer seinerzeit den Spruch „Trau keinem über dreißig“ skandierte, ist mittlerweile ruhig geworden, weil er sich selbst den Vierzigern nähert. Dennoch beklagt Sozialminister Blüm, wir befänden uns noch immer „auf dem Weg in eine jugendwahnsinnige Gesellschaft“.

Unterstellt, es sei so, wer hätte denn diesen Wahn bewirkt? Eine Gesellschaft ist intakt, in der sich die Generationen in der Balance sehen, einander prägen, Rücksicht nehmen und gegenseitig fordern. In diesem Lebensbaum hat jede ihre Funktion, jede ihre Jahreszeit. Über- oder Unterbewertung von Kind und Greis, von Jugend und Alter findet nie durch diese eine Gruppe statt. Der Rest der Gesellschaft bewertet: Wenn alle das Alter für eine Last und die Jugend für ein Verdienst halten, dann geschieht es so.

Just die Politik liefert Anschauung dafür. Da gibt es einen Vorruhestand, wo unter staatlicher Förderung die Erfahrung älterer Arbeitnehmer aus dem Betrieb gekegelt wird. Wer vorgibt, der Jugend helfen zu wollen, lockt sie zuallererst mit BAföG, Zuschuß und Hilfe, selten jedoch mit Herausforderung, Pflicht, Dienst und Hingabe. Diese Eigenschaften scheinen für die „anderen“ Generationen reserviert zu sein. Listig werden Begriffe wie Erfahrung, Verwirklichung oder Bestimmung mit der Vorsilbe „Selbst“ geschmückt – scheinbar maßgeschneidert für die Jugend, um die man buhlt. Wenn ein Ausschuß des Deutschen Bundestages einen Studenten der Physik auf der gleichen Stufe anhört und bewertet wie einen erfahrenen Professor dieser Wissenschaft, wenn allein Protest schon qualifiziert, dann geraten Maßstäbe durcheinander.

Wie jedermann weiß, ist die Jugend ganz anders, als die „Jugendwahnsinnigen“ meinen. Sie erliegen ihren Vorstellungen nicht aus Einsicht, sondern aus PR-Gesichtspunkten, sind insofern Opfer eigener Fehleinschätzung über die Harmonie der Generationen. Es gibt Sechzigjährige, deren physische und psychische Energie die Jungen in den Schatten stellt, wie es umgekehrt Zwanzigjährige mit dem Habitus von Opas gibt. Für die Frage, ob jemand seinen kleinen Stein zum Bau der Gesellschaft beiträgt, ist das Lebensalter nachrangig. Auch Autosuggestion vermag Wahnsinn zu bewirken.

Die Krise verschärft sich

Von Peter Ruge

Der wilde Streik bei Frankreichs Eisenbahnern kostet schon über eine Milliarde Franc. Ein Ende ist nicht abzusehen, aber abzusehen ist, daß den Verlusten der Bahn Preisanhebungen folgen. Was die Abkehr zur Straße hin beschleunigt.

Die „Basis“, von den Lokomotivführern angeführt, hat sich nun national konstituiert. Ähnlich den Vorgängen bei den Studentenunruhen. Das hat mehrere Auswirkungen. Vordergründig: Neben den Gewerkschaften ist eine zweite Arbeitnehmervertretung entstanden. Mit wem soll die SNCF verhandeln – nur mit den Gewerkschaften, parallel dazu mit der Basis, oder mit beiden zusammen? Deshalb wird das heutige Treffen mit den Gewerkschaften vorerst als „Gespräch“ deklariert.

Dann: die Folgen dieser umstürzlerischen Entwicklung zeigen sich in der zunehmenden Hektik bei den etablierten Gewerkschaften an. Der sich seit Jahren abzeichnende Mitgliederschwund – eine internationale Entwicklung, nicht nur in Frankreich – wird jetzt offenbar begleitet von einem rapiden Vertrauensverfall. So zieht vor allem die kommunistische CGT alle Register, sie sucht jetzt in anderen Arbeitnehmer-Bereichen ihre Legitimation: Streikaufrufe und Einladungen zu Demonstrationen häufen sich.

Damit droht dem seit fast zwei Wochen anhaltenden Ausstand bei den Eisenbahnern und dem seit achtzehn Tagen währenden Streik der Docker eine gefährliche Ausweitung – aus einer Profilneurose der Gewerkschaften. Die Ankündigung von Arbeitsniederlegungen bei der Post und im Elektrizitätsbereich nach Neujahr könnte die V. Republik mit einer Streikwelle überziehen, die – nach den Jugendprotesten – die Regierung Chirac in einen zweiten Krisenstrudel ziehen dürfte.

Chirac hat sich bei den Schülern und Studenten zuerst hinter einem Ministerium verschanzt, dann lange gezögert, um endlich doch nachzugeben. Zwischen ihm und den Eisenbahnern stehen heute die SNCF und die Gewerkschaften, stehen ein Milliarden-Verlust und die Drohung von Sanktionen. Sollte es da nicht einem Politiker gelingen, an den mündigen Staatsbürger im Arbeitnehmer zu appellieren: Demokratie ist nicht nur eine Einbahnstraße von unten nach oben – ?

Gas und Aberglaube

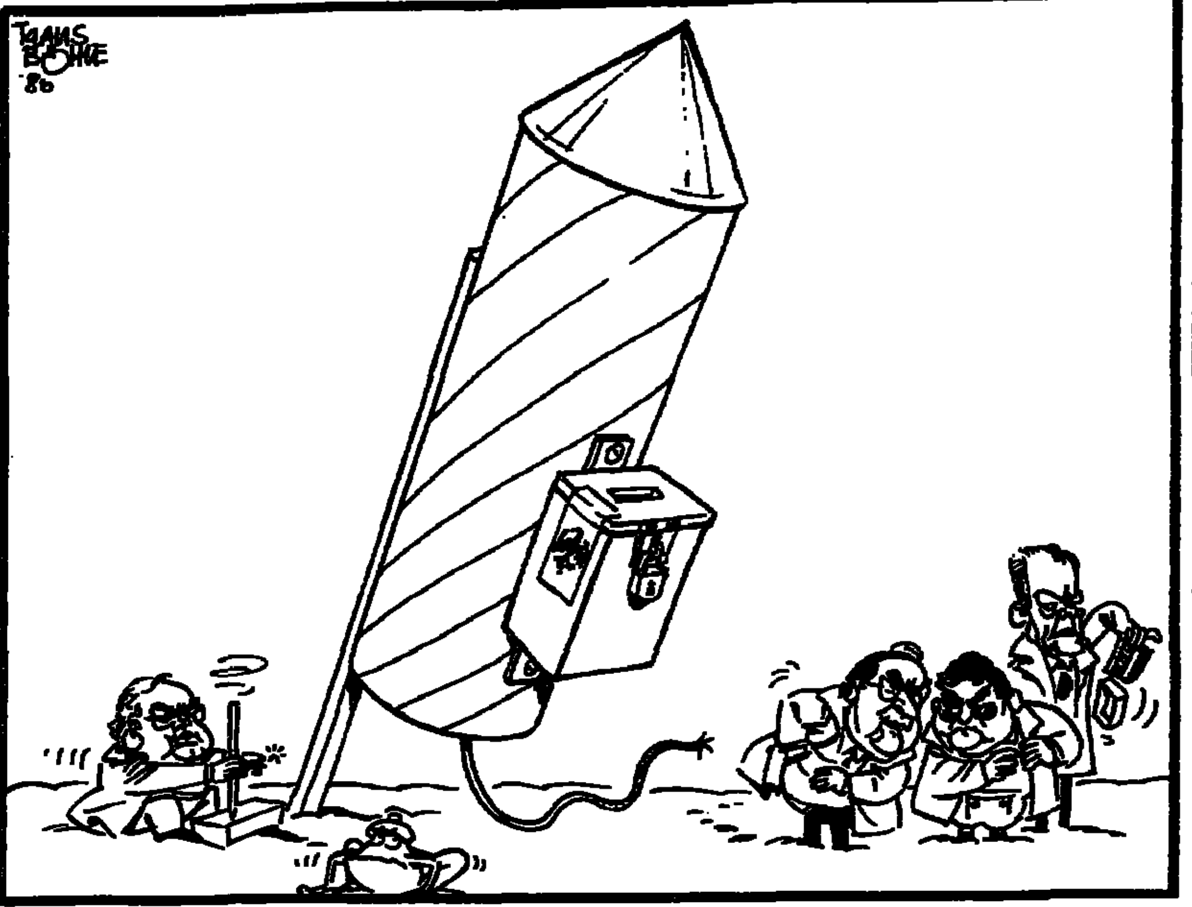
Von Joachim Neander

Unglück macht abergläubisch“, schrieb vor 162 Jahren Wilhelm von Humboldt in einem Brief. „Man fürchtet überall, man sieht nur traurige Vorbedeutungen.“ Die letzten Gasexplosionen mitsamt ihren Folgen scheinen eine Art Bestätigung dieser Erkenntnis zu sein.

Daß Gas fast jeden Winter entweder infolge strengen Frostes oder nach heftigen Temperaturschwankungen die Ursache für Explosionen und Brände sein kann, ist seit langem bekannt. Die Häufung der Fälle mit Todesopfern und so schweren Schäden in diesen Tagen ist wahrscheinlich Zufall, die Ursache im einzelnen unterschiedlicher Art. Aber Gas wird von vielen Menschen als besonders tückisch empfunden. Es ist giftig, feuergefährlich, explosiv. Die Lautlosigkeit und Hinterhältigkeit des Todes scheint sich in ihm zu einem Begriff zu formen.

Aber vielleicht ist gerade diese, in der nachrichtenarmen Phase zwischen Weihnachten und Neujahr noch besonders schrill hervortretende Häufung der Katastrophen ein geeignetes Beispiel dafür, wie nahe Angst und Aberglauben beieinander wohnen. Wenn der uninformierte Bürger von Chemieunfällen in der Zeitung liest, wird er vielleicht noch dazu neigen, von Vater Staat einfach ein absolutes Verbot dieser gefährlichen Stoffe mit den unaussprechlichen Namen zu fordern. Daß ein simples Verbot, die bewährte und bequeme Energiequelle Gas zu nutzen und auszubauen, unsinnig wäre, leuchtet dagegen so gut wie jedermann ein. Eine allgemeine Gas-Hysterie ist nicht zu befürchten.

Dabei ist zwischen dem einen und dem anderen Problem kaum ein Unterschied. In beiden Fällen muß der Mensch lernen, das technisch scheinbar Selbstverständliche und Nützliche immer neu auch auf seine Gefahren hin zu überprüfen. Verbesserungen im Bereich der Produktion und der Installation sind hier meist wirksamer als die in der Öffentlichkeit stets propagierte Intensivierung der Kontrollen. Ignoranz, Schlamperei und blauer Montag sind schließlich auch unter Kontrolleuren denkbar.



„Hat jemand was Zündendes?“ KLAUS BÖHLE

Meinem Alten gute Kunde

Von Paul F. Reitze

Die Studentenrevolte von 1968 hatte ihre ideologischen Quellen im Studium der beiden „M“: Marx und Marcuse. Emotional wurde sie vom Leben in der „Kommune“ gespeist. Das eine wie das andere hat heute ausgespielt.

Was Marx angeht, so halten es die weitaus meisten deutschen Studenten mittlerweile wieder mit dem einstigen britischen Labour-Premier Wilson, der nie über die ersten Seiten des „Kapital“ hinausgelangt war – „wegen dessen Langweiligkeit“. Marcuse wird noch in einigen Politik-Schulbüchern konserviert, aber an den Universitäten weckt er kaum noch nostalgische Erinnerungen, geschweige denn Gefolgschaftsgelüste.

Und die „Kommune“? Selbst in der weniger ideologischen Form der Wohngemeinschaft hat sie abgedankt. In der jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks sprechen sich für sie gerade noch 15 Prozent aus. 26 Prozent der Studenten an Universitäten und 37 Prozent der Fachhochschüler bekennen sich demgegenüber zur Nestwärme des Elternhauses.

Da vielen dieser Weg wegen der Entfernung zur Alma Mater nicht offensteht, ist das ein doppelt eindrucksvoller Wert. Dabei mögen Kostengründe ebenso mitsprechen wie Bequemlichkeit. Aber zugleich belegen die Zahlen auch, daß die Bindekraft der Familie größer ist, als manche Krankbeter gewähnt haben. Das ist ein gutes Zeichen für die Gesellschaft.

Aber nicht nur für sie. Die Studentengeneration von heute bietet den Älteren manchen Grund zur Klage, gewiß. Man muß indes davon abziehen, was es immer an Mißverständnis zwischen Jung und Alt gegeben hat. Warum gibt es im Deutschen nur den festen Begriff „Jugendsünde“, warum nicht eine vergleichbare Wendung für die voll im Leben Stehenden?

Schon der Grieche Herondas berichtet in der Mitte des dritten Jahrhunderts v. Chr. in einem Theaterstück, wie eine Mutter beim Lehrer ihres Sprößlings lamentiert. Als der Schulmeister verspricht, er werde beim Prügeln zulegen, sagt sie, unter dem Gelächter der Zuschauer, beglückt: „Ich gehe heim, bring meinem Alten gute Kunde.“

Die allermeisten Jungen von heute, von den Schülern über die Lehrlinge bis hin zu den Studenten, sind wieder leistungsmotiviert. Aber sie finden dafür wenig, zu wenig Spielraum vor. Dafür hat der französische Lyriker Paul Valéry ein weises Wort geprägt. „Die Jugend“, sagte er, „liebt nicht die vollkommenen Dinge. Sie lassen ihr zu wenig zu tun übrig und ärgern oder langweilen sie.“

Goethe hat seine Autobiographie „Dichtung und Wahrheit“ mit einem Motto des griechischen Komödiendichters Menander versehen: „Wer nicht geschunden wird, wird nicht erzogen.“ Mit anderen Worten: Wer den Jungen den Lebenskampf ersparen will, wer ihnen zu viele von Schnee und Eis befreite Wege schaufeln will, tut ihnen nicht nur nichts Gutes, er raubt ihnen Chancen, die Welt verantwortlich umzugestalten, macht zugleich unfähig, sie dort zu erhalten, wo sie erhaltenswürdig ist.

Die Kultusminister, die im neuen Jahr über eine Reform der gymnasialen Oberstufe beschließen wollen, haben die Chance, dort, wo die Dinge im argen liegen, eine Wende zum Besseren herbeizuführen. Dies setzt freilich voraus, daß sie so mancher liebgewordenen Häresie abschwören.

Zum Normenkatalog des zu Leistenden gehört vor allem, daß die Allgemeinbildung wieder fester verankert wird. Auf der Schule hat keineswegs jedes Fach denselben erzieherischen Wert, wie vor nunmehr fünfzehn Jahre glauben gemacht wurde. Biologie ist wichtig,



Freigeräumte Wege sind keine Freiräume: studierende Jugend FOTO: MANFRED VOLLMER

aber sie ist auf dem Gymnasium der Mathematik nicht gleichwertig, die keineswegs nur das Schlüsselfach für alle Naturwissenschaften ist, sondern gleichzeitig eine besondere Form der Denkschulung. Auch Latein, überhaupt die Sprachen müssen generell wieder höher eingestuft werden – im Sinne des Menander. Indem sie „schinden“, erbringen sie einen Beitrag zur Erziehung, nicht nur zum Wissen.

Die Kultusminister der unionsregierten Länder stehen hier unter einer besonderen Verantwortung. Sie dürfen nicht zulassen, daß das Abitur weiter ausgehöhlt wird, wie dies vor allem Nordrhein-Westfalen durchsetzen möchte. Wer in Unterprima Deutsch mit dem „Struwwelpeter“ bestreiten möchte, wie es NRW-Kultusminister Hans Schwier (SPD) am gymnasialen Sondertyp der „Kollegschule“ gestattet, handelt unverantwortlich. Man darf ihm nicht entgegenkommen, indem man solche Zeugnisse bundesweit anerkennt.

Aber es geht nicht allein um die Verbesserung der gymnasialen Oberstufe. Mindestens genauso krank ist die Mittelstufe, weil hier die Schüler verführt werden, alle Fächer nicht mehr ernst zu nehmen, die später abgewählt werden können. Nötig ist Kontinuität der Bildung. Wer die junge Generation fördern will, muß sie zunächst fordern. Man muß ihre Kräfte wecken und formen. Alles andere kostet Lebenschancen, ist damit im höchsten Maße unsozial.

Solche Initiativen kommen freilich zu spät für die, die heute schon studieren. Also muß die Hochschule flexibler werden, Leistungsbereitschaft bei den Jungen unterstützen, Perspektiven eröffnen.

Warum stellen sich deutsche Hochschulen so wenig der Kritik der Studierenden, warum tun sie so wenig, um Informations-Brücken zur Berufswelt zu schlagen? In beiden Bereichen ließe sich viel von Amerikas Universitäten lernen. Geschieht dies etwa deswegen nicht, weil auch auf Lebenszeit berufene Professoren zu oft der Versuchung des alten Trotts erliegen? Eine Gesellschaft, die nur noch im Sport die Leistungshürden höher legte, gäbe sich auf. „Schinden, um zu erziehen“ – ein schockierendes Wort? Es wäre gute Kunde für den Rest des Jahrtausends. Und darüber hinaus.

IM GESPRÄCH Gennadij Kolbin

Fremder in Kasachstan

Von Rose-Marie Borngäßer

Zu beneiden ist er wahrlich nicht, der neuernannte Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, Gennadij Wassiljewitsch Kolbin. Er muß sich fühlen wie ein Pudel unter Wölfen. Denn seine Beförderung mußte provokativ wirken – ein Russe an die Spitze einer großen asiatischen Nation gesetzt, die sich ohnehin von den Russen überfremdet fühlt, nachdem ihr auf Moskauer Druck Russisch zur zweiten Nationalsprache aufgepfropft wurde.

Die Reaktionen konnten also gar nicht ausbleiben: siebzehn Studenten und sieben Polizisten sollen bei den in Alma Ata ausgebrochenen Unruhen getötet worden sein.

Dabei schien es, als wäre Kolbin mit dieser Beförderung nun am Ziel seiner jahrzehntelangen Parteiarbeit angelangt. Als wäre dies die Krönung – erster Mann von Kasachstan zu sein. Nachfolger von Kunajew, dem einstigen Protegé Breschnews, der von Gorbatschow vorzeitig in Pension geschickt wurde. Kolbin, diesem aalglatten, disziplinierten Technokraten, traute der Kreml-Chef zu, das Ruder in Alma Ata zu führen. Absolvierte doch auch er wie Ministerpräsident Ryschkow und der Moskauer Stadtchef Jeltsin die Uraler Polytechnische Hochschule.

Seit Gorbatschows Amtsantritt gilt das Swerdlowsker Gebiet als Kaderschmiede für schnelle Parteikarrieren. Der am 7. Mai 1927 in Nishni Tagil geborene Russe begann seinen Werdegang als Lehrling eines Modellschlossers und brachte es bis zum stellvertretenden Chefingenieur eines Werkes in Nishni Tagil. Mit 27 Jahren trat Kolbin der Partei bei. Auf dem 25. Parteitag wurde er zum Kandidaten des ZK erwählt, auf dem 26. und 27. zum Mitglied des ZK erhoben. Kolbin ist Deputierter des Obersten Sowjets.

Kühl trieb dieser Funktionär seine Parteikarriere voran. Wußte, wie man Hände schüttelt, Schultern klopft und auch mal einen Arm verdreht, um ans Ziel zu gelangen. 1959 startete er als Sekretär eines Betriebsparteikomitees, um dann sukzessive die Karrieresprossen zu erklimmen: von 1970 bis 1975 Funktionär, zuletzt Zweiter Sekretär des Swerdlowsker Gebietskomitees, von 1975 bis 1983 Zweiter Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens.

Seine Ernennung kostete zwei Dutzend Tote: Kolbin FOTO: AP

Seit Dezember 1983 war Kolbin der Erste Sekretär des Uljanowsker Gebietskomitees. In diesem Wolga-Gebiet ging ihm der Ruf eines strammen Saubermannes voraus. Doch das hat ihm vorerst wenig genützt. Unter Rückendeckung des Politbüromitglieds Michail Solomenzew, der nach Alma Ata entsandt wurde, versucht man nun die Wogen zu glätten.

Kolbins Ernennung hat erneut gezeigt: Die Völker der Sowjetunion mucken auf, lassen sich nicht mehr gängeln. Es gärt nicht nur in den baltischen, sondern auch in den transkaukasischen Republiken, in der Ukraine und nun in Kasachstan. Wird Kolbin zum „Opfer“ einer Fehleinschätzung Gorbatschows? Niemand vermag es zu sagen. Derzeit ist noch alles offen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Es zählte die Besucher von Weihnachtsgottesdiensten:

Bei den Christmetten standen die Gläubigen in den Gängen. Viele kamen weit vor Gottesdienstbeginn, um sich einen Platz zu sichern. Weihnachten zeigt immer wieder, daß wir noch ein christliches Volk sind. Trotz aller Kirchenaustritte und obwohl in weiten Teilen der Bevölkerung so gut wie gar nicht mehr gebetet wird – ein Minimum von Bindung an den Glauben ist noch da. Das sollte von den Kirchenführern nicht nur als Hoffnungsschimmer hingenommen, sondern als Verpflichtung empfunden werden.

RHEINPFALZ

Die Ludwigshafener Zeitung bedenkt zum Golfkrieg:

Über diesem teuflischen Sinn gerät fast in Vergessenheit, daß über 90 000 Einzelschicksale gesprochen wird, wenn auf irakischer Seite diese Zahl von getöteten oder verwundeten Iranern angegeben wird. Von der Not, der Todesangst, vom Jammer, den Qualen und der Verzweiflung von 90 000 meist jungen Menschen, die nicht mehr wollten als leben, möglichst unversehrt leben.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung kommentiert Veränderungen in der UdSSR:

1986 haben sich in der Tat die Zeichen einer Veränderung gehäuft, in einem Rhythmus, der sogar die zynischsten Apparatschiks verunsichert hat. Man kann nicht mehr von simplen „Gesten“ sprechen. Daß das offizielle sowjetische Fernsehen jetzt dem ehemaligen Verbannten aus Gorki seine Studios zur Verfügung stellt, damit er direkt und ungehindert mit amerikanischen Journalisten plaudern kann, ist eine Herausforderung für linientreue Ideologen. Und indem er Sacharow die „positiven Veränderungen“ herausstreichen läßt, fordert Gorbatschow die „alte Garde“ erneut heraus.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung bemerkt zur Lage Chiracs:

1987 wird für den Premierminister ein entscheidendes Jahr werden. Zunächst braucht er eine gute, vorzeigbare Bilanz seiner Regierungsarbeit, zweitens die Geschlossenheit der ihn stützenden Mehrheit, weil spätestens von Sommer an die Vorkampagne für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1988 beginnt. Für ihn beginnt das Jahr nicht rosig, sondern rüde.

Neue Zürcher Zeitung

Sie meint zum Schlußpunkt-Gesetz in Argentinien:

Die vor drei Jahren abgegebenen Wahlversprechen des Staatschefs (Alfonsin) werden durch diese Vorgänge in empfindlicher Weise mißachtet. Die Forderung nach gerichtlicher Bestrafung der Verantwortlichen für den Staatsterrorismus war 1983 eines der schlagendsten Argumente der Radikalen Partei und ihres Präsidentschaftsanwärters. Tatsächlich waren in den folgenden Jahren aber nur wenige Verurteilungen möglich. Die geschlossene Solidaritätsfront innerhalb der Armee verhinderte zumeist eine Beweisführung, die einem Gericht genügt hätte ... Das Ziel der inneren Erneuerung der Armee ist trotz verschiedener Reformen und der vor drei Jahren vorgenommenen Neubesetzungen der Kommandostellen nicht erfüllt worden.

China: Hundert Blumen und tausend Ängste

Es bleibt verfassungswidrig, sich der Führungsrolle der KP zu widersetzen / Von Jochen Hehn

Die Studentendemonstrationen, die in den vergangenen Wochen China erschütterten, sind am Wochenende – eine unbedeutende Protestaktion in Peking ausgenommen – zum Erliegen gekommen. Doch haben sie die Kommunistische Partei Chinas gezwungen, ihre Diskussion um politische Reformen zu beschleunigen. Das Politbüro der KPCh wird wahrscheinlich noch im Januar in der südchinesischen Stadt Kanton zusammentreffen, um die Lehren aus den Protestaktionen zu ziehen.

In den Wochen vor den Demonstrationen hatte es noch geheißen, daß die Einführung politischer Reformen zwar dringend notwendig sei, jedoch nicht überstürzt werden dürfe. Als Konzession an die Orthodoxen in der Partei, die den Reformen, auch den wirtschaftlichen, skeptisch gegenüberstehen, war die Frist von etwa einem Jahr anberaumt worden, innerhalb der ein Konsens in der Partei herbeigeführt werden sollte. Die Eile tut not. Deng Xiaoping, unermüdlicher Befürworter schneller politischer Reformen, sieht sich plötzlich in der Rolle des Zauberlehrlings, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird.

Deng war es selbst, der als Voraussetzung für den materiellen Erfolg seiner Wirtschaftsreformen die Entwicklung von Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf der Basis „kühner Forschung und freier Diskussion“ sowie eines hohen Maßes an Demokratie gefordert hatte. Seine aus westlichen Gesellschaftsformen entliehenen Begriffe wie „Demokratie“ und „freie Diskussion“ fielen auf fruchtbaren Boden.

Die hundert Blumen, die Deng zum Wohle seiner Wirtschaftsreformen blühen sehen wollte, wucherten jedoch – wie die Demonstrationen der Studenten in Shanghai, Peking und anderen Städten zeigten – zu einem kaum mehr kontrollierbaren ideologischen Wildwuchs: Die studentischen Forderungen schossen nach Auffassung der chinesischen Führung weit über das Ziel hinaus, als die jungen Menschen die Einführung von Freiheiten westlichen Zuschnitts auf ihre Banner schrieben.

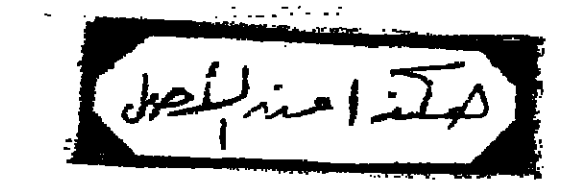
Ein von der Parteiführung am Montag in allen größeren Zeitungen veröffentlichter Kommentar zu den Protestaktionen legte denn auch klar, daß es sich bei den anvisierten demokratischen Reformen allenfalls um administrative Reformen handele, jedoch nicht darum, die „Demokratie kapitalistischer Länder“ einzuführen oder gar das sozialistische System aufzugeben. „Die Demokratie im sozialistischen China ist mit Mängeln behaftet“, wurde in dem Kommentar zwar mit Hinweis auf die Notwendigkeit von Reformen konzediert, aber es sei „verfassungswidrig, sich der Führungsrolle der Kommunistischen Partei und dem Sozialismus zu widersetzen“.

Auch für die Befürworter schneller Reformen wie Deng Xiaoping gilt demnach, daß der Prozeß fundamentaler Veränderungen, der durch die Öffnung Chinas zur Außenwelt einsetzte, nicht dazu führen darf, das Machtmonopol der Partei zu gefährden. Wie dies verhindert werden soll, darauf haben sie jedoch noch keine Antwort gefunden, wie die von Teilen der Bevölkerung unterstützten Proteste der Studenten zeigten.

Die ökonomische Erneuerung hat nicht nur das wirtschaftliche und gesellschaftliche System, sondern in Ansätzen auch das Bewußtsein der jahrhundertelang in konfuzianischen Traditionen verwurzelten Chinesen verändert. Die Übernahme westlicher marktwirtschaftlicher Elemente wie Eigeninitiative und Wettbewerb, das Propagieren von Parolen wie „Bereichert euch“ oder „Zeit ist Geld und Effizienz ist Leben“ läßt sich auf Dauer schwerlich vereinbaren mit einer gleichzeitig geforderten „sozialistischen Moral“, unter der die Partei die Liebe für Vaterland, Volk und Sozialismus versteht.

Kampagnen gegen geistige Verschmutzung und kulturelle Verseuchung, gegen Korruption und Verbrechen, Schauprozesse und öffentliche Hinrichtungen waren in der Vergangenheit wenig taugliche Versuche, die „dekadenten und häßlichen Erscheinungen des Kapitalismus“ von den importierten westlichen Wirtschaftsmethoden zu scheiden. Appelle der politischen Führung an die Bevölkerung haben ebensowenig vermocht, das Reich der Mitte zur Außenwelt zu öffnen und dabei gleichzeitig ideologisch abzugrenzen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird wohl auch in der nächsten Zukunft keine Patentlösung gefunden werden, wie die erwünschten von den unerwünschten Folgen der Reformpolitik getrennt werden können.

Die Öffnung zugunsten des materiellen Fortschritts soll auf jeden Fall beibehalten werden, werden chinesische Politiker nicht müde zu betonen. Die Grenze, die die korrekte Ideologie von der „westlichen Dekadenz“ trennt, darf jedoch nicht so weit verwischen, daß die Interessen der Partei beeinträchtigt werden. Wie aber hält man die Grenze in Grenzen?



Das doppelte Duo: Die Not hält es zusammen

Resigniert darf nicht werden, auch wenn die Umfragen für den Kanzlerkandidaten der SPD nicht gut aussehen. „Jetzt erst recht", heißt es im Ollenhauerhaus. Doch für den Tag nach der Wahl werden die Kampfpositionen schon abgesteckt. Auf der einen Seite das Duo aus Bonn: Glotz und Verheugen, auf der anderen Seite das Duo aus Düsseldorf: Hombach und Clement.

Von PETER PHILIPPS

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer und griffiger Formulierer, hat ein einprägsames Urteil über die Zusammenarbeit mit seinem „Freund" Günther Verheugen, dem nunmehr vorübergehenden (bis zum Wahltag am 25. Januar) Parteisprecher der Genossen, gefällt: „Wir versuchten zu retten, was nicht mehr zu retten war." Er hat dies im jüngsten Mitgliedermagazin der Sozialdemokraten, „sm", der Basis kundgetan.

Allerdings war dies noch kein vorgezogenes Resümee der gemeinsamen Anstrengungen im aktuellen Wahlkampf, sondern ein Rückblick auf 1982. Was sich beim derzeitigen Stand der demoskopischen Erkenntnisse wie eine Prophezeiung anhört, bezog sich erst einmal auf die Agonie-Phase der sozialliberalen Koalition, als Glotz zwar auch schon oberster Funktionär der SPD, Verheugen aber als Generalsekretär sein Pendant bei der FDP war.

Nur zeitlich begrenztes Engagement Verheugens

Aus dem Doppel, das in „stummer Verschworenheit Genscher den Weg zur Wende vertreten" wollte (Glotz), wurden nicht nur Freunde, sondern angesichts einer alles andere als siegesgewissen Sozialdemokratie auch erneut Verschworene, die diesmal das beste noch mögliche Ergebnis von Kanzlerkandidat Johannes Rau mit erreichen helfen wollen. Nun nicht mehr als Gleichberechtigte, sondern als Chef und Mitarbeiter. Dies ist einer der Gründe dafür, daß Verheugens Engagement zeitlich begrenzt ist. Denn längerfristig, da waren sich beide einig, hätte ein solches Verhältnis zwischen ihnen nicht nur die persönliche Freundschaft ruiniert, sondern auch kontraproduktiv gewirkt.

So kämpfen nun zwei Duos für den Kanzlerkandidaten – von der Not zeitweise miteinander noch verschweißt, im Inneren allerdings auch schon die Kampfpositionen gegeneinander für den Tag danach vorbereitend: in Bonn die beiden gelernten Parteisekretäre Glotz und Verheugen, in Düsseldorf die beiden engsten Rau-Vertrauten und politischen Wahlkampf-Wunderkinder des nordrhein-westfälischen absoluten Erfolgs, Wolfgang Clement und Bodo Hombach. Jedes Doppel nicht nur durch gleiche Auffassungen, sondern auch durch die mehr irrationalen Bande persönlicher Freundschaft aneinander gebunden.

Die Lage muß manchem altgedienten und bodenständigen Genossen eher grotesk anmuten: In einer Situation, in der ein auf hohen Popularitätswogen stehender Kanzler Kohl einen so strahlend begonnenen Kandidaten Rau in die Defensive und ins demoskopische Abseits gedrängt hat, kämpfen dessen wichtigste Wahlhelfer nur vordergründig noch für das hehre Ziel der eigenen Mehrheit, bereiten in Wirklichkeit aber ihre Positionen für die Schuldzuweisungen am Tag danach vor. Notfalls wird dann schon im voraus eine Demoskopie (Infas-Liepelt) aufgeboten, um öffentlich während des Wahlkampfs dem anderen Helfer-Duo die Unsinnigkeit der neuen Wahlkampfkonzeption nachzuweisen.

Deutlicher kann es kaum gemacht werden, daß man die Auseinandersetzung bereits für gelaufen und verloren ansieht. Doch da die Messer für die personellen Konsequenzen bereits gewetzt werden, ist dies bereits fast wieder logisch.

Die „Baracke" wird mit Argwohn betrachtet

Pressekonferenz-Zeit im schon vom damaligen Kanzler Schmidt (und inzwischen ebenso stark vom jetzigen Kanzlerkandidaten Rau) mit Argwohn betrachteten Erich-Ollenhauer-Haus. „Baracke" nennt der Genossenmund noch immer das Stahl- und Glasgebilde. Wie Pat & Patachon sitzen sie nebeneinander: Neugenosse Verheugen, das neue Metier noch immer ein wenig ungewohnt, durch und durch konzentriert, die Hände meistens auf dem Tisch gefaltet. Wer ihn lange genug kennt, für den schimmert noch viel aus der Vergangenheit durch, als er als Genschers junger Mann seine entscheidenden politischen Lehrjahre bewältigte. Neben ihm der Altgenosse Glotz, der zwar die parteiliche Ochsentour bewältigte, aber dies unter dem Gesichtspunkt eines Rennpferdes. Mit leise geflüsterten Stichworten versucht er seinen Nebenmann in der Art eines großen Bruders über Hürden zu helfen, was ganz offensichtlich nicht immer auf Gegenliebe stößt. Aber so sind kleinere Brüder eben.

„Seine erste Aufgabe wird es sein, die Bonner Journalisten von der Wahlziel-Diskussion abzubringen, mit der sie sich seit über einer Woche beschäftigen", hatte es Glotz im „sm" („Sozialdemokrat Magazin") formuliert. Erwartungsgemäß professionell nimmt sich Günther Verheugen dieser Aufgabe an, entfaltet ungeheure Aktivitäten. Die Diskussion über „ganze schöne" 43 Prozent, über eigene, absolute oder eventuelle rot-grüne Mehrheiten, die im wesentlichen nicht von Bonner Journalisten, sondern von plauderigen Spitzengenossen (vorneweg Parteichef Brandt) in die Öffentlichkeit getragen wurde, ist in der Tat weitgehend zu Ende.

Oder wer die Umfrageergebnisse sieht, wird auch hier wiederum zum geringeren Teil Verantwortlichkeiten bei den „Bonner Journalisten", sondern vor allem die Kraft des Faktischen notieren. Die Verhältnisse, die scheinen (zumindest zur Zeit) eben nicht so zu sein, wie es zu Beginn der Kanzlerkandidatur des damaligen strahlenden Landtags-Wahlkampfsiegers Rau den Anschein hatte.

Allein auf ihn, Rau, als Person wollten Hombach und Clement in der Kopie des Wahlkampfs an Rhein und Ruhr die Kampagne um die Macht am Rhein in Bonn zugeschnitten sehen. Nicht nur die Wähler, sondern auch die genossenschaftliche Basis – traditionell an Programmarbeit orientiert, die nicht des Kandidaten Stärke ist – haben einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Folge war, daß ein zeitweise scheinbar resignativ in den Hintergrund getretener Glotz plötzlich die Zügel wieder in die Hand nehmen und den Kampf um die „kulturelle Hegemonie der Linken" erneut aufnehmen wollte, mehr mit Programmen und Begriffen als mit Personenkult. Die Debakel in Niedersachsen, Bayern und Hamburg, Clements Rücktritt, mit dem der Parteisprecher auch seinen Kandidaten zum Flaggestreichen (vergeblich) animieren wollte, gaben ihm wieder freies Feld.

Mit Parteichef Willy Brandt – wie Rau ein Förderer Clements – hatte er sich zusammengesetzt: „Wer kann es machen", den undankbaren Sprecherjob angesichts der schwierigen Lage? Der inzwischen zum SPD-Bundestagsabgeordneten und Südafrika-Sprecher der Fraktion gewordenen Verheugen mußte es da wohl zwangsläufig treffen. „Holt ihn ans Telefon", war daraufhin die knappe Order aus dem Chefzimmer des Bundesgeschäftsführers. Die Sekretärinnen mußten nicht lange suchen, denn der Erwählte war bereits in anderer Mission unterwegs in die „Baracke". Damit war die nächste Order auch schon klar: „Holt ihn aus dem Sitzungsraum." Das Präsidium mußte zwar noch in längerer Debatte überzeugt werden – aber wer wollte schon endgültig dem geballten Wunsch des Parteivorsitzenden und seines Hausmeiers widersprechen, zumal kein anderer Kandidat in Sicht war.



Die gelernten Parteisekretäre aus Bonn: Peter Glotz (l.) und Günther Verheugen FOTO: FRITZ FISCHER / DPA

Erinnerung an vergebliche Rettungsversuche

Die letzte gemeinsame Arbeit von Glotz und Verheugen als politischem Doppel lag zu diesem Zeitpunkt schon lange zurück, und deren niederschmetterndes Ergebnis rief Bundesgeschäftsführer Glotz erst später im Mitgliedermagazin wieder in die Erinnerung zurück. Kernpunkt dieses vergeblichen Rettungsversuchs einer politischen Ehe zwischen SPD und FDP war ein gemeinsames Papier gewesen, das mit den Worten „Sozialliberale Initiativen für die achtziger Jahre" euphorisch überschrieben war und wie ein geplatzter Wechsel endete. Unter dem Datum des 9. 9. 82 hatten die damaligen Cheffunktionäre der beiden Koalitionsparteien auf neun Seiten ihre Ideen aufgeschrieben und anschließend so tief in Panzerschränken versenkt, daß sie bis heute nicht bekannt wurden.

„In einer Zeit schwerer weltwirtschaftlicher Krisen und gefährlicher internationaler Konflikte", hieß es dort, „muß sich die sozialliberale Koalition in der Verantwortung bewähren: Sie muß der Motor des notwendigen und sinnvollen Wandels sein, Erstarrungen in der Politik entgegenwirken und in konstruktiver Zusammenarbeit das reformerische Prinzip in der deutschen Politik durchsetzen. Die Parteien der sozialliberalen Koalition können diese Aufgabe mit Selbstbewußtsein angehen, denn die Regierung Schmidt/Genscher ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor der Weltpolitik und hat unserem Land bis heute inneren und äußeren Frieden vermacht, Liberalität und soziale Ausgewogenheit gesichert."

Fast prophetisch muten die kommenden Sätze an: „Die achtziger Jahre bringen Herausforderungen an die Politik von einer neuen Qualität. Sie erfordern Umdenken auf fast allen Gebieten. Dabei ist es nicht so, daß westliche Demokratien nicht mehr regierbar wären. Aber sie werden nicht nur angemessen regiert: Es fehlt am Problembewußtsein, an konzeptioneller Phantasie, an Offenheit gegenüber neuen gesellschaftlichen Entwicklungen." Nur, dies wurde dann eben weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in Großbritannien oder Frankreich von sozialliberalen oder sozialistischen, sondern von konservativen Regierungen umgesetzt.

Und nun wollten Glotz und Verheugen erneut einen Anlauf nehmen, ihre Gedanken in politische Wirklichkeit umzusetzen. Dabei hat der vorübergehende Parteisprecher den leichteren Part. Denn er war es, der auf ein schlingerndes Schiff in genossenschaftlicher Solidarität aufgesprungen ist, um zu retten, was vielleicht noch zu retten ist.

Die Wahlkampf-Wunderkinder aus Düsseldorf: Wolfgang Clement (l.) und Bodo Hombach FOTO: SALZ / WEREK

Für Peter Glotz, den in der Partei immer wieder als basisfernen Artisten in der semantischen Zirkuskuppel Belächelten und Beschimpften, wurde es nur noch schwieriger. Der 25. Januar könnte sich für ihn zum Ultimo als Parteisekretär entwickeln.

Es ist ein Trümmerhaufen, was einst als große Hoffnung mit der Kür des scheinbar immerwährenden Gewinners Johannes Rau zum Kanzlerkandidaten der SPD begonnen hatte. Nichts macht dies deutlicher als die Tatsache, daß Glotz selbst seinen Abgang als Konsequenz des Wahlausgangs nicht ausschließt. Noch signifikanter wird dies aber dadurch, daß selbst der unangreifbar scheinende Parteivorsitzende Brandt inzwischen in der Partei ins Gerede geraten ist. Wie dünn im Hause Brandt in Unkel inzwischen die Nerven geworden sind, macht nichts deutlicher, als daß Ehefrau Brigitte kürzlich das private Abonnement des angeschlagenen Parteiblattes „Vorwärts" gekündigt hat, weil auch dort zu offen über die Misere der Partei im Wahlkampf und mit dem Kandidaten berichtet worden ist.

Nach außen hin wird Optimismus demonstriert

Der einzige aus der inneren Führung, der unabhängig vom Wahlausgang unversehrt, der sogar gestärkt nach dem 25. Januar dastehen wird, ist Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel.

Nach außen wird jedoch immer das demonstriert, was man allzu lange im Unterschätzen der Fähigkeiten dem Gegner Kohl vorgeworfen hat: Optimismus. „Jetzt erst recht" lautet dafür der Glotz-Slogan. Intern räumt er bereitwillig ein, daß der ursprüngliche Versuche, „breit in das Potential der Union einzubrechen, so nicht geglückt ist".

Dennoch darf nicht resigniert werden, „the show must go on". So ist denn jeden Sonntag für den vom Schicksal in Gestalt eines schweren Autounfalls und des Verlustes der Ehefrau durch tragischen Tod gebeutelten Verheugen „Glotz-Zeit": In der Wohnung des Geschäftsführers am Fuße des Siebengebirges treffen sich die beiden, zitieren stundenweise Mitarbeiter hinzu, planen immer noch für die weit entfernte Möglichkeit eines guten Wahlerfolgs.

Immerhin, es sind Freunde über den Tag hinaus, die da beieinander sitzen.

Wenn im Museum die Kunstwerke ertastet werden

Das Augenlicht haben sie verloren, dennoch wird für sie Kunst „sichtbar". Das Museum Ludwig in Köln zeigt Plastiken zum Anfassen.

Von SUSANNE HERRMANN

Sanft gleiten die Hände über die kleine Bronzeskulptur. Das Gesicht des Tastenden ist nachdenklich gespannt. Immer wieder befühlt er Kopf und Körper der Plastik, mit Daumen und Zeigefinger fährt er über die Nase des in Bronze gegossenen Gesichtes. Nach einer Weile läßt die Intensität des Tastens nach. Die Gesichtszüge des Mannes lösen sich. „Das soll eine Frau sein", stellt er fest. „Ihr Mund ist wie zum Lachen oder Schreien geöffnet, sie hält die Hände auf den Knien, ihren Oberkörper lehnt sie weit nach hinten." Der Mann hat den „Lachenden Alten" von Ernst Barlach im wahrsten Sinne des Wortes „erfaßt", denn sehen kann er nicht. Er ist blind.

Um auch den Blinden Zugang zur bildenden Kunst zu schaffen, hat das Kölner Museum Ludwig eigens eine Sonderausstellung (bis zum 10. Januar) geschaffen. Elf kleinere Skulpturen aus der Zeit des Expressionismus stehen den Blinden zur Verfügung. Es sind ausschließlich Bronzeplastiken, die durch die Berührung keinen Schaden nehmen.

Wie aber erfährt ein Blinder solche Kunstwerke? Ist das, was das Auge des sehenden Museumsbesuchers als schön und angenehm wahrnimmt, auch für die Hände des Blinden ästhetisch?

Eine der ausgestellten Skulpturen, das „Klagende Pferd" von Marino Marini ist beispielhaft für die unterschiedlichen Empfindungen des Blinden und des Sehenden. Während der Sehende in erster Linie die markante Silhouette des Pferdes erfaßt, bemerkt der Blinde zunächst die rauhe Struktur der Bronze. Die Oberfläche der Skulptur ist aufgerauht, teilweise schuppig. Die meisten Blinden empfinden dies als unangenehm. Wiederum eine andere Plastik, die für das sehende Auge schon beinahe zu rund und zu weich erscheint, um noch schön genannt zu werden, ist für die Hände des Blinden geradezu eine Wohltat.

Ein Mann ertastet den „Gefesselten Prometheus" von Gerhard Marcks, die größte der ausgestellten Skulpturen. Prometheus, auf einem Felsen sitzend, hat Kopf und Oberkörper stark nach vorne über die Knie geneigt. Der blinde Besucher fährt mit dem Zeigefinger die hervorstehende und damit spürbare Wirbelsäule des Prometheus entlang und stellt fest: „Das ist bestimmt anstrengend, so zu sitzen!" Derselbe Mann bemerkt auch zu Barlachs „Lachende Alte": „Wenn wir beim Turnen so eine Übung machen und uns so weit zurücklegen, ist das so anstrengend, daß ich dabei nicht lachen kann. Diese Frau schreit bestimmt!" Hier wird deutlich, daß der Blinde die ertastete Bewegung des dargestellten Körpers zur besseren Vorstellung auf seinen eigenen Leib überträgt.

Es ist aber nicht nur das Konstruieren der künstlerisch festgehaltenen Bewegung auf den eigenen Leib, was den Blinden die Plastiken besser zugänglich macht. Thomas Lothar Graf, Vorsitzender des Kölner Blindenvereins und mehrfacher Besucher der Ausstellung, erklärt, daß Blinde mit dem menschlichen Körper besonders wohlvertraut sind und diesen auch besser ertasten können, wenn er als Plastik festgehalten worden ist, als einen unbekannten Gegenstand.

Dementsprechend ist es für Blinde auch leichter, einen nackten Körper zu „erfühlen". „In Bronze gegossene, starre Kleiderfalten sind für uns sehr schwer erfaßbar. Ebenso ergeht es mit Haaren, wenn sie als geschlossene feste Masse dargestellt sind. Es fällt schwer, das dann umzusetzen", erläutert Graf.

Von den Kölner Exponaten sind zum Beispiel die Barlachschen Darstellungen relativ schwer zu erkennen. Barlach stellte mit Vorliebe bekleidete Figuren dar. Sie wirken sehr massiv, es ist kaum der Körper der Figuren zu erkennen, allenfalls ein Knie, das sich unter dem Gewand durch eine kleine Beule andeutet oder ein Fuß, dessen Sohle so eben unter dem Kleidersaum hervorlugt. Diese gewiß reizvollen Andeutungen für den Sehenden sind für den Blinden schwierig zu ertastende Momente.



Blinde Museums-Besucher: Die Barlach-Skulptur wird ertastet FOTO: ART PRESS

Eins, sagt Graf, könne er überhaupt nicht ertasten, die Mimik. Einerseits seien die dargestellten Gesichter meist zu klein, andererseits fehle ihm auch eine konkrete Vorstellung von dem, was Mimik ist. Dies, obwohl er bis zum sechsten Lebensjahr sehen konnte.

Mit Mimik verbinde er nichts, sagt Graf. Allenfalls könnte er sich herunterhängende Mundwinkel oder ein Lächeln vorstellen. Nicht aber Ausdrücke von Schmerz und Leid. Das ist für den Blinden auch durch noch so intensives Tasten nicht wahrnehmbar.

Beim Silvester-Gelage in Moskau darf die Jolka nicht fehlen

Jahrzehntelang war der Tannenbaum als typischer Kultgegenstand bürgerlicher Gesellschaft verpönt. Doch heute fehlt „die Jolka" in kaum einem Moskauer Haushalt. Gefeiert wird allerdings nicht Weihnachten, sondern Neujahr.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Im Schein der Peitschenlampen tanzen die Schneeflocken. Winzige Kristalle, die sich im künstlichen Licht widerspiegeln. Das Thermometer zeigt weit unter null Grad Celsius. Eisschollen treiben auf der Moskwa. Eine Schneedecke umhüllt jetzt die Brüchigkeit und Rissigkeit der Gebäude und Wohnhäuser, verdeckt die Häßlichkeiten Moskaus.

Der weiche, trockene Schnee verschönt die Stadt, verbirgt die Tristesse der Hinterhöfe und die Armseligkeit der Quartiere jenseits der Boulevards und des Gartenrings. Schnee läßt die Kuppeln der Kathedralen im Kreml aufblitzen. Die Stadt liegt verzaubert unter der weißen Winterpracht. Festtage in Moskau.

Lichterketten sind über die Puschkinstraße gespannt. Auch Moskaus Renommierstraße – die Uliza Gorkogo – erstrahlt im hellen Lichterschein. Moskaus öffentliche Plätze sind mit „Jolkas" (Tannenbäumen) geschmückt. Der schönste und größte Tannenbaum steht im Kreml. Buntgeschmückt mit Girlanden aus vielfarbigen Glühbirnen, mit Lametta und Knallkörpern, gekrönt von einem rot leuchtenden Sowjetstern. Die „Jolka Nummer 1" kommt aus den tiefverschneiten russischen Wäldern um Moskau.

Doch diese Kremltanne, die jetzt im Kongreßpalast glänzt, ist kein Christbaum, sondern ein Neujahrsbaum, seit er nach der Oktoberrevolution säkularisiert wurde. Unter diesem Baum tanzen die Kinder („die einzige privilegierte Klasse", wie es in der Sowjetunion heißt), um gemeinsam mit Väterchen Frost und Snegurotschka, dem Schneeflöckchen, einen bunten Nachmittag zu verbringen. Die Karten werden in Schulen für gute Leistungen verteilt oder über Betriebe ausgegeben. Es gibt kein Moskauer Kind, das nicht wenigstens einmal im Leben an diesem pompösen Kinderfest teilnimmt.

Überall werden zum Jahresende Bescherungen veranstaltet. Auch der prächtige Kolonnensaal des Gewerkschaftshauses, des früheren Moskauer Adelsclubs, ist bunt dekoriert, auch hier finden Bescherungen für die jungen Sowjetbürger statt.

Weihnachten ist heute offiziell in der Sowjetunion ein nicht existierender Feiertag, und mit aller Macht versucht man diesen Ritus völlig in Vergessenheit zu senken. Allerdings feiert die orthodoxe Kirche mit ihren Gläubigen noch immer inbrünstig den Tag der Geburt Christi.

Der Tannenbaum, der jetzt wieder zu Ehren gekommen ist, war jahrzehntelang in der Sowjetunion als typischer Kultgegenstand einer bürgerlichen Gesellschaft verpönt. Dann tauchte er wieder auf, und nun darf keine Jolka in einem gut geführten kommunistischen Haushalt zu Neujahr fehlen.

Angesichts dieser Nachfrage sind Tannenbäume hierzulande auch zur Mangelware geworden. Zwar gibt es in Moskau einen Tannenbazar, doch der ist blitzschnell – wie alles andere – ausverkauft. An den zahlreichen Bahnhöfen der Stadt findet man jetzt häufig Anbieter von Tannen aus den Vororten. Die Preise sind zwar relativ hoch – schwanken zwischen fünf und acht Rubel (15 und 24 Mark), doch was tut es, die Jolka muß her. Sie gehört zu Neujahr wie das Feuerwerk zum 1. Mai.

Auf die Waldfrevler wartet die Miliz

Wenn man allerdings Pech hat und einem kontrollierenden Milizionär in die Hände fällt, der einen „Nachweis" für die Herkunft der Tanne verlangt, und man keinen hat, kann das teuer werden. Denn in der Gorbatschow-Ära geht der Kampf gegen „Spekulanten" und „Wilderer" zügig weiter. Bietet doch das Geschäft mit Tannenbäumen den „Liebhabern leichter Gewinne" gute Chancen, rügt streng die „Konsomolskaja Prawda". Sie stellt „massenhaften Waldfrevel und massenhafte Verletzung von Naturgesetzen" fest.

Um das Tannenbaumproblem zu lösen, bietet das staatliche Warenhaus „Gum" am Roten Platz grüne Plastikbäumchen mit elektrischen Kerzen zu acht Rubel (24 Mark) an. Doch die Moskauer, die sonst bei allem immer schnell zugreifen, ignorieren diese Kunststoff-Bäume. Sie träumen von ihrem nach Wald duftenden Tannenbaum.

Je näher das Neujahrsfest heranrückt, desto hektischer das Gedränge in den Warenhäusern der Innenstadt. Mehl, Butter, Rosinen werden seit dem 1. Dezember in den Haushalten gehortet, nachdem die russischen Hausangestellten darauf hinwiesen, daß es hier zum Jahresende einen Engpaß gäbe.

Im „Gum" drängen sich dichte Menschenmengen schon am frühen Morgen, wälzen sich durch die langen Gangschluchten dieses pompösen Warenhauses, das mit seinen offenen Querbrücken und Galerien eher einem gigantischen Bahnhof gleicht. Besonders in der kulinarischen Abteilung nehmen die Schlangen der Wartenden beängstigende Formen an. Dabei kann man das Warenangebot auch beim besten Willen nur als bescheiden einschätzen.

Gefährlich das Gewühl bei den Spirituosen, die angesichts der Festtage zu den begehrtesten im Lande gehören. Wodka ist rar, und auch der Wein ist knapp. Noch gibt es den süßen Schampanskoje. Selbst in den Devisenläden der Ausländer fehlt seit Wochen der Nachschub für Wein.

Auch vor den anderen Verkaufsständen im „Gum" drängen sich dreißig- bis vierzigköpfige Schlangen. Besonders umlagert ist die Hutabteilung, wo es die begehrten „Schapkas" (Pelzmützen) gibt. Selbst horrende Preise bis zu 240 Rubel (720 Mark) lassen die Schlangen nicht kürzer werden.

Schon im Sommer wird für Neujahr gehamstert

Da man hierzulande traditionell keine großen Geschenke zum Neujahrsfest austauscht, ertragen die Moskauer das bescheidene Warenangebot gelassen.

Wichtig für die Sowjetmenschen zum Jahresende ist vor allem das traditionelle Silvester-Gelage. Dafür werden alle herkulischen Anstrengungen betrieben. Die quantitativen und qualitativen Anforderungen können nicht hoch genug sein.

Schon im Sommer beginnt man für dieses Fest zu rüsten. Friert ein, was es an außergewöhnlichen kulinarischen Köstlichkeiten gibt. Die Hauptaufmerksamkeit gilt den verschiedenen „Sakusski" (kalten Platten). Der Silvestertisch muß sich biegen unter der Fülle der Speisen.

Eng gedrückt hat sich die Familie mit Freunden um den Tisch versammelt. Man trinkt Wodka und Champagner, Wein mit Kognak oder umgekehrt. Die obligatorischen Toasts werden laut und immer lauter, auch deftiger. Die Runde scherzt und singt. Die Russen lieben es, leidenschaftlich zu feiern.

Noch ein Toast auf das alte Jahr, und fünfzehn Minuten vor Mitternacht, bevor vom Spasski-Turm das neue Jahr eingeläutet wird, wendet sich der Parteichef mit einer außergewöhnlich kurzen Rede – der kürzesten während des ganzen Jahres – an das Sowjetvolk via Fernsehen und Rundfunk. Wieder beschwört er das Sowjetvolk, daß es auf dem richtigen Wege sei, verlockt es mit zukunftsverheißenden Aussichten. Dann ertönt die Nationalhymne. „Sanowyj God" (Prosit Neujahr), mit dem Glas des süßen Champagners stößt man auf das neue Jahr an.

Den Rest der Nacht bummeln die Moskauer durch die Straßen der Stadt. Manche sind kostümiert, haben Ziehharmonikas bei sich. Mit Champagner und Wodka in der Tasche feiert man auf der Straße weiter, bis der Morgen graut. Milizwagen fahren durch die Straßen, blenden mit ihren Scheinwerfern in Ecken und Winkel. Denn wer jetzt betrunken seinen Rausch ausschläft, erwacht nicht mehr.

Beamtenbund fordert Ende der „Flickschusterei"

M.Sch. Bonn

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) erwartet von der Bundesregierung im neuen Jahr einen durchgreifenden Kurswechsel für den öffentlichen Dienst. Nach einer Periode einschneidender Sparmaßnahmen mit kurzatmigen Winkelzügen und Flickwerk müsse man wieder zu tragfähigen Konzepten und gesicherten Planungsgrundlagen zurückkehren, forderte der Bundesvorsitzende Alfred Krause. Vor allem sei eine ausreichende Personalausstattung notwendig, um Qualität und Leistungskraft des öffentlichen Dienstes zu erhalten. Personalplanung dürfe nicht länger als „Wurmfortsatz" der Haushaltspolitik angesehen werden. Außerdem müsse durch gerechte berufliche Rahmenbedingungen Leistungsbereitschaft gefördert werden. „Motivation am Arbeitsplatz läßt sich in der öffentlichen Verwaltung ebensowenig anordnen wie in der Privatwirtschaft." Krause verlangte ein Ende jeglicher „Flickschusterei". In der kommenden Einkommensrunde müsse erreicht werden, daß der öffentliche Dienst an der Einkommensentwicklung beteiligt werde. Der DBB-Vorstand will am 11. Januar seine Besoldungsforderungen vorlegen.

Stoiber appelliert: Mittags keine Tiefflüge

DW. München

Die von Mai bis Oktober geltende Mittagspause für militärische Tiefflüge sollte auch eingehalten werden. Dafür plädierte jetzt der Leiter der bayerischen Staatskanzlei Edmund Stoiber und regte gleichzeitig an, die Flugpause zwischen 12.30 und 13.30 während des ganzen Jahres zu beachten. In einem Brief an Verteidigungsminister Wörner berichtet Stoiber von Klagen darüber, daß der Flugbetrieb nicht unterbrochen werde. Dies sei bedauerlich, da seitens der fliegenden Verbände alles darangesetzt werden müsse, einmal gegebene Zusagen einzuhalten. Eine Flugpause zur Mittagszeit während der Wintermonate sei aufgrund der schlechten Witterung sicher schwierig. Stoiber bat jedoch, Möglichkeiten einer weitreichenden Fluglärmminderung zu suchen.

Zu Silvester „privat abrüsten"

DW. Bonn

Rund 100 Millionen Mark werden auch in diesem Jahr zu Silvester voraussichtlich wieder in die Luft geschossen. Die Deutsche Welthungerhilfe erinnert daran, daß mit einem Teil dieses Geldes vielen Menschen der Schritt in ein menschenwürdigeres Leben ermöglicht werden könnte. Die Aktion „Brot statt Böller" wolle niemanden den Spaß zum Jahreswechsel nehmen, sondern zum Nachdenken anregen, ob es nicht lohne, zu Silvester „privat ein wenig abzurüsten".

Auftrag vergeben für Entstickungsanlage

breu. Düsseldorf

Im Zusammenhang mit dem Bau der Entstickungsanlage für das umstrittene Kohlekraftwerk Ibbenbüren hat der nordrhein-westfälische Umweltminister Matthiesen (SPD) gravierende Fristenüberschreitungen mit „zu optimistischen" Aussagen der Lieferindustrie zu entschuldigen versucht. Matthiesens Pressesprecher Buchow sagte der WELT, damit sei das Umwelttechnik-Unternehmen Steinmüller GmbH in Gummersbach gemeint gewesen, das zuvor bereits in diesem Zusammenhang von der „Neuen Ruhr Zeitung" mit einer konkreten Terminangabe zitiert worden war. Dazu erklärte die Steinmüller GmbH jetzt der WELT, zum Zeitpunkt der Pressekonferenz Matthiesens sei „kein Auftrag über die Entstickungsanlage des Kraftwerks Ibbenbüren erteilt" gewesen. In der Zwischenzeit sei der Auftrag vergeben worden, allerdings nicht an das Gummersbacher Unternehmen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SPD-Obmann Gansel Wahlkampf vorgeworfen

Zeugenvernehmung vor Ausschuß U-Boot-Affäre Anfang Januar

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der U-Boot-Affäre wird mit der Vernehmung von Zeugen wahrscheinlich in der zweiten Januarwoche beginnen. Die SPD-Fraktion, die gemeinsam mit den Grünen die Untersuchung des Transfers von Konstruktionsplänen für den U-Boot-Bau an die Republik Südafrika überprüfen will, möchte als erste Zeugen den Wirtschaftsminister und mehrere Staatssekretäre der jetzigen Bundesregierung vernehmen.

Ihr Obmann, der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel, sagte, geplant sei die Ladung des früheren Chefs des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Schreckenberger, des Staatssekretärs im Finanzministerium, Tietmeyer, sowie des Wirtschaftsministers Bangemann (FDP). Bangemann habe, so Gansel, als erstes Regierungsmitglied von den Lieferungen der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) Kenntnis bekommen und sich gegen sie gewandt. Gansel ließ offen, ob es vor der Bundestagswahl am 25. Januar zu einem Auftritt von Bundeskanzler Kohl vor dem Untersuchungsausschuß kommen wird. Der SPD-Politiker sagte, es müsse im Interesse des Regierungschefs liegen, sein bisheriges Schweigen zu brechen.

Kritik der Union

Das Auftreten des SPD-Politikers führte unterdessen zu scharfer Kritik des Obmanns der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der CDU-Abgeordnete Friedrich Bohl sagte, Gansel mache seit einer Woche Wahlkampf mit der Behauptung, angeblich „überzeugender Anhaltspunkte" dafür zu haben, daß bei der Weitergabe von Konstruktionsunterlagen an Südafrika Geheimnisverrat im Spiel gewesen sei. Es sei bis heute nicht bekannt geworden, daß der SPD-Politiker von seinen Kenntnissen der zuständigen Staatsanwaltschaft Kiel, die in dieser Affäre ermittelt, pflichtgemäß Mitteilung gemacht habe. Bohl schloß deshalb nicht aus, daß die CDU/CSU-Fraktion auch Gansel vor dem Untersuchungsausschuß zu diesem Komplex als Zeugen vernehmen werde.

Geheimhaltungsbedürftig?

Bestätigt wurde vom Bundesverteidigungsministerium, daß die Hardthöhe auf Antrag des Bundesfinanzministeriums gegenwärtig prüft, ob die von HDW und dem Ingenieurkontor Lübeck (IKL) an Südafrika verkauften Konstruktionsunterlagen für deutsche U-Boote militärischer Geheimhaltung unterlagen. Dies hatte der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, der SPD-Abgeordnete Willfried Penner, erklärt und ergänzt, Auskünfte aus seinem Amtsbereich habe Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner zur „Chefsache" erklärt. Der Minister wolle die Angelegenheit mit ihm, Penner, persönlich besprechen. Dazu sei es aber noch nicht gekommen.

Nach bislang unbestätigten Informationen waren die nach Südafrika gelieferten Konstruktionsunterlagen nicht der Geheimhaltung bedürftig. Das endgültige Ergebnis der Untersuchungen des Verteidigungsministeriums auf die Anfrage des Finanzministeriums steht allerdings noch aus. Laut Gansel beziehen sich die Erkenntnisse über den Geheimschutz der für die Ermittlungen zuständigen Kieler Oberfinanzdirektion jedoch gegenwärtig ausschließlich auf Aussagen der beteiligten Firmen. Der SPD-Abgeordnete will auch erfahren haben, daß HDW im Geschäftsjahr 1984/85 28,2 Millionen Mark an Südafrika rücküberwiesen haben soll, nachdem eine Bonner Regierungsgenehmigung für den Transfer der U-Boot-Pläne nach Südafrika nicht mehr zu erwarten gewesen sei.

Vermißte Deutsche wieder aufgetaucht

AFP, Tel Aviv

Die seit vergangenem Donnerstag vermißte deutsche Kibbuz-Helferin Renata Baumgart ist wieder aufgetaucht. Ein Restaurantkellner in Tel Aviv erkannte die 29jährige aufgrund der in der israelischen Presse veröffentlichten Photos. Die junge Frau erklärte ihr Verschwinden damit, daß sie, ohne die anderen Kibbuz-Bewohner zu benachrichtigen, Tel Aviv besichtigt habe. Renata Baumgart weilt seit dem 15. Dezember in Israel. Sie arbeitet in einem Kibbuz in der Negev-Wüste.

BUND kooperiert mit Kulturbund

dpa, Bayreuth

Die Umweltschutzorganisationen Bund für Umwelt und Naturschutz in der Bundesrepublik Deutschland (BUND) und Kulturbund in der „DDR" wollen zusammenarbeiten. Einzelheiten über die Partnerschaft sollen nach Angaben von BUND-Vorstandsmitglied Weiger im Frühjahr bei einem Treffen in Berlin geregelt werden. Wie Weiger gestern mitteilte, schrieb der 1. Sekretär des Kulturbundes, Schulmeister, die Organisation sei „gern bereit, offizielle Kontakte mit dem BUND aufzunehmen".

„Die Nivellierung im Bildungswesen geht zu Lasten unserer Kinder"

Bayerns Kultusminister Zehetmair kritisiert Politik SPD-regierter Länder / WELT-Gespräch

Von PETER SCHMALZ

Bayerns neuer Kultusminister Hans Zehetmair (CSU) rechnet zu Beginn des neuen Jahres mit harten Verhandlungen über die Anerkennung von Schulabschlüssen aus sozialdemokratisch regierten Ländern. Besonders der Abschluß an den Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen, der dem Prädikat einer Hochschulreife und dem Gesellenbrief zugleich entsprechen soll, stößt auf entschiedenen Widerspruch aus Bayern. „Ich sehe keine Möglichkeit, dem zuzustimmen", erklärte Minister Zehetmair in einem Gespräch mit der WELT.

Zwar gehe er in die Verhandlungen mit dem Willen, „eine Gemeinsamkeit wieder möglich zu machen", doch sei er nicht bereit mitzugehen, wenn über eine Kollegstufe die Allgemeinbildung wie die berufliche Bildung gleichzeitig angeboten werden solle.

Bayern sei bei den Beschlüssen der letzten Zeit um den Konsens bemüht gewesen – Zehetmair nennt ihn „ein hohes Gut" – und habe Teile der Eigenständigkeit hineingegeben. Sollte der Freistaat künftig zu solchen Kompromissen weniger bereit sein, dann sieht der Minister die Schuld dafür bei den SPD-regierten Ländern: „Wenn man sieht, wie sich einige dieser Länder um solche Vereinbarungen nicht mehr kümmern, sobald sie im eigenen Land entsprechende Mehrheiten haben, dann können wir es mit der Verantwortung gegenüber unseren Kindern nicht vereinbaren, daß wir nur immer einen Preis zahlen, der letztlich zur Nivellierung führt und damit zu Lasten unserer Kinder geht."

Zehetmair, der in den vergangenen Jahren als Vorsitzender des kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU den Kurs der bayerischen Bildungspolitik maßgeblich mitbeeinflußte, betonte, Bayern werde keine Abstriche mehr machen bei den Fächern der „zentralen Mitte" wie Deutsch, mindestens einer Fremdsprache, Mathematik, Naturwissenschaften und Geschichte. Kompromißfähig seien allenfalls „Bereiche der Garnierung". Er plane allerdings keinen bayerischen Alleingang, sondern hoffe, daß sich die unionsregierten Länder vor der nächsten KMK-Sitzung während einer bereits vereinbarten Klausur klar abstimmen. „Wie weit wir gemeinsam gehen können."

In dem WELT-Gespräch bekräftigte der Minister seine Entschlossenheit, am dreigliedrigen Schulsystem festzuhalten. Die Gesamtschule nannte er einen „alten Zopf, leistungshemmend und unmenschlich". Nirgendwo in Deutschland sei der Nachweis geliefert worden, daß diese Schule mit dem gegliederten System konkurrieren könne, geschweige denn ihm überlegen wäre. Mit ihrem Bestreben nach Nivellierung mögle sie schon deshalb, weil auch das Berufsleben auf Begabung und Neigung des Einzelnen und damit auf Unterschiedlichkeit ausgerichtet sei. Er vermisse dort auch den Klassenverband, der gerade in der Welt der Kleinfamilien und Einzelkinder zu den wertvollsten Hilfen während der Entwicklungsjahre zähle.

Er beabsichtigt, die Kollegstufe wieder mehr an der Allgemeinbildung und an den Bildungszielen des Gymnasiums zu orientieren und ihr den Charakter als vorgegriffene Hochschulsemester zu nehmen. „Die Fähigkeit, Chemie zu studieren, wird nicht dadurch nachgewiesen, daß einer im Leistungskurs Chemie war, sondern daß er ein fundamentales Wissen hat", umschreibt er seine Meinung zu diesem Punkt. Die Kollegstufe benötige auch in Bayern eine weitere Klärung und Straffung.

Neue Pfade wird Zehetmair mit der Hauptschule beschreiten. Schon 1987 will er ein Gesetz vorlegen, das diesem Schulzweig aus der bildungspolitischen Sackgasse heraushelfen soll. Den Minister ärgert, daß diese Schule Endbahnhof des beruflichen Werdegangs ist, und ihn mißbagt auch, daß immer mehr Schüler, die früher den direkten Weg zur Lehre gewählt hätten, heute lange Parkschleifen über das Gymnasium veranstalten, um dann doch noch Lehrlinge zu werden. Sein Ziel: Die Hauptschule soll wieder „hauptsächlicher Bildungsweg mit größerer Durchlässigkeit" werden.



Neuer Kultusminister im Freistaat Bayern: Hans Zehetmair (CSU) FOTO: DIE WELT

Dazu genügen nach den Vorstellungen Zehetmairs neun Schuljahre, gefolgt von einer dualen Ausbildung am Arbeitsplatz und in der Berufsschule. Nach drei Jahren und einer entsprechend guten Gesellenprüfung kann eine der mittleren Reife entsprechende „berufliche Fachreife" erworben werden. Defizite in Fundamentalfächern wie Deutsch, Mathematik, Geschichte und Fremdsprachen müssten in einer neu zu gründenden Berufsaufbauschule erworben werden. Ähnlich soll der Weg für besonders gute Meisterprüflinge zur Fachhochschulreife führen. Zehetmair: „Hier gehe ich neue Wege. Wir wollen in Bayern den direkten Durchstieg über die berufliche Bildung zu einem Normalangebot machen."

Seit seinem Amtsantritt vor zwei Monaten bemüht sich Hans Zehetmair um einen besseren Kontakt zu den Schulen. Die frühere politische Leitung des Ministeriums hatte dafür in den vergangenen Jahren kaum Zeit gefunden. Inzwischen wurden Schulbesuche bereits zu einem festen Bestandteil seines Terminkalenders: „Ich will den persönlichen Kontakt zum Lehrer, zur Schule, zu den Schülern und zu den Eltern ausbauen." Den Beruf des Lehrers nannte er eine „in unserer Zeit sehr schwierige und herausfordernde Aufgabe", er wolle deshalb auch das erfolgreichste Prinzip der Erziehung, nämlich Anerkennung zu zollen und Lob auszusprechen, auch als oberster Dienstherr zum Ausdruck bringen.

Allerdings zieht er auch eine deutliche Grenze: „Sie ist für mich dort erreicht, wo jemand, der vom Staat beamtet ist und sein gutes Geld bekommt, die ihm anvertrauten Kinder ohne Zustimmung der Eltern für Polit-Aktionen mißbraucht." Dies betreffe zwar nur einen geringen Prozentsatz der Lehrer, doch er sei gegenwärtig mit drei geradezu haarsträubenden Fällen befaßt. So hätten Lehrerinnen und Lehrer derart auf Schüler eingewirkt, daß diese dem Elternhaus entfremdet wurden, es verlassen haben und völlig „in den Dunstkreis ideologiebesessener sogenannter Lehrpersonen" gerieten. Hier will der neue Minister keinen Nachsicht üben: „Diese Fälle nehme ich genau unter die Lupe."

„Bundestag muß sich mit Dienst von Frauen befassen"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der nächste Bundestag wird sich nach Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, nach der Wahl mit dem Dienst von Frauen in der Bundeswehr befassen müssen. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk erklärte Würzbach, er schließe nicht aus, daß unter der Voraussetzung einer Fortsetzung der jetzigen Regierungskoalition bei den Verhandlungen der Koalitionspartner der freiwillige Dienst von Frauen bei den Streitkräften in Besprechungspunkt sein werde.

Die neu aufgeflammte Diskussion um den Frauendienst ist die Folge von Überlegungen im Verteidigungsministerium, die schon vor Jahren begonnen haben. Sie waren bedingt durch die Aussicht auf kleiner werdende Wehrpflichtigen-Jahrgänge und gepaart mit der Bereitschaft, auch für Frauen den „Arbeitsplatz Bundeswehr" zu öffnen. Auf der „Arbeitsebene" der Hardthöhe sind diese Überlegungen bereits in Planungen umgesetzt worden. Sie wurden aber gestoppt, als Bundeskanzler Helmut Kohl im Zusammenhang mit der Verlängerung des Grundwehrdienstes von 15 auf 18 Monate ein weiteres Thema wie den Frauendienst in der Bundeswehr aus den Regierungsplänen strich. Deshalb konnte Staatssekretär Würzbach in dem Rundfunkinterview gestern auch sagen, es gebe bislang keine von den Politikern verantworteten Vorhaben zum Thema „Frauen in die Bundeswehr".

Dies unterstrich auch der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion, Willy Wimmer, in einem Gespräch mit der WELT. Er erklärte, es sei Aufgabe der künftigen Regierung, die dazu erforderlichen Gesetzesentwürfe im Bundestag einzubringen. Die Regierung müsse wissen, wann sie das tue. Verteidigungsexperten hatten darauf hingewiesen, daß die Dauer der nächsten Legislaturperiode bis 1991 ein Handeln erforderlich mache, da in den kommenden Jahren die Erhaltung der Friedenspräsenz der Bundeswehr ein immer schwieriger zu lösendes Personalproblem sein werde. Würzbach machte abermals darauf aufmerksam, wie sehr unter jungen Mädchen das Interesse an einem freiwilligen Militärdienst wachse. Nach seinen Worten könnten weiblichen Soldaten interessante Laufbahnen im Nachschub, im Fernmeldewesen, der Instandsetzung oder der Flugsicherung eröffnet werden. Einen Dienst an der Waffe verbietet für Frauen das Grundgesetz, das nach Auffassung Würzbachs nicht geändert werden solle.

Ein Aristokrat, der auch heute seine Bewunderer hat

General a.D. Graf von Kielmansegg wird 80 Jahre alt

Einer der Gründungsväter der Bundeswehr, General a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg, wird heute 80 Jahre alt. Der aus einer traditionsreichen Familie stammende Offizierssohn gehört zu den Männern, die die neuen deutschen Streitkräfte schufen und diese maßgeblich prägten. Von 1950 an leitete der ehemalige Generalstabsoffizier im „Amt Blank" das militärpolitische Ressort, das sich mit der Struktur der Bundeswehr ebenso wie mit deren Einbettung in das Bündnis der Westmächte beschäftigte. Kielmansegg war es, der Ulrich de Maizière und Wolf Graf Baudissin holte und mit diesen über den neuen deutschen Soldatentyp, der dem Fortschritt gegenüber aufgeschlossen, der Tradition aber verbunden bleiben sollte, nachdachte. Es entstand das Bild des „Staatsbürgers in Uniform" und die Konzeption der „inneren Führung".

Sein strategisches Können und seine Fähigkeit politisch zu denken und diplomatisch zu handeln, gaben 1955 den Ausschlag, den inzwischen zum Brigadegeneral beförderten Grafen als ersten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland zum NATO-Oberkommando zu entsenden. Dort verstand es Kielmansegg, Mißtrauen abzubauen, Einfluß zu gewinnen und sich aufrichtige Freunde zu erwerben.

Nach Stabsstellen und Truppenkommandos in der Bundeswehr kehrte Graf Kielmansegg 1963 in das Bündnis zurück – diesmal als Viersterne-General und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Das Umsetzen des noch heute gültigen NATO-Konzepts der „Vorneverteidigung" in die Praxis, trieb er mit Nachdruck voran. Das Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen NATO-Integration brachte es mit sich, daß der General 1966 als erster Deutscher Oberbefehlshaber sämtlicher Alliierten Streitkräfte in Zentraleuropa wurde. Immer wieder nahm er auch aus dieser Stellung Einfluß auf den Geist der Bundeswehr. Unermüdlich setzte er sich mit den Geschehnissen und Männern des 20. Juli, mit denen er befreundet war und denen er sich verpflichtet fühlt, auseinander.

Seit 1968 lebt Kielmansegg im Ruhestand, doch sein vitales Interesse an der Sicherheitspolitik ist so stark wie ehedem. Sein scharfer Verstand, seine Weltkenntnis und sein Takt machen den einstigen preußischen Reiteroffizier, der von seinen Freunden „Kilian" genannt wird, zu einem hochgeschätzten Ratgeber.

General a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg FOTO: BACHERT

Kielmansegg, Inbegriff eines Aristokraten, hat noch heute in der Bundeswehr viele Bewunderer und gilt unter den Generalen als primus inter pares. Als Mitglied der Wehrstruktur-Kommission beriet er Anfang der siebziger Jahre die Bundesregierung über künftige Verteidigungsmodelle. In einer beachtenswerten Studie machte er sich vor zwei Jahren intensive Gedanken zur Führung der Bundeswehr.

Er bereiste die Volksrepublik China und legte vergangenes Jahr als Co-Autor in dem Buch „Unbesiegbar?" seine Eindrücke über die chinesische Armee nieder. Der sensible General mit der Neigung zur Literatur, Geschichte und Geographie, verkörpert die Tradition des deutschen Offiziersadels im besten Sinne.

CLEMENS RANGE

Mehr Empfänger von Sozialhilfe

rtr, Bonn

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist im Jahr 1985 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gegenüber 1984 um neun Prozent auf 2,8 Millionen Männer – 1,6 Millionen Frauen, 1,2 Millionen Männer – gestiegen. Das Statistische Bundesamt teilte gestern mit, bei jedem vierten Haushalt (25 Prozent) sei die Hilfe nach dem Verlust des Arbeitsplatzes in Anspruch genommen worden, bei 18 Prozent wegen unzureichender Versorgungsansprüche und bei sieben Prozent wegen unzureichender Einkommen.

43 Millionen für Entwicklungshilfe

dpa, München

Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung wird im nächsten Jahr 43 Millionen Mark in ihre entwicklungspolitische Arbeit stecken. Wie ihr Vorsitzender Pirkl mitteilte, sind in diesem Jahr die 46 Projekte der Stiftung in 27 Ländern der Welt mit zusätzlich 38 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt gefördert worden. „Dabei wollen und können wir nicht in Konkurrenz zu den staatlichen Entwicklungshilfen stehen", betonte Pirkl, der die Zusammenarbeit mit den anderen politischen Stiftungen lobte.

„Kampagne gegen den DGB"

dpa, Frankfurt

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ernst Haar, hat die Bundesregierung und die sie tragenden politischen Kräfte aufgefordert, ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften zu überprüfen. Die „seit Monaten laufende Kampagne gegen den DGB und seine Gewerkschaften" im Zusammenhang mit dem Ringen um die Zukunft der Neuen Heimat ziele eindeutig auf die Schwächung der Einheitsgewerkschaften ab, heißt es in einer Mitteilung Haars.

Galinski warnt vor Demagogie

uls. Bonn

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat die Politiker davor gewarnt, sich im Kampf um die Stimmen bei der bevorstehenden Bundestagswahl am 25. Januar zu Zügellosigkeit und Demagogie hinreißen zu lassen. In einer Presseerklärung anläßlich des Jahreswechsels schrieb er, ihm gehe es nicht darum, natürliche Gegensätze verdecken oder vergessen machen zu wollen. Aber man müsse sich nur davor hüten, „im politischen Wettkampf Instinkte anzusprechen, deren Auswirkungen auf das öffentliche Leben schädlich und bedrohlich für die Demokratie sind".

In seinem Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr erklärte Galinski weiter, „unliebsame Diskussionen und unverantwortliche Verhaltensweisen mancher politischer Mandatsträger haben das Zusammenleben nicht erleichtert". Die Jüdische Gemeinde mahne und erhebe ihre Stimme „nicht aus Nörgelei", sondern allein aus der Verantwortung heraus, einen Beitrag für ein besseres Zusammenleben in einer friedlicheren Welt zu leisten.

Ohne die Naziherrschaft beim Namen zu nennen, warnte Galinski davor, die Vergangenheit bei der Verfolgung dieses Ziels zu vergessen. „Wir sind der Überzeugung, daß es nicht die Verdrängung und eingeschläferte Gedächtnis sind, die uns den Weg in eine bessere Zukunft weisen, in eine Zukunft frei von Haß und von Gewalt", sagte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde.

Wenn man sich scheue, Unbequemes zu berühren, wenn man es „unbewältigt umgeht, wandelt man auf Wegen hinter deren Biegungen sich Hindernisse verstecken, die die Zukunft mit schweren Hypotheken belasten", erklärte Galinski. „Was wir brauchen, ist ein gerader, ein ehrlicher Weg, und einen solchen Weg müssen wir gemeinsam beschreiten, mag er noch so schwer sein."

Beunruhigt zeigte er sich über „oft mangelndes Verständnis" Israel gegenüber. Er äußerte die Hoffnung, daß der bevorstehende Besuch von Staatspräsident Chaim Herzog in der Bundesrepublik Deutschland „die besondere Beziehung" zwischen beiden Ländern stärken werde.

Hannovers Last nach dem Finanz-Urteil

Von MICHAEL JACH

Zwar kündigt der Wahlgang zum Deutschen Bundestag am 25. Januar sich hier „draußen im Lande" längst nicht so stürmisch an wie im Frühsommer 1986 die niedersächsische Landtagswahl. Doch zwischen Duderstadt und Norddeich, wo zwischendurch zum 5. Oktober auch noch um die Kommunalparlamente gerungen wurde, wünscht Herzog Widukinds Stamm, so sturmfest er immer sei, sich nun nach drei Wahlkämpfen in Folge das ruhigere landespolitische Alltagswetter herbei.

In Wahrheit ist dieser Alltag sehr bald nach dem Hochspannungstest des 15. Juni wieder eingekehrt. Ministerpräsident Ernst Albrecht verleiht ihm das Wertprädikat vertrauenerweckender „Stetigkeit". Soll heißen: Die Fortführung zukunftsgerichteter Aufbaupolitik wider die überkommenen Strukturschwächen des Landes sei bis an die Schwelle der neunziger Jahre garantiert.

Auf einen verläßlichen Stützrahmen ist Niedersachsen dringlicher angewiesen als vor Jahresfrist geahnt. Nicht daß das Ende achtjähriger CDU-Alleinregierung oder die äußerst schmale Mehrheitsbasis der Nachfolgekoalition gleich Grundfesten erschüttert hätte. Nur neun Tage nach der Landtagswahl jedoch nahm ein finanzpolitischer Offenbarungsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht seinen Ausgang. Der führte zu der Erkenntnis, daß stetige Investitionen in die Landesentwicklung für den Rest des Jahrzehnts den Preis hoher Neuschulden fordern.

Das Karlsruher Urteil zum Länder-Finanzausgleich, speziell die verfügte Totalanrechnung des niedersächsischen Öl- und Gas-Förderzinses, beschneidet die Landeseinkünfte aus dem Ausgleichstopf. Allerdings erstmals 1987 um effektiv wohl 150 Millionen Mark. Die seitdem erst offenbarten Fehlbeträge für dieses und nächstes Jahr, 800 und geschätzte 700 Millionen, haben größtenteils just dieselbe Ursache, die wesentlich zur Geldwertstabilität beiträgt: Der weit abgesackte Ölpreis drückt die Förderzins-Einnahmen von vornherein um jeweils 450 Millionen unter die Erwartungsansätze der Mittelfristplanung von 1985. Unter solchen Vorzeichen ist es still geworden um die Verheißungen vom „Aufsteigerland".

Den verengten Gestaltungsspielraum der vierten Regierung Albrecht setzt Oppositionsführer Gerhard Schröder als Faktor in seine Wunschrechnung ein, die Koalition werde sich an ihren Problemen bis 1990 zermürben. Deren erstes Halbjahr freilich verlief ohne Krach, aber auch ohne Liebeserklärungen. Eine Vernunftehe, selbst in der Innen- und Rechtspolitik. Die Union zeigt sich kompromißbereit, wann immer die FDP profilbedürftig ist.

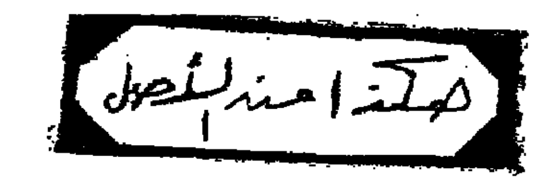


Die Jahreswende in Niedersachsen

Auf sich warten lassen derweil die „Akzente" der beiden FDP-Minister: Walter Hirche im Wirtschaftsressort hat sich mit gewohnt gründlichem Fleiß in die Aktenlage eingearbeitet, ringt indessen mit dem drangvollen Terminkalender und einer FDP-gefälligen Personalstruktur seines Hauses, die programmgemäß dem niedersächsischen Mittelstand Nutzen bringen soll. Heinrich Jürgens bekam soeben vom Kabinett die Kompetenzerweiterung für Bundes- und Europaangelegenheiten" schriftlich.

Glanzlichter steckt eine Landesregierung, die unter erschwerten Umständen auf solide Administration verwiesen ist, nur mit Mühe auf. Albrecht weiß dies und hat bald nach der Wiederwahl eine Kabinettserneuerung für die Mitte der Legislatur ins Auge gefaßt. Einige CDU-Leute, angeblich aus der zweiten oder dritten Reihe der Landesgruppe im Bundestag, setzten Spekulationen in die Welt: Albrechts Lust am Regieren lasse spürbar nach, womöglich denke er selbst an Abschiednehmen.

Hinter schalldichten Türen setzte es Rutenstreiche auf höchster Parteiebene. Wie könne denn ein Regierungschef, der Sorgenfalten eben nicht wegpudere, gleich als „amtsmüde" hingestellt werden? Albrecht-Berater vermerkten indes, daß hiermit offenbar sich schon der Landtagswahlkampf 1990 ankündige. Gerhard Schröder verbucht es als Erfolg seiner Psychotaktik: „Bitte sehr, die werden schon nervös."



Die „Tontons Macoutes“ organisieren sich neu

Gerüchte über Rückkehr Duvaliers / Regierung in Bedrängnis

W. THOMAS, **Port-au-Prince**

Haitis einst gefürchtete Terrororganisation „Tontons Macoutes“ hat ihre Flucht in den Untergrund beendet und wagt sich wieder in die Öffentlichkeit, wenn auch ohne Waffen. Prominente Persönlichkeiten der alten Ära gründeten eine politische Partei.

Gerüchte kursieren, der im Februar gestürzte Jean-Claude Duvalier plane im französischen Exil die erneute Machtübernahme. In der Bevölkerung herrscht Angst, daß „die Vergangenheit zurückkehren“ könnte.

Die Meinung ist weit verbreitet, daß die Anhänger von Jean-Claude „Baby Doc“ Duvalier immer noch eine einflußreiche Rolle spielen und den Demokratisierungsprozeß torpedieren wollen. Fast alle Protestaktionen der letzten Monate waren gegen den „Duvalierismus“ und den „Macoutismus“ gerichtet.



Jean-Claude Duvalier im französischen Exil FOTO: DPA

Die Junta des Generals Henri Namphy muß viele Vorwürfe hinnehmen. Immer wieder heißt es, sie sei unfähig und konzeptionslos. Am schwersten lastet jedoch die Beschuldigung mangelnder Vergangenheitsbewältigung. „Der verwundbarste Punkt“, urteilt ein diplomatischer Beobachter.

Von Anfang an wurden die neuen Männer von den alten Zeiten verfolgt. Junta-Mitglied und Justizminister Gerard Gourgue verließ bereits wenige Wochen nach dem Machtwechsel die Namphy-Regierung. Vergeblich verlangte der langjährige Präsident der haitianischen Menschenrechtsliga energische Schritte gegen Duvalier-Anhänger. Gourgue berichtete bitter: „Man hat diesen Leuten sogar geholfen.“

Viele Haitianer wollen nicht vergessen, daß die wichtigsten Führer der „Tontons Macoutes“ das Land verlassen konnten. Auch der berüchtigten Macoutes-Chefin „Madame Max“ war es gelungen, sich rechtzeitig abzusetzen – mit einer Linienmaschine nach Miami, als Nonne verkleidet.

Bisher gab es nur einen Prozeß gegen einen Macoutes-Verbrecher: Luc Desir, Folterer und Mörder, wurde zum Tode verurteilt. Zur Zeit läuft ein Berufungsverfahren. Dutzende von Mitgliedern der „Tontons Macoutes“ starben dagegen kurz nach der Entmachtung Duvaliers durch eine grausame Lynchjustiz.

Seit sich die Schergen des gestürzten Diktators wieder frei bewegen, machen Berichte die Runde, sie würden sich mit Hilfe reicher Duvalieristen reorganisieren. Viele Profiteure des alten Regimes, Geschäftsleute und ehemalige Regierungsmitglieder, bewohnen nach wie vor die protzigsten Paläste der Bergstadt Petionville.

Als Vertreter dieser Kreise Ende Oktober während einer Pressekonferenz gar die Gründung einer politischen Bewegung verkündeten, der Partei für die Nationale Einheit

HAITI

(PREN), gab es einen Sturm der Entrüstung. Mitte November ließen die Duvalieristen, allen voran die Brüder Claude und Adrien Raymond, der eine einst Armeechef, der andere Minister und Washington-Botschafter, jedoch wissen, sie hätten die Partei wieder aufgelöst.

Wenige Stunden später hielt General Namphy seine bisher bemerkenswerteste Ansprache an das Volk, die signalisierte, daß er ein Machtwort gesprochen hatte. „Ich kann die weitverbreitete Angst vor diesem Alptraum (einer Rückkehr der Duvalieristen) verstehen“, sagte er. „Diese Regierung aber wird keine Rückkehr zum Totalitarismus und einer blutigen Vergangenheit erlauben.“

Die meisten Politiker bezweifeln, daß mit der Auflösung der Duvalieristen-Bewegung eine Bewältigung der Vergangenheit einhergeht. General Namphy war der letzte Armeechef Duvaliers. Oberst William Regala, der zweite Mann der Junta, der heute auch als Innenminister und Verteidigungsminister dient, kommandierte einst die Palastwache des Diktators. Erst die nächste Regierung, so der Christdemokrat Sylvio Claude, könne sich mit dem explosiven Vermächtnis von 29 Jahren Duvalier-Diktatur beschäftigen.

In einem Jahr soll die Bevölkerung eine demokratische Regierung wählen. Sylvio Claude gehört zu den mehr als 200 Präsidentschaftskandidaten.

Neue Kontakte zwischen Iran und den USA

HELMUTH HETZEL, **Den Haag**

Die Kontakte zwischen Regierungsvertretern und Wirtschaftsfachleuten aus den USA und dem Iran werden auch in Den Haag zur Zeit eifrig gepflegt und ständig intensiviert. Hinter verschlossenen Türen und streng abgeschirmt von der Öffentlichkeit begann hier gestern an einem geheim gehaltenen Ort eine neue Verhandlungsrunde zwischen hohen Regierungsbeamten und Bankmanagern aus Washington und Teheran. Der Gegenstand des Gesprächs: Die Rückzahlung von rund 500 Millionen Dollar, die seit der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran 1979 und der sich anschließenden Geiselnahme amerikanischer Bürger im Iran noch immer eingefroren auf US-Bankkonten liegen.

Die USA hatten seinerzeit als Reaktion auf diese Geiselnahme alle iranischen Guthaben bei amerikanischen Geldinstituten – insgesamt 3,7 Milliarden Dollar – gesperrt. Der größte Teil davon ist inzwischen, bis auf die umstrittenen 500 Millionen Dollar, freigegeben worden.

Der Iran, finanziell durch den nun bereits mehr als sechs Jahre dauernden Golfkrieg ausgezehrt – will nun auf dem Verhandlungsweg offensichtlich schnell an diese restlichen 500 Millionen Dollar herankommen. Die Amerikaner ihrerseits jedoch fordern ebenfalls eine finanzielle Entschädigung vom Iran für die seinerzeit bei der Botschaftsbesetzung entstandenen Schäden. Außerdem sollen aus dieser noch eingefrorenen Summe Forderungen, die ehemalige Geiseln und deren Familien an den Iran haben, befriedigt werden.

Die Gespräche, so betonte ein hoher amerikanischer Diplomat gegenüber der WELT, finden in einer „guten und offenen Atmosphäre statt“. Die Chancen für eine Einigung seien gut.

Die Verhandlungen sind von einer 1981 vom Iran und den USA eingerichteten bilateralen Schiedsinstanz, dem „amerikanisch-iranischen Tribunal“ in die Wege geleitet worden. Dieses in Den Haag ansässige Tribunal hat die Aufgabe, alle aus der Geiselaffäre resultierenden juristischen Angelegenheiten zwischen beiden Staaten zu regeln. Es hat inzwischen bereits 900 von insgesamt rund 1000 Streitfällen gelöst.

Allgemein jedoch wird diese neue amerikanisch-iranische Verhandlungsrunde vor dem Hintergrund der Affäre um die geheimen US-Waffenlieferungen an Teheran als neues Indiz für eine möglichweise weitergehende Annäherung zwischen Washington und der islamischen Republik gewertet.

An vereinigte Staaten von Westeuropa vermag Tony Benn nicht zu glauben

RAINER GATERMANN, **London**

Offiziell gibt ihm seine Position wenig Macht. In der Westminster-Fraktion der Labour Party spielt er die Rolle eines Hinterbänklers und im Parteipräsidium gibt es auch keinen Platz mehr für ihn. Dennoch, Anthony Wedgwood Benn, genannt Tony, muß weiterhin zu den politischen Schwergewichtlern der größten Oppositionspartei gerechnet werden, für deren Linke er so etwas wie ein politischer Pate geworden ist.

Der frühere Labour-Premierminister und heutige Lord Harold Wilson nannte ihn einen „Propheten des Alten Testaments“, noch früher meinte Winston Churchill, der sozialistische Sohn eines Viscounts, der auf seinen Adelstitel verzichtete, um im Unterhaus linke Politik betreiben zu können, sei „zum Scheitern verurteilt“. Da hat Churchill falsch gelegen. Die absoluten politischen Höhen blieben für ihn zwar unerreicht, für jede Labour-Führung, die nicht strikt seinen sozialistischen Vorstellungen folgt, und das war in seinem politischen Leben bisher jede, muß er ein äußerst unbequemer Mitstreiter sein. In seinem Gespräch mit der WELT bezeichnete Tony Benn dennauch nicht nur den britischen Parlamentarismus als „undemokratisch“, sondern auch die Struktur seiner eigenen Partei.

Mit 30 Jahren Parlamentserfahrung, elf Ministerjahren sowie jahrzehntelanger Präsidiumsmitgliedschaft in der Labour Party und nur knapp mißglückter Kandidatur für den Posten des stellvertretenden Parteiführers zählt Tony Benn (61) zu den Politikern, dessen Stimme niemand ignorieren kann. FOTO: RUDI MEISEL

„Die Trennlinie innerhalb der britischen Labour Party verläuft nicht zwischen rechts und links, sondern zwischen oben und unten,“ meint der Mann, der – falls Labour die nächste Wahl gewinnt – „keine Koalition mit der Rechten“ eingehen will. Gemeint sind damit nicht etwa die Tories oder die Alliance, sondern die Führung der eigenen Partei, „die die Linie verfolgt, die Präsentation ihrer Politik herabzuspielen, und anstelle versucht, die Partei von ihrer Linken zu säubern“. Bis zu den Wahlen sei man einen Burgfrieden eingegangen, „niemand will den eigenen Kahn versenken“, denn noch verfolgten sie dasselbe Ziel: Frau Thatcher aus Downing Street 10 zu vertreiben. Zur Zeit lebe man mit einem „unterdrückten Radikalismus, der durch wahltaktische Rücksichtnahme zurückgehalten wird“.

Tony Benn behauptet nicht, daß Politik den Charakter verdirbt und vor allem Parlamentarier korrumpiert. Aufgrund des undemokratischen Systems in Staat und Partei bestehe jedoch die große Gefahr der „Korruption der Protektion“. „Nicht die persönliche Korruption, nicht die finanzielle; aber die Korruption, indem man nach der Person über einem schaut, anstatt auf die Leute, die man repräsentiert.“

Radikale Änderungen will Tony Benn auch in der internationalen Politik seines Landes. Seine Thesen, die vom NATO- und EG-Austritt über die Behauptung, der Westen stände, was die Wahrung der Menschenrechte anbetreffe, nicht sonderlich besser als die Sowjetunion da, bis zu der Mahnung, die Sozialdemokraten sollten nicht nur mit den östlichen Dissidenten zusammenarbeiten, „anstatt anzuerkennen, daß in Osteuropa fundamentale Veränderungen im Gange sind.“

Das Blocksystem in Europa sieht der Labour-Linksaußen als eine Hinterlassenschaft Hitlers, fügt jedoch hinzu, daß „die Bildung der Nachkriegsinstitutionen, NATO und EG, von der Annahme ausgehen, daß Europa für immer geteilt sein wird. Das akzeptiere ich nicht.“ Überwinden will er die Spaltung mit einem System, „das nicht das sowjetische Sicherheitsinteresse bedroht und nicht feindlich den USA gegenüber ist, so daß sie keinen Grund sehen, herzukommen“. Erst könnte die Neuordnung durchaus parallel mit den derzeitigen Blockgrenzen verlaufen, später müßten sie aufgebrochen werden. Als Beispiel dafür nennt Benn das kürzlich geschlossene griechisch-bulgarische Abkommen. Und „die Bundesrepublik hat Verbindungen zur DDR, die jetzt viel enger sind als zwischen wahrscheinlich jedem anderen Land und der DDR.“ Die Blöcke durch ein Pan-Europa ersetzen, „ich finde, das ist ein begehbarer Weg“.

Aber Tony Benn wäre kein Sozialist, fände er nicht einige der größten Übel unserer Zeit im westlichen Kapitalismus und im amerikanischen Großmachtdenken.

Der EG-Vertrag von Rom, den er strikt ablehnt, werde „nicht von der Idee einer weitläufigen Kooperation“ getragen. Einerseits Kooperation, aber andererseits „die Rückgabe der Macht, den Briten wieder ihre Gesetze zu geben, an das britische Parlament. Dies ist kein nationalistisches sondern ein demokratisches Argument. Dann müssen wir einen anderen Weg der Kooperation finden.“ Auch an die vereinigten Staaten von Westeuropa vermag Benn nicht zu denken, „ich glaube nicht, daß die Briten dies wirklich wollen. Der Gemeinsame Markt wurde uns als Weg zum wirtschaftlichen Fortschritt, zu einer friedlicheren Welt und anderes mehr präsentiert, nichts davon ist erfüllt worden“. Ähnlich sieht Tony Benns Ost-West-Bild aus. „Ich denke, das Streben in Osteuropa nach Demokratie ist sehr stark. Es kann jedoch solange nicht durchbrechen, wie der Kalte Krieg da ist. Es ist das angesichts der Geschichte gerechtfertigte Hauptanliegen der sowjetischen Regierung, die Sowjetunion zu schützen. Deswegen hat sie eine Entschuldigung, jede Kritik zu unterdrücken und sie als antisowjetisch und verräterisch abzustempeln. Aber das ist im Westen ja genauso. Kritisieren Sozialisten Frau Thatcher, sagt sie, dies komme Landesverrat gleich, sei subversiv und man würde für Gorbatschow arbeiten.“ Schwarzweiß-Malerei, „vorzugeben, wir sind für Freiheit und die für Tyrannei“, helfe nicht, Eisernen Vorhang und Trennung zu überwinden. Schließlich stände der Westen nach Hitler, Mussolini, Franco, Salazar und der griechischen Junta nicht gerade unschuldig da.

Selbstverständlich ist Tony Benn für ein kernwaffenfreies Großbritannien, er will sogar noch mehr: den Abzug sämtlicher US-Truppen sowie den NATO-Austritt. „Wir werden durch die Verteidigungsausgaben an den Rand des Ruins getrieben. Wir haben 125 amerikanische Basen in diesem Land, wir sind in eine Art Kolonie der weltweiten amerikanischen Pentagon-Maschinerie verwandelt worden. Und die Frage ist: Ist dies wirklich der beste Weg für Großbritannien?“ Die derzeitige Debatte über eine britische Nonnuklearpolitik will er in dieser Form nicht akzeptieren. Sie werde unter den beiden Prämissen geführt, daß ohne NATO und die Atombombe Gorbatschow und die Rote Armee in London wären. Die zweite sei, daß die USA in der ganzen Welt der Freund und Verfechter von Frieden, Freiheit und Menschenrechten seien. Beide Prämissen seien heute in Frage gestellt. „Komischerweise nicht so sehr in der politischen Spitze.“

Tony Benns Vater, der spätere Viscount Stansgate, begann seine politische Karriere als Liberaler, wechselte dann zur Labour Party und wurde Indien-Minister. Der Sohn wurde 1950, als er erstmals in Unterhaus einzog, dem Zentrum der Labour Party zugerechnet. Unter bestimmten Voraussetzungen bestätigt dieser noch heute seine früheren Worte, wonach er „wie mein Vater, mit dem Alter immer weiter nach links wandert“.

Testlauf für vorgezogene Neuwahlen

gat, **London**

Der überraschende Tod von zwei Parlamentsabgeordneten kurz vor Weihnachten, der Ergänzungswahlen erforderlich macht, hat den Spekulationen über einen allgemeinen Urnengang im kommenden Frühjahr neuen Auftrieb verliehen. Sicher ist, daß alle Parteien ihren Wahlapparat bereits auf Hochtouren trimmen und die Veröffentlichung von Wahlprogrammen vorverlegen.

Das Hauptinteresse bei den Nachwahlen konzentriert sich auf Greenwich im südöstlichen London. Ursprünglich ein sicherer Labour-Sitz, konnte er 1983 nur noch mit der mageren Mehrheit von 1211 Stimmen verteidigt werden. Nach dem plötzlichen Ableben von Guy Barnett (63) wartet man nun neugierig in allen politischen Lagern darauf, wen die Labour-Ortsgruppe, die fest in der Hand der Parteilinken ist, als Kandidaten nominiert.

Setzen sich die Radikalen durch, hätte Labour-Führer Neil Kinnock zu befürchten, daß dieses Mandat verloren geht, ein schlechtes Omen für die allgemeine Wahl. Deswegen, so verlautet aus dem Parteihauptquartier, sei sein Eingreifen zugunsten eines gemäßigten Kandidaten nicht auszuschließen. Dieses Recht nutzte Kinnock bereits bei der jüngsten Ergänzungswahl.

Der Stimmeneinbruch vor drei Jahren war nicht so sehr von den Tories verursacht, als vielmehr von der sozialdemokratisch-liberalen „Alliance“. Dies mag bezeichnend für diesen Wahlkreis sein. Ursprünglich war es ein klassischer Arbeiterstadtteil, in den jetzt jedoch, aufgrund seiner Nähe zur City, in großem Umfang die jungen, gut verdienenden „Professionals“ einrücken, wovon allerdings auch die Tories profitieren könnten, die hier 1983 bereits recht gut abschnitten.

Der Unfalltod von David Penhaligon (42) hat der „Alliance“ einen ihrer intelligentesten und beliebtesten Männer genommen. Seinen Wahlkreis Truro in Cornwall hielt er mit absoluter Mehrheit, unter den Liberalen schnitt nur Parteiführer David Steel besser ab.

Bei der Festlegung der Wahlstrategien zeichnet sich immer mehr ab, daß die Tories ihre Kritik an Labour auf deren unilaterale Verteidigungspolitik sowie auf das „Mismanagement“ der radikalen Parteilinken in einigen Städten abstellen und zudem ihre eigenen wirtschaftspolitischen Erfolge und „vernünftige Gemeindepolitik“ in den Fordergrund stellen werden. Die Kinnock-Partei wird die Tories dagegen für die „Mißachtung der Arbeitslosen“ sowie die „soziale Demontage“ insbesondere im Gesundheits- und Schulwesen attackieren.

David Owen, Chef der Sozialdemokraten, prophezeit allgemeine Wahlen für das Frühjahr. Nach seiner Auffassung könne die „gemäßigte Mehrheit“ weder Frau Thatcher noch Neil Kinnock wählen, und daraus könnte nur eine Koalitionsregierung unter Mitwirkung der „Alliance“ resultieren.

Israel-Reise des Kardinals darf nur „privat“ sein

hav, **Jerusalem**

Der New Yorker Kardinal John I. O'Connor wird am Donnerstag in Israel erwartet. Mißstimmung herrscht jedoch, weil O'Connor die Minister nicht in deren Amstsräumen, sondern nur in ihren Privatwohnungen sprechen will. Dahinter steckt die Anweisung des Vatikans, daß der Besuch keinen politischen Charakter haben dürfe.

Premierminister Shamir und Außenminister Peres ließen inzwischen mitteilen, sie würden den Kardinal gern empfangen, aber nur in ihren Amtsräumen. Lediglich Bürgermeister Teddy Kollek hat auf diese Bedingung verzichtet.

Peres hatte den Kardinal im vergangenen Sommer eingeladen, nachdem dieser sich zugunsten der Palästinenser geäußert hatte. Peres schlug vor, O'Connor solle „die Dinge selbst einmal an Ort und Stelle beobachten“. Die Einladung wurde angenommen; Einwände gegen die von Israel vorgeschlagenen Begegnungen mit dem Staatspräsidenten und den Spitzen der Regierung gab es damals nicht.

O'Connor reist vor seinem Israel-Besuch nach Jordanien, wo er von König Hussein und von mehreren Ministern empfangen wird. In dieser unterschiedlichen Behandlung Jordaniens und Israels erblicken Shamir und Peres eine Brüskierung. Jordanien ist vom Vatikan anerkannt, Israel noch nicht, obwohl es daran sehr interessiert ist.

Der Vatikan hat vielfache Interessen in den arabischen Staaten, wo er nebst der römisch-katholischen auch die griechisch-katholische sowie alle unierten orientalischen Kirchen vertritt. Er befürchtet Repressalien gegen seine Gläubigen, falls er sich Israel gegenüber zu freundlich verhält. Daher gibt es zwar in Jerusalem einen „Apostolischen Delegaten“, der de facto als Vertreter des Vatikans fungiert. Er ist aber kein Nuntius und seine Handlungen sind inoffiziell.

Israel dagegen ist bemüht, jeden Kontakt mit der katholischen Kirche politisch zu gestalten. Es denkt an die Aufwertung seines Image, die eine offizielle Anerkennung durch den Vatikan mit sich brächte. Daher die Empfindlichkeit beim Besuch O'Connors. (SAD)

Militante Tamilen setzen Flüchtlinge unter Druck

P. DIENEMANN, **Madras**

„Eines Tages“, so hofft der 40jährige Ramaswamy, ein Tamilen-Flüchtling aus Sri Lanka, „werden wir unser Tamilen-Land haben, auch wenn ich es nicht mehr erleben werde. Unsere Kinder sollen dort wenigstens glücklich sein.“ Ramaswamy lebt in dem Flüchtlingslager Muttuladu in der Nähe von Madras.

Er ist einer von rund 100 000 tamilischen Flüchtlingen, die in 171 Lagern im indischen Bundesstaat Tamil Nadu seit Ausbruch der Unruhen zwischen singhalesischer Mehrheit und tamilischer Minderheit auf Sri Lanka vor drei Jahren auf der Flucht vor srilankischer Armee und militanten Tamilen ihr Heim und ihre Existenz verloren haben.

Menschen zweiter Klasse

Und das Leben im Exil schützt sie offenbar auch nicht vor den Aktivitäten extremistischer Tamilen. Viele der Flüchtlinge, die sich in Indien als „Menschen zweiter Klasse“ fühlen, haben Angst vor ihren eigenen Landsleuten.

Ramaswamys 18jähriger Sohn Nagaraja kämpft auf Sri Lanka in einer militanten Tamilen-Gruppe gegen die regulären Sicherheitskräfte. „Erst war er bei der Volksbefreiungsorganisation für Tamil Eelam“ (Plote), sagt der Vater. „Dann suchte er bei einer anderen Gruppe Anschluß, weil die Plote kriminell ist, Banken ausraubt, Leute erpreßt und anderes.“

Der Konflikt zwischen den Gruppen besteht auch im indischen Exil, wo die „Tiger“ – wie auch auf Sri Lanka – die Stärksten sind. Und alle Gruppen kontrollieren offenbar die Flüchtlingslager, üben Druck auf die Flüchtlinge aus.

Doch die schweigen, will ein „Außenstehender“ mehr darüber wissen. Sie haben auch Angst vor Repressalien, wenn sie nach dem Einfluß der Militanten in den Flüchtlingslagern von Tamil Nadu gefragt werden. Das Positive wird jedoch lobend hervorgehoben. So sagt Ramaswamy: „Die ‚Tiger‘ haben mir ein Fahrrad geschenkt.“

Auffällig ist, daß in den Lagern keine jungen Männer im „waffenfähigen“ Alter anzutreffen sind, außer einigen wenigen, die aus familiären oder gesundheitlichen Gründen sich per Boot nach Indien abgesetzt haben. „Junge Männer, die kämpfen können, dürfen erst gar nicht nach Indien übersetzen“, berichtet ein „Insider“, der um seiner Sicherheit willen seinen Namen nicht nennen will.

Weiter sagt er: „Auch wer im Exil alt genug wird, um mit einer Gruppe kämpfen zu können, wird notfalls zwangsweise rekrutiert und nach kurzer Ausbildungszeit zum Kampf nach Sri Lanka geschickt.“ Die Extremisten unterstützen zwar einige Flüchtlinge auch finanziell, anderen allerdings „pressen sie Geld ab“.

Zu kriminellen Ausschreitungen von Tamilen gegenüber Tamilen, wie sie Terroristen im Gebiet um Jaffna auf Sri Lanka verüben („sie morden und vergewaltigen, erpressen Nahrung, Unterkunft und Geld“), kommt es im indischen Tamil Nadu allerdings nicht. Die Terroristen fürchten den Arm indischer Gesetze.

Indien als Gastland richtet seit einigen Monaten besonderes Augenmerk auf die Aktivitäten der Tamilen-Gruppen im Exil. In der Vergangenheit war es schon zu Feuergefechten zwischen rivalisierenden Gruppen auf indischem Boden gekommen; jetzt unterstützen offensichtlich „ausgebildete“ Sri-Lanka-Tamilen militante indische Tamilen bei Sprengstoffattentaten. So jedenfalls die Vermutungen der Polizei.

Die Inder helfen

Indien kümmert sich aber auch um die Flüchtlinge, die in der Umgebung von Madras in „Zyklon-Schutzräumen“ untergebracht sind. Alle 14 Tage erhält ein erwachsener Flüchtling 55 Rupien (neun Mark) Unterstützung von der indischen Regierung, seine Frau etwa sieben Mark und jedes Kind zwei Mark. Trotz verbilligter Reislieferungen an die Flüchtlinge reicht dies gerade zum Überleben.

Sorge bereitet den Flüchtlingen die medizinische Versorgung. „In Regierungskrankenhäusern“, so berichtet eine 30jährige, „erhalten wir keine Medizin. Private Ärzte sind für uns unerschwinglich.“ Die Flüchtlinge haben inzwischen in Selbsthilfe Gesundheitsstationen errichtet.

Terroristen hatten libanesische Pässe

AFP, **Bagdad**

Bei den beiden getöteten Entführern der Boeing der „Iraqi Airways“ handelt es sich nach irakischen Presseberichten um Hanna Al-Asmar und Elia Georgi Hanna. Beide sollen libanesische Pässe besessen haben. Die pro-iranische Bewegung „Heiliger Islamischer Krieg“ hat dementiert, an dem Flugzeugdrama beteiligt gewesen zu sein. In einem Kommuniqué warnten die Fundamentalisten davor, im Namen der Organisation nicht authentische Briefe zu veröffentlichen.

In Südafrika neue Ausnahmeregelung

rtr, **Johannesburg**

Die südafrikanische Regierung hat gestern neue Ausnahmebestimmungen erlassen, mit denen der politische Widerstand an den Schulen eingedämmt werden soll. Der Erlaß, der in einer Sondernummer des Regierungsanzeigers veröffentlicht wurde, erteilt der für die schwarze Bevölkerung zuständigen Schulbehörde die Genehmigung, alle nicht offiziellen Lehrveranstaltungen zu untersagen. Auch politische Äußerungen in Flugblätter, auf T-Shirts oder Ansteckknöpfen können verboten werden.

Israel über Vorwürfe betroffen

dpa, **Jerusalem**

Amnesty International hat sich besorgt über die Lage von politischen Gefangenen in Israel geäußert, obwohl Jerusalem nicht direkt der Menschenrechtsverletzungen angeklagt wird. Amnesty wirft den Israelis vor, nicht befriedigend auf die zahlreichen Foltervorwürfe geantwortet zu haben. Israel selbst fühlt sich durch die Vorwürfe tief verletzt. „Wenn es jemanden gibt, der weiß, was ein unkontrollierter Staat bedeutet, dann wir Juden“, schrieb der Publizist Twersky in einem Brief an Amnesty.

Justizministerium entlastet Shamir

AFP, **Jerusalem**

Der israelische Regierungschef Shamir ist vom Justizministerium seines Landes von dem Vorwurf freigesprochen worden, den Befehl zur Hinrichtung von zwei Palästinensern gegeben zu haben. Die beiden waren nach der Entführung eines Autobusses mit 45 Passagieren am 12. April 1984 erschossen worden. Die Aussage des ehemaligen Spionageabwehr-Chefs Shalom, die Shamir belastete, sei zweifelhaft. Shalom hatte erklärt, er habe Order gehabt, die beiden Terroristen erschießen zu lassen.

Chancengleichheit ist für die Schweizerin Fernziel

Gleichwohl drängen Frauen in Politik und Industrie nach vorn / Wahlrecht seit 1971 / Keine staatliche Förderung

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

„Die Gleichberechtigung ist dann verwirklicht, wenn alle hier im Saal der Meinung sind, daß es keine Rolle spielt, ob die Regierung nun aus sieben Frauen oder sieben Männern besteht“, erklärte kürzlich vor Führungskräften aus Politik und Wirtschaft Bundesrätin Elisabeth Kopp, die erste Frau, die in der Eidgenossenschaft einen Ministerposten bekleidet und das Justiz- und Polizeidepartement leitet.

Dieser ideale Zustand liegt sicherlich in weiter Ferne. Aber die Schweizerinnen sind dabei, in der Politik aufzuholen. Erst 1971 haben sie das Stimmrecht auf nationaler Ebene erhalten, 53 Jahre später als deutsche Frauen. Erst seit fünf Jahren ist ihre Gleichberechtigung in der Verfassung verankert.

Von einer echten „Chancengleichheit“ kann allerdings noch längst nicht die Rede sein. „Und doch ist in den letzten 15 Jahren einiges in Bewegung geraten“, meint Lili Nabholz, Präsidentin der „Kommission für Frauenfragen“, die der Bundesregierung als beratendes Organ dient.

Die Zürcherin Elisabeth Kopp, von der Freisinnig-Demokratischen Partei wurde 1984 mit Unterstützung aus allen politischen Lagern zur Bundesrätin gewählt. In solch heiklen Fragen wie bei der Verschärfung der Asylantenpolitik hat sie sich durch ein klares Urteil und politischen Mut Respekt verschafft.

Bei den letzten Bundeswahlen im Oktober 1983 hatte sich die Zahl der Frauen in der Bundesversammlung von zwölf auf 25 der insgesamt 246 Sitze erhöht, wobei die Schweiz im europäischen Mittelfeld liegt. Vor allem linke Parteien werben intensiv um Frauenstimmen. Bei der grün-roten POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) wurde beschlossen, drei Fünftel aller Parteiämter Frauen anzuvertrauen. Die Sozialdemokraten erstreben eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent in allen leitenden Gremien.

Appenzell gibt nicht nach

In den Kantonen und Gemeinden nimmt die Zahl der politisch aktiven Frauen zu. In Genf, dem „fortschrittlichsten“ Kanton, macht der Frauenanteil im Parlament heute schon 27 Prozent, in Basel 26, in Luzern und Zürich jeweils fast 16 Prozent aus. Allerdings haben es bisher nur drei besonders profilierte Frauen bis zum „Ministerposten“ in einem Kanton gebracht: die Sozialdemokratin Hedi Lang in Zürich, die unabhängige „Grüne“ Leni Robert und die Christdemokratin Roselyne Crausaz in Fribourg.

In Appenzell dagegen haben Frauen auf kantonaler Ebene noch immer kein Wahlrecht. Noch ist das allgemeine politische Interesse bei den Frauen weniger ausgeprägt: 34 Prozent der stimmberechtigten Männer, aber nur 28 Prozent der Frauen gingen zwischen 1977 und 1985 bei nationalen Volksabstimmungen regelmäßig zur Urne. Geht es jedoch um Frauenthemen, ist die Teilnahme wesentlich höher. Das neue Schweizer Eherecht auf der Basis der Gleichstellung wäre ohne hohe Wahlbeteiligung der Frauen nicht angenommen worden.

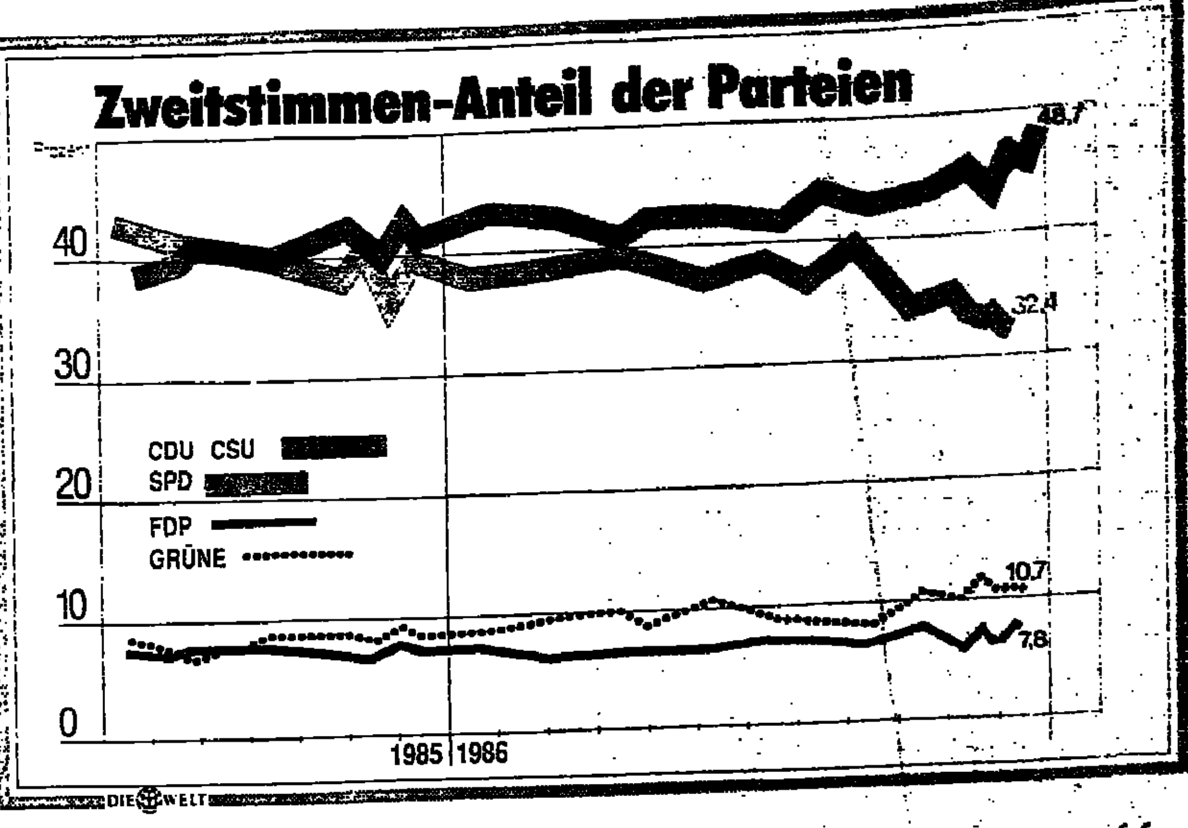
Auch in Gewerkschaften und Wirtschaft finden Schweizerinnen allmählich Zugang zu höheren Positionen. Nur zwölf Prozent der Mitglieder des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) sind Frauen; viele Frauen, deren Mann bereits organisiert ist, halten eine „Doppelmitgliedschaft“ für unnötig. Aber die Posten der Vizepräsidentin – Rita Gassmann – und das Sekretariat des SGB – Ruth Dreifuss – liegen in Frauenhänden.

„Taten statt Worte“

Man hört heute auch öfter von Frauen, die in Großunternehmen – zum Beispiel in der Chemie – Karriere machen und von selbständigen Unternehmerinnen. Bei den drei Großbanken in Zürich und Basel haben ein Dutzend Frauen Direktorenniveau erreicht.

Eine staatliche Frauenförderung – um Frauen vermehrten Zugang zu neuen Berufen zu verschaffen und den Aufstieg zu erleichtern – gibt es bisher nicht, wohl aber die freiwillige Bewegung „Taten statt Worte“. Sie wird von neun Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft getragen und bemüht sich um die Förderung in den Betrieben. Zahlreiche Unternehmen haben ihre Mitarbeit zugesagt.

Die Wahlkämpfer setzen zum Endspurt an. In ihrem sechsten Bericht für das WELT-Wahlbarometer untersucht Elisabeth Noelle-Neumann das Zusammenspiel zwischen der Wirkung der Spitzenkandidaten und der Bedeutung von Sachfragen für die Wählerentscheidung. Die Untersuchung stützt sich wieder auf Interviews des Allensbacher Instituts mit repräsentativen Querschnitten der Bevölkerung. Befragt wurden jeweils rund 1000 neuausgewählte Personen (letzte Umfrage: 13. bis 18. Dezember). Immer deutlicher wird sichtbar, daß sich die Konfrontation Rau–Kohl völlig anders entwickelt, als noch vor einem halben Jahr erwartet wurde. Die Demoskopie zeigt, welche Positionen im Wahlkampf preisgegeben werden.



Wahlentscheidend sind „hautnahe Erlebnisse"

Von PROF. ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Was gibt eigentlich eher den Ausschlag bei der Entscheidung der Wähler: Personen oder Sachthemen? Das ist sicher eine der häufigsten Fragen, die an die Wahlforschung gestellt werden – aber auch eine Scheinfrage.

Seit 1957 sind alle Bundestagswahlen systematisch demoskopisch untersucht worden, und bei jeder gab es eine andere Konstellation. Die Wahl 1957 war ein Adenauer/Erhard-Plebiszit. Daß es Adenauer 1955 gelungen war, in Moskau die Freilassung von 10 000 deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen, galt bei der Bevölkerung noch 1975 als sein größter Erfolg. Dazu kam das Wirtschaftswunder, auch den Ärmsten fühlbar gemacht durch eine Rentenerhöhung und eine Senkung des Kaffeezolls.

1961 erschütterte der Bau der Berliner Mauer die Wahlabsichten. Nur mit größter Mühe gewann die CDU/CSU in den fünf Wochen bis zur Wahl genug Boden zurück, um mit der FDP eine neue Koalition bilden zu können; und die gelang erst, nachdem Adenauer in den Koalitionsgesprächen seinen Rücktritt für 1963 verbindlich zugesagt hatte.

1965 wurde die Wahl gegen die Zeitströmung „Ende der Ära Adenauer" von Erhard persönlich gewonnen. 1969 führte die gleiche Zeitströmung, der Überdruß am „Immobilismus", das Verlangen nach Wechsel, nach neuer Ostpolitik, die FDP, den sensiblen Walter Scheel zur Koalition mit Willy Brandt und der SPD.

1972 zeigte sich die Kraft einer überzeugenden Verbindung von Person- und Sachthema: Willy Brandt und die Ostpolitik. Die SPD erzielte ihr bisher bestes Ergebnis. Aber schon ein Jahr später, mit dem Ölschock und der Enttäuschung über die Ergebnisse der Ostpolitik, war das Zutrauen der Wählerschaft so erschüttert, daß im Dezember 1973 die SPD in den Umfragen nur noch auf 35 Prozent Wähleranteil kam – einen Tiefstwert, der noch einmal im Sommer 1982 verzeichnet und jetzt, im Dezember 1986, sogar unterschritten wurde.

Der Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt gelang der SPD gut. Trotzdem hätte die CDU/CSU 1976 bei prosperierender Wirtschaft und gegen einen überzeugend populären SPD-Kanzler um ein Haar die absolute Mehrheit gewonnen – es fehlten ihr nur 1,4 Prozent. War das eine Personenwahl oder eine Wahlentscheidung nach Sachfragen?

Das personale Element spielte damals eine größere Rolle, als die meisten Wähleranalysen erkennen ließen. Im Sommer 1976 entschieden sich noch 50 Prozent für Schmidt als bevorzugten Kanzler, nur 35 Prozent für Kohl. Ende September 1976 waren die Kanzlerkandidaten bis auf vier Prozent aneinandergerückt: 45 Prozent für Schmidt, 41 für Kohl. Die spätere Unterschätzung von Kohl wäre Politikern beider Parteilager wohl nicht unterlaufen, wenn sie die Wahl von 1976 nüchtern analysiert hätten.

Schließlich 1980: der klassische Fall eines Personenplebiszits. Über dem Zweikampf Schmidt – Strauß verloren so gut wie alle Sachfragen an Interesse, sie verblaßten förmlich. Die eine Sachfrage, die 1980 immer mehr Wähler interessierte, war „Staatliche Verschuldung abbauen" – genau das Thema, das 1982 zum Zusammenbruch der sozialliberalen Koalition führte.

1983 trug – nach dem tiefen Pessimismus, der akuten Krisenangst der Jahre 1981/82 – die Hoffnung auf einen Wirtschaftsaufschwung die CDU/CSU und ihren Koalitionspartner FDP hoch, eine Sachfrage also.

Und die Bundestagswahl 1987? Eine durch Personen, durch die Spitzenkandidaten geprägte Wahl würde man sie nach dem bisherigen Verlauf nicht gerade nennen. Allerdings ist die Rolle der Spitzenkandidaten in diesem Wahlkampf viel komplizierter, als man im Rückblick auf die Jahre 1985 und 1986 so ohne weiteres erkennen kann. Man könnte geradezu von einer Auswechslung der Positionen der Spitzenkandidaten sprechen, wie sie sich die Wahlkampfstrategen beider Lager etwa ein Jahr vor der Wahl gedacht hatten.

Bevor das aus demoskopischen Daten näher beschrieben wird, wird die Rolle der Sachthemen in diesem Wahlkampf untersucht. Die Themen lassen sich sortieren nach solchen, die für die CDU/CSU und solchen, die für die SPD günstig sind. Jedes Lager versucht, seine günstigen Themen in der großen allgemeinen Debatte vor der Wahl durchzusetzen.

Es sind verschiedene Bedingungen, von denen es abhängt, ob ein Sachthema Wähler motivieren kann, so oder so zu stimmen.

Natürlich muß es die Aufmerksamkeit eines ziemlich großen Teils der Bevölkerung gefunden haben, und es muß ein Handlungspotential enthalten: Die Bevölkerung muß überzeugt sein, daß man in absehbarer Zeit in dieser Sache etwas tun kann.

Außerdem aber muß das Thema ein Parteienprofil haben: Die Anhänger der großen Parteien müssen sich bei der betreffenden Frage entweder in den Zielen oder in den Methoden, die Ziele zu erreichen, voneinander absetzen, oder zumindest müssen sich die Parteien in der Kompetenz, mit dieser Frage umzugehen, deutlich voneinander unterscheiden.

Ein Thema, das diese Bedingungen erfüllt, ist Abrüstung im weitesten Sinne. Aktuell erscheint es in diesem Wahlkampf mehrfach. In den Umfragen wurde das Übereinkommen zwischen der SPD und der SED aufgegriffen, gemeinsam für eine 300 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone östlich und westlich der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" einzutreten. Von diesem Beschluß hatten 45 Prozent der Bevölkerung gehört, sicher eine weite Aufmerksamkeit, aber im Vergleich zu vielen anderen Themen doch eher wenig. Das Thema ist an der politisch nicht besonders interessierten Bevölkerung weitgehend vorbeigegangen. (Tabelle 1)

An Parteienprofil fehlt es bei dieser Frage nicht. Die SPD-Anhänger unterstützen zu 73 Prozent die Methode, das heißt die Tatsache, daß die SPD hier gleichsam an der Regierung vorbei einen Beschluß mit „DDR"-Politikern herbeigeführt hat; CDU/CSU-Wähler finden das nur zu 21 Prozent zulässig. In der Sache selbst sind 50 Prozent der Bevölkerung – bei 29 Prozent Gegenstimmen – mit dem Beschluß einverstanden. Dabei sind die CDU/CSU-Anhänger deutlich in die Defensive gedrängt.

Auch bei dem zweiten Thema, bei dem es um Waffen geht, nämlich bei der Lieferung von U-Boot-Bauplänen an Südafrika, finden sich die CDU/CSU-Anhänger in der Defensive. In der Bevölkerung verteidigen nur 18 Prozent die U-Boot-Kontakte mit Südafrika, bei den CDU/CSU-Wählern sind es 28 Prozent. (Tabelle 2)

Ein weiterer, die öffentliche Aufmerksamkeit in diesem Wahlkampf beherrschender Themenkomplex sind die Gefährdung der Umwelt und insbesondere die Chemieunfälle. Die Bevölkerung ist im Alarmzustand. Sie verlangt zu 90 Prozent schärfere Umweltschutz- und Sicherheitsvorschriften, die der chemischen Industrie auferlegt werden sollen. Das Argument, damit würden untragbar hohe Kosten entstehen und die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieunternehmen gefährdet, verfängt nicht. (Tabelle 3)

Ein Parteienprofil ist kaum zu erkennen. Allenfalls finden sich unter CDU/CSU- und FDP-Anhängern etwas mehr Leute, die den guten Willen der chemischen Industrie verteidigen, alles zu tun, was möglich ist, um Unfälle zu vermeiden. **Die Situation ist nicht so sehr parteipolitisch brisant, sondern vor allem kritisch für die chemische Industrie.**

Ein anderes dominierendes Thema in dieser Wahlkampfzeit ist die Terroristenbekämpfung. Die kürzlich vom Bundestag beschlossene Neuregelung des Paragraphen 129a, nach der zum Beispiel das Umsägen von Hochspannungsmasten als terroristische Straftat verfolgt werden kann, wurde von der Hälfte der Bevölkerung gebilligt, von gut einem Drittel abgelehnt. Die Novellierung des Paragraphen 130a, wodurch beispielsweise die Veröffentlichung von Anleitungen zur Herstellung von Bomben und zum Umlegen von Strommasten strafrechtlich als Anleitung zur Gewaltanwendung eingestuft wird, findet noch breitere Unterstützung. (Tabelle 4)

Im ganzen Bereich der Terroristenbekämpfung – und nicht etwa beim Umweltschutz – bilden die Grünen eine überwiegend militante Minorität. Weit entfernt vom Konsens der Anhänger der anderen im Bundestag vertretenen Parteien stehen sie zum Beispiel auch bei der Frage, ob man das kürzlich beschlossene Gesetz billigen soll, nach dem die Polizei direkt aus der Flensburger Verkehrskartei Auskünfte über Fahrzeughalter erhalten kann.

WELT ? Wahlbarometer

Aber alle diese Themen vom November und Dezember 1986 werden wahrscheinlich nicht aufrücken zu wahlentscheidenden Themen. Diesmal sind die Wähler „Realos". Wirtschaftswachstum, stabilisierter Staatshaushalt, stabilisierte Preise sind – um das von Arnold Gehlen geprägte Wort zu verwenden –, hautnahe Erlebnisse. Die Krisengefühle von 1981/82 sind noch so deutlich in Erinnerung, daß die zurückgewonnene Stabilität und auch das Wachstum der Realeinkommen nicht selbstverständlich sind, sondern eine Hochstimmung erzeugen.

Die SPD wirft der Regierung vor, sich mit falschen Federn zu schmükken. In Wirklichkeit verdankten wir die gute Wirtschaftslage nicht den Leistungen der Regierung, sondern dem gefallenen Ölpreis und einer international guten Konjunktur. Aber der Bevölkerung ist es egal, wie das zusammenhängt. Wenn es gut geht und wenn es schlecht geht, macht sie die Regierung dafür verantwortlich.

Vor einem Jahr dachten viele, die kommende Bundestagswahl würde eine Personen-Wahl werden. Auf der einen Seite der unpopuläre Kohl, der Kanzler mit dem Kanzler-Malus – auf der anderen Seite der Sieger von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau. Und nun, vier Wochen vor der Bundestagswahl, kleben die Porträtplakate von Kohl, und mit elf Prozent liegt Kohl als bevorzugter Kanzler vor Rau in Führung. (Graphik auf Seite 1)

Dabei verdeckt diese sogenannte Kanzler-Frage noch, wie sehr das Meinungsklima für Rau zerstört ist. Wenn man fragt, wie die meisten Leute über Kohl denken, dann haben immerhin 37 Prozent den Eindruck, die meisten Leute seien für Kohl, und nur 30 Prozent, die meisten seien gegen ihn. Wenn man die gleiche Frage über Rau stellt, empfinden nur zwölf Prozent eine freundliche Grundstimmung für Rau, 44 Prozent antworten, die meisten Leute seien *gegen* ihn. (Tabelle 5)

Wie kann ein solcher Platzwechsel von Spitzenkandidaten vor sich gehen? Ausgeprägte Vorstellungen über das Meinungsklima kommen nicht ohne Unterstützung durch die Medien zustande. Bei der Suche nach Erklärungen erinnert man sich an ein mit Insider-Wissen gesättigtes Porträt von Johannes Rau im „Spiegel" vom Januar 1986. Nicht vom Politiker war da die Rede, sondern vom Anekdotenerzähler. Schmerzlich verzögen seine Frau und seine Mitarbeiter das Gesicht, wenn er seinen Lieblingswitz erzähle, erfuhren die Leser.

Zur Frage, ob Sachthemen oder Personen für die Wahlentscheidung ausschlaggebend sind, ist anzumerken, daß man den Zustand des Partei-Spitzenkandidaten mitzubedenken hat. Die CDU/CSU, so sehr sie 1980 über ihren Spitzenkandidaten Franz Josef Strauß gespalten war, brachte es damals fertig – wie durch Wahlforschung belegt ist –, geschlossen im Norden wie im Süden für ihn zu kämpfen.

Inzwischen ist das Bild von Strauß bei Bevölkerung und Unions-Anhängern gemildert. Aber wenn heute gefragt wird: „Soll Strauß nach der Wahl nach Bonn?" sind die Ansichten auch bei CDU/CSU-Wählern noch immer sehr gespalten. Sicher im Gedanken an die Große Koalition wollen die meisten Strauß als Finanzminister oder Wirtschaftsminister sehen. Strauß als Bundeskanzler nach Bonn? Sieben Prozent der Bevölkerung, zehn Prozent der CDU/CSU-Anhänger fänden das gut. (Tabelle 7)

Am nächsten Dienstag lesen Sie in der WELT:

Gibt es einen Rechtsruck in der Bundesrepublik? – Testfragen zur Wende – Die Meinung über 30 Spitzenpolitiker – 15 Prozent sind noch unentschieden, wie sie wählen wollen.

Wenn Sie die ersten Beiträge von Elisabeth Noelle-Neumann versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

1. Atomwaffenfreie Zone in Deutschland?

„Die SPD und die SED, die sozialistische Einheitspartei der DDR, haben vor kurzem beschlossen, gemeinsam für eine atomwaffenfreie Zone in Deutschland einzutreten. Es sollen in einem 300 Kilometer breiten Streifen links und rechts der Grenze keine Atomwaffen aufgestellt sein. Haben Sie davon gehört oder oder nicht gehört?"

	Bevölkerung insgesamt %	Politisch Interessierte %	Politisch nicht besonders Interessierte %
Gehört	45	64	23
Nicht gehört	55	36	77

„Was halten Sie grundsätzlich davon, wenn die SPD solche Verhandlungen mit dem Osten führt? Finden Sie es gut, wenn die SPD die Initiative ergreift, um die Abrüstung voranzubringen, oder finden Sie, die SPD sollte das der gewählten Regierung überlassen und sich da nicht einmischen?"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
SPD soll Initiative ergreifen	46	21	73	52	84
Der Regierung überlassen	33	58	11	26	8
Unentschieden	21	21	16	22	8

„Hier unterhalten sich zwei über die von der SPD und SED angestrebte atomwaffenfreie Zone. Wem würden Sie eher zustimmen? (Vorlage eines Bildblattes)"

	Bevölkerung insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
„Der Vorschlag von SPD und SED für eine solche atomwaffenfreie Zone ist unverantwortlich. Die sowjetischen Atomwaffen haben eine solche Reichweite, daß wir in jedem Fall bedroht sind. Eine atomwaffenfreie Zone täuscht nur eine Sicherheit vor, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist."	29	50	14	20	10
„Das sehe ich anders. Eine solche atomwaffenfreie Zone macht den Anfang für Abrüstung und ein friedliches Nebeneinander in Europa. Es ist gut, wenn SPD und SED ein Beispiel geben und damit auf die Supermächte einwirken."	50	26	71	65	83
Unentschieden	21	24	15	15	7

2. U-Boot-Baupläne für Südafrika

„Kürzlich wurde ja bekannt, daß eine deutsche Werft Baupläne für U-Boote an Südafrika geliefert hat. Darüber unterhalten sich hier zwei. Wem würden Sie eher zustimmen? (Vorlage eines Bildblattes)"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
„Das rassistische Regime in Südafrika, das nach wie vor die Schwarzen unterdrückt und dessen Politik weltweit heftig kritisiert wird, darf von uns keine Kriegswaffen oder Pläne dafür geliefert bekommen."	58	47	72	53	83
„Die Erdölroute verläuft rund um Südafrika. Deshalb ist es für unsere eigene Sicherheit wichtig, daß wir Südafrika helfen, sich zu verteidigen. Außerdem können die U-Boote den Schwarzen nicht schaden."	18	28	10	17	6
Unentschieden	24	25	18	30	11

3. Chemie-Unfälle: Ursachen und Konsequenzen

„Einmal ganz allgemein gefragt: Reichen die Vorschriften und Gesetze für die chemische Industrie zu Umweltschutz und Sicherheit aus, so wie sie heute sind, oder sollten sie verschärft werden, oder sollten sie gelockert werden?"

	Bevölkerung insgesamt %
Sollten verschärft werden	90
Reichen aus	6
Weiß nicht	4

„Glauben Sie, daß die chemische Industrie es oft darauf ankommen läßt, ob ein Unfall passiert, oder glauben Sie, die chemische Industrie versucht, einen Unfall so weit wie möglich auszuschließen?"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Läßt es oft darauf ankommen	42	32	50	39	75
Versucht, Unfall auszuschließen	44	56	38	40	15
Unentschieden	14	12	12	21	10

4. Die Bekämpfung des Terrorismus

„Es wird zur Zeit ein neues Gesetz beraten, nach dem einige Straftaten, wie zum Beispiel das Umsägen von Strommasten, nach den Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus bestraft werden sollen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welchem würden Sie eher zustimmen? (Vorlage eines Bildblattes)"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
„Wer Strommasten umsägt, weil er gegen Kernenergie ist, ist ein Terrorist und muß nach den Terrorismusgesetzen bestraft werden. Darum bin ich für dieses Gesetz."	49	65	36	60	8
„Das sehe ich anders: Durch dieses neue Gesetz werden viele Leute zu Terroristen und damit zu Schwerstverbrechern gemacht, die eigentlich gar keine sind, zum Beispiel Leute, die Widerstand gegen die Kernenergie leisten. Darum bin ich gegen dieses Gesetz."	35	19	49	20	85
Unentschieden	16	16	15	20	7

„Neulich stand in einer Zeitschrift eine ganz genaue Anleitung, wie man mit sehr einfachen Mitteln eine Bombe baut, mit der man Strommasten umwerfen kann. Finden Sie, es sollte verboten sein, solche Anleitungen zum Bombenbasteln zu veröffentlichen, oder sollte man das nicht so ernst nehmen?"

	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Sollte verboten sein	81	92	73	84	56
Nicht so ernst nehmen	13	5	18	9	38
Unentschieden	6	3	9	7	6

„Der Bundestag hat jetzt ein Gesetz beschlossen, nach dem die Polizei einen direkten Zugriff auf die Flensburger Verkehrskartei bekommt. Das heißt, die Polizei kann künftig rund um die Uhr Auskünfte über alle zugelassenen Fahrzeuge und deren Halter abrufen. Dies soll der Terrorismusbekämpfung dienen. Begrüßen Sie dieses Gesetz, oder lehnen Sie das ab?"

	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Begrüße ich	62	75	56	67	24
Lehne ich ab	19	9	26	7	58
Unentschieden	19	16	18	26	18

5. Kohl: Positives Meinungsklima Rau: Gestörtes Meinungsklima

„Sicher ist das nicht leicht zu sagen, aber was glauben Sie, wie die meisten über Bundeskanzler Kohl denken? Sind die meisten Leute bei uns in der Bundesrepublik für Bundeskanzler Kohl oder sind die meisten Leute *gegen* ihn? ... Sind die meisten Leute für den Kanzlerkandidaten Rau oder sind die meisten Leute gegen ihn?"

	Bundeskanzler Kohl %	Kanzlerkandidat Rau %
Die meisten sind für ihn	37	12
Die meisten sind gegen ihn	30	44
Unentschieden	18	26
Unmöglich zu sagen	15	18

6. Der Ruf von CDU/CSU und SPD

„Wie ist Ihre Meinung über die CDU/CSU und die SPD hier in der Bundesrepublik? Welche der folgenden Eigenschaften treffen Ihrer Meinung nach auf die CDU/CSU und welche treffen auf die SPD zu? (Vorlage einer Liste)"

	Trifft auf die CDU/CSU zu %	Trifft auf die SPD zu %
Hat ausgesprochen tüchtige Politiker	44	30
Verspricht vieles, was sie nicht halten kann	44	55
Strahlt Optimismus, Zuversicht aus	40	18
Denkt voraus, macht Politik für die Zukunft	32	21
Betreibt eine Politik der Mitte	29	15
Zu viele Illusionen	19	38
Keine klare Linie in ihrer Politik	17	38
Ist in sich zerstritten	13	41

7. Strauß nach Bonn?

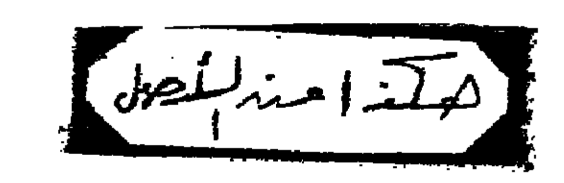
„Einmal angenommen, die CDU/CSU gewinnt die Wahl und bildet wieder die Regierung. Sind Sie dann dafür oder dagegen, daß Franz Josef Strauß nach Bonn in die Regierung geht?"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Dafür	36	55	25	22	13
Dagegen	47	27	65	64	82
Unentschieden	17	18	10	14	5

„Wenn Franz Josef Strauß nach Bonn in die Regierung gehen würde – welches Regierungsamt sollte er dann nach Ihrer Meinung übernehmen? Könnten Sie es nach dieser Liste hier sagen?"

	Bevölkerung	Wähler der				Personen, die Strauß gern
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %	in Bonn sähen %
Finanzminister	13	15	13	16	5	16
Wirtschaftsminister	13	17	11	14	4	21
Außenminister	11	18	6	3	7	20
Bundeskanzler	7	10	5	5	3	18
Innenminister	5	7	5	8	x	10
Verteidigungsminister	4	4	3	6	7	7
Kein Regierungsamt	34	15	49	38	67	–
Unmöglich zu sagen	13	14	8	10	7	8

x = weniger als 0,5 Prozent



6000 machen einen zweiten Abschluß

DW. Bonn

An den Hochschulen der Bundesrepublik gibt es zur Zeit rund 340 Postgraduierten-Studiengänge mit etwa 6000 Teilnehmern. Nicht immer wird damit ein zusätzlicher akademischer Grad erworben, sondern gelegentlich auch nur ein für den Beruf wünschenswertes Ergänzungszertifikat. Die meisten dieser Studiengänge dauern zwischen zwei und fünf Semestern und werden überwiegend in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften sowie in den technischen Disziplinen angeboten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeifer (CDU), der diese Zahlen aus einer neuen Untersuchung nannte, appellierte an die Hochschulen, die Ausbildungszeiten bis zu einem ersten Abschluß zu verkürzen. „Es kann nicht dabei bleiben, daß Studenten ein Postgraduiertenstudium erst im Alter von 27 bis 30 Jahren aufnehmen", kritisierte er. Die Wirtschaft wünsche nicht ältere, sondern jüngere Abolventen.

Tausch-Aktion ein Erfolg

DW. Bonn

Die Aktion „Studienplatz-Tausch" ist ein großer Erfolg. Nach Auswertungen des RCDS jetzt zum Jahresende nehmen daran pro Semester rund 10 000 Studenten teil, darunter – noch vor Beginn des Studiums – 2000 Erstimmatrikulierte. In den harten Numerus-clausus-Fächern wie Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie liegt die Erfolgsquote bei bis zu 50 Prozent.

Franke verteidigt ZVS

DW. Bremen

Der Bremer Wissenschaftssenator Horst-Werner Franke (SPD) hat sich gegen die Auffassung gewandt, die rückläufigen Studienanfänger-Zahlen könnten zu einer baldigen Auflösung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund führen. Er habe zwar Verständnis dafür, die „Verwaltung des Mangels" rasch zu überwinden, doch sehe er auf absehbare Zeit keine „realistischen Alternativen", auf die Arbeit der ZVS zu verzichten. Sie sorge nicht nur für eine gleichmäßige Auslastung der Hochschulen in besonders nachgefragten Studiengängen und damit „für eine regionale Ausgewogenheit" bei der Verteilung der großen Bewerberzahlen. Sie entlaste vielmehr auch durch ihre „Funktion als Service-Einrichtung" Hochschulen und Studienbewerber „von hohem administrativen Aufwand". Vor allem unionsregierte Länder wie Bayern und Berlin hatten in jüngster Zeit dafür plädiert, über die Zukunft der ZVS nachzudenken.

Solarenergie mit Saudis

DW. Stuttgart

An der Universität Stuttgart wird ein „Zentrum für Solarenergie und Wasserstofforschung" errichtet. Träger wird eine Stiftung sein, an der neben dem Land auch die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt sowie Energieversorgungs- und Industrieunternehmen beteiligt sind. Vereinbart ist eine Kooperation mit Saudi-Arabien.

25 Jahre Tropenforschung

DW. Gießen

Das erste landwirtschaftlich orientierte Tropen-Institut der Bundesrepublik, das auf Drängen des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn als möglichst praxisnaher Forschungsbeitrag für die Entwicklungshilfe an der Justus-Liebig-Universität Gießen eingerichtet wurde, blickt nun auf eine 25jährige Tätigkeit zurück. Über die Arbeit informiert Heft 4 des Wissenschaftsmagazins „Spiegel der Forschung", das beim Pressereferat der Hochschule angefordert werden kann (Postfach 111 400, 6300 Gießen).

Energie-Ingenieur

DW. Jülich

Die Abteilung Jülich der Fachhochschule Aachen bildet künftig Maschinenbauingenieure in der neuen Studienrichtung „Energie- und Umweltschutztechnik" aus. Der Studiengang startet zum Wintersemester 1987/88. Den Absolventen eröffnen sich Berufschancen in privaten Energieversorgungsunternehmen, bei Stadtwerken, bei Herstellerfirmen von Energiesystemen, in Ingenieurbüros wie auch in der öffentlichen Verwaltung.

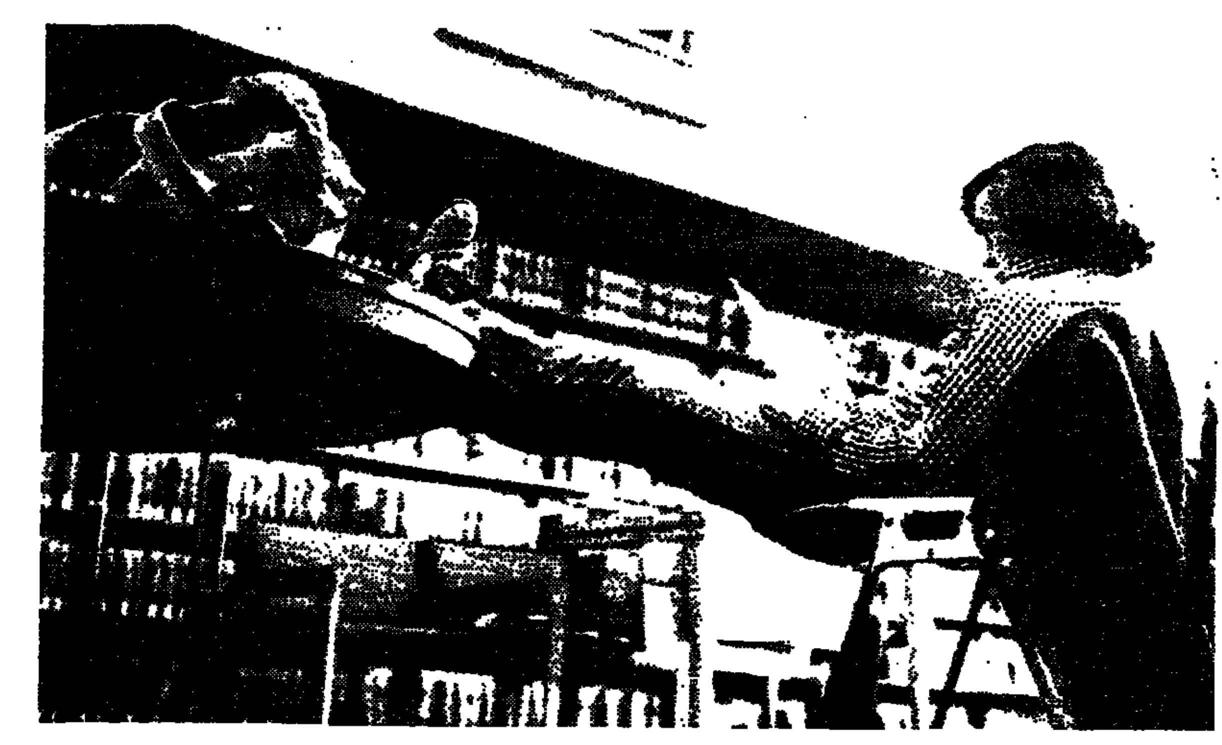
Neuer Chef für Reform

DW. Bonn

Neuer Vorsitzender der Zentralen Kommission für die Studienreform ist Staatssekretär Gerhard Konow vom NRW-Wissenschaftsministerium geworden, als Nachfolger von Professor Franz Fippinger (Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz). Der von den Ministerpräsidenten eingesetzten Kommission, die die Studienreform überregional vorantreiben soll, gehören Repräsentanten der Länder und der Hochschulen sowie – mit beratender Stimme – Vertreter des Bundes, der Arbeitgeber und Gewerkschaften an.

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Wer nach einem guten juristischen Examen an einer US-Hochschule – mit Stipendium – letzten Schliff erhalten möchte, sollte ruhig nach den Sternen greifen und sich an einer der Elite-Universitäten bewerben, etwa in Berkeley (Foto). Ein junger Rechtsanwalt beschreibt für die Hochschul-WELT, welche Hürden sich auftürmen und wie sie zu nehmen sind.



Vor der Promotion den Master in den USA

Während meines Jurastudiums an der Universität Göttingen verspürte ich oft den Wunsch, auch Erfahrungen in anderen Rechtsordnungen zu sammeln. Der Haken dabei: Ein Auslandsstudium in den Rechtswissenschaften ist im allgemeinen erst dann sinnvoll, wenn man sich im eigenen System richtig zu Hause fühlt; es bleibt damit letztlich nur die Möglichkeit, entweder nach dem Referendar- oder besser noch nach dem Assessorexamen den Schritt in dieses Neuland zu wagen. Ein Aufenthalt in Genf oder Lausanne, der sich leichter einschieben läßt, ist natürlich förderlich, aber das dortige Vorlesungsangebot entspricht doch weitgehend dem deutschen.

Ich begann mich, mit einem guten Referendarexamen im Rücken, also relativ spät umzutun. Während der Referendarzeit arbeitete ich nebenamtlich an der Abteilung für Internationales und Ausländisches Wirtschaftsrecht der Universität Göttingen. Der vordringliche Wunsch galt dabei dem Erwerb des Master of Laws in einem angelsächsischen Land.

Dieser Titel (LL. M) entspricht ebenso wie der Master of Comparative Law (M. C. L.) ungefähr dem neuerdings auch von einigen deutschen Hochschulen angebotenen Magister in den Rechtswissenschaften. Mein besonderes Interesse dabei: die Kenntnisse im Kartellrecht zu vertiefen, am besten an dessen Geburtsstätte in den USA.

Dies kostet viel an Vorbereitungszeit und Initiative. Eine wesentliche Hilfe dabei sind die Sommerkurse, die der Deutsche Akademische Austauschdienst für Juristen durchführt. Dort kann man zum Beispiel im Rahmen des „Amsterdam-Leyden-Columbia Summer Program in American Law" nicht nur eine Fülle von Informationen gewinnen, sondern vor allem nochmals überprüfen, wie stark die Motivation ist, sich in das angloamerikanische Rechtssystem zu vertiefen.

Als Stipendiengeber kommen beispielsweise die Studienstiftung des Deutschen Volkes, aber auch das Kalifornische Studienzentrum an der Universität Göttingen in Frage. Wichtig dabei: möglichst ein Prädikatsexamen. Der Studienzweck sollte inhaltlich genau begründet werden.

Nützlich ist die detaillierte Beschreibung eines speziellen Projekts – etwa in Zusammenhang mit einer später in der Bundesrepublik geplanten Promotion. Dies bringt mehrere Vorteile mit sich, wie ich erfahren habe. Einmal läßt sich so das Interesse am USA-Aufenthalt überzeugender darlegen. Zum anderen verhindert die frühzeitige Abstimmung Leerlauf.

Es empfiehlt sich, in Rücksprache mit dem deutschen Lehrer, Kontakt zu mehreren amerikanischen Universitäten und speziell zu den Professoren aufzunehmen, die dort das eigene Fachgebiet vertreten – in meinem Fall: das Anti-Trust-Recht, das dem Kartellrecht bei uns entspricht. Ein daraus vielleicht resultierendes Empfehlungsschreiben ist bei Stipendiengebern wie Hochschulen hilfreich.

Die Förderbeträge decken die hohen Studiengebühren – häufig über 5000 Dollar – ebenso ab wie den Hin- und Rückflug, ferner die Lebenshaltungskosten bis etwa 700 Dollar. Damit läßt sichs auskommen. Verheiratete können vom Deutschen Akademischen Austauschdienst einen kleinen Zuschuß erhalten.

Studienbeginn ist regelmäßig August/September. Die Bewerbungsfristen für amerikanische Law Schools liegen recht früh; bei Harvard ist es beispielsweise der 1. Januar des Jahres, in dem man sein Studium in den USA aufnehmen möchte. Wer sich etwas zutraut, braucht sich dabei nicht zu scheuen, (fast) nach den Sternen zu greifen. Mit anderen Worten: Nichts spricht dagegen, die Rangordnung der jeweiligen Universitäten in die Planungen miteinzubeziehen.

Die Law Schools in Yale und Harvard (wo der Ausländeranteil besonders groß ist) werden am höchsten eingeschätzt; auf den nächsten Plätzen folgen dichtauf Boalt Hall, die Law School der University of California in Berkeley, und die Stanford Law School, die, angesichts ihrer vorzüglichen Lage im Silicon Valley und ihrer hohen Qualität doppelt bedauerlich, als einzige Spitzenhochschule leider kein Master-Programm anbietet. Auf den nächsten Rängen: die Universitäten von Michigan in Ann Arbor, Columbia, New York sowie die von Chicago.

Da die Entscheidung über das Ob und Wie einer Förderung etwa im November, also gut neun Monate vor Studienbeginn, fällt, verbleibt im allgemeinen genügend Zeit, um in Absprache mit dem Stipendiengeber noch weitere erfolgversprechende Universitätsbewerbungen auf den Weg zu schicken. Nicht unterschätzt werden sollte dabei auch das Problem der Unterbringung. Das International House in Berkeley oder das Berkeley Family Housing Village beispielsweise kommen nur in Frage, wenn man sich ein halbes Jahr vor Studienbeginn um Aufnahme bemüht.

CHRISTOPH v. EINEM

Informationen

Auskünfte über Stipendien und Sommerkurse geben die Auslandsämter der Universitäten sowie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2), bei dem man auch Erfahrungsberichte erhalten kann. Solche Berichte finden sich auch in den Ausbildungszeitschriften „JuS" („Juristische Schulung") und „JA" („Juristische Arbeitsblätter").

Ulm: „Fakultät Nachdenklichkeit" gewünscht

Viele der Hochschul-Neugründungen, die seit den sechziger Jahren in der Bundesrepublik auf den Weg gebracht wurden, leiden darunter, daß das Fächerangebot bei weitem nicht so dicht ausgebaut werden konnte, wie dies ursprünglich geplant war. Ein krasses Beispiel dafür ist die Universität Ulm, die sich zwar im medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich Reputation verschaffen konnte, aber in Zeiten der Finanzknappheit wie der rückläufigen Studienanfänger-Zahlen keine Chance mehr ausrechnen kann, geisteswissenschaftliche Disziplinen hinzuzubekommen, wie dies in der Gründungsdenkschrift vom Juli 1965 vorgesehen war.

Damals waren sieben solcher Lehrstühle ausgewiesen worden. Heute weiß man: Ulm wird ein „Rumpfgebilde" bleiben, wenn es sich nicht selber zu helfen versucht.

Hier hat die Hochschule mittlerweile mehr als nur ihren guten Willen bewiesen. Vor Jahresfrist nahm der Rektor, Professor Theodor M. Fliedner, Verhandlungen mit den geisteswissenschaftlich versorgten Nachbar-Universitäten Stuttgart und Augsburg, letztere ebenfalls eine Neugründung, auf. Schon im vergangenen Sommersemester kam es zu einem ersten „Lehrexport" aus Augsburg.

Die dortigen Professoren Arno Baruzzi und Alois Halder boten in Ulm Vorlesungen über „Grundbegriffe und Theorien der Philosophie" bzw. „Geschichte der Philosophie" an. Im laufenden Wintersemester wurde mit Exporthilfe aus Stuttgart das Spektrum ausgedehnt, vor allem auf die Wissenschaftstheorie. Die Universität Ulm ihrerseits brachte die Pädagogik mit ein und schuf die Grundlage für den nachträglichen Erwerb des Kleinen Latinum.

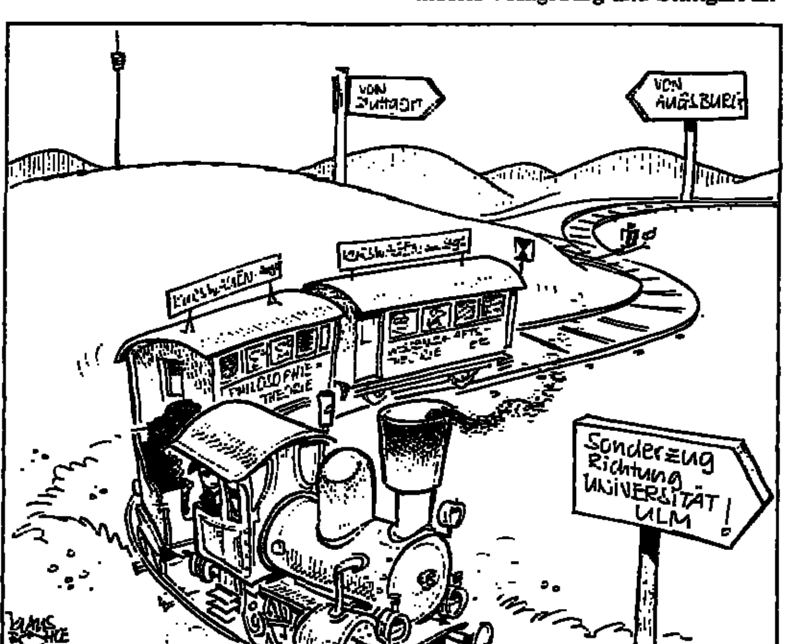
Die Initiative soll nicht auf ein mehr oder weniger unverbindliches „Studium generale" hinauslaufen. Nach vier Semestern kann das Philosophikum abgelegt werden. Neben der Teilnahme an einem Logik-Seminar sind zwei Hausarbeiten dafür die Voraussetzung, wahlweise aus zwei der drei Bereiche „Allgemeine Philosophie", „Ethik" und „Wissenschaftstheorie". Augsburg und Stuttgart anerkennen die entsprechenden Leistungen als Zwischenprüfung, falls ein Student sich für ein philosophisches Hauptstudium entscheidet.

Der Hochschul-Senat hat im April mit einem Grundsatzbeschluß demonstriert, wie ernst es ihm ist, das naturwissenschaftliche und medizinische Fächergetto zumindest aufzubrechen. Als Ziel wurde die Gründung eines „Humboldt-Zentrums für Geisteswissenschaften" formuliert.

Da keine philosophische Fakultät vorhanden ist, werden die bestehenden drei Fakultäten kollektiv die Verantwortung für den Aufbau übernehmen, mit externer Hilfe. Man hofft eines Tages auf Stiftungslehrstühle, ist sich aber darüber im klaren, daß man zunächst weitere Vorleistungen erbringen muß.

Als Immanuel Kant seine „Kritik der reinen Vernunft" dem damaligen preußischen Kultusminister Karl Abraham von Zedlitz widmete, reagierte dieser mit einer Frage: Wie es gelingen könne, die Studenten von den „Brotcollegiis" stärker zur Philosophie hinzuführen. Die Notwendigkeit, Medizin und Naturwissenschaften geisteswissenschaftlich zu fundieren, hat die Ulmer Rumpf-Universität nicht nur erfahren, sondern geradezu erlitten. Sie möchte im Dialog mit der „Fakultät Nachdenklichkeit" vor allem ethische und historische Dimensionen erschließen.

P. F.R.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Philosophie des Eros und die Hohe Kunst der Rede

„Forum für Politik und Bildung": Interdisziplinäre Tagungsangebote für das Wochenende / Eine Bonner Stiftung

Die Stiftung hätte sich gar keinen passenderen Namen zulegen können als den: „Forum für Politik und Bildung". Denn „Forum" heißt bekanntlich „Markt", der sich schon im alten Rom dadurch auszeichnete, daß hier die verschiedenesten heißen oder weniger heißen Themen nebeneinander diskutiert wurden. Bei den Seminaren und Tagungen, die besagte Bonner Stiftung für Studenten, Schüler und Auszubildende organisiert, geht es nicht viel anders zu. Beispiel: Der Tagung, die „philosophische Betrachtungen über die Liebe" anstellt, schließt sich ein Monat später nahtlos die Seminarfrage an: „Wie gründe ich ein Unternehmen?"

Die öffentlich geförderte, aber private Bildungseinrichtung will „eine geistig-politische Wissensvermittlung auf der Basis des christlich-abendländischen Menschenbildes" fördern, wie die Leiterin, Maria Wermes, betont. Schule und Universität hätten hier oft „erschreckende Lücken" hinterlassen. Die Folge sei, daß die geistesgeschichtlichen Grundlagen unserer Demokratie weithin unbekannt blieben, viele Jugendliche im Engagement für den demokratischen Staat deshalb keinen Sinn mehr sähen. „Fachliche Ausbildung" habe nicht selten die „gesamtmenschliche Bildung" in den Schatten gestellt. Das Stiftungsprogramm möchte diese „Marktlücke" ausfüllen.

Mit einem „Grundkurs Philosophie" zum Beispiel: die alte Frage nach der Wahrheit kommt hier genauso zur Sprache wie die verschiedenen Wege der Gotteserkenntnis. Oder mit einem Seminar zum Vergleich der Gesellschaftsordnungen in Ost und West – von den „Urtypen der Demokratie" bis zum Verhältnis von „Demokratie und Freiheit".

Ein kombiniertes Rhetorikseminar soll nicht nur die für jeden Studiengang so wichtige Kunst der freien Rede fördern, sondern zugleich auch mit dem politischen Sprachstil vertraut machen. Die „geistesgeschichtlichen Grundlagen der Bundesrepublik und der DDR" werden ebenso beleuchtet wie die „Perspektiven deutscher Sicherheitspolitik".

In der Regel handelt es sich dabei um Wochenendseminare, die den Bildungsdurstigen zwischen 30 und 50 Mark kosten. Für ein Wochenseminar zahlt man 50 Mark. Als Tagungsort fungiert zumeist die Deutsche Landjugend-Akademie in Bonn. Möglich sind aber auch Seminare an anderen Orten der Bundesrepublik, sofern sich genügend Teilnehmer melden. Die Fahrtkosten werden bis zu einer Höhe von 50 Mark erstattet. Unterkunft und Verpflegung sind frei.

Manche Veranstaltungen werden als Studienfahrt „vor Ort" durchgeführt, beispielsweise das Seminar „Berlin als Brennpunkt der deutschen Frage". Das Bildungsprogramm umfaßt auch Auslandaufenthalte, so etwa das „Europa-Seminar" in Brüssel oder eine Reise nach Spanien, wo „Geschichte und Entwicklung einer jungen Demokratie" untersucht werden.

Die Stiftung verfügt über einen weiten Kreis von Referenten, unter ihnen beispielsweise der Mediziner Erich Blechschmidt, der Schriftsteller Siegmar Faust, der Wirtschaftswissenschaftler Christian Watrin, der Philosoph Josef Pieper oder der Soziologe Erwin K. Scheuch. Sie bieten dem Studenten die Chance, sich fundiert auch mit fachfremden Sachgebieten auseinanderzusetzen – in komprimierter Form.

CHRISTIAN GEYER

Auskünfte

Stiftung Forum für Politik und Bildung, Bürvigstraße 46, 5300 Bonn 2, Telefon: 0228/32 27 23.

PRAKTIKANTEN-BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Wirtschaftswissenschaften

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Köln	Energie	alle Unternehmensber.	min.3Wo.
2	Osnabrück	Dienstleistungsunternehmen	Personalwesen, EDV	n.V
3	Saulgau	Steuer	Bilanzen,Betriebsber.	n.V
4	Norderstedt	Messebausysteme	Marketing-Service	3 Mo.
5	Haltern	Holz- u. Kunststoffbereit.	Marketing	3 Mo.
6	Berlin	Steuerberatung	allg. Bürotätigkeiten	n.V.
7	Köln	Institut f. Kosmetik	allg. Bürotätigkeiten	min 12Mo
8	Köln	Vermittlg.v.Börsengeschäf.	Verkauf, Beratung	min.3Mo.
9	Poing	Software	Softwareentwicklung	3–6 Mo.
10	Köln	Handel	Betriebswirtschaft	8 Wo.
11	Oldenburg	Fotogroßlabor	kfm. Bereich	3–6 Mo.
12	Düsseldorf	Dienstleistung	kfm. Bereich	2.Hjr.87
13	Frankfurt	Energie	n.V.	n.V.
14	Niedertraubling	Graphik, Design	kfm. Bereich	n.V.
15	Konstanz	EDV-Unternehmen	kfm. Bereich, EDV	n.V
16	Köln	Wirtschaftspol.Spitzenverb	je nach Ausbildung	n.V.
17	Herne	Bauunternehmung	Techn. Verwaltung	n.V.
18	Stuhr	Steuerberater	Kompl.Mandantenbetr.	n.V.
19	Ludwigsburg	Finanzberatung	Marketing, Kundenber	n.V.
20	Hannover	Gummi-Werke	Marketing,Rechnungsw.	ab 6 Wo.
21	Hamburg	Masch.-Bau/Armaturen	Arbeitsvorber., EDV	ca.4 Wo.
22	Lüdenscheid	Medaillenherstellung	Fertigung, Verwaltung	2–3 Mo.
23	Papenburg	Steuerberater	n.V.	n.V.
24	Hassloch	Reisebüro	n.V.	n.V.
25	Konstanz	Chemie	n.V.	n.V.
26	Neustadt	Bezirksverwaltung	viels.Aufgabenspektr.	3 Mo.
27	Nürnberg	Metall	alle kaufm.Abteilung.	b.26 Wo.
28	Ulm-Einsingen	Metall	n.V.	1 Mo.
29	Hagen	Reiseveranstalter	n.V.	n.V
30	Erbach	Kunststoffverarbeitung	kfm. Bereich	1–6 Mo.
31	Göttingen	Unternehmensberatung	kfm. Bereich	n.V.
32	Varel	Autohaus	n.V.	1–2 Mo.
33	Springe	Marketing	Beratung, Büroarbeit	n.V.
34	Braunschweig	Pharma-Großhandel	Vertrieb/Organisation	6–15 Wo.
35	Pfronten	Meßtechnik	Entwicklung,Controll.	3–6 Mo.
36	Schwäb.-Gmünd	Autohandel	EDV, kaufm. Bereich	n.V.
37	Poing	Software, Beratung	Anwendungsentwicklg.	n.V
38	Osnabrück	Baugesellschaft	Bürotätigkeit	3 Mo.
39	Monschau	SB-Warenhaus	Kassenwesen, EDV	6–12 Wo.
40	Schweinfurt	Lebensmittel	EDV, Verkaufstraining	min.4Wo.
41	Recklinghausen	Krankenhaus	Kosten-Leistungsrech.	3 Mo
42	Bremen	Wirtschaftswerbung	Werbebereich	1 Jahr
43	Schwalbach	Markenartikel	Marketing, Verkauf	2 Mo.
44	Braunschweig	Inkassobüro	Recherchen	n.V.
45	Moerfelden	Spedition	Speditionsabwicklung	2 Jahre
46	München	PR-Agentur	Pressearbeit	3 Mo.
47	Munsingen	Druckerei	Unternehmensbildung	n.V.
48	Hildesheim	Haustechnik	n.V.	n.V.
49	Langenhagen	Lebensmittel	Kostenrechnung	n.V.
50	Aidenbach	Handel	Buchhaltung, EDV	2–3 Mo.
51	Schifferstadt	Wasserversorgung	kfm. Bereich	1 Mo.
52	Lüneburg	Autohandel	Handel	n.V.
53	Velden/Vils	Metall	Büroarbeiten	n.V.
54	Wittstätt-Lagelsh.	Maschinenbau	n.V.	6–12 Mo.
55	Norderstedt	Baumaschinen	Verwaltung,Vertrieb	n.V.
56	Plettenberg	Walzwerk	Büroarbeiten	2–3 Mo.
57	Papenburg/Ems	Autohaus	kfm. Bereich	n.V.
58	Darmstadt	Lohnsteuerhilfe	Steuerberatung	n.V.
59	Mainburg	Maschinenbau	Fertigung	8–12 Wo.
60	Weiden	Lebensmittelgroßhandel	kfm. Bereich	1–3 Mo.
61	Velbert	Großhandel	Einkauf/Verkauf	ca.4 Wo.
62	Schauenburg	Steuerbevollmächtigter	Steuererklärungen	n.V.
63	Bremen	Import/Export	Verkauf, Spedition	4–6 Wo.
64	Trier	Hobby-Heimwerker	Verkauf, Verwaltung	4 Wo.
65	Schwerte	EDV-Orga	kfm. Software	6 Mo.
66	Frankfurt	Druckindustrie	Betriebsanalyse	4–6 Mo.
67	Dettenhausen	Apparatebau	Betriebswirtschaft	n.V.
68	Mönchengladbach	Fachgroßhandel	Einkauf/Verkauf	n.V.
69	Stuttgart	Elektronik	kfm. Bereich	min.4Wo.
70	Dortmund	Großhandel	kfm. Bereich	n.V.
71	Göllheim	Zementindustrie	Produktionsbetrieb	max.4Wo.
72	Duisburg	Einzelhandel	Verkauf	n.V.
73	Waghäusel	Maschinenbau	kfm. Bereich	6 Mo.
74	Hanau	Metall	kfm. Bereich	4Wo–6Mo
75	Neumünster	Maschinenbau	Finanz-u.Rechnungsw.	n.V.
76	Mülheim	Lebensmittel	Betriebsführung	n.V.
77	Oldenburg	Großlabor	kfm. Bereich	3–6 Mo.
78	Reckingen	Textilgroßhandel	Betriebsorganisation	3–4 Wo.
79	Munsingen	Druckerei	Organisation	n.V.
80	Schorndorf	Feinmechanik	BW-Statistik	n.V.
81	Haag	Transportunternehmen	EDV, Buchhaltung	8 Wo.
82	Oberhausen	Bank	Rechnungswesen,Kredit	n.V.

In der nächsten Woche: Elektrotechnik

STUDIENPLATZ-TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Pharmazie

5.Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Uni Münster
2	Uni Düsseldorf	Uni Bonn
3	Uni Düsseldorf	Uni Münster
4	Uni Freiburg	Uni Mainz
5	Uni Marburg	FU Berlin
6	Uni Marburg	Uni Tübingen
7	Uni Marburg	Uni Würzburg

8.Semester

	von	nach
8	Uni Braunschweig	Uni Heidelberg

Biologie

1.Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	FU Berlin
2	Uni Bielefeld	Uni Hamburg
3	Uni Bochum	Uni Düsseldorf
4	Uni Bochum	Uni Köln
5	Uni Braunschweig	Uni Hamburg
6	Uni Braunschweig	Uni Kiel
7	Uni Düsseldorf	Uni Bonn
8	Uni Düsseldorf	Uni Koln
9	Uni Erlangen	Uni Braunschweig
10	Uni Erlangen	Uni Hannover
11	Uni Frankfurt	FU Berlin
12	Uni Frankfurt	Uni Freiburg
13	Uni Frankfurt	Uni Hannover
14	Uni Frankfurt	Uni Heidelberg
15	Uni Frankfurt	Uni Karlsruhe
16	Uni Frankfurt	Uni München
17	Uni Frankfurt	Uni Stuttgart-Hoh.
18	Uni Frankfurt	Uni Tübingen
19	Uni Freiburg	Uni Hamburg
20	Uni Gießen	Uni Braunschweig
21	Uni Gießen	FU Berlin
22	Uni Gießen	Uni Frankfurt
23	Uni Gießen	Uni Göttingen
24	Uni Gießen	Uni Heidelberg
25	Uni Gießen	Uni Kaiserslautern
26	Uni Gießen	Uni Mainz
27	Uni Gießen	Uni Würzburg
28	Uni Göttingen	Uni Braunschweig
29	Uni Göttingen	FU Berlin
30	Uni Göttingen	Uni Hannover
31	Uni Göttingen	Uni Heidelberg
32	Uni Göttingen	Uni Hamburg
33	Uni Göttingen	Uni Kiel
34	Uni Göttingen	Uni Osnabrück
35	Uni Hamburg	Uni Kiel
36	Uni Köln	Uni Osnabrück
37	Uni Kaiserslautern	Uni Braunschweig
38	Uni Kaiserslautern	Uni Bremen
39	Uni Kaiserslautern	Uni Hamburg
40	Uni Kaiserslautern	TU München
41	Uni Kaiserslautern	Uni München
42	Uni Konstanz	Uni Freiburg
43	Uni Konstanz	Uni Heidelberg
44	Uni Konstanz	Uni Stuttgart
45	Uni Konstanz	Uni Stuttgart-Hoh.
46	Uni Marburg	Uni Düsseldorf
47	Uni Marburg	Uni Frankfurt



Warnschrei gegen Muscheldiebe

Die wachsende Zahl der Eiderenten an deutschen Küsten beunruhigt die Fischereibetriebe

Von HARALD STEINERT

Die Eiderente ist die größte Tauchente des nördlichen Europas und galt lange Zeit als eines der Tiere, das man nur noch selten zu Gesicht bekommt. Die Zeiten, in denen man ihre Nester in den Dünen der Nordseeinseln oder auf den Klippen Bornholms schützte, um dadurch die „besten Daunen der Welt" gewinnen zu können, sind zwar vorbei. Doch in den letzten Jahrzehnten haben die Bestände im Aufenthaltsgebiet der Enten zwischen Ostsee und Nordsee-Wattenmeer wieder enorm zugenommen: Es dürfte jetzt dort rund 650 000 Eiderenten geben, wie Dr. Rudhard Meixner vom Institut für Küsten- und Binnenfischerei in den „Informationen für die Fischwirtschaft" der Bundesforschungsanstalt für Fischerei berichtete.

Weshalb sich die attraktiven bunten Entenvögel so stark vermehrt haben, können Biologen bisher nur vermuten. Sie nehmen an, daß weniger Enten gejagt werden und daß außerdem die Ernährungsbasis der Eiderenten breiter geworden ist. Der vielleicht wichtigste Bestandteil ihrer Nahrung ist die Miesmuschel, die sie beim Tauchen vom Meeresboden abreißen und mit ihrer Schale verschlingen. Neben Miesmuscheln werden jedoch auch Meeresschnecken, Seeigel, Seesterne und Krebse bei den Tauchgängen erbeutet und verzehrt.

Da die Miesmuschelvorkommen vor allem im deutschen Wattenmeer in der letzten Zeit durch Anlage von Kulturbänken ausgeweitet worden sind, können die geflügelten Muschelfresser jetzt auch mehr Nahrung finden. Wie groß die Bestände an Eiderenten tatsächlich sind, ist im Augenblick jedoch schwer zu überblicken. Vogelzählungen werden normalerweise vom Land aus durchgeführt, die Eiderenten jedoch gehen auch auf landfernen Muschelbänken auf Jagd, wo sie nur durch Zufall entdeckt werden können.

So wurde im ostfriesischen Watt von einem Schiff aus eine Ansammlung von rund 20 000 Eiderenten auf einer nur zehn Hektar großen Muschelbank vom Beobachter auf dem festen Land erkannt worden war.

Erschwert wird eine Bestandserfassung auch dadurch, daß die Eiderentenschwärme ständig auf Wanderung sind. Immerhin halten sie sich etwa neun Monate des Jahres im deutschen Wattenmeer auf, in dem der Bestand in dieser Zeit zwischen 50 000 und 100 000 Tieren schwankt.



Die Muschelfischer haben bereits mit einigen Problemen zu kämpfen: Kommt nun noch ein Naturschutzkonflikt hinzu? FOTO: DPA

Vorausgesetzt, daß sich diese Enten nur von Miesmuschelfleisch ernähren, konsumieren sie täglich 50 bis 100 Tonnen Muscheln. Denn ihr „physiologischer Grundumsatz" erfordert den Konsum von rund 190 Gramm Muschelfleisch pro Tier und Tag, und das entspricht rund einem Kilogramm Muscheln. Man muß aber damit rechnen, daß die Enten auf dem reich gedeckten Tisch der Muschelbänke des Wattenmeeres gerne mehr als nur ihr Existenzminimum konsumieren.

Wieweit die Eiderenten auch auf Seesterne oder Krebse zurückgreifen, ist allerdings nicht bekannt. Doch berechnet man nur das Existenzminimum auf Miesmuschelbasis, so werden die in dem deutschen Nordseesektor lebenden Enten im Jahr zwischen 13 000 und 26 000 Tonnen Miesmuscheln verzehren. Das ist etwa ebensoviel, wie die deutsche Muschelfischerei im Jahr einbringt (Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1985).

Die Muschelkulturbänke, die von der Fischerei mit einigem Aufwand angelegt werden, können also ernsthafte Schäden erleiden, wenn zum Beispiel nach strengen Wintern mit Miesmuschel-Massensterben große Eiderentenschwärme auftauchen, wie es zum Beispiel nach dem Winter 1984/85 geschah.

In solchen Schadensjahren müssen die Muschelfischer an wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutz der Muschelbänke denken. Eine Entenjagd, wie sie noch in Dänemark erlaubt ist, kommt dafür allerdings nicht in Frage, da in der Bundesrepublik die Eiderenten durch das Jagdgesetz geschützt sind. Ein Einhegen der Muschelbänke mit Netzen – wirtschaftlich sinnvoll ist dies nur für kleine, besonders wertvolle Parzellen – müßte dazu führen, daß sich sehr viele Enten beim Tauchen in den Netzen verfangen und qualvoll sterben.

Als eine praktikable Lösung sieht Rudhard Meixner dagegen in der Entwicklung akustischer Scheuchverfahren, mit denen man etwa in Weinbaugebieten Vogelinvasionen abwehrt. Freilich dürfte es weder einfach noch billig sein, Lautsprecher mit einem Warnschreiprogramm für Eiderenten oder Knallanlagen auf den Muschelbänken zu installieren.

Deshalb werden finanzielle Hilfen für Inhaber von stark geschädigten Muschelkulturen, die zu diesen für die Enten unschädlichen Maßnahmen greifen, gefordert. Um diesen neuen Konfliktherd im Spannungsfeld „Ökologie und Ökonomie" zu beseitigen, werden sicherlich noch einige Anstrengungen unternommen werden müssen.

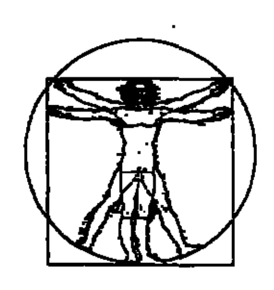
NOTIZEN

Neues Rettungssystem

New York (rtr) – Die amerikanische Raumfahrtbehörde NASA plant ein Rettungssystem für ihre Raumfähren, das die Astronauten mittels kleiner Raketen aus dem Gefahrenbereich befördern würde. Von NASA-Vertretern wurde bekanntgegeben, das System sei jedoch nicht während der ersten zwei Minuten des Starts einsetzbar, wenn die Gefahr eines Unfalls am größten sei. Das neue System soll nur bei den nächsten ein bis zwei Raumflügen eingesetzt werden, da für Mitte der 90er Jahre eine Weiterentwicklung geplant ist.

Weihnachts-Supernova

Hamburg (dpa) – Astronomen in den USA haben die Entdeckung eines explodierenden Sterngiganten 250 Lichtjahre von der Erde entfernt bekanntgegeben. Dieser als Supernova bekannte spektakuläre



Vorgang am Ende eines Sternenlebens ist allerdings von der Erde aus nicht mit bloßem Auge zu sehen. Die beiden Astronomen, Richard Muller und Carl Pennypacker, gaben der Entdeckung den Namen „Weihnachts-Supernova". Die Erscheinung im Sternbild Iridanus soll südlich der Stier-Konstellation liegen. Bisher sind einige hundert Supernova-Ausbrüche beobachtet worden, davon nur drei in unserem Milchstraßensystem.

Umwelt-Lacke

Berlin (DW.) – Umweltzeichen-Lacke besitzen besonders günstige Umwelteigenschaften. Dies wurde jetzt durch eine Untersuchung der Zeitschrift „Natur" bestätigt. Den Farben, die einen geringen Gehalt an organischen Lösungsmitteln aufweisen, wurden von der Stiftung Warentest im Vergleich mit konventionellen Lacken gute Gebrauchseigenschaften bescheinigt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Probleme der Organspende

„Viele Menschen hoffen auf die rettende Organspende"; WELT vom 18. Dezember

Nach den vielen einseitigen und negativen Presseberichten über Organspenden, die den betroffenen Wartenden oft die Hoffnung auf eine Transplantation nahmen, war der Beitrag der WELT wohltuend sachlich und informativ.

Ich möchte noch deutlich machen, daß unser Aufklären und Werben sich nur auf die Spende von Organen nach dem Tode und nicht auf Lebensspende bezieht.

In der Bundesrepublik ist der Anteil an Lebensspenden deshalb so gering, weil wir schon allein aus medizinisch-ethischen und aus juristischen Gründen die Lebensspende unter Fremden ablehnen. Selbst beim Verwandtschaftsverhältnis ersten Grades ist man hier sehr zurückhaltend und nimmt die Organübertragung nur in Ausnahmefällen vor.

Da wir in der Bundesrepublik die Einverständnislösung praktizieren und damit zurechtkommen müssen, muß das Bewußtsein in der Bevölkerung, durch die Spende eines Organes einem Schwerkranken oder Tod-



Marita Blüm

geweihten helfen zu können, ständig wachgehalten werden. Darin vor allem sehen wir unsere Aufgabe.

Marita Blüm
Bonn

Man nennt es Unterhaltung

„Unterhaltung, im Ernst"; WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die allzu frühzeitige Ankündigung der Übergabe der Sendung „Wetten, daß ...?" durch Frank Elstner an Thomas Gottschalk – das Ganze hat beinahe einen Beigeschmack von Personenkult – gibt ganz gewiß Anlaß zur Diskussion über das Thema Unterhaltung in unseren Massenmedien. Joachim Neander kritisiert ja nicht von ungefähr, daß sich hierzulande „alles an etablierte Sendungen, Sendeformen und Moderatoren" ... und damit auch an „Stars" wie Rosenthal, Fuchsberger oder Kulenkampff ... „klammert".

Auf den Unterhaltungswert der Sendungen selbst sollte es doch ankommen! Schlußszenen in „Wetten, daß ...?", mit den als Punker verkleideten Bankdirektoren, oder Staatsanwälte und Richter in anderer Kostümierung, mögen zwar spektakulär wirken, aber eine Bereicherung der Sendung können diese schon wegen der relativ kurzen Einblendung nicht haben. Die Sendung „Einer wird gewinnen" hat zwar unbestritten eine grenzüberschreitende, gute Idee, aber mit dem albernen Geschwätz des Moderators Kulenkampff, der fast ständig überzieht (und nicht nur zeitlich – eine Fehlleistung auch seitens der Regie), ist das Zuschauen für mich zu einer Zumutung geworden. Als eine Publikumsprovokation anderer (unfrommer) Denkungsart bezeichne ich auch die lange „Abschiedsrede" von Joachim Fuchsberger in seiner Sendung „Auf los geht's los", Ende des Jahres 1985. Hierzu schrieb eine Zeitung, völlig zu Recht, über „die gekränkte Leberwurst", die die Schuld nur bei allen anderen, nicht aber bei sich selber suche.

Liegen aber die Ursachen dieses Problems nicht etwa auch bei den Funk- und Fernsehzeitschriften (oder anderen, einschlägigen Publikationen), die die Stars und ihre Shows teilweise in reißerischer Aufmachung und mit kitschigen Begleitgeschichten hochjubeln, anstelle sie einer notwendigen Kritik zu unterziehen?

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Klückmann,
Lensahn

*

„Der Neue wird die Turnschuhe im Schrank lassen"; WELT vom 15. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

ist der Mensch wirklich so dumm, oder bilden sich die Fernsehanstalten das nur ein?

Ein Toter wird zum Leben erweckt, und „Bobby" wird sicherlich im Jahre 1987 über die Mattscheibe sympathisch flimmern, Fallon aus „Denver" bekam einfach ein neues Gesicht, was bei Steven schon mit Erfolg durchexerziert wurde, bloß da war noch ein bißchen Intelligenz vorhanden. Warum also nicht bei „Wetten, daß ...?"

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 36

Wenn die Regierung kuscht

„Chirac beugt sich dem Druck"; WELT vom 9. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

politisch bedeutet Chiracs Zurückweichen, daß 500 000 Studenten (knapp ein Prozent der Bevölkerung Frankreichs), wenn sie sich nur lautstark genug in den Straßen von Paris zur Geltung bringen, darüber bestimmen können, was Regierung und Parlament zu tun haben. Praktisch bedeutet es, daß die Überschwemmung von Frankreichs Universitäten anhält, daß weiterhin eine übergroße Zahl von jungen Leuten, die gar nicht die Fähigkeiten haben, ein Hochschulstudium zu bewältigen, die Hörsäle und Seminare blockieren und damit denjenigen, die ernsthaft studieren wollen, die Möglichkeit dazu nehmen.

Es bleibt also beim gegenwärtigen Zustand. Und was ist das Ergebnis? Die Studenten haben gemerkt, daß die Regierung kuscht, wenn man eine Großdemonstration zwischen Bastille und Palais Bourbon zustandebringt. Der nächste Schritt wird sein, zu verlangen (und durchzusetzen!), daß die Examina abgeschafft werden. Jedem Studierenden, der seine zehn Semester abgesessen hat, muß alsdann der akademische Grad zuerkannt werden. (Gleichgültig, ob er über Kenntnisse verfügt oder nicht.) Der übernächste: Jeder Hochschulabsolvent hat Anspruch auf eine staatliche Anstellung, egal, ob Bedarf, egal, ob Planstellen vorhanden.

Hochachtungsvoll
H. R. Elmenhorst,
Heiligenhaus

Resignation

„Es ist bedrückend, wie schnell sich die Gesellschaft an die Gewalt gewöhnt hat"; WELT vom 13. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich das WELT-Gespräch mit Herrn Pfahl gelesen. Ich habe beruflich „mein Ohr an der Bevölkerung" und kann nicht bestätigen, daß „die Gesellschaft" (wer ist das, bitte?) sich an die Gewalt gewöhnt hat. Der deutsche Bundesbürger – gleich, welcher Couleur – ist zum großen Teil entsetzt und aufgebracht, aber er schweigt resigniert, weil er meint, unser Volk und unsere Regierung seien nicht fähig, Abhilfe zu schaffen, zumal im Endeffekt stets nur „halbe" Beschlüsse gefaßt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung,
Elfriede Hoenes,
Nürnberg 60

Nur Angst

„Die SPD läuft Gefahr, zwischen CDU und uns zerrieben zu werden"; WELT vom 11. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

warum streiten? Weder Herr Fischer noch Herr Schmittlein (SPD, CDU, CSU, FDP, von der AL ganz zu schweigen, alle haben doch Angst, für die Wahrheit einzutreten) können die Wahrheit der Schuldzuschreibung sowohl des Ersten als auch des Zweiten Weltkriegs herausfinden und aktenkundig belegen.

Die Geschichtsschreiber (Beschreiber) schaffen es nicht einmal, die Ursachen dieser Kriege und ihrer Verbrechen auf beiden Seiten zu ergründen, und auch die Politiker in der ganzen Welt drücken sich darum, die Wahrheit auf den Tisch der Verhandlungen zu legen; die Schuld trägt doch der „Mensch" allein.

Ohne Vernunft und Logik bestimmt doch nur der Machtanspruch von einzelnen Menschen und Systemen über Krieg und Frieden!

Mit freundlichen Grüßen
Paul Hermann Liedtke,
Berlin 26

Moskaus Ziel

„Madrid, die Basken und die Fracht der ‚Banda Fomer'"; WELT vom 17. Dezember

Sehr geehrte Herren,

zu Ihrer Darstellung der baskischen Problematik kann man Sie nur beglückwünschen. Denn hier werden die Genfer Impertinenzen Gorbatschows aus der finsteren Kulisse ins grelle Rampenlicht gebracht. Offensichtlich sollen doch die in Nicaragua zu revolutionären Allround-Fightern auszubildenden Etarras die Vereinigten Staaten aus ihren so entscheidend wichtigen Luftwaffen- und Flottenstützpunkten in Spanien vertreiben helfen, um der NATO den Mittelatlantik streitig zu machen.

Wie recht hatte also Präsident Reagan mit seiner Bereinigung der Lage auf Grenada als dem seinerzeit drohenden kommenden roten Gibraltar in der südlichen Karibik.

Mit freundlichem Gruß
Konrad Schmidt,
Köln 25

Wort des Tages

»Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.«

Jean Baptiste Molière, französischer Autor (1622–1673

Der Sternenhimmel im Januar

Von ERICH ÜBELACKER

Wie schon im Vormonat beherrscht auch im Januar das eindrucksvolle Planetenpaar Jupiter/Mars den Abendhimmel. Die beiden Gestirne entfernen sich nun allerdings wieder voneinander, wobei der schnelle rötliche Mars dem strahlend hellen Riesenplaneten Jupiter in östlicher Richtung davonläuft. Dieser geht Anfang des Monats gegen 22.30 Uhr unter.

Man hat also in den frühen Abendstunden noch ausreichend Gelegenheit, die täglich wechselnden Stellungen der vier hellsten Jupitermonde zu beobachten, was bereits mit einem bescheidenen Kleinfernrohr, am besten aber mit einem großen Feldstecher möglich ist. Allerdings sollte man das Fernglas aufstützen oder besser an einem Stativ befestigen, damit das unvermeidliche Zittern der Hände die Beobachtung nicht stört.

Dies empfiehlt sich auch bei dem Versuch, mit dem Feldstecher die Mondkrater zu finden, wozu sich Anfang Januar reichlich Gelegenheit bietet, da der Erdtrabant am 6. Januar das Erste Viertel erreicht, also gut am Abendhimmel zu sehen ist. Besonders am sogenannten Terminator, der Grenze zwischen Hell und Dunkel, treten die Krater deutlich hervor, weil dort, vom Mond aus gesehen, die Sonne gerade aufgeht und die Kraterränder, nicht jedoch das Kraterinnere beleuchtet, so daß die Ringgebirge wegen des so erzeugten starken Kontrastes besonders gut zu sehen sind.

Während Jupiter nach wie vor den Abendhimmel beherrscht, ist Venus, der hellste Stern des Himmels, zur Zeit in den frühen Morgenstunden zu beobachten. Am 15. Januar erreicht sie ihren größten Abstand von der Sonne und sieht im Fernrohr wie ein kleiner Halbmond aus.

Sie geht in den ersten Monatstagen gegen 4.30 Uhr, Ende Januar kurz vor 5 Uhr auf und steht am 24. Januar nahe bei Saturn, der sich nun langsam wieder im Morgengrauen durchsetzt, nachdem er im Vormonat nicht beobachtet werden konnte.

Aber kommen wir noch einmal zum Abendhimmel zurück: gegen 22 Uhr verabschieden sich im Westen die Herbststernbilder Andromeda und Pegasus.

Links neben diesen auffälligen Figuren erkennt man unter günstigen Beobachtungsbedingungen die Fische, denen sich im Südwesten der Walfisch anschließt. In dieser Himmelsgegend findet man auch die bereits besprochenen Planeten Mars und Jupiter.

Noch interessanter ist jedoch im Augenblick ein anderes Objekt, der veränderliche Stern Mira im Walfisch. Während er in den Vormonaten kaum auffiel, erreicht er nun bald sein Helligkeitsmaximum und ist dann eines der hellsten Gestirne am Südwesthimmel. Hoch über dem Südpunkt erkennt man leicht den V-förmigen Stier, zu dem die Plejaden gehören, die man auch das „Siebengestirn" nennt.

Es handelt sich hierbei um einen offenen Sternhaufen, eine Familie von rund 150 Sonnen, die vor etwa 100 Millionen Jahren gemeinsam aus einer großen Gaswolke entstanden sind. Deren Reste kann man im Fernrohr noch erkennen.

Hoch über dem Stier steht im Zenit nahe das eindrucksvolle Fünfeck des Fuhrmanns, dessen heller Hauptstern Kapella sofort auffällt.

Im Südosten findet man die wohl schönsten Wintersternbilder, den Orion, den Großen und Kleinen Hund, sowie die Zwillinge. Der Himmelsjäger „Orion" ist leicht an seinen drei gleich hellen, in einer Linie stehenden Gürtelsternen zu erkennen.

Unter dieser Gürtellinie findet man den berühmten Orionnebel, in dem noch heute vor den Augen der Astronomen neue Sterne und Sonnensysteme entstehen. Der Nebel ist bereits mit bloßen Augen zu erkennen, in Großstadtnähe hilft ein Feldstecher nach.

Verlängert man die Gürtellinie des Himmelsjägers nach links unten, so findet man leicht Sirius im Großen Hund, den hellsten Fixstern des Himmels. Dieser Stern hat den Forschern immer wieder große Rätsel aufgegeben. So wird er beispielsweise von einem superdichten Sternrest, einem „Weißen Zwerg" begleitet, bei dem das Volumen von einem Kubikzentimeter die Masse von 150 Kilogramm aufweist.

Interessant ist die Tatsache, daß einige afrikanische Völker von diesem Siriusbegleiter berichten, obwohl er nur in großen Fernrohren zu beobachten ist.

Im Osten geht gegen 22 Uhr der Löwe auf, dem in den späten Nachtstunden die Frühlingssternbilder Jungfrau, Rabe und Becher folgen werden. Zwischen dem Löwen und den Zwillingen findet man den Krebs, dessen wunderschöner Sternhaufen Praesepe schon mit bloßem Auge zu erkennen ist.

Über dem Nordhorizont schließlich findet man den Großen und Kleinen Bären, sowie den Drachen. Während der Große Bär in den späten Nachtstunden immer höher steigt, verliert sein Gegenstück, die Kassiopeia, immer mehr an Höhe. Untergehen können die beiden Sternbilder nie, da ihr Kreis um den ruhenden Polarstern im Kleinen Bären so eng ist, daß sie nie den Horizont berühren.

Im Konflikt zwischen Nutzen und Naturschutz

Man findet sie nur noch dort, wo es naturbelassene Heiden und Moore, Weiden und sumpfige Wiesen gibt, wo abwechslungsreiche Vegetation nicht als „Un-Kraut" vernichtet wird: die Braunkehlchen. Doch wenn diese Vögel im Frühjahr aus ihren Überwinterungsgebieten in Afrika zurückkehren, finden sie weitere angestammte Brutplätze durch intensive Düngung und Nutzung verdrängt oder von neuen Verkehrstrassen und Siedlungsgebieten zugebaut. Der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) hat deshalb jetzt diese Art, die von dem Konflikt zwischen intensiver Nutzung unserer Natur und dem Schutz bedrohter Arten besonders betroffen sei, zum Vogel des Jahres 1987 erklärt. In den kommenden Monaten will man versuchen, durch Aufklärung und Schutzbemühungen den Rückgang dieser Art aufzuhalten.

Der Wiesenvogel, der sich von Insekten und anderen kleinen wirbellosen Tieren ernährt, gehört heute zu den vom Aussterben bedrohten Arten in Deutschland. Seit 1950 sind die Bestände auf ein Viertel zurückgegangen. Die Gründe dafür sieht der Vorsitzende des DBV, Dr. Hans Scholten, in der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung weiter Flächen in der Bundesrepublik und anderen mitteleuropäischen Ländern. Naturnahe Wiesen werden zwecks Ertragssteigerung gedüngt und damit der abwechslungsreiche Pflanzenbewuchs zugunsten eines reinen „Grasfeldes" verdrängt. Durch die Düngung werde der Heuschnitt heute zeitiger vorgenommen als früher. Dadurch werden viele Bruten des Braunkehlchens, das sein Nest unter hohem Gras und Pflanzen versteckt anzulegen pflegt, einfach weggemäht. So könnte es nach Ansicht des DBV ein erster Schritt sein, wenn wenigstens auf den noch stark strukturierten Wiesen die Mahd später durchgeführt werde.

L. KÜRTEN

Das Braunkehlchen, der Vogel des Jahres 1987 FOTO: DBV

Personen

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Walter Huder**, seit 1959 Leiter des Archivs und der Bibliothek der Akademie der Künste in Berlin, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Walter Huder ist besessen von seiner Arbeit, dem Bewahren von Gegenständen, die aus dem Leben derer zurückbleiben, die das geistige Leben mit geprägt haben. In den drei Jahrzehnten seiner Tätigkeit hat er weit über einhundert Einzelarchive und Sammlungen zusammengebracht. Der Professor der Theaterwissenschaften an der Freien Universität in Berlin und exzellente Kenner von Literatur und Theater der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre insbesondere des Exils hat auch imponierende Materialien zur Kunst-, Musik- und Architekturgeschichte zusammengetragen. Jedes Erinnerungsstück, jede Trophäe, die der aus Böhmen Gebürtige heimbringt, sind ihm wie der Gewinn des Lebens.

EHRUNGEN

Der mit 25 000 Mark dotierte Dechema-Preis der Max-Buchner-Forschungsstiftung ist dem Biotechnologen Professor **Hermann Sahm** von der Kernforschungsanlage Jülich für eine neue Herstellungsmethode von Ethanol zuerkannt worden. Sahm entwickelte eine Anlage, in der Bakterien (Zymomonas mobilis) zur Herstellung von Ethanol benutzt werden. Mit dieser Anlage ist erstmals ein neuer Mikroorganismus zur Ethanol-Produktion in die Praxis eingeführt worden.

*

Den vom Bundesverband der Deutschen Industrie und der Gesellschaft für Neue Musik ausgeschriebenen Orchester-Kompositionspreis hat der 36jährige englische Komponist **Jolyon Brettingham-Smith** für sein Werk „Approaches to Dun Aengus" erhalten. Die Auszeichnung ist mit 12 000 Mark dotiert.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Wolfgang Roether** von der Fakultät für Physik und Astronomie der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Physikalische Ozeanographie in den Polargebieten an der Universität Bremen erhalten.

KIRCHE

Ein Mitglied des Hauses Wittelsbach wurde katholischer Priester und Pater des Missionsbenediktinerordens St. Ottilien in der Nähe des Ammersees in Oberbayern. Der Bischof von Augsburg Dr. **Josef Stimpfle** weihte **Florian Prinz von Bayern**, der seit 1982 dem Orden der Missionsbenediktiner angehört. Am Pontifikalamt nahmen auch die Eltern von Pater Florian, **Rasso** und **Theresia von Bayern** und **Leopold Prinz von Bayern** teil.

GESTORBEN

Der Schauspieler **Gerhard Bienert** ist im Alter von 88 Jahren in West-Berlin gestorben. Bienert war vor allem Theaterschauspieler, jedoch auch durch Filmrollen („Berlin Alexanderplatz", „Der blaue Engel") bekannt. An seiner Hauptwirkungsstätte, dem Deutschen Theater in Ost-Berlin, hat er in vielen klassischen Stücken, in Werken Gorkis und Tschechows sowie in Werken der zeitgenössischen Dramatik gespielt. In den 20er Jahren arbeitete Bienert unter anderem unter Max Reinhardt und Erwin Piscator. Er spielte in der von ihm mitbegründeten „Gruppe Junger Schauspieler", die durch Stücke wie Lampels „Revolte im Erziehungshaus" und Wolfs „Cyankali" auf sich aufmerksam machte. Zu seinen Filmrollen gehören ferner „Mutter Krausens Fahrt ins Glück" und „Kuhle Wampe" sowie bei der Defa in „Affäre Blum", „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse", „Thomas Müntzer" und „Der nackte Mann auf dem Sportplatz". Beim Fernsehen wirkte er unter anderem in den Filmen „Kleiner Mann, was nun?", „Effi Briest" und „Verwandte und Bekannte" mit.

SPORT-NACHRICHTEN

Sieg für Sloothaak

Mechelen (sid) – Den letzten Großen Preis bei einem bedeutenden diesjährigen Hallenturnier gewann Franke Sloothaak aus Mühlen in Mechelen (Belgien). Der gebürtige Holländer siegte auf der siebenjährigen westfälischen Stute Fleur im zweiten Stechen mit einem fehlerfreien Ritt vor dem Holländer Albert Voorn auf Conzern.

Klauser qualifiziert

Oberstdorf (sid) – Mit fünf oder sechs Springern wird Bundestrainer Ewald Rosch bei der Nordischen Ski-Weltmeisterschaft in Oberstdorf (11.–22. Februar 1987) an den Start gehen. Qualifiziert ist bislang lediglich Thomas Klauser (Reit im Winkl), der auf der Großschanze in Thunder Bay (Kanada) den zweiten Platz hinter Matti Nykänen (Finnland) belegte.

Eishockey: Kanada verlor

Calgary (sid) – Mit einer 3:5-Niederlage gegen die USA begann für Gastgeber Kanada in Calgary das Eishockey-Turnier um den „Canada Cup". Eine Woche nach dem zweiten Platz beim „Iswestija-Turnier" in Moskau ließen die Kanadier vor allem konditionell stark nach.

Einkäufer Schockemöhle

Mühlen (sid) – Spekulationen um die beiden hervorragenden Springpferde Saloniki und Farmer wegen eines möglichen Verkaufs ins Ausland beendete Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen): Er kaufte sie Besitzer Rolf Damhus (Coesfeld) ab.

Führende Pferdezucht

Warendorf (dpa) – Die Bundesrepublik Deutschland ist das führende Pferdezuchtland der Welt. Das ermittelte das internationale pferdesportliche Jahrbuch „L'Année Hippique". Nach einer Analyse führt die Bundesrepublik mit 120 Punkten vor Holland (79,4), Frankreich (46,67), Irland (45,67) und Großbritannien mit nur 28 Punkten.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga: Mannheim – Kaufbeuren 6:0, Köln – Iserlohn 3:6, Landshut – Frankfurt 4:2, Schwenningen – Rießersee 7:4. – **Spengler-Cup** in Davos, 3. Spieltag: Team Kanada – Düsseldorf 13:4, Kiew – Kosice/CSSR 4:3.

FUSSBALL

Internationales Hallen-Turnier in Frankfurt, Halbfinale: Frankfurt – Dukla Prag 2:0, Mannheim – Luzern 4:1; Spiel um Platz 3: Prag – Luzern 3:0; Finale: Frankfurt – Mannheim 6:2.

HANDBALL

Bundesliga, MTV Schwabing – OSC Dortmund 18:15. – Niedersachsen-Cup: TuSEM Essen – Tatabanya (Ungarn) 23:22.

TENNIS

Damenturnier in Brisbane, 1. Runde, Ergebnisse der deutschen Teilnehmerinnen: Marsikova (CSSR) – Probst 6:2, 6:0, Porwick – Byrne (Australien) 6:1, 6:4, Betzner – Minter (Australien) 7:5, 6:4, Pfaff – Holladay (USA) 6:0, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Toto: 1, 1, 1, 2, 2, 2, 1, 2, 1, 1, 0. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: 11, 29, 31, 34, 36, 37, Zusatzspiel: 22. – **Rennquintett:** Rennen A: 10, 15, 11. – Rennen B: 31, 33, 35. – **Quoten**, Mittwochslotto: Ziehung A: Klasse 1: 1 181 075,40, 2: 118 107,50, 3: 3141,10, 4: 53,60, 5: 4,50. – Ziehung B: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 1 181 075,40, 2: 65 615,30, 3: 4072,60, 4: 52,60, 5: 3,80. (Ohne Gewähr)

SKISPRINGEN

Wirbel um Nykänen

sid, Oberstdorf

Heute beginnt in Oberstdorf die Vier-Schanzen-Tournee der Skispringer – ohne einen ihrer großen Favoriten? Wieder einmal sorgt der 23 Jahre alte Finne Matti Nykänen für Wirbel. Die Mannschaftskollegen sollen sich gegen seine Teilnahme ausgesprochen haben. Nykänen war schon in der letzten Saison wegen seiner Alkohol-Probleme aufgefallen.

Geschehen ist jetzt dies: Bei der Abreise der finnischen Mannschaft fehlte Nykänen, weil der Verband nicht bereit war, seine Forderungen zu erfüllen. Nykänen verlangte, daß Flug und Aufenthaltskosten für seine Frau Tiina, ein 19 Jahre altes Fotomodell, übernommen werden. Inzwischen ist für beide in einem Oberstdorfer Hotel ein Doppelzimmer reserviert, Nykänen ist an Ort und Stelle. Bezahlt wurde alles von der finnischen Wochenzeitung „Seura", die die Liebesgeschichte von Matti und Tiina in mehreren Folgen veröffentlicht hatte. Beide sind seit Ende November verheiratet. Nach der Hochzeit sagte Nykänen: „Ich bin jetzt menschlich gefestigt."

Noch im Juni hatte der Weltklasse-Athlet in einem Trainingslager randaliert und Einrichtungen zerstört. Zu einer Anklage kam es nicht. Wegen der Popularität des Skispringers wurde das Verfahren eingestellt. Bei der Wahl zum finnischen „Sportler des Jahres" belegte Nykänen Platz zwei hinter der Langläuferin Marjo Matikainen.

BOB

Erfolg für Toni Fischer

dpa, Königssee

Für den ersten Sieg in einem Zweier-Bobrennen seit 1980, als Stefan Gaisreiter am Königssee gewann, sorgten gestern die deutschen Meister Toni Fischer/Christoph Langen vom SV Ohlstadt. Beim zum Weltpokal zählenden Nationencup fuhren die beiden Kfz-Mechaniker auf der Kunsteisbahn am Königssee in allen drei Läufen Bestzeit (52,71/52,39/51,82 Sekunden) und verwiesen in der Gesamtzeit von 2:36,82 Minuten die Österreicher Ingo Appelt/Josef Muigg (2:37,65) auf den zweiten Platz. Das „DDR"-Duo Lehmann/Hoyer mußte sich durch einen schlechten dritten Lauf mit 2:37,91 Minuten mit dem dritten Rang zufriedengeben.

Beim wegen starken Schneefalls am Sonntag nur auf einen Tag gedrängten Rennen vervollständigten Christian Schebitz/Leory Hieber (WSV Königssee/2:38,06) und Michael Sperr/Rolf Müller (SC Riessersee/2:38,19) den Erfolg des deutschen Bob- und Schlittensportverbandes (DBSV). Die Bundesrepublik Deutschland gewann dadurch auch klar vor der „DDR".

„Das war eine tolle Leistung von Fischer/Langen, auch wenn die erste Garnitur aus der DDR und der Schweiz nicht am Start war", lobte DBSV-Sportdirektor Siegfried Radandt die beiden. „Schließlich wollen erst mal ein Bernhard Lehmann und ein Ingo Appelt, die zur absoluten Weltelite zählen, geschlagen werden."

WELT-Interview mit Fußball-Trainer Dietrich Weise (Teil 2)

„Sport ist wichtig. Gesundheit, auch die der anderen, ist noch wichtiger"

Kaum ein anderer Trainer hat den Spitzenfußball der Bundesliga so lange begleitet: Dietrich Weise (Foto) ist seit 1967 dabei. Kaiserslautern, Frankfurt, Düsseldorf, der Deutsche Fußball-Bund (Jugendtrainer) wieder Kaiserslautern und Frankfurt waren seine Stationen, ehe er am 3. Dezember zum ersten Mal in seiner Laufbahn entlassen wurde. In einem Interview mit der WELT – es wurde geführt von Ulla Holthoff – blickt Weise sehr nachdenklich zurück und in die Zukunft. In der zweiten und letzten Folge spricht er über die Hintergründe seiner Beurlaubung in Frankfurt und über seine Erziehungsaufgaben gerade bei jungen Spielern. Weises Feststellung: „Alles, was außerhalb des Sports lag, ist bei mir zu kurz gekommen – Familie und Urlaub."

Herr Weise, Sie haben gesagt, daß die Spieler Ihnen manchmal vorwerfen, der zwölfte Mann des Gegners zu sein, weil Sie Unfairneß nicht dulden. Wie reagieren Sie darauf?

Weise: Ich habe ja Verständnis für die Spieler. Ich verstehe, wenn sie auch mal explodieren. Und trotzdem kann ich ihnen nicht recht geben. Als Trainer muß ich immer sagen, daß der Sport wichtig ist, aber die Gesundheit – auch die der anderen – ist noch wichtiger.

Haben Sie mit Ihrer Haltung im Bewußtsein Ihrer Spieler etwas bewirkt?

Weise (ganz lange Pause): Ich glaube schon. Aber vielleicht sind wir wirklich anderen gegenüber nicht ausgereizt, wenn es um das Letzte geht. Dann haben die Kritiker doch recht, wenn sie sagen: Der Weise ist mit schuld, daß es doch wieder nur 1:1 ausgegangen ist, obwohl alles so schön ausgesehen hat. Das schließe ich nicht aus. Also muß ich mich in Frage stellen und muß sagen: Hier habe ich nichts mehr verloren. Die müssen ihr Kampfspiel ohne mich spielen, und ich muß etwas machen, wo ich keine Verantwortung mehr tragen muß. Da komme ich wieder auf das Thema: Wir Trainer müssen für uns selbst, jeder für sich entscheiden, ob er das vor sich verantworten kann.

Haben Sie die Frage für sich selbst schon beantwortet?

Weise: Bis jetzt noch nicht. Aber ich muß jetzt natürlich erst einmal mit der menschlichen Enttäuschung fertig werden, wie das mit mir in den letzten Tagen hier gelaufen ist. Ich brauche da sicherlich eine ganze Zeit, um für mich Klarheit zu erzielen.

Sie sind in Ihrer ganzen Laufbahn noch nicht einmal vorzeitig entlassen worden . . .

Weise: Aber jetzt bin ich an so einem komischen Ding gescheitert, das mit dem Sport nichts zu tun hatte. Einfach aus meiner Geradlinigkeit heraus habe ich gesagt: Es gibt für mich keinen Spielermanager. Für mich als Trainer ist das eine Sache, die ich nicht akzeptieren kann. Daß da ein Spieler ist, der in seiner Freizeit mit anderen Spielern Verträge aushandelt und darüber entscheidet, ob die ihren Beruf weiterhin ausüben können oder nicht. Da verfügt plötzlich ein Mitspieler über die anderen. Es entsteht eine Abhängigkeit, und es entsteht eine Diskrepanz zwischen mir als sportlichem Leiter, dem jungen Spieler und dem Manager, der selbst noch Spieler ist. Das geht nicht. Enttäuscht bin ich allerdings darüber, daß ich mit meiner Meinung allein stehe. Aber da war auch viel Politik dahinter. Eine schwierige Sache, über die ich nicht reden möchte, weil sie dem Sport nicht hilft, aber mich natürlich wieder Illusionen gekostet hat.

Haben Sie mit Wolfgang Kraus nicht über Ihre Bedenken gesprochen?

Weise: Ich hab das erst aus dem Radio erfahren, als die Sache perfekt war. Und ich kann mich doch nicht in Abmachungen einmischen, die der Verein einem Spieler gegenüber macht. Da erwarte ich einfach aus Fairneßgründen, daß mir das von den verantwortlichen Leuten mitgeteilt wird. Aber da arbeiten Leute, die dem Fußball viel weniger dienen, als ich ihm in den letzten zwanzig Jahren gedient habe und die sich auch ganz schnell wieder aus dem Geschäft zurückziehen.

Haben Sie dem Fußball immer nur gedient? Hat er Ihnen nichts gegeben?

Weise: Gar nichts. Alle Dinge, die außerhalb des Sports lagen, sind zu kurz gekommen. Die Familie, Urlaub, einfach alles. Gut, ich habe viel Geld verdient. Ich kann sagen, ich bin fast unabhängig. Aber daneben ist in den zwanzig Jahren vieles an mir vorbeigegangen.

Das muß Ihnen aber doch klar gewesen sein, bevor Sie vor drei Jahren in die Bundesliga zurückkehrten.

Weise: Ich klage ja auch nicht. Ich will das jetzt nicht als Kritik verstanden wissen. Nur, wenn Sie mich jetzt fragen, muß ich sagen: In den zwanzig Jahren ist alles zu kurz gekommen.

Sie haben nichts von dem mitgenommen, was der Sport an Lebendigkeit und Freude bieten kann?

Weise: Nein. Ich habe mich einfach gefreut, wenn ich etwas erreicht hatte, was ich mir vorgenommen hatte. Das war meine Befriedigung. Ich habe nichts zu bereuen. Im Gegenteil. Ich bin mit mir zufrieden.

Aber Sie haben noch keine Idee, wie Ihre Zukunft aussehen wird?

Weise: Im Moment bin ich erst mal ganz froh, daß ich das Angebot des „Kickers" angenommen habe und in dessen Auftrag die Spitzenklubs der Zweiten Liga beobachte. So komme ich auch an die Leute heran, die in einem Verein den Ton angeben. Präsidenten, Geschäftsführer, Manager und an die Fans. Mit denen kann ich mich jetzt mal ausführlich unterhalten. Dazu kommt man als Trainer gar nicht. Da hat man nie genügend Zeit und auch nicht den Kopf frei für solche Dinge.

Irgendwas werde ich im Sport auch sicherlich weitermachen. Aber ich weiß noch nicht, wie das aussehen kann. Erst muß ich jetzt etwas Abstand gewinnen. Denn die Arbeit bei Eintracht Frankfurt war für mich mehr, als Trainer irgendeines Klubs zu sein. Der Verein bedeutet mir was. Deshalb bin ich auch vor drei Jahren trotz der ungünstigen Voraussetzungen wieder dorthin gegangen. Mitten in der Saison, im Kampf gegen den drohenden Abstieg, mit drei Millionen Mark Schulden im Rücken. Ich hab mich da reingekniet, hab auf einen Assistenztrainer verzichtet, mitgeholfen zu sparen, wo immer es möglich war. Genau wie vor zehn Jahren. Der Vorstand hatte sich schon darauf eingerichet, die Mannschaft über die Zweite Liga wieder aufzubauen. Aber dann haben wir den Karren doch noch aus dem Dreck gezogen.

Und jetzt, wo es endlich wieder bergauf geht, sportlich und finanziell, jetzt kommen solche Leute daher, die das gar nicht mitgemacht haben, was ich schon für den Klub getan habe. Und die Leute sagen dann: Mit dem Weise können wir nicht weiterarbeiten. Ich hoffe nur, daß es jetzt nicht wieder in das gleiche Fahrwasser mündet wie beim letzten Mal, als der Klub nach meinem Weggang einen Manager nach dem anderen holte und wieder entließ. Und plötzlich war das Geld wieder alle, das wir mit unserer Aufbauarbeit gerade mühsam eingespielt hatten.

EISHOCKEY

Kühnhackls Rückkehr ein Triumphzug

sid/dpa, Landshut

Eishockey-Star Erich Kühnhackl rief, und alle kamen: Am Gutenbergweg im niederbayerischen Landshut herrschte ein Gedränge wie zu den glorreichen Zeiten vergangener Tage. 6000 Zuschauer, doppelt soviel wie gewohnt, waren ins städtische Eisstadion gekommen, um die Rückkehr des verlorenen Sohnes zum EV Landshut zu feiern.

Dabei wären die Besucher fast umsonst gekommen. Erich Kühnhackl, der nach einem 18 Monate langem Gastspiel in der Schweiz zu seinem alten Klub zurückkehrte, wollte wegen einer eitrigen Mandelentzündung eigentlich nicht spielen. Erst Trainer Sindelar konnte den 36 Jahre alten früheren Nationalspieler überreden. Dann wurde sein Einstand jedoch zum Triumphzug. „Es war ein überwältigendes Gefühl", meinte Kühnhackl hinterher. Beim 4:2-Erfolg über den Aufsteiger Eintracht Frankfurt bereitete er drei Tore vor, schoß einen Treffer selbst und ist bereits nach seinem ersten Heimspiel fast bezahlt.

Auf die Schulter klopfen durften sich auch drei mittelständische Unternehmer, die die rund 45 000 Mark Leihgebühr vorgestreckt und so den Wechsel vom EHC Olten möglich gemacht hatten: Autohändler Wöllenstein, auch Klub-Schatzmeister, Herrenausstatter Abstreiter und der Bauunternehmer Eller. Für das Sponsoren-Trio standen bei allem Patriotismus wirtschaftliche Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Wie viele Zuschauer werden benötigt, damit sich die Investition auch auszahlt? Walter Ranke, Geschäftsführer des EV Landshut, errechnete: 3000 bis 4000 Zuschauer zusätzlich bei einem Durchschnittspreis von 15 Mark mußten ins Stadion kommen.

Eine Rechnung ohne Unbekannte, denn daß Kühnhackl sein Image auch seit dem Wechsel in die Schweiz nicht eingebüßt hatte, davon durfte ausgegangen werden. Und so bilanzierte Wöllenstein: „Es war nur die Frage, wie sich der Erich selbst bezahlt. Unsere Rechnung ist voll aufgegangen." In Düsseldorf, wo das Stadion immer ausverkauft ist, hätte sich die durchaus ins Kalkül gezogene Verpflichtung wirtschaftlich kaum gelohnt.

Auch sportlich erhoffen sich die Landshuter nun eine wesentliche Steigerung. Auch wenn Kühnhackl weiß, daß es bis zur Topform noch ein Stück Weges ist. „Ich habe zehn Tage nicht trainiert, das war zu merken. Außerdem muß ich mich auf das veränderte Spiel umstellen. Zudem weht in der Bundesliga ein rauherer Wind als in der Schweizer Meisterschaft. Dort wird nicht mit so viel Körpereinsatz gespielt", sagt der 211malige Nationalspieler, den mit dem EV Landshut nach der kurzen Pause am 9. Januar beim Gastspiel in Köln eine brisante Auseinandersetzung erwartet. Schließlich wähnten sich die Kölner schon als Sieger im Wechsel-Poker, ehe Kühnhackl seinem Stammklub doch den Vorzug gab.

Schatzmeister Wöllenstein zeigt sich auch auf sportlicher Ebene als Taktiker: „Ich bin überzeugt, daß der Erich motiviert ist. Schließlich verpflichtet ihn sein Ruf, Leistung zu bringen. Er kann sich keine lasche Berufsauffassung leisten. Er will in guter Erinnerung behalten werden und vielleicht im März sogar noch einen neuen Vertrag aushandeln."

STAND ● PUNKT / *Kassensturz nach dem Spektakel von Berlin*

Parallelslalom in Berlin: Die Zuschauer unterhalb der amerikanischen Radarstation am Teufelsberg waren vom Spektakel aus Show und Sport begeistert. Nach Wien und München hat der Skizirkus eine weitere Großstadt im Flachen entdeckt, dort also, wo sonst skibegeisterte Breitensportler Hunderte von Kilometern zur Ausübung ihres Sports in die Berge fahren müssen, wo man aber hungrig ist nach solcher Riesen-Gaudi.

Das sportliche Fazit ist mit eigentlich offenen Ergebnissen (lohnt das wirklich?) abgehakt. Der finanzielle Kassensturz hingegen wird noch für Probleme sorgen. Bei einem Gesamtetat von 400 000 Mark hatte Cheforganisator Christian Neureuther mit einem Minus von rund 220 000 Mark kalkuliert, wenn 25 000 Zuschauer zum Kunstschnee-Hang strömen sollten. Doch mindestens 10 000 weniger zahlten Eintritt. Günter Spanier, Pressesprecher der Berliner Sportsenatorin Hanna-Renate Laurien, rechnet jetzt mit rund 300 000 Mark Defizit und verkündete als Linie seines Hauses: „Keine müde Mark von uns!"

Die Vorwürfe an die Veranstalter: „Unpräzise, schwammige Finanzführung – unehrliche Haltung gegenüber dem Ausrichter, dem Ski-Verband Berlin." Der Deutsche Ski-Verband solle gefälligst das Minus übernehmen, auf alle Fälle nicht der Steuerzahler, so heißt es im Amt der Senatorin. Was eigentlich ein wackeres, braves Wort sein könnte.

Aber: Gerade die Regierungspolitiker in Berlin haben diesen neuen Veranstaltungstypus seit Monaten zumindest ideell und mit wohlklingenden Argumenten gefördert. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen noch am Tag des Parallelslaloms: „Sportliche Großveranstaltungen in Berlin haben stets auch eine politische Dimension."

Das Konzept der Berliner Politiker: Im Umfeld von etablierten sportlichen Dauerbrennern müsse Fremdartiges importiert werden, damit der Werbewert der Stadt steige und neue Tourismuskreise erschlossen würden – auch mit Hilfe von Sponsoren und Fernsehbildern.

Der Start der Tour de France Anfang Juli 1987, für den der Senat drei Millionen Mark Lizenzgebühren lokkergemacht hat, erregt schon seit über einem Jahr die Gemüter. Auch bei den Berliner Sportlern und in ihren Vereinen, die sich die Summe für die allgemeine Sportförderung gewünscht hätten. Immer noch aktuell ist das Bonmot, daß vielleicht eines Tages der Admiral's Cup auf dem Wannsee gestartet werde.

Der Parallelslalom in Berlin hat deutlich gemacht: Es fehlt in der Stadt ein vernünftiges Konzept, den professionellen Show-Sport zu fördern. Schlag nach bei Goethe: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los." H. S.

Die „große Offensive“ Irans steht noch aus

Irakische Siegesberichte gelten als psychologische Kriegsführung / Hussein bei König Fahd

PETER M. RANKE, **Kairo**

Ein begrenzter Vorstoß der Iraner gegen drei wichtige Inseln im Schatt el-Arab zwischen Basra und der Halbinsel Fao ist nach dreitägigen Kämpfen gescheitert, erklärten westliche Militärexperten in Bagdad. Die seit langem von Teheran angekündigte „große und letzte Offensive“ hat noch nicht begonnen, wenngleich beide Seiten an der gesamten Front je 700 000 Mann zusammengezogen haben.

Trotz des Einsatzes von Froschmännern der iranischen Revolutionsgarden gelang es den irakischen Truppen, die Insel Umm Rassas zurückzuerobern und zu halten. Dabei sollen nach iranischen Angaben mehr als 3000 irakische Soldaten gefallen sein. Diese Zahl wird von militärischen Beobachtern als einigermaßen zutreffend bezeichnet, während die irakischen Siegesberichte von ihnen als Beispiel psychologischer Kriegsführung abgetan werden.

Der Oberkommandierende des 7. irakischen Armeekorps, General Abdul Raschid, hatte am Wochenende erklärt, mehr als 32 000 iranische Soldaten seien bei der Offensive auf einer Frontbreite von 40 Kilometern am Schatt el-Arab gefallen, Hunderte seien gefangengenommen worden. Es handele sich um die größte militärische Niederlage der Iraner im sechsjährigen Golfkrieg.

Diese übertriebenen irakischen Siegesmeldungen, die von Fernseh-Berichten über deprimierte iranische Gefangene ergänzt werden, sollen nach dem Eindruck westlicher Militärexperten die Stimmung in der irakischen Bevölkerung aufheizen und Siegeszuversicht verbreiten. Daß dies von der Führung in Bagdad als notwendig erachtet wird, lasse auf Kriegsmüdigkeit in Irak schließen.

Die Siegesberichte bildeten auch die Kulisse für den überraschenden Besuch des irakischen Präsidenten Saddam Hussein bei dem saudischen König Fahd in der Nähe von Dammam am Golf. Das Treffen fand am Sonntag statt, auch der irakische Luftwaffen-Befehlshaber, General Schaaban, nahm daran teil. Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt. Jedoch soll sich König Fahd dagegen verwahrt haben, daß irakische Kampfflugzeuge bei Einsätzen gegen weit entfernte iranische Öl-Anlagen beim Rückflug auf saudischen Flugplätzen „notlandeten“ und wieder aufgetankt werden mußten. Eine Zusammenarbeit der irakischen und der saudischen Luftwaffen, wie sie von Bagdad gewünscht wird, lehnen die Saudis ab.

Saudi-Arabien will nicht von Bagdad in den Golfkrieg verwickelt werden, die Finanzhilfe jedoch aus arabischer Solidarität fortsetzen. Gleichzeitig sucht Riad aber auch seine Beziehungen zu Teheran zu verbessern, wie sie schon auf der letzten OPEC-Sitzung zeigte. Bei der Festlegung von Förderquoten standen Saudi-Arabien und Iran in einer Front gegen Irak, das soviel Rohöl fördert und verkauft, wie es nur kann.

Daß der Golfkrieg weitergeht, schließen militärische Experten auch aus den jüngsten Haushaltsangaben der iranischen Regierung. Danach hat die Finanzierung des Krieges höchste Priorität in Teheran, zivile Ausgaben des Gesamthaushalts von rund 65 Milliarden Mark wurden dagegen gekürzt. Wegen der Wirtschaftsmisere in Iran herrscht aber auch dort unter der Zivilbevölkerung weitverbreitete Kriegsmüdigkeit. Das zeigt sich auch darin, daß sich überraschend viele iranische Soldaten bei der jüngsten Offensive ohne großen Widerstand ergaben und in irakische Gefangenschaft marschierten.

Da der Golfkrieg längst die Form eines Verschleißkrieges angenommen hat, und er zudem von iranischer Seite als Glaubenskrieg geführt wird, hängt eine Entscheidung mehr und mehr von den wirtschaftlichen und menschlichen Reserven ab. In dieser Hinsicht hat aber Iran nach Meinung der Experten immer noch die besseren Aussichten. (SAD)

„Höchste Steigerung der Renten seit '78“

HH. Bonn

Die Rentenversicherung steht nach Ansicht des Berliner Sozialsenators Ulf Fink heute auf einem soliden Fundament. Der CDU-Politiker erklärte anläßlich des 75jährigen Jubiläums der Angestelltenversicherung, 1986 habe es die „höchste reale Rentensteigerung seit acht Jahren“ gegeben. Die beispiellose Preisstabilität komme vor allem den Rentnern zugute. Auch die Rücklage der Rentenkasse baue sich Schritt für Schritt wieder auf. „13 Jahre Talfahrt der Rentenfinanzen haben ein Ende.“ Zahlreiche Verbesserungen wie etwa die Verkürzung der Wartezeit von 15 auf fünf Jahre seien in der zu Ende gehenden Legislaturperiode verwirklicht worden.

Als „wichtigsten Durchbruch“ sieht Fink die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht an. Innerhalb der nächsten vier Jahre kämen 5,3 Millionen Mütter in den Genuß dieser Neuregelung.

Beim Streik in Frankreich denken Arbeitgeber um

SNCF „verhandlungsbereit“ / Appell Mitterrands an Chirac

PETER RUGE, Paris

Die Streikfront in Frankreich scheint in Bewegung zu geraten: Dem seit nunmehr zwölf Tagen andauernden Ausstand der Eisenbahner und Docker wird sich heute nach mehrtägiger Unterbrechung wieder das Zugpersonal der Pariser Metro anschließen – das bedeutet eine neue Verschärfung der Verkehrslage. Andererseits zeichnet sich nach einer bisher starren Haltung der staatlichen Arbeitgeber bei der SNCF, der französischen Staatsbahn, und der autonomen RATP, der Pariser Metro, Gesprächsbereitschaft ab. Auch in den Häfen halten sich Verhandlungsdelegationen bereit.

Hinzu kommt der Appell von Staatspräsident Mitterrand an die Regierung, endlich in die Auseinandersetzungen einzugreifen. Aus dem Präsidialamt in Paris verlautete, Mitterrand habe Premierminister Chirac nach der Rückkehr aus seinem Urlaub aufgesucht, um diesem zu erklären, daß die Regierung nicht untätig zusehen dürfe.

Vier Gruppen stehen sich bei dem Streik gegenüber: Die Basis, die bei der SNCF vor rund zwei Wochen den Konflikt auslöste. Die Gewerkschaften, die sich bemühen, den wilden Streik zu kanalisieren. Die SNCF-Direktion, die an Weisungen des Transportministers gebunden ist. Die Regierung, die befürchtet, daß ein weiteres Zurückweichen, wie nach den Studentenunruhen Anfang Dezember, im gesamten öffentlichen Dienst als Signal verstanden werden könnte.

Die SNCF vermeidet es zwar, bei dem für den Nachmittag angesetzten Treffen von „Verhandlungen“ zu sprechen. Dennoch scheint die bisher starre Haltung einem Umdenken Platz zu machen. Die Direktion besteht nicht mehr auf der Wiederaufnahme des Zugverkehrs, sie spricht jetzt davon, daß „Anzeichen“ für eine Normalisierung zu erkennen sein müßten.

Unklar ist das weitere Vorgehen der Gewerkschaften. Inzwischen hat sich die „Basis“ landesweit koordiniert. Von den 94 Depots der Eisenbahner haben 32 in Paris ein „zentrales Büro“ gegründet. Es nimmt ausschließlich die Interessen des rollenden Personals wahr. Damit hat sich die Linie des Depots von Ivry nicht durchgesetzt, die vom Trotzkisten Daniel Vitry vertreten wurde, wonach die „nationale Koordination“ auf alle Betriebs-Bereiche der SNCF ausgeweitet werden sollte.

Um von der Basis nicht ausmanövriert zu werden, beginnen die französischen Gewerkschaften jetzt, andere Arbeitnehmerbereiche zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang muß auch der Versuch der kommunistischen CGT gesehen werden, noch vor dem Streik der Pariser Metro eigene Aktionen zu starten.

Die Regierung von Premierminister Chirac gerät zunehmend unter Zeitdruck. Die von der SNCF angestellten Überlegungen, die „wild streikenden“ Lokomotivführer mit arbeitsrechtlichen Sanktionen zu belegen, vor allem aber die Löhne entsprechend zu kürzen, hat nicht gerade zur Beruhigung des sozialen Klimas beigetragen.

Peking moniert ‚irrige Ansichten‘ der Studenten

AP, Peking

Die chinesischen Medien haben bislang in ungewohnter Offenheit über die Studentenproteste informiert. Gestern verschärfte sich jedoch der Ton der Berichterstattung. Die Parteizeitung „Renmin Ribao“ warf den seit Tagen für eine rasche Durchführung demokratischer Reformen demonstrierenden Hochschülern vor, einige unter ihnen versuchten mit „irrigen Ansichten“ über Demokratie „die Gehirne der Leute zu vergiften“.

In einem scharf formulierten Leitartikel in allen großen Zeitungen wurden die Studenten aufgefordert, nicht die Kommunistische Partei anzugreifen oder mit einer Demokratie nach westlichem Muster zu liebäugeln. „Demokratie in kapitalistischen Ländern ist ein Mittel der kapitalistischen Klasse zur Kontrolle des Staates und dient ihren Interessen. Nur die, die viel Geld aufbringen, können sich in diesen Ländern an Wahlen beteiligen.“ Es sei auch nicht möglich, die jüngsten Proteste mit denen vor der kommunistischen Revolution von 1949 zu vergleichen.

Gestern sind nach Mitteilung ausländischer Journalisten etwa 3000 Studenten durch Peking marschiert. In der „Pekinger Abendzeitung“ war von nur 300 Demonstranten die Rede.

Anschlag im Ferienort von Spaniens König

Gö. Madrid

Im Hotel Montardu, im spanischen Wintersportort Salardu, explodierte gestern morgen gegen sieben Uhr eine Bombe und zerstörte zwei Zimmer. Menschen kamen nicht zu Schaden. Da aber nur 500 Meter weiter König Juan Carlos mit seiner Familie in einem stark bewachten Hotel wohnt, wird angenommen, daß die Bombe als „Warnung“ gedacht ist und die Bevölkerung beunruhigen soll. Die Überwachung des im Zentrum der Pyrenäen gelegenen Skigebietes von Baquira de Beret wurde sofort nach dem Attentat ausgedehnt und reicht im Osten bis nach Andorra. Wie der Zivilgouverneur von Lerida kurz nach dem Attentat mitteilte, sind Polizei, Feuerwehr und ein Krankenhaus eine halbe Stunde vor der Explosion von einem Kommando der baskischen Terror-Organisation ETA telefonisch von dem bevorstehenden Anschlag informiert worden. Darum konnte das mit 300 Gästen belegte Hotel rechtzeitig geräumt werden. Die Polizei ist besorgt, da die Bombe nicht irgendwo im Eingang oder in der Empfangshalle, sondern über einem Fenster im dritten Stock des Hotels installiert war. Sie schließt deshalb auf eine funktionierende Infrastruktur der ETA auch in diesem Gebiet.

„Tarifpolitik der geballten Faust gehört ins Archiv“

Kirchner: „Kolonnendenken“ der IG Metall / Für Flexibilisierung

UR. Bonn

Die Arbeitgeber der Metallindustrie haben der Ankündigung von IG Metall-Chef Franz Steinkühler, es werde bei der kommenden Tarifrunde eine „knallharte“ Auseinandersetzung geben, die Bereitschaft gegenübergestellt, „vernünftig zu verhandeln“. „Ich glaube, daß die Tarifpolitik der geballten Faust ins Archiv gehört“, sagte Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

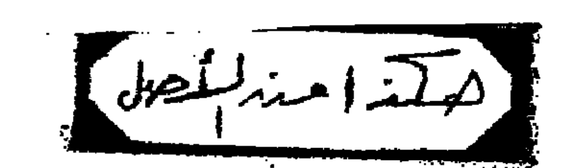
Er warnte davor, mit diesen Drohungen die „ohnehin nicht mehr so stabile Konjunktur des nächsten Jahres“ zu belasten. Eine harte Tarifrunde könne dazu führen, daß Investitionen zurückgestellt würden und „daß damit Chancen für die Einstellung von Arbeitslosen vertan“ werden“, sagte Kirchner im Deutschlandfunk.

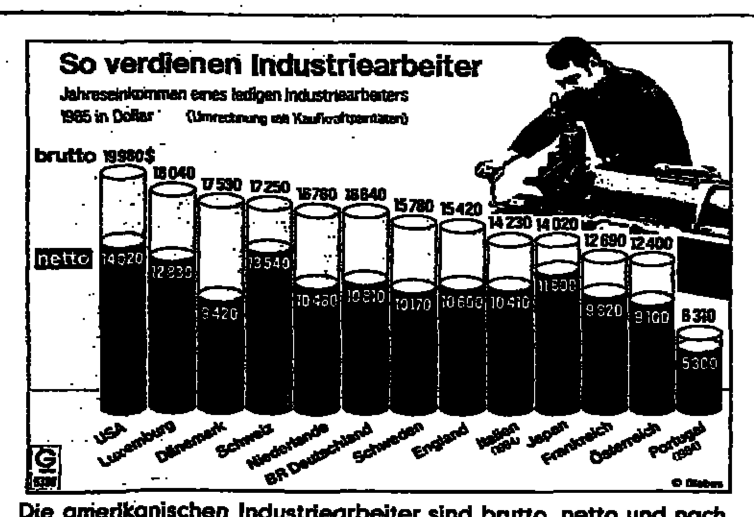
Eine Art „Neujahrsbotschaft“ nannte Kirchner die Ankündigung, die Tarifrunde 1987 „ist weit wichtiger noch als die von 1984“. Vor zwei Jahren ging es zum ersten Mal um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Laut Kirchner stehen zwei Grundentscheidungen an: „Die erste ist die, ob wir die Arbeitszeitflexibilisierung ... auch in Zukunft beibehalten und ausbauen können.“ Außerdem dürfe die Wirtschaft nicht durch eine hausgemachte Inflation belastet werden.

Kirchner sprach sich deshalb gegen Nominallohnerhöhungen über den Produktivitätszuwachs von zwei bis 2,5 Prozent hinaus aus. Dies sei „heiße Luft in die Taschen“, die den Arbeitnehmern keinen Zugewinn an realer Kaufkraft bringen. Der Arbeitgebervertreter äußerte die Erwartung, daß höher als 2,5 Prozent liegende Lohnzuwächse „sich in Preissteigerungen niederschlagen“ werden. Die Gewerkschaft müsse sich fragen, „ob sie ihren Mitgliedern wieder nach dem erlebten Jahr der Preisstabilität 1986 ab 1987 Inflationsraten zumuten will“.

Den Arbeitern gehe es nicht darum, so Kirchner, den „Samstag regelmäßig wieder zum Arbeitstag zu machen“. Es gehe darum, „daß wir über sechs Werktage und über acht Stunden pro Tag hinaus die Arbeitszeit so gestalten können, daß die Maschinen entsprechend länger arbeiten können, ohne daß die Arbeitnehmer selbst so lange arbeiten müssen“. Mit Blick auf die Neuauflage der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche durch die IG Metall attestierte Kirchner der Gewerkschaft „Kolonnendenken“. Flexibilisierung sei möglich, eine generelle Wochenarbeitszeitverkürzung hingegen ein Irrweg. Während der Arbeitgebervertreter erklärte, daß die Wirkung von Wirtschaftswachstum auf die Beschäftigung zehnmal so hoch sei wie die Arbeitszeitverkürzung, sagte DGB-Chef Ernst Breit in einem dpa-Interview: Die Arbeitszeitverkürzung sei das „bisher wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“.

Auf die Notwendigkeit einer stärkeren Flexibilisierung wies auch der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, hin. Es gehe darum, Eintrittsschwellen für Arbeitslose in das Arbeitsleben zu senken, erklärte der BDA-Präsident. Eine Reform im Gesundheitswesen sei nötig, um die Personalzusatzkosten zu senken.





Die amerikanischen Industriearbeiter sind brutto, netto und nach der Kaufkraft die Spitzenverdiener. Die größten Lohnabzüge haben die Dänen hinzunehmen. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bleiben nur 54 Prozent vom Bruttoverdienst übrig. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Japan: In einer Gesamthöhe von 4,206 Mrd. Yen stehen im Januar 17 Unternehmensanleihen zur Privatplazierung an, 60 Prozent mehr als vor einem Jahr.

WELT-Kurszettel: Wegen Änderungen im weihnachtlichen Flugplan können bis Anfang Januar nur in einem Teil der Auflage die Börsenkurse von New York und Toronto sowie der deutsche Optionshandel aufgenommen werden.

WELT-Aktien-Indizes:		
Gesamt:	277,84	(277,04)
Chemie:	167,49	(167,37)
Elektro:	357,39	(354,77)
Auto:	740,37	(738,20)
Maschinenbau:	137,30	(135,71)
Versorgung:	172,42	(172,14)
Banken:	405,81	(404,31)
Warenhäuser:	181,81	(181,21)
Bauwirtschaft:	538,93	(537,20)
Konsumgüter:	179,56	(179,44)
Versicherung:	1365,10	(1364,74)
Stahl:	120,83	(122,78)

Nachbörse: wenig verändert

Kursgewinner:	DM	+ %
Colonia Vers.	760,00	5,56
Württ. El.	270,00	4,85
Lufthansa Vz.	150,00	4,53
Überl. Ufr.	300,00	4,53
VGT	235,00	4,44

Kursverlierer:	DM	− %
Hoogovens	38,50	7,23
Canon	12,05	6,59
Aach.Münch.Vers.	1815,0	4,97
Schiess	216,00	4,85
Stumpf Vz.	141,00	4,73

(Frankfurter Werte)

MÄRKTE & POLITIK

Gas: Für viele Verbraucher wird das neue Jahr mit einer weiteren Preissenkung beginnen. Deutschlands größte Ferngasgesellschaft, die Ruhrgas, bestätigte, daß sie am 1. Januar erneut ihre Abgabepreise herabsetzen wird.

Airbus: Das europäische Konsortium hat mit dem aus fünf Ländern zusammengesetzten Triebwerks-Verbund IAE (zu ihm gehört neben Rolls-Royce und dem amerikanischen Hersteller Pratt & Whitney unter anderem auch die deutsche MTU) ein Abkommen unterzeichnet, das den Einbau des V2500-Triebwerkes mit neuartiger Superfan-Technik in das vierstrahlige Airbus-Großraumflugzeug A 340 vorsieht.

Ostasien: Die Wirtschaftslage der nichtkommunistischen Länder ist am Jahresende 1986 sehr unterschiedlich, und auch für 1987 zeichnet sich ein uneinheitliches Wachstum ab. (S. 12)

Steuer: Die 16- bis 18jährigen Kinder sollten wieder automatisch auf der Lohnsteuerkarte berücksichtigt werden, fordert die Deutsche Steuer-Gewerkschaft. Seit 1983 werden Kinder dieser Altersklasse nur noch auf Antrag berücksichtigt.

Eigenheime: Nach Ansicht des Verbandes der privaten Bausparkassen wird der Anteil des Wohneigentums am gesamten Wohnungsneubau 1986 mit 85,7 erneut über 80 Prozent liegen. 1985 lag dieser Anteil bei 81,7 Prozent.

Gastgewerbe: Mit einer guten Wintersaison 1986/87 rechnet die Mehrheit der Unternehmen. Nach einer Umfrage des DIHT sollen die Preise 1987 stabil bleiben.

EG-Agrarrat: Allein der in der letzten Einigung vorgesehene nationale Ausgleich für die Drosselung der Milcherzeugung sowie die vorgesehene nationale Kreditvorfinanzierung für den Abbau des Butterberges wird nach Ansicht von Hans Apel, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, mehr als zwei Mrd. DM zusätzlich kosten.

Schweiz: Die beiden größten Unternehmen der Telekommunikationsindustrie wollen im nächsten Jahr fusionieren, um sich für den internationalen Wettbewerb zu rüsten. (S. 12)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	23. 12. 86	22. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	159,00	148,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	88,00	87,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	139,00	140,00	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Dunlop: Die Trennung vom Reifengeschäft und eine Straffung und Konzentration in den übrigen Bereichen haben Früchte getragen. (S. 13)

Bremische Häfen: Ein Umschlagsvolumen von 29,8 Mill. Tonnen wurde für 1985 verzeichnet. Das entspricht dem Ergebnis des Vorjahres. (S. 13)

Chemie: An der Arbeitszufriedenheit hat sich auch nach den Ereignissen bei Sandoz wenig geändert, heißt es in einer Studie des hessischen Arbeitgeberverbandes Chemie. (S. 13)

Telekommunikation: Der Boom zeigt noch keine Ermüdungserscheinungen. Nach Schätzungen von Fachleuten werden 1987 weltweit etwa 214 Mrd. Mark investiert. (S. 13)

WER SAGT'S DENN?

Lieber keinen Erfolg als keinen Entschluß.

K. H. Waggerl

Den größten Gegenwert für die Mark bieten die Länder ums Mittelmeer

Reiseveranstalter bleiben auch für das kommende Jahr optimistisch

HENNER LAVALL, Bonn

Für die deutschen Reiseveranstalter wird das kommende Jahr ähnlich gute Zuwachsraten bringen wie das gerade ablaufende. In der Branche rechnet man fest mit einem Anhalten der allgemein günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So zeigt sich Jürgen Fischer, Vorstandsmitglied beim größten europäischen Reiseunternehmen Touristik Union International, überzeugt davon, daß „das außerordentlich günstige Umfeld die Realeinkommen in der Bundesrepublik weiter steigen läßt". Dies werde sich, wie er jetzt der WELT sagte, auf die gesamte Branche positiv niederschlagen: „Die Nachfrage nach Pauschalreisen wird weiter steigen."

Für den Auslandsurlauber bringe die Stärke der D-Mark gegenüber den Währungen der bevorzugten Urlaubsländer zusätzliche Impulse. Nach dem guten Winterreisegeschäft (Fischer: „Wir haben ein Plus von zehn Prozent") setzen die Veranstalter für die Sommersaison insbesondere auf den Mittelmeerraum. Hier böten Länder wie Spanien und die Türkei noch einiges an Gegenwert für die Mark.

Das Reisejahr 1986/87, das am 1. November begonnen hat, wird den Erwartungen zufolge insgesamt ein Plus bei den Teilnehmern von rund fünf Prozent und beim Umsatz von knapp sieben Prozent bringen. So erwarten die 17 führenden Veranstalter in der Bundesrepublik nach einer Umfrage der touristischen Fachzeitschrift FVW International einen Umsatz von 7,33 Milliarden Mark gegenüber 6,86 Milliarden in 1985/86.

Den weiteren Prognosen zufolge werden 6,76 Millionen Menschen bis Ende Oktober 1987 eine organisierte Reise gebucht haben. Im Jahr zuvor erreichte die Teilnehmerzahl 6,44 Millionen. Wenn man berücksichtigt, daß auf die befragten siebzehn größten Unternehmen der Branche rund 63 Prozent des gesamten Pauschalmarktes in der Bundesrepublik entfallen, läßt dies für 1987 den Schluß zu, daß insgesamt 10,7 Millionen Personen mit einem Veranstalter verreisen werden gegenüber knapp zehn Millionen in 1985/86.

Das positive Gesamtergebnis ist einmal mehr auf die erneut gestiegene Nachfrage nach Flugpauschalreisen zurückzuführen. Die siebzehn Veranstalter erzielten hier ein Plus von knapp zwei Prozent auf 3,97 Millionen Teilnehmer. Beliebt waren insbesondere die Mittelstrecken-Charterreisen mit einer Zunahme um zweieinhalb Prozent auf 3,48 Millionen Teilnehmer, während die Fernreisen bei 287 000 stagnierten.

Im Pauschalreiseverkehr mit der Bahn blieb die Teilnehmerzahl mit 418 800 Reisenden konstant, während der organisierte Autourlaub mit 6,4 Prozent auf rund 1,93 Millionen Teilnehmer den größten Zuwachs für sich beanspruchen konnte. Erneut beliebter wurden Ferienwohnungen. Diese Urlaubsform buchten im vergangenen Jahr insgesamt 1,24 Millionen Personen (plus 8,5 Prozent).

Unter den Veranstaltern gab es 1985/86 trotz insgesamt positiver Tendenz Gewinner und Verlierer. Die zwei bedeutendsten Unternehmen der Branche (TUI, NUR) geben nun seit Jahren an die regional oder auf Spezialgebieten operierenden mittleren und kleineren Veranstalter Marktanteile ab. Zwar führen die beiden unangefochten mit 36,50 (TUI) bzw. 16,80 (NUR) Prozent Anteil am Markt für Pauschalreisen, doch mußten sie 1985/86 zusammen wieder 0,87 Prozent abgeben. Diesem Trend wollen sich die großen Veranstalter 1986/87 entgegenstellen: „Wir werden uns vor Preiskämpfen nicht scheuen", meint Fischer.

Die öffentliche Hand vergibt wieder mehr Bauaufträge

Aufwärtstrend insbesondere durch die Gemeinden

adh. Frankfurt

Die positiven Folgen einer wieder entspannteren Finanzlage der öffentlichen Hände registriert die deutsche Bauindustrie: Insgesamt 23,3 Milliarden Mark, das sind 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr, haben die öffentlichen Auftraggeber in den ersten drei Quartalen dieses Jahres für Bauvorhaben aufgewendet. Die Erholung der Bauausgaben im Bereich der Gebietskörperschaften hat sich im dritten Quartal 1986 weiter stabilisiert, hält der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie am Jahresende fest. Der scharfe Rückgang bei den öffentlichen Bauinvestitionen in den Jahren 1980 bis 1984 ist damit aber bei weitem noch nicht aufgeholt.

Am deutlichsten zeigt sich der Aufwärtstrend bei den Kommunen; sie steigerten ihre Bauausgaben im dritten Quartal um zehn Prozent. Für die ersten neun Monate zusammengenommen ergibt sich ein Plus von gut acht Prozent auf 14,7 Mrd. DM. Übrigens zeigen sich die Gemeinden umweltbewußt: Fast 14 Prozent mehr als im vergangenen Jahr gaben sie bei der Abwasserbeseitigung aus.

Auch die Länder bauen wieder mehr. Ihre Ausgaben in den ersten drei Quartalen wuchsen ebenfalls um gut acht Prozent (auf 3,7 Mrd. DM). Daß die Bauindustrie diese Entwicklung etwas skeptischer als bei den Kommunen sieht, liegt in der Abschwächung des Aufwärtstrends im dritten Quartal begründet.

Rund 3,6 Mrd. DM hat der Bund für Bauvorhaben ausgegeben und damit nicht ganz das Volumen des Vorjahres erreicht. Allerdings wurde im dritten Quartal ein etwas flotteres Ausgabetempo (plus zwei Prozent) vorgelegt als in den beiden Vorquartalen.

Kreditbedarf des Bundes ist gedeckt

Die Zinsen bewegten sich 1986 auf einem seit Jahren nicht erreichten tiefen Niveau

HEINZ HECK, Bonn

Der Bund hat bis Mitte Dezember 81,5 Milliarden Mark brutto oder 23 Milliarden Mark netto am Kapitalmarkt aufgenommen und damit seinen Kreditbedarf 1986 gedeckt. Die Kreditermächtigung im Haushalt 1986 von 23,7 Milliarden wurde also wieder nicht ausgenutzt. Das Finanzministerium (BMF) beurteilt die Aussichten für eine „marktschonende Mittelbeschaffung" bei weiter rückläufigem Nettokreditbedarf auch für 1987 „insgesamt güstig".

1986 ist die Bruttokreditaufnahme wieder „deutlich geringer" als die dem Markt durch Tilgung (rund 60 Milliarden) und Zinszahlungen (rund 30) zufließende Summe. Die Mittelbeschaffung des Bundes habe „unter insgesamt günstigen Vorzeichen" gestanden. Die Stabilitätspolitik und die Rückführung der öffentlichen Defizite hätten die Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten erheblich verbessert. „Die Zinsen bewegten sich auf einem seit Jahren nicht erreichten tiefen Niveau." Zugleich hätten die Sparer „eine attraktive Realverzinsung" erzielt.

Die Schuldenstruktur sei im Zinstief weiter verbessert worden. 1986 konnte die durchschnittliche Laufzeit der aufgenommenen Mittel von weniger als sechs auf fast 7,5 Jahre ausgedehnt werden. Erstmals wurden Bundesanleihen mit einer festen Laufzeit von 30 Jahren angeboten. Die Vorbelastung hochverzinslicher Schulden aus den frühen 80er Jahren sei weiter abgebaut worden.

Der Anteil der mittel- und langfristigen Wertpapierfinanzierung habe zugenommen. Noch 1981 entfielen bei 87,3 Milliarden Mark Bruttokreditaufnahme nur 8,8 Prozent auf Bundesanleihen, 28 Prozent auf Daueremissionen und 62,6 Prozent auf Schuldscheindarlehen. Dagegen lieferten 1986 langfristige Bundesanleihen mit rund 35 Prozent (entspricht 29 Milliarden Mark) den größten Deckungsbeitrag. Daueremissionen waren mit 31 und Schuldscheindarlehen nur noch mit 16 Prozent beteiligt.

Fünfjährige Bundesobligationen hätten mit fast 20 Milliarden Mark zur Bruttokreditaufnahme beigetragen. Über vier Milliarden entfielen auf Bundesschatzbriefe und nur noch eine Milliarde auf Finanzierungsschätze. Weniger als 13 Milliarden Mark Schuldscheindarlehen seien neu abgeschlossen worden.

Mitte 1986 wurde auf BMF-Initiative das Bundesanleihekonsortium um im Wertpapiergeschäft leistungsfähige deutsche Kreditinstitute, die sich im Auslandsbesitz befinden, erweitert. Dadurch werde der Wettbewerb auch über die Grenzen hinweg stärker belebt.

Mißtöne verklungen

nl – Die zeitweise in der Branche der Unterhaltungselektronik aufgetretenen konjunkturellen Bildstörungen haben sich verflüchtigt. Man vernimmt wieder freundlichere Töne, die Mißtöne sind verklungen. Grundlage für diese Aufwärtsentwicklung ist zweifellos die Tatsache, daß die realen Einkommenssteigerungen dazu führen, mehr Geld vor allem für Freizeit und Hobby auszugeben.

Die Produkte rund um Radio, Fernsehen und Phono haben trotz relativ hoher Sättigung der Märkte noch immer eine Art magischer Anziehungskraft auf breite Käuferschichten ausgeübt. Dies umso mehr, als die Industrie permanent mit Innovationen und attraktiven Weiterentwicklungen aufzuwarten vermag. Eines der besten Beispiele der letzten Zeit ist die CD (Compact Disc)-Technik. Abspielgeräte, in denen sich die Errungenschaften der Laser-Technik und der Digitalisierung vereinen, wie auch die CD-Platten erleben zur Zeit einen Boom, den selbst kühnste Prognostiker nicht voraussahen. Die mit dieser Technik gegebene rausch- und kratzerfreie Musikwiedergabe von höchster Reinheit erschloß zugleich ein neues Wachstumsfeld.

Im Videobereich scheinen die handlichen 8-mm-Camcorder kräftig an Boden zu gewinnen. Neue Akzente im Bereich der Farbfernseher dürften sicherlich die für das nächste Jahr angekündigten ersten flimmerfreien Geräte bringen. Es zeigt sich, daß echte technische Verbesserungen auch ihre Käufer finden. Die Frage nur ist, ob und in welchem Umfang sich jene Neuerungen auch in bessere Renditen für die Hersteller umsetzen lassen.

Giganten-Hochzeit

Von HARALD POSNY

Wenn in der Silvesternacht die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe (AM) die Mehrheit an der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) erworben hat, wird sich der Pulverdampf um diesen Deal gelegt haben. Fragen allerdings bleiben. Sie reichen über den Tag hinaus, betreffen die AM und ihr zweites Standbein, die ehedem gemeinwirtschaftliche BfG ebenso wie das mögliche Sparkassen-Engagement an der ebenfalls gemeinwirtschaftlichen Volksfürsorge Versicherungsgruppe (Vofü), schließlich ein Nachdenken darüber, ob diese Konglomerate eigentlich notwendig, gar nützlich sind? Und wenn ja, für wen?

Es ist richtig: Die Größe, die Versicherungsgruppen inzwischen erreicht haben, ruft nach Diversifikation, nach einer Verteilung von Risiken, wie sie die Versicherer allzu gut kennen. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, daß vielleicht andere Beteiligungen als die im verwandten Bankenbereich sinnvoller wären, zumal in kaum einem anderen Bereich wie diesen beiden die Konzentration unter den großen erdrückenden Blöcken mittelfristig die Kartellbehörde oder – wenn es um die Beteiligung von Versicherern an Banken geht – die Versicherungsaufsicht auf den Plan rufen wird.

Man tut der Volksfürsorge unrecht, wenn man sie ständig in die jämmerliche Unternehmerleistung der Vorstände der Neue Heimat hineinzieht. Volksfürsorge und Neue Heimat trennen Welten.

Wenn eine Versicherung wie die AM eine Geschäftsbank und mit ihr gleich eine Hypothekenbank, eine Leasinggesellschaft und eine Bausparkasse übernimmt, ist das als Anlage interessant, doch ein geschäftspolitischer Schachzug ist in der Angelegenheit nicht zu erkennen. Es sei denn, man würde die ganze Geschäftsstruktur der BfG verändern. Die Wachstumswege von Banken und Versicherungen laufen nicht parallel, sondern vor- oder hintereinander. Das große Wort von den „Financial Services", das Allfinanz-Angebot, wird auch künftig nur sehr zögernd von privaten Kunden angenommen.

Das hängt sicher mit der traditionell unterschiedlichen Arbeitsweise von Banken und Versicherungen zusammen. Die einen sind an die Bankzweigstellen gebunden, sie bekommen das Geschäft gebracht, die anderen sind über ihren freien oder festen Außendienst beweglich, sie müssen um jeden Kunden, jeden Auftrag ringen. Das prägt.

Es ist eine Wahrheit, die die Banken sicher nicht gerne hören, daß es größerer Flexibilität bedarf, eine Lebensversicherungs-Police zu verkaufen als einen Sparplan. Der Allfinanz-Berater, der zwar alles anbietet, von alledem aber vielleicht nur ein wenig kennt, kann nicht die notwendige Fachkompetenz bieten. Nicht ohne Grund wenden sich immer mehr Verbraucher beim gehobeneren Bedarf vom Kaufhaus ab und dem Fachhandel zu.

Wer den Blick jetzt von der Sparkassenseite auf die Volksfürsorge richtet, sieht sich eben diesem Phänomen gegenüber. Sicher, da gibt es eine Reihe von Sparkassen, die gute Versicherungsgeschäfte betreiben, aber in der Mehrzahl will doch jeder lieber bei seinem Leisten bleiben. Und recht hat er, wenn auch mancher öffentlich-rechtliche Versicherungsmanager das nicht einsieht und gerne mehr Ernte über den Sparkassentresen einfahren würde.

Das nicht ganz problemlose Verhältnis der Sparkassen zu den eigenen Versicherungsschwestern kann durch das Volksfürsorge-Engagement nur belastet werden. Die Volksfürsorge verfügt über eine in ihrer Entstehung begründete völlig anders geartete, übrigens sehr erfolgreiche Verkaufsorganisation mit meist nebenberuflichen Agenten aus dem gewerkschaftlichen Umfeld.

Würde sie nicht durch einen Gewerkschafts-Aufsichtsrat, sondern durch Fachleute „beaufsichtigt", sie könnte leicht noch erfolgreicher sein als sie bereits ist. In den Hitlisten über die Gewinnentwicklung und die Leistung für ihre Kunden findet man sie regelmäßig in der Spitzengruppe.

Daher tut man nicht nur der Spitze der Volksfürsorge, sondern auch ihren Mitarbeitern unrecht, wenn man sie ständig in die Diskussionen um die jämmerliche „Unternehmerleistung" der früheren Vorstände der Neuen Heimat und deren in der Pleite sichtbaren Hang zum Manchester-Liberalismus hineinzieht und versucht, sie zu diskreditieren. Volksfürsorge und Neue Heimat trennen Welten.

Wenn man weiß, daß mindestens 97 Prozent der Bruttoüberschüsse einer Lebensversicherungsgesellschaft von Gesetzes wegen an die Versicherten ausgeschüttet werden müssen, also hier ein Engagment für einen Bankanleger unter Renditeaspekten wenig „Sinn macht", andererseits aber nur eine Gruppe mit Schaden-, Kranken-, Rechtsschutz- und Rückversicherung künftig Erfolg hat, dann sollte die Volksfürsorge selbstbewußt an die Börse gehen. Einen letzten Dienst könnten ihr dabei die Gewerkschaften leisten – vielleicht den einzig vernünftigen der letzten Zeit.

So niedrig war der Dollar seit sechs Jahren nicht mehr

cd. Frankfurt

Der Dollar ist gestern auf den tiefsten Stand seit knapp sechs Jahren gefallen. Der amtliche Kurs sank von 1,9702 auf 1,9458 DM. Auslöser war die Dollarschwäche in Japan, wo die US-Währung auf 159,50 Yen zurückging und damit erstmals seit dem „Baker-Abkommen" die Marke von 160 Yen unterschritt; man hatte erwartet, daß der Dollar auf einer Basis von 162 Yen gestützt würde.

Die Zweifel am Wert der US-japanischen-Stützungsabsprache haben sich damit verstärkt. Gleichzeitig tendierte auch die D-Mark gestern sehr fest, und im Europäischen Währungssystem kam es zu Spannungen.

Der französische Franc fiel stark von 30,42 auf 30,20 DM und rückte damit dem unteren Interventionspunkt von 30,03 DM sehr nahe. Die Dänenkrone mußte abermals am unteren Interventionspunkt von 26,40 DM gestützt werden. Die D-Mark-Aufwertungstendenz erhielt kräftigen Auftrieb von den relativ hohen DM-Zinsen am Euromarkt.

In diesem Zusammenhang wurde am Markt kritisiert, daß die Bundesbank beim letzten Wertpapier-Pensionsgeschäft einen zu hohen Zins gewählt habe. Auch werden jetzt verstärkt Kurssicherungsgeschäfte abgeschlossen, deren Kosten wegen wegen der niedrigen Terminabschläge als billig angesehen werden.

AUF EIN WORT



„Wir sehen unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer gefährdet, wenn die Unternehmenssteuern in der Bundesrepublik weiterhin auf dem hohen Niveau von 70 Prozent und mehr des Gewinns verharren."

Dr. Hans Albers, Präsident des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Frankfurt. FOTO: JUPP DARCHINGER

Bangemann: Mit Nachdruck gegen Protektionismus

HH, Bonn

„1987 geht der Aufschwung weiter", schreibt Wirtschaftminister Bangemann in einer Erklärung zur Jahreswende. Er rechnet mit weiterem Wirtschaftswachstum und höherer Beschäftigung und sieht allein schon in dieser Zuversicht „eine Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs", auch wenn 1987, vor allem in der Außenwirtschaft, „gewiß kein ganz sorgloses Jahr werden" dürfte.

Die große Steuerstrukturreform werde zusammen mit der weiteren Entbürokratisierung „die entscheidende wirtschaftpolitische Aufgabe der kommenden Jahre sein". Mit niedrigen Ausgabensteigerungen im Etat werde der Spielraum für den gesetzlich verankerten zweiten Schritt der Steuerentlastung 1988 und für die große Reform „in den Jahren danach" geschaffen. Die Reform müsse wachstumsorientiert sein, die Leistungsanreize für Arbeitnehmer und Unternehmer erhöhen, die Risikobereitschaft stärken, Kapitalbildung und Investitionstätigkeit steigern und die Flucht in die Schattenwirtschaft dämpfen. „Unverzüglich" nach der Bundestagswahl soll mit der Ausarbeitung begonnen werden.

„Mit allem Nachdruck" werde die Bundesregierung gegen internationalen Protektionismus auftreten und sich bei den jetzt beginnenden Verhandlungen für eine Verbesserung des GATT-Systems einsetzen.

Die Freiberufler wollen dem TÜV Konkurrenz verschaffen

HANNA GIESKES, Bonn

Gleiche Chancen für alle – unter diesem Motto ist Dietrich Rollmann, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe (BfB), seit Jahren bemüht, der „Großmacht TÜV" Konkurrenz zu verschaffen: Zäh kämpft er für den Zutritt freier Sachverständiger zur amtlich verordneten technischen Überprüfung. Dabei will er dem TÜV nichts wegnehmen; der möge machen, was er wolle, „aber die Freiberufler wollen das auch dürfen", sagte Rollmann in einem Gespräch mit der WELT.

Daß sie es, ausgenommen bei Medizingeräten, einstweilen nicht dürfen, hat ideologische Gründe, die von ihren Verfechtern beispielsweise im Kampf gegen die Zulassung freier Sachverständiger zur amtlichen Kraftfahrzeugprüfung gern mit sogenannten Sachargumenten verbrämt werden: „Sicherheit verträgt keinen Wettbewerb", heißt es immer wieder, ein Argument, das der BfB-Geschäftsführer, der gleichzeitig Bonner Bevollmächtigter des Bundesverbandes der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen BVS und der GTÜ-Gesellschaft für technische Überwachung ist, „ziemlich töricht" findet.

Wenn dies Argument stichhaltig sei, hätte der Verordnungsgeber nicht ausgerechnet bei der Überprüfung von Medizingeräten die Freiberufler zugelassen. „Dann dürfen Privatunternehmen auch keine Autos bauen und sich damit sogar noch Konkurrenz machen", folgert er und ist fest davon überzeugt, „daß es gerade der Wettbewerb war, der die Sicherheit unserer Autos gefördert hat".

Auch der Einwand, die Technischen Überwachungs-Vereine verfügten über die notwendigen Prüfeinrichtungen und die freien Prüfer nicht, läßt Rollmann nicht gelten. „Sie werden in solche Einrichtungen erst investieren, wenn sie auch tatsächlich prüfen und Plaketten an die Nummernschilder kleben dürfen", sagt Rollmann, alles andere sei „unvernünftig". Und auch am Stand des technischen Wissens und der Unabhängigkeit seiner freiberuflichen Schützlinge läßt er keinen Zweifel: „Das sind doch keine Larifari-Heinis, sondern qualifizierte Fachleute", die ihre Fähigkeiten vor der öffentlichen Bestellung und Vereidigung hätten nachweisen müssen.

In der Tat ist schwer zu begründen, warum den Freiberuflern die amtliche Kraftfahrzeugprüfung verwehrt bleiben soll. Dies fand auch die Bundesregierung, als sie einen Gesetzentwurf zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften einbrachte mit dem Ziel, die Organisationen der freiberuflichen Sachverständigen in die regelmäßige technische Kraftfahrzeugüberwachung einzubeziehen. Dieser Entwurf ist jedoch im Bundestag gescheitert. Einmal an der SPD, die, so Rollmann, „ja sowieso der Ansicht ist, daß der Staat alles besser kann als die Privaten", zum anderen aber und vor allem an Franz Josef Strauß und seiner Bonner CSU-Landesgruppe. „Die haben geblockt", sagt er.

Der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann sei als Vorsitzender des Kuratoriums der Vereinigung der technischen Überwachungsvereine an der Erhaltung des TÜV-Monopols interessiert, sagt er; außerdem schienen sich der Landesvater in München und der Vorsitzende des bayerischen TÜV recht gut zu kennen. Wie dem auch sei, im Juni dieses Jahres hat Strauß in einem Brief an Verkehrsminister Dollinger die protektionistische Katze aus dem Sack gelassen: Bei einer Zulassung privater Sachverständiger zur amtlichen Kfz-Prüfung „sind in Bayern 26 Prüfstellen ernsthaft gefährdet", schreibt er. Betroffen wären vor allem die ohnehin strukturschwachen Gebiete, „und das ist nicht hinnehmbar".

Um dem TÜV, der mit einer Reihe von öffentlichen Aufgaben nur beliehen, ansonsten aber eine von der Industrie getragene privatwirtschaftliche Vereinigung ist, dieses traurige Schicksal zu ersparen, hat er vorgeschlagen, die Freiberufler in die amtliche Prüfung zwar einzubeziehen, deren Plaketten jedoch nur für ein Jahr zuzulassen. Otto Graf Lambsdorff kommentierte das auf dem Mainzer Parteitag so: „Das ist, als wenn ich zwei Leute auf ein 10 000-Meter-Rennen schicke und der eine muß einen Rucksack mitschleppen; der hat doch keine Chance."

Nachholbedarf der UdSSR

Telekommunikation weltweit mit hohen Investitionen

Sbt. **London**

Der Boom im Telekommunikationsbereich zeigt noch keine Ermüdungserscheinungen. Nach Schätzungen des Telecommunications Industry Research Centre, ein britisches Forschungsinstitut, werden 1987 weltweit nahezu 109 Mrd. Dollar (etwa 214 Mrd. DM) in entsprechende Ausrüstungen investiert. Das sind 8,4 Prozent mehr als im alten Jahr. Die Kalkulationen basieren auf Angaben der Telefongesellschaften und schließen auch den Ostblock ein.

Der größte Markt sind die USA mit 24,3 Mrd. Dollar, gefolgt von der UdSSR (9,8), Japan (7,1), der Bundesrepublik (6,1) und Frankreich (5 Mrd.). Danach plazieren sich Italien (4,5), Großbritannien (3,5), Kanada (2) und China (1,8 Dollar).

Am stärksten nehmen die Investitionen in der Sowjetunion zu. Wegen des enormen Modernisierungs- und Nachholbedarfs erhöht Moskau die Mittel um 17 Prozent. Die Einfuhren der UdSSR veranschlagt das Institut auf 1,9 Mrd. Dollar, wovon der übrige Ostblock Ausrüstungen im Wert von rund 1,3 Mrd. Dollar liefert.

Die anderen großen Märkte steigern ihre Ausgaben um sechs bis elf Prozent, vor allem ausgelöst durch die neue Glasfaser- und Digitaltechnologie. Für Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien ermittelte das Forschungszentrum ein Durchschnittsplus von 8,7 Prozent, während die USA und Japan nicht so hohe Wachstumsraten aufweisen.

Als Zulieferer des Telekommunikationssektors hat Japan seine Spitzenposition weiter ausgebaut, und zwar 1985 auf 27,1 Prozent des Weltmarktes, verglichen mit 26 Prozent 1984. Schweden, das die USA (11,8 Prozent) als Exporteur schon 1984 überrundete, erhöhte seinen Anteil auf 12,7 Prozent. Zurückgefallen sind die US-Hersteller besonders in Mittel- und Südamerika.

Mittelfristig, also über zwei bis drei Jahre, sagt das Forschungszentrum steil zunehmende „Telecom"-Investitionen in der Sowjetunion, Deutschland, China, der Schweiz, Indien, Südafrika, Australien, Belgien und der Türkei voraus.

Ausfuhren bleiben Wachstumsmotor

Südkorea, Taiwan und Hongkong erzielen die besten Wirtschaftsergebnisse in Ostasien

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Die Wirtschaftslage der nichtkommunistischen Länder Ostasiens ist am Jahresende 1986 sehr unterschiedlich, und auch für 1987 zeichnet sich ein uneinheitliches Wachstum ab. Die leicht abflauende Konjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern sowie protektionistische Tendenzen in den USA werden voraussichtlich die Entwicklung noch etwas bremsen.

Für die auf den Rohstoff- und Ölexport angewiesenen Länder sind die niedrigen Weltmarktpreise dieser Erzeugnisse weiterhin entwicklungshemmend, für die anderen Staaten wirken sie dagegen kostensenkend. Unter den vier neu industrialisierten Ländern (New Industrialized Countries; NIC) der Region treten Südkorea, Taiwan und Hongkong mit besonders guten Ergebnissen hervor, während Singapur erst allmählich aus der Flaute seit 1985 herausrückt.

Die Geheimnisse des Erfolgs der NIC sind weiterhin eine hohe Arbeitsdisziplin, die gute Ausbildung der Arbeiterschaft, die niedrigen Löhne und langen Arbeitszeiten. Die Ausfuhren sind der Motor ihres wirtschaftlichen Wachstums geblieben. Die Exporteure dieser Länder profitieren vom schwachen Dollar und starken Yen, der die japanische Konkurrenz schwächt. Während der Wechselkurs des Yen gegenüber dem Dollar seit September 1985 um etwa 50 Prozent stieg, erhöhte sich die Parität des Taiwan-Dollars zur amerikanischen Währung um knapp zehn Prozent und die des koreanischen Won um nur drei Prozent.

Die Regierung in Seoul rechnet für 1986 mit einem spektakulären realen Wachstum der Wirtschaft von zwölf Prozent. Für 1987 sieht ihre Prognose acht Prozent vor. Diese etwas geringere, aber immer noch stattliche Rate erklärt sie damit, daß die Exporte in die USA wegen Einschränkungen und sinkender Nachfrage nicht mehr so wie in diesem Jahr zunehmen werden. Für 1986 wird erstmals auch ein Handelsbilanzüberschuß erwartet, der etwa 4 Mrd. Dollar betragen dürfte. Mit Japan wird es dagegen zu einem Defizit von etwa 5 Mrd. Dollar kommen, da Südkorea immer noch auf japanische Maschinen, Teile und Komponenten für seine Exporte angewiesen ist.

Im Gegensatz zu Südkorea, das noch hohe Auslandsschulden hat, gehört Taiwan zu den Kreditgeberländern. Für 1986 erwartet die Regierung in Taipeh ein reales wirtschaftliches Wachstum von 8,5 Prozent, für 1987 eine etwas niedrigere Rate. Die Handelsbilanz wird nach den Prognosen dieses Monats mit einem Überschuß von 15,5 Mrd. Dollar abschließen. Das Aktivsaldo mit den USA allein wird etwa 13 Mrd. Dollar betragen.

Trotz der verbleibenden Zehn-Jahres-Frist, nach der Hongkong zu China zurückkehrt, erfreut sich auch die Kronkolonie einer guten Konjunktur. Das reale Wachstum der Wirtschaft wird für 1986 auf 5,5 Prozent, für 1987 auf etwas weniger veranschlagt. Auch hier stehen Fragezeichen über der Exportentwicklung im nächsten Jahr nach den USA, dem größten Abnehmer. Die Handelsbilanz Hongkongs wird 1986 nur knapp ausgeglichen oder mit einem kleinen Fehlbetrag schließen.

Singapur, der vierte unter den ostasiatischen NIC, wird offiziellen Schätzungen zufolge 1986 ein reales Wachstum von 1,5 Prozent gegenüber einer Abnahme von 1,8 Prozent 1985 aufweisen. Positive Zeichen sind die allmählich wieder zunehmenden Investitionen und Exporte. In Geschäftskreisen herrscht aber die Meinung vor, daß die Wirtschaft Singapurs erst in drei Jahren wieder einen Boom erleben wird.

Politische Unsicherheit und Guerilla-Aktivitäten haben die wirtschaftliche Belebung unter der neuen Regierung auf den Philippinen bisher verzögert. Potentielle Anleger halten sich meist mit Neuinvestitionen zurück. Das reale Wachstum wird 1986 auf etwas unter ein Prozent veranschlagt – nach den Abnahmen der beiden Vorjahre. Malaysia ist noch tief in der Krise, in die es durch den Preisverfall seiner Hauptexportgüter, Kautschuk, Palmöl, Zinn und Öl, gestürzt wurde. Die Regierung schätzt, daß die Wirtschaft in diesem Jahr um fast acht Prozent schrumpfte. Auch Indonesien leidet unter den gesunkenen Preisen für Öl und Naturgas. Für 1986 wird ein reales Wachstum von einem Prozent erwartet. (SAD)

Ölpreisbaisse wurde verkraftet

West-Handel mit Sowjetunion läuft besser als erwartet

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

Die Aussichten für eine allmähliche Belebung im Osthandel dürften sich nach vorübergehenden Rückschlägen im kommenden Jahr eher wieder verbessern. Damit rechnen die am Handel mit der Sowjetunion interessierten europäischen Wirtschaftskreise, ist von Experten in Genf zu hören.

Zu einer zuversichtlichen Einschätzung tragen die im Oktober von Gorbatschow angekündigten Maßnahmen zur Reorganisation und „Liberalisierung" des Außenhandels und vermehrter sowjetischer Firmenkooperation mit dem Westen bei. Moskau bemüht sich nun auch intensiv um den Anschluß an die Genfer Welthandelsorganisation Gatt. Dieser Vorstoß begegnet zwar amerikanischem Widerstand, wird in europäischen Industrie- und Handelskreisen jedoch als „ein Schritt in die richtige Richtung" begrüßt. Mit dem Wiederanstieg der Ölpreise wird sich zudem die Währungsposition vor allem der Sowjetunion verbessern.

Der Handel des Ostblocks vor allem mit Westeuropa hat sich in letzter Zeit bereits günstiger entwickelt als vorausgesehen, wie aus dem kürzlich veröffentlichten Welthandelsbericht der „Europäischen Wirtschaftskommission" (ECE) in Genf hervorgeht. Noch im Frühjahr hatte die ECE erhebliche Devisenschwierigkeiten des Ostblocks – vor allem der Sowjetunion – nach dem Zusammenbruch der Erdölpreise vorausgesagt. Immerhin bestehen fast 80 Prozent der sowjetischen Westausfuhr aus Energieprodukten, allein 60 Prozent aus Erdöl.

Die Sowjets haben sich den neuen weltwirtschaftlichen Bedingungen aber ziemlich rasch angepaßt. Verluste durch die schlechteren Preise sind zum Teil durch Produktions- und Exportsteigerungen aufgewogen worden. Die Erdölproduktion, die früher gesunken war, ist binnen Jahresfrist wieder um drei Prozent gestiegen. Gleichzeitig wurden vier Prozent mehr Kohle und sieben Prozent mehr Naturgas gefördert. Dadurch sind Kapazitäten für den Export frei geworden. So lag die sowjetische Ausfuhr im ersten Halbjahr 1986 in – abgewerteten – Dollar sogar fünf Prozent höher als 1985. Außerdem wurde mehr sowjetisches Gold verkauft.

Maschinenimporte gekürzt

Mit vermehrten Exporten hat Moskau es sich leisten können, die Einfuhr weniger drastisch zu drosseln als befürchtet worden war. Bessere Ernteergebnisse ermöglichten es, die Getreideeinfuhr aus Nordamerika, Argentinien und Frankreich einzuschränken. Auch Maschinenimporte wurden vorübergehend gekürzt. Damit lag die Einfuhr im ersten Halbjahr volumenmäßig zwar um 16 Prozent, wertmäßig – auf Dollarbasis – aber nur um ein Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Ein markanter Aufschwung der Investitionen um real neun Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres scheint auf eine allmähliche Wiederbelebung der Kapitalgüterimporte hinzudeuten, meinen die Genfer Experten.

Die kleineren Ostblockstaaten haben dem Westen im ersten Halbjahr dieses Jahres fünf Prozent mehr geliefert (Menge) und sechs Prozent mehr importiert als 1985. Wertmäßig – in geschrumpften Dollar – ergibt sich ein weniger günstiges Bild. Denn hier hat die Einfuhr mit 26 Prozent bedeutend stärker zugenommen als der Export (18 Prozent). In diesen Zahlen spiegeln sich die verschlechterten Preisrelationen im Außenhandel Osteuropas deutlich wider.

„DDR" erzielte Überschuß

Insgesamt dürfte die laufende Zahlungsbilanz des Sowjetblocks mit den Marktwirtschaften einschließlich Dienstleistungen in diesem Jahr ungefähr ausgeglichen sein, bei einem Aktivum der Sowjetunion von etwa 1,7 Mrd. Dollar und einem Passivum Osteuropas von 1,6 Mrd. Dollar. Die „DDR" kann mit einem Überschuß von 1,3 Mrd. gegenüber dem Westen rechnen, während Bulgarien mit 1,5 Mrd. und Ungarn und Polen mit jeweils etwas unter einer Mrd. Dollar in den roten Zahlen bleiben.

Moskau hat damit immerhin sein Hauptziel für 1986 erreicht: den jüngsten Ölschock ohne erneute massive Verschuldung im Westen zu bewältigen. Gleichzeitig wird das Liquiditätspolster des Sowjetblocks im Westen durch vorsichtige Kreditaufnahme in den Euromärkten weiter verstärkt. Dabei kommen dem Osten heute sinkende Zinsen und stark verbesserte Kreditkonditionen zugute.

Alles in allem dürften sich die Nettoschulden des Ostblocks 1986 nochmals um fast zehn auf rund 83 Mrd. Dollar erhöhen. Die Sowjetunion ist daran mit rund 20 Mrd., Osteuropa mit 63 Mrd. Dollar beteiligt, wobei etwa 30 Milliarden auf Polen entfallen. Mehr als die Hälfte des Anstiegs der Verschuldung spiegelt aber den Kursfall des Dollar wider, da ein großer Teil der Verbindlichkeiten auf europäische Währungen lautet.

Das Schuldenproblem steht heute einer Ausweitung des Westhandels kaum mehr im Wege. Die Sowjetunion genießt längst wieder den Ruf eines erstklassigen Gläubigers. Westliche Banken würden nur zu gern größere Kredite gewähren. Doch Moskau sucht nach wie vor die Verschuldung im Westen zu begrenzen. Dabei ist der Einfuhrbedarf des Ostens im Zusammenhang mit Gorbatschows Modernisierungspolitik ist riesig. Da die harten Währungen einstweilen aber knapp bleiben, kann nach dem ECE-Bericht zunächst nur mit „relativ bescheidenem Wachstum" im Ost-West-Handel gerechnet werden.

Erwartungen nicht erfüllt

Die Konjunktur in Schweden verliert an Schwung

gtm. **Stockholm**

Schwedens Konjunktur verliert an Schwung, und wie früher sind dafür nicht alleine weltwirtschaftliche Einflüsse ausschlaggebend, sondern auch mindestens zwei binnenwirtschaftliche Kriterien von entscheidender Bedeutung: Die Inflationsrate liegt weiterhin über dem Durchschnitt der wichtigsten mit Schweden auf Drittmärkten konkurrierenden Länder, zum zweiten ist es der schwedischen Industrie – mit einigen Ausnahmen – immer noch nicht gelungen, ihr Export-Marketing auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen.

Derzeit versucht Finanzminister Kjell Olof Feldt mit vielen Tricks, die Teuerungsrate unter den magischen 3,2 Prozent zu halten. Ein Überschreiten würde einigen Gewerkschaften das Recht auf Kompensationsverhandlungen geben. Auch 1987 wird die Regierung mit diesem Problem leben müssen. Die Banken rechnen mit einer Preissteigerung von etwa 4,5 Prozent.

Trotz nicht erfüllter Exporterwartungen weist die Handelsbilanz dank eines um acht Prozent gesunkenen Importwertes einen gesunden Überschuß von rund 30 Mrd. skr aus. Wegen des gefallenen Dollarkurses verbilligte sich zudem der beachtliche staatliche Schuldendienst, so daß auch die Leistungsbilanz positiv abschneiden wird.

Das Bruttonationalprodukt wächst 1986 jedoch nicht mehr in gleichem Maße wie in den Vorjahren, die Prognosen liegen bei 1,5 bis zwei Prozent (1985:2,2), und im kommenden Jahr wird es voraussichtlich eine weitere Abschwächung geben. Ähnlich sieht es bei der Industrieproduktion aus, deren Zuwachs 1987 mit schwachen 0,9 bis 1,5 Prozent angesetzt ist.

Die offizielle Arbeitslosenquote ist mit 2,4 Prozent erfreulich niedrig, zudem fallende Tendenz. Erheblich ist allerdings weiterhin die Zahl derjenigen, die lediglich aufgrund staatlicher Maßnahmen noch beschäftigt sind. Andernfalls läge die Quote bei 5,9 Prozent. In einigen Bereichen leidet die Industrie jedoch unter einem akuten Arbeitskräftemangel, so gibt es vor allem bei Ingenieuren bereits regelrechte Abwerbekampagnen.

Gewerkschaften drohen Generalstreik an

Finanzreform in Israel soll für die höheren Einkommensgruppen Vorteile schaffen

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Der Allgemeine Gewerkschaftsverband Israels, „Histadrut", hat der Regierung den Kampf angesagt. Seine sämtlichen vierzig angegliederten Gewerkschaften haben formell „das Bestehen eines Arbeitskonfliktes" erklärt, damit sie nach der gesetzlichen Frist von zwei Wochen einen Streik ausrufen können. Angedroht wird ein Generalstreik.

Grund ist die Absicht Finanzministers Moshe Nissim, für das am 1. April beginnende Fiskaljahr eine Finanzreform mit umwälzenden Neuerungen vorzulegen, die nach Ansicht der Histadrut „die Reichen reicher machen wird und die Armen ärmer". Nissim bestreitet dies, gibt aber offen zu, daß die höheren Einkommensgruppen aus dem neuen Plan mehr Nutzen ziehen werden als die unteren Gruppen. Das sei vollauf beabsichtigt, denn „die jetzige Steuerstruktur verjagt gerade die produktiven Gruppen ins Ausland. Die derzeitigen Steuersätze sind unerträglich, wenn wir eine produktive Wirtschaft betreiben wollen."

Was die Gegner des Plans besonders erregt, ist die geplante Herabsetzung des Höchststeuersatzes von 60 auf 45 Prozent. Allerdings gilt dieser Satz schon von einem Monatseinkommen von (umgerechnet) 2700 Mark an. Derzeit gibt es noch zwei weitere Stufen, und der Höchstsatz von 60 Prozent entfällt auf Einkommen, die über 4200 Mark im Monat betragen. Am unteren Ende der Skala soll die völlige Steuerfreiheit von 570 Mark im Monat auf 730 (bei Familienvätern auf 1070 Mark) erhöht werden.

Um die zu erwartenden Steuerausfälle wettzumachen, will das Finanzministerium mehrere Subventionen streichen und soziale Dienstleistungen verteuern. Die schwächeren Einkommensgruppen sollen für die Einbußen gesondert entschädigt werden.

Die Steuerreform ist nur ein Aspekt der von der Regierung geplanten Maßnahmen. Um das andauernde Defizit zu verringern und den Staatsschuldenberg abzutragen, will Nissim den Haushaltsvoranschlag, der 43 Mrd. Mark beträgt, um 650 Mill. Mark kürzen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Israel nicht viel Bewegungsfreiheit hat. Von seinem jährlichen Haushalt sind je 40 Prozent schon von vornherein für die Tilgung der Staatsschulden und die Verteidigung bestimmt. Nur 20 Prozent, diesmal weniger als neun Mrd. Mark, sind für alle anderen Gebiete vorgesehen. In den vergangenen zwei Jahren wurde auch das bis dahin unantastbare Verteidigungsbudget angezapft, und auch dieses Jahr soll es herhalten. Nicht mehr als 240 Mill. Mark, also rund ein Prozent, will Nissim herausschlagen, auch wenn Verteidigungsminister Rabin aufs heftigste dagegen ist. Schon die bisherigen Kürzungen hätten Israels Verteidigungsbereitschaft geschwächt.

Die meisten Fachleute meinen, daß die geplante Finanzreform grundsätzlich angenommen wird, aber erst nach einer gewissen Revision zugunsten der unteren Einkommensschichten. Die Regierung hat in dieser Woche zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, die die Einzelheiten besprechen sollen. Die meisten Regierungsmitglieder verlangen Änderungen an der Ausgestaltung des Plans. Besonders heftig ist der Widerstand der Arbeiterpartei. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge, Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Hoft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 390 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13, gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

BP stärkt die Ertragskraft

Gewinn in dreistelliger Millionenhöhe erwartet

dpa/VWD, Hamburg

Die Deutsche BP AG, Hamburg, hat sich 1986 in dem von Preisdruck und Überangebot gekennzeichneten Mineralölmarkt der Bundesrepublik gut behauptet. Nach erfolgreich abgeschlossener Umstrukturierung in den vergangenen Jahren konnte sie die Marktchancen voll nutzen und die Erträge aller Sparten des Ölgeschäfts gegenüber 1985 weiter verbessern. So faßt Vorstandsvorsitzender Hellmuth Buddenberg das Ergebnis dieser Tochtergesellschaft des britischen Mineralölkonzerns BP im abgelaufenen Jahr zusammen.

Die tiefgreifende Neuorganisation der BP in Deutschland - unter anderem auch der konsequente Abbau von überflüssiger Raffineriekapazität - habe sich bereits im abgelaufenen Jahr bewährt. Das Unternehmen sei heute in seiner gestrafften Form wesentlich robuster gegenüber Schwankungen des Marktes als in der Vergangenheit.

Da neben dem Ölgeschäft auch in den Sparten Chemie, Kunststoffverarbeitung, Gas und Kohle die Entwicklung wiederum zufriedenstellend war, wird die Deutsche BP für 1986 nach Angaben von Buddenberg einen gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Ertrag ausweisen.

Das operative Ergebnis dürfte nach erster Schätzung eine Größenordnung allein im Ölbereich von deutlich über 300 Mill. DM erreichen. Dies bedeute mehr als eine Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr. In den verschiedenen Nicht-Ölaktivitäten ist insgesamt gesehen ebenfalls eine Verbesserung gegenüber 1985 erwirtschaftet worden. Allerdings sei für das abgelaufene Jahr auf der Ölseite infolge des Preisverfalls auf den Weltmärkten mit Bestandsabschreibungen in der Größenordnung von 350 (150) Mill. DM zu rechnen.

Der voraussichtliche Bilanzgewinn der Deutsche BP AG wird von Buddenberg mit dreistelliger Millionenhöhe beziffert – nach 35 Mill. DM im Vorjahr. Dies zeige, daß die Ertragskraft durch größere Flexibilität und Marktnähe als Folge der Umstrukturierung erheblich gestärkt werden konnte. Außerdem verfüge das Unternehmen über eine ausgezeichnete Kapitalstruktur und Liquidität.

Ohne Reifen auf erfolgreichem Kurs

Dunlop profitiert vom Tennisboom – Für Zukäufe läßt die Mutter Liquidität in der Kasse

INGE ADHAM, Hanau

Die Dunlop AG, Hanau, trägt wieder Selbstbewußtsein zur Schau. Die Trennung vom Reifengeschäft, das mit Jahresbeginn 1985 von der japanischen Reifengruppe Sumitomo übernommen worden war und eine Straffung und Konzentration in den übrigen Bereichen der Dunlop AG – Dunlopillo, Dunloplan und Dunlop Slazenger – haben Früchte getragen. Die in der Tochter der britischen Holdinggesellschaft BTR Industries Ltd. konzentrierten Dunlop-Teile waren allerdings auch schon in jener Zeit gewinnbringend, als die Schwierigkeiten im Reifenbereich die AG ins Schleudern gebracht hatten; die Gewinne reichten freilich nicht aus, die Reifenverluste abzudecken.

Bereits 1985, dem ersten Jahr ohne Reifen, erzielte die AG einen Jahresüberschuß von 10,6 Mill. DM, das operative Ergebnis fiel mit 12,3 Mill. DM höher aus, wurde aber durch Altlasten aus dem Reifengeschäft noch etwas belastet, wie Finanzchef Erwin Lukas betont. In diesem Jahr wird mit einer deutlichen Verbesserung gerechnet: Auf rund 30 Mill. DM wird das Unternehmensergebnis steigen, erwartet der Vorstand. Dabei helfen auch rund 10 Mill. DM außerordentliche Erträge aus dem Verkauf der durch die Aufgabe des Reifengeschäfts nicht mehr benötigten Drahtcord Saar.

Der Umsatz ist in diesem Jahr mit einer Rate von sechs Prozent gestiegen und wird am Jahresende bei etwa 265 Mill. DM liegen. Die Zahl der Mitarbeiter ist wieder leicht auf knapp 1500 Beschäftigte gestiegen. Das „wieder rentierliche Unternehmen", dessen Kapital durch Einziehung von 55 Mill. DM Aktien auf 80 Mill. DM gebracht wurde, spielt nicht nur auf den Tennisplätzen mit.

Die größte der drei Divisions, Dunlopillo, bringt etwa die Hälfte des AG-Umsatzes. Neben Matratzen und Polsterbetten direkt für den Endverbraucher werden Schaum- und Formschaumteile für die Polstermöbelindustrie und vor allem für die Automobilindustrie gefertigt. Auch bei Kunststoff-Kotflügeln ist Dunlopillo dabei, ein Bereich, in den gezielt investiert werden soll. Insgesamt sind im kommenden Jahr Investitionen zwischen 10 und 15 Mill. DM geplant. Das zweite Dunlop-Bein, die Dunloplan, fertigt Bodenbeläge und hat sich dabei auf Speziallösungen konzentriert.

Besondere Musik ist derzeit im Geschäft der Dunlop Slazenger. Die dritte Division der Dunlop AG profitiert voll vom Tennisboom: Mit rund zwölf Millionen verkauften Tennisbällen ist Dunlop Marktführer in der Bundesrepublik. Das seit gut 60 Jahren bestehende Werk in Hanau ist übrigens die einzige deutsche Tennisball-Fabrik. Dazu kommen Tennisschläger aus eigener Produktion. Daneben wird eine Vielzahl von Sportartikeln für Tennis, Squash, Badminton und Golf bei Schwesterfirmen in Großbritannien und den USA und auch bei Dritten zugekauft und in der Bundesrepublik vertrieben.

Mit einem Verlustvortrag von noch 27 Mill. DM muß Dunlop keine Ertragsteuern zahlen, auch die Mutter ist gut bei Kasse und stellt keine Ansprüche. Die angesammelte Liquidität könnte auch für Zukäufe genutzt werden: „Wir sind gehalten, uns umzuschauen."

Westhäfen gaben Ladung ab

In Bremen wurde das Umschlagsvolumen stabil gehalten

ww. Bremen

In den bremischen Häfen wurde für 1986 ein Umschlagsvolumen von 29,8 Millionen Tonnen verzeichnet. Das entspricht dem Ergebnis des Vorjahres, teilte der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Oswald Brinkmann (SPD), mit. Dabei sei bemerkenswert, daß der Umschlag im ersten Quartal relativ schwach verlief, dann aber Monat für Monat zunahm.

Die Analyse des Ergebnisses macht laut Brinkmann deutlich, daß der Massengutbereich die Tonnageverluste im Stückgutsektor zwar ausglich, aber zu Lasten des arbeitsintensiven Bereichs. Und innerhalb des Stückgutsektors habe eine Verlagerung zugunsten des Containerverkehrs stattgefunden.

Bremen und Bremerhaven zogen 1986 in den „Club der Containermillionäre" ein, dem New York, Singapur und Rotterdam angehören. Mit der Verlagerung zu den Containern vollzog sich auch eine weitere Verschiebung des Stückgutumschlags von Bremen-Stadt nach Bremerhaven.

Nach den Worten des Senators könne schon ein halbes Jahr nach der Novellierung des Paragraphen 22 a Güterkraftverkehrsgesetz eine Veränderung in den Häfen registriert werden. Ladung, die in Richtung Westhäfen abgewandert war, konnte – wenn auch zunächst nur in geringen Mengen – zurückgewonnen werden.

Trotz der Rekordmarke von 1,012 Millionen TEU zeigte der Vorsitzende der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), Rolf Fastenau, einige Sorgenfalten – rund 60 Prozent des Stückgutumschlags bei der BLG wird in Containern abgewickelt. „Aufgrund des härter gewordenen Wettbewerbs auch in diesem Geschäft ist weiter ein starker Druck auf die Erlös/Kosten-Relation ausgeübt worden." Die BLG befindet sich mit knapp über 50 Prozent im Besitz des Landes Bremen. Die BLG erreichte mit einem Umschlag von 16,05 Millionen Tonnen in 1986 etwa das Vojahresergebnis.

Konsumwende angekommen

Nürnberger Bund bleibt für 1987 optimistisch

BSG, Essen

Die allgemeine Konjunkturbelebung brachte dem Nürnberger Bund – Großeinkauf eG, Essen, wenn auch verspätet die erwartete Konsumwende, wie Vorstandsmitglied Helmut Behnken berichtete. Das gute Ergebnis der letzten fünf Monate mit einem Plus von vier bis fünf Prozent bringe für 1986 einen Gesamtzuwachs des Umsatzes von 3,25 Prozent.

Uneinheitlich zeigte sich die Entwicklung in den Branchen. Die Sparte Glas, Porzellan, Keramik steht mit minus drei Prozent dem guten Ergebnis sowohl im Produktionsverbindungshandel als auch dem Bereich Heizung, Sanitär, Hausrat und -technik sowie Eisenwaren mit je fünf Prozent plus gegenüber. Als überraschend bezeichnete Helmut Behnken die Steigerung für den Bausektor. Hier schlage sich Sanierung und Schwarzarbeit im Hausbau nieder.

Die Warenstruktur veränderte sich gegenüber dem Vorjahr kaum. Rund 57 Prozent des Umsatzes entfielen auf den Handel mit Eisenwaren, 22 Prozent auf Hausrat und Haustechnik, 20 Prozent werden in Glas, Porzellan, Keramik und Geschenkartikeln umgesetzt. Die Zahl der Mitgliedsfirmen blieb mit 1775 wie auch die Zahl der Mitarbeiter mit 977 nahezu konstant.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Handels sieht Helmut Behnken in Zukunft nur über die Qualifikation des Personals gesichert. So soll in den nächsten zehn Jahren die Schulung der Mitarbeiter im Vordergrund stehen. Eine Gemeinschaftswerbung soll mit einem jährlichen Werbeetat von fünf Millionen Mark die Tisch- und Raumkultur aktivieren.

Für 1987 zeigt sich die Geschäftsführung optimistisch. Bei einer erwarteten Preisstabilität hofft man wieder auf ein Umsatzplus von vier bis fünf Prozent.

Ruhrkohle-Absatz auf Rekordtief

dpa/VWD, Essen

Der Absatz der Ruhrkohle AG (RAG), Essen, hat 1986 mit 55 Millionen Tonnen Kohle und Koks einen neuen Tiefststand in der 17jährigen Geschichte des Unternehmens erreicht. Im Vorjahr hatte der größte deutsche Bergbaukonzern mit 60,6 Millionen Tonnen fast neun Prozent mehr verkaufen können. Begründet wurde diese „drastische Verschlechterung" mit dem niedrigen Stand von Ölpreis und Dollarkurs sowie der deutlich schwächeren Stahlkonjunktur.

Während die Stromversorger mit 27,5 Millionen Tonnen drei Prozent mehr Steinkohle abnahmen als im Vorjahr, verzeichnete die Ruhrkohle bei ihren Stahlkunden und den übrigen Verbrauchern erhebliche Einbrüche. Mit 23 Millionen Tonnen sank der Absatz an die Hütten um 17 Prozent.

Rund ein Viertel verlor die Steinkohle im Wärmemarkt. Hier ging der Verkauf um 1,6 Millionen Tonnen auf weniger als fünf Millionen Tonnen zurück. Vor allem der Rückgang beim Koksabsatz ließ die Halden um drei Millionen auf nunmehr zehn Millionen Tonnen anwachsen.

Durch den Abbau der Belegschaft um 1300 auf 112 600 Beschäftigte und sechs Kurzarbeitstage konnte das Unternehmen allerdings die Förderung um zwei Prozent auf 57,4 Millionen Tonnen drosseln. Bis 1990 will die Ruhrkohle AG nun weitere 7000 Stellen einsparen.

Wanderer Werke erhöhen das Kapital

dpa/VWD, München

Die Wanderer Werke AG, München, erhöht ihr Kapital durch die Ausgabe von 28 000 stimmrechtslosen Vorzugsaktien im Nennwert von 1,4 Mill. DM auf 15,4 Mill. DM. Das Unternehmen, das nur noch Beteiligungen und Immobilien verwaltet, kündigte außerdem eine höhere Dividende an. Für 1985 hatte Wanderer 12 plus 1 Prozent Bonus gezahlt.

Das Kapital werde benötigt für eine Stärkung der Böwe GmbH, Augsburg, die Wanderer zur Hälfte besitzt. Die Zeichnungsfrist läuft vom 7. bis 21. Januar. Die Altaktionäre können die neuen Aktien im Verhältnis 10:1 zum Preis von 260 DM beziehen. Die Aktien berechtigten zu einer Zusatzdividende von 2 Prozent und zu 5 Prozent Mindestdividende.

PERSONALIEN

Dr. **Werner Schultes**, seit dem 1. Januar 1980 Leiter der 9. Beschlußabteilung im Bundeskartellamt ist am 25. Dezember im Alter von 50 Jahren verstorben.

Dr. **Karl-Heinz Wessel**, seit 1977 persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln/Frankfurt, vollendet am 2. Januar 1987 sein 60. Lebensjahr.

Bent L. Bjorn (55) wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Generaldirektor der 3M Deutschland GmbH, Neuss, ernannt.

Christian R. Supthut, bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied, und **Horst Bonnekamp**, bisher im Vorstand der Mannesmann-Tochter Hartmann + Braun AG, werden zum 1. Januar zu Vorstandsmitgliedern der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, Raubling, berufen.

„Staat verzerrt Wettbewerb"

Pharmahersteller Schwarz wächst nur im Ausland

tl. Bonn

Den bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1986 beurteilt der mittelständische Pharmahersteller Schwarz GmbH, Monheim, zurückhaltend. Der konsolidierte Gesamtumsatz des Familienunternehmens, das vorwiegend Präparate gegen Herzkrankheiten und Bluthochdruck herstellt, im In- und Ausland einschließlich der Tochtergesellschaften in den USA, England, der Schweiz und Italien soll um acht Prozent auf 336 (311) Mill. DM steigen. Der Inlandsumsatz wird in 1986 auf 255 (254,9) Mill. DM hochgerechnet. Die Mitarbeiterzahl blieb mit 900 im Inland und 400 im Ausland nahezu konstant.

Sehr zufrieden zeigte sich der Vorsitzende des Verwaltungsrats und Leiter der Geschäftsführung, Rolf Schwarz-Schütte, mit den Erfolgen im Auslandsgeschäft. In diesem Bereich steigt der Umsatz gegenüber dem Vorjahr (56,1 Mill. DM) um fast 37 Prozent auf 81 Mill. DM. Damit erreicht das Auslandsgeschäft bereits einen Anteil von 24,1 Prozent.

Schwarz-Schütte bezeichnete diese Strategie als absolut notwendig: „Staatliche Kostendämpfungsmaßnahmen im Inland üben zunehmend dirigistischen Einfluß auf das Marktgeschehen aus und verzerren den Wettbewerb." Die in kürze erscheinende Preisvergleichsliste sei ein Beispiel, da sie neben dem Preisvergleich einzelner Medikamente das Therapieverhalten des Arztes beeinflussen soll. „Auch das verstärkte Vordringen der Nachahmerpräparate verzerrt den Wettbewerb zum Nachteil der forschenden Firmen", kritisierte Schwarz-Schütte. Trotzdem will das Unternehmen seine Präparatepalette in der Zukunft weiter ausbauen.

Betriebsklima rangiert vor Geld

Arbeitnehmer der Chemieindustrie durchweg zufrieden

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„An der Arbeitszufriedenheit hat sich auch nach den Ereignissen bei Sandoz wenig geändert – anders ist das schon bei den Meinungen zum Thema Umweltschutz", kommentiert Helmut Jung, Geschäftsführer der Frankfurter Basisresearch GmbH, eine Studie über „Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit in der chemischen Industrie in Hessen", die er für den hessischen Arbeitgeberverband Chemie erstellt hat.

Die Ergebnisse der Umfrage bei fast 1000 Industriebeschäftigten – davon knapp zwei Drittel aus der Chemie – fallen günstig für die Branche aus. Sowohl gegenüber einer Vorgängerstudie aus dem Jahr 1980 als auch im Vergleich zu den – gleichzeitig befragten – Mitarbeitern anderer Zweige zeigten sich die Chemiebeschäftigten zwischen April und Juni dieses Jahres durchweg zufriedener mit Arbeitsplatz, Betriebsklima und Vorgesetzten.

Nur bei den Frauen haperte es noch ein wenig. Während der Durchschnitt auf der Skala zwischen „sehr unzufrieden" (1) und „sehr zufrieden" (7) bei 5,4 (1980: 5,1) lag, vergaben die Arbeiterinnen nur die Note 5,0 (gegenüber 5,3 bei den Arbeitern). Auch die weiblichen Angestellten blieben mit 5,4 hinter den 5,8 ihrer männlichen Kollegen zurück.

Interessant die Werteskala: Unter den Hauptgründen für die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz lag das gute Betriebsklima (von 27 Prozent der Befragten angeführt) klar an der Spitze. Und vor der guten Bezahlung mit 16 Prozent rangierten noch die guten Arbeitsplatzbedingungen mit 18 Prozent. Das kann auch daran liegen, daß das Einkommen für die Chemiemitarbeiter kein großes Diskussionsthema ist: 83 Prozent waren mit ihrer Bezahlung zufrieden oder sehr zufrieden. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes war im übrigen nur für sieben Prozent ein wesentliches Kriterium.

Bei den Unzufriedenen hatte das Betriebsklima einen weniger hohen Stellenwert – drei Prozent nannten es als Grund für ihre Beurteilung und setzten es damit auf den dritten Platz. Hier spielte die schlechte Bezahlung (4 Prozent) schon eine etwas wichtigere Rolle. Als Hauptgrund der Unzufriedenheit schälte sich jedoch die „eintönige Arbeit" (7 Prozent) heraus.

Gut kamen die Chefs davon. Die Unternehmensleitungen wurden – besonders nach den Kriterien „erfolgreich, aktiv, straffe Führung, entscheidungsfreudig" (in dieser Reihenfolge) besser beurteilt als 1980 und auch besser als in den anderen Branchen.

Kritischer sehen die Mitarbeiter ihre Betriebe unter dem Blickwinkel des Umweltschutzes. Obwohl 71 Prozent von ihnen den bisherigen Einsatz ihres Arbeitgebers für diese Belange als groß (48 Prozent) oder sehr groß (23 Prozent) einstufen, meinen 59 Prozent, daß ihr Unternehmen mehr für den Umweltschutz tun könnte.

Bremer Börse hat Umsatz verdoppelt

ww. Bremen

Von den „höchsten Steigerungsraten, die die Bremer Börse jemals erzielt hat", berichtete Geschäftsführer Axel Schubert. Der gesamte Maklerumsatz an der Bremer Wertpapierbörse wird sich nach seinen Angaben 1986 gegenüber 1985 um 110 Prozent erhöhen. Der Zuwachs im Rentengeschäft liege bei 165 Prozent und im Aktiengeschäft bei 70 Prozent. Damit weise die Börse an der Weser eine überproportional hohe Geschäftserweiterung aus. Nach der vorherrschenden Umsatzerfassung werde in diesem Jahr der Umsatz etwa 7 Mrd. DM betragen.

„Mehr Beachtung", erklärte Schubert, „wird künftig der mittelständischen Wirtschaft zu schenken sein". Da es sich um kleinere Aktienwerte einer jeweiligen Wirtschaftsregion handele, werde demnächst vermehrt die entsprechende Regionalbörse als der örtliche zentrale Kapitalmarkt an Bedeutung gewinnen.

Hochgesteckte Ziele werden angepeilt

Neuhaus Mikroelektronik schon unter den 40 größten deutschen Softwarehäusern

JAN BRECH, Hamburg

Die Dr. Neuhaus Mikroelektronik KGaA, Hamburg, ist seit der Gründung im Jahr 1979 schnell gewachsen und inzwischen in den Kreis der 40 größten deutschen System- und Softwarehäuser vorgerückt. Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit sind einmal der Spezialcomputer-Bau. Neuhaus entwickelt im Kundenauftrag Rechner zur Steuerung von Prozessen. Daneben vertreibt Neuhaus eigene Produkte.

Renner ist zur Zeit ein Modem zur Datenfernübertragung unter dem Markenzeichen „Smarty", von dem in diesem Jahr rund 500 Stück verkauft werden sollen. Nach Angaben des Firmengründers und Geschäftsführers Gottfried Neuhaus soll der Anteil der eigenen Produkte, die bislang rund ein Viertel des Umsatzes ausmachen, noch ausgebaut werden.

In der Entwicklungsphase seien Fernwirk-Endeinrichtungen für den neuen Telex-Dienst der Post und Produkte, deren Anwendung sich aus der neuen Tarifierung in der Datenfernübertragung durch die Post ergeben. Das High-Tech-Angebot hat Neuhaus außerdem durch die Angliederung von vier weiteren Firmen ausgeweitet, an denen das Stammhaus zu 40 bis 50 Prozent beteiligt ist. Die restlichen Anteile halten Mitgeschäftsführer.

Die MEL Neuhaus GmbH ist spezialisiert auf Produkte der Telematik, die MikroGraf GmbH bietet CAD-Software für Leiterplattenentflechtung an, die CIM Textil Computer AG entwickelt Lösungen für computerintegrierte Fertigungen. In der Gruppe mit mehr als 100 Mitarbeitern hat Neuhaus im Berichtsjahr 1985/86 (30. Juni) rund 10 Mill. DM umgesetzt.

Auf die Neuhaus Mikroelektronik KGaA, die zu den ersten deutschen Unternehmen gehört, die nach den neuen Bilanzierungsrichtlinien publizieren, entfallen 6,6 Mill. DM. Die Firma hat nach Angaben von Neuhaus im vergangenen Jahr wieder eine Zuwachsrate von fast 50 Prozent erreicht. Das Bruttoergebnis verbesserte sich um 24 Prozent auf 0,63 Mill. DM, aus dem Jahresüberschuß von 0,3 Mill. DM wurden wieder 15 Prozent Dividende ausgeschüttet. Am Nominalkapital von 1,5 Mill. DM sind Neuhaus selbst mit rund 40 Prozent, die Deutsche Wagnis-Finanzierungsgesellschaft mit etwa 30 Prozent und die Mitarbeiter mit gut 17 Prozent beteiligt. Der Rest ist Streubesitz. Das Eigenkapital der Gruppe gibt Neuhaus mit 3,35 Mill. DM an.

Um das Wachstum der Gruppe in den kommenden Jahren finanziell abzusichern (für Forschung und Entwicklung werden gut zehn Prozent des Umsatzes aufgewendet), hat die letzte Hauptversammlung eine Kapitalerhöhung um nominal 0,5 Mill. DM beschlossen. Vorgesehen ist die Ausgabe von 10 000 stimmrechtslosen Vorzugsaktien zu einem Preis von 200 DM. Bei einem Gewinn pro Aktie von 21 DM entspricht das einem Kurs/Gewinn-Verhältnis von 9,5. Der Verkaufserlös von 2 Mill. DM soll ausschließlich der Gesellschaft zugute kommen.

Die Planungen für die kommenden Jahre gehen von erheblichem Wachstum aus. Im Geschäftsjahr 1986/87 erwartet Neuhaus für die KGaA 10 Mill. DM, was einem Plus von mehr als 50 Prozent entspricht. Hochgesteckt sind auch die längerfristigen Ziele. Bis 1995 soll die Gruppe in eine Größenordnung von 100 Mill. DM Umsatz wachsen. Die Belegschaft dürfte 700 erreichen. Probleme, qualifizierte Mitarbeiter zu finden, sieht Neuhaus nicht.

Aktien meist nachgebend

Schwacher Dollar lähmt

DW. – Der weitere Rückgang des Dollar drückte am Aktienmarkt auf die Stimmung. Vorkäufe auf einen festen Jahresbeginn blieben aus. Die Kurse bröckelten überwiegend ab. Nur dort, wo Jahresschlußkorrekturen vorgenommen wurden, kam mehr Bewegung in die Notierungen.

Die institutionellen Anleger, die vor dem Weihnachtsfest vorsichtig mit Anlagekäufen begonnen hatten, stellten ihre Aktivitäten wieder ein. Angesichts des schwachen Dollar lagen die meisten Exportwerte erstaunlich stabil. Das gilt sowohl für die Papiere der Chemie als auch für den Automobilbau. Siemens tendierten sogar ausgesprochen widerstandsfähig. Zu einem Rückschlag um mehr als 15 DM kam es dagegen bei Springer. Hier hatte ein größerer Kaufauftrag – vermutlich aus dem Ausland – vor dem Weihnachtsfest für steigende Notierungen gesorgt. Als immer noch empfindlich erwies sich Thyssen. Der Kurs hat seinen diesjährigen Tiefstand fast wieder erreicht. Bankaktien blieben im wesentlichen unverändert. Kaufhäuser lagen stabil; deutlich zulegen konnten sogar Hussel-Aktien. Im Maschinenbaubereich gab es vereinzelt Ansätze für eine Erholung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Papiere in den vorangegangenen Wochen Kurseinbrüche erlitten hatten. Bei den Versicherungen nur kleine Veränderungen. Kräftig befestigt allerdings Albingia.

Nachbörse: unverändert

DW-Ak.Ind.: 277,84 (277,04)
DW-Ums.Ind.: 2190 (2787)
Adv.-decline-Zahl: 118 (120)
38-Tg-Linie: 276,20 (275,92)
200-Tg-Linie: 277,80 (277,80)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Optionshandel

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Junge Aktien

Renten leicht schwankend

Öffentliche Anleihen lagen im allgemeinen stabil. Die Geschäftstätigkeit hielt sich in engen Grenzen. Großanleger halten sich weiterhin mit Dispositionen zurück. Mit Spannung werden die Konditionen der neuen Bundesanleihe erwartet. In Kreisen der Rentenhändler gilt als möglicher Nominalzins 6¼ Prozent bei einem Emissionspreis, der über pari liegen würde. Pfandbriefrenditen blieben gegenüber den Tagen vor dem Weihnachtsfest unverändert. Auch auf diesem Sektor war der Handel begrenzt.

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Gold und Silber konnten am Mittwoch am Terminmarkt der New Yorker Comex anziehen, ebenso Kupfer. Unverändert notierte Kaffee. Uneinheitlich war die Tendenz bei Kakao.

Devisenterminmarkt

Die Reports für Sfr/DM erhöhten sich am 29. 12. nach Überwindung des Jahresultimos.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,25	0,70-0,65	1,24-1,14
Pfund/Dollar	0,44-0,40	1,62-1,59	3,33-3,29
Pfund/DM	1,90-0,50	4,80-3,40	8,80-7,40
FF/DM	18-2	44-28	74-58

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29.12.: Tagesgeld 5,45-5,50 Prozent; Monatsgeld ausg. Prozent; Dreimonatsgeld ausg. Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,90 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 29.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 29.12.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7½-8½	5¾-6¼	3¾-4
3 Monate	6⅜-6¾	5-5⅜	3¾-4
6 Monate	6⅛-6½	4⅞-5¼	3¾-4
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅞-5⅛	3⅝-4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 29.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,00; Verkauf 17,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,00; Verkauf 17,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 29.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	193,00	248,52	34,67
20 ffr. Napoleon	5,8070	143,00	191,52	32,98
20 sfr Vreneli	5,8070	157,00	184,68	31,80
1 Sovereign Neu	7,3220	167,00	218,88	29,89
1 Sovereign Alt	7,3220	170,00	222,30	30,36
100 Kronen Öster.	30,4880	715,00	883,50	28,98
20 Kronen Öster.	6,0980	140,00	182,40	29,91
10 Kronen Öster.	3,0480	77,00	103,74	34,04
4 Dukaten Öster.	13,7700	330,00	410,40	29,80
1 Dukaten Öster.	3,4420	76,00	107,16	31,13
10 Rubel Tscherw.	7,7423	190,00	245,10	31,66
Krügerrand 1 Uz	31,1035	750,00	894,90	28,77
Krügerrand ½ Uz	15,5517	395,00	473,10	30,42
2 Rand Südafrika	7,3220	166,00	217,74	29,74
1 Rand Südafrika	3,6610	75,00	108,30	29,58
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	775,00	923,40	29,69
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	79,00	101,46	32,62
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	970,00	1254,00	41,67
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	778,00	926,82	29,80
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	955,00	1134,30	36,47
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	95,00	124,26	39,95

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,15). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,60, Rendite 5,61.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 29.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,511	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,75	6,11
Commerzbank	100,00	4.8.00	44,00	6,25
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	148,00	8,53
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,52	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,86	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,51	6,65
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,90	6,95
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,76	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,86	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,33	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,93	6,95
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,80	6,82
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,35	6,96
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,42	6,84
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	59,15	6,41
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,20	6,49
WestLB 603	100,00	1.6.01	40,55	7,00
WestLB 606	100,00	1.8.06	24,65	7,08
WestLB 500	126,86	16.2.89	–	–
WestLB 501	137,81	16.2.90	117,90	4,92
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,05	5,29
WestLB 505	145,74	1.9.92	105,55	5,54
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,00	6,58
Österreich	294,12	24.5.00	115,50	7,14
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	135,00	7,98
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,50	7,50
Prud Realty	$ 100	15.1.99	73,90	8,59
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	80,125	7,26
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	69,25	7,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	61,00	10,06
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	67,25	7,99
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	67,125	7,94
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	64,00	7,49
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	55,00	8,71
Penney (A+)	100,00	17.2.94	55,75	8,48
Sears (AA)	100,00	27.5.94	56,00	8,09
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	54,75	8,38
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	53,75	7,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,80	(4,80)	100,2	101,1	102,0	103,0	103,9	104,9
2	4,95	(4,98)	100,1	101,7	103,6	105,4	107,3	109,2
3	5,23	(5,25)	99,40	101,8	104,5	107,3	110,0	112,7
4	5,53	(5,53)	97,80	101,3	104,8	108,5	111,8	115,3
5	5,73	(5,73)	96,50	100,7	105,0	109,2	113,4	117,7
6	5,93	(5,93)	94,95	100,4	104,8	109,7	114,6	119,5
7	6,30	(6,30)	92,30	98,35	103,5	108,8	114,3	119,8
8	6,51	(6,54)	90,25	96,30	102,4	108,5	114,5	120,6
9	6,67	(6,67)	88,55	94,95	101,5	108,1	114,7	121,3
10	6,69	(6,70)	87,30	94,40	101,5	108,6	115,7	122,8
15	7,00	(7,00)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,893 (112,871)
Performance-Rentenindex: 251,969 (251,668)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	26. Dez.	6,125-7
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	–
	60–270 Tage	–
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,00
	60 Tage	6,45
	90 Tage	6,25
Certificates of Deposit	1 Monat	–
	2 Monate	–
	3 Monate	–
	6 Monate	–
	12 Monate	–
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,58
	26 Wochen	5,60
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,07
	30 Jahre	7,34
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	8. Dez.	720,7 Mrd. $ (-0,8 Mrd.$)
NYSE-Aktienindex (New York)		
März	–	142,75
Juni	–	144,30

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Erstmals in Deutschland: Der „Musik-Almanach"

Mehr als ein Telefonbuch

Allein die Datenmenge hätte entmutigen können. Schließlich gibt es kein zweites Land mit einem Musikleben von vergleichbarer Dichte und Differenziertheit wie die Bundesrepublik. Vielleicht lag es auch daran, daß andere längst weiter waren, als der Deutsche Musikrat auf seiner Generalversammlung den ersten „Musik-Almanach" für die Bundesrepublik vorstellte. In Belgien, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich, Skandinavien und der Schweiz sind bereits in den letzten Jahren Handbücher über das jeweilige Musikleben und seine Organisationen erschienen, die meist in ein- oder zweijährigem Turnus aktualisiert werden.

Das deutsche Musikleben: nicht auf einen Blick, aber mit einem Griff nach dem 700-Seiten-Paperback ab-



rufbar, in mehr als 5300 Stichwörtern und mehr als 50 000 Einzelangaben. Seine Fülle überschaubar zu machen für alle, die damit so oder so zu tun haben, war die Absicht des Deutschen Musikrats als Lobby und Dach für alles, was bei uns mit Musik zu tun hat, als er das Projekt 1981 in Angriff nahm. Das Rezept hieß, das Musikleben aufzuschlüsseln von seinen Institutionen her.

So stellen die zwölf Hauptkapitel die wichtigsten Einrichtungen mit Adresse und weiterführenden Angaben vor. Das beginnt mit dem Deutschen Musikrat selbst und mit den Landesmusikräten, aber enthebt sich dabei vom Umfang her jeglichen Verdachts der bloßen Selbstdarstellung.

Soll keiner sagen, er kenne sich auf dem Gebiet der irgendwie mit Musik befaßten Organisationen, Behörden, Verbände, Gesellschaften, Stiftungen und so weiter auch nur annähernd aus, der „Musik-Almanach 1986/87" belehrt auch Insider (und meist eines Besseren). Hier findet man seine Ansprechpartner in Sachen Musik auf Bundes- und Landesebene, in den parlamentarischen Gremien, den Behörden, den Parteien. Die „Grünen", so Mitherausgeber Andreas Eckhardt, Generalsekretär des Musikrats, haben daraufhin überhaupt erst einmal welche benannt.

Natürlich begründet sich auch darin das Interesse der Bundesregierung: Der „Musik-Almanach" als Instrument für die kulturelle Auslandsarbeit etwa der Goethe-Institute, aber umgekehrt auch für die ausländischen Kultureinrichtungen bei uns. 400 Exemplare des Almanachs hat die Bundesregierung für solche Zwecke bereits gekauft.

Die Zielgruppen sind breit gestreut. Der Student kann sich darüber informieren, wo er etwa den C-Abschluß in Kirchenmusik machen kann. Ebenso die Eltern, die an musischen Gymnasien mit spezifisch musikalischer Ausrichtung in ihrer Nachbarschaft interessiert sind. Neben dem Stichwort- und dem Personenregister dürfte das dritte, ein Ortsregister, besonders hilfreich sein. Wer weiß schließlich schon, wo sich Blinde zu Klavierstimmern ausbilden lassen können, wer Waldorfpädagogik anbietet, welche Wettbewerbsbedingungen gegebenenfalls erfüllt sein müssen, wer Auslandsreisen von Musikensembles unterstützt?

Der „Musik-Almanach" versteht sich als Dokumentation mit Anstoßfunktion und als Nachschlagewerk, auch als kulturpolitische Entscheidungshilfe in einem Zeitpunkt, in dem die persönlich zu machenden Erfahrungen dafür nicht mehr hinreichen, wie die Herausgeber argumentieren.

Finanziert wurde der Almanach vom Bundesministerium des Innern und der Deutschen Stiftung Musikleben (was das ist, kann man selbstverständlich nachschlagen). Für die zweite Auflage des in zweijährigem Turnus geplanten Werkes steht ein Jahresetat von 120 000 Mark zur Verfügung – 50 000 Mark vom Bundesinnenministerium, 20 000 Mark von der DSM, 50 000 Mark von der ab 1987 dazustoßenden Kultusministerkonferenz der Länder. Die Redaktion rechnet mit 50 Prozent Aktualisierung; zudem will man die statistische Seite ausbauen. Fazit: Der Almanach ist mehr als nur ein Telefonbuch.

DIETER SCHÜREN

„Musik-Almanach 1986/87 – Musikleben in der Bundesrepublik Deutschland", herausgegeben für den Deutschen Musikrat von Andreas Eckhardt, Richard Jakoby, Eckart Rohlfs; Bärenreiter Verlag, Kassel, und Gustav Bosse Verlag, Regensburg. 42,80 Mark.



Ein Bild vom Menschen: „Die Todsünden vom Tode beherrscht" (Kupferradierung von 1904) von James Ensor, aus der Hamburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Auch das Alterswerk: James-Ensor-Retrospektive im Hamburger Kunstverein

Visionen von der Musik des Lichts

Neue Aspekte der Malerei des Belgiers James Ensor (1860–1949) vermittelt eine umfassende Ausstellung des Hamburger Kunstvereins, die nur in der Hansestadt zu sehen ist. Sie zeigt den skurrilen Außenseiter der klassischen Moderne und einzelgängerischen Vorläufer des Expressionismus und Surrealismus nicht nur in seinem wegbereitenden frühen Schaffen aus dem Zeitraum von 1880 bis zur Jahrhundertwende, sondern auch das malerische Spätwerk bis 1941, das oft nur als bloße Wiederholung früherer Einfälle oder fader Abglanz der einstigen Phantastik gilt.

Bei näherer Betrachtung aber wird augenfällig, daß Ensors Lebenswerk ein weitgespanntes Ganzes bildet und – wie später das Schaffen von Chagall oder Kokoschka – einen eigenständigen Altersstil aufweist, der schließlich in Bildern von lichtdurchfluteter Palette und visionärer Transparenz mündet. Obwohl sich der Maler in den reiferen Jahren vornehmlich dichterischen Versuchen und musikalischen Kompositionen widmete, die er auf dem Harmonium in seinem Haus in Ostende Besuchern vortrug, hat Ensor bis ins hohe Alter weiter gemalt und die alten Themen in neuem verklärten Licht geschildert.

Mit seinen surreal anmutenden, spukhaft grotesken Bildern von Masken, Skeletten und Chinoiserien erregte der junge Maler *frühzeitig* Aufsehen und Widerspruch. Die bizarren Motive seiner Gemälde und Radierungen aber waren nicht allein seiner Phantasie entsprungen, sie basierten auf realen Eindrücken aus der eigenen Umgebung in Ostende. Ensors Familie betrieb in dem belgischen Seebad einen Souvenirladen mit Kuriositäten aus aller Welt. Vor allem aber waren es die bizarren Masken, die dort zur Karnevalszeit verkauft wurden und den Maler zu seinen anspielungsreichen Maskenbildern inspirierten, mit denen er der damaligen bürgerlichen Gesellschaft einen surrealen Zerrspiegel vorhielt, zugleich aber auch ein absurdes Welttheater darstellte.

Die Retrospektive beginnt mit dämmerigen Küsten- und Meeresbildern sowie dunkeltonigen Stilleben und Interieurs, unter denen der „Bürgerliche Salon" von 1880 bereits auf Vuillard vorausweist. Der dunklen Periode folgt bald eine Aufhellung zu oszillierenden Visionen, in denen Elemente des Fauvismus, Expressionismus und Surrealismus vorweggenommen werden. Allmählich bevölkern grimassierende Spukgestalten die feinziselierten Stilleben und Interieurs, in denen sich unheimliche Expressivität mit nuancenreicher Peinture paart. Zu den Masken treten die Skelette, und ein Selbstbildnis als Skelett an der Staffelei (1886) zählt zu den Höhepunkten der Ausstellung.

Unter Ensors selten gezeigten späten Gemälden finden sich helltonige Innenraumbilder wie „Das Atelier des Künstlers" (1930) und „Interieurs mit drei Selbstbildnissen" (1938), aber auch Traumvisionen wie „Liebesgarten" (1934) oder „Vogelpark" (1936), die ihn als „Maler des Lichts" ausweisen, als der er sich selbst gern bezeichnete. Neben Stilleben von höchster Malkultur gibt es allerdings auch süßfarben-sentimentale Kompositionen wie „Die Seele der Musik" (1940-41), die sein Spätwerk abwerteten. Daß dies jedoch im ganzen zu Unrecht geschah, führt die sehenswerte Ausstellung vor Augen. (Bis 8. Februar. Katalog 35 Mark)

HANNS THEODOR FLEMMING

Führungskrach im Deutschen Theater in München

Ball der 1000 Torten

Zum Jahresende ist in München das Deutsche Theater der Ort, wo die meisten Tanzbeine (Silvesterball), aber auch die heftigsten Nachreden (Aufsichtsrat) und hinter den Kulissen die schwersten Holzhämmer (Geschäftsführung) geschwungen werden. Freilich kann hier nichts passieren, das nicht schon zur Tradition dieser „Perle der Schwanthaler Straße" (von 1896) gehört – mal Hochburg des Faschings genannt, mal Tiefgarage der Kunst.

Historisch gesehen, findet hier ein Münchner Jahrhundert-Happening statt, bei dem zum Beispiel das „Große oberbayerische Bauerntheater" des Michael Dengg anno 1918 unmittelbar übergeht in die Sitzungen von Kurt Eisners Arbeiter- und Bauernrat, der die Räume als Nebenparlament mietet. Vom „Hamlet" bis zum „Ball der tausend Torten", von der Ringkampfweltmeisterschaft bis zum Sterbenden Schwan ist alles schon dagewesen. Das Weltstädtische neben dem unbeirrbar „Schwanthalerhaften", etwa wenn es in einem alten Polizeiparagraphen heißt: „An alleinstehende Künstlerinnen darf im Hause keine Wohnung abgegeben werden". Oder wenn beim Gastspiel des Bolschoi-Balletts durch eine fehlgeschaltete Sprechanlage die Flüche des überforderten Beleuchters über die Primaballerina Galina Ulanowa im ganzen Haus zu hören sind: „Jetz hupft's wieder do nüber, de Goaß ... Schaug doch, wosd' hiupfst, blede Henna!"

Ohne Sprechanlage nicht schlecht geflucht wird zur Zeit im ganzen Haus über den heikelsten akrobatischen Akt, den sich die Theaterbetriebsgesellschaft in den vergangenen fünf Jahren seit dem spektakulären Total-Umbau (in fünf Jahren für 40 Millionen) geleistet hat. Nach Berufung des Geschäftsführers Gino Askanasy neben dem Hauptgeschäftsführer und „Erbprinzen" Dr. Heiko Plapperer-Lüthgarth (Sohn des letzten, jetzt 70jährigen Prinzipals) ist das Personal (50 festangestellte Mitarbeiter) in zwei Lager gespalten, deren Streitereien bis in Feinheiten gehen wie: Wer macht wessen Post auf, wer darf in welches Zimmer? Der als „Wunderwaffe" begrüßte Askanasy erwies sich (so ein Aufsichtsrat) als „totaler Flop". Aber auch Plapperer war wohl nicht sehr geschickt im Umgang mit Leuten, machte sich durch Pingeligkeit Feinde.

Andererseits: Bei einer städtischen Subvention von fünf Millionen, die allein der Betrieb verschluckt, erreichte er in den vergangenen zwei Jahren 80 Prozent Platzausnutzung nach dem Muster: Was Zizi Jeanmaire mit ihrem Hollywood Paradise nicht bringt, holt Carmen wieder rein. Nota bene: Alle würden lieber selber Theater machen, statt immer nur Gastspiele betreuen – aber ohne die Industrie geht da nichts. Und immerhin hat Plapperer bisher ohne Minus gearbeitet (Kulturreferent Jürgen Kolbe: „Fertigprodukte einkaufen, das kann jeder!").

Plötzlich, diesen Herbst: Plapperer (angegebenes Gehalt: 13 000 Mark) soll in der Bilanz eine halbe Million ermogelt haben – nicht die erste offenbar gezielte Desinformation. Die Prüfung ergab nur einen folgenlosen Buchungsfehler. Bürgermeister Dr. Klaus Hahnzog als Aufsichtsrat-Chef: „Der Stadt ist kein Schaden entstanden". Wohl aber dem öffentlich falsch Beschuldigten. Als sich auch unzufriedene Mitarbeiter beim Aufsichtsrat beschwerten (mutmaßlich unterstützt von Askanasy) und der Führungskrach zum Theater im Theater ausartete, kam es zur sogenannten Abmahnung (vulgo „Watsch'n"), eine Vorstufe zur fristlosen Kündigung der bis Ende 1987 laufenden Verträge. Sie sollten ohnehin nicht verlängert werden.

Vom Oberbürgermeister Dr. Georg Kronawitter erwartet man im Januar ein klärendes Wort. Quer durch die Parteien liegen folgende Vorschläge in der Luft: Plapperer soll mit einem tüchtigen Verwaltungsdirektor vorläufig weitermachen; mit Zustimmung von Dr. Hahnzog soll der 3. (Wirtschafts-)Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen; ein städtischer Beamter käme als Chef in Frage; auch ein Münchner Theatermacher wie Thomas Petz.

Eine Dramatisierung der Vorgänge liegt übrigens schon seit 1900 vor. Frank Wedekind ließ sich vom Bau des Deutschen Theaters zu seinem „Marquis von Keith" anregen, der unter anderem sagt: „Sie untergraben das Unternehmen durch Ihre Wühlereien!" – „Was Sie sich einbilden, Sie sitzen im Aufsichtsrat, um mich bei meiner Arbeit zu unterstützen!" Sogar an Wedekinds Regievermerk halten sich die heute Beteiligten: „Kein Konversationston. Alles muß hochdramatisch gespielt werden!"

ARMIN EICHHOLZ

Wiederholungen – so oder so

nea – Von manchen Filmen kennt man inzwischen jedes Wort und jede Geste, so oft hat das Fernsehen sie wiederholt. Nichts gegen ein immer neues, fröhliches Wiedersehen an hohen Feiertagen, etwa mit den „Oberen Zehntausend" oder mit dem greisen Butler in „Dinner for One". Aber was ist das schon gegen jene anderen Sendungen, die die Zuschauer sich sozusagen selber wiederholen müssen, weil das Fernsehen sie aus unerfindlichen Gründen nicht wiederholt, obwohl sie zu den wirklich großen und bleibenden Eindrücken gehören? Da weckt man sich dann daheim am Kaffeetisch gegenseitig die Erinnerung an phantastische oder erschütternde Bilder, an einprägsame Szenen, Gesichter oder Diskussionen. Da schlägt man sich auf die Schenkel und lacht einträchtige Tränen über vergangene, aber noch lebendige Komik.

Warum halten die Gewaltigen des Bildschirms damit eigentlich hinterm Berg? Warum wiederholen sie nicht endlich – ein Beispiel nur – jenen umwerfenden ZDF-Film von Ulrich Kaiser über die Mühsal des Golf-Anfängers? Vielleicht horten sie das alles im Verborgenen und spielen es zu Weihnachten oder Neujahr nur ihren Familien vor, damit die auch mal zu ihrem Recht kommen. Wir wissen es nicht. Aber die Damen und Herren samt ihren Nachkommen seien versichert: Auch wir haben unsere geheime Wiederholungstechnik. Fernseh-Festtage vor dunklem Bildschirm, aber mit erleuchtetem Gedächtnis. Nur die Frage, ob das gebührenpflichtig sein muß, sollte geklärt werden.

Peter Lilienthal: Der Münchner Regisseur des optimistischen Trotzdem

Freundschaften in Feuerproben

In einer kleinen Stadt in einem südamerikanischen Land, das von einer Militärjunta regiert wird, treffen *sich ein Boxer und ein Bandoneonspieler*. Die Militärregierung will in dem Provinznest ein Fest veranstalten, bei dem der Harmonika-Musikant aufspielen und der Boxer kämpfen sollen. Bald schon bekommen die beiden die Gewalt der Junta zu spüren und freunden sich unter dem Druck an, so grundverschieden sie auch sein mögen. Gemeinsam versuchen sie, Widerstand zu leisten und *entdecken dabei die Stärke des Vertrauens.*

Der Film „Das Autogramm" des 1929 in Berlin geborenen Peter Lilienthal ist also vordergründig ein politischer Film. Lilienthal, dessen Familie 1939 von Berlin nach Uruguay emigrierte, wählt meistens für seine Filme einen politischen Hintergrund. So befassen sich „Es herrscht Ruhe im Land" und „Der Aufstand" mit Menschen, die in Südamerika mit dem Regime aneinandergeraten und sich gegen die Diktatur wehren. „David" ist das Portrait eines jüdischen Jungen, der die Zeit des Nationalsozialismus in einem Versteck in Berlin überlebt.

Dieser Film zeigt wiederum Menschen, die sich zusammentun, um gemeinsam Terror zu überdauern. „Es geht mir in meinen Filmen weniger um die Politik an sich", sagt Lilienthal, der 1959 nach Berlin zurückkehrte, um dort an der Hochschule für Bildende Künste zu studieren. „Mein Thema ist die Feuerprobe, die menschliche Beziehungen wie Liebe, Freundschaft und Vertrauen in Gefahren zu bestehen haben. Ich interessiere mich für die Kraft, die bei vielen Menschen im Verborgenen ruht und die erst durch außergewöhnliche Situationen zum Tragen kommt."

Auch „Das Autogramm" ist in erster Linie die Geschichte einer Freundschaft zwischen zwei Männern, die „unter normalen Umständen" wohl niemals mehr als ein paar Worte gewechselt hätten. Der Bandoneonspieler, ein introvertierter Musiker, erkennt in dem Boxer, einem ungeschlachten, eher dummen Menschen, eine Stärke und einen Anstand, die ihn anziehen. Und der Boxer, der „Hände hat wie Schinken", stellt fest, daß physische Kräfte allein nicht genügen.

„Mich faszinieren immer Figuren, die unter der Oberfläche ganz anders sind, als man auf den ersten Blick glauben möchte", sagt der Regisseur. Peter Lilienthal, der seit einem Jahr in München lebt, meint: „Wenn ich ein Pessimist wäre, dann würde ich aufhören, Filme zu drehen. Ich glaube zwar nicht, daß ein Film irgend etwas ändern kann, aber er könnte ja Menschen aufmerksam machen, nicht nur auf die Probleme ihrer Zeit, *sondern auch auf menschliche Werte*, die nicht durch Unterdrückung zerstört werden, wie etwa Liebe und Vertrauen."

Und so zeigt er in seinem jüngsten Film, „Das Schweigen des Dichters", der im März anläuft, erneut die Bewährungsprobe einer Beziehung vor einem politisch brisanten Hintergrund. Der Film spielt in Israel. Es geht um einen Vater, der sich aufopfernd um seinen autistischen Sohn kümmert. Dabei vergißt er seine eigentliche Aufgabe: das Dichten. Doch der Sohn treibt ihn eines Tages schließlich zum Schreiben zurück. *Ein Film mit einem glücklichen Ende* also, denn, so meint Lilienthal: „Ohne Hoffnung können wir nicht leben, und ein Regisseur darf niemals so vermessen sein, jegliche Hoffnung zu zerstören."

MARGARETE von SCHWARZKOPF



Musikant Galvan (Juan Mosalini, links) betrachtet des Boxers Rocha (Angel Villar) Geliebte Ana in „Das Autogramm" – ZDF, 22.05 Uhr FOTO: TB

KRITIK

Das war hart für Schimmi

Da konnte einem schon das Wasser ins Gesicht schießen, bei diesem **Tatort** (ARD)! Der gute „Schimmi" – so aufwühlend hin und her gerissen zwischen Bullenpflicht und Ganovenfreundschaft – er litt sichtbarlich unter dem seelischen Zwiespalt. Mehr allerdings noch unter der Unentschiedenheit des Drehbuchs, um nicht ungeschminkt zu sagen: Unter der Last, etwas spielen zu müssen, ohne eigentlich zu wissen, was gemeint war.

Und ein Genie, das das Chaos mit Persönlichkeit hätte ausfüllen können, ist Götz George nun leider nicht. Aber was für hervorragende Darsteller wurden da mit ihm auf die Walstatt geschickt! Was für prachtvolle Aufnahmen liefen da über den abendlichen Schirm – alles vergebens, wenn auch nicht umsonst! Das Stück hatte nicht nur keinen Biß, es hatte auch keine innere Logik wie auch keine kriminalistische Schlüssigkeit.

So ging man denn schlafen mit der ungelösten Frage: Hat der Schimanski als Freund gehandelt oder hat er die Freundschaft vorgeheuchelt, um die Bösewichte zu fassen? War er ein ungetreuer Kommissar oder ein verräterischer Freund? Schlaf einer mit dieser republikweiten Ungewißheit!

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Joshua Sinclair, Drehbuchautor der ZDF-Serie „Shaka Zulu", ist an einem neuen Filmprojekt beteiligt. Nach dem Roman **Ein Richter für Berlin** von Herbert J. Stern *schrieb* er das Drehbuch für den gleichnamigen Spielfilm. Geschildert wird der Prozeß gegen zwei „DDR"-Bürger, die 1978 eine polnische Linienmaschine nach **West-Berlin entführt** hatten. Die Dreharbeiten in Berlin beginnen im Februar. wog

*

Eine wirkungsvolle Mittelwelle-Richtantenne hat **Radio Vatikan** in Betrieb nehmen können. Obwohl sie schon im Frühjahr aufgestellt wurde, hatte es aus technischen Gründen Verzögerungen gegeben. Gesendet wird (Deutsch um 20.20 Uhr MEZ) auf MW 1530 kHz. H. J.

*

Um seine Wirkung im Fernsehen zu studieren, hat Premier Winston **Churchill** Anfang der *fünfziger* Jahre heimlich in Downing Street Fernsehaufnahmen von sich machen und vorspielen lassen. Bei der Vorbereitung einer BBC-Sendung mit dem Titel **Televisions and No. 10** wurden diese einzigartigen Aufnahmen ausgegraben, die 30 Jahre verborgen blieben. Die „Radio Times" berichtet, daß Premier **Edward Heath** „unglücklich mit dem Fernsehen war", während **Harold Wilson** ein „Meister dieses Mediums" war. H. J.

ARD

9.45 Info: Verbraucher
Kaffee
10.00 heute
10.03 Der Unfried

12.55 Vierschanzentournee (1)
In Oberstdorf
15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (20)
16.25 Lucélia Santos
oder: Wer ist Isaura?
16.45 Die vergessene Tür
Augsburger Puppenkiste
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Tiere vor der Kamera
Vögel und Grizzlys am Prärie-See im wilden Norden Kanadas
Dokumentation von Ernst Arendt und Hans Schweiger
21.00 Monitor
Gemeinsame Wahlspots aller Parteien? Atommacht Bundesrepublik? Gewinner und Verlierer der Wende
21.45 Miami Vice
Calderons Rückkehr (2)
22.30 Tagesthemen
23.00 Rückblick auf '86
Die eigenen Prognosen auf dem Prüfstand
Mit Hans-Ulrich Kempski, Wolfgang Leonhard, Theo Sommer, Johannes Gross, Emil Obermann
0.00 Als geheilt entlassen
Deutscher Spielfilm (1959)
Mit Edith Hancke, Günther Schramm, Wera Frydtberg, Wolfgang Neuss, Wolfgang Müller, Inge Meysel, Tilla Durieux
Wolfgang Neuss und sein früh verstorbener Partner Wolfgang Müller als Ganovenpaar.
1.25 Tagesschau
1.30 Nachtgedanken
Kurt Tucholsky: Was unternehme ich Silvester?

ZDF

11.40 Ich heirate eine Familie
Angie muß sich entscheiden
12.30 Umschau
12.55 Presseschau/heute

13.20 Als Amerika nach Olympia kam (4)
14.10 Enorm in Form (7)
14.30 Tödliches Geheimnis (2)
Vierteiliger Fernsehfilm nach dem Roman von William Godwin. Mit Günther Halmer. Drehbuch: Robin Chapman. Regie: Herbert Wise
16.05 heute
16.10 Willkommen, Charlie Brown!
35 Jahre Peanuts
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gast: The New Brass Quintet
17.55 Mino (6)
Fernsehserie nach S. Gotta
19.00 heute
19.30 Zurück, lieber heute als morgen
Gastarbeiter im eigenen Land: Ostfriesen in Schwaben
Bericht von Ulrich Haagen
20.15 Meine Tochter und ich
Deutscher Spielfilm (1963)
Mit Heinz Rühmann, Gertraud Jesserer, Eckart Dux, Gustav Knuth, Agnes Windeck, Herta Staal
Regie: Thomas Engel
Seit 21 Jahren leben der Zahnarzt Dr. Stegemann und seine Tochter zusammen – er bohrt, sie assistiert. Daß das Töchterlein einen Verehrer hat, der sich sogar unter den väterlichen Turbobohrer wagt – das ahnt der Herr Papa nicht.
21.45 heute-journal
22.05 Das Autogramm
Film von Peter Lilienthal
Mit Juan José Mosalini, Angel del Villar. Musik: Juan José Mosalini
23.35 Männer des Gesetzes
Amerikanischer Spielfilm (1975)
Von und mit Kirk Douglas
1.45 heute

SAT 1

15.35 Indian River
Die ungerechte Welt. Serie
16.00 Tierfänger in Afrika (2)
Amerik. Dokumentarfilm (1964)
16.25 Die Waltons
Amerikanische Familienserie
17.10 Western von gestern
Fuzzy und Christel von der Post
18.00 Verliebt in eine Hexe
US-Familienserie
18.30 blick
18.45 Die Schrecken der Medusa
Englischer Thriller (1977)
Mit Richard Burton, Lino Ventura, Lee Remick. Regie: Jack Gold
20.55 blick
21.25 F. A. Z. etten
Thema: Leonardo, der Erfinder
22.55 Leonardo da Vinci (5)
Mona Lisa
23.15 blick



19.00 Rückblick auf das Jahr 1986
Moderation: Ulrike Wolf und Hanns-Joachim Friedrichs
19.45 Vor 55 Jahren gestorben
Enrico Rastelli
20.00 Tagesschau
20.15 Trennung
Die Geschichte der Anna Wildermuth. Von Karin Struck. Mit Sabine Sinjen, Peter Seum, Pierre Franckh, Oliver Petrich, Clementine Stauffenberg. Regie: Peter Beauvais
22.00 Inspektor Columbo
Mord per Telefon
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Peter Falk, Nicol Williamson
Regie: James Frawley



16.30 Der Tolpatsch
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Jerry Lewis, Dean Martin
18.05 Mini-ZIB
Nachrichten für Kinder
18.15 Rock & Rock
Musik und Mode
19.00 heute/Studio
19.30 Ein Mann will nach oben (1)
Serie von Karl Wittlinger, nach Hans Fallada. Mit M. Carrière, U. Monn. Regie: Herbert Ballmann
20.35 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
Jahresrückblick '86
22.00 Kulturjournal
22.10 Wozu dieses Leben?
Suche nach dem Sinn
23.10 Hermann Prey singt
„Winterreise" von Franz Schubert



9.15 Wall Street final
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Street Hawk
Mord auf Video. Serie
20.30 Der Mordfall Matteotti
Italienischer Spielfilm (1973)
Mit Franco Nero, Mario Adorf
Regie: Florestano Vancini
22.35 Nachrichten
22.50 Blick in die Welt
Vor dreißig Jahren
23.00 Popeye: Mysteriöse Melodie
23.05 Ihre Sorgen – Unser Problem
23.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl
0.05 Wall Street Final

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sachsens Silber
Auf dem Weg von Halle nach Prag
20.45 Vor 265 Jahren geboren
Die Marquise de Pompadour
21.00 Paul Daniels Zaubershow
Gewinner der Rose von Montreux
21.45 Haben Sie eine Genehmigung?
In Leningrad und Moskau
22.30 Folkfestival '86
Russisches Ensemble Rustavi
23.00 Das Halstuch (3)
Krimi von Francis Durbridge

NORD
18.30 Country-Music-Festival '85
Jerry Lee Lewis in Berlin
19.00 Ein Platz für Menschen (2)
Mit Kindern wohnen
19.45 Alte Ansichten
Streifzug durchs Sudetenland (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Bln. DDR & ein Schriftsteller
K. Wildenhahn über C. Hein
21.55 Jane in der Wüste (4)
22.05 Romantiker aus Passion
W. Furtwängler zum 100. Geburtstag. Dokumentation von N. Ely
23.05 Dizzy Gillespie (II)
NDR-Jazzkonzert

HESSEN
18.33 Lombok-Expedition '86 (2)
Bericht von Dieter Krammig
19.20 Hessenschau
20.00 Und immer lockt das Weib
Französischer Spielfilm (1956)
21.30 Drei aktuell
21.45 Lindenstraße
Fest der Liebe
22.15 ... als Wagner-Frau
Gertrud Wagner, Wielands Witwe
23.15 Focus on Jazz

SÜDWEST
17.50 Chronik der Familie Naegele (1)
Von F. Eckhardt. Mit W. Reichert
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Erinnerungen an eine Landschaft
„DDR"-Dokumentarfilm: Dorfbewohner weichen Kohlebaggern
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Rückblende / Wiedehopf
22.15 Wer die Schönheit angeschaut
August von Platen in Italien
23.15 8 x USA
Armut in Amerika

BAYERN
17.45 Sport '86
Double des FC Bayern München
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red i
Bilanz des Fernsehpförtners
19.55 Schneegedanken
20.00 Lauten und Geigen
Renaissance bis zur Klassik
20.45 Unser islamisches Erbe
Der Mantel des Daseins
21.30 Rundschau
21.45 Der Draufgänger
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Clark Gable, Spencer Tracy

Dinner für Brüderlein

A. W. – Beethovens Neunte im Rundfunk, die Fledermaus im Stadttheater, „Dinner for One" mit Freddie Frinton im Fernsehen – das sind die drei Standardschmankerl, mit denen die „Kultur" in Deutschland zu Silvester herausrückt. Ein bißchen wenig vielleicht, aber es hat sich nun einmal so eingebürgert. Die meisten möchten die drei Sachen nicht mehr missen, sie gehören dazu wie Feuerwerksknallerei und Bleigießen.

Die Neunte und die Fledermaus haben dabei immerhin noch die Chance, durch die jeweilige Aufführung von Jahr zu Jahr modifiziert zu werden. „Dinner for One" scheint dagegen ein für allemal festgelegt. Oder doch nicht? Wie man hört, plant das Fernsehen eine Neuverfilmung, in Farbe und mit einem anderen Mimen als dem längst verstorbenen Frinton.

Ist das nun gut oder nicht gut? Man sollte die „Beweislast" in jedem Falle der Neuverfilmung aufbürden. Nur wenn sie umwerfend besser gerät als die alte (was schwerfallen dürfte), sollte sie eine Chance erhalten, einige Jährchen hintereinander zu laufen und Tradition anzusetzen. Denn hier liegt alles in der Darbietung, das Stücklein an sich ist ja ziemlich dürftig, reicht über einen üblichen Kabarettsketch nicht hinaus.

Mit der Neunten und der Fledermaus steht es gottlob besser, beide sind Meisterwerke der Musikliteratur. Und gut auch, daß die Neunte im vereinzelnden Rundfunk, die Fledermaus hingegen im zusammenführenden Stadtheater erklingt. So kommen sowohl die Besinnlich-Einsamen (mit Beethoven vor dem Radio) als auch die Lustig-Kommunikativen (mit Strauß im Parkett) auf ihre Kosten.

Umgekehrt wäre es schwieriger. Die „Brüderlein und Schwesterlein" sind nämlich den „Brüdern unterm Sternenzelt" eindeutig überlegen, wenn es im Stadtheater gilt, die Kunst zur rauschenden „Reveillon" zu entgrenzen, Sänger und Publikum zu einer einzigen fröhlichen Gemeinde zu vereinen und das Neue Jahr im Klingen der Sektkelche, die nun nicht nur mehr mit Limonade gefüllt sind, zu begrüßen.

Um hier doch noch einmal mit Freddie Frinton zu kommen: „We will do our very best".

Eine Kulturwissenschaftlerin zu der Frage: Können Frauen sachlich sein?

Wieviel kostet eine Karriere?

Entscheidend für das Durchsetzungsvermögen einer Frau ist die Fähigkeit der Sachbezogenheit. Vor jeder Erwägung ihrer „Rolle" oder ihrer geschlechtsspezifischen Chance muß die Begeisterung für die Sache, das Sachinteresse stehen. Gelingt ihr diese Grundhaltung nicht, sollte sie nicht mit Erfolgen in der Welt der Wissenschaft und der geistigen Produkte rechnen.

„Erfolg" setzt sich zusammen aus gemischten Qualifikationen. Er stellt sich nicht ein ohne Willenskraft und Selbstdisziplin. Willenskraft bedeutet: ein Ziel ins Auge zu fassen und ohne ablenkende Seitenblicke darauf zuzugehen. Dieses Ziel kann – und das gilt in hohem Maße für mein Leben – ein Erkenntnisziel sein, ein Wissensfortschritt, ein Fortschritt des Begreifens. Erkenntnishunger ist niemals durch die Lust auf Publizität ersetzbar. Erfolg ist auch eher eine Begleiterscheinung von Leistung: Wer „Erfolg" als sein Ziel angibt, gerät in die Gefahr, das Fundament zu vernachlässigen, auf dem Erfolge stehen und standhalten: viel wissen, viel üben, übrigens auch Erfüllungsaufschub üben. Wer kein Verhältnis zum Weg hat, wird kaum an Ziele gelangen können.

Alle diese Kriterien für die Durchsetzung von Leistung sind unabhängig vom Geschlecht. Wenn eine Frau sich an Erziehungspflichten bindet, so trifft sie eine Entscheidung für einen anderen Erfolgs- und Erfüllungsbereich. Ihm ist in unserer Gesellschaft weniger öffentliche Wirkung zugedacht. Aber die Frau ist nicht Opfer dieser Entscheidung – heute nicht mehr –, sondern sie trägt sie mit. Sie kann sich daher nicht als Opfer deklarieren.

„Die Fairneß der Männer ist durchaus beachtlich"

Wo sie es dennoch tut – und das geschieht bis heute, trotz Gleichberechtigung und aufgeklärter Partnerschaft –, verfolgt sie eine veraltete Strategie, von der sie selbst schnell bemerkt, daß sie nicht tragfähig sein kann. Die Biologie der Frau können wir weder bei den Männern noch bei der Politik einklagen. Wohl aber muß sie von Männern und Frauen gemeinsam verantwortet und gestaltet werden.

„Karrieren" machen nicht jedermann – und nicht jeder Frau – Vergnügen. Karrieren werden nicht gesucht, sie *ergeben* sich. Dies gilt jedenfalls für den Bereich der geistigen Arbeit. Hier zählen keine Tricks, hier zählt neben Arbeit und Konsequenz auch die Zeit. Wissenschaftliche Lebensläufe können keine Senkrechtstarts sein – wenn wir die Plötzlichkeit von Erfindungen ausnehmen. Wo Neugierde, Entschiedenheit und Wissensdurst ausreichen, stellt sich der Erfolg ein. Die „verkannten Genies" werfen häufig zu Unrecht der Welt vor, daß sie mit ihnen nichts anzufangen weiß. Zum Erfolg gehört jedoch auch, daß wir das, was wir zu bieten haben, verständlich machen.

Im Laufe der Jahre ergeben sich Einsichten, die nicht aus der Luft zu greifen sind, sondern aus dem Boden gegraben werden. Belastbarkeit, die jeder in dieser schnellen Welt braucht, stellt sich nicht her, wenn Belastungen fehlen. Für Frauen gibt es in der Welt der gehobenen Berufstätigkeiten viel Neues zu lernen. Die Fairneß der Männer ist beachtlich, und natürlich ist sie erprobter mit Männern als mit Frauen.

Ehe eine Frau revoltiert, sollte sie sich das ganz genau ansehen. Die Wettbewerbe der Männer um Positionen, Ämter, Ränge sind geregelt. Frauen schätzen diese Regeln häufig gering, ehe sie sie studiert haben. Aber was sie hier an Spontaneität vermissen, bedeutet den Schutz der Verwundbarkeit des einzelnen. Die Ritualisierung der Konflikte schützt die Teilnehmer.

Frauen haben in der Kulturgeschichte eher „private" Tugenden entwickelt: das Unkonventionelle, den schnellen, wirksamen Trost, der alle Rituale gegenstandslos macht. Sie sollten diese Fähigkeit nicht auf die Berufswelt anwenden, denn dort stimmt und trägt sie nicht. Fairplay ist von der „Offenheit" und „Aufrichtigkeit", die Frauen herstellen möchten, meilenweit entfernt. Zum Fairplay gehört die Diskretion – eine öffentliche Tugend, die im privaten Leben gegenstandslos ist.

Die öffentlichen Tugenden sind es, die den Frauen Schwierigkeiten machen. Kurzerhand setzen daher oft Vorkämpferinnen einer weiblichen Zukunft die Männerkämpfe mit geschlossenem Visier der „Unaufrichtigkeit" gleich. Nochmals: Die im Privaten stimmige Kategorie versagt auf den öffentlichen Märkten. Die weibliche Intuition reicht für die öffentliche Bühne nicht aus. Für kleine Jungen ist es selbstverständlich, daß sie die Spielregeln der Berufswelt lernen wollen. Frauen reagieren häufig verstimmt, wenn mit ihrer vorzüglichen Grundausstattung aus Spontaneität, Betroffenheit und Begeisterung nichts zu gewinnen ist.

Die intellektuelle Selbstkontrolle läßt sich heute leicht verteufeln im Namen alternativer Entwürfe von der „Neuen Menschlichkeit", die dann leichthin mit Impulsivität, mit Emotionalität gleichgesetzt wird. Intellektuelle Selbstkontrolle bleibt aber niemandem erspart, der öffentlich mitwirken will. Es wäre ganz unvernünftig, wenn die Frauen, die hinzukommen, die Regeln aus einer anderen Sphäre verabsolutieren wollten, ohne zu prüfen, ob nicht die Regeln der Welt, in die sie kommen, für diese Welt tauglich sind.

Die Kulturgeschichte hat die Frau vor allem eines gelehrt: sich zu unterwerfen, sich zu fügen, Opfer zu sein. Keineswegs allein Opfer des Mannes, sondern lange bevor sie dies erlebt: Opfer der Biologie, der Natur. Diese Erfahrung senkt sich tief in das Bewußtsein von Frauen ein: wehrlos zu sein, Objekt von Vorgängen, Gefangene einer übermächtigen Natur.

Nicht immer nur Schuldige für eigene Fehler suchen!

In der Kulturgeschichte lassen sich die Strategien ablesen, die Frauen für den Umgang mit dieser Opferrolle entwickelt haben. Heute tragen sie diese Grundhaltung in die Berufswelt. Sie verhalten sich vielfach abwartend, wie sie es gelernt haben. Bei jedem Mißerfolg suchen sie andere Schuldige, sich selbst suchen sie nie.

So erklärlich diese Grundhaltung ist: Nicht die Männer werden den Frauen helfen, sie zu überwinden. Die Frauen selbst müssen sich kontrollieren in ihren Reaktionen. Sie müssen vor allem davon ablassen, Schuldige für ihr eigenes Schicksal zu suchen. Wer sein Leben nicht in die Hand nimmt, fällt in die Hände anderer. Eine Frau, die so beginnt, wird es schwer haben, nicht von einem Helfer zum anderen zu driften.

Zwei Sätze können helfen, dieses Grundproblem immer wieder zu erkennen: 1. Unser Leben, soweit es in unserer Hand liegt, muß von uns selbst verantwortet und gestaltet werden; 2. Diese Gestaltungsaufgabe können wir an niemanden delegieren, und ihr Scheitern können wir niemandem anlasten. Und: Die Gegenstände unseres Interesses müssen uns mehr interessieren als unsere „Rolle" oder unser „Stellenwert". Nur dann werden Frauen einen selbstverständlichen Platz auch in der Berufswelt erobern.

Vieles, was in der privaten Sphäre Stärke ist, erscheint in der Berufswelt als Schwäche. Wem das Hinüber- und Herüberwechseln zwischen beiden gelingt, der wird die Vielseitigkeit des Lebens ohne Verluste genießen können.

GERTRUD HÖHLER



Ersatz für Ströhers Pop-art-Sammlung: „Beflaggte Häuser" (1910) von E. L. Kirchner, aus der Sammlung Rudolf und Bertha Frank FOTO: KATALOG

Expressionisten: Sammlung Frank in Darmstadt

Geschenk des Himmels

Eine schöne Ausstellung voller intimer Details im Hessischen Landesmuseum in Darmstadt: qualitativ hervorragende Gemälde, Skulpturen, Aquarelle und Graphiken deutscher Expressionisten und Zeitgenossen wie Dix und Archipenko, gleichzeitig aber das Ganze sehr deutlich mit der persönlichen Note der beiden Sammler Rudolf und Bertha Frank gekennzeichnet, und überdies im glänzenden Katalog ein großer Erinnerungsbericht mit schriftlichen und bildlichen Dokumenten und mit persönlichen Erlebnissen mit Künstlern und Händlern vom Sohn des verstorbenen Ehepaars, dem Arzt Dr. Hans Rudolf Frank.

Für das Museum selbst kommt noch hinzu, daß die umfangreiche Leihgabe, die eines Tages in den Besitz des Museums übergehen soll, im Augenblick der Ströher-Katastrophe (Zurückziehung der Ströher-Sammlung bei verspäteter Bewilligung des Neubaus Ende 1980) dem Museum wie ein Geschenk des Himmels übergeben wurde. Da das Museum jetzt 80 Jahre alt wird, war es ein selbstverständlicher Dankgestus, das Jubiläum mit einer Gesamtausstellung der Sammlung Frank zu feiern.

Das alles ist dem Besucher, der im Katalog blättert, sofort gegenwärtig. Die großen Gemälde (Kirchners „Beflaggte Häuser" in strahlend hellen Farbklängen, auf der bemalten Rückseite „Sitzender Akt auf orangem Tuch", drei Arbeiten von Erich Heckel, darunter das ergreifende, in sattes Grün eingebettete „Aus Moritzburg", von Karl Hofer das merkwürdig erdfarbene „Drei Frauenakte am Strand", Otto Muellers „Mutter und Sohn" in Brauntönen, „Clownpuppen" von Nolde, mehrere Arbeiten von Will Sohl, ein „Roter Blumenstrauß" von Schmidt-Rottluff und das noch nicht lange bekannte, in der Farbbehandlung an Holbein erinnernde „Bildnis Frau Martha Dix" von Otto Dix), die Hans Rudolf Frank zu den schönsten Arbeiten dieser Künstler rechnet, sind schon seit einiger Zeit in die Dauerausstellung des Museums inkorporiert.

Von den Graphiken aber kann ein gut Teil wegen Lichtempfindlichkeit nur kurzfristig ausgestellt werden; und selbst für die Dauer dieser Sonderausstellung werden die schonungsbedürftigen Arbeiten in gedämpftem Licht gezeigt.

Unter den Aquarellen, darunter sehr schönen von Heckel, ragt als das Nonplusultra der Aquarelltechnik Kokoschkas „Sich Ankleidende" hervor: raumtiefe Wirkung mit extrem sparsamen Mitteln. Von Kokoschka gibt es mehrere vollständige Lithoserien, „Hiob" als ganzen illustrierten Band wie auch in 14 Sonderdrucken, ferner „O Ewigkeit, du Donnerwort" und „Die chinesische Mauer".

Lehmbrucks aquarellierte Kaltnadelradierung „Die Sklavin" ist ein mächtiges Blatt. Drei eindrucksvolle statuarische Bleistift-Akte von Gerhard Marcks, ein bedeutender „Weiblicher Akt" (Rohrfeder, Pinsel, Tusche, aquarelliert) von Max Pechstein und „Häuser" (Leimfarbe auf braunem Packpapier) mögen als anregende Kostproben genügen.

Zum Schluß sei noch Archipenkos „Flacher Torso", ein rhythmisches Wunder in weißem Marmor, gebührend gepriesen!

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Bis 1. März; Katalog 45 Mark. Die Baugeschichte des Museums von 1891–1906 ist mit Skizzen, Entwürfen und Fotografien in einer gesonderten, kleinen Ausstellung dokumentiert.

Film: „Quatermain II"

Reise zu den verlorenen Goldschätzen

Wer ist das? Ein Draufgänger, der sich kühn in immer neue exotische Abenteuer stürzt. Der auch in kritischen Situationen immer einen flotten Spruch auf den Lippen hat. Der mit seinen Taten ganze Eingeborenenstämme bannt. An den sich schöne Frauen getrost anlehnen können. Und der sich in Abenteuer verstrickt, die man alle schon einmal im Kino gesehen hat? Harrison Ford als Indiana Jones? Ganz gut, aber nicht gut genug. Die Rede ist von Richard Chamberlain als Allan Quatermain, der, durchaus als Kopie zu Indiana Jones gedacht, jetzt in seinem zweiten Film zu sehen ist.

Dabei, und das beweist die Fortsetzung zu „Auf der Suche nach dem Schatz der Könige", ist das seltene Wunder eingetreten, daß die Kopie den Vergleich mit dem Original nicht zu scheuen braucht. Was allerdings daran liegt, daß sie zusehends eigenes Leben gewinnt. Während Indiana Jones Kino der 80er Jahre ist, in dem die Geschichte angesichts einer immer rasender werdenden Abfolge von Gags fast bedeutungslos geworden ist, ist Allan Quatermain auf angenehme Weise altmodisch; man fühlt sich in jene Tage zurückversetzt, als es das große Abenteuer noch wirklich gab.

Quatermains Leinwandabenteuer finden in den 30er Jahren statt, aber tatsächlich hat ihn der britische Schriftsteller Sir Henry Rider Haggard schon 1886 erfunden. Das war die Zeit, als Afrika noch zur Entdekkung und Eroberung aufforderte. Hier ist es also die Erzählung von der geheimnisvollen, versunkenen Stadt voller Goldschätze, die Quatermain dazu verlockt, sich ins Innere von Ostafrika zu wagen. Ganz im Stil des klassischen Abenteuerfilms ist er dabei der einsame Held, der nur seiner eigenen Eingebung folgt.

Und auch ganz hergebracht ist es, daß die schöne Frau an seiner Seite schnell allen Eigensinn fallen läßt, daß der bärenstarke Neger seine Führerrolle widerspruchslos anerkennt, daß ein feiger goldgieriger Inder als Satyrgestalt Quatermains Heldenpose noch überhöht. Das sind nun einmal eherne Klischees, an denen der Regisseur Gary Nelson offenbar weder rütteln konnte noch wollte. Daß man aber nun doch nicht mit der Zeitmaschine in die Kinovergangenheit zurückgereist ist, merkt man daran, daß Quatermains Heldentaten mit augenzwinkerndem Humor kommentiert werden.

SVEN HANSEN

Poet und Erneuerer des russischen Films: Zum Tode von Andrej Tarkowskij

Bilder, die wie Wirklichkeiten sind

Als sie ihn ziehen ließen, hatte er die tödliche Krankheit bereits in sich. Er kam in den Westen, um zu sterben. Deshalb wirkte es auch so zynisch, als ihm die Sowjetbehörden kürzlich signalisierten, er könne jederzeit nach Rußland zurückkehren. Sie wußten sehr wohl, daß Andrej Tarkowskij gerade das nicht mehr konnte.

Tarkowskij ist nur 54 Jahre alt geworden, sein Werk umfaßt wenige Filme, es ist übersichtlich und von erstaunlicher innerer Konsequenz. Von seiner ersten selbständigen Arbeit, „Iwans Kindheit" aus dem Jahre 1962, spannt sich ein knapper, leuchtender Bogen über Titel wie „Iwan Rubljow", „Solaris", „Der Spiegel", „Stalker", „Nostalghia" bis hin zu seinem bitteren Schwanengesang, dem Film „Opfer", mit dem er bei den diesjährigen Festspielen von Cannes Aufsehen erregte.

Alle diese Arbeiten waren „Autorenfilme" in des Wortes allerstrengster Bedeutung. Jede einzelne Kameraeinstellung, jedes Wort und jede Bewegung der beteiligten Schauspieler, jedes Farbvaleur und jede Tonsequenz waren direkte Erfindungen des Regisseurs Tarkowskij, entsprangen seiner ureigenen Vision, von der er bei der Realisierung kein Yota abrückte. Tarkowskij hielt den Film für ein „absolutes, unmittelbares" Genre, das dem Erkenntniswert der Sprache eindeutig überlegen sei und ihrer deshalb überhaupt nicht bedürfe, nicht einmal in dem semiotischen Sinne, daß diese oder jene Filmpassage irgendetwas „bedeuten" müsse.

Seine Filme seien nicht Symbol, sagte Tarkowskij, sondern „Faktur", Ausdruck einer Wirklichkeit sui generis, die er, der Regisseur, gleichsam aus dem Nichts heraus erschaffe, so wie der Dichter Verse erschaffe oder der Seidenwurm Seidenfäden. Es ist klar, daß ein solch steiler Anspruch sofort mit der Wirklichkeit des sowjetischen Filmbetriebs kollidieren mußte, mit der Anmaßung seiner ideologieverklebten Funktionäre, mit der obligatorischen Forderung nach „Volkstümlichkeit". Tarkowskijs Arbeit wurde zu einer einzigen Passion, zum unendlichen, ewigwährenden und lebenaufreibenden Kleinkrieg für die Durchsetzung neuer, ungewöhnlicher Methoden und Bildarten, gegen die Diktatur vorgefaßter Theorien und Produktionsweisen.

Sein größter Wurf war vielleicht „Rubljow", ein Film über jenen legendären Malermönch, dem die Welt die strahlendsten und tiefsinnigsten Ikone verdankt und der sich selbst und sein Werk mitten in den schlimmsten Wirren russischer Geschichte immer wieder vor dem Zugriff brutalster Gewalt schützen mußte. Tarkowskij machte daraus eine Bildfolge von teils greller, teil überwältigend gelassener Schönheit, die – als das in seiner Heimat verbotene Werk endlich im Westen gezeigt werden durfte – den allertiefsten Eindruck hinterließ und ihren Schöpfer sofort in die erste Reihe der Filmregisseure der Welt katapultierte.

Besonders „Stalker" befestigte später diesen Ruf noch: ein beklemmendes Pandämonium der Zerstörung und der existentiellen Verlorenheit in wiederum unvergeßlichen Bildern, über deren „optischen Code" die Kunstfreunde in aller Welt rätselten. Tarkowskij selbst beteiligte sich nicht an der Enträtselung, er schimpfte die Deuter „Produzenten von Metaphernsalat" und beharrte unwirsch auf seiner eigenen Definition „Faktur".

Aber natürlich sind seine faktologischen Einstellungen, z. B. die Bilder des nie aufhörenden Regens, auch Metaphern, Metaphern sogar mit außerordentlicher politischer Sprengkraft, zielen sie doch – wie besonders auch Tarkowskijs vorletzter, bereits im Exil gedrehter Streifen „Nostalghia" bezeugt – auf die Apologie der geschändeten, vom Grind der Weltanschauungen überzogenen Heimat, die so oder so ununterdrückbares Motiv der Sehnsucht bleibt.

Auch diejenigen, denen Tarkowskijs filmische Fakturen mehr oder weniger fremdbleiben, können sich ihrer magischen Wirkung wie dem großen Ernst ihres Schöpfers nicht entziehen. Tarkowskij war ein wahrer Poet der Leinwand, ein Mann, dem Zynismus wie Leichsinn völlig abgingen, der hinter allem, was er tat, mit dem vollen Einsatz seiner Person stand und der für seine Kunst buchstäblich mit dem leben bezahlt hat.

Sein Einfluß speziell auf die Entwicklung des Films in seiner Heimat ist überhaupt noch nicht abzuschätzen. Tarkowskijs Filme waren machtvolle Befreiungsschläge, mit denen sich der russische Film von behördlicher Bevormundung und dogmatisch-kritischer Filmologen-Einsprache emanzipierte. Ihre tief poetische, gleichwohl an altrussische Religionssymbolik anknüpfende Metaphernsprache war nicht nur Zeugnis einer eminenten cineastischen Begabung, sondern auch Ausdruck für die Umwälzungen in der Tiefe des osteuropäischen Bewußtseins, das sich nicht länger vom kommunistischen Sowjetsystem gängeln lassen will und das Gestalten wie Andrej Tarkowskij immer dringender für die eigene Befreiung braucht.

GÜNTER ZEHM



Für ihn war der Film das „absolute Genre": Andrej Tarkowskij auf einer Pressekonferenz nach seiner Ausreise in den Westen 1983 FOTO: LUIGI VOLPE

Römische Oper: Roland Petits Ballett „Ma Pavlova"

Ein Pas seul der Seele

Es ist nun schon 55 Jahre her, daß der große Gleichmacher Anna Pawlowa die Tanzschuhe auszog, aber der Legende, die sie bereits zu Lebzeiten war, hat er nichts anhaben können. Ihr Name wurde zum Synonym für die Ballerina schlechthin. Als sie 1905 Michail Fokine den „Sterbenden Schwan" kreierte, machte der Pas seul sie berühmt. Von da an lag ihr die Welt zu den Spitzenschuhen, und noch heute träumt jede junge Ballettelevin davon, es ihr einmal gleichzutun.

Mit dem Traum von der Rückkehr der großen Pawlowa beginnt auch Roland Petits jüngste Ballettschöpfung „Ma Pavlova". In der römischen Oper übt gerade das Corps de ballet an der Stange, als Saint-Saëns' Melodie vom „Sterbenden Schwan" (auch sie verdankt ihre Unsterblichkeit der Pawlowa) die dürren Metronomschläge übertönt. Und alle schauen gen Himmel, als erwarteten sie die Wiederkehr der „Göttlichen" und die Inkarnation ihrer Tanzseele.

In der Koproduktion mit Petits Marseiller Nationalballett tanzt Dominique Khalfouni, Primaballerina in Marseille, die Titelrolle. Aber Petit erzählt keine Biographie, sondern choreographiert Reminiszenzen an eine vergangene Tanzepoche in einer Fülle von Anspielungen, Zitaten und Stilen, mal ironisch, mal nostalgisch. Den „Sterbenden Schwan" läßt er nicht von der Khalfouni, sondern vom Corps de ballet tanzen – da kniet der bedeutende französische Choreograph förmlich vor dem Altar der Pawlowa.

Petit zitiert einen Mythos, aber kaum Choreographien. Dennoch bindet der Reigen seiner Bilder und Impressionen vieles zusammen, was mit dem Namen der Pawlowa verbunden bleibt wie „Les Sylphides" oder „Californian Poppies". Petit zitiert ironisch und in pervertierender Ambivalenz. Die berühmten „weißen" Schwanenseebilder tauchen bei ihm von Männern getanzt auf. „Leda und der Schwan" ist ein Pas seul für die Khalfouni, inspiriert von einer Photographie der Pawlowa, in der sie, so ließ es sich Petit von der Bewegung ihres nackten Arms suggerieren, beides darstellte, Leda und den Schwan. Exaltiert ging es also schon mal zu.

Petits Hommage für Anna Pawlowa, die sich mit grandioser Technik und lyrischem Ausdruck an der Spitze hielt, ist in ihrer Mischung aus modernem Ausdruckstanz und klassischem Vokabular vielleicht nicht immer originell, gar innovativ, aber sie ist korrekterweise auch eine Danksagung an Isadora Duncan, die den Tanz aus den Fesseln des klassischen Reglements befreiende große Gegenspielerin der Pawlowa. Ohne die Duncan wären Petit und das ganze 20. (Ballett-)Jahrhundert nicht zu denken.

Die Gestalt der Duncan tanzte (nach dem Allegretto aus Beethovens siebter Sinfonie) die Römerin Allessandra Capozzi. Das war die Besonderheit des Unternehmens: Petit hat auf die Balletttruppe der römischen Oper seine Marseiller Stars aufgepfropft. Also die exzellente Khalfouni, eine Primaballerina von großer Ausstrahlung und perfekter Technik, und dazu das fulminante Herrenquartett mit Jean-Pierre Aviotte, Luigi Bonino, Denys Ganio und Jean-Charles Verchère. In Rom hatte man sich davon einen stimulierenden Effekt für die eigene, in dem einen Jahr unter Maja Plissetskaja nicht gerade die Ballethimmel stürmende Compagnie versprochen.

DiS.

JOURNAL

Goethes Sophien-Ausgabe nun auch im Taschenbuch

dpa, **München**

Gut 50 Jahre nach Goethes Tod begannen 68 Gelehrte, in mehr als drei Jahrzehnten die sog. Sophien-Ausgabe mit allen Werken, naturwissenschaftlichen Schriften, Tagebüchern sowie den Briefen des Dichters zu edieren. Ein Jahrhundert nach Erscheinen der ersten der 143 Bände im Verlag Böhlau in Weimar will jetzt der Deutsche Taschenbuch Verlag, München, einen vollständigen Reprint der ehrwürdigen Gesamtausgabe für Kenner und Liebhaber neu zugänglich machen: Auf 2,03 Metern Breite werden zur Buchmesse (Oktober 1987) 61 000 Seiten erscheinen (Subskriptionpreis 1420 Mark).

Der Deutsche Rockpreis geht an die Gruppe „Pur"

dpa, **Osnabrück**

Der Deutsche Rockpreis 1986 geht an die Gruppe „Pur" aus Bietigheim. Das ist das Ergebnis des Bundesrockfestivals in Osnabrück. Seit vier Jahren veranstaltet der Deutsche Rockmusiker-Verband, der Dachverband von etwa 12 000 Rockmusikern der Bundesrepublik, Landes- und Bundesrockfestivals. Sie sollen dem Nachwuchs ein Podium geben und die Sieger beim Publikum und den Plattenfirmen bekannt machen.

Hamburger Schauspieler für Ivan Nagel

dpa, **Hamburg**

75 Mitglieder des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg haben sich für Ivan Nagel als Nachfolger von Intendant Peter Zadek ausgesprochen. Die Schauspielerin Eva Mattes hat der Kultursenatorin Helga Schuchardt einen Brief übergeben, in dem es unter anderem heißt: „Ich finde, der einzige Intendant für dieses Haus und für diese Stadt ist Ivan Nagel." Nagel war bereits in den Jahren 1971 bis 1979 Intendant des Deutschen Schauspielhauses. Gegenwärtig leitet er das Stuttgarter Schauspiel.

Mathematik-Olympiade in Deutschland

DW. **Braunschweig**

Die Internationale Mathematik-Olympiade 1989 findet in der Bundesrepublik statt, und zwar in Braunschweig. Der seit 1959 bestehende Wettbewerb will die besten jungen mathematischen Talente entdecken. Um die Austragung hatte sich auch Bonn beworben.

Regimetreue katholische Bildungsgesellschaft

rst. **Warschau**

In Warschau wurde eine dem Jaruzelski-Regime freundlich gesinnte „Katholische Bildungsgesellschaft" gegründet. Das gab Jerzy Ozdowski während des 20. katholisch-gesellschaftlichen Forums, bei dem über den Platz der Christen im Berufsleben diskutiert wurde, bekannt. Die Gesellschaft „Verantwortung und Tat" will Christen, die mit dem kommunistischen Regime kooperieren, zusammenfassen.

Historische Fotografien von Parlamentariern 1867–70

DW. **Bonn**

Zeitgenössische Fotografien von Abgeordneten des Reichstages des Norddeutschen Bundes 1867–1870 sucht die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn. Die Fotografien sollen eine Dokumentation ergänzen, die von Bernd Haunfelder (Münster) und Klaus Erich Pollmann (Braunschweig) vorbereitet wird. Hinweise werden an die Parlamentarismus-Kommission (5300 Bonn 1, Poppelsdorfer Allee 55) erbeten.

John D. MacDonald †

dpa/UPI. **Los Angeles**

Der amerikanische Kriminalschriftsteller John D. MacDonald ist im Alter von 70 Jahren in Milwaukee gestorben. John D. MacDonald hat 77 Kriminalromane sowie Kurzgeschichten geschrieben, die zum Teil auch auf deutsch erschienen. Der Roman „The Executioners" („Ein Köder für die Bestie") wurde 1962 mit Gregory Peck und Robert Mitchum unter dem Titel „Cape fear" verfilmt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Es sind amüsante, gelegentlich aber auch grausige Geschichten aus einer Landschaft, in der die ältesten deutschen Städte, Trier, Köln und Mainz, liegen: Die „Rheinlandsagen". Immer wieder schimmert Historisches aus den alten Sagen, Dichtung und Wahrheit sind untrennbar miteinander verwoben. So erfährt man, daß Xanten einst Troja hieß und Trier schon eine große und bedeutende Stadt war, als Rom noch gar nicht existierte. Und natürlich ist die beherrschende Gestalt der Aachener Sagen Kaiser Karl der Große.

Bo.

Paul Zaunert (Hrsg.): „Rheinlandsagen", Ullstein, 362 S., 12,80 Mark.

Von den seltsamen Sitten der königstreuen Briten

SIEGFRIED HELM, London

Michael Fagan wurde über Nacht berühmt, weil er, über Nacht, in den Buckingham-Palast eingestiegen war. Er setzte sich auf die Bettkante der Queen, um sich als treuer Untertan einmal privat mit seiner Königin zu unterhalten. Absolut königstreu zu sein, schwört auch Berufseinbrecher Jeffrey Wolfe-Emery nach seinem Einbruch *in Sandringham-House*, dem privaten Landschloß der Queen in der Grafschaft Norfolk. Er sei dort nur eingestiegen, *um zu beweisen*, wie leicht man bei den Königlichen einbrechen könne und daß Abhilfe dringend *not* tue.

Zuerst gab es hochrote Köpfe im zutändigen Polizeibezirk. Zwar war kein *einziges Mitglied* der *Familie* Windsor im Hause, als der fünfmal wegen Diebstahls vorbetrafte Wolfe-Emery *Anfang des Monats unangemeldet* und ungesehen in Sandringham-House vorsprach – nicht um lange Finger zu machen, sondern um als Fachmann auf eigene Faust zu prüfen, wie gut die Schloßbewohner gegen Einbruchsgefahr gesichert sind und um den Verantwortlichen anschließend gehörig auf die Finger zu klopfen.

Als die Polizei ihm androhte, daß er auf der Stelle verhaftet werde, falls er auch nur in der Nähe von Sandringham auftauche, fühlte sich Wolfe-Emery in seiner Ganovenehre gekränkt. Er beteuerte, Royalist und *Patriot zu* sein und wartete mit fachmännischen Verbesserungsvorschlägen für die Sicherheit seiner Königin auf. *Norfolks stellvertretender* Polizeipräsident Peter Howse fühlte sich in seiner Polizistenehre nicht gekränkt und *gab mit sehr englischem* Sinn für Fairneß zu: „Wolfe-Emery hat eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht. Wir sehen uns die im einzelnen an. Wenn sie uns sinnvoll erscheinen, werden wir sie aufgreifen. Dabei spielt es keine Rolle, von wem sie kommen."

Langfinger Wolfe-Emery verlangte öffentlich drei Verbesserungen: 1. die Installation rotierender Videokameras *mit hoher Auflösung* und Fernsteuerung von der Art, wie sie im Londoner Wandsworth-Gefängnis *üblich seien – dort freilich*, um Ausbrüche zu verhindern; 2. eine verbesserte Alarmanlage, insbesondere unter *Berücksichtigung der Sicherung* des Daches, die sehr zu wünschen übrig lasse; 3. eine Technik, die es *verhindert, daß Videokameras* bei Gewittern ausfallen. Dies alles klingt so sachkundig, daß Wolfe-Emery sofort einen Job bei einer Wach- und Schließgesellschaft finden könnte, vorausgesetzt man glaubt ihm, daß er bürgerliche Häuser genau wie königliche Paläste behandelt.

Nachdem deutsche Studenten über die Mauer das Buckingham-Palastes hechteten, hinter Büschen des Palastgartens ihr Zelt aufschlugen und sich dort sogar eine warme Suppe kochten, hat sich, jedenfalls in London, manches geändert. Die meisten der Verbesserungen, die ein treuer Untertan der Queen jetzt für Sandringham machte, sind in London schon längst realisiert. Bleibt die Frage: Ist der Sinn der Queen für Fairneß so hoch entwickelt, daß sie Mr. Wolfe-Emery eines Tages zu sich in den Palast beordert, *um ihm mit dem Staatsschwert* auf den Leib zu rücken und die uralte Formel zu sprechen: „Erhebe er sich, Sir Jeffrey". (SAD)

LEUTE HEUTE

Bestgekleidet

Weil es ihnen gelungen ist, „Verhandlungen bekleidungsmäßig unzerknittert zu überstehen", wurden jetzt US-Präsident **Ronald Reagan** und der sowjetische Parteichef **Michail Gorbatschow** von der Modestiftung von Amerika zu den „bestgekleideten Männern des Jahres 1986" gewählt. Reagan und Gorbatschow befinden sich in Gesellschaft von **Mario Cuomo**, Gouverneur des US-Staates New York, Britanniens Prinz **Andrew**, US-Postminister **Preston Tisch** und **Bruce Springsteen**, Rockstar mit Sinn fürs Feine.

Beispiellos

Für ihre beispiellose Courage, sich an die Spitze einer demokratischen Revolution zu stellen, ernannte die Zeitschrift „Time" die philippinische Präsidentin **Corazon Aquino** (Foto) jetzt zur „Frau des Jahres 1986". Seit 1927 stellt „Time" jährlich eine Person auf ihr Titelblatt, die den Lauf der Geschichte in den vergangenen zwölf Monaten „im Guten oder im Schlechten" maßgeblich bestimmt hat. Nach



Königin **Elizabeth II.** (1953) und der im April dieses Jahres verstorbenen Amerikanerin Wallis Simpson, für die König Edward VIII. 1936 auf den Thron verzichtete, ist Corazon Aquino die dritte Frau, deren Handeln auf diese Weise gewürdigt wurde.

WETTER: Sehr mild

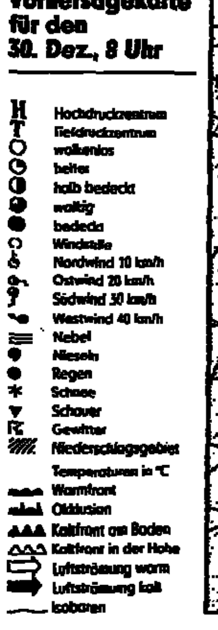
Lage: Mit der Warmfront eines nordatlantischen Tiefdrucksystems setzt sich in ganz Deutschland sehr milde Meeresluft durch.

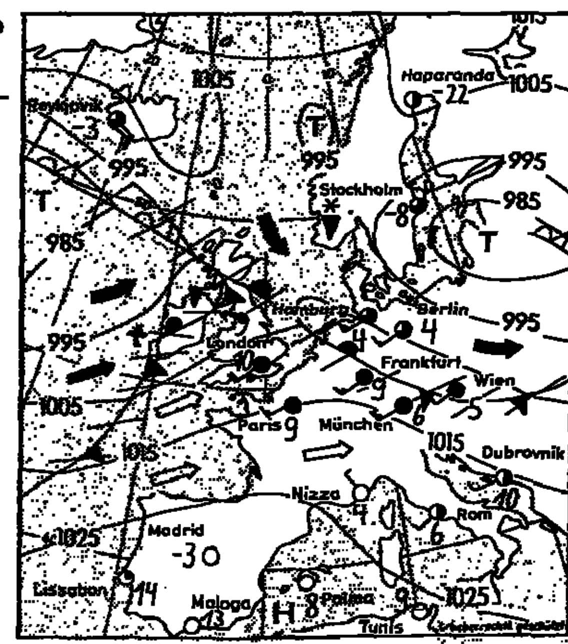
Vorhersage für Dienstag: Nördlich der Elbe vorübergehend auflockernde, sonst meist starke Bewölkung mit zeitweiligen Regenfällen. Infolge von Tauwetter im Bergland Hochwassergefahr in den Flüssen. Temperaturen tagsüber und nachts 6 bis 10 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen stürmischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Übergang zu wechselnder Bewölkung und im Norden einzelne Schauer. Temperaturen etwas zurückgehend.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.27 Uhr*, Untergang: 16.23 Uhr; **Mondaufgang:** 9.27 Uhr, Untergang: 16.16 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 30. Dez., 8 Uhr





Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	9	R
Bielefeld	8	R
Braunlage	4	R
Bremen	8	R
Dortmund	8	R
Dresden	6	R
Düsseldorf	8	R
Erfurt	8	bw
Essen	8	R
Feldberg/S.	-1	Sr
Flensburg	5	bw
Frankfurt/M.	9	R
Freiburg	8	bw
Garmisch	4	R
Greifswald	6	bd
Hamburg	7	bw
Hannover	8	R
Kahler Asten	3	R
Kassel	7	R
Kempten	4	bd
Kiel	6	bw
Koblenz	9	bd
Köln-Bonn	9	R
Konstanz	5	R
Leipzig	8	R
List/Sylt	6	bw
Lübeck	6	bw
Mannheim	10	bd
München	7	bw
Münster	8	Sp
Norderney	6	bd
Nürnberg	8	bw
Oberstdorf	2	bw
Passau	5	bd
Saarbrücken	7	R
Stuttgart	7	bw
Trier	8	R
Zugspitze	-10	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	14	he
Amsterdam	9	bw
Athen	10	he
Barcelona	10	he
Belgrad	7	bd
Bordeaux	13	he
Bozen	-4	he
Brüssel	10	R
Budapest	1	R
Bukarest	2	he
Casablanca	15	he
Dublin	9	R
Dubrovnik	6	bw
Edinburgh	3	R
Faro	14	he
Florenz	1	bd
Genf	4	bw
Helsinki	-10	S
Hongkong	17	bw
Innsbruck	5	he
Istanbul	4	he
Kairo	16	he
Klagenfurt	-3	he
Konstanza	-3	he
Kopenhagen	5	he
Korfu	6	he
Las Palmas	18	he
Leningrad	-13	S
Lissabon	5	wl
Locarno	6	he
London	10	R
Los Angeles	14	wl
Luxemburg	7	R
Madrid	5	he
Mailand	10	he
Malaga	14	he
Mallorca	15	he
Moskau	-15	S
Neapel	12	he
New York	2	he
Nizza	12	he
Oslo	-5	he
Ostende	10	bw
Palermo	12	bw
Paris	10	bd
Peking	-5	bw
Prag	6	bd
Rhodos	8	he
Rom	11	bw
Salzburg	9	bw
Singapur	25	R
Split	11	he
Stockholm	0	S
Straßburg	10	bw
Tel Aviv	15	he
Tokio	10	he
Tunis	13	bw
Valencia	11	he
Varna	2	bw
Venedig	3	he
Warschau	1	R
Wien	9	bw
Zürich	5	R

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Gefahr im Hotel „Rießersee" nicht gebannt / Rätselhafte Explosion in Wilhelmshaven

Abfackeln kann noch eine Woche dauern

dg./DW. Garmisch-Partenkirchen

Zwei Tage nach der Gasexplosion in der Garmisch-Partenkirchener Hotelanlage „Rießersee" *herrschte* gestern immer noch die Gefahr einer weiteren Explosion. Bürgermeister Toni Neidlinger *teilte mit, daß das* überwiegend noch bewohnbare Hotel deshalb auch weiterhin gesperrt bleibe. Bei der Explosion von Gas, das aus einer defekten Leitung ausgetreten war, waren am Samstag nachmittag ein Anbau des Hotelgebäudes mit Fitnessanlagen und Hallenbad zerstört und dabei sieben Menschen getötet und zwölf teilweise – durch schwere Verbrennungen – lebensgefährlich verletzt worden.

Die Feuerwehr hatte vergeblich versucht, in die zwei Tanks, die noch mehr als 30 000 Liter Flüssiggas enthalten, Stickstoff einzuführen, um die Explosionsgefahr zu bannen. Nach Ansicht von Polizei und Feuerwehr kann das Abfackeln noch fünf bis sechs Tage dauern. Dabei verschärft der Anstieg der Luftkonzentration in den Tanks das Risiko. Erst wenn das gesamte Gas beseitigt sei, werden die Sachverständigen des Landeskriminalamtes die Gasleitung direkt am Tank *ohne Gefahr untersuchen* und die Unglücksursache möglicherweise feststellen können. Dort wird das Leck vermutet, durch welches das Gas am Samstag austrat, sich in den Kellerräumen des Anbaus ausbreitete und entzündete.

Das siebte Todesopfer des Explosionsunglücks war auch gestern nachmittag noch nicht identifiziert. Die Polizei konnte nicht bestätigen, daß es sich bei dem Toten um den 46jährigen Eckhart Bialas aus Bonn handelt, der als einziger noch vermißt wird. Von den zwölf Schwerverletzten schweben laut Bürgermeister Neidlinger vier mit Verbrennungen der Haut *bis zu 80 Prozent* weiterhin in Lebensgefahr.



Mehr als 30 000 Liter Gas befanden sich gestern noch in den Tanks des Hotels „Rießersee" in Garmisch-Partenkirchen. Es muß von der Feuerwehr abgeflammt werden FOTO: DPA

dpa, Wilhelmshaven

Eine Explosion löste in der Nacht zum Montag einen Brand in einer Pizzeria in Wilhelmshaven aus. Das Gebäude wurde zerstört. Im Umkreis von fünfzig Metern gingen Scheiben zu Bruch. Zwei an die Pizzeria angrenzende Geschäftshäuser wurden ebenfalls erheblich beschädigt. Die Polizei war ursprünglich davon ausgegangen, daß Gas die Ursache für die Explosion war. Diese Vermutung konnte aber gestern nachmittag offiziell noch nicht bestätigt werden. Der Schaden wird auf mehrere *hunderttausend Mark* geschätzt.

SAD, Paris

Vier Personen – ein 23jähriger Portugiese und drei Frauen im Alter zwischen 19 und 25 Jahren – sind am Wochenende in einer Zweizimmerwohnung in Paris ums Leben gekommen, weil die Flamme im Durchlauferhitzer ausgegangen war und Gas ausströmte. Ein Mann hatte die Feuerwehr alarmiert: „Kommen Sie schnell, hier riecht es nach Gas". Als die Männer über eine Leiter in die *Wohnung eindrangen, waren der* Portugiese und eine der jungen Frauen tot, die beiden anderen bewußtlos. Sie starben noch während der Wiederbelebungsversuche. In den kleinen Wohnungen im 5. Stock des Hauses in der Rue de Crimee leben fast ausschließlich Gastarbeiter.

Ein Neujahrsbotschafter aus Berlin

Kreuzberger Schulrektor spricht im chinesischen Fernsehen / Spiele mit „Klein-Hertha"

DIETER DOSE, Berlin

Berlin-Kreuzberg, Lenau-Grundschule. Rund 700 Mädchen und Jungen, 40 Prozent Ausländer. *Die* meisten Türken, aber auch Jugoslawen, Griechen, andere Nationalitäten. *Schüler oder Lehrer, die in den* Wochen vor Weihnachten ins Rektorzimmer kamen, durften hin und wieder *die chinesischen Sprachkünste ihres* Schulleiters bewundern. Denn Rektor Otto Höhne (60) paukte chinesische *Schriftzeichen* und *Laute*.

Neujahr wird ihm eine Ehre zuteil, der sich bisher nur wenige West-Besucher in der Volksrepublik erfreuen konnten. Höhne spricht im chinesischen Fernsehen und verliest eine Grußbotschaft des Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen. Zwei, drei Minuten nur, aber Otto Höhne übte wochenlang.

„Im Hotel Meridien in Hongkong wird meine Ansprache Silvester von einem chinesischen Fernsehteam aufgezeichnet", berichtet Höhne der WELT. Zwei Tage später reisen die Zehlendorfer selbst nach China, bestreiten dort zwei Spiele. Der Text hat schon eine „Weltreise" hinter sich. Höhne erhielt ihn in englischer Sprache von der Senatskanzlei, schickte ihn zur Übersetzung an einen Freund, Staatssekretär für Sport, *in Peking. Von dort kam die Übersetzung* inklusive einer Kassette zurück – damit es sich leichter lernt.

Am *Wochenende* ist Höhne als Chef de mission des Berliner Fußballklubs Hertha Zehlendorf in Richtung China gestartet. Mit insgesamt 60 Personen. Spieler und Schlachtenbummler. Denn die „kleine Hertha", wie sie in Berlin, um Verwechslungen mit Hertha BSC zu vermeiden, genannt wird, ist sportlich zwar nur drittklassig, im Reisen jedoch Weltmeister.

Die jetzige Reise, die außer Hongkong und China auch Thailand, Neuseeland, Australien und die Südsee zum Ziel hat, ist bereits die 13. Und ins Reich der Mitte geht es schon zum fünften Mal. „Wir waren 1977 die ersten deutschen Fußballer in China", sagt Höhne stolz. Inzwischen gibt es zwischen dem Verein und besonders Rektor Höhne und China ständige und hervorragende Kontakte. Das Angebot, die Grußbotschaft Diepgens nicht einfach zu übergeben, sondern im Fernsehen zu verlesen, kam aus Peking.

Letzte Probe für den großen Auftritt in China: Otto Höhne (60) vor dem Abflug in Tegel FOTO: J. CLAUSS

Angefangen hat alles 1974. Hertha Zehlendorf spielte in Macao. Unter den *Zuschauern* waren viele Chinesen. Die brachten Otto Höhne, in Berliner Sportkreisen einfach Otto *genannt, auf die Idee, Kontakte nach* Peking zu knüpfen. Die ersten Briefe blieben ohne Antwort. Dickschädel *Höhne, ein Pommer aus Schneidemühl*, aber gab nicht auf. 1977 reiste er schließlich erstmalig mit seiner Fußballmannschaft nach China. Eingeladen hatte der Fußballverband der Volksrepublik.

Heute ist es selbstverständlich, daß die im Turnus von zwei Jahren stattfindenden Weltreisen – bisher legten die Zehlendorfer über 500 000 Flugkilometer zurück – stets Station in einer der chinesischen Provinzen machen. Höhne, über zwei Jahrzehnte Präsident des 2000 Mitglieder zählenden Vereins (aus dem unter anderen der deutsche Nationalspieler Pierre Littbarski hervorgegangen ist), jetzt „nur" noch Ehrenpräsident und Weltreisemarschall, macht's möglich.

Im Gepäck hat Höhne nicht nur die Botschaft Diepgens. Drei Riesenkoffer gingen mit auf die Reise. Inhalt: *10 000 Berlin-Fähnchen, 8000 Mützen* mit der Aufschrift „Berlin", Wimpel, Abzeichen ... „Die werden uns von *den Fans buchstäblich* aus den Händen gerissen", weiß Rektor Höhne von den früheren Aufenthalten der „kleinen Hertha" im großen China.

Jahreswechsel mit einem Hauch von Frühling

dpa, Hamburg

Feucht und unbeständig geht das alte Jahr zuende, frühlingshaft mild mit Temperaturen um zehn Grad beginnt das neue. Nach den ersten weißen Weihnachtsfeiertagen seit mehreren Jahren sorgen ein iberisches Hoch und ein skandinavisches Tief dafür, daß im ganzen Bundesgebiet zur Jahreswende mehr Schmuddelwetter *als weiße Winterpracht zu* erwarten ist. Fast überall haben Regen und Tauwetter das Bild der winter*lich-weißen Landschaft* verschwinden lassen.

Nur in den Hochlagen der Alpen und in einigen Wintersportgebieten Österreichs, der Schweiz und Frankreichs gibt es reichlich Schnee. In Österreich sind die Wintersportorte Lech, Zürs und Warth von der Außenwelt abgeschnitten. Für viele Pässe in Österreich und in der Schweiz sind Ketten erforderlich. Kapriolen schlug das Wetter in den Dolomiten: In der vergangenen Nacht wurden bei Cortina d'Ampezzo plus sechs Grad, in der Ebene bei Treviso hingegen minus sieben Grad gemessen.

Das Tauwetter und die „ergiebigen" Regenfälle haben in Südniedersachsen dazu geführt, daß sieben Straßen gesperrt werden mußten. Schwierigkeiten hatten die Autofahrer in Baden-Württemberg, wo Windböen, die mit mehr als 100 Kilometern in der Stunde über den Feldberg tobten, zu starken Verwehungen auf den *Straßen geführt hatten*.

Zwischen den Jahren oder Die heillose Konfusion

Er bringt Ordnung in die dahineilende *Zeit und gibt dem Jahr das* vertraute Gerüst: der Kalender. Er scheint die einfachste Sache der Welt, in Wirklichkeit aber gehören die Methoden der Zeitrechnung zu den genialsten Erfindungen. Die wenigsten wären wohl imstande, einen Kalender zu „stellen", müßten sie doch schon bei Begriffen wie Indiktion, Epakte oder Sonntagsbuchstabe klein beigeben. Welch Glück also, daß heute – bis auf die kleine Zahl der Historiker – sich niemand mit Weltären, griechischer, julianischer Zeitrechnung oder gar mit dem französischen Revolutionskalender herumschlagen muß, sondern einfach sagen kann: Prosit Neujahr. Und alle wissen, was gemeint ist.

Das war hierzulande nicht immer so. Es gab Zeiten, da in Deutschland eine heillose Konfusion herrschte, wenn es um das Datum des Jahresanfangs ging. Die Väter der Zeitrechnung gingen eben von verschiedenen Voraussetzungen aus. Eine war der römische Kalender. Die Zeitrechnung Roms beginnt (wie früher jeder Gymnasiast gelernt hat) „ab urbe condita", nach den Berechnungen Varros am 21. April 753 v. Chr., doch wurde in der Praxis der 1. März als Jahresanfang festgesetzt. Die heutigen Monatsnamen von September bis Dezember zeigen noch, daß sie ursprünglich die siebten bis zehnten Monate waren. 153 v. Chr. wurde dann bei einer der häufigen Kalenderkorrekturen *der Jahresanfang* erstmals in der Geschichte auf den 1. Januar gelegt.

Doch dieses Datum war nun in den folgenden Jahrhunderten keineswegs gesichert. Allein in West- und Mitteleuropa gab es fünf verschiedene Jahresanfänge oder „Stile". Das neue Jahr begann je nach Geschmack an Weihnachten (25. 12.), am Fest der Beschneidung des Herrn (1. 1.), am 1. 3. (alter römischer Termin, der in Venedig bis 1797 Geltung hatte), an Maria Verkündigung (25. 3.) oder an Ostern, das als bewegliches Fest allerdings wenig dazu taugte. Es konnte ja auf 35 verschiedene Tage fallen.

Mainz als Vorbild

Die päpstliche Kurie folgte bis ins 10. Jahrhundert dem „Weihnachtstermin", der ja als Geburtstag des Herrn wirklich den Anfang der Ära „nach Christi Geburt" markierte. Zudem lag auf diesem Datum das noch immer beherrschende heidnische Julfest und in Rom das Fest der „unbesiegbaren Sonne". Nach dem Vorbild von Mainz, der alten kirchlichen Metropole, datierte im Mittelalter der überwiegende Teil Deutschlands den Jahresanfang auf den 25. Dezember.

Auch das Erzbistum Köln, die Diözesen Passau und Bremen sowie die *kaiserliche Kanzlei* rechneten danach. Und in Mecklenburg, Pommern, Brandenburg und Schlesien *hat sich der Jahreswechsel zu* Weihnachten bis weit in die Neuzeit gehalten. In einem Kölner Ratsprotokoll *des Jahres 1570 heißt es:* „man schribt van der geburt Christi das jar an, nit van der besnidung, uff Colnischen und *Romischen* brauch, wiewohl die Trierschen van der menschwerdung, die Nidderlander zum teil van *der ufferstehung Christi*".

In der Erzdiözese Trier war der Jahresanfang mit dem 25. März (Annunciationsstil) seit dem 13. Jahrhundert durchgängig üblich, letztmals wurde er Mitte des 17. Jahrhunderts erwähnt. Auch der Orden der Zisterzienser rechnete mit diesem Anfang. Im Bistum Münster hingegen war (bis 1313) der Ostertermin der gebräuchliche Jahresanfang.

Gegen den Wechsel zum 1. Januar, vom heidnisch-römischen Kalender vorgegeben, wendete sich die Kirche. Vor allem die damit verbundenen Ausschweifungen waren ihr ein Greuel. Das Konzil von Tours (576) sprach daher von einem „alten Irrtum" und drohte dem mit Exkommunikation, der so rechne. Die Kirche bevorzugte den Weihnachtstermin.

Im bürgerlichen Leben aber war der 1. Januar als Jahreswechsel niemals *völlig* verdrängt worden, mit ihm begann nach römischem Zivilrecht, das auch in Deutschland Eingang fand, das Rechnungsjahr. Die Kirche legte daher, um einen Vorwand zur Feier dieses Tages zu haben, *im 7. Jahrhundert das Fest der* Beschneidung des Herrn (Circumcisio domini) auf den 1. Januar.

Keine Rechtsgeschäfte

Wichtig für den endgültigen Sieg dieses Datums als Jahresanfang im 17. Jahrhundert aber war zweifellos dessen Bedeutung als Wechseltermin der „Sonntagsbuchstaben" und „goldenen Zahlen", wichtiger Hilfsmittel zur Berechnung des Osterfestes und damit des christlichen Festkalenders überhaupt. Eine Redensart aus jener Zeit des Wirrwarrs hat sich bis heute erhalten: „zwischen den Jahren". Gemeint war einst, daß man zwischen dem 25.12. und 1.1. nicht gerne Rechtsgeschäfte wahrgenommen hat. Es konnte ja leicht sein, daß jemand durch die unsichere Datierung übertölpelt würde. Heute kann das wohl nur dem widerfahren, der an Silvester zu tief ins Glas geschaut hat.

RUDOLF ZEWELL

Wer hat den süßesten Schnabel?

AFP, Brüssel

An Weihnachten und Neujahr erreicht der *Konsum* von Schokolade und Pralinen seinen jährlichen Höhepunkt. Nach den Schweizern, die durchschnittlich *zehn Kilo Schokolade* pro Jahr essen, folgen die Briten mit acht Kilo, die Deutschen (Bundesrepublik) mit *6,7* Kilo und *die Belgier* mit sechs Kilo. Weit dahinter liegen nach Angaben der europäischen Lobby der Schokoladen- und Pralinenhersteller „Caobisco" die Franzosen mit einem jährlichen Schokoladenkonsum von 4,1 Kilo und die Italiener und Spanier mit weniger als eineinhalb Kilo pro Jahr. Insgesamt werden auf dem europäischen Markt Schokoladenartikel im Wert von rund 15 Milliarden Mark verzehrt.

Schmuggel mit Papageien

dpa, Saarbrücken

Mit 98 Papageien, darunter Amazonen, Kakadus und Graupapageien ist ein 31jähriger Franzose bei einem illegalen Grenzübertritt in der Nähe von Saarbrücken von saarländischen Grenzbeamten gefaßt worden. Der Mann gab an, die wertvollen Vögel in der Bundesrepublik gekauft zu haben, konnte aber keine Rechnungen vorlegen. Er wurde nach der Vernehmung auf freien Fuß gesetzt, die Papageien erhielten bei einem saarländischen Vogelzüchter Quartier.

In Lawine umgekommen

rtr, *Digne*

In der Nähe von La Foux d'Allos in den französischen Alpen kam ein französischer Skifahrer in einer Lawine ums Leben. Auch aus St. Nicolas de Veroce nahe dem Mont Blanc wurde ein Lawinenunglück gemeldet, bei dem zwei Skifahrer verletzt wurden.

Nicht absetzbar

dpa, Wuppertal

Was einem Moslem recht ist, ist dem deutschen Finanzamt noch lange nicht billig. So blitzte ein cleverer Marokkaner beim Finanzgericht Münster ab, der zwei Frauen, eine in Marokko, die andere in Westfalen „steuersparend" absetzen wollte. (Az.: III 6440/84)

Falsche Wahlscheine

dpa, Münster

Mit Erstaunen haben etliche Münsteraner in den vergangenen Tagen die Briefumschläge ihrer Wahlbenachrichtigungen geöffnet: Statt der Unterlagen für die kommende Bundestagswahl im Januar entdeckten sie die Benachrichtigungen für die Landtagswahl vom Mai 1985. Ein „unglückliches Versehen" sei schuld, so das Presseamt der Stadt.

72. Todesopfer

rtr, Berlin

Die Zahl der Toten nach dem Absturz der Aeroflot-Maschine am 12. Dezember beim Anflug auf den Ostberliner Flughafen Schönefeld hat sich auf 72 erhöht. Ein aus Ost-Berlin stammender Passagier erlag am Sonntag nachmittag seinen schweren Verletzungen.

Sex-Viertel wird verlegt

dpa, Frankfurt

Der vom Frankfurter Magistrat seit Jahren angestrebten Verlegung der Bar- und Bordellbetriebe aus dem Bahnhofsviertel in den Ostteil der Stadt steht nun nichts mehr im Wege. Der Darmstädter Regierungspräsident Hartmut Wierscher hat die Verlagerung des Viertels genehmigt. Die Sperrgebietsverordnung tritt am 12. Januar in Kraft. Den Betrieben wird eine 30monatige Übergangszeit eingeräumt.

Von Bord geschoben

rtr, Ankara

Durch ein Versehen ist ein türkischer Fernfahrer mit seinem Lastwagen von Bord einer Fähre geworfen worden und im Schwarzen Meer ertrunken. Der Mann hatte auf der Überfahrt im Führerhaus übernachtet. Die Fähre sei bei schwerer See in Schwierigkeiten geraten. Daraufhin habe die Besatzung gemäß den internationalen Vorschriften mehrere Lastwagen über Bord geschoben, *darunter auch* den mit dem unglücklichen Schläfer.

Nur „Spaß" gemacht

dpa, Frankfurt

Mit einer täuschend echt aussehenden Spielzeugpistole in der Hand ist ein 25jähriger Frankfurter in der Nacht zum Montag an zwei Polizisten vorbeispaziert, die gerade zu einem Einsatz fahren wollten. Die Beamten gingen daraufhin mit gezückten Pistolen in Deckung und forderten den Mann auf, die Waffe wegzuwerfen. Er reagierte jedoch nicht und wurde schließlich von mehreren Beamten überwältigt. Nach einer Nacht in der Ausnüchterungszelle gab er an, nur „Spaß" gemacht zu haben.

ZU GUTER LETZT

Mit einem Besuch im Krankenhaus von Glostrup bei Kopenhagen endete für ein dänisches Liebespaar ein offenbar besonders inniger Kuß: Die beiden hatten sich mit den Drähten ihrer Zahnbrücken so ineinander verheddert, daß sie die Lippen nicht mehr trennen konnten.

Der nicht gefällte Baum und der allwissende Fahrscheinautomat

Von HANS MAIER

Hans Maier (55), bis Ende Oktober bayerischer Staatsminister für Kultur, war mit einer 16jährigen Amtszeit der dienstälteste Ressortchef der Bundesrepublik. Der Münchner Professor für Politische Wissenschaft gehört zu den Pionieren des Faches in Deutschland.

Die Industriekultur wird angefochten. Ihre Elemente: Leistungsprinzip, Rationalität, wissenschaftlicher und technischer Fortschritt werden in Zweifel gezogen – keineswegs nur von Sektierern, sondern auch von ernsthaften Leuten. Eine „asketische Weltzivilisation" (C. F. von Weizsäcker), so fordert man, solle die westliche Industriekultur der letzten 150 Jahre ablösen. Daß deren letztes Stündlein geschlagen habe, ist für nicht wenige schon eine ausgemachte Sache. Kurzum, Kulturpessimismus steht auf der Tagesordnung. Die „zweite Aufklärung", eben noch fortschrittsselig, zeigt ihr Rousseau-Gesicht. Welche Lebenserwartungen kann aber eine Kultur noch haben, der von so vielen Sprechern und Denkern, von so vielen Mitträgern und Nutznießern der Laufpaß gegeben wird?

I.

Die Kritik an der Industriekultur hat viele Seiten. Einiges ist durchaus berechtigt. Anderes ist zumindest verständlich. Beginnen wir mit etwas (scheinbar) Äußerlichem: mit der reißenden Schnelligkeit, mit der in der industriellen Welt Wissen, Bildung, Denk- und Lebensformen einander ablösen, sich selbst überholen – und mit den begreiflichen Reaktionen, die das auslöst.

„Wissen ist Macht" – das galt für einen langen Abschnitt abendländischer Geschichte, von Renaissance und Humanismus bis zu den Arbeiterbildungsvereinen des 19. Jahrhunderts. Heute ist es anders: Das Übermaß des abrufbaren Wissens versetzt uns eher in sanfte oder dumpfe Ohnmacht. Nie haben sich die Formen der Wissensvermittlung so schnell, so revolutionär verändert wie heute.

Die Wirkungen auf Elternhaus und Schule, auf Regierungen und Parlamente sind mit Händen zu greifen. Wozu noch Rechnen, wenn der solargespeiste Taschenrechner bereits billiger ist als ein Taschenbuch, wenn der Fahrscheinautomat „weiß", wieviel Wechselgeld er herausgeben muß? Wozu noch Rechtschreiben, wenn heute bereits Sprech-Schreib-Automaten Sprache in Texte verwandeln, wenn die künftige Generation „intelligenter" Computer nach modernen Muster-Erkennungsverfahren sogar Bilder – Fotos oder Personen – identifizieren kann? Wozu Aufsätze schreiben, wenn im Leben (beinahe) nur noch computerlesbare Formblätter auszufüllen sind, angefangen von der Steuererklärung bis zum Multiple-choice-Fragebogen der Führerscheinprüfung oder des Medizinerexamens?

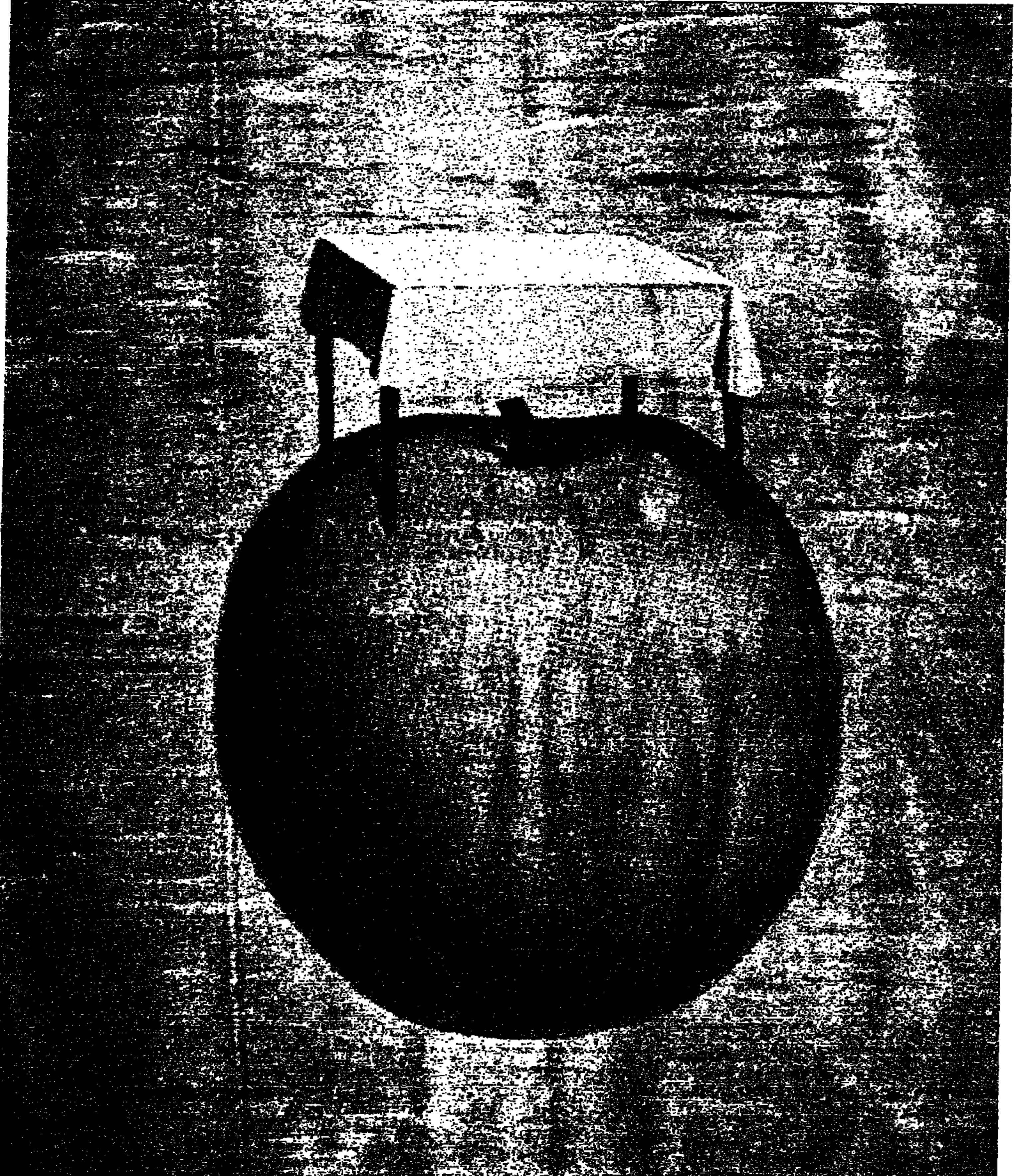
Mit der Überfülle nimmt die Entropie des Wissens zu. Experten behaupten, daß sich die Informationsmenge derzeit alle sechs Jahre verdoppelt. Die stetig expandierende und zugleich sich verzehrende Stoffülle bringt Schulen und Hochschulen, Bildungswesen und Arbeitswelt in Bedrängnis. Wenn Bildung Form ist, geprägte, persönliche Form aus allgemein zugänglichen Erkenntnissen und Erfahrungen, wenn sie „das ist, was übrigbleibt, wenn man alles vergessen hat", dann hat sie es in der Industriegesellschaft schwer, die nötige Form und Festigkeit zu gewinnen. Leicht geht zu einem Ohr hinaus, was zum anderen hineingeht – wie überhaupt der aus Bild- und Tonmedien sprudelnde Informationsfluß die bedächtig lernende und übende, aufs Wort gestellte Schule und Hochschule – und ihre Lehrer – ständig überschwemmt und überholt.

Mit den Wissensformen variieren und wechseln die Lebensformen. Auf der einen Seite eine Fülle neuer Kenntnisse und Erkenntnisse, ein wahrer Spiralnebel der Informationen – auf der anderen Seite die erhöhte Mobilität des Lebens, der Wechsel von Arbeitsplätzen, Wohnstätten, Berufen, Lebensbindungen. Gehen wir nicht heute durch viele Häuser, Einrichtungen, Wohn-, Eß- und Schlafstätten ebenso selbstverständlich hindurch, wie umgekehrt sich unsere Vorfahren von diesen Dingen – Gefügen der Dauer – überholen ließen? Früher menschliches Hand-Werk, das die kurze Lebensspanne einer Generation durch Dauer und Qualität in den Schatten stellte – heute das Leben selbst, das sich gegenüber den wechselnden Schauplätzen, Geräten, Umwelten des Menschen als das mit längerem Atem Dauernde erweist.

Es ist daher kein Wunder, daß heute gerade aus den Bereichen der Bildung, aber auch des Bauens und Wohnens, des sozialen Zusammenlebens der Ruf nach Ordnung und Verstetigung, nach Regeln und Geländern besonders nachdrücklich erschallt. Der abklingenden Stimmung des Dauerexperiments folgt die Sehnsucht nach dem Festen, Fixierbaren auf dem Fuß. Allenthalben Rückgriffe auf alte Substanz, in Schulen, Dörfern, Städten, im religiösen und sozialen Leben.

Überraschend finden sich viele jahrzehntelang ins Abseits des halb Folkloristischen gedrängte Berufe – des Heimatpflegers, Naturschützers, Denkmalpflegers, des Land- und Forstwirts – plötzlich an der Problemfront des Umweltschutzes in neuer avantgardistischer Rolle wieder, so wie in der Politik die klassischen Schutz- und Erhaltungsfunktionen (innere Sicherheit, Landschaftserhaltung, Gesundheitsschutz, Sozialstaat) gegenüber den dynamischen Funktionen (Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Verkehr) neue Bedeutung zurückgewonnen haben.

In all dem liegt, meine ich, noch keine grundsätzliche Verneinung, keine Fundamentalopposition gegen die Industriekultur. Eher handelt es sich um Kompensationen, um Ausgleichsbewegungen. So wie die Ökologie die Ökonomie nicht aufhebt, sondern – in oft hartem Ringen – ergänzt und berichtigt (oder sich von jener ergänzen und berichtigen läßt), so sind auch Stabilisierungs- und Konsolidierungsphasen eine notwendige Ergänzung nach Zeiten des Wachstums, der industriellen Dynamik. Es spricht für die Lebendigkeit einer Industriekultur, daß sie solche Phasen der Selbstkritik und Kurskorrektur kennt: Wäre sie dazu nicht fähig, würde sie in bewußtlosem Aktionismus ersticken.



René Magritte: „Les belles réalités" © 1986 BY COSMOPRESS, GENF

II.

Allein, die Kritik an der Industriekultur geht tiefer. Sie zielt nicht nur gegen ein überhöhtes Maß und Tempo der Veränderung, sie bringt nicht nur – was verdienstlich ist – die Tradition als Element der Humanität ins Spiel. Sie opponiert vielmehr grundsätzlich gegen zentrale Prinzipien der Industriekultur: Wachstum, Leistung, Veränderung, Mobilität. Sie bezieht Position gegen die Leistungsgesellschaft. Damit aber berührt sie Grundlagen der industriellen, der nachrevolutionären Gesellschaft schlechthin. Am deutlichsten wird das heute an der Diskussion über das Leistungsprinzip.

Die Situation ist paradox: Nie hat Leistung im Aufbau der sozialen Ordnung eine ähnliche Rolle gespielt wie heute; nie zugleich war sie so umstritten. Bis heute ist das Leistungsprinzip das zentrale, das architektonische Gliederungs- und Gestaltungsprinzip der Industriekultur. Es ist kaum durch ein anderes zu ersetzen. Und doch werden heute gerade die auf Leistung beruhenden Strukturen unserer Gesellschaft angefochten. Es zeigen sich Rückbewegungen zu quasi-ständischen Autonomien und Immunitäten:

1. Wir erleben heute, wie Großbetriebe, Großverbände, Gewerkschaften und ähnliche Institutionen Schritt um Schritt eigene autonome Strukturen entwickeln, die zwar vom staatlichen Gesetz noch lose umfangen sind, aber in Teilbereichen bereits eine quasi-herrschaftliche Form gewinnen.

Stationen auf diesem Weg sind nicht nur die Tarifautonomie der Sozialpartner und der Fortschritt der Mitbestimmung (keineswegs nur in der Wirtschaft!) – zu denken ist auch an die Schwierigkeit, Unternehmen oberhalb einer bestimmten Größenordnung dem Spiel des Marktmechanismus zu überlassen. Oder man denke an die Struktur von Großbetrieben, an die nötigen Sicherheitsvorkehrungen, an eigene Werksaufsichten, interne Ordnungsdienste, betriebseigene Märkte mit Sondervergünstigungen für die Belegschaft und ähnliches mehr. Es ist schwer, bei all dem nicht an vorindustrielle, mittelalterliche Immunitäten und Exactionen erinnert zu werden.

2. Bürgerinitiativen, gewaltfreie und zum Teil auch gewaltübende Kräfte kämpfen heute zu einem Gutteil – ich wage zu sagen: in der Mehrzahl – nicht für *Veränderungen* im Sinn eines stetig umverteilenden Leistungsprinzips, sondern für *Verstetigung* im Sinn erworbener Rechte (oder dessen, was man dafür hält). Veränderung ist suspekt: Kraftwerke sollen *nicht* gebaut, Bäume *nicht* gefällt, Häuser *nicht* abgerissen, ständische Mitbestimmungsrechte im schulischen und universitären Bereich *nicht* abgebaut werden und so weiter.

Da der Staat in seinen sozialstaatlichen Handlungsfeldern selbst schon das Leistungsprinzip kräftig eingeschränkt, zumindest durch andere Prinzipien (des Sozialen, der Zumutbarkeit et cetera) ergänzt hat, wehrt er sich gegen solche Kräfte oft nur schwach und mit schlechtem Gewissen.

3. Die Schule verdient in diesem Zusammenhang ein eigenes Wort. Sie ist erst in den letzten beiden Jahrhunderten aus einer Standesschule zu einer Leistungsschule geworden – nirgends übrigens so konsequent wie in Frankreich und Deutschland. Soziale Egalität wurde zum neuen Gliederungsprinzip des Bildungswesens. In den Schulen setzte sich auf dem Kontinent – sehr im Unterschied zum angelsächsischen Bildungswesen – demokratische Gleichbehandlung durch.

Heute wird gerade in Schulen und Hochschulen das Leistungsprinzip in Frage gestellt. Ich erinnere an die von vielen Seiten kommenden Einwände gegen die Notengebung, an die publikumswirksame, aber falsche Antithese „Fördern, nicht auslesen!", an das Vordringen des Losverfahrens im Zulassungsrecht. Der Ruf nach gleicher Förderung, unabhängig von Begabung und Leistungsbereitschaft des einzelnen, ist im Lauf der Zeit immer stärker geworden, je mehr sich zeigte, daß Bildungsexpansion nicht nur sozialen Aufstieg fördern, sondern auch sozialen Abstieg bewirken kann.

4. Ähnliches gilt für die Arbeitswelt; doch herrscht hier, im Unterschied zum Bildungswesen, eine schwierige Dialektik. Arbeit wird humanisiert durch Technik; man vergleiche nur die industrielle Fertigung vor 30 Jahren mit der heutigen, aber auch einen Haushalt, eine Küche von heute mit der Zeit unmittelbar vor oder nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlastung von körperlicher Arbeit und entwürdigender Fron ist dank einem universellen Einsatz von Energie weit vorangeschritten, und es ist kein Zweifel, daß eine generelle Energieverweigerung, wie manche Gruppen der Grünen sie wollen, zu allererst die Humanisierung der Arbeitswelt treffen und den Sozialstaat zerstören würde.

Zugleich aber hinterläßt die fortschreitende Entlastung von Arbeit auch Langeweile und Sinnleere. Das unvermittelte Gegenüber von Arbeit und Freizeit, die Einteilung des Lebens in mechanische Ableistung von Arbeit und freigehaltenen Freizeitkonsum wird offensichtlich den Wünschen vieler Menschen nicht gerecht. Ist es nicht paradox und bezeichnend zugleich, daß heute ein großer Teil echter, nämlich freigewählter Arbeitsleistungen gerade in der *Freizeit* erbracht werden und daß keineswegs nur Aussteiger in Landkommunen das Glück gerade in dem suchen, was man einmal „knechtliche Arbeit" nannte: im Säen, Ernten, Mahlen, Backen, Sägen, Pferdestriegeln, Schafwaschen und Melken?

III.

Die Debatte über das Leistungsprinzip ist nur ein Ausschnitt aus dem größeren Komplex des sogenannten „Wertewandels". Seit Ingleharts „Silent Revolution" (1977) geistert der Begriff der „postmateriellen Werte" durch die Diskussion. Das stark gewachsene Interesse an Sicherheit, Freizeit, persönlicher Selbstverwirklichung – auf Kosten der alten „bürgerlichen" Werte Arbeit, Leistung, Wettbewerb, Sparsamkeit, Triebverzicht – hat damit eine schmeichelhafte Selbstkennzeichnung gefunden – eine zu schmeichelhafte, wie mir scheint.

Doch seien wir gerecht: Als Begradigung, als Kurskorrektur kann die Besinnung auf nicht-ökonomische Werte durchaus hilfreich sein. Verabsolutiert man sie jedoch, gerät man leicht in die Nähe des Sektiererischen. Daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, ist eine unentbehrliche Einsicht. Sie besagt aber keineswegs, daß der Mensch auf „Brot" – also Arbeit, Wirtschaft, Leistung, Produktion – gänzlich verzichten könnte; selbst eine „asketische Weltzivilisation" könnte das nicht.

Unsere Analyse müßte an dieser Stelle weiter ausgreifen, müßte die Kritik an anderen Prinzipien der Industriekultur einbeziehen – vom Prinzip der Arbeitsteilung und Spezialisierung bis hin zu den persönlichen Verhaltensmustern der Pflichterfüllung, Sachgerechtigkeit, Pünktlichkeit. Das kann hier nicht geschehen. Doch möchte ich *einen* Strang der Kritik an Technik und industrieller Kultur noch hervorheben: Ich meine die Verneinung der Rationalität als einer zentralen Kategorie des industriellen Systems.

Erste Geschichte: Ein französischer Kollege berichtet erstaunt, daß Studenten oft eine rationale Diskussion mit einem „so what?" abbrechen. Logik interessiere sie nicht mehr. In zunehmendem Maß sehe er sich Gesprächspartnern gegenüber, die den rationalen Dialog bewußt verweigerten. Er schlägt vor, Logik als Schulfach neu einzuführen.

Zweite Geschichte: In einer Synode wird ein Arbeitsausschuß für politische und wirtschaftliche Fragen gebildet. Synodalmitglieder, die für diese Fragen beruflich und wissenschaftlich ausgewiesen sind, stehen zur Verfügung. Sie werden jedoch durch Mehrheitsentscheid ausdrücklich ausgeschlossen, da sie als Fachleute ja „betriebsblind" seien. Statt dessen wird – bewußt – ein Nicht-Fachmann zum Vorsitzenden gewählt. Kommentar der Betroffenen: Wir haben uns disqualifiziert durch Kompetenz.

Dritte Geschichte (sie läuft im Gegensinn): Ein Religionslehrer weigert sich, Noten zu geben oder vielmehr: Er gibt immer die gleichen. Selbst seiner langmütigen Kirche wird das zuviel – sie suspendiert ihn vom Dienst. Prompt wird er bei der Enquetekommission „Ursachen des Jugendprotests" als „Sachverständiger" für Schulfragen einvernommen. *Er* hatte sich qualifiziert durch Inkompetenz.

Spott wäre allzu billig. Jüngste Untersuchungen und Umfragen zeigen nämlich, daß hier nicht ein belangloses Phänomen vorliegt, über das man mit einigen Bemerkungen zur Tagesordnung übergehen könnte. Vielmehr werden hier Veränderungen sichtbar, die das Grundverständnis der Industriekultur betreffen.

IV.

Zuletzt: Welche Lebenserwartungen bleiben der Industriekultur? Wird sie sich am Ende behaupten und weiter entwickeln – trotz aller Probleme der technologischen Revolution, der Umweltbelastung, der Massenarbeitslosigkeit? Oder wird sie kränkeln, dahinvegetieren, notleiden und schließlich zugrunde gehen, weil sie nicht mehr getragen wird von der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung – so wie die technische Kultur der Antike zugrunde ging und für Jahrhunderte vergessen wurde?

Blickt man auf die sachlichen Ergebnisse der Industrialisierung und Technisierung, so muß der Zweifel, der heute vielfach an der Industriekultur geäußert wird, überraschen. Die Geschichte Deutschlands ist seit dem Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert aufs engste mit dem Fortschritt der Technik verbunden. Auch die Entwicklung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen hat, ist undenkbar ohne die motorische Wirkung der naturwissenschaftlichen Forschung, ohne die Entwicklung neuer Technologien und deren innovatorische Nutzung.

Die Sicherung einer ausreichenden Ernährungsbasis für 60 Millionen Menschen, die auf engstem Raum zusammenleben, der Wiederaufbau der gewerblichen Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Auf- und Ausbau der Infrastruktur auf allen Gebieten, vor allem im Bereich von Bildung und Erziehung, Verkehr und Daseinsvorsorge, der Wohlstand und das Vorhandensein sicherer Einkommen in allen Bevölkerungsschichten sowie die Schaffung eines Netzes umfassender sozialer Sicherheit, all das war nur möglich durch konsequente Nutzung und Weiterentwicklung des technischen Fortschritts in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Nur dadurch konnte die Produktivität, das Leistungsergebnis der menschlichen Arbeit, kräftig und dauerhaft erhöht werden. Nur auf der Grundlage hoher und steigender Produktivität der Wirtschaft konnten Fortschritte in sozialen Bereichen, zum Beispiel in der Altersversorgung und im Gesundheitswesen oder bei der Humanisierung der Arbeitsbedingungen, durchgesetzt und finanziert werden – Fortschritte also, die heute von den meisten Bürgern als selbstverständlicher Besitzstand betrachtet werden.

Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß all dies heute keineswegs ausreichend im öffentlichen Bewußtsein gegenwärtig ist. Es wird überlagert von einer Atmosphäre der Angst, des Pessimismus, der Endzeitstimmungen. Nach wie vor funktionieren Wirtschaft, Verwaltung, Politik nach berechenbaren Gesichtspunkten – daß sachliche Fehler und menschliches Versagen vorkommen (und in einer Demokratie auch offen diskutiert und nicht, wie in Diktaturen, unter den Teppich gekehrt werden!), das spricht nicht gegen, sondern für das System. Was mir Sorge macht, ist nicht die Leistungs- und Regenerationsfähigkeit des wirtschaftlichen und politischen Betriebs – sie ist nach wie vor beachtlich –, sondern das breite Echo, das die Fundamentalkritik an der Industriekultur bei vielen, auch bei Gutwilligen, findet.

Die in nächster Zeit zu bewältigenden Aufgaben – von der weiteren Sanierung der Haushalte bis zur Beseitigung prohibitiver Steuern, von der Anregung wirtschaftlicher Eigendynamik bis zur Senkung der Arbeitslosenzahlen, vom Umweltschutz bis zur Wiederherstellung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf vielen Gebieten der Spitzentechnologie – sind wahrlich schwer genug. Zu ihrer Lösung bedarf es nicht der apokalyptischen Verfinsterer, wohl aber der Erklärer, die Zusammenhänge bewußt machen und bemüht sind, das verlorengegangene Vertrauen in die Ratio wiederherzustellen.

Wer sich für die Zukunft der Industriekultur verantwortlich fühlt, der muß heute vor allem für Nüchternheit plädieren. Er darf sich nicht von Stimmungen treiben lassen, er muß Geduld für sorgfältige und realistische Analysen aufbringen. Er muß auch manchmal Mut zum Selbstverständlichen an den Tag legen. Unsere Industriekultur verfügt heute nicht mehr über die werbende Kraft des Wirtschaftsaufschwungs unmittelbar nach dem Krieg. Auch der in unserer Geschichte früher unbekannte Massenwohlstand ist inzwischen selbstverständlich, allzu selbstverständlich geworden. Grund genug, noch deutlicher zu machen als bisher, daß Vernunft und Wissenschaft auch in schwierigen Zeiten verläßliche Begleiter des Menschen bleiben, daß Angst hingegen ein schlechter Ratgeber ist.

Aufklärung und Fortschritt sind nicht überholt; sie haben ihr Werk noch nicht vollendet; sie bleiben aktuell.



Die Kauflustigen halten das Konjunkturrad in Schwung

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Eine Lanze für das dicke Fell

An der Jahreswende pflegt man das Erreichte zu preisen, das Versäumte zu verdrängen und das Notwendige als guten Vorsatz auszugeben. 1987 wird den Deutschen wieder manchen Anlaß geben, der verpaßten Gelegenheit nachzutrauern, sich in Düsternis zu wälzen und – wenn es denn schon nicht zu umgehen ist – verschämt zu lachen.

Das Ausland sieht uns so: bärenstark in vielerlei Hinsicht (zwischen Tennis und Ökonomie), naturbelassen und bierernst. Aber wir sind nicht so, allenfalls sind wir so typisch deutsch wie alle Franzosen feurige Liebhaber, alle Italiener Mafiosi und alle Russen Kasatschok-Tänzer sind. Um die uns betreffenden Vorurteile zu bestätigen, benutzen wir die mediale Ebene. Sie suggeriert ein retuschiertes Selbstbildnis, das es uns erlaubt, so zu sein, wie wir die anderen gern sehen: zufrieden, zuweilen glücklich, mäßig beeindruckt von den Weltläuften, dafür um so mehr vom Libero des Heimatvereins oder von 850 Gramm Essigsäure im Rhein.

Die Politiker, die nach der Feiertagsruhe alsbald wieder jeden erreichbaren Grundsatz beschwören, versichern ständig, sie wollten sensibel sein gegenüber jedweder Entwicklung. Indes: Mit bloßliegendem Nervenkostüm lebt es sich miserabel. Der blasseste Gedanke gerät zum „Theorem", der intellektuelle Magenwind zum Orkan, das Parteiprogramm zur Realität, die Petitesse zum Grundsatz. Die Erregtheit der Sensibelchen ist jedoch artifiziell, denn die Deutschen sind von einer dicken gesellschaftlichen Epidermis umhüllt.

Das muß kein Mangel sein. Denn würden wir uns davon beeindrucken lassen, was morgens in den Rhein gekippt wird, uns mittags bedroht und abends als Katastrophe über den Bildschirm flimmert – wir hätten täglich Anlaß, uns zu entleiben. Aber, potzblitz, so stellt der Zeitgenosse nach Abklingen seiner sensiblen Erregung fest, es gibt sogar Probleme, die lösbar sind!

Die Haut, so belehren uns Mediziner, sei das größte Sinnesorgan des Menschen. So ist das dicke Fell auch des deutschen Menschen von allergrößtem Wert. Es sichert das Überleben. Das sollten jene bedenken, die aller Menschen Nervenenden bloßlegen wollen. Die gesellschaftliche Trübsal ist für die mediale Ebene reserviert, das dicke Fell umhüllt wohlig das private Glück. Vielleicht beginnen die Deutschen das Jahr 1987 deshalb mit einem strotzenden Optimismus.

PETER GILLIES

INHALT

Automobile auf der Luxuswelle 4
Chronik '86 – Gefahren und Grenzen der Technik ..... 6 und 7
Staat sollte Steuerrecht nicht als Lenkrad mißbrauchen 8
Ordnungsrahmen ja, gezielte Industriepolitik nein 9
Ideenreichtum der Banken hat sich bewährt 10
Medizin '86: Hilflosigkeit und Erfolg nahe beieinander 11
Boris Becker und das Problem, für alle der Sieger zu sein 12
Der Auftrieb der Wirtschaft reißt nicht ab 13
Zum 12. Mal in der WELT: Profile der Courage ..... 18 und 19
Rück- und Ausblick: Architektur, Theater, bildende Kunst 20
Kunstmarkt: Deutschlands Versteigerer steigerten sich 21
Traum-Bücher: Gedrucktes über nie Gedrucktes 23

Fotos: Abstede: S.14; AP: S.6 (2), 7, 23; Baumann: S.23; v. Brauchitsch: S.9; Bublitz: S.20; Camera Press: S.18, 19 (2); Darchinger: S.9, 10, 14 (2); dpa: S.2 (2), 3, 6, 7 (2), 10, 12 (2), 19, 20; Europa Press: S.19; Giesen: S.14; Kaiser: S.19; Killon: S.20; Kucharz: S.18; Paitsch: S.23; Poly-Press: S.14 (2); Prange: S.9; Rueb: S.18; Scheben: S.14; Schöring: S.14; Sven Simon: S.14 (2); UPI: S.6
Zeichnungen: Klaus Böhle

Redaktion: Heinz Kluge-Lübke; Dr. Peter Dittmar, Lothar Schmidt-Mühlisch, Karen Söhler, Alfred Starkmann, Harald Watermann.
Layout: Klaus Bertelmann
Fotoredaktion: Hans-W. Höft
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Der Aufschwung in der Bundesrepublik steht nicht auf tönernen Füßen; das Fundament ist vielmehr äußerst solide, wie der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in seinem Gutachten festgestellt hat.

Trotzdem: Gerade aufgrund dieses Gutachtens, das in seiner verbalen Diktion ungewöhnlich optimistisch ist, hat eine Diskussion darüber eingesetzt, ob für Zuversicht überhaupt noch die Zeit ist. Und zwar aufgrund des Umstandes, daß die Fünf Weisen vier Wochen nach den fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten für 1987 mit einer etwas schwächeren Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung im nächsten Jahr rechnen. Mit zwei statt mit drei Prozent oder exakter, wenn auf die Ab- und Aufrundungen verzichtet wird, mit 2,2 statt mit 2,8 Prozent im Jahresvergleich.

Verfügten die Sachverständigen bereits über genauere Informationen, so daß sie etwas Wasser in den Wein gießen mußten? Als dann auch noch die vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes über den Auftragseingang und über die Industrieproduktion hinter dem zurückblieben, was aufgrund der günstigen Sommerergebnisse erwartet werden konnte, bekamen Skeptiker Aufwind. Das Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform, die auf den 1. Januar 1988 terminiert ist, wurde selbst in den Regierungsparteien wieder verstärkt erörtert. Damit sollte der auch von den Instituten prognostizierten leichten Abschwächung des Wachstumstempos in der zweiten Jahreshälfte rechtzeitig begegnet werden.

Bei diesem Gerede ging einiges über Bord, so die Einsicht, daß alle Prognosen in der Grundrichtung übereinstimmen, nämlich darin, daß es weiter bergauf gehen wird, zwar nicht geradlinig und steil, dafür aber unter Schwankungen. „Fortsetzung der Wellblechkonjunktur" nennen die Volkswirte von der Westdeutschen Landesbank das, wobei das Blech nach oben geneigt ist. Andere sprechen von Schwankungen um einen Wachstumspfad, wofür gerade 1986 ein guter Beweis ist.

Auf eine winterliche Schwäche im ersten Quartal folgte im zweiten Vierteljahr eine kräftige Leistungssteigerung, die im Herbst allerdings wieder abflaute. Aufgrund des Kaufkraftgewinns wegen der Steuerreform und des Ölpreisverfalls war für 1986 mit einem Anstieg des Bruttosozialprodukts nach Abzug der Preissteigerungsrate von gut drei Prozent gerechnet worden. Herauskommen dürfte ein Plus von rund 2,5 Prozent, aber eben ein Zuwachs.

Ein Aufschwung ohne Spannungen

Die Umstellung der Wachstumskräfte von der Außen- auf die Binnenwirtschaft funktionierte zunächst nicht so reibungslos wie erwartet. Der Nachfrageausfall aus dem Ausland als Folge der gesunkenen Einnahmen aus dem Export von Öl war unterschätzt worden. Inzwischen hat jedoch vor allem der Konsum an Schwung gewonnen.

„Das gesamtwirtschaftliche Umfeld zeigt, daß der Aufschwung in der Bundesrepublik 1987 ins fünfte Jahr geht", schreibt Otto Schlecht, der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, der dort auch für die Konjunkturbeobachtung zuständig ist. „Eine anhaltend gute Binnenkonjunktur, die ihre Impulse von steigenden Investitionsausgaben und Konsumausgaben erhält, weiter zunehmende Beschäftigung und ein nahezu stabiles Kosten- und Preisniveau" – das sind für den Sachverständigenrat die Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahr.

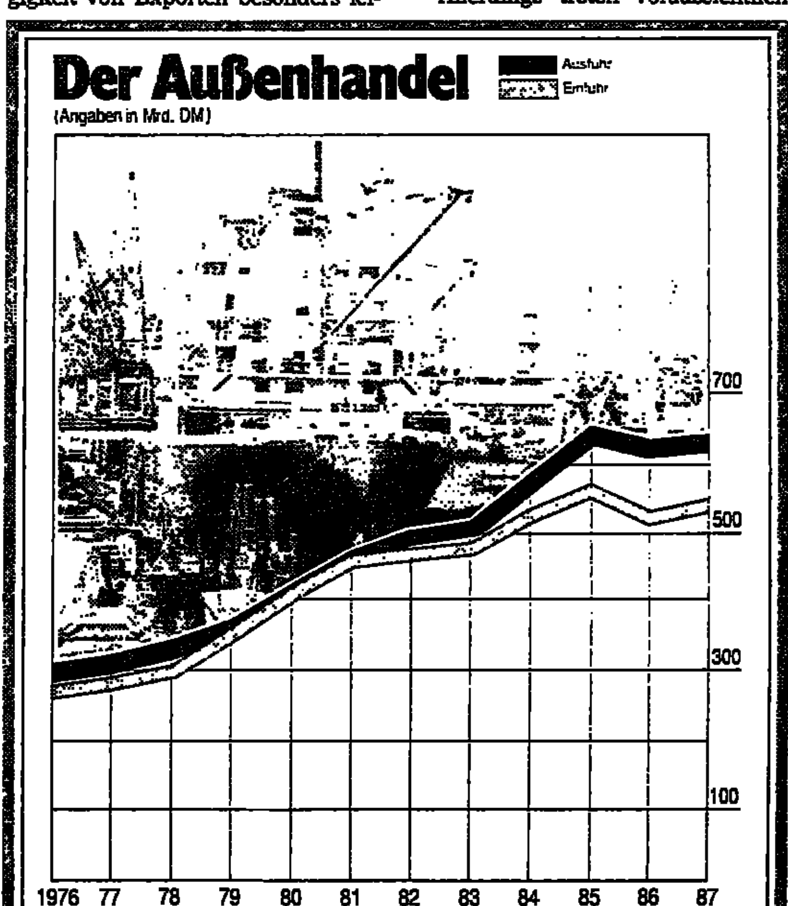
Was noch wichtiger ist: Die Perspektiven sind günstig, daß es nach 1987 noch so weitergeht. Denn: „Im Gegensatz zu früheren Aufschwungperioden verläuft die wirtschaftliche Entwicklung bisher weitgehend spannungsfrei", betont Otto Schlecht. Gravierende Kapazitätsengpässe hat es bisher nicht gegeben, auch nicht den sonst beobachteten Preisanstieg. Daher besteht auch kein Bedarf für ein Eingreifen der Wirtschaftspolitik, um ein Heißlaufen der Auftriebskräfte zu verhindern.

Aber drohen nicht doch Gefahren? Was passiert an der Außenfront, wenn sich die Talfahrt des Dollar fortsetzt, wenn er weiter heruntergeredet wird und es keine Fortschritte bei der Sanierung des amerikanischen Haushaltsdefizits gibt? Kommt es wegen der subventionierten Agrarexporte der Europäischen Gemeinschaft zu Spannungen im atlantischen Verhältnis? Greift der Protektionismus weiter um sich? Eskaliert die Schuldenkrise? Und im Inneren? Was bringt die neue Tarifrunde? Immerhin geht es wieder um die Verkürzung der Arbeitszeit, wegen der es 1984 mehrwöchige Arbeitskämpfe gegeben hatte. Verglichen damit werden von der Geld- und Finanzpolitik keine unvorhersehbaren Überraschungen ausgehen.

Nun ist jede Prognose nur so gut wie die Annahmen, auf denen sie beruht. In den zahlreichen Vorausschätzungen, die in den vergangenen Monaten veröffentlicht wurden, wird in der Regel davon ausgegangen, daß der Dollarkurs auch im nächsten Jahr um die Marke von zwei Mark schwanken wird.

Dafür werden vor allem zwei Argumente ins Feld geführt: Zum einen würde ein weiter sinkender Dollarkurs die Einfuhren der USA verteuern und dadurch die Inflation anheizen. Zum anderen ist eine unter Abwertungsdruck stehende Währung für die Anleger wenig attraktiv, die Vereinigten Staaten sind jedoch zum Ausgleich des Leistungsbilanzdefizits auf Kapitalimporte angewiesen. Daraus wird gefolgert, daß die USA, obwohl ihre Exporte noch nicht so wie erhofft steigen, nicht an einem niedrigeren Dollarkurs interessiert sein können.

Die Gefahr von Eingriffen in den Welthandel, worunter die deutsche Wirtschaft wegen ihrer hohen Abhängigkeit von Exporten besonders leiden würde, ist zwar nicht gebannt. Nachdem aber die neue Liberalisierungsrunde im Welthandel eingeläutet und mit den auf vier Jahre terminierten Verhandlungen begonnen wurde, dürfte es nicht schlimmer als in den vergangenen Jahren kommen.



Ähnliches gilt für die Schuldenkrise. Zwar haben viele Entwicklungsländer noch enorme Schwierigkeiten. Aber die internationale Zusammenarbeit wurde so forciert, daß die Bankensysteme in den Industriestaaten gewappnet zu sein scheinen. Immerhin profitieren auch die Entwicklungsländer, die Erdöl importieren müssen, von den gesunkenen Treibstoffpreisen. Es wird davon ausgegangen, daß sich die Situation auf den internationalen Ölmärkten im nächsten Jahr kaum verändern wird, daß die Preise um die 15 Dollar je Barrel (159 Liter) pendeln.

Für die deutsche Außenwirtschaft folgt daraus, daß die Exporte in die Ölstaaten, obwohl sie sich seit 1982 bereits halbiert haben, weiter lahmen werden. Das dürfte auch für den Osthandel gelten. Wegen der bereits eingetretenen Wechselkursverschiebungen wird zudem der Absatz im Dollarraum schwieriger. In den anderen Industriestaaten, vor allem in der Europäischen Gemeinschaft, wohin nahezu die Hälfte der Ausfuhren fließen, sieht es anders aus. Dort setzt sich die konjunkturelle Erholung fort, was auch die Einfuhren anregt. Zu dieser Nachfrage paßt die deutsche Angebotspalette mit ihren Schwerpunkten bei Investitionsgütern und hochwertigen Gebrauchsgütern.

Wie die Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei 14 000 Unternehmen ergeben hat, rechnen die Firmen jedenfalls nicht mit einem Einbruch im Export, allerdings auch nicht mit neuem Antrieb. Nach einer Stagnation der realen Exporte 1986 erwartet der Sachverständigenrat für das nächste Jahr wieder eine Zunahme um 1,5 Prozent, das Kieler Institut für Weltwirtschaft sogar eine von drei Prozent im Jahresdurchschnitt. Nominal dürften die Zuwächse geringer ausfallen – 1986 wurde sogar ein Rückgang registriert, weil die Exportpreise wegen der Wechselkursverschiebungen unter Druck standen.

Die Einfuhren, die real bereits in diesem Jahr kräftiger als die Ausfuhren gestiegen sind, was durch den kräftigen Rückgang der Importpreise überlagert wurde, werden 1987 mehr als doppelt so stark steigen wie die Exporte. Damit gehen von der Bundesrepublik nicht nur Impulse auf die Weltwirtschaft aus, sondern die hohen Überschüsse in der Handels- und in der Leistungsbilanz dürften sinken. Das ist ein Beitrag zum Abbau der Spannungen in der Weltwirtschaft. Auch dadurch verlieren die amerikanischen Forderungen nach einer Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik an Berechtigung.

Ohnehin wird der Aufschwung in der Bundesrepublik weiterhin von der Binnennachfrage getragen. „Die Schwäche der Exportkonjunktur ist ein Test für die Stärke der Binnenkonjunktur", meint der Sachverständigenrat. Und die Aussichten sind günstig, daß der Test auch bestanden wird.

Auch wenn die Investitionen zuletzt leicht gesunken sind, so signalisieren die Umfragen jedoch für 1987 das Gegenteil. Unter dem Strich dürfte das hohe Tempo dieses Jahres gehalten werden, der Sachverständigenrat rechnet sogar noch mit mehr.

Allerdings treten voraussichtlich Verschiebungen auf. Denn die Industrie hat 1986 sehr hohe Zuwächse ausgewiesen. 1987 wird sie sich etwas zurückhalten – unter anderem, weil die Exporterwartungen gedämpft wurden. Zulegen dürften der Handel und der Dienstleistungsbereich. Auch hier spiegelt sich der Umschwung der Antriebskräfte der Außen- auf die Binnennachfrage wider.

Da die Auslastung der Kapazitäten im Herbst so hoch war wie 1979/80, also auf dem Höhepunkt des vorherigen Aufschwungs, gewinnen Erweiterungsinvestitionen an Gewicht. Das hat sich zum Beispiel auch bei den Umfragen des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung gezeigt. Hier schlägt sich auch nieder, daß sich der Anstieg der Nachfrage in den nächsten Jahren – und nicht nur 1987 – fortsetzen wird. Auch bei den Bauinvestitionen, selbst im Wohnungsbau, dürfte sich eine Trendwende durchgesetzt haben.

Unternehmensgewinne steigen weiter

Zu alldem hat beigetragen, daß die Gewinne der Unternehmen weiter steigen. Zwar dürften die Erlöse im Export leicht schrumpfen, dem stehen jedoch Kostenentlastungen aufgrund der gesunkenen Preise für Rohstoffe und für importierte Vormaterialien gegenüber. Im Gegensatz zu den Vorjahren dürften die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht ganz so kräftig zulegen wie die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

Investitionen in Sachanlagen bleiben auch 1987 rentabler als solche in Finanzanlagen. Damit hat sich die Situation gegenüber der Anfang der achtziger Jahre nachhaltig umgekehrt, damals sanken die Investitionen.

„Durch höhere Investitionen entstehen zusätzliche Arbeitsplätze, und es verbessert sich die Rentabilität der vorhandenen Arbeitsplätze", analysiert der Sachverständigenrat. Ende 1986 dürfte die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 25 000 und die der Selbständigen um 15 000 bis 20 000 höher als vor zwölf Monaten liegen. Auf diese Größenordnung wird die Zunahme auch für 1987 veranschlagt.

Und diese Zunahme findet nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft weitgehend im privaten Sektor statt. Ganz im Gegensatz zum vorherigen Aufschwung, als nur rund 40 Prozent des Beschäftigungszuwachses auf die Industrie und die privaten Dienste entfielen. Damals dominierten der öffentliche Dienst und die Bauwirtschaft aufgrund der expansiven Ausgabenpolitik des Staates.

Trotz dieses respektablen Ergebnisses wird die Zahl der Arbeitslosen nicht in dem Maße zurückgehen. Einmal, weil nach wie vor geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen, und zum anderen, weil viele, gerade Frauen, sich neu bei den Arbeitsämtern melden, da sie jetzt im Zuge des Aufschwungs wieder eine Chance für eine Beschäftigung sehen.

Weniger Spielraum für Lohnerhöhungen

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im nächsten Jahr sinken, wobei die Schätzungen zwischen 70 000 und 100 000 liegen. Zwar noch nicht im Jahresdurchschnitt, aber in einigen Monaten wird die Zahl wieder unter zwei Millionen rutschen.

Allerdings: Gefahren drohen dem Arbeitsmarkt durch die nächste Tarifrunde, in der es auch wieder um die Arbeitszeitverkürzung gehen wird. Der Verteilungsspielraum wird geringer, weil – im Vergleich zu 1986 – die Entlastungen auf der Kostenseite, vor allem durch die gesunkenen Ölpreise, fehlen werden.

Trotzdem „befürchtet" das Kieler Institut, daß die Tarifabschlüsse – die Löhne sind mit reichlich vier Prozent 1986 wesentlich stärker gestiegen als in den vergangenen drei Jahren – auch 1987 in dieser Größenordnung liegen werden. Das deckt sich mit der Annahme des Sachverständigenrates, der von einer Zunahme des Bruttoeinkommens der Arbeitnehmer um 4,5 Prozent ausgeht, wobei hierzu auch die höhere Beschäftigung beiträgt.

Tarifabschlüsse in dieser Größenordnung dürften zu einem leichten Anstieg der Lohnstückkosten führen. Die Folge: Während die Verbraucherpreise 1986 leicht gesunken sind, dürften sie 1987 geringfügig um ein Prozent steigen. Aber auch das bedeutet Preisstabilität.

Die Kaufkraft der Verbraucher wird auch 1987 um drei Prozent zunehmen, die Ausgaben dürften sogar etwas stärker erhöht werden. Der Aufschwung behält damit eine breite Basis, denn auf den privaten Konsum entfällt immerhin mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts.

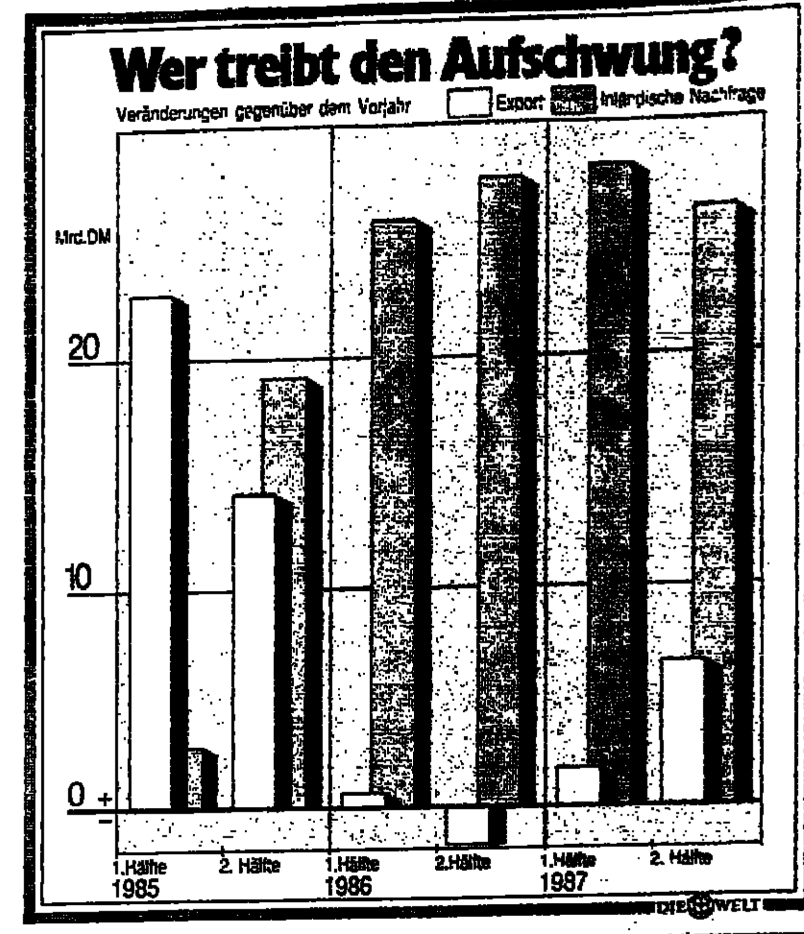
In der politischen Arena gibt es zwar noch den Ruf nach staatlichen Ankurbelungsmaßnahmen. Aber das Echo ist äußerst gering. Es fehlt schlicht an dem Vertrauen, daß durch solche Maßnahmen die Beschäftigung nachhaltig gesteigert werden könnte. Vielmehr hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß der staatliche Einfluß auf die Wirtschaft verringert, der Spielraum für private Initiativen hingegen erweitert werden sollte.

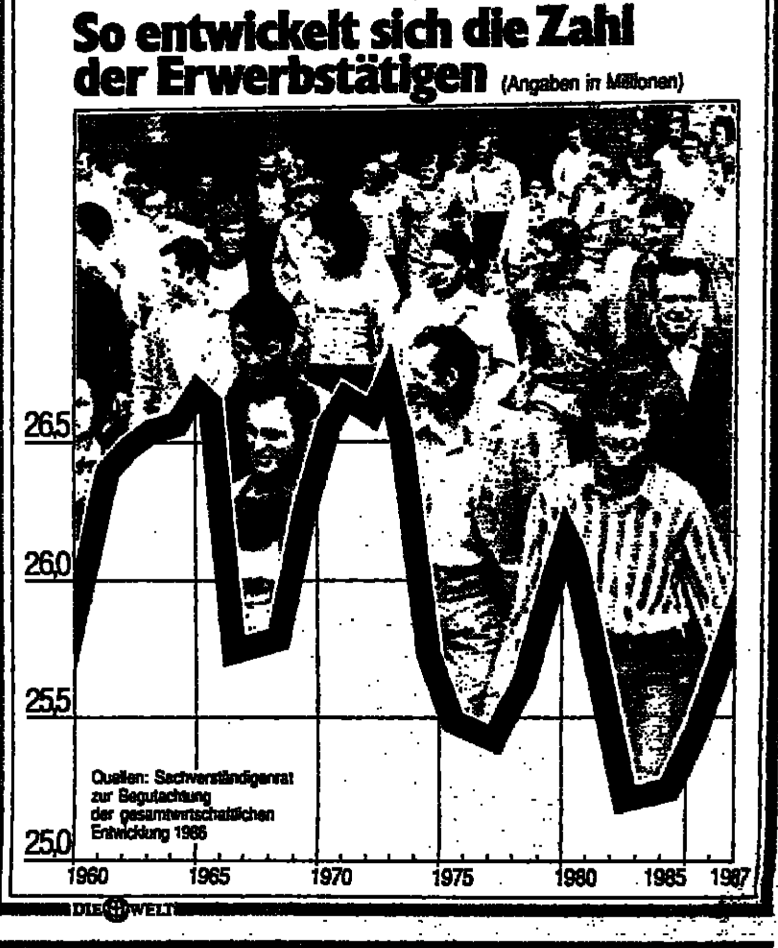
Dieses Ziel steuert auch die Finanzpolitik an. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften werden auch im nächsten Jahr nicht so stark steigen wie das Bruttosozialprodukt. Da die Steuereinnahmen aufgrund der Preisstabilität hinter der Planung zurückbleiben werden, könnte das staatliche Finanzierungsdefizit leicht zunehmen. Trotzdem dürfte 1987 finanzpolitisch im Zeichen der Steuerreform stehen. Zumindest die Eckdaten sollen festgelegt werden. Auch dadurch wird der Freiraum für Konsumenten und Investoren erweitert.

Die günstigen Erwartungen für das nächste Jahr haben sich bereits auf das jüngste Weihnachtsgeschäft ausgewirkt. Der Handel gab sich zufrieden. Das signalisiert aber auch, daß sich die Zukunftserwartungen stabilisiert haben, was sich auch in Umfragen zeigt. Das Vertrauen hat sich gefestigt, daß sich die Wirtschaft auf einem Wachstumspfad befindet, der zwar nicht so steil ist wie in den vergangenen Jahrzehnten, der aber doch deutlich nach oben zeigt.

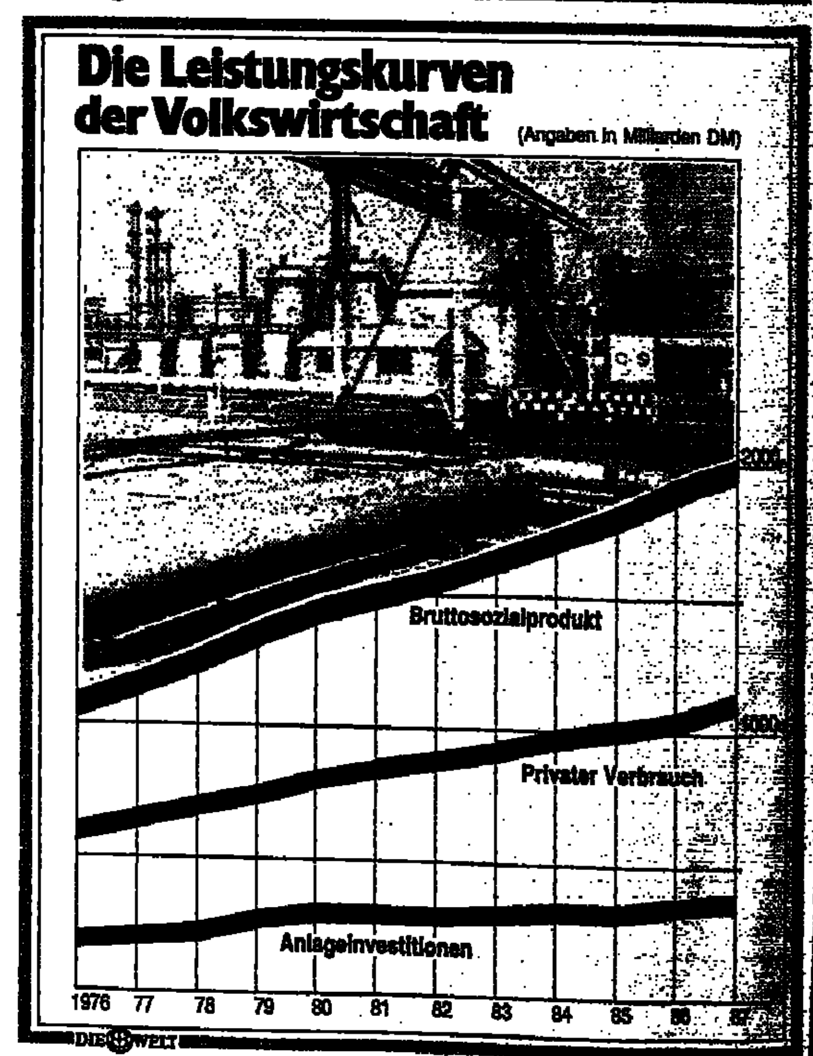
Von Sättigung der Märkte, mit der ein zusätzliches staatliches Engagement gern begründet wurde, ist kaum noch die Rede. Auch nicht von einer mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Zwar sind die deutschen Firmen nicht überall Weltspitze, aber insgesamt können sie sehr wohl mithalten. Und das gilt auch für die Preise.

Das Klima, das Umfeld hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Das ist wichtiger als die Spekulation darüber, ob die Wachstumsrate im nächsten Jahr näher an der Zwei oder näher bei der Drei liegen wird. Die Chancen, daß es auch über das Jahr 1987 hinaus weiter recht günstig laufen wird, sind gut.









Die dreizehn Monate

Von ERICH KÄSTNER

DER JANUAR

*Das Jahr ist klein und liegt noch in der Wiege.
Der Weihnachtsmann ging heim in seinen Wald.
Doch riecht es noch nach Krapfen auf der Stiege.
Das Jahr ist klein und liegt noch in der Wiege.
Man steht am Fenster und wird langsam alt.
Die Amseln frieren. Und die Krähen darben.
Und auch der Mensch hat seine liebe Not.
Die leeren Felder sehnen sich nach Garben.
Die Welt ist schwarz und weiß und ohne Farben.
Und wär so gerne gelb und blau und rot.
Umringt von Kindern wie der Rattenfänger,
tanzt auf dem Eise stolz der Januar.
Der Bussard zieht die Kreise eng und enger.
Es heißt, die Tage würden wieder länger.
Man merkt es nicht. Und es ist trotzdem wahr.
Die Wolken bringen Schnee aus fremden Ländern.
Und niemand hält sie auf und fordert Zoll.
Silvester hörte man's auf allen Sendern,
daß sich auch unterm Himmel manches ändern
und, außer uns, viel besser werden soll.
Das Jahr ist klein und liegt noch in der Wiege.
Und ist doch hunderttausend Jahre alt.
Es träumt von Frieden. Oder träumt's vom Kriege?
Das Jahr ist klein und liegt noch in der Wiege.
Und stirbt in einem Jahr. Und das ist bald.*

DER FEBRUAR

*Nordwind bläst. Und Südwind weht.
Und es schneit. Und taut. Und schneit.
Und indes die Zeit vergeht,
bleibt ja doch nur eins: die Zeit.
Pünktlich holt sie aus der Truhe
falschen Bart und goldnen Kram.
Pünktlich sperrt sie in die Truhe
Sorgenkleid und falsche Scham.
In Brokat und seidnen Resten,
eine Maske vorm Gesicht,
kommt sie dann zu unsren Festen.
Wir erkennen sie nur nicht.
Bei Trompeten und Gitarren
drehn wir uns im Labyrinth
und sind aufgeputzt wie Narren,
um zu scheinen, was wir sind.
Unsre Orden sind Attrappe.
Bunter Schnee ist aus Papier.
Unsre Nasen sind aus Pappe.
Und aus welchem Stoff sind wir?
Bleich, als sähe er Gespenster,
mustert uns Prinz Karneval.
Aschermittwoch starrt durchs Fenster.
Und die Zeit verläßt den Saal.
Pünktlich legt sie in die Truhe
das Vorüber und Vorbei.
Pünktlich holt sie aus der Truhe
Sorgenkleid und Einerlei.
Nordwind bläst. Und Südwind weht.
Und es schneit. Und taut. Und schneit.
Und indes die Zeit vergeht,
bleibt uns doch nur eins: die Zeit.*

DER MÄRZ

*Sonne lag krank im Bett.
Sitzt nun am Ofen.
Liest, was gewesen ist.
Liest Katastrophen.
Springflut und Havarie,
Sturm und Lawinen, –
gibt es denn niemals Ruh
drunten bei ihnen?
Schaut den Kalender an.
Steht drauf: „Es werde!"
Greift nach dem Opernglas.
Blickt auf die Erde.
Schnee vom vergangenen Jahr
blieb nicht der gleiche.
Liegt wie ein Bettbezug
klein auf der Bleiche.
Winter macht Inventur.
Will sich verändern.
Schrieb auf ein Angebot
aus andern Ländern.
Mustert im Fortgehn noch
Weiden und Erlen.
Kätzchen blühn silbergrau.
Schimmern wie Perlen.
In Baum und Krume regt
sich's allenthalben.
Radio meldet schon
Störche und Schwalben.
Schneeglöckchen ahnen nun,
was sie bedeuten.
Wenn du die Augen schließt,
hörst du sie läuten.*

DER APRIL

*Der Regen klimpert mit einem Finger
die grüne Ostermelodie.
Das Jahr wird älter und täglich jünger.
O Widerspruch voll Harmonie!
Der Mond in seiner goldenen Jacke
versteckt sich hinter dem Wolken-Store.
Der Ärmste hat links eine dicke Backe
und kommt sich ein bißchen lächerlich vor.
Auch diesmal ist es dem März geglückt:
Er hat ihn in den April geschickt.
Und schon hoppeln die Hasen,
mit Pinseln und Tuben
und schnuppernden Nasen,
aus Höhlen und Gruben
durch Gärten und Straßen
und über den Rasen
in Stille und Stuben.
Dort legten sie Eier, als ob's gar nichts wäre,
aus Nougat, Krokant und Marzipan.
Der tapferste legt eine Bonbonniere.
Er blickt dabei entschlossen ins Leere.
Bonbonnieren sind leichter gesagt als getan.
Dann geht es ans Malen. Das dauert Stunden.
Dann werden noch seidene Schleifen gebunden.
Und Verstecke gesucht. Und Verstecke gefunden:
Hinterm Ofen, unterm Sofa,
in der Wanduhr, auf dem Gang,
hinterm Schuppen, unterm Birnbaum
in der Standuhr, auf dem Schrank.
Da kräht der Hahn den Morgen an!
Schwupp, sind die Hasen verschwunden.
Ein Giebelfenster erglänzt im Gemäuer.*

Der Auftrag kam von einer Zeitschrift: Erich Kästner (1899–1977) sah sich mit der Aufgabe konfrontiert, in sechswöchigem Vorgriff den Lauf eines Jahres in Verse zu fassen. Er konnte nicht nach der Natur arbeiten, war auf seine Erinnerung angewiesen und darauf sollte, wie sich bald herausstellte, kein Verlaß sein. Was blieb Kästner übrig, als sich zu besinnen. Die hier gesammelten Gedichte schrieb ein Großstädter für Großstädter.

*Am Gartentor lehnt und gähnt ein Mann.
Über die Hänge läuft grünes Feuer
die Büsche entlang und die Pappeln hinan.
Der Frühling, denkt er, kommt also auch heuer.
Er spürt nicht Wunder, noch Abenteuer,
weil er sich nicht mehr wundern kann.
Liegt dort nicht ein kleiner Pinsel im Grase?
Auch das kommt dem Manne nicht seltsam vor.
Er merkt gar nicht, daß ihn ein Osterhase auf dem Heimweg verlor.*

DER MAI

*Im Galarock des heiteren Verschwenders,
ein Blumenzepter in der schmalen Hand,
fährt nun der Mai, der Mozart des Kalenders,
aus seiner Kutsche grüßend, über Land.
Es überblüht sich, er braucht nur zu winken.
Er winkt! Und rollt durch einen Farbenhain.
Blaumeisen flattern ihm voraus und Finken.
Und Pfauenaugen flügeln hinterdrein.
Die Apfelbäume hinterm Zaun erröten.
Die Birken machen einen grünen Knicks.
Die Drosseln spielen, auf ganz kleinen Flöten,
das Scherzo aus der Symphonie des Glücks.
Die Kutsche rollt durch atmende Pastelle.
Wir ziehn den Hut. Die Kutsche rollt vorbei.
Die Zeit versinkt in einer Fliederwelle.
O, gäb es doch ein Jahr aus lauter Mai!
Melancholie und Freude sind wohl Schwestern.
Und aus den Zweigen fällt verblühter Schnee.
Mit jedem Pulsschlag wird aus Heute Gestern.
Auch Glück kann weh tun. Auch der Mai tut weh.
Er nickt uns zu und ruft: „Ich komm ja wieder!"
Aus Himmelblau wird langsam Abendgold.
Er grüßt die Hügel, und er winkt dem Flieder.
Er lächelt. Lächelt. Und die Kutsche rollt.*

DER JUNI

*Die Zeit geht mit der Zeit: Sie fliegt.
Kaum schrieb man sechs Gedichte,
ist schon ein halbes Jahr herum
und fühlt sich als Geschichte.
Die Kirschen werden reif und rot,
die süßen wie die sauern.
Auf zartes Laub fällt Staub, fällt Staub,
so sehr wir es bedauern.
Aus Gras wird Heu. Aus Obst Kompott.
Aus Herrlichkeit wird Nahrung.
Aus manchem, was das Herz erfuhr,
wird, bestenfalls, Erfahrung.
Es wird und war. Es war und wird.
Aus Kälbern werden Rinder
und, weil's zur Jahreszeit gehört,
aus Küssen kleine Kinder.
Die Vögel füttern ihre Brut
und singen nur noch selten.
So ist's bestellt in unsrer Welt,
der besten aller Welten.
Spät tritt der Abend in den Park,
mit Sternen auf der Weste.
Glühwürmchen ziehn mit Lampions
zu einem Gartenfeste.
Dort wird getrunken und gelacht.
In vorgerückter Stunde
tanzt dann der Abend mit der Nacht
die kurze Ehrenrunde.
Am letzten Tische streiten sich
ein Heide und ein Frommer,
ob's Wunder oder keine gibt.
Und nächstens wird es Sommer.*

DER JULI

*Still ruht die Stadt. Es wogt die Flur.
Die Menschheit geht auf Reisen
oder wandert sehr oder wandelt nur.
Und die Bauern vermieten die Natur
zu sehenswerten Preisen.
Sie vermieten den Himmel, den Sand am Meer,
die Platzmusik der Ortsfeuerwehr
und den Blick auf die Kuh auf der Wiese.
Limousinen rasen hin und her
und finden und finden den Weg nicht mehr
zum verlorenen Paradiese.
Im Feld wächst Brot. Und es wachsen dort
auch die künftigen Brötchen und Brezeln.
Eidechsen zucken von Ort zu Ort.
Und die Wolken führen Regen an Bord
und den spitzen Blitz und das Donnerwort.
Der Mensch treibt Berg- und Wassersport
und hält nicht viel von Rätseln.
Er hält die Welt für ein Bilderbuch
mit Ansichtskartenserien.
Die Landschaft belächelt den lauten Besuch.
Sie weiß Bescheid.
Sie weiß, die Zeit
überdauert sogar die Ferien.
Sie weiß auch: Einen Steinwurf schon
von hier beginnt das Märchen.
Verborgen im Korn, auf zerdrücktem Mohn,
ruht ein zerzaustes Pärchen.
Hier steigt kein Preis, hier sinkt kein Lohn.
Hier steigen und sinken die Lerchen.
Das Mädchen schläft entzückten Gesichts.
Die Bienen summen zufrieden.
Der Jüngling heißt, immer noch, Taugenichts.
Er tritt durch das Gitter des Schattens und Lichts
in den Wald und zieht, durch den Schluß des Gedichts,
wie in alten Zeiten gen Süden.*

DER AUGUST

*Nun hebt das Jahr die Sense hoch
und mäht die Sommertage wie ein Bauer.
Wer sät, muß mähen.
Und wer mäht, muß säen.
Nichts bleibt, mein Herz. Und alles ist von Dauer.
Stockrosen stehen hinterm Zaun
in ihren alten, brüchigseidnen Trachten.
Die Sonnenblumen, üppig, blond und braun,
mit Schleiern vorm Gesicht, schaun aus wie Frau'n,
die eine Reise in die Hauptstadt machten.
Wann reisten sie? Bei Tage kaum.
Stets leuchteten sie golden am Stakete.
Wann reisten sie? Vielleicht im Traum?
Nachts, als der Duft vom Lindenbaum
an ihnen abschiedssüß vorüberwehte?
In Büchern liest man groß und breit,
selbst das Unendliche sei nicht unendlich.
Man dreht und wendet Raum und Zeit.
Man ist gescheiter als gescheit, –
das Unverständliche bleibt unverständlich.
Ein Erntewagen schwankt durchs Feld.
Im Garten riecht's nach Minze und Kamille.
Man sieht die Hitze. Und man hört die Stille.
Wie klein ist heut die ganze Welt!
Wie groß und grenzenlos ist die Idylle . . .
Nichts bleibt, mein Herz. Bald sagt der Tag Gutnacht.
Sternschnuppen fallen dann, silbern und sacht,
ins Irgendwo, wie Tränen ohne Trauer.
Dann wünsche deinen Wunsch, doch gibt gut acht!
Nichts bleibt, mein Herz. Und alles ist von Dauer.*

DER SEPTEMBER

*Das ist ein Abschied mit Standarten
aus Pflaumenblau und Apfelgrün.
Goldlack und Astern flaggt der Garten,
und tausend Königskerzen glühn.
Das ist ein Abschied mit Posaunen,
mit Erntedank und Bauernball.
Kuhglockenläutend ziehn die braunen
und bunten Herden in den Stall.
Das ist ein Abschied mit Gerüchen
aus einer fast vergessenen Welt.
Mus und Gelee kocht in den Küchen.
Kartoffelfeuer qualmt im Feld.
Das ist ein Abschied mit Getümmel,
mit Huhn am Spieß und Bier im Krug.
Luftschaukeln möchten in den Himmel.
Doch sind sie wohl nicht fromm genug.
Die Stare gehen auf die Reise.
Altweibersommer weht im Wind.
Das ist ein Abschied laut und leise.
Die Karussels drehn sich im Kreise.
Und was vorüber schien, beginnt.*

DER OKTOBER

*Fröstelnd geht die Zeit spazieren.
Was vorüber schien, beginnt.
Chrysanthemen blühn und frieren.
Fröstelnd geht die Zeit spazieren.
Und du folgst ihr wie ein Kind.
Geh nur weiter. Bleib nicht stehen.
Kehr nicht um, als sei's zuviel.
Bis ans Ende mußt du gehen.
Hadre nicht mit den Alleen.
Ist der Weg denn schuld am Ziel?*

Bitte blättern Sie um



Fortsetzung: Die dreizehn Monate

Geh nicht wie mit fremden Füßen,
und als hätt'st du dich verirrt.
Willst du nicht die Rosen grüßen?
Laß den Herbst nicht dafür büßen,
daß es Winter werden wird.
An den Wegen, in den Wiesen
leuchten, wie auf grünen Fliesen,
Bäume bunt und blumenschön.
Sind's Buketts für sanfte Riesen?
Geh nur weiter. Bleib nicht stehn.
Blätter tanzen sterbensheiter
ihre letzten Menuetts.
Folge folgsam dem Begleiter.
bleib nicht stehen. Geh nur weiter.
Denn das Jahr ist dein Gesetz.
Nebel zaubern in der Lichtung
eine Welt des Ungefährs.
Raum wird Traum. Und Rauch wird Dichtung.
Folg der Zeit. Sie weiß die Richtung.
„Stirb und werde!" nannte er's.

DER NOVEMBER

Ach, dieser Monat trägt den Trauerflor . . .
Der Sturm ritt johlend durch das Land der Farben.
Die Wälder weinten. Und die Farben starben.
Nun sind die Tage grau wie nie zuvor.
Und der November trägt den Trauerflor.
Der Friedhof öffnete sein dunkles Tor.
Die letzten Kränze werden feilgeboten.
Die Lebenden besuchen ihre Toten.
In der Kapelle klagt ein Männerchor.
Und der November trägt den Trauerflor . . .
Was man besaß, weiß man, wenn man's verlor.
Der Winter sitzt schon auf den kahlen Zweigen.
Es regnet. Freunde, und der Rest ist Schweigen.
Wer noch nicht starb, dem steht es noch bevor.
Und der November trägt den Trauerflor . . .

DER DEZEMBER

Das Jahr ward alt. Hat dünnes Haar.
Ist gar nicht sehr gesund.
Kennt seinen letzten Tag, das Jahr.
Kennt gar die letzte Stund.
Ist viel geschehn. Ward viel versäumt.
Ruht beides unterm Schnee.
Weiß liegt die Welt, wie hingeträumt.
Und Wehmut tut halt weh.
Noch wächst der Mond. Noch schmilzt er hin.
Nichts bleibt. Und nichts vergeht.
Ist alles Wahn. Hat alles Sinn.
Nützt nichts, daß man's versteht.
Und wieder stapft der Nikolaus
durch jeden Kindertraum.
Und wieder blüht in jedem Haus
der goldengrüne Baum.
Warst auch ein Kind. Hast selbst gefühlt,
wie hold Christbäume blühn.
Hast nun den Weihnachtsmann gespielt
und glaubst nicht mehr an ihn.
Bald trifft das Jahr der zwölfte Schlag.
Dann dröhnt das Erz und spricht:
„Das Jahr kennt seinen letzten Tag,
und du kennst deinen nicht."

DER DREIZEHNTE MONAT

Wie säh er aus, wenn er sich wünschen ließe?
Schaltmonat wär? Vielleicht Elfember hieße?
Wem zwölf genügen, dem ist nicht zu helfen.
Wie säh er aus, der dreizehnte von zwölfen?
Der Frühling müßte blühn in holden Dolden.
Jasmin und Rosen hätten Sommerfest.
Und Äpfel hingen, mürb und rot und golden.
im Herbstgeäst.
Die Tannen träten unter weißbeschneiten
Kroatenmützen aus dem Birkenhain
und kauften auf dem Markt der Jahreszeiten
Maiglöckchen ein.
Adam und Eva lägen in der Wiese.
Und liebten sich in ihrem Veilchenbett,
als ob sie niemand aus dem Paradiese
vertrieben hätt.
Das Korn wär gelb. Und blau wären die Trauben.
Wir träumten, und die Erde wär der Traum.
Dreizehnter Monat, laß uns an dich glauben!
Die Zeit hat Raum!
Verzeih, daß wir so kühn sind, dich zu schildern.
Der Schleier weht. Dein Antlitz bleibt verhüllt.
Man macht, wir wissen's, aus zwölf alten Bildern
kein neues Bild.
Drum schaff dich selbst! Aus unerhörten Tönen!
Aus Farben, die kein Regenbogen zeigt!
Plündre den Schatz des ungeschehen Schönen!
Du schweigst? Er schweigt.
Es tickt die Zeit. Das Jahr dreht sich im Kreise.
Und werden kann nur, was schon immer war.
Geduld, mein Herz. Im Kreise geht die Reise.
Und dem Dezember folgt der Januar.

Auch die Automobile rollen auf der Luxuswelle

Von HEINZ HORRMANN

Der Wunsch war oft Vater des Gedankens, wenn Automobilmanager am Jahresende Prognosen zu den Erfolgsaussichten ihrer Marke im kommenden Jahr abgaben. Bei den glänzenden Perspektiven, die Opel-Vorstandsvorsitzender Dr. Horst W. Herke im Hinblick auf 1987 für die Branche sieht – nämlich das beste Automobiljahr aller Zeiten – handelt es sich einmal nicht um Zweckoptimismus, sondern um realistische Kalkulation. Nach dem diesjährigen Rekordergebnis rechnen auch alle anderen Fahrzeughersteller mit einem anhaltenden Höhenflug, Verkaufsrekorden und Neueinstellungen. Opel machte den Anfang und schuf für den Omega 300 zusätzliche Arbeitsplätze.

Von den deutschen Unternehmen mußten lediglich BMW und Porsche 1986 Rückgänge auf dem Inlandsmarkt in Kauf nehmen, doch ihre glänzenden Exportergebnisse brachten auch diese Marken auf die Gewinnerseite. Mit ihren attraktiven neuen Modellreihen, der 7er-Serie bei BMW und den 928-S4-Modellen bei Porsche, soll 1987 der gutbetuchte deutsche Autofahrer gezielt angesprochen werden.

Technisch gesehen galt der Jahrgang '86 als einer der besten der Nachkriegszeit. Der neue Audi 80, der Opel Omega, BMWs 7er-Serie sind Spitzenerzeugnisse, die nicht so häufig innerhalb eines Zeitjahres zusammenkommen. Die Autosaison 1987, das steht schon jetzt fest, wird zumindest ebenso viele Höhepunkte bringen wie das Vorjahr. Mehrheitlich zur Frankfurter IAA im September werden wichtige Neuheiten der deutschen Autoindustrie vorgestellt.

So das große Audi 300 Coupé mit einem 3,6-Liter-Achtzylinder in der Prestigeklasse, der Ford Sierra als Stufenheckauto, die neue 5er-Reihe der Bayerischen Motoren Werke, der Zwölfzylinder im 750i und die komplett neuen Volkswagen-Modelle. Der Passat, der nächstes Jahr vorgestellt, aber erst 1988 ausgeliefert wird, hat einen Quermotor, die rundliche Form des neuen Audi 80 und läuft werksintern unter der Bezeichnung „B-3". Dann schicken die Wolfsburger ein Sportcoupé auf die Straße, das als Nachfolger des Scirocco geplant war, durch extrem aufwendige Technik (Syncro-Allrad, ABS, Vierventilmotor) den Preisrahmen sprengte und nun als eigenständiger Typ vorgestellt wird.

Daimler-Benz präsentiert endgültig auf dem Genfer Salon im März '87 das neue Mittelklasse-Coupé und später den 300 E als Vierventilmodell.

All diese Fahrzeuge von hohem technologischen Wert müssen weder die Konkurrenz aus Japan und Südkorea noch die der europäischen Mitbewerber fürchten. Nachdrücklich wird aber auch der Trend „größer, schneller, aufwendiger und zwangsläufig auch teurer" erneut unterstrichen. Die kleinen Klassen werden mehr und mehr kampflos aufgegeben und den Franzosen, Italienern und Japanern überlassen.

Opel startet neben den Großen, Senator und Monza, 1987 die gewaltigste Imagekampagne in der Geschichte des Unternehmens. Mit dem Heranrücken an den publikumswirksamen Sport will man endgültig das Hosenträgerbild auslöschen. Die Rüsselsheimer Autos sind modern, pfiffig gestylt und schnell, doch das Ansehen ist immer noch gering.

Darum verpflichtete sich die GM-Tochter, wieder bei der Rallye-Weltmeisterschaft zu starten, sponsert im Tennisbereich den Daviscup, Steffi Graf, Europas beste Tennisspielerin, das Tennis-Nationalteam (Federation Cup Team) und Bundesliga-Fußballer wie die vom VFL Bochum. Ein Paket in zweistelliger Millionenhöhe.

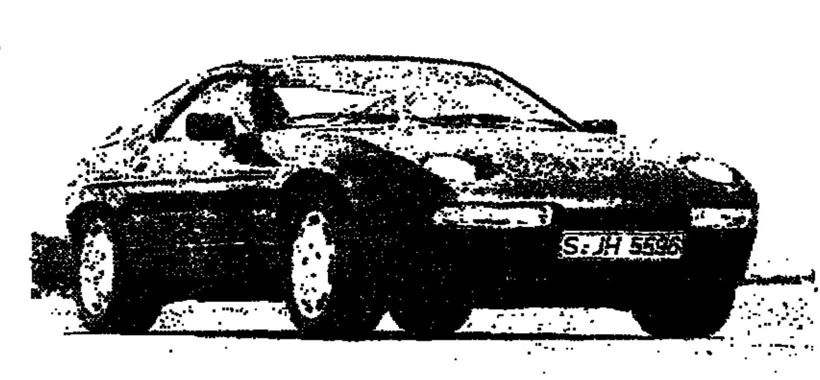
Auch die internationale Konkurrenz schläft nicht. Eine Flut von Neuheiten rollt bereits als getarnte Prototypen im Test. So der große Alfa Romeo 164, das letzte Ergebnis der Gemeinschaftsproduktion mit Saab, Fiat und Lancia. Die Briten versuchen eine Neuauflage des Minis: Der Super Metro von British Leyland wird der Konkurrent des Citroën AX, des originellen Enten-Nachfolgers. Fiat versucht ab dem Herbst 1987 Golf, Escort und Kadett Konkurrenz zu machen. Der Ritmo II ist produktionsfertig.

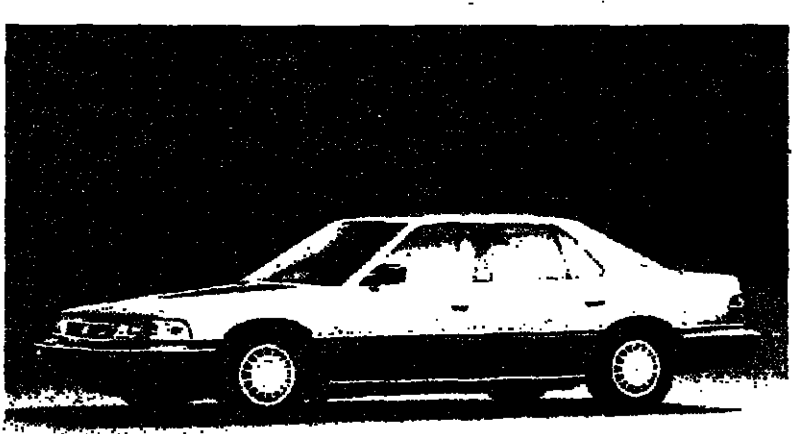
Die Japaner, die 15,1 Prozent Marktanteile in der Bundesrepublik erreicht haben, wollen zukünftig noch mehr verkaufen. Die Hersteller aus Fernost visieren jetzt vor allem die von den Deutschen beherrschte Oberklasse an.

Im Februar kommt der „japanische Mercedes" nach Deutschland, der Honda Legend mit 175 PS. Mazda bringt den neuen 929 bereits im Frühjahr und Toyota hat sein Familienauto Camry mit Vierventiltriebwerk fertig. 1987 – das wird ein Gerangel in der oberen Mittelklasse, denn auch Peugeot versucht mit der jüngsten Entwicklung, dem 405, den Erfolg des attraktiven Kompaktwagens 205 zu wiederholen.

Die Amerikaner, bisher wegen ihrer technologisch rückständigen Fahrzeuge belächelt, möchten sich in den klassischen Autoländern der Alten Welt ebenfalls neue Absatzmöglichkeiten sichern. So hat der größte US-Autokonzern General Motors einen Vertrag mit der italienischen Edelmarke Pininfarina geschlossen und will im nächsten Jahr das sportliche Modell Cadillac Allante auch in Deutschland verkaufen.

Unabhängig von Markengerangel und Modellwettbewerb wird sich das Verhältnis Benziner zu Dieselfahrzeugen wieder normalisieren. In der jüngsten Unsicherheitsphase über die Schadstoffvorschriften hatte ein Run auf Dieselautos eingesetzt, und die Marktanteile waren zeitweise auf 30 Prozent aller Neuzulassungen geklettert. Doch in der Zukunft wird sich ihr Anteil zwischen 22 und 24 Prozent einpendeln.





Die Branche erwartet für 1987 das beste Automobiljahr aller Zeiten: Die neuen Modelle von Porsche (oben) und Honda

Die Konsumlust läßt nicht nach

Von JOACHIM GEHLHOFF

Manchmal klang es schon wie das ängstliche Singen im finsteren Walde, wenn die Vorstände der seit gut einem Jahrzehnt von der Konjunktursonne nur noch karg beschienenen vier deutschen Warenhauskonzerne unbeirrt die alte Erfahrungsregel verkündeten: Steige das Nettoeinkommen der Verbraucherscharen wieder nennenswert, werde der Warenhausumsatz davon überproportional profitieren. Denn nirgendwo sonst sei die Kauf-Erlebniswelt auch nur halbwegs so reizvoll.

Prächtig hat das alte Jahr diese alte Regel bestätigt. Nur auf den ersten Blick „gerade durchschnittlich" zur Entwicklung des gesamten Einzelhandels nimmt sich das Umsatzplus von etwa drei Prozent aus, mit dem dieses Quartett der ehrwürdigen Handelsriesen, das 1985 selbst im nominalen Umsatz noch Stagnation erlebte, aus 1986 herausgekommen ist. Ohne die radikale Strukturbereinigung bei dem Hertie-Familienkonzern (fast sechs Prozent 1986er Umsatzminus), liegt die Plusrate des Warenhausumsatzes erstmals wohl wieder über dem gleichfalls schön gebesserten Einzelhandelsdurchschnitt.

Kein Zweifel, daß die drei börsennotierten Konzerne Karstadt, Kaufhof und Horten diese für die Aktionäre erfreuliche Konsequenz bald mit der Vorlage ihrer 1986er Bilanzen demonstrieren werden. Beim Hertie-Konzern, 1986 aus der Schließung von 13 seiner zuvor 75 Häuser unter anderem mit hohen Sozialplankosten (105 Millionen Mark für 3000 ausgeschiedene Mitarbeiter) belastet, wird's auf dem Weg zur für 1988 angepeilten Rückkehr in die Gewinnzone wenigstens zur Reduzierung der hohen Verlustabschlüsse reichen.

Kaum ein Zweifel auch, daß sich diese positive Tendenz der Warenhausentwicklung 1987 fortsetzen wird. Denn trotz eines flaueren Exportgeschäfts werden die Masseneinkommen voraussichtlich abermals um bis zu fünf Prozent steigen.

Das Gerede von einer „Warenhauskrise", häufig Begleiterscheinung des über ein Jahrzehnt lang rückläufigen Warenhausanteils am gesamten Einzelhandelsumsatz, sei ohnehin „schlichtweg falsch", sagen selbstbewußt führende Manager der Branche. Stolz verweisen sie darauf, daß die zwei Branchengrößten Karstadt und Kaufhof über drei Jahrzehnte hinweg nie Verluste auswiesen und nie weniger als mindestens sechs Mark oder zwölf Prozent Dividende zahlten. Solche Leistungsbilanz könnten nur wenige deutsche Unternehmen aufweisen.

Die wirtschaftliche Basis solchen Stolzes ist nicht zuletzt der bei den zumeist schon mehr als hundertjährigen Warenhausunternehmen große Substanzreichtum an Grundstücken in besten und allerbesten Citylagen. An diesen (in den Bilanzen nicht sichtbaren) Milliardenschätzen gemessen, sind die seit Beginn der 70er Jahre so rasant vorangekommenen Billigpreiskonkurrenten von Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese bis zu den Discountketten, die vorwiegend in gemieteten Immobilien ihr bedienungsarmes Geschäft betreiben, allesamt arme Schlucker.

Doch dies und die seit 1986 zu registrierende Renaissance des Warenhausgeschäfts ändern nichts daran, daß die Warenhauskonzerne ihre wahren Wachstumschancen längst außerhalb des traditionellen Stammgeschäfts suchen. Seit Jahren bestimmen Diversifikationsschritte in neue Wachstumsfelder, von verwandten Handelszweigen bis zu Dienstleistungen, die Konzernstrategie.

Manchmal glückt das schnell, öfter erst langsam oder nie. Zumal im Rückblick auf die beiden letzten Jahre, mit Hortens Dividendenausfall wegen mißglückter Diversifikation als spektakulärstem Beispiel, ist die Zahl der gescheiterten Versuche im Neuland größer als die der gelungenen. Reich an Substanz und Finanzkraft werden die Warenhauskonzerne diesen Expansionsweg gleichwohl weitergehen. Aber auf Jahre hinaus bestimmt offenbar das Warenhausgeschäft das Gros ihrer Ertragskraft.

Immer mehr Deutsche treibt es über den Atlantik

Von THORSTEN PETER

Die Pioniere der weißen Branche sind unermüdlich, immer unterwegs auf der Suche nach neuen attraktiven Reisezielen. Auch in Zeiten, in denen die Programme der Reiseveranstalter möglichst ohne große Experimente stromlinienförmig zusammengestellt werden, um Flops bei den offerierten Zielen auszuschließen, finden sich doch immer wieder neue touristische Destinationen in den gängigen Erfolgsländern, sowie Inseln und Landstriche in fernen Kontinenten, die bisher höchstens Individualisten auf eigene Faust bereist haben.

So haben diese „Pfadfinder" der Reiseunternehmen in den letzten Monaten die Voraussetzung geschaffen, daß schon 1987 Tausende Pauschal-Touristen auf silbernen Schwingen den Spuren der Entdecker im Pazifik, in Süd- und Mittelamerika sowie Fernost folgen können. Im nächsten Jahr sind Fernreisen Trumpf!

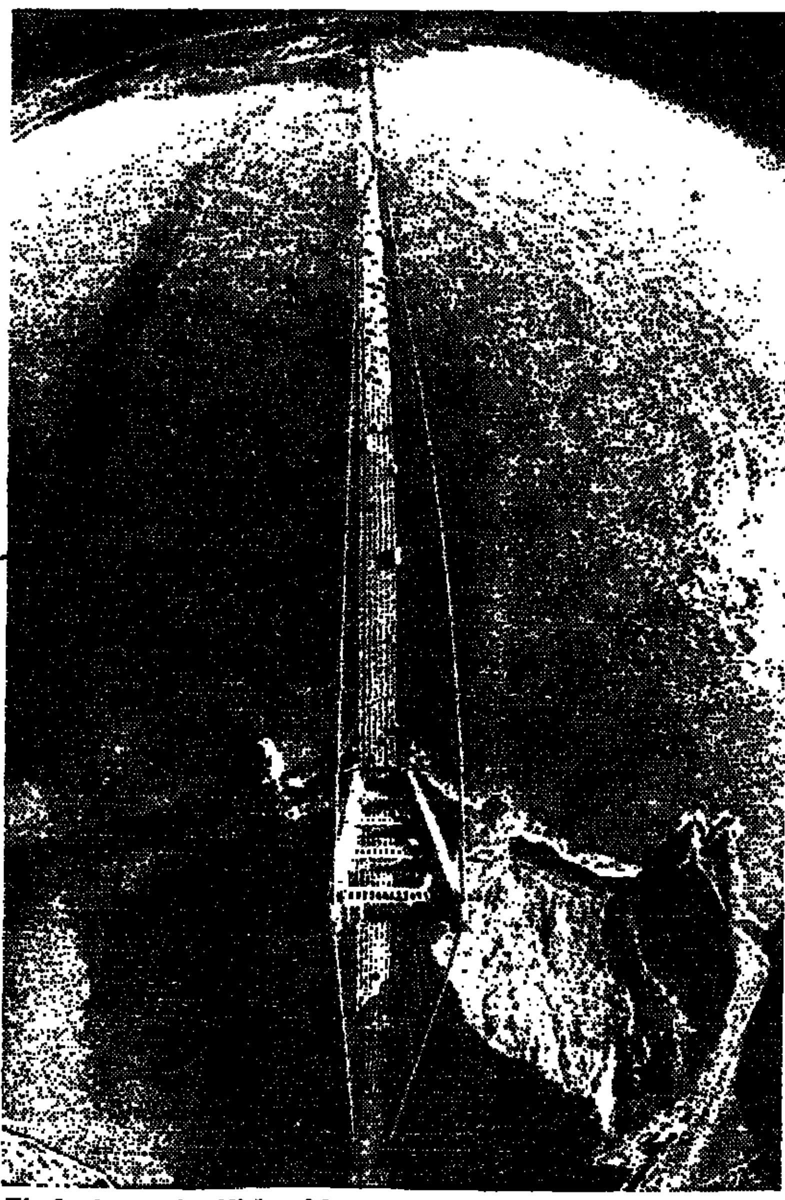
Mehr Bundesbürger denn je werden Amerika, das Traumreiseland der Deutschen, besuchen. Wenn der Dollar preiswert bleibt, rechnet man mit einer Steigerung von 25 Prozent zu 1986 und einer Gesamtzahl von rund einer Million. Das Deutsche Reisebüro (DER), Marktführer für USA-Urlaub, ist für den Boom gerüstet: 1987 werden 1534 Charterflüge nach USA und 245 nach Kanada veranstaltet. Flüge an die beliebte Westküste sind billiger geworden, Flüge an die Ostküste sind in der Hochsaison etwa preisgleich mit 1986, in der Vor- und Nachsaison jedoch im Durchschnitt etwas preiswerter.

Auch die Karibischen Inseln und die Bahamas, jahrzehntelang Fernurlaubsträume schlechthin, dann aber wegen zu hoher Kosten fast vergessen, wurden neu entdeckt und erleben schon für die Wintersaison eine starke Nachfrage.

Selbst abgelegene Plätze, die noch ein Hauch des Geheimnisvollen umgibt, so die Osterinseln, Tahiti oder Fidschis, rücken verstärkt ins Blickfeld. Der für Privatreisende so günstige Dollarwechselkurs macht auch das Ausgefallene erschwinglich.

Bei den jungen Leuten, die langsam in die Altersstufe der höchsten Reiseintensität hineinwachsen, ist das Fernweh besonders groß. Meinungsforscher haben die Lust auf touristische Aktivitäten in Zahlen gefaßt. Danach haben sechs von zehn Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren im vergangenen Jahr eine Ferienreise ins Ausland unternommen. 65 Prozent der insgesamt 3,4 Millionen fuhren ohne Eltern in die schönsten Wochen des Jahres. Im Gegensatz zu den Etablierten machte der „Reisenachwuchs" deutlich, daß mit steigendem Einkommen der Anteil der Urlaubsausgaben überproportional zu sonstigen Kaufentscheidungen wachsen wird.

Auch die klassischen europäischen Reiseländer rechnen 1987 mit noch mehr Touristen aus der Bundesrepublik.



Ein faszinierender Blick auf die 1937 fertiggestellte Golden Gate Bridge in San Francisco, Kalifornien

Viele Ziele sind im nächsten Jahr billiger, so die Kanarischen Inseln und Jugoslawien zwischen fünf und sieben Prozent. Beim Linienflugveranstalter airtours liegen 54 Prozent aller Arrangements unter den Vorjahrespreisen. Nur Griechenland und Italien haben Preiserhöhungen bis zu fünf Prozent angekündigt.

Der Preisrutsch im Pauschaltourismus macht auch nicht vor der Studienreise halt: Reduktionen gegenüber der vergangenen Saison von bis zu 8,4 Prozent versüßen den Kunden solcher Offerten im kommenden Sommerhalbjahr den Kaufentschluß.

Eines der größten europäischen Unternehmen dieser Tourismussparte – Studiosus in München – gab regelrechte Preisstürze bekannt: Großbritannien etwa wird 8,4 Prozent billiger angeboten, Fernreisen acht Prozent preiswerter. Portugal, Ägypten, Israel und Skandinavien ebenfalls preislich attraktiver: In diesen Ländern liegen die Reduktionen im Schnitt bei 2,5 Prozent.

Bei Kreuzfahrten stagnierte in der vergangenen Saison das Geschäft. Knapp 150 000 Urlauber gingen aufs Schiff. Die Veranstalter setzen für 1987 auf die intensive Werbewirkung der „Traumschiff"-Serie im Fernsehen. Als weiteren Anreiz hat der führende Veranstalter Seetours preiswerte Kreuzfahrten im Mittelmeerraum und Spezialitäten für Abenteurer zusätzlich ins Programm genommen. So zählt zu diesen Offerten die Möglichkeit, an Bord der „World Discoverer" und „Society Explorer" in die Antarktis oder in die unbekannte Inselwelt Melanesiens zu reisen.

Zum Glück für den deutschen Fremdenverkehr ist auch die Inlandsnachfrage weiterhin steigend. Dabei profitieren deutsche Ziele vom immer noch wachsenden Trend zur kurzfristigen Zweit- und Drittreise. Vor allem ist München als Stadt und das weißblaue Alpenland gefragt.

1987 zieht es jeden dritten Deutschlandurlauber nach Bayern. Danach folgen die Badeorte an Nord- und Ostsee in der Rangliste. Insgesamt 1,5 Millionen Beschäftigte hängen in der Bundesrepublik direkt oder indirekt vom Tourismus ab.

Ganz gleich ob Sonthofen oder Samoa, Rothenburg oder Rotherford, die Urlaubsreise geht über alles. Das wird gerade wieder durch eine Emnid-Umfrage belegt. „Was würden Sie tun, wenn Sie einmal ein steuerfreies Monatseinkommen zusätzlich als Geschenk erhielten und nach eigenem Ermessen darüber verfügen könnten?" hatte das Institut gefragt.

Fast jeder Dritte (29 Prozent) antwortete spontan, daß er dieses Geld für eine zusätzliche Urlaubs- oder Vergnügungsreise ausgeben wolle. Dagegen denkt nur knapp jeder fünfte Bundesbürger (19 Prozent) an Anschaffungen oder Wertpapiere. Wenn das nicht eindeutig ist . . .

Banken beweisen weiter Phantasie

Von CLAUS DERTINGER

Wie auch immer die Konjunktur im kommenden Jahr verläuft, ob auf ebener Bahn oder ein wenig flacher: Die Kreditwirtschaft wird auch 1987 wieder zu den Wachstumsbranchen in der Bundesrepublik zählen. Bank- und Sparkassenkaufleute brauchen Arbeitslosigkeit nicht zu befürchten. Hochqualifizierte Fachleute sind nach wie vor gefragt, und sie können mit attraktiven Einkommen rechnen.

Die Entwicklung im deutschen Kreditgewerbe wird auch 1987 wieder nicht so sehr von quantitativer Expansion geprägt sein, sondern von qualitativem Wachstum. Der Wandel der Geldinstitute von Geldannahme- und Kreditvergabe-Anstalten zu Service-Unternehmen mit breit gefächerter Angebotspalette dürfte sich weiter fortsetzen und vermutlich sogar verstärken.

Diesen Trend zeichnet einmal die wohl anhaltende Steigerung des „Wohlstands" der privaten Haushalte vor. Höhere Einkommen und Vermögen lassen allgemein die Ansprüche an die Intensität und Qualität der Beratung wachsen. Darauf muß sich das Geldgewerbe in der Produktentwicklung einstellen.

Erst recht gilt das für das Bankgeschäft mit der Firmenkundschaft, besonders mit großen und größten Unternehmen. Ihre Finanzabteilungen, inzwischen oft eigene Profitcenter mit bankähnlichen Strukturen, sitzen am langen Hebel, solange Liquidität weltweit weiterhin so reichlich verfügbar ist wie jetzt. Sie verlangen für ein Minimum an Kosten und ein Optimum an Ertrag maßgeschneiderte Problemlösungen. Aus dieser Situation heraus werden im scharfen internationalen Wettbewerb immer wieder neue Finanzinstrumente geboren.

Ein Teil dieser Geschäfte nimmt die Form von verbrieften Krediten an, die sich in den Bankbilanzen überhaupt nicht niederschlagen. Das Gegenstück dazu ist das wachsende Angebot von Finanzinnovationen an den Geld- und Kapitalmärkten, die oft Elemente klassischer Anleihen mit neu erdachten Raffinessen – häufig mit spekulativem Einschlag – kombinieren. Der Phantasie scheinen da kaum Grenzen gesetzt zu sein. Auch 1987 wird es auf diesem Gebiet mit Sicherheit wieder eine Vielzahl von Überraschungen geben.

Als privater Anleger sollte man an die Finanznovitäten nur nach eingehender Prüfung der Risiken, die bei Fremdwährungstiteln auch das Wechselkursrisiko beinhalten müssen, herangehen. Denn nicht nur „exotische" Währungen bieten Risiken, auch europäische. Neuerliche Abwertungen und eine Aufwertung der Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) sind nicht auszuschließen.

Im Inlandsgeschäft mit der privaten Kundschaft, die für die Institute aller Gruppen des Gewerbes eine wichtige Zielgruppe ist, wird das Nachdenken über die Entwicklung von „Allfinanzangeboten" zu einem heißen Thema werden. Nachdem mit dem Einstieg der Aachener und Münchener Versicherungsgruppe in die BfG der Rubikon der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Kreditgewerbe und Assekuranz im Finanzgeschäft überschritten worden ist, prüfen große Banken die Möglichkeiten, neue Produkte zu entwickeln, die außer den klassischen Bankdienstleistungen das Bauspar- und Versicherungsgeschäft umfassen.

In Expertenkreisen herrscht freilich Skepsis, ob die Kundschaft schon im kommenden Jahr mit einem nennenswerten Vordringen von „Allfinanzangeboten aus einer Hand" rechnen kann. Verkaufskanonen aus der Assekuranz werden es zwar sicherlich verstehen, auch Wertpapiere oder Kleinkredite an den Mann zu bringen, wobei sich dann immer noch die Frage nach der Qualität der Beratung stellt; aber wird es dem im Mengengeschäft hinter dem Banktresen tätigen Berater auch gelingen?

Sichtbare Fortschritte wird es im kommenden Jahr wohl in der Weiterentwicklung von POS-Zahlungskarten geben, mit denen statt Bargeld gezahlt wird. Nachdem drei Ölgesellschaften die Einführung von POS-Karten im nächsten Jahr beschlossen haben und auch Kaufhäuser diesen Weg beschreiten, sind die Kreditinstitute dabei, ebenfalls weitere Kundenkarten zu entwickeln.

Die neuen 7er

M·DM 5836

Wir haben ihn so geprüft, als müßte er fliegen.

Dank widerstandsfähigerer Materialien, exakteren Fertigungsmethoden und umfangreicheren Tests sind technische Ausfälle bei Automobilen heute weitgehend zu einem Thema der Vergangenheit geworden.

Trotz des erreichten Niveaus gibt es für die Automobilhersteller immer noch ein Vorbild: die Flugzeugindustrie. Um eine ähnlich hohe Zuverlässigkeit auch auf der Straße zu verwirklichen, hat BMW eine Methode der Luftfahrttechnik erstmals für den Automobilbau adaptiert: die FMEA-Methode.

FMEA heißt: Fehlermöglichkeits- und -einflußanalyse. Das bedeutet, daß anhand eines speziellen Computerprogramms alle Bauteile und alle Baugruppen auf potentielle Fehlermöglichkeiten untersucht werden. Und jeder erdenkliche Ausfall wird auf seine Auswirkungen hin durchgespielt. Anschließend erfolgt entweder eine Verstärkung der gefährdeten Teile oder die Konstruktion entsprechender Sicherheitselemente.

Wie auch im Flugzeugbau üblich, verfügen die wichtigsten elektronischen Steuerelemente des neuen 7er über Notlaufprogramme. Wenn – wider Erwarten – einmal ein Defekt an der Motronic des neuen 7er auftritt, springt automatisch das Notlaufprogramm ein und bringt das Automobil problemlos bis zur nächsten Werkstatt. Um wirklich ganz sichergehen zu können, daß der neue 7er auch unter härtesten Bedingungen stets zuverlässig arbeitet, haben wir die ersten 400 Serienexemplare nur zum Testen gebaut. Und das machen nicht einmal die Flugzeughersteller.

Die neuen 7er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

☐ Videofilm VHS ☐ Beta ☐ 2000 ☐ V8 ☐ gegen Schutzgebühr von DM 16,50 incl. Nachnahmegebühr
☐ ausführliches Informationsmaterial
☐ einen Probefahrttermin.
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name: ____________
Vorname: ____________
Straße: ____________
PLZ: ______ Ort: ____________

BMW AG, Kundeninformation CHC, Leuchtenbergring 20, 8 München 80



Freude am Fahren

BMW in Btx * 20900 #





1986 – Gefahren und Grenzen der Technik

Zwei Bilder, die die Menschen bewegten: Die Explosion der amerikanischen Raumfähre „Challenger", bei der sieben Astronauten starben, und das Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow in der isländischen Hauptstadt Reykjavik, in das viele ihre Hoffnungen gesetzt hatten.



Boykott Libyens

Als Antwort auf die vermutete Verstrickung Libyens in die Bombenattentate von Rom und Wien im Dezember 1985 ordnet US-Präsident Reagan am 7. Januar einen totalen Wirtschaftsboykott der USA gegen das nordafrikanische Land an. Jeglicher Warenverkehr von und nach Libyen wird verboten. Einen Tag später verfügt Reagan die Sperrung sämtlicher in den USA befindlicher Vermögenswerte der libyschen Regierung. Seine Aufforderung an die westlichen Verbündeten, sich an dem Boykott zu beteiligen, stößt auf Ablehnung.

Kämpfe in Beirut

In der libanesischen Hauptstadt Beirut flammen am 13. Januar wieder Kämpfe zwischen rivalisierenden Christenmilizen auf. Bei den drei Tage dauernden Gefechten, die sich vor allem auf den Ostteil der Stadt konzentrieren, werden 120 Menschen getötet und 280 verletzt. Am 15. Januar vereinbaren die zerstrittenen Parteien einen Waffenstillstand.

Grüne gescheitert

Den Ausschluß der Grünen von Beratungen über die Etats der Geheimdienste hält das Bundesverfassungsgericht für rechtens. Es weist am 14. Januar eine Klage der Partei und ihres Abgeordneten Kleinert zurück. In der Urteilsbegründung heißt es, der Geheimschutz bei der Beratung über die Mittel der Geheimdienste erfordere „ein hohes Maß an Vorsorge". Daher sei es nicht sachwidrig gewesen, „durch eine möglichst geringe Zahl von Geheimnisträgern die Risiken einer Offenbarung zu vermindern".

Ärmelkanal-Tunnel

Am 20. Januar einigen sich Frankreich und Großbritannien über den Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal. Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher kündigen nach dem historischen Beschluß in Lille an, das voraussichtlich zehn Milliarden Mark teure Projekt solle bis 1993 fertiggestellt sein.

Historischer Besuch

Als erster Premierminister seines Landes besucht der israelische Ministerpräsident Peres die Bundesrepublik Deutschland. Während einer Besichtigung des ehemaligen Konzentrationslagers in Bergen-Belsen am 27. Januar bekräftigt Peres den Willen Israels zur Versöhnung: „Ich weiß, daß es inzwischen ein neues Deutschland gibt."

Tragödie um „Challenger"

73 Sekunden nach dem Start explodiert am 28. Januar die amerikanische Raumfähre „Challenger". Eine fehlerhafte Dichtung an der rechten Feststoff-Antriebsrakete des Shuttle löst das Unglück aus. In einer Höhe von 16 000 Metern trennt sich die Flugkabine mit den sieben Astronauten, darunter zwei Frauen, von der Raumfähre. Sie steigt noch in eine Höhe von 22 000 Metern und stürzt dann mit einer Geschwindigkeit von 300 Stundenkilometern steil ins Wasser. Die Körper der Astronauten werden beim Aufprall in Stücke zerrissen. Die Nasa setzt alle bemannten Raumflüge auf unbestimmte Zeit aus.

„Baby Doc" geht ins Exil

Nach wochenlangen Unruhen verläßt Jean-Claude Duvalier die Karibikinsel Haiti am 7. Februar an Bord eines amerikanischen Militärflugzeuges. Die französische Regierung gewährt ihm vorübergehend Aufenthalt, alle angesprochenen Staaten verweigern Duvalier Asyl.

Schtscharanskij frei

Der jüdische sowjetische Dissident und Menschenrechtler Anatolij Schtscharanskij wechselt auf der Glienicker Brücke, einem Übergang der Alliierten zwischen West-Berlin und der „DDR", am 11. Februar in den Westen über. Er war neun Jahre lang in sowjetischen Gefängnissen und Straflagern festgehalten worden. Über Frankfurt reist er nach Israel weiter, wo er von Ministerpräsident Peres willkommen geheißen wird. Kurz nach ihm werden auf der Glienicker Brücke Agenten ausgetauscht; drei westliche kommen aus östlichen, drei östliche aus westlichen Gefängnissen.

Verdacht gegen Kohl

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft leitet ein Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage ein. Sie reagiert damit, wie sie am 17. Februar erklärt, auf die Strafanzeige des Grünen-Abgeordneten Schily, der Kohl beschuldigt, vor dem Mainzer Parteispenden-Untersuchungsausschuß „vorsätzlich die Unwahrheit" gesagt zu haben. Am 11. März beschließt auch die Bonner Anklagebehörde ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl. Ende Mai werden die Ermittlungsverfahren eingestellt.

Befreiungsexpedition

Israelische Truppen überschreiten mit Unterstützung der Luftwaffe am 17. Februar die Grenze nach Südlibanon. Auf der Suche nach zwei in die Gefangenschaft einer Guerrillagruppe geratenen Soldaten stoßen sie weit in das Landesinnere vor. Es kommt zu Gefechten mit schiitischen Milizen.

Besuch aus der „DDR"

„DDR"-Volkskammerpräsident Sindermann kommt am 19. Februar auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion zu einem viertägigen Besuch nach Bonn. Er ist der höchste Repräsentant der „DDR", der bisher die Bundeshauptstadt besucht hat. Sindermann trifft unter anderem zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl, Bundestagspräsident Jenninger, dem SPD-Vorsitzenden Brandt und Kanzlerkandidat Rau zusammen.

Klare Antwort

Auf die Abrüstungsvorschläge des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow antwortet US-Präsident Reagan am 23. Februar mit der Forderung nach Abbau aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa und Asien innerhalb von drei Jahren. Ein „Einfrieren" der britischen und französischen Atomarsenale lehnt er ab. Gorbatschow hatte die Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000 vorgeschlagen.

Marcos gibt auf

Nach den Präsidentschaftswahlen vom 7. Februar auf den Philippinen, deren Manipulation offenkundig ist, und der Selbstausrufung von Ferdinand Marcos als Staatspräsident bricht der Widerstand im Lande offen aus. Die Rebellion eigener Anhänger und der Druck der Opposition sowie der USA zwingen ihn am 25. Februar zum Verlassen der Insel. Er findet Asyl auf Hawaii. Die neue Präsidentin, Corazon Aquino, kündigt eine Regierung an, die der „Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie" dienen werde.

Ägypten in der Krise

Schwere Unruhen löst eine Revolte von Bereitschaftspolizisten, denen sich zahlreiche Zivilisten anschließen, am 26. Februar in Kairo aus. Das Land stürzt in eine innenpolitische Krise. Die Armee setzt Panzer und Waffen gegen die Aufrührer ein, 15 Menschen werden getötet und mehr als 300 verletzt. Das Gerücht über eine Verlängerung des Wehrdienstes löste die Meuterei aus.

Sicherheitsgesetze

Am 28. Februar verabschiedet der Deutsche Bundestag nach kontroverser Debatte die ersten beiden Sicherheitsgesetze zur Einführung des fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises und des Europapasses mit den Stimmen der Koalition. Außerdem wird die Änderung des Paragraphen 163d – Schleppnetzfahndung – der Strafprozeßordnung beschlossen.

Mord an Olof Palme

Ein Schuß aus nächster Nähe tötet den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme in der Nacht zum 1. März. Die Verantwortung für die Tat übernimmt zunächst ein „Kommando Holger Meins", später ein „Kommando Christian Klar". Die Ermittlungen der Polizei bleiben ohne Erfolg. Zum Nachfolger Palmes ernennt der Vorstand der Sozialdemokraten den stellvertretenden Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson.

CDU-Landesverband

91,5 Prozent der Delegierten des „Vereinigungsparteitags" wählen in Düsseldorf Kurt Biedenkopf am 9. März zum Vorsitzenden des neuen CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Der aus den Verbänden Rheinland und Westfalen-Lippe fusionierte Landesverband ist der stärkste der Union. Unmittelbar nach seiner Wahl erhebt Biedenkopf den Anspruch auf einen Sitz im CDU-Bundesparteipräsidium.

Votum für die NATO

In einer Volksbefragung am 12. März stimmen 53 Prozent der spanischen Wähler für einen Verbleib des Landes in der NATO. Die Wahlbeteiligung liegt bei nur 59 Prozent. Die rechte Opposition hatte zur Stimmenenthaltung aufgerufen.

Frankreich wählt rechts

Bei den Parlamentswahlen in Frankreich – zum ersten Mal nach dem Verhältnis- statt dem Mehrheitssystem – erringen am 16. März die bürgerlichen Oppositionsparteien knapp die Mehrheit. Die Neogaullisten (RPR) und die Rechtsliberalen (UDF) erhalten zusammen 40,86 Prozent der Stimmen (1981: 40 Prozent); kleinere bürgerliche Gruppierungen erreichen 4,08 Prozent (2,8). Die Sozialisten fallen auf 31,57 Prozent zurück (37,6). Die rechtsextreme Nationale Front steigert sich auf 9,7 Prozent (0,4); die Kommunisten erreichen 9,82 Prozent (16,2).

Eigenwillige Schweizer

Die Schweizer lehnen am 16. März in einer Volksabstimmung den Beitritt ihres Landes zu den Vereinten Nationen mit einer Mehrheit von 75,7 Prozent ab. Für den Beitritt haben 24,3 Prozent der Wähler gestimmt.

Kritik an Waldheim

Am 28. März veröffentlicht eine jugoslawische Zeitung eine Liste der UNO-Kriegsverbrecherkommission, in der auch der ehemalige UNO-Generalsekretär Waldheim als Kriegsverbrecher aufgeführt ist. Waldheim wehrt sich gegen die Vorwürfe, die seine Vergangenheit betreffen: Neun „Zeitzeugen von 1937 bis 1945" verteidigen ihn.

Giftiger Wein

Der mit Methylalkohol verseuchte italienische Wein fordert immer mehr Opfer: Am 4. April ist der 15. Tote zu beklagen. 50 Menschen werden in Krankenhäusern behandelt. Überall in Italien werden Tausende von Hektolitern des vergifteten Weins beschlagnahmt. Auch in der Bundesrepublik werden verseuchte italienische Weine beschlagnahmt.

NeueHeimat

Eine fast unendliche Geschichte nimmt ihren Anfang: Zum symbolischen Preis von einer Mark verkauft der DGB seinen verschuldeten Wohnungsbaukonzern Neue Heimat an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser. Er übernimmt etwa 190 000 Wohnungen und Schulden von zwölf Milliarden Mark.

Zum zweiten Mal hintereinander ist der Nobelpreis für Physik in die Bundesrepublik Deutschland gegangen. Zu den Preisträgern wählte die Schwedische Akademie der Wissenschaften Ernst Ruska und Gerd Binnig für ihre Pionierarbeit auf dem Gebiet der Elektronen-Mikroskopie.

Anschlag auf Diskothek

Bei einem Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle", in der US-Soldaten verkehren, sterben am 5. April zwei Menschen, 204 weitere werden zum Teil schwer verletzt. Die Sicherheitsbehörden in Bonn, Berlin und Washington halten es in ersten Reaktionen für möglich, daß die Anschläge von einer libyschen Terrororganisation verübt wurden. Amerikanische Flugzeuge bombardieren als Vergeltung in der Nacht zum 15. April das Hauptquartier des libyschen Revolutionsführers Khadhafi und andere Ziele in der Hauptstadt Tripolis sowie in der Hafenstadt Bengasi.

Partnerschaft

Die Bürgermeister von Saarlouis und Eisenhüttenstadt einigen sich am 23. April auf eine Grundsatzvereinbarung über eine erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft.

Kernkraftwerk explodiert

In dem sowjetischen Kernkraftwerk in Tschernobyl bei Kiew ereignet sich am 26. April vermutlich nach einer chemischen Explosion der erste GAU (größter anzunehmender Unfall) in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Dabei schmilzt einer von vier Kernreaktoren durch und brennt mehrere Tage. Als erste Folge der Katastrophe kommen 31 Menschen ums Leben. Ein 1000 Quadratkilometer großes Territorium um das Kraftwerk wird radioaktiv verseucht. Die freigesetzte Radioaktivität bewegt sich über Osteuropa, Skandinavien, Westeuropa bis hin zu den Balearen. Bereits einen Tag nach der Katastrophe werden in Skandinavien fünf- bis sechsmal so hohe Werte an radioaktivem Gehalt der Luft gemessen wie die normale Dosis. Am 29. April erreicht die radioaktive Wolke auch Österreich, Bayern und die Schweiz.

Regierung gestürzt

Die bürgerliche Minderheitsregierung Norwegens von Ministerpräsident Kaare Willoch ist in der Nacht zum 30. April durch eine Vertrauensabstimmung gestürzt worden.

Medienvertrag

Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern schließen als zweite Gruppe von Bundesländern am 12. Mai eine Vereinbarung über die Vergabe eines Satellitenfernsehkanals an einen privaten Programmanbieter. Damit wird die Rechtsgrundlage für die Vergabe eines der insgesamt vier Fernsehkanäle auf dem direktstrahlenden Satelliten TV-SAT geschaffen.

Bundesumweltminister

Der bisherige Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann wird am 3. Juni zum ersten Bundesumweltminister der Bundesrepublik berufen. Mit der Errichtung des neuen Ministeriums wird eine erste Konsequenz aus dem mangelhaften Krisenmanagement der Bundesregierung nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gezogen. Innen-, Forschungs- und Gesundheitsministerium geben wichtige Kompetenzen an den neuen Minister ab. Wallmann kündigt an, daß er den von den Oppositionsparteien vehement geforderten Verzicht auf Kernenergie gegenwärtig für undenkbar halte.

Sinowatz gibt auf

Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz tritt am 9. Juni nach der Wahl des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, zum neuen Bundespräsidenten zurück. Er begründet diesen Schritt mit den verheerenden Einbußen, die der sozialistische Präsidentschaftskandidat Kurt Steyrer in der SPÖ-Stammwählerschaft erlitten hat. Der Abstand zu Waldheim betrug acht Prozent. Als Nachfolger des österreichischen Regierungschefs wird Finanzminister Franz Vranitzky nominiert.

Deutsche frei

Die antisandinistischen Rebellen lassen acht in Nicaragua entführte deutsche „Aufbauhelfer" nach 25tägiger Gefangenschaft am 11. Juni frei. Die jungen Frauen und Männer werden von dem SPD-Politiker Jürgen Wischnewski in Empfang genommen, der sich in Zusammenarbeit mit einem Krisenstab im Auswärtigen Amt um ihre Freilassung bemüht hat.

Knapp behauptet

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen verliert die CDU am 15. Juni zwar ihre bisherige absolute Mehrheit, doch kann sich ihr Spitzenkandidat Ernst Albrecht dank der Unterstützung der FDP an der Macht behaupten. Die SPD erzielt deutliche Gewinne von rund sechs Prozent und erreicht 41,2 Prozent der Stimmen. Die Liberalen bleiben mit sechs Prozent nahezu auf dem gleichen Stand wie 1982 (5,9), die Grünen kommen auf 7,1 Prozent.

Streit über Südafrika

Zu Beginn der Gipfelkonferenz der zwölf EG-Staats- und Regierungschefs am 26. Juni in Den Haag gibt es kontroverse Ansichten über die Verhängung von Boykottmaßnahmen gegen Südafrika. Vor allem die Bundesregierung und Großbritannien lehnen Wirtschaftssanktionen gegen die Apartheidregierung in Pretoria ab. Einig sind sich die Politiker darüber, daß der südafrikanischen Regierung von Europa „ein deutliches Signal" gesetzt werden muß.

Spanien wählt

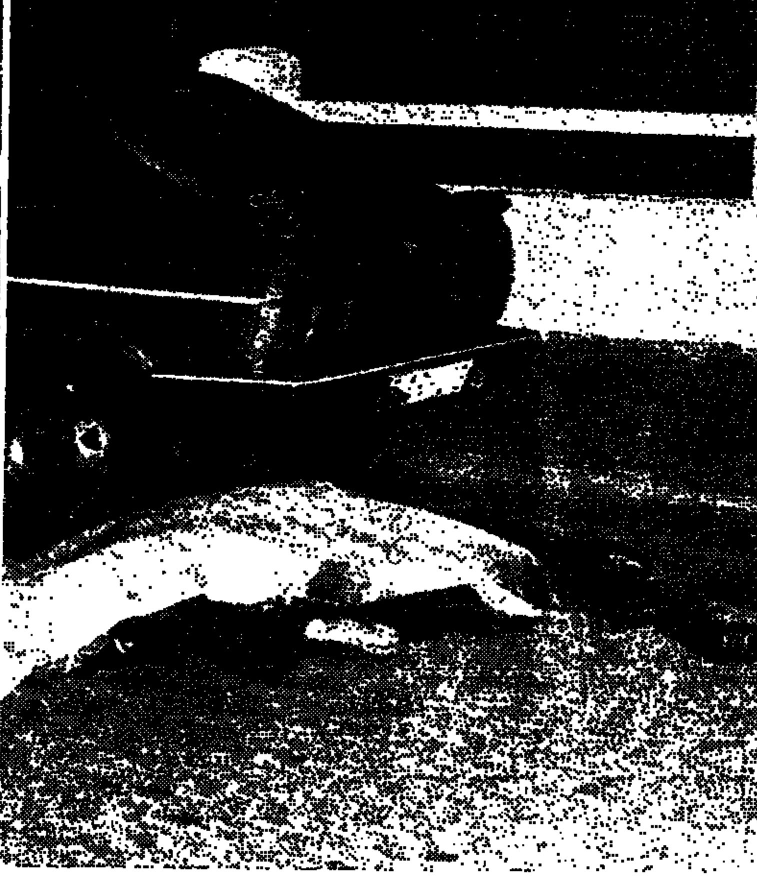
Einen klaren Sieg und die absolute Mehrheit erringen die Sozialisten unter Ministerpräsident Felipe Gonzáles bei den spanischen Parlamentswahlen vom 22. Juni. Gegenüber den vergangenen Parlamentswahlen von 1982 verlieren die Sozialisten jedoch 4,3 Prozent (16 Parlamentssitze). Die rechtskonservative Volksunion bleibt unverändert zweitstärkste politische Macht in Spanien.

Nakasones Sieg

Bei den Wahlen am 6. Juli in Japan erringt die Liberal-Demokratische Partei (LPD) von Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone eine deutliche Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments. Zusammen mit vier Unabhängigen verfügt die LPD jetzt im Unterhaus über 304 der 512 Sitze und im Oberhaus über 142 der 252 Sitze. Die Wahlbeteiligung liegt bei 71 Prozent. Verlierer sind vor allem die Sozialisten, die von einst 113 nur noch über 86 Sitze verfügen. Mit dieser Zweidrittelmehrheit hat Nakasone die Chance, die Statuten seiner Partei zu verändern und zwei weitere Jahre als Regierungschef amtieren zu können.







Besuch bei Freunden

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält während seines Besuches in Großbritannien am 2. Juli eine Ansprache vor beiden Häusern des Parlaments. Dabei lobt er den Stand der deutsch-britischen Beziehungen und betont die Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft für die Zukunft Europas. Großbritannien brauche, so von Weizsäcker, seine europäische Berufung nicht zu beweisen.

Posse um „DDR"-Professor

Der stellvertretende Generalsekretär der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, Professor Herbert Meissner, wird am 9. Juli in West-Berlin wegen eines Ladendiebstahls festgenommen. Meissner will, so erklärt er gegenüber der Kriminalpolizei, sich nur gegenüber dem Bundesnachrichtendienst (BND) in München äußern. Vom BND, der ihn ohne Bewachung einquartiert, gelangt er dann auf unbekannten Wegen nach Bonn in die Ständige Vertretung der „DDR".

Wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit eröffnet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann dann am 16. Juli ein Ermittlungsverfahren gegen Meissner und erwirkt einen Haftbefehl. Meissner soll, so Rebmann, sich bereits 1978 gegenüber dem „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit zur geheimdienstlichen Mitarbeit verpflichtet haben. Am 21. Juli kehrt Meissner von Bonn nach Ost-Berlin zurück. Zuvor hatte der Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Ludwig Rehlinger, mit dem „DDR"-Beauftragten Wolfgang Vogel verhandelt. Das Verhandlungsergebnis bewegt Rebmann, sein Ermittlungsverfahren einzustellen. Vor seiner Rückkehr versichert Meissner, er kehre aus freien Stücken in die „DDR" zurück.

Siemens-Manager getötet

Das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und sein Fahrer Eckhard Groppler fallen am 9. Juli einem Bombenanschlag zum Opfer. Das Fahrzeug, in dem die beiden Männer sitzen, wird in Straßlach bei München von einer ferngezündeten Sprengladung zerstört. Am Tatort wird der Selbstbezichtigungsbrief eines „Kommandos Mara Cagol" der RAF gefunden. Das Bundeskriminalamt leitet eine Fahndung nach neun RAF-Mitgliedern ein, die im Großraum München eine „konspirative" Unterkunft gehabt haben sollen.

Streit um Asylbewerber

Probleme der Unterbringung von Asylbewerbern verschärfen sich vor allem in West-Berlin. Am 17. Juli wird damit begonnen, in Parks und auf Sportplätzen Zelte für die Flüchtlinge aufzustellen. Eine Änderung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz, wie von der CDU/CSU gefordert, lehnen SPD und FDP ab. Bundesjustizminister Hans Engelhard erklärt dazu, daß mit der pauschalen Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes der Asylantenstrom nicht zu bewältigen sei.

„Aufbauhelfer" ermordet

Im Norden Nicaraguas kommen bei einem Angriff von Contras am 29. Juli fünf Menschen, darunter je ein „Aufbauhelfer" aus der Bundesrepublik, aus der Schweiz und aus Frankreich ums Leben. Bei dem Deutschen handelt es sich um den 30 Jahre alten Bernd Koberstein aus Freiburg. Die USA und Nicaragua machen sich gegenseitig für den Tod der „Aufbauhelfer" verantwortlich. Ein Sprecher der von den USA unterstützten Contras wirft am 30. Juli der sandinistischen Regierung vor, absichtlich zivile Helfer in die Kriegsgebiete zu bringen.

Sanktionen gegen Südafrika

Bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs von Australien, Bahamas, Indien, Kanada, Sambia, Simbabwe und Großbritannien am 3. August in London ist einziges Beratungsthema die Politik gegenüber Südafrika. Im Kommuniqué, das von Großbritannien nicht unterschrieben ist, geben sie folgende Sanktionen bekannt: Verbot neuer Kredite an Südafrika, Einfuhrverbot von Uran, Kohle, Eisen und Stahl, die Beendigung aller konsularischen Dienste. Frau Thatcher erklärt sich dagegen nur bereit, einem Investitionsstopp und der Einstellung der Tourismuswerbung auf freiwilliger Basis zuzustimmen und etwaige von der EG beschlossene Maßnahmen mitzutragen.

SPD kürt Kandidaten

Am 25. August eröffnet der SPD-Vorsitzende Willy Brandt den Parteitag in Nürnberg mit einem Aufruf zur Geschlossenheit der Partei. Am 26. August wird Johannes Rau vom Parteitag in geheimer Abstimmung mit 425 Stimmen zum Kanzlerkandidaten nominiert. Am 28. August werden der Parteivorsitzende und seine beiden Stellvertreter, Rau und Hans-Jochen Vogel, in ihren Funktionen bestätigt. Bei der Wahl der weiteren 36 Vorstandsmitglieder vermehren die Frauen ihren Anteil von sieben auf zehn Sitze. Zu den Beschlüssen, die auf dem Parteitag gefaßt werden, gehört die am 27. August getroffene Entscheidung für eine Abkehr von der Kernenergie.

Passagierschiff sinkt

Bei einem Zusammenstoß mit einem Frachter im Schwarzen Meer sinkt am 31. August das Passagierschiff „Admiral Nachimow". Bei dem Unglück kommen 398 Menschen ums Leben, 836 können gerettet werden. Am 4. September werden die Kapitäne beider Schiffe festgenommen.

Agrarfonds gescheitert

Der polnische Kardinal Glemp gibt am 2. September den Abbruch seiner Bemühungen um die Errichtung eines Agrarfonds zur Unterstützung der privaten polnischen Bauern bekannt. Grund dafür sei die von Jaruzelski geforderte Anerkennung der Führungsrolle des Landwirtschaftsministers bei der Arbeit der vom Vatikan und europäischen Regierungen unterstützten Stiftung; dies käme einem Diktat durch die staatliche Verwaltung gleich und widerspräche dem Prinzip einer Autonomie der Stiftung.

Sturm auf PanAm-Jumbo

Pakistanische Sicherheitskräfte stürmen am 5. September den auf dem Flughafen in Karatschi gekaperten Jumbo der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm. Die vier Luftpiraten hatten zuvor nach dem Ausfall des Stromgenerators das Feuer auf die Passagiere eröffnet. Nach offiziellen Angaben werden 21 Menschen getötet. Zwei der Entführer kommen ums Leben, zwei werden verletzt. Sie wollten den Weiterflug nach Zypern erpressen, um drei dort inhaftierte arabische Gesinnungsgenossen zu befreien.

Eine fast unendliche Geschichte

Nach der am 18. September getroffenen Vereinbarung über den Verkauf des gewerkschaftseigenen Baukonzerns Neue Heimat an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser fordern am 22. September CDU/CSU und FDP den Rücktritt des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. Am 26. September billigt der Aufsichtsrat der Neuen Heimat den Verkauf zum erst zu diesem Zeitpunkt bekanntgewordenen symbolischen Preis von einer Mark. Knapp einen Monat nach dem Verkauf der Neuen Heimat an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser kauft die Gewerkschaftsholding BGAG den Wohnungsbaukonzern am 12. November wieder zurück. Für sein Sanierungskonzept und die Aufwendungen für Berater erhält Schiesser 14 Millionen Mark Ausgleich von der BGAG. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Verkauf tritt BGAG-Chef Alfons Lappas am 13. November zurück. Sein Nachfolger soll SPD-Schatzmeister Hans Matthöfer werden.

Erdbeben in El Salvador

Ein Erdbeben, das am 10. Oktober San Salvador heimsucht, kostet nach Angaben der Rettungsmannschaften mehr als 2000 Menschen das Leben. 400 000 werden obdachlos. Allein beim Einsturz eines Geschäftshauses sterben mehrere hundert Menschen. Die zahllosen Verletzten müssen in Not-Krankenhäusern versorgt werden.

Peres übergibt an Shamir

Ministerpräsident Shimon Peres überbringt am 10. Oktober Staatspräsident Herzog sein Rücktrittsgesuch und setzt damit den Ämtertausch mit Außenminister Yitzhak Shamir in Gang. Shamir erklärt in einem Interview, er werde als Ministerpräsident zweiseitige Verhandlungen mit Jordanien und Ägypten anstreben; er halte es für unrealistisch, daß eine internationale Nahost-Konferenz den Weg zu direkten Verhandlungen mit Jordanien ebnen könne.

RAF-Bluttat in Bonn

Sechs Monate nach dem Mord an Siemens-Manager Beckurts wird zum ersten Mal von Terroristen der RAF ein hoher Regierungsbeamter getötet. Ein selbsternanntes „Kommando Ingrid Schubert" erschießt am 10. Oktober im Bonner Vorort Ippendorf den schutz- und wehrlosen Spitzendiplomaten Gerold von Braunmühl auf offener Straße. Der Schlag richte sich, so die Terroristen in einem Schreiben, unter anderem gegen die europäische Geheimdiplomatie in Nahost.

Fehlschlag in Reykjavik

Das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen in der isländischen Hauptstadt Reykjavik scheitert an der kompromißlosen Haltung zur SDI-Frage. Die insgesamt elfstündigen Gespräche zwischen dem sowjetischen Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, und US-Präsident Reagan am 11. und 12. Oktober enden ohne Vereinbarung. Außenminister George Shultz erklärt, daß sich weitreichende Abkommen vor der SDI-Zuspitzung abgezeichnet hätten: die strategische Atomrüstung nach Trägerwaffen und Sprengköpfen um die Hälfte zu verringern und die Frage der Mittelstreckenraketen zu regeln. Die Sowjetunion habe aber von den USA verlangt, die Forschungsarbeit an SDI auf Laborarbeiten zu beschränken, was Reagan verweigerte.

CSU-Mehrheit in Bayern

Bei den bayerischen Landtagswahlen am 12. Oktober behauptet die CSU unter Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit 55,8 Prozent ihre bisherige absolute Mehrheit sicher. Eine Schlappe erleidet die SPD, die es nur auf 27,5 Prozent bringt. Die FDP verfehlt erneut den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Die Grünen verbessern sich von 4,6 auf 7,5 Prozent. Das Ergebnis für die SPD ist zugleich ein Schlag für den SPD-Spitzenkandidaten Rau, dessen erklärtes Ziel, bei der kommenden Bundestagswahl im Januar die absolute Mehrheit zu erringen, angesichts dieses Tests auch in der eigenen Partei in Zweifel gezogen wird.

Kanzler gerät in die Kritik

Das Interview von Bundeskanzler Kohl mit dem US-Magazin „Newsweek" vom 15. Oktober, in dem er den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow mit dem nationalsozialistischen Propagandachef Goebbels vergleicht, führt zu Verstimmungen zwischen Moskau und Bonn. Moskau sagt die Einladungen deutscher Politiker kurzfristig ab. Kohl distanziert sich sowohl in einem Zeitungsinterview als auch vor dem Bundestag von seiner umstrittenen Äußerung. Er betont, er habe Gorbatschow auf keinen Fall persönlich mit Goebbels vergleichen wollen. „Newsweek" gibt daraufhin den genauen Wortlaut der Interview-Passage der Öffentlichkeit bekannt. Die Sowjetunion friert in Folge die Kontakte zur Bundesrepublik ein – Besucher werden ausgeladen, Besuche abgesagt.

Nach dem Brand einer Lagerhalle des schweizerischen Chemiekonzerns Sandoz führen Schadstoffe zu einer schweren Rheinverschmutzung. Fische verenden, und die Trinkwassergewinnung aus dem Rhein muß zeitweise eingestellt werden.

Nobelpreise für Deutsche

Die Schwedische Akademie der Wissenschaften zeichnet am 15. Oktober zwei Deutsche mit dem Physiknobelpreis aus: den in Berlin tätigen 79jährigen Professor Ernst Ruska und den 39jährigen Frankfurter Gerd Binnig. Der dritte Physikpreisträger ist der 53jährige Schweizer Heinrich Rohrer. Der Literaturnobelpreis geht an den nigerianischen Dramatiker Woly Soyinka. Der 52jährige ist der erste afrikanische und der erste schwarze Literaturnobelpreisträger. Friedensnobelpreisträger wird der in New York lebende jüdische Schriftsteller Elie Wiesel.

Kohl in den USA

In Begleitung von Bundesaußenminister Genscher besucht Bundeskanzler Helmut Kohl die USA. Am 21. Oktober empfängt ihn Präsident Reagan, der ihn über die Ergebnisse des Treffens von Reykjavik unterrichtet. Kohl stimmt der Verhandlungsposition Reagans im Hinblick auf die Initiative zur Strategischen Verteidigung (SDI) ausdrücklich zu.

Rhein-Katastrophe

In der Nacht zum 1. November bricht in der Halle 956 des Baseler Konzerns Sandoz ein Brand aus. Mit rund 10 000 Kubikmeter Löschwasser gelangen Insektengifte in den Rhein. Einen Tag zuvor war es bei der Firma Ciba-Geigy zu einem Zwischenfall gekommen, bei dem mindestens 400 Kilogramm des Pflanzenschutzmittels Atrazin in den Strom gelangten. Die Giftwelle löscht das Ökosystem aus, die Trinkwassergewinnung aus dem Rhein wird eingestellt. Eine Serie von weiteren Störfällen bei den deutschen Chemieunternehmen Bayer, BASF und Hoechst schließt sich an.

Demokraten gewinnen

Die Demokratische Partei in den USA erobert bei den Kongreßwahlen am 4. November die Mehrheit im Senat zurück. Dort büßt Präsident Reagans Republikanische Partei acht Sitze ein. Ihren Vorsprung im Repräsentantenhaus bauen die Demokraten dagegen nur geringfügig aus. Bei den gleichzeitig stattfindenden Gouverneurswahlen in 36 der 50 amerikanischen Bundesstaaten gewinnen die Republikaner acht Posten dazu.

SPD-Debakel in Hamburg

Bei den Parlamentswahlen am 9. November in Hamburg kommt es zu einem politischen Erdrutsch. Die Sozialdemokraten verlieren ihre absolute Mehrheit und sind nicht einmal mehr stärkste Partei in der Hansestadt. Es gelingt der CDU, die SPD in der Wählergunst zu überrunden. Die Christdemokraten erobern 41,9 Prozent der Stimmen gegenüber 38,6 Prozent vor vier Jahren. Die Sozialdemokraten schrumpfen von 51,3 Prozent auf nur noch 41,7 Prozent. Die Grün-Alternative Liste steigert sich von 6,8 auf 10,4 Prozent. Die FDP scheitert zum dritten Mal in Folge an der Fünf-Prozent-Hürde. Einen Tag nach dem Wahldesaster beginnt in der SPD eine Diskussion über die Marschrichtung der Partei bis zur Bundestagswahl. Dabei zeigt sich, daß die SPD-Spitze offenbar nicht mehr willens ist, das von SPD-Kanzlerkandidat Rau ausgegebene Ziel einer absoluten Mehrheit mitzutragen. Der SPD-Vorstandssprecher Clement legt überraschend sein Amt nieder.

Technik gegen den Menschen und Menschen gegen Menschen: Die gewalttätige Anti-Atom-Demonstration in Wackersdorf, der Mordanschlag auf den Diplomaten Gero von Braunmühl und die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

Wahl in Brasilien

Die Partei der Demokratischen Brasilianischen Bewegung (PMDB) erringt bei den Wahlen vom 15. November einen sensationellen Sieg. Bereits nach den ersten Auszählungen steht die absolute Mehrheit der Partei von Präsident José Sarney fest. Abgestimmt wurde über den Kongreß, die Staatsparlamente und alle 23 Gouverneursposten.

Mord der „Action Directe"

Am Abend des 17. November wird der Generaldirektor des staatlichen französischen Automobilkonzerns Renault, Georges Besse, vor seiner Pariser Wohnung erschossen. Auf Flugblättern, die nach dem Mord gefunden wurden, bezichtigt sich die linksextremistische Terrororganisation „Action Directe" der Tat. Nach Aussagen von Augenzeugen geben zwei Frauen die Schüsse auf den 58jährigen Manager ab.

Österreich überrascht

Bei den österreichischen Nationalratswahlen am 23. November erringt die FPÖ einen überraschenden Erfolg. Die Partei Jörg Haiders erhöht die Anzahl ihrer Mandate im 183 Mitglieder umfassenden Bundesparlament von zwölf auf 18. Die SPÖ mit Bundeskanzler Vranitzky an der Spitze verliert zehn Mandate und kommt auf 80 Sitze, womit sie aber die relative Mehrheit behält. Die ÖVP unter Alois Mock büßt vier Sitze ein und erringt 77 Mandate.

Iran-Affäre mit Folgen

Geheime Waffenlieferungen der USA an Iran zwingen am 25. November den amerikanischen Sicherheitsberater John Poindexter zum Rücktritt. Sein Stellvertreter Oliver North wird von Präsident Reagan entlassen. Wenige Stunden nach dem Rücktritt Poindexters sagt Außenminister George Shultz dem Präsidenten seine Unterstützung zu und zerstreut damit Gerüchte über einen eigenen möglichen Rücktritt. Israel gesteht am 26. November ein, die Waffen der USA an Iran weitergeliefert zu haben. Das Vertrauen der Amerikaner in die Politik ihres Präsidenten wird erschüttert. Reagan begegnet dieser Entwicklung mit der Forderung nach einen unabhängigen Sonderankläger und der Einsetzung eines Sonderberaters in Kabinettsrang.

Krawalle in Paris

Hunderttausende Studenten protestieren ab dem 4. Dezember in Paris gegen die Hochschulpläne der Regierung. Bei den schweren Ausschreitungen werden mehr als 200 Polizisten und Demonstranten verletzt, ein



Student stirbt. Frankreichs Hochschulminister Devaquet reicht seinen Rücktritt ein.

Kampf gegen Terrorismus

Der Bundestag beschließt am 5. Dezember gegen die Stimmen der Opposition das „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus". Die Polizeibehörden des Bundes und der Länder erhalten den direkten Zugriff zum Zentralen Verkehrsinformationssystem (Zevis) beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg. Die Zuständigkeiten des Generalbundesanwaltes werden erweitert.

Flugzeugabsturz in der „DDR"

Beim Absturz einer sowjetischen Verkehrsmaschine vom Typ Tupolew 134 am 12. Dezember in der Nähe des Ostberliner Flughafens Schönefeld kommen insgesamt 71 Menschen ums Leben. 61 der Todesopfer sind Reisende aus der „DDR", darunter 20 Oberschüler aus Schwerin.

Unruhen in Kasachstan

Die Absetzung des Parteichefs der zentralasiatischen Republik Kasachstan zieht am 17. Dezember gewalttätige Demonstrationen in Alma Ata nach sich. Bei den Unruhen, die zwei Tage andauern, soll es 24 Tote – 17 Studenten und sieben Polizisten – gegeben haben. Die „Prawda" schreibt dazu: Von „nationalistischen Elementen" angefeuerte Schüler und Studenten hätten im Verein mit „Rowdies" Geschäfte in Brand gesetzt und Privatautos demoliert.

Kreml hebt Verbannung auf

Die sowjetische Regierung gibt am 19. Dezember bekannt, daß der seit 1980 in der Verbannung lebende sowjetische Regimekritiker Andrej Sacharow wieder nach Moskau zurückkehren darf. Sacharows Frau, Jelena Bonner, wird begnadigt. In einem Interview mit vier amerikanischen Zeitungen sagt Sacharow, er spiele wohl aufgrund seines Schicksals und seiner Vergangenheit eine besondere Rolle in der Opposition. Aber „ich bin nicht der Kommandeur einer Armee".

Chinesen fordern Demokratie

Rund 3000 Studenten gehen am 22. Dezember in Peking auf die Straße, um ihre „Solidarität mit den Kommilitonen in Schanghai" zu bekunden. Es ist die erste Protestaktion in der chinesischen Hauptstadt seit dem Beginn der Studentendemonstrationen vor zwei Wochen. Wie ihre Kommilitonen in Schanghai, Nanking und anderen Universitätsstädten zeigen sie Transparente mit Forderungen nach mehr Demokratie und Freiheit.

Entführung und Absturz

Beim Absturz eines irakischen Verkehrsflugzeuges über Saudi-Arabien am 25. Dezember nach einem Luftpiratenakt sterben 64 Menschen. Die Maschine hat sich zum Zeitpunkt des Entführungsversuchs auf dem Flug von Bagdad nach Amman befunden. Nach Augenzeugenberichten kommt es bei dem Kaperungsversuch zu Handgranatenexplosionen und einer Schießerei an Bord.

Golfkrieg eskaliert

Der seit sechs Jahren andauernde Krieg zwischen Iran und Irak tritt am 26. Dezember in eine entscheidende Phase. Die Kämpfe konzentrieren sich auf einen 40 Kilometer breiten Abschnitt im Schatt el Arab. Beide Seite geben die Verluste des Gegners mit mehreren tausend Toten an.



Der Staat sollte das Steuerrecht nicht als Lenkrad mißbrauchen

Von OTTO WOLFF v. AMERONGEN

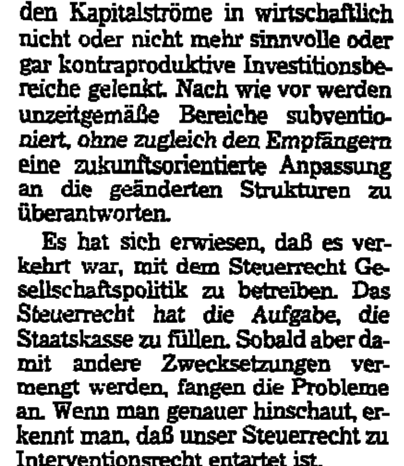
Seit 1969 ist Otto Wolff von Amerongen Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, eine Funktion, in der er sich häufig pointiert zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen äußerte.

Alljährlich machen viele Arbeitnehmer ein betretenes Gesicht, wenn sie die Lohnabrechnung, auf der neben dem Dezembergehalt auch das 13. Monatsgehalt ausgewiesen ist, ansehen. Nicht selten bleibt unter dem Strich weniger als die Hälfte des Bruttolohns, weil die hohe Steuer- und Sozialabgabenlast den Rest aufgezehrt haben. Ratlosigkeit gesellt sich wenig später dazu, wenn der Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich zu stellen ist. Die meisten Steuerpflichtigen sind überfordert und brauchen Beratung.

Noch schlimmer trifft es die gewerblichen Unternehmen. Die Steuerlast ist hoch. Der betriebliche Aufwand für die fiskalischen Hilfsdienste ist groß. An der Tatsache, daß die Gewinne bis zu 70 Prozent von der Steuer aufgezehrt werden, hat sich durch das Steuersenkungsgesetz 1986/88 bei den meisten Betrieben kaum etwas geändert.

Viele sind wegen der Unüberschaubarkeit des Rechts nicht mehr in der Lage, die einschlägigen steuerlichen Ausnahmevorschriften oder die ihnen zustehenden direkten Finanzhilfen zu beanspruchen. Unser hochkompliziertes Geflecht von Regelungen und Ausnahmen, das die direkten Finanzhilfen und Steuersubventionen zur besseren Verträglichkeit unserer hohen Steuersätze benötigt, ist pervertiert: Was einmal zur Schaffung von Einzelfallgerechtigkeit gedacht war, erweist sich mittlerweile nicht mehr als Rechts-, sondern als Unrechtssystem.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch Fehllenkung der Ressourcen und Verkrustung der Strukturen sowie Behinderung des Fortschritts ist kaum meßbar. Und trotzdem gibt es weiterhin unentwegt Versuche, das Steuerrecht als Lenkungsinstrument zu mißbrauchen. Nach wie vor werden Kapitalströme in wirtschaftlich nicht oder nicht mehr sinnvolle oder gar kontraproduktive Investitionsbereiche gelenkt. Nach wie vor werden unzeitgemäße Bereiche subventioniert, ohne zugleich den Empfängern eine zukunftsorientierte Anpassung an die geänderten Strukturen zu überantworten.



Es hat sich erwiesen, daß es verkehrt war, mit dem Steuerrecht Gesellschaftspolitik zu betreiben. Das Steuerrecht hat die Aufgabe, die Staatskasse zu füllen. Sobald aber damit andere Zwecksetzungen vermengt werden, fangen die Probleme an. Wenn man genauer hinschaut, erkennt man, daß unser Steuerrecht zu Interventionsrecht entartet ist.

Wenn wir unser Steuerrecht gerechter gestalten wollen, müssen wir es vereinfachen. Wir müssen die Anhäufung von Ungereimtheiten abtragen, die Steuerbasis verbreitern und die Abgabenlast auf ein akzeptables Niveau zurückführen. Wenn der Anreiz, Steuern zu sparen, sich verringert, werden wir mehr Steuerehrlichkeit und ein mindestens ebenso hohes Steueraufkommen haben.

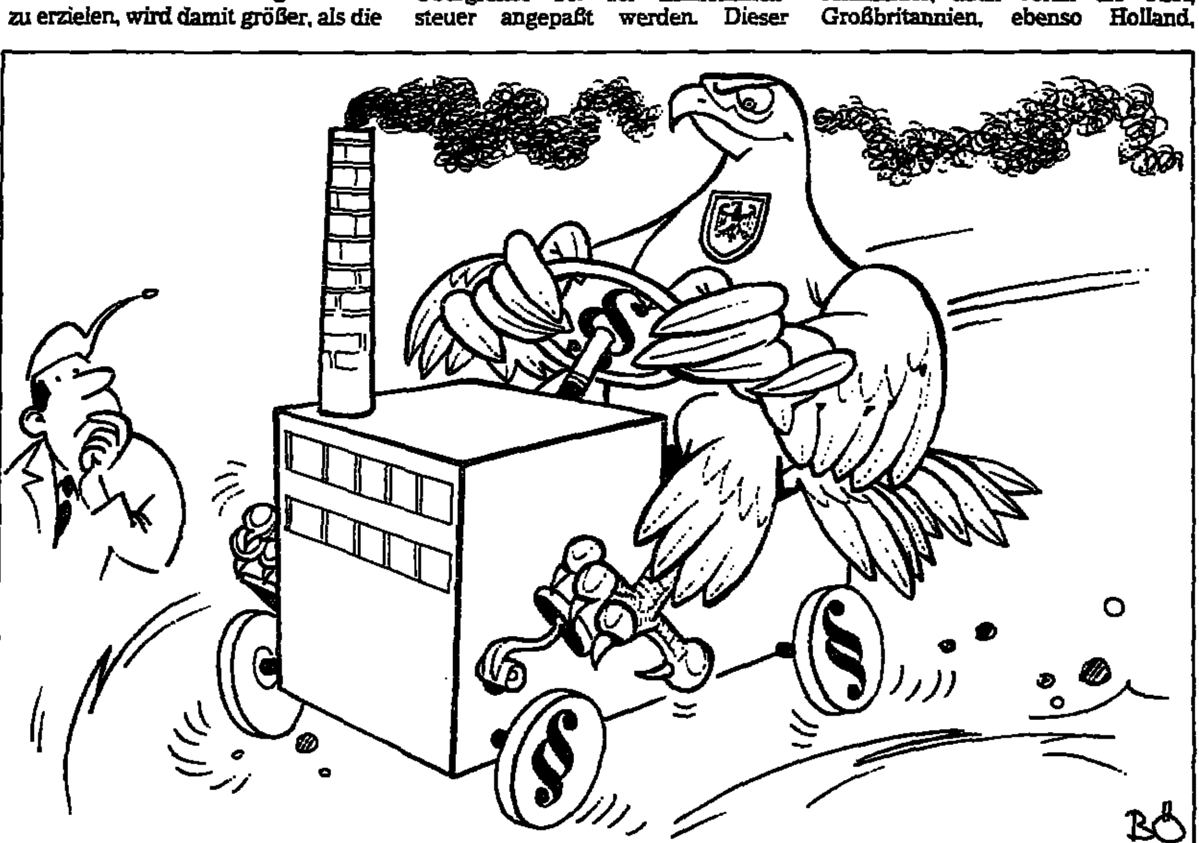
Die Reform muß dort ansetzen, wo die Betroffenheit am größten ist, nämlich bei der Einkommen- und Lohnsteuer. Die momentan in der Diskussion befindlichen Reformvorschläge sind mir immer noch zu halbherzig. Hier fehlt die kraftvolle Entschlossenheit, die uns die USA angesichts ähnlicher Ausgangslage vorexerziert haben. Wir können zwar nicht in einem Schritt eine generelle Belastungsobergrenze von unter 50 Prozent einziehen, aber die Zielrichtung müßte markiert werden.

Mit Blick auf die USA ist es nicht vermessen, einen Spitzensteuersatz von 36 Prozent bei der Einkommensteuer ins Auge zu fassen. Dann ergeben sich die darunter liegenden Größen von selbst. Einkünfte unterhalb des Sozialhilfeniveaus sollten von der Besteuerung gänzlich ausgenommen werden. Für eine Veränderung der oberen Fixpunkte besteht kein Handlungsbedarf. Eine dazwischen ausgeglichen verlaufende Tarifkurve würde uns leistungsfreundliche Grenzsteuersätze bescheren. Der Anreiz, den Mehrverdienst auf legale Weise zu erzielen, wird damit größer, als die Versuchung, in den illegalen Bereich abzutauchen.

Mit einer konsequenten Einkommensteuerentlastung helfen wir nicht nur den Arbeitnehmern, sondern vor allem auch den kleinen und mittleren Betrieben. Für sie ist die Einkommensteuer die Unternehmensteuer. Die große Zahl familienbezogener Kapitalgesellschaften darf allerdings nicht unbeachtet bleiben. Deshalb muß auch der Körperschaftsteuersatz für nicht ausgeschüttete Gewinne der Obergrenze bei der Einkommensteuer angepaßt werden. Dieser Schritt ist notwendig, um die Wahl der Unternehmensform nicht durch eine unausgewogene Steuerbelastung zu beeinträchtigen.

Die Bundesrepublik zählt bei der Unternehmensbesteuerung zu den Hochsteuerländern. Hierfür sind auch die Gewerbesteuer, die international unübliche Vermögensteuer und die besonders effiziente Besteuerungspraxis verantwortlich.

Der Handlungsbedarf wird immer größer, denn unsere Hauptkonkurrenzländer, allen voran die USA, Großbritannien, ebenso Holland, Frankreich und auch Japan, haben nicht nur bedeutende Steuersenkungen vorgenommen oder zumindest eingeleitet, sondern auch ihre Steuersysteme transparenter gemacht. Es wird künftig viel leichter sein, Belastungsvergleiche bei Standortentscheidungen anzustellen.



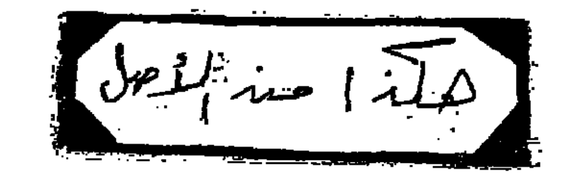
Bei der Gewerbesteuer gibt es Reformüberlegungen, wie man den Unternehmen kurzfristig unter die Arme greifen kann. Der Vorschlag des Landes Rheinland-Pfalz, der die teilweise Verrechnung der Gewerbesteuer bis zu einem gewissen Hebesatz mit anderen Steuern vorsieht, wäre ein gangbarer Weg, der den Gemeinden die Selbstfinanzierung und das Hebesatzrecht erhält, die Last aber bei den Unternehmen erträglicher macht.

Bei der Vermögensteuer ist die Beseitigung der Doppelbelastung des Betriebsvermögens die dringlichste Forderung. Eine erste Entlastungsstufe, die auch unter Haushaltsgesichtspunkten verträglich ist – Ausfall etwa 700 Millionen DM –, wäre die Übernahme der Steuerbilanzwerte in die Vermögensaufstellung. Damit könnten die Ziele Steuervereinfachung und Entschärfung der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens gekoppelt werden. Das Betriebsvermögen hat schließlich auch bei der Erbschaftsteuer eine negative Vorzugsstellung.

Aus dieser steuerpolitischen Konzeption heraus verbieten sich größen- und gruppenspezifische Sonderregelungen. Eine mittelstandsbezogene Investitionsrücklage, wie sie verschiedentlich gefordert wird, liefe auch dem Steuervereinfachungsgedanken zuwider. Die dahinterstehende Überlegung, die negativen Aspekte der Periodenbesteuerung auszugleichen, erübrigt sich bei einer Milderung der Gewinnbesteuerung durch niedrigere Tarife. Nicht die Schaffung neuer Regelungen, sondern die Abschaffung von Tatbeständen, die nur branchen- oder größenspezifisch wirken, verhindert Wettbewerbsungleichheiten.

Wenn man rückblickend die durchgeführten Steuerreformen in der Bundesrepublik betrachtet, könnte man mutlos werden, denn sie haben immer nur punktuelle Veränderungen und nur marginale Steuererleichterungen gebracht. Heute gibt es aber einen breiten Konsens, daß es so nicht weitergehen kann. Es wird allerdings noch enormer Aufklärungsarbeit bedürfen, bis jedem klar wird, daß durch die Reform unter dem Strich mehr herauskommt, daß durch niedrigere Tarife die Manipulierung der steuerlichen Bemessungsgrundlage durch Sonderabschreibungen, Rücklagen und ähnliches nicht notwendig ist. Auch die Arbeitnehmer werden bereit sein, auf spezifische Freibeträge zu verzichten, wenn Sie erkennen, daß die Tarifentlastung ihnen mehr bringt.

Mit kompensierenden Steuererhöhungen sollte man außerordentlich vorsichtig umgehen. Die Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird augenblicklich fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes geführt. Die Verlockung, die notwendige Steuerreform unter diesem Deckmantel teilweise zu finanzieren, ist nicht zu übersehen. Unwiderlegbar ist aber die Tatsache, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze die Attraktivität von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft verstärkt. Deshalb sollte das, was mit der Reformierung der direkten Steuern gewonnen wird, nicht über die Hintertür durch Erhöhung der indirekten Steuern aufs Spiel gesetzt werden.



Ordnungsrahmen ja, gezielte Industriepolitik nein

Von HANS JOACHIM LANGMANN



Das ablaufende Jahr brachte eine Renaissance der altbekannten politischen Diskussion um Notwendigkeit, Inhalt und Möglichkeiten einer gezielten Industrie- und Strukturpolitik. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei längerfristige, strategische Entwicklungen der deutschen Volkswirtschaft. Dieser Blick über den Tellerrand des tagespolitischen Geschehens ist grundsätzlich zu begrüßen. Denn unternehmerisches und politisches Handeln verlangen zukunftsbezogenes Denken und Perspektive. Klar sein muß dabei allerdings, daß die Bewältigung der strukturellen Herausforderungen in erster Linie eine unternehmerische Aufgabe ist; der Staat kann dafür nur Orientierungsinformationen und den erforderlichen Ordnungsrahmen zur Verfügung stellen. Er hat eine subsidiäre Funktion.

Mitausgelöst hat diese Debatte das medienwirksame Schlagwort vom „Süd-Nord-Gefälle", die anhaltenden Probleme in der Stahl- und Bauindustrie und die seit Mitte dieses Jahres manifeste Schiffbaukrise. Dies hat dazu geführt, daß strukturpolitische Themen auf der Agenda der deutschen Wirtschaftspolitik 1986 einen vorderen Platz einnahmen.

Gleichwohl sind positive Fakten nicht zu übersehen: Die Wirtschaft wird bis Ende dieses Jahres rund 600 000 neue Arbeitsplätze seit 1984 geschaffen haben. Auch in diesem Jahr wurden wieder beachtliche Exporterfolge erzielt. Zudem hat sich die Investitionstätigkeit kräftig belebt, und die Preisniveaustabilität erreichte eine einmalige Konstanz. Dabei ist es nicht nur die quantitative Dimension, die das positive Urteil über die deutsche Wirtschaft bestimmt. Auch die Qualität des Erreichten belegt die Fortschritte im strukturellen Anpassungsprozeß: Wer, wie die deutsche Wirtschaft, Jahr für Jahr neue Außenhandelsrekorde vermelden kann, wer beim Handel mit technologieintensiven Produkten gleichauf mit Japan hinter den USA auf Platz zwei im Weltmaßstab rangiert und zudem ein Drittel seiner Ausfuhr mit hohen oder gehobenen technischen Produkten erzielt, dem kann schwerlich Versagen bei der Bewältigung des Strukturwandels vorgeworfen werden.

Noch vor zwei Jahren sah dies ganz anders aus: Da befanden wir uns auf dem Höhepunkt einer äußerst kontrovers geführten Diskussion um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Aufgeschreckt durch die These des Amerikaners Bruce Nussbaum, die Bundesrepublik fertige nach wie vor die besten Produkte des 19. Jahrhunderts, könne jedoch bei den Zukunftstechnologien nicht Schritt halten, sahen manche Zeitgenossen bereits den wirtschaftlichen und politischen Niedergang unseres Landes am Horizont. Die Wirklichkeit hat uns eines Besseren belehrt: Seit nunmehr vier Jahren befindet sich die deutsche Wirtschaft auf einem stabilen Wachstumspfad, dessen Ende noch nicht absehbar ist. Dabei hat sie unter Beweis gestellt, daß sie bereit und in der Lage ist, sich dem Strukturwandel offensiv zu stellen und die weltweiten wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen anzunehmen. Auf breiter Front hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß gerade die Fähigkeit zum strukturellen Wandel für die deutsche Wirtschaft mit ihrer überdurchschnittlich hohen Außenverflechtung zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor geworden ist.

Daß von Zweitrangigkeit der deutschen Industrie im Weltmaßstab keine Rede sein kann, wird auch durch die jüngsten Zwischenberichte der Strukturberichterstattung bestätigt. Die Forschungsinstitute kommen zu dem Ergebnis, daß die deutsche Industrie ihre internationale Wettbewerbsposition nachhaltig verbessert hat und damit das Krankheitsbild von der „Eurosklerose" zu den Akten gelegt werden kann.

Die erreichten Erfolge sind aber – wie jedermann weiß – nicht das Ergebnis einer selektiv steuernden staatlichen Struktur- und Industriepolitik, sondern vielmehr Ergebnis einer Politik, die bewußt auf die Revitalisierung der Marktkräfte gesetzt hat. Sie kommt in einem klaren marktwirtschaftlichen Kurs in der Wirtschaftspolitik und in der bewußten Rückführung einer überbordenden Staatsquote, insbesondere durch Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, zum Ausdruck.

Dennoch besteht zu unkritischem Optimismus keine Veranlassung. Angesichts der noch unzureichenden Präsenz der deutschen Wirtschaft auf den schnellwachsenden Märkten des pazifischen Raums und der noch nicht voll erschlossenen Wachstumspotentiale neuer Schlüsseltechnologien wäre jede Selbstzufriedenheit für die deutsche Industrie verfehlt. Zudem bedürfen die nach wie vor erheblichen Anpassungsprobleme zum Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie, im Bau und bei den Werften weiterhin tatkräftiger Anstrengungen aller Beteiligten. Gerade in der zugespitzten Lage der Schiffbauindustrie hat die Bundesregierung den Nachweis erbracht, daß die Wirtschaftspolitik auch ohne dirigistische Plankonzepte in der Lage ist, auf drängende Anforderungen im Strukturwandel ordnungskonform und schnell zu reagieren. In Übereinstimmung mit den unverändert gültigen Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik von 1968 sieht das Anfang November dieses Jahres verabschiedete Paket der Bundesregierung infrastruktur- und regionalpolitische Maßnahmen zur Modernisierung der Infrastruktur und Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den Küstenregionen vor, die den notwendigen Kapazitätsabbau bei den Werften flankieren sollen.

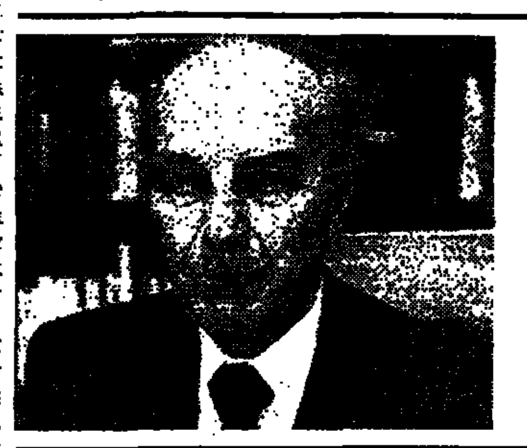
Aus den längerfristigen Entwicklungen und Erfahrungen der unter Anpassungsdruck stehenden Branchen ergibt sich folgende Schlußfolgerung: Eine Politik, die sich gegen den Strukturwandel und damit die Marktkräfte stellt, löst die strukturellen Anpassungsprobleme nicht. Sie verschiebt sie lediglich in eine fernere Zukunft mit der Konsequenz, daß ihre Bewältigung schwieriger und für alle Beteiligten kostspieliger und schmerzhafter wird.

So wichtig im allgemeinen und im Einzelfall eine ausgleichende Sozialpolitik auch ist, sie muß langfristig konzipiert sein. Sie darf daher unerläßliche unternehmerische Entscheidungen nicht aufhalten, sondern nur abmildern wollen. Regionalpolitik ist wichtig und richtig, wenn sie Chancen einer Region fördert und falsch, wenn sie ihre Probleme konservieren, Wandel verhindern will.

Der Staat bleibt daher gefordert, eine offensive marktwirtschaftliche Strukturanpassungspolitik zu praktizieren, die bewußt auf Interventionen verzichtet und stattdessen den Unternehmen durch geeignete Rahmenbedingungen den Handlungsspielraum verschafft, den sie zur Bewältigung der Aufgaben benötigen.

Eine solche „Politik adäquater Rahmenbedingungen" beinhaltet nicht nur den Ausbau einer zukunftsgerichteten Infrastruktur und eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Forschungs- und Entwicklungspolitik. Dazu gehören politische Entscheidungen, die auf ein Sinken der fast erdrückend hohen Sozialabgaben hinwirken. Die internationale Anbindung der deutschen Wirtschaft an wettbewerbsgerechte Festlegungen für den Umweltschutz darf bei den Rahmenbedingungen nicht vergessen werden. Vor allem gehört aber dazu eine auf Wachstum und Beschäftigung gerichtete innovations- und investitionsfördernde Steuerpolitik. Sie muß durch eine umfassende Reform dazu beitragen, den Unternehmen das finanzielle Rückgrat zu geben, das sie zur Bewältigung des Strukturwandels benötigen. Dazu gehört vor allem eine Entlastung von der diskriminierenden Gewerbesteuer und eine Abschaffung der Betriebsvermögensteuer.

Auf die Frage „Brauchen wir eine ‚neue' Industriepolitik?" kann die Antwort daher nur lauten: gezielte Industriepolitik, nein, aber gute Wirtschaftspolitik, die die industrielle Basis – das Kernstück unserer Volkswirtschaft – stärkt, ja!



Für zwei Jahre übernahm der Physiker Dr. Hans Joachim Langmann 1985 die Spitze des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Betriebsinterne Gründe verhindern eine längere Amtsperiode.

Der Kampf um den Kunden prägt den Einzelhandel

Von WOLFGANG HINRICHS

Global betrachtet kann der Einzelhandel mit dem Jahr 1986 sehr zufrieden sein. Erstmals seit 1978 nahm der Einzelhandelumsatz real wieder um mehr als vier Prozent zu. Die Aussichten für 1987 sind ähnlich günstig: Der Einzelhandel darf wieder ein nominales Umsatzplus in der Größenordnung von 1986 erwarten, das preisbereinigt etwa 2,5 bis drei Prozent betragen wird.

Dennoch kann von Festtagsstimmung unter den Einzelhändlern keine Rede sein. Auch bei aufwärts gerichteter Konjunktur und lebhaftem Konsum ist der unerbittliche Kampf um den Kunden nicht leichter geworden. Wenn noch im Herbst in einer Umfrage der Creditreform mehr als die Hälfte der befragten Einzelhändler von stagnierenden oder sogar von sinkenden Umsätzen berichtetet, ist dieses Ergebnis glaubhaft. Denn die erheblichen Umsatzzuwächse konzentrierten sich 1986 zunächst auf wenige Einzelhandelsbranchen und auf die neueren Betriebsformen. Für viele Einzelhändler haben sich die Hoffnungen, die sie an die kräftige Erhöhung der Einkommen geknüpft haben, im abgelaufenen Jahr nicht erfüllt.

Was die Einzelhändler mit wachsender Sorge erfüllt und bei einigen Existenzangst auslöst, das sind der überaus harte Wettbewerb in allen Sparten des Einzelhandels und die mitunter rüden Methoden, mit denen die Kombattanten die Verbraucher auf ihre Seite zu ziehen versuchen. Verschiedene Umfragen belegen, daß die Einzelhändler im Verdrängungswettbewerb und in der immer noch zunehmenden Konzentration und Marktmacht weniger Großunternehmen die Hauptgefahr für ihren Geschäftsbetrieb sehen. Die Lohnnebenkosten oder die hohe Steuerlast werden erst danach genannt.

Daß der Wettbewerbsdruck im Einzelhandel seit Jahren ständig zunimmt, hat verschiedene, unterschiedlich zu beurteilende Ursachen. So ist die Anzahl der Wettbewerber in den meisten Einzelhandelsbranchen größer geworden. Trotz kontinuierlich leicht sinkender Bevölkerungszahl hat die Anzahl der Einzelhandelsunternehmen, die nicht zum Lebensmitteleinzelhandel gehören, in den letzten zehn Jahren um rund 70 000 zugenommen. Demgegenüber schrumpfte der Lebensmitteleinzelhandel um 20 000 Unternehmen. Die Neugründungen sind meist in Einzelhandelssparten entstanden, die mit geringer Fläche auskommen. In der Sortimentsgestaltung wird meist versucht, Marktnischen auszufüllen und Zeit- und Modetrends aufzufangen (Handarbeitsgeschäfte, Antiquariate, Musikalien, grüne Produkte, Videotheken). Häufig handelt es sich um Nebenerwerbsbetriebe, die von der nach selbständiger Tätigkeit strebenden Ehefrau geführt werden, oder um erste Versuche von Angestellten, Arbeitslosen oder Studenten, nebenher die Selbständigkeit zu erlernen.

So sehr der Drang in die Selbständigkeit und Verantwortung zu begrüßen ist – häufig schlagen die Versuche, auf eigenen Beinen zu stehen, fehl. Die Fluktuationsrate ist hoch. Oft verfügen die Jungeinzelhändler nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um eine Durststrecke zu überstehen, häufig fehlt es an ausreichenden Fachkenntnissen, meist ist das Umsatzvolumen zu niedrig, um sich einer starken Einkaufsvereinigung anschließen zu können. Haben sie aber die richtige Marktnische gefunden, dann locken sie sehr schnell Imitatoren an oder bewirken, daß große Einzelhandelsunternehmen diese Produkte in ihr Sortiment aufnehmen. Die Ausdehnung der Randsortimente in den großflächigen Einzelhandelsbetrieben stellt für die Pioniere unter den Einzelhändlern eine Gefahr dar. Die vielen neuen haben nur einen geringen Marktanteil; die zahlreichen Neugründungen sind kein Anzeichen für eine Dekonzentration.

Erheblichen Wettbewerbsdruck erzeugt auch der ständige Wandel in den Erscheinungsformen des Einzelhandels. Im Einzelhandel konkurrieren nicht nur Güter, Standorte und Verkäuferleistungen um die Gunst des Kunden, sondern in immer rascherer Abfolge auch Vertriebskonzepte. Die Selbstbedienung hat Supermärkte und Verbrauchermärkte als eigenständige Vertriebsformen hervorgebracht. Die Discounter folgten. Nach nur 20 Jahren scheinen die Verbrauchermärkte bereits an der Schwelle der Sättigungsgrenze zu stehen. Dafür erleben wir derzeit eine stürmische Aufwärtsentwicklung der Fachmärkte, die verschiedene Einzelhandelsbranchen bereits beherrschen. Der Strukturwandel im Einzelhandel läuft eindeutig in Richtung wachsender Unternehmensgrößen, zunehmender Kooperation und abnehmender Entscheidungsfreiheit des Selbständigen.

Dies gilt auch für neuere Handelsbetriebsformen, für die Shop-in-shop-Läden, für Agenturvertrieb oder Franchising. Bei diesen Erscheinungsformen werden die unternehmerischen Entscheidungen mit Ausnahme des direkten Verkaufs zentral gelenkt. Allerdings: Vielfach ermöglichen erst derartige Kooperationen, die natürliche Benachteiligung der „kleinen Einheit" zu überspringen.

Es gehört zur Marktwirtschaft, daß der Wettbewerb für Unruhe und Fortschritt sorgt. Aber dieser Wettbewerb muß sich in geordneten Bahnen, nach anerkannten Regeln und fairen Methoden vollziehen. Dies ist heute leider häufig nicht der Fall. Kleine und mittlere Handelsunternehmen werden weiterhin bei den Einkaufskonditionen benachteiligt, systematische Verkäufe unter Einstandspreis sind immer noch nicht ausgeschlossen, spektakuläre Übernahmen von Firmen und Firmengruppen füllen nach wie vor die Spalten der Wirtschaftspresse.

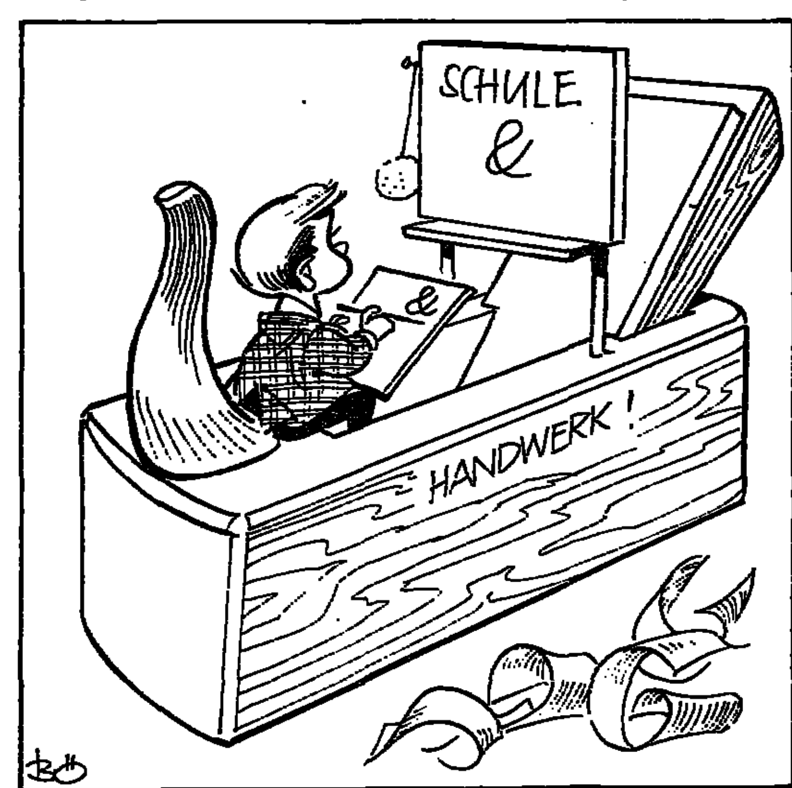
Es besteht für den kleinen und mittleren Einzelhändler trotzdem keine Veranlassung, den Mut sinken zu lassen. Mittelfristig wird ihm sogar der Zeitgeist zugute kommen, denn die junge Generation setzt wieder stärker auf Individualität, Dezentralisierung und intime Kundennähe. Der kleine und mittlere Einzelhändler muß wissen, daß er den Überlebenskampf arbeitsteilig zusammen mit seinem Einzelhandelsverband führt. Dabei fällt ihm die Aufgabe zu, kreativ zu sein, sein Angebot zu spezialisieren, das Geschäftsimage zu pflegen; kurz: Kompetenz und Profil (zurück)zugewinnen.

Um dies bewältigen zu können, muß er entsprechend qualifiziert sein. Was wir gegenwärtig brauchen, ist nicht nur eine Qualifizierungsoffensive für Facharbeiter, sondern auch eine für junge Unternehmer. Unternehmer sind noch knapper als Facharbeiter. Hier kommt auf die Verbände des Einzelhandels eine wichtige Zukunftsaufgabe zu.

Dabei ist es Aufgabe der Hauptgemeinschaft als Spitzenverband, die Rahmenbedingungen für den Einzelhändler zu verbessern, beispielsweise Einfluß auf die Steuerpolitik zu nehmen, damit die extreme Eigenkapitalschwäche überwunden wird. Insbesondere aber muß sie bei der Aktualisierung des Wettbewerbs- und Kartellrechts dafür sorgen, daß der Leistungswettbewerb im Sinne des Ordo-Liberalismus von Eucken, Erhard und Rüstow gefördert und vor innerer Aushöhlung und einem Rückfall in den Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts mit seinen negativen sozialen und gesellschaftlichen Folgen bewahrt wird. Hier vermisse ich heute oft die notwendige Klarheit in der öffentlichen Diskussion.



Der Unternehmer und Abgeordnete der CDU, Wolfgang Hinrichs, vertritt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels seit drei Jahren als ihr Präsident in der Öffentlichkeit.



Die Schule muß mit dem Handwerk verwoben sein

Von PAUL SCHNITKER

Für das Handwerk, das ohne den qualifizierten Mitarbeiter, den meisterlichen Könner, verkümmern müßte, sind alle Fragen der beruflichen Bildung Existenzfragen. Das gilt für die Quantität der beruflichen Bildung ebenso wie für deren Qualität. Der Lehrling von heute ist der Meister von morgen. Unsere Wirtschaft wird in Zukunft nur bestehen, wenn sie über einen breiten Bestand beruflicher Könner verfügt. Die Handwerksbetriebe, die sich im harten Wettbewerb befinden, können sich nur dann behaupten, nur dann Arbeitsplätze sichern oder gar vermehren, wenn ihre Produkte von hervorragender Qualität sind. Deswegen kann nicht darauf verzichtet werden, auch an junge Menschen Maßstäbe anzulegen, die der im Wettbewerb erwarteten Qualität und Leistung entsprechen.

Analog zum traditionellen Dreiklang Lehrling-Geselle-Meister geht das Handwerk in seinen bildungspolitischen Überlegungen auch von einem Dreiklang der Menschenbildung aus. Dieser Dreiklang umfaßt die Stationen „Grundbildung, Berufsbildung und Weiterbildung". Aufgabe der Schule ist es dabei, eine solide Grundbildung zu vermitteln; sozusagen als Startkapital für die berufliche Bildung, die vor allem durch die Praxis im Betrieb gewährleistet wird. Eng verknüpft mit der betrieblichen Ausbildung ist sodann die berufliche Weiterbildung, die auf der Erstausbildung aufbaut. Weiterbildung wird ein Schlüsselwort für zukünftige Bildungsaufgaben.

Wer die Entwicklung der Schülerströme in den letzten Jahren beobachtet hat, wird feststellen, daß sich das Bildungsverhalten der Schüler aller Schularten vornehmlich zugunsten des dualen Systems – der beruflichen Bildung in Betrieb und Schule – verändert hat. Die allgemeinbildenden Schulen haben dieses veränderte Bildungsverhalten bisher nicht beziehungsweise nicht ausreichend berücksichtigt und die Schüler nicht intensiv genug auf die Arbeits- und Berufswelt vorbereitet. Deshalb ist es erforderlich, daß die Schulen mehr als bisher Informationen aus der Arbeitswelt in den Unterricht einfließen lassen. Das Handwerk hat dafür bereits eine Reihe von Informationsmitteln entwickelt, die den Schulen zur Verfügung stehen.

Computer sollten nicht als neues oder gar eigenständiges „Unterrichtsfach", sondern als technologisches Hilfsmittel im Sinne einer modernen Unterrichtsgestaltung gesehen werden. Alle Fächer müssen grundsätzlich stärker anwendungsbezogen, das heißt praxis- und berufsnah ausgerichtet werden.

Hierzu können Betriebspraktika, Betriebserkundungen oder Informations- und Projekttage beitragen, deren pädagogischer Wert nicht mehr umstritten ist. Derartige Erkundungs- und Praxisphasen könnten in Gymnasien zum Beispiel im Rahmen von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften stattfinden, damit auch die außerschulischen Interessen der Schüler – zum Beispiel Förderung musischer und kreativer Fähigkeiten und sportliche Betätigung – nicht zu kurz kommen. Die Organisationen des Handwerks und die Betriebe bieten dafür eine enge Zusammenarbeit an.

Zwischen Schule und Wirtschaft muß sich eine enge Partnerschaft entwickeln. Bestehende Arbeitsgemeinschaften wie etwa „Schule und Wirtschaft" oder „Gymnasium und Wirtschaft" sollten ausgebaut werden. Theoretiker und Praktiker, Pädagogen und Handwerker müssen mehr voneinander erfahren und sich öfter begegnen. Das würde dazu führen, daß die Jugendlichen nicht nach dem Grundsatz „Allen das Gleiche", sondern „Jedem das Seine" gefordert und gefördert werden. Eine bloße Verlängerung der Schulzeit in Form etwa eines zehnten allgemeinbildenden Schuljahres für alle Jugendlichen ist weder sinnvoll noch geeignet, Schüler individuell zu fördern. Es fördert eher Schulmüdigkeit. Man sollte den Schülern wieder früher die beruflichen Bildungswege eröffnen und später – wenn schon ein solides Fundament geschaffen ist – je nach Begabungen und Neigungen darauf weiterbauen.

Die konkrete Begegnung mit der Arbeits- und Berufswelt, das Erleben der betrieblichen und beruflichen Praxis, die Erfahrungen wirtschaftlicher Zusammenhänge, soziales Verhalten, soziale Kontakte, die Verantwortung am Arbeitsplatz, zusammen mit anderen, fördern und fordern den Menschen ganzheitlich. Der Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen muß doppelgleisig sein: allgemeinbildend und berufsvorbereitend.

Partnerschaft „Schule und Wirtschaft" ist vor allem im Bereich der berufsbildenden Schulen notwendig. Die Berufsschule ist der notwendige Partner des Handwerks im dualen System und übernimmt den begleitenden Part der theoretischen Berufsbildung. Die tragende Säule innerhalb des dualen Systems ist der Betrieb und die betriebliche Ausbildung! Die Berufsschule nimmt als Partner die Aufgabe wahr, die praktische Ausbildung theoretisch zu begleiten. Denn Berufsbildung umfaßt Kopf und Hand. Wo immer Bildung entsteht, der Kopf macht es noch nicht allein. Kopf und Hand gehören zusammen! Und auch Herz gehört dazu.

Das Handwerk muß darauf bestehen, daß die theoretische Unterweisung in der Berufsschule berufsbezogen und nicht „berufsfremd" durchgeführt wird. Bei allem Verständnis für allgemeinbildende Fächer kann es nicht gut sein, wenn derartige Fächer vom Umfang her auf Kosten der Zeit, die für die praktische Ausbildung benötigt wird, erweitert werden und die Einführung eines zweiten Berufsschultages darauf begründet wird. Es kann auch nicht angehen, wenn die Berufsschulpflicht – wie jüngst in Nordrhein-Westfalen geschehen – auf Erwachsene ausgedehnt wird. Erwachsene sind erwachsen, und sie sollten selbst frei entscheiden, ob sie am Berufsschulunterricht teilnehmen wollen oder ob sie die Zeit für andere wichtige Dinge (zum Beispiel zielorientierte Weiterbildung) verwenden wollen.

Die berufliche Ausbildung nimmt durch die technischen Entwicklungen ständig an Volumen zu. Das hat zwangsläufig auch Auswirkungen auf die theoretische Ausbildung. Es sollte von Beruf zu Beruf sorgfältig geprüft werden, wo theoretische Inhalte vertieft oder erweitert werden müssen. Diese Lösung bietet sich um so mehr an, als immer mehr Jugendliche sowieso schon mit einer breiteren und zeitlich länger andauernden Schulbildung und höherem Alter in das duale System hineinwechseln.

Um eine berufsbezogene theoretische Unterweisung in der Berufsschule zu gewährleisten, ist es vor allem notwendig, daß die Lehrer neben der qualifizierten fach- und erziehungswissenschaftlichen Ausbildung auch über eigene Berufserfahrungen in der betrieblichen Praxis verfügen. Nur so wird es gelingen, den Unterricht auch an der Berufswirklichkeit zu orientieren. Zusätzlich zum Hochschulstudium und anschließender Referendarzeit gehört deshalb für das Lehramt an berufsbildenden Schulen auch eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder eine vergleichbare Qualifikation.

Da die betriebliche Praxis sich heute aufgrund der technischen Entwicklung immer rascher verändert, bedarf es – wie beim Meister auch – der ständigen Weiterbildung des Berufsschullehrers. Hierfür bietet das Handwerk an, praktische Erfahrungen in der Handwerkspraxis ständig neu zu „aktualisieren". Im Handwerk wird es sehr begrüßt, daß seine Positionen zur Lehreraus- und -fortbildung auch von den beiden Bundesverbänden der Lehrer an beruflichen Schulen und Wirtschaftsschulen mitgetragen werden.

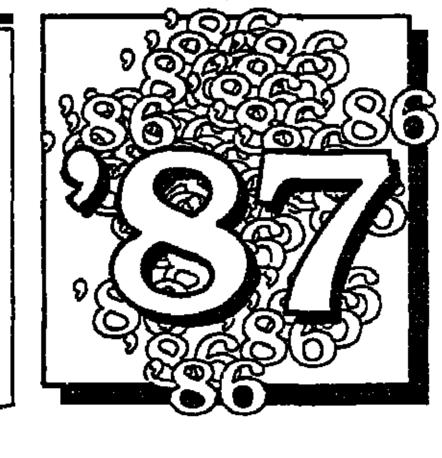
Unterschiedliche Standpunkte bestehen allerdings in der Frage nach der Rolle der Berufsschulen bei der beruflichen Weiterbildung. Die bewährten, an der Praxis orientierten freien Träger beruflicher Weiterbildung dürfen nicht durch staatliche Angebote zum „Nulltarif" ins Abseits gedrängt werden. Milliarden wären in den Sand gebaut! Die berufliche Weiterbildung ist vorrangig eine Aufgabe der Wirtschaft. Eine Erweiterung der Bildungskompetenz der Berufsschulen würde die so notwendige Pluralität der freien, in der Praxis orientierten Träger untergraben. Da es in der beruflichen Weiterbildung auf Berufspraxis und Berufserfahrungen besonders ankommt, ist die Berufsschule gut beraten, in Abstimmung mit der Wirtschaft subsidiär tätig zu werden. Auch Weiterbildung kann auf die Berufsschule nicht verzichten.

Die Zukunft der Berufsschule ist eng verbunden mit der Zukunft und der wirtschaftlichen Entwicklung. Berufsschule und Wirtschaft müssen eng zusammenarbeiten. Je enger diese Kooperation im Sinne einer dualen und fairen Partnerschaft ist, um so besser wird es gelingen, die Jugend auf die Arbeitswelt und auf das Leben und ihre Zukunft vorzubereiten.



Dem Beispiel seines Vaters folgend, engagierte sich Paul Schnitker sehr früh in der Berufspolitik. Als Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks setzt er sich seit 1973 für die Belange seines Standes ein.

Ideenreichtum der Banken hat sich bewährt



Von HANNS CHRISTIAN SCHROEDER-HOHENWARTH

Seit nahezu vier Jahren sitzt Dr. Hanns C. Schroeder-Hohenwarth auf dem Präsidentensessel des Bundesverbandes deutscher Banken. Die neuen Finanzierungsinstrumente haben in seiner Amtszeit sehr an Bedeutung gewonnen.

Die Weltwirtschaft war in den letzten Jahrzehnten einer Vielzahl von strukturellen Veränderungen unterworfen. Zu den bedeutendsten Entwicklungen gehört die Herausbildung eines weltweiten Geld- und Kapitalmarktes. Dies heißt nicht, daß die einzelnen nationalen Märkte keine charakteristischen Konturen mehr aufweisen, aber zweifellos ist der Spielraum für eine eigenständige Entwicklung geringer geworden.

Beispielhaft für die Globalisierung des Bankgeschäfts ist das Wachstum des Euromarktes. Dieser Markt entstand Ende der 50er Jahre. Zum Ende des Jahres 1973 beliefen sich die Auslandsforderungen der dort tätigen Banken auf etwa 240 Mrd. US-Dollar. Seitdem vervielfachte sich das Volumen dieser Forderungen: Ende Juni 1986 lag es bei knapp 2800 Mrd. US-Dollar – nahezu eine Verzwölffachung innerhalb von zwölfeinhalb Jahren. In den Jahren 1980 und 1981 lagen die Volumina der Neuausleihungen sogar höher als der Gesamtbestand im Jahr 1973.

Noch dynamischer entwickelte sich die Emission von Euro- und Auslandsanleihen. Das Ausgabevolumen versechzehnfachte sich von rund 10 Mrd. US-Dollar (1973) auf über 163 Mrd. US-Dollar (1985). 1986 wird ein neues Rekordjahr werden, denn bereits im ersten Halbjahr wurden für über 111 Mrd. Dollar internationale Anleihen begeben, aber nur für rund 13 Mrd. Dollar Konsortialkredite vergeben. Damit hat die Begebung von Anleihen, die besonders nach 1981 stürmisch zunahmen, die Expansion an den Kreditmärkten abgelöst.

Viele dieser Anleihen werden in Verbindung mit Zins- oder Währungsswaps begeben oder mit einer Kombination von beidem. Gerade diese neuen Instrumente ermöglichten das starke Wachstum. Bei Swapgeschäften werden Verbindlichkeiten oder Forderungen getauscht: Bei einem Zinsswap zum Beispiel die Verpflichtungen aus Anleihen mit festen Zinsen gegen solche mit variablen Zinsen, bei einem Währungsswap werden Anleihen in unterschiedlichen Währungen, zum Beispiel DM-Anleihen gegen Dollar-Anleihen getauscht. Dies ermöglicht den Partnern dann eine auf ihre speziellen Bedürfnisse ausgerichtete Finanzierung.

Bei den Swap-Konstruktionen handelt es sich zwar wohl um das wichtigste, nicht aber um das einzige neue Finanzierungsinstrument. Bedeutung haben auch die sogenannten Euro-Notes, zum Beispiel Note Issuance Facilities (NIFs) und Revolving Underwriting Facilities (RUFs), erlangt.

Bei diesen Konstruktionen erhält der Schuldner die gewünschten Finanzmittel über eine bestimmte Laufzeit aus der revolvierenden Emission kurzfristiger Titel. Die Finanzierung erfolgt zu knapp über den Geldmarktsätzen liegenden Konditionen und ist damit sehr günstig. Die Plazierung erfolgt über eine oder mehrere Banken. Die Forderungen sind verbrieft.

Mit den Beispielen erwähne ich nur einige wenige der neuen Finanzierungsformen. Aber nicht alle Innovationen haben an den Märkten Bestand. Auch sie unterliegen dem wettbewerblichen Ausleseprozeß und nur jene haben Erfolgsaussichten, die den Beteiligten wirkliche Vorteile bieten.

Finanzinnovationen bieten bessere Finanzierungs- und Anlagebedingungen als die „klassischen" Instrumente. Der Wunsch nach optimalen Finanzierungs- und Anlageprogrammen war aber sicherlich schon immer gegeben. Daher stellt sich die Frage, warum sich die Neuerungsaktivität in den letzten Jahren so stark beschleunigt hat. Geht man dieser Frage nach, so stößt man auf drei Ursachen:

- Entscheidende Veränderungen im ökonomischen Umfeld,
- die Regulierungspolitik an den Finanzmärkten,
- die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnik.

Seit den frühen 70er Jahren sind starke Schwankungen bei wichtigen ökonomischen Größen festzustellen: Nominal- und Realzinsen, Wechselkurse, Inflationsraten, Zahlungsbilanzen veränderten sich innerhalb kürzester Zeiträume. Die sich daraus ergebende Unsicherheit stellt einen erheblichen Risikofaktor für finanzielle Dispositionen dar. Damit war die Phantasie der Akteure an den Märkten gefordert, wie diesen Herausforderungen begegnet werden konnte. Das Ergebnis sind die Finanzinnovationen. Sie lassen sich also zum Teil als Folge wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen erklären.

Im Zuge der Neubestimmung des Verhältnisses zwischen staatlichen und privaten Aktivitäten wurden in westlichen Industriestaaten auch die Finanzmärkte dereguliert. Dies wirkte innovationsfördernd, weil der Wettbewerb innerhalb des Bankensystems und zwischen Banken und anderen Finanzsektoren verstärkt wurde. Durch Neuerungen versuchen die Anbieter Wettbewerbsvorsprünge zu erzielen und sich so für den Kunden attraktiver zu machen.

Aber auch Regulierungen schaffen Anreize für Neuerungen. So läßt sich eine Reihe von Innovationen nur vor dem Hintergrund des besonders in den angelsächsischen Ländern bestehenden Spezialbankensystems verstehen. Andere dienen dem Ziel, die Mindestreservepflicht oder die vorgeschriebene Unterlegung von Geschäften mit Eigenkapital zu vermeiden. Regulierungen können somit zu einer Innovations-Interventions-Spirale führen, so daß hier Zurückhaltung geboten erscheint.

Eine Reihe von Innovationen, insbesondere aber die Integration der Finanzmärkte, wäre ohne die rasche Entwicklung in der Informations- und Kommunikationstechnik nicht möglich gewesen. Der technische Fortschritt beschleunigte die Übertragung der Informationen bei sinkenden Transaktionskosten.

Die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten hat weitreichende Konsequenzen für ein so stark in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingebettetes Land wie die Bundesrepublik Deutschland. Sie reichen weit über die unmittelbar betroffenen Banken und Börsen hinaus. Deshalb muß der Finanzplatz Bundesrepublik Deutschland international wettbewerbsfähig bleiben und in seiner Wettbewerbsfähigkeit weiter gestärkt werden.

Diese Forderung leuchtet unmittelbar ein, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß heute die internationalen Kapitalströme sowohl kurz- als auch mittelfristig einen dominierenden Einfluß auf die Wechselkurse haben. Damit bilden sie einen bedeutenden Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Preisentwicklung und andere wirtschaftspolitischen Ziele. Daraus folgt, daß wir auch weiterhin eine Wirtschaftspolitik betreiben müssen, die das Vertrauen der in- und ausländischen Anleger erhält.

Auch die Rahmendaten für das Bank- und Börsengeschäft müssen weiter verbessert werden. In der letzten Zeit ist hier viel geschehen; weitere Maßnahmen bleiben erforderlich. Die Börsenumsatzsteuer verhindert zum Beispiel das Entstehen funktionsfähiger Sekundärmärkte unter anderem für Einlagenzertifikate und Floater. Das Geschäft wandert an ausländische Plätze ab und zieht andere mit. Da die Bundesregierung ihre Bereitschaft zur Abschaffung dieser Steuer deutlich erklärt hat, bin ich zuversichtlich, daß dies auch bald geschehen wird. Vor allem müssen die Banken natürlich eigene Anstrengungen unternehmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Sie haben dies in der Vergangenheit erfolgreich getan und werden es weiterhin tun.

Dem Großhandel droht Konkurrenz von zwei Seiten

Von Konsul KLAUS RICHTER



Als Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels lenkt der Lübecker Hanseat Konsul Klaus Richter seit 1984 mit feinem politischen Gespür die Geschicke seiner Branche.

Im Handel ein Wandel – diese generelle Aussage gilt ohne Einschränkung auch für den Groß- und Außenhandel. Der Großhandel, der die Märkte ständig in Bewegung hält, wächst selbst zunehmend in neue Strukturen hinein. So haben die steigenden Leistungsanforderungen von Lieferanten und Abnehmern dazu geführt, daß die Meßlatte für die erforderliche Unternehmensgröße in vielen Branchen immer höher gelegt wird. Noch vor wenigen Jahren hielt das Ifo-Institut für ein leistungsfähiges Fullservice-Unternehmen eine Mindestumsatzgröße von zehn Millionen Mark für erforderlich. Bald schon revidierte das Institut diese Schwelle im Durchschnitt aller Branchen auf 50 Millionen, in einigen Teilbereichen sogar auf 100 Millionen Mark und mehr.

Die Großhandelsunternehmen haben in den letzten Jahren bereits in erheblichem Umfang Anpassungen vorgenommen, insbesondere durch stärkere Berücksichtigung spezieller Bedarfssegmente in der Sortimentsgestaltung, durch die Bewirtschaftung bestimmter Warengruppen und Sortimente im Einzelhandel, im Sinne des Service-Merchandising, durch die Übernahme von Distributor- oder Spezialvertriebsfunktionen für Hersteller und durch verstärkte Aktivitäten in der Verkaufsförderung. Dazu ist zu den Beschaffungsfunktionen im Rahmen von Kooperationen generell ein verstärktes Absatzmarketing getreten. So haben sich insbesondere zahlreiche Unternehmen des Konsumgüterhandels bereits zu sogenannten Marketingzentralen entwickelt.

Die Einschaltung des Großhandels in die nationalen und internationalen Warenströme ist beachtlich hoch. Vom gesamten wertmäßigen Inlandsabsatz des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik wird mehr als die Hälfte über institutionelle Großhandelsunternehmen abgewickelt. 1985 haben die rund 101 000 Großhandelsunternehmen rund 853 Milliarden Mark umgesetzt. Das sind 22 Prozent des Gesamtumsatzes der gewerblichen Wirtschaft.

In den letzten Jahren hat die Industrie vor allem die Zusammenarbeit mit Unternehmen der Zentralgroßhandelsstufe und auch mit leistungsstarken regionalen Großhandelshäusern in wesentlichen Bereichen noch verstärkt. Nicht zu übersehen ist allerdings auch die Tatsache, daß Produzenten teilweise auch eigene Vertriebsgesellschaften mit Großhandelsfunktionen auf- beziehungsweise ausgebaut haben. Auch im Einzelhandel haben vor allem die Zentralen von Filialunternehmen Großhandelsfunktionen übernommen.

Wie kann angesichts dieser Entwicklung die Zukunft aussehen? Eines ist sicher: Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Großhandelsstufe in einer Marktwirtschaft bleibt unbestritten. Denn ohne die Mittlertätigkeit insbesondere des institutionellen Großhandels sind sowohl die nationalen Märkte als auch der internationale Handelsverkehr mit dem Ausland nicht funktionsfähig. Doch von wem die Großhandelsfunktion wahrgenommen wird, entscheiden die Leistungsfähigkeit der gesamten Großhandelsstufe und die unternehmerische Bewährung der einzelnen Großhandelsbetriebe.

Die Anforderungen an die Großhandelsunternehmen in den verschiedenen Geschäftszweigen werden auch in Zukunft durch unterschiedliche Faktoren bestimmt sein. So können Fach- und Spezialgroßhandlungen mit einem Jahresumsatz von einigen Millionen Mark in bestimmten Fällen durchaus marktfähige Leistungen erbringen. In der Lebensmittelbranche wird sich die Größenschwelle bei den sogenannten Vollsortimenten für eine marktadäquate Großhandelsleistung eher noch weiter nach oben bewegen. Der bisherige Trend zur Steigerung der Leistungsfähigkeit – auch durch direkte Übernahme von Aktivitäten auf der Einzelhandelsstufe – könnte sich auch über die Nahrungsmittelbranche hinaus verstärkt in anderen Geschäftszweigen ausbreiten.

Die größte Herausforderung für die nächsten Jahre sehe ich – und das gilt für den Großhandel insgesamt – in den neuen Informations- und Kommunikationstechniken sowie bei völlig neuen Logistiksystemen für die Warenströme zwischen Produktion und Verbraucher. Führende Unternehmen des Großhandels arbeiten bereits seit Jahren an einer Perfektionierung der EDV- und Warenwirtschaftssysteme. Wir kennen Gemeinschaftsprojekte zwischen Industrie- und Großhandelsunternehmen, die dem Ziel dienen, den beleglosen Bestell- und Rechnungsverkehr zu realisieren. Daher hat sich vielfach die Erkenntnis durchgesetzt, daß derjenige Sieger im Wettbewerb bleiben wird, der über das bessere Informations- und Logistiksystem verfügt.

Da Wettbewerb und Strukturwandel in einem gleichrangigen Zusammenhang stehen, wird die weitere Entwicklung unserer Wirtschaftsstufe auch ganz wesentlich durch die zukünftige Wettbewerbspolitik beeinflußt. Denn sie setzt wesentliche Rahmenbedingungen für die Funktions- und Leistungsfähigkeit nicht nur des Großhandels, sondern letztlich auch seiner Marktpartner.

Wir hatten es in den letzten Jahren zunehmend mit einer Verschlechterung der Qualität des Wettbewerbs zu tun. Ich meine damit die Tatsache, daß die Verengung der Marktstrukturen in stärkerem Umfang als früher auf den Mißbrauch von Marktmacht zurückzuführen ist. Im wettbewerbspolitischen Bereich wirft die in der nächsten Legislaturperiode zu erwartende fünfte Kartellgesetznovelle bereits jetzt ihre Schatten voraus. Wir beobachten das nicht ohne Sorge.

Ansatzpunkt ist vor allem die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel. Die Befürworter einer GWB-Novelle meinen, daß ein Regelungsbedarf des Gesetzgebers vor allem bei dem Problem der Konditionenspreizung, also der Rabattdiskriminierung, und dem Verbot der unbilligen Behinderung von Wettbewerbern besteht. Dazu kommen Forderungen nach einer stärkeren Anpassung der Fusionskontrolle auch an die Belange des Handels und nach einer Überprüfung der Ausnahmebereiche des Kartellgesetzes.

Die Bundesregierung hat bisher keine Kartellgesetznovellierung gefordert, weil nach ihrer Ansicht einem konsequenten Gesetzesvollzug durch die Kartellbehörden und den Selbsthilfebemühungen der Wirtschaft der Vorrang vor erneuten Gesetzesänderungen zukommt. Dieser Auffassung stimmt der BGA uneingeschränkt zu. Wir meinen, daß die Wettbewerbspolitik insbesondere nicht zu einem Instrument der Struktursteuerung gestaltet werden darf. Sie muß vielmehr so angelegt sein, daß sie wesentliche Rahmenbedingungen auch für den nicht aufzuhaltenden Strukturwandel im mittelständischen Unternehmensbereich und damit auch im Groß- und Außenhandel setzt.

Wo Hilflosigkeit und Erfolg dicht beieinander liegen

Von Dr. med. VERA ZYLKA

Die Gentechnologie und ihre Ergebnisse für den medizinischen Bereich haben zu schrittweisen Erfolgen beim internationalen Feldzug gegen die modernen Zivilisationskrankheiten geführt. Der große Durchbruch im Kampf gegen Krebs und Aids, um nur zwei Vertreter zu nennen, ist indes nach wie vor nicht in Sicht. Wissenschaftler arbeiten fieberhaft daran, die Situation in den Griff zu bekommen.

Deutsches Kunstherz

Die wohl spektakulärste Operation der Bundesrepublik wurde im März am Berliner Klinikum Charlottenburg durchgeführt: Herzchirurg Professor Emil Bücherl setzte einem 39jährigen Patienten das erste deutsche Kunstherz ein. Hierbei handelte es sich nicht um eine geplante Operation, sondern um den letzten Versuch, den Patienten am Leben zu erhalten. Chronologie der Ereignisse: Während einer Bypassoperation erleidet der junge Mann einen lebensbedrohlichen Herzinfarkt. Sein Leben wird nur durch die Herz-Lungen-Maschine aufrechterhalten.

Professor Bücherl entscheidet sich für eine Transplantation, findet aber kein geeignetes Spenderherz. Als letzter Ausweg bleibt das Kunstherz, das Bücherl in über 20jähriger Forschungsarbeit entwickelt hat. Der Eingriff glückt, das Kunstherz schlägt, und der Patient erlangt das Bewußtsein. In der darauffolgenden Woche wird schließlich ein immunologisch „passendes" Spenderherz gefunden, das dem Patienten noch am gleichen Abend eingepflanzt wird. Doch nun treten Komplikationen auf (Blutgerinnung, Blutungen, Nieren, Kammerflimmern), die nach 44stündigem Kampf nicht mehr zu beherrschen sind. Das Ringen um das Leben des jungen Mannes ist verloren.

Aids

Es gibt wohl kaum eine Krankheit, die dieses Jahr mehr Schlagzeilen und weltweite Besorgnis hervorgerufen hat, als Aids (Acquired Immune Deficiency Syndrome). Ihre traurige Berühmtheit hat diese Immunmangelerkrankung vor allem der Tatsache zu verdanken, daß die moderne



Professor Emil Bücherl (hier bei einer herzchirurgischen Operation) hat im Frühjahr im Klinikum Charlottenburg der Freien Universität Berlin einem 39jährigen Patienten das erste deutsche Kunstherz implantiert, das er in über 20jähriger Forschungsarbeit entwickelt hat.

Medizin dem Erreger der Erkrankung, einem Retrovirus, bislang weitgehend hilflos gegenübersteht. Zum heutigen Zeitpunkt gibt es weder eine sichere Behandlungsform noch eine Schutzimpfung.

Zur Zeit sind dem Bundesgesundheitsamt 771 Aids-Kranke gemeldet. Doch das größte Gefahrenpotential stellen nicht die Erkrankten dar, sondern die Infizierten, die zum Teil davon nicht einmal Kenntnis haben. Ihre Dunkelziffer wird in der Bundesrepublik auf etwa 80 000 geschätzt. Als gesichert angesehen wird die Übertragung des Aids-Virus derzeit durch Geschlechtsverkehr, seine Einbringung in die Blutbahn und durch eine infizierte Mutter auf das Kind. Nachgewiesen wurde der Erreger in Blut, Sperma, Speichel, Tränen, Brustmilch und Harn.

Knochenmark-Transplantation

Die Deutsche Krebshilfe hat beschlossen, die erste zentrale Datenbank für Knochenmarkspender in der Bundesrepublik in Tübingen einzurichten. In den vergangenen zehn Jahren hat sich diese Behandlungsform bei der Behandlung der Leukämie bewährt. Bisher war die Voraussetzung für eine erfolgreiche Transplantation an die Existenz eines Knochenmarkspenders unter Geschwistern oder im Familienkreis des Kranken mit entsprechend verträglichen Gewebemerkmalen gebunden. Da diese Situation aufgrund der Vielfältigkeit der vererbbaren Merkmale nur bei ungefähr einem Drittel der Patienten vorhanden ist, sollen mit Hilfe der zentralen Datenbank mögliche, nicht verwandte Spender erfaßt werden.

In der Öffentlichkeit wurde die Knochenmark-Transplantation bekannt, als der amerikanische Arzt Professor Robert Gale nach dem Kernreaktorunfall von Tschernobyl im April dieses Jahres von der UdSSR-Regierung gebeten wurde, entsprechende Eingriffe an den Strahlenopfern vorzunehmen.

Ersatzteile des Körpers

Künstliche Hüftgelenke gibt es jetzt auch mit eingebautem Meßfühler und Minisender, die Alarm schlagen, wenn das Gelenk zu stark belastet wird. In den USA entwickelten Mediziner ein künstliches Bein, das willentlich und durch Reflexe hin- und herbewegt werden kann. Ebenfalls in Amerika gibt es einen künstlichen Unterarm mit verblüffenden Eigenschaften: Eigene „Nerven" und eingebaute Motoren verschaffen ihm freies Bewegungsspiel und Belastbarkeit bei schwerer Arbeit. Außerdem: künstliche Schultergelenke, Rückenwirbel aus Metall und Plastik, künstliche Bandscheiben sowie Handprothesen mit Tast- und Temperatursinn.

Plastische Chirurgie

Eine bislang einmalige Operation ist im März dieses Jahres sechs Ärzten der chirurgischen Universitätsklinik in München gelungen: Sie nähten einer schwerverletzten Frau in einem vierstündigen Eingriff den rechten Fuß mit Sprunggelenk an das linke Bein. Die Patientin war von einem Zug erfaßt worden.

Dabei wurde der linke Fuß vollkommen zertrümmert und der rechte in der Höhe des Unterschenkels abgetrennt. Die Ärzte standen nun vor der Wahl, eine Amputation beider Beine vorzunehmen oder den erhaltenen rechten Fuß an das linke Bein zu versetzen.

Herzzentrum in Berlin

Nach dreijähriger Bauzeit und Kosten von insgesamt 84 Millionen Mark ist Anfang dieses Jahres in Berlin das erste deutsche Herzzentrum eröffnet worden. Professor Roland Hetzer (Leiter dieser Spezialklinik; mit 72 Herztransplantationen einer der renommiertesten deutschen Herzchirurgen) und sein eingespieltes Team von 68 Ärzten, 178 Krankenschwestern beziehungsweise Pflegern sowie 36 Medizintechnikern sind damit in der Lage, pro Jahr rund 2500 Operationen am offenen Herzen vorzunehmen. Nur das Pariser Hôpital Broussais und das Royal Infirmary in Glasgow haben ähnliche Kapazitäten wie die Berliner Klinik.

Vier chirurgische Operationssäle – zwei sollen noch hinzukommen – mit zwanzig Intensivbetten stehen zur Verfügung. Um auch Patienten aus dem übrigen Bundesgebiet zu behandeln, holt ein eigener Kleinbus die Kranken vom Flughafen ab. Mit einer amerikanischen Charterfluggesellschaft, die bisher für die Heranbringung von Spenderherzen zur Verfügung steht, können Herzpatienten auch im Notfall eingeflogen werden.

Endoskopie-Boom

Mit Hilfe endoskopischer Verfahren (Spiegelungen) lassen sich heute viele Erkrankungen an inneren Organen behandeln, wodurch die Zahl von Operationen gesenkt wird. Insbesondere die Erstbehandlung von Blutungen bei Notfallpatienten ist ihre Domäne (zum Beispiel Laser- und Elektrokoagulation in Speiseröhre, Magen, Darm).

Mit ultradünnen, biegsamen Endoskopen (Durchmesser 1,4 Millimeter), an deren Spitze Licht abgestrahlt wird, lassen sich Blutgefäße (auch die Herzkranzgefäße) jetzt sogar von innen betrachten.

Malaria

Infolge des wachsenden Ferntourismus wird 1986 in der Bundesrepublik eine deutliche Zunahme von Malariafällen mit zum Teil tödlichem Ausgang registriert. Reisende in tropische Länder sind gefährdet: Eine Schutzimpfung gegen diese Tropenkrankheit gibt es noch nicht und Prophylaxe ist vielfach wirkungslos, da die Erreger in einigen Gebieten (zum Beispiel Ostafrika, Südostasien) bereits gegen die Medikamente resistent geworden sind.

Hepatitis-Impfung

Seit August dieses Jahres steht ein gentechnisch hergestellter Impfstoff gegen die Hepatitis B zur Verfügung, nachdem es gelungen war, Hefezellen zur Bildung von Antikörpern gegen die Oberflächenstruktur des Gelbsuchterregers anzuregen.

Seine Vorteile: Er ist keimfrei und preisgünstig auch in großen Mengen herzustellen. Bisherige Impfstoffe mußten aus dem Blut von Infizierten gewonnen werden (begrenzte Mengen, hoher Preis), wobei eine Verunreinigung mit anderen unerkannten Krankheitserregern nicht auszuschließen war.

Daher ließen sich zunehmend weniger Personen schutzimpfen. Die Hepatitis B ist die bedeutendste Berufserkrankung im medizinischen Bereich. Aber auch Drogenabhängige, Homosexuelle, Reisende in tropische Länder, Neugeborene von infizierten Müttern und Dialysepatienten sind gefährdet.

Alternative Medizin

Ein zunehmendes „Bio-Bewußtsein" kennzeichnet das Jahr 1986. Rückbesinnung auf naturheilkundliche Behandlungs- und Vorbeugemaßnahmen sowie Methoden alternativer Medizin standen im Vordergrund. Kneipp- und Entschlackungskuren, Heilfasten, Akupunktur und -pressur, Biorhythmus und Ganzheitsmedizin mögen hier nur Schlagwörter sein.

Schätzungsweise 36 Millionen Deutsche geben heute der „sanften Heilkunst", wo immer es geht, den Vorzug vor chemischen Medikamenten. Besonders deutlich ist der Trend zur „medizinischen Software" dort, wo die Krankenkassen keine Mark mehr erstatten und Ärzte die Verschreibung ablehnen. Selbstzahler greifen lieber zu Kräutersaft oder Pflanzentinktur statt zu Pille und Pulver.

Zu wenig Organspender

Auch 1986 fehlt es an Organspendern. Weitaus mehr Patienten könnte das Leben durch eine Transplantation von beispielsweise Herz, Niere, Leber und Lunge verlängert werden, wenn sich genügend Spender dafür zur Verfügung stellten.

In der Bundesrepublik wird eine sogenannte „erweiterte Zustimmungslösung" praktiziert: Organe werden nur entnommen, wenn die Angehörigen einwilligen, auch wenn ein Organspendeausweis des Toten vorliegt.

Verminderte Impfbereitschaft

Die Bundesbürger sind impfmüde. Obwohl die meisten Schutzimpfungen kostenlos angeboten werden, machen immer weniger Personen (insbesondere Kinder) von dieser Vorsorgemaßnahme Gebrauch. Während die Durchimpfungsrate in den USA und den Ostblockstaaten, wo Impfpflicht besteht, über 90 Prozent liegt, erreicht sie in der Bundesrepublik nur noch zwischen 50 und 70 Prozent.

Becker und das Problem, für alle der Sieger zu sein

Von FRANK QUEDNAU

Nur wenige wissen es: Einer, wer hätte es gedacht, betet, wenn er von Grün zu Grün läuft. Und als sein größter Sieg in diesem Jahr feststand, also noch bevor er in die von irgendeiner Autofirma vertraglich zugesicherte Nobelkarosse stieg, die für ihn allüberall, wo er auch aus dem Flugzeug steigt, bereitgehalten wird, sagte er: „Ich habe so sicher gespielt, als hätte ein Engel darüber gewacht."

Der Sieg als rational nicht mehr greifbare Gnade. „Golfen macht demütig", sagt Bernhard Langer.

Einer, Weltmeister 1985, in diesem Jahr zum ersten Mal auch in einem Weltcuprennen erfolgreich, nimmt seine Schoßgeige, um ein Stück bayerische Volksmusik einzustudieren. Er sagt: „Eine gute Tasse Tee, eine Mozart-Schallplatte und durchs Fenster der Blick auf die Berge – das ist doch eine gute Sache."

Der Sieg als Ausbruch aus der alltäglichen Idylle, die so schön paßt als heimatlich-naturverbundener Mutterboden des Erfolges: „Ich will nicht immer Wasi heißen", sagt Markus Wasmeier, der Skifahrer aus Berchtesgaden, „ich bin erwachsen." Selbstverständlich: Oberbayer, Gebirgsjäger, Naturbursche.

Einer wird zweimal Weltmeister, sagt aber, das zähle überhaupt nicht, nur der Weltrekord, das Vortasten an die eigenen Grenzen, habe Bedeutung. Mediziner haben in ihm die besonders schnellen Muskelfasern des „Typs 2 B" festgestellt.

Der Sieg als medizinisch-wissenschaftliche Rechenaufgabe, Summe aus Talent, Arbeit und körperlicher Beschaffenheit. Oder auch als Gegenleistung für die Gesellschaft, in die ein Athlet, von Geldgebern, Trainern, Medizinern umsorgt, hineingeboren ist. „Meine Verpflichtung ist einfach", sagt Michael Groß, der Schwimmer, „Geld wird in mich hineingesteckt, und ich muß möglichst schnell schwimmen. Ich werde nicht bezahlt, Männchen zu machen."

Eine hängt ihre Medaille über das Bett, „damit ich beim Aufwachen weiß, daß ich nicht geträumt habe". Vorm Einschlafen aber tollt sie über die Flure eines Luxushotels und läßt sich mit Sekt bespritzen. Im Jahr zuvor hat sie noch Gummibärchen gekaut, um Nervosität zu bekämpfen.

Der Sieg als Explosion unbekümmerter Jugendfrische, die Traum mit einem Schlag zu Realität werden läßt. So wie bei Anja Fichtel, 17 Jahre alt, Weltmeisterin im Fechten. Aber auch noch bei Boris Becker, gerade zwei Jahre älter, der zum zweiten Mal das Tennisturnier von Wimbledon gewann? Er sagt, erstaunt darüber, daß die Wiederholung einer Sensation unmöglich ist, daß der zweite Triumph nur den ersten bestätigt und deshalb an Glanz verliert: „Ja, die Zeit der jugendlichen Träume ist vorbei. Die Welt der Erwachsenen ist nüchterner." Dann ist er allein mit seiner Gewißheit, daß gerade diese Bestätigung die sportlich größte Überraschung des Jahres war.

O helft, Götter des Olymp: Wie buchstabiert man Sieger? Etwa so: S wie sauber, I wie intelligent, E wie ehrgeizig, G wie gemütlich, E wie ehrlich, R wie risikofreudig. Allerliebste Hätschelkinder, die sich Väter und Mütter liebend gerne als Ehepartner ihrer Söhne und Töchter wünschten.

Oder, laßt ab, ihr Götzen des modernen Sports, etwa so: S gleich Seelenlosigkeit, I gleich Ignoranz, E gleich Egoismus, G gleich Gewinnsucht, E gleich Eitelkeit, R gleich Raubbau am geknechteten Körper. Monstren einer modernen, rekordsüchtigen Leistungsgesellschaft.

Was also nun? Es soll in diesem Jahr deutsche Landsleute geben, die für den sportlichen Begriff „Sieg" nur ein Synonym finden: „Boris". Deshalb stehen sie sogar nachts auf, gukken Tennis, freuen sich über eine Tellerwäscher-Karriere mehr als über eine gelungene Rückhand und kommen gerade deshalb zum eigenen Passierschlag des Neides – in Monaco wohnt er, vor der Steuer will er sich drücken, Millionen verdient er, nur weil er das Hemd, die Schuhe, die Uhr bestimmter Firmen trägt.

Hat sich plötzlich was mit den liebenswerten Kleinigkeiten: Mit dem lausbübischen Augenzwinkern von Boris Becker hinauf in die Königsloge von Wimbledon, in der auch Richard von Weizsäcker saß („Schön, daß er da war"), den er, nach eigenen Worten, beruhigen wollte: „Keine Sorge, ich gewinne." So etwas lebt hierzulande nur kurz in Beschreibungen, die auf die Suche nach dem Menschen im Sieger gehen. Die Gabe der schlichten Freude gehört offensichtlich nicht zu den herausragenden deutschen Talenten, der Hang zur Kosten-Nutzen-Rechnung, zum gelangweilten Achselzucken bei der Wiederholung von Spitzenleistungen und der Verachtung erklärbarer Niederlagen um so stärker.



Der wiederholte Triumph: Boris Becker küßt den Pokal nach seinem zweiten Erfolg in Wimbledon

Sieger ist hierzulande eben nicht gleich Sieger. Michael Groß hatte das Gefühl, „ich müßte über das Wasser laufen, um mit Boris Beckers Popularität mithalten zu können". Becker wiederum war der strahlende, naive Triumphator eigentlich nur direkt nach seinem ersten Wimbledon-Sieg 1985. Danach wurde an ihm das Bankkonto entdeckt und der böse, schnauzbärtige Manager Tiriac, der ihm dabei hilft, es zu mehren.

Der Widerspruch wird offensichtlich: Im Moment seines Erfolges ist der Sieger der allerliebste Mensch, der Schwächen haben muß, damit sein Sieg noch strahlender erscheint und für uns nachvollziehbar ist. Wenig später wird er argwöhnisch verfolgt, seine ganz persönliche Leistung zurückgedrängt hinter Geschäft, Medizin, Trainingsfron, ethische Bedenken, philosophische und politische Überfrachtung.

Ein ganz simples Beispiel: Steffi Graf, weibliches Gegenstück zu Boris Becker als Liebling eines Fernsehvolkes, das langsam tennisgemäß „15, 30, 40, Spiel" zu zählen gelernt hat und diese Zahlenfolge bereits gleichberechtigt neben dem „18, 20, passe" beim Karten am Stammtisch gelten läßt, gewinnt die Internationalen Deutschen Meisterschaften in Berlin im Finale gegen Martina Navratilova, Nummer eins in der Welt. Da ist sie (Schlagzeilen-Deutsch) voller Hochachtung „Die Sanfte mit dem Killer-Instinkt", die in Fotos mit Plüsch- und echten Tieren (Hunden), als „nettes Mädchen von nebenan" abgebildet wird. Dann unterliegt sie gegen eben diese Martina Navratilova im Finale des Masters-Turniers und weint: „Ich hasse es, zu verlieren." Danach muß sie sich die Frage gefallen lassen: „Warum lächeln Sie so selten, wenn Sie spielen?"



Die Sucht nach Extremen macht es, ex und hopp, Daumen hoch oder runter. Das provoziert auch die Frage: Muß sich immer gleich eine ganze Nation mit allem und jedem im Sport identifizieren? Mit der Fußballnationalmannschaft, die bei der Weltmeisterschaft in Mexiko erst im Finale den Argentiniern unterlag, aber unmäkelt wurde, weil ihr zugunsten der scheinbar so trockenen Tugenden Arbeit, Kraft und Disziplin der Witz abhanden gekommen sei. Und gleichzeitig auch mit „Wasi" Wasmeier („Ich habe Oma versprochen, auf dem Teppich zu bleiben"), der vor Ehrgeiz weinenden Steffi Graf und dem rotblonden „Bobbele" aus Schwaben, der Boris Becker mit Freundin und Millionenkonto wurde?

So etwas schafft kein Mensch. Was aber zu schaffen ist, wäre dies: Schlichte Freude über ein schönes Jahr des deutschen Sports, über Siege, weil sie einfach Spaß machen – und über alle Sieger. Fernab der Zynismen, die aus Tagebüchern abgelebter Feldherren stammen: Für den Sieg gibt es keinen Ersatz, der Sieger hat immer recht, mit dem zweiten Platz beginnt die Niederlage.

Machen wir uns nicht lächerlich. Sieger sind Menschen. Gottlob, sie sind es.





Als der Kanzler Fußballspieler an die Brust drückte und ein „Kind-Kaiser" triumphierte

Am Ende des Jahres 1986 stand die Wahl von Boris Becker und Steffi Graf zu den „Sportlern des Jahres", so selbstverständlich wie der eine den Aufschlag, die andere ihre Vorhand über das Netz bringt. Außer Tennis nichts gewesen?

Januar: Es fängt an, wie es im Dezember aufhören wird. Boris Becker verliert im Finale des Masters-Turniers gegen Ivan Lendl. Aber das Young-Masters-Turnier gewinnt er, gegen Mats Wilander. Ein junger Meister, aber nicht die Nummer eins. Manchmal hat es den Anschein, hierzulande wüßten das nur er und sein Trainer Günter Bosch. Alexander Pusch wird zum siebten Mal deutscher Meister im Degenfechten, ein fast unbemerkter Rekord.

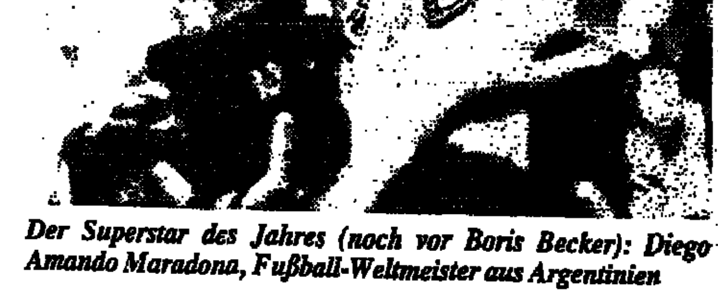
Februar: Die Fußball-Nationalmannschaft gewinnt in Italien 2:1. Dem Fachblatt „Corriere dello Sport" graust es vor der Zukunft: „Franz Beckenbauer baut ein rauhes Deutschland, das ohne Rücksicht auf Verluste ein gutes Resultat sucht." Peter Angerer gewinnt die Silbermedaille bei der Biathlon-Weltmeisterschaft. Später muß er sie zurückgeben. Er war – ohne sein Wissen, der Arzt wird entlassen – gedopt.

März: „Herr Wunderkind" (US-Zeitungen über Boris Becker) kann alleine keine Wunder schaffen. Deutschland unterliegt Mexiko im Daviscup 2:3 und muß gegen den Abstieg aus dem Kreis der 16 weltbesten Tennisländer kämpfen. Beckenbauers Fußballspieler besiegen Brasilien 2:0. Der Chef sagt: „Eine kräftige, willensstarke Mannschaft."

April: Ein deutsches Tennisfinale in einem Grand-Prix-Turnier, das gab es noch nie: Steffi Graf besiegt in Amelia Island Claudia Kohde-Kilsch. Die Fußball-Nationalmannschaft siegt weiter. Diesmal 1:0 in der Schweiz. Beckenbauer ist gar nicht wohl, er fordert mehr Technik: „Rennen und kämpfen können auch die Afrikaner."

Mai: Steffi Graf gewinnt die amerikanischen Hartplatz-Meisterschaften und die internationalen deutschen Titelkämpfe in Berlin gegen eine am Ende weinende Martina Navratilova. Franz Beckenbauer sagt: „Wir werden nicht Weltmeister."

Juni: „Ich will Weltmeister werden. Zweiter ist nicht Erster, also nichts." Das sagt Fußball-Nationaltorwart Harald Schumacher in einem WELT-Interview. Und dann geht es los in Mexiko: 1:1 gegen Uruguay, 2:1 gegen Schottland, 0:2-Niederlage gegen das dänische Team, von dem Beckenbauer sagt, es spiele einen stumpfsinnigen Fußball. Was sich dann im nächsten Spiel der deutschen Mannschaft nur als Verwechslung herausstellte: 1:0 gegen Marokko. Die Zuschauer riefen „Abuelos", das heißt Großväter. „Was wollt ihr denn?" sagen die deutschen Spieler. „Wir sind im Achtelfinale." Und sogar im Finale nach einem 4:1 über Mexiko (nach Elfmeterschießen) und dem 2:0 über Frankreich. – Michael Groß schwimmt seinen elften Weltrekord. Er muß und darf schließlich schwimmen. Aber eine Fußball-Nationalmannschaft, darf die es bis ins Finale? Argentinien besiegt Deutschland dort mit 3:2. Argentinien? Alle Welt ist der Meinung, Diego Amando Maradona habe es ganz alleine getan. Er wird Ehrenbürger von Buenos Aires. 28,4 Millionen Bundesbürger sahen das Finale im Fernsehen, der Bundeskanzler drückte jeden deutschen Spieler im Stadion an die Brust und nennt Maradona die „eindrucksvollste Persönlichkeit" der WM.



Der Superstar des Jahres (noch vor Boris Becker): Diego Amando Maradona, Fußball-Weltmeister aus Argentinien

Juli: Boris Becker gewinnt zum zweiten Mal in Wimbledon. „Der Kind-Kaiser mit dem Lächeln eines Jungen, dem Charme eines Prinzen und dem Blick eines Killers krönte sich selbst", schreibt eine englische Zeitung. Er ist noch 18. Anja Fichtel ist 17 Jahre alt, sie wird Fecht-Weltmeisterin. Deutsche Jugend.

August: Michael Groß wird zweimal Schwimm-Weltmeister. Jeder hatte es erwartet. Er sagt: „Wenn du schneller bist als die anderen, bist du schneller. Noch Fragen?" Das sind wir auch schon gewohnt. Neu aber ist, daß auch Rainer Henkel zweimal Gold gewinnt. Groß ist nicht mehr alleine. Einsame Beständigkeit aber zeigen Peter Michael Kolbe und Harald Schmid. Der eine wird zum fünften Mal Ruder-Weltmeister, elf Jahre nach seinem ersten Triumph. Der andere wird, was bisher niemand übertraf, zum dritten Mal Europameister auf der 400-m-Hürdenstrecke.

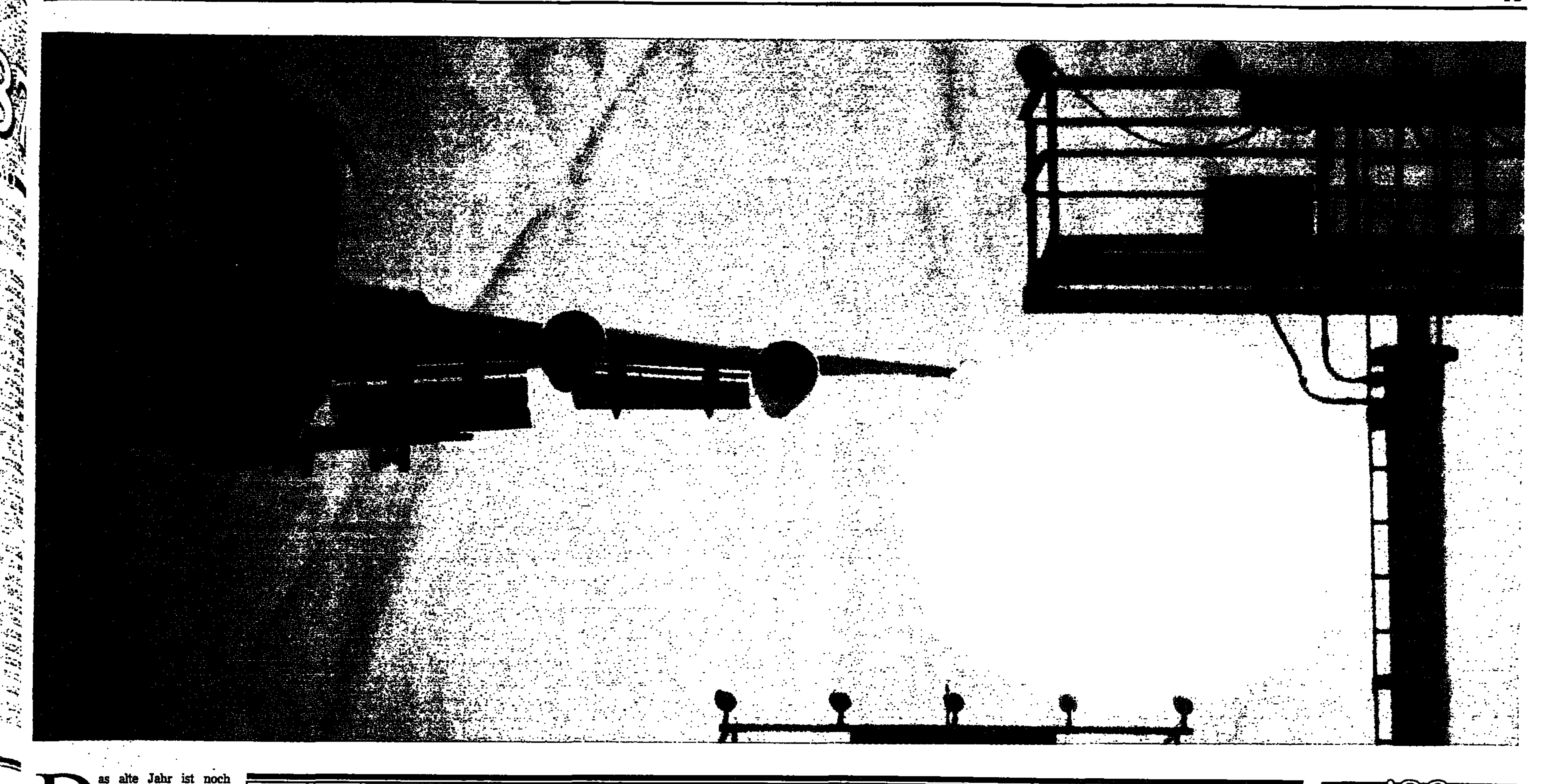
September: Boris Becker scheitert bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften. Er klagt über den Rummel, fühlt sich von seinen Landsleuten gejagt. Die Fußball-Nationalmannschaft gewinnt in Dänemark 2:0, gar nicht so stumpfsinnig.

Oktober: Das Daviscup-Team bleibt erstklassig (5:0 über Kolumbien). Es gibt zwei neue Doppel: Becker und Eric Jelen auf dem Platz, Boris und Benedicte für die Illustrierten. Und für die eigene Seele: Er gewinnt drei Turniere hintereinander.

November: Manfred Nerlinger, [illegible] Pfund schwer, schlägt einen Purzelbaum – Weltmeister der Gewichtheber. In der Tennis-Weltrangliste der Damen purzelt nichts durcheinander. Navratilova gewinnt das Finale des Masters-Turniers gegen Steffi Graf.

Dezember: Siehe Januar: Becker verliert im Finale des Masters-Turniers gegen Ivan Lendl, aber er bleibt „Junger Meister". Eben.





Der Auftrieb der deutschen Wirtschaft reißt nicht ab

Von BENJAMIN PREVE



Das alte Jahr ist noch nicht verflossen, die Statistik hat die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 363 Tage noch nicht im Detail ermittelt, aber die Prognosen für das anbrechende Jahr stehen schon fest. Kein Wunder, daß ihre Treffsicherheit manchmal zu wünschen übrig läßt. Dennoch ist dieses Vorausschauen hilfreich; die vagen Aussichten erleichtern die Beurteilung der Zukunft. Die Einschätzung ist wichtig, weil schließlich auch solche wahrsagerischen Einflüsse – neben den reinen Fakten – die Unternehmensentscheidungen prägen. So wächst die Lust zum Investieren, wenn die wirtschaftliche Lage sich in einem freundlichen Licht präsentiert. Daraus entsteht wiederum eine Rückkopplung; denn Investitionen sind eine wesentliche Antriebsquelle für den Konjunkturmotor.

Wenn die Zusammenhänge denn so sind, steht es auch mit dem nächsten Jahr nicht schlecht. Die Auguren prophezeien erneut gutes Wachstum. Die deutschen Unternehmen ihrerseits beurteilen die Aussichten auf das kommende Jahr überwiegend günstig. In der Umfrage im Auftrag der WELT haben zwar nur 2,3 Prozent der Befragten 1987 mit der Traumnote „eins" bedacht, wobei die Skala sich an das Schulnotensystem hält, aber 38,1 Prozent erwarten für 1987 ein „gutes" Klima.

1987 kein „Mangelhaft" und kein „Ungenügend"

40,9 Prozent der Befragten gehen von einer „befriedigenden" Lage für das kommende Geschäftsjahr aus. Vier Fünftel fühlen also offenbar keine konjunkturelle Flaute nahen. Nur 13,6 Prozent aus der deutschen Wirtschaft prognostizieren „ausreichende" Verhältnisse für das Geschäftsjahr 1987. Dabei hat die Auswertung gezeigt, daß im Maschinenbau, aber auch in der Energiewirtschaft überdurchschnittlich viele Unternehmen dem Jahreswechsel leicht gedämpft entgegenblicken. Diese Branchen waren bei der relativ schlechten Note „vier" überrepräsentiert.

Die dennoch insgesamt gute Laune, mit der das neue Jahr erwartet wird, kann allerdings nicht die Stimmung schlagen, in der das alte Jahr verlassen wird. Die Antworten auf die Frage „Welche Note geben Sie persönlich dem Geschäftsjahr 1986?" fügen sich zu einem außerordentlich zufriedenen Bild zusammen. Diesmal entschieden 6,8 Prozent der „Spitzen" der deutschen Wirtschaft, daß die vergangenen zwölf Monate die beste Benotung – also „sehr gut" – verdienten. 39,2 Prozent der Befragten urteilten, daß das abgelaufene Geschäftsjahr 1986 „gut" verlaufen ist. Nahezu der gleiche Prozentsatz (38,1) bewertete diese kurzfristige Vergangenheit „befriedigend". Damit haben das Jahr 1986 mehr als vier Fünftel (84,1 Prozent) mit der besseren Notenhälfte bedacht. Als nur „ausreichend" (4) stuften lediglich 8,5 Prozent der befragten Manager das zurückliegende Geschäftsjahr ein, 4,5 Prozent schließlich gaben ihm die Note „mangelhaft" (5) und 1,7 Prozent empfanden den Verlauf des alten Jahres als „ungenügend" (6).

Freilich taucht wieder die Überlegung auf, ob die Wahl der Note mit der Branchenzugehörigkeit zusammenhängt. Es ist interessant: Die Urteile „sehr gut", „gut" und „befriedigend" verteilen sich gleichmäßig. Kein Wirtschaftszweig ragt in diesem Teil der Skala heraus. Hier ist die Benotung offenbar repräsentativ.

Schlechte Noten sind ungleichmäßig verteilt

Die schwächeren und schlechten Noten wurden hingegen nicht von allen mit der gleichen Häufigkeit bedacht. Vielmehr fallen in diesem Notenabschnitt wiederum der Maschinenbau, die Elektroindustrie, aber auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Bauindustrie aus dem Rahmen.

Und was denken die Manager über die entferntere Vergangenheit? Wie blicken sie auf die Jahre 1983 bis 1985 zurück? Die Bewertung erreicht nicht die Güte, die den beiden folgenden Jahren attestiert wurde. Gleich 22,7 Prozent der Befragten hatten nicht mehr als ein „ausreichend" für diese drei Jahre übrig. 14,9 Prozent urteilten mit „befriedigend". „Gut" schätzten in diesem Zeitraum nur 26,9 Prozent ihre Lage ein. „Sehr gut" wählten 2,8 Prozent der Manager. Die Traumbenotung erhielten die Jahre 1983 bis 1985 also etwas häufiger (0,5 Prozent) als 1987.

Für 5,7 Prozent der befragten Führungskräfte schließlich waren die Verhältnisse im Geschäftszeitraum 1983 bis 1985 Anlaß genug, die Note „mangelhaft" zu vergeben, und 0,6 Prozent denken besonders ungern an diese Jahre zurück, die für sie offenbar „ungenügend" verliefen.

Bei der Auswertung aller Antworten fällt zunächst auf, daß das Zufriedenheitsbarometer bis 1986 stetig angestiegen ist. Noch vor vier Jahren prägte deutliche Skepsis den Jahreswechsel. Schon zwölf Monate später herrschte Zuversicht und Optimismus wie schon lange nicht mehr. Anfang 1984 konnte selbst der sich anbahnende Arbeitskampf die Stimmung kaum trüben. Der Blick auf die Talsohle und über die ersten Klippen hinweg stärkte die Kräfte und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Die Abkehr von der Defizitwirtschaft, wie sie die alte Koalition jahrelang betrieben hatte, beruhigte.

Inzwischen hat sich der Optimismus zwar wieder leicht abgeschwächt. Andererseits ist es ohnehin schwerer, die Zukunft zu bewerten als die Vergangenheit. Die Ungewißheit über die Entwicklung des Dollarkurses, die des Ölpreises oder über die Verschuldung in der Dritten Welt dämpfen die Euphorie. Hinzu kommt, daß ein so langgestreckter Aufschwung, wie ihn die Bundesrepublik jetzt erlebt, gar nicht in das Bild paßt, welches die Theorie bislang vermittelt hat. Auch das führt natürlich zu einer leichten Verunsicherung, die verhinderte, daß die Note „eins" für 1987 genauso häufig genannt wurde wie für 1986. Um so auffälliger ist, daß sich das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft offenbar verfestigt hat. Denn die schlechtesten Noten, „fünf" und „sechs", wurden für das anbrechende Jahr kaum noch beziehungsweise überhaupt nicht mehr vergeben.

Vertrauen in das „Made in Germany"

Diesen Eindruck vertieft das Bild oder auch Selbstbildnis, das die befragten Manager entworfen haben, als sie die Plus- und Minuspunkte deutscher Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten herausschälten. Bei der Frage, was die drei größten Stärken der deutschen Wirtschaft seien, entschieden sich 30,6 Prozent für die Qualität der Produkte und damit für das traditionelle „Made in Germany". Auf Platz zwei liegt mit 18,8 Prozent die Güte der Mitarbeiter, also das Humankapital, und erst auf Platz drei rangiert mit 14 Prozent die Exportfähigkeit. Sie ist für die deutsche Wirtschaft unter Berücksichtigung der Punkte eins und zwei der Garant für eine Zukunft auf den internationalen Absatzmärkten. An vierter Stelle dieser Stärkenskala setzten die Manager mit 11,4 Prozent die Innovationskraft, gefolgt vom Ansehen der deutschen Wirtschaft mit 10,6 Prozent auf Platz fünf und ihrer Wettbewerbsfähigkeit mit 7,5 Prozent der Nennungen auf Platz sechs. Die Finanzkraft erhielt 3,4 Prozent und landete damit auf dem siebten Platz. Die Ränge acht und neun schließlich belegten das Betriebsklima (1,3 Prozent) und die Qualität des Marketing (1,1 Prozent). Die Position zehn, die in der Grafik unter „Sonstiges" zusammengefaßt wurde, vereint schließlich folgende Stärken: sozialer Friede, Know-how, Verantwortungsgefühl der Tarifpartner, Termintreue, Qualität des Managements und Flexibilität.

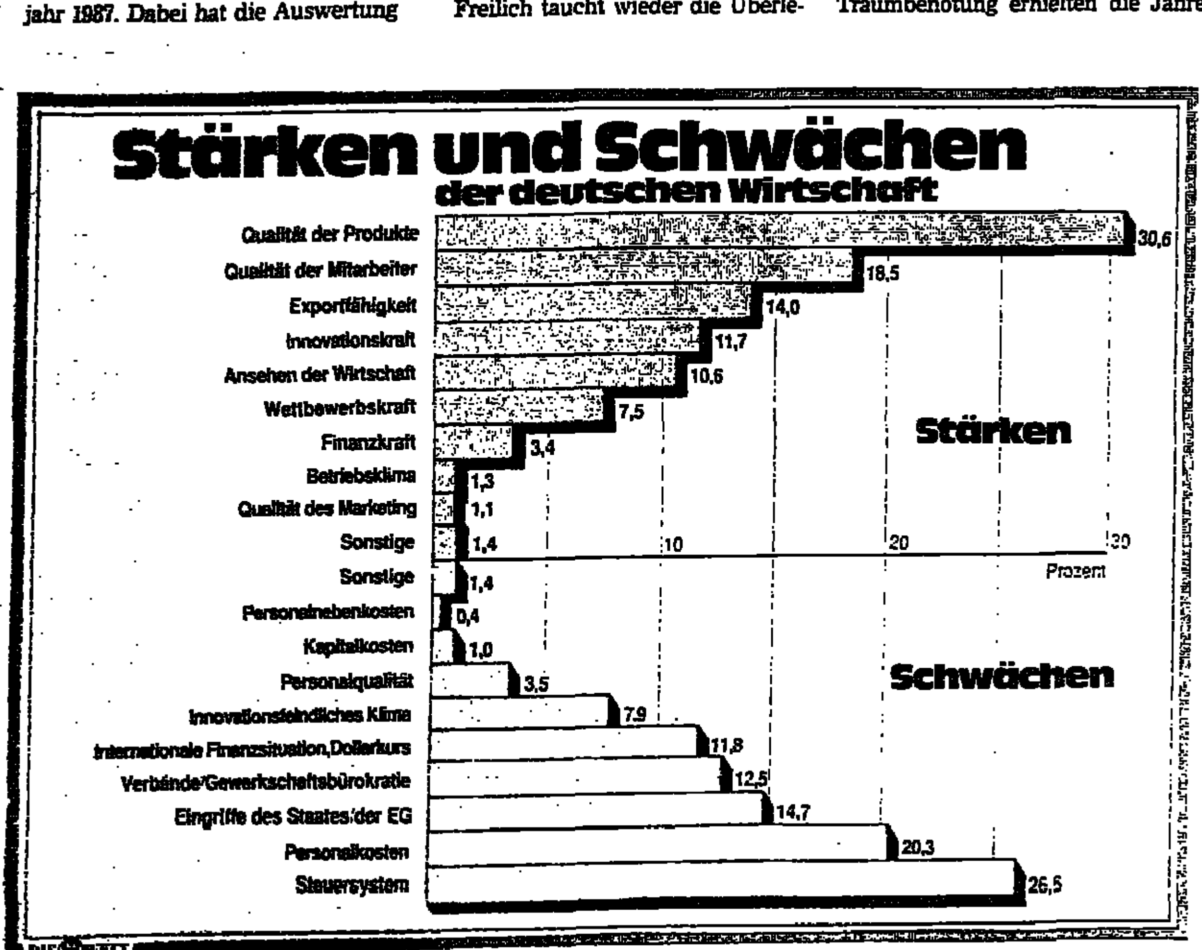
Als größte Schwäche wurden zunächst Belastungen auf der Kostenseite genannt. So fühlten sich 26,6 Prozent der Manager durch das deutsche Steuersystem behindert. 20,3 Prozent empfanden die Personalkosten als Hemmschuh. Die Eingriffe des Staates beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft sahen 14,7 Prozent als große Schwäche an. Schon an vierter Stelle wurde die Bürokratie genannt. 12,4 Prozent bemängelten die Einflüsse einer starken Verbände- beziehungsweise Gewerkschaftsbürokratie. Die internationale Finanzsituation, der Dollarkurs stellte für 11,8 Prozent der Befragten ein wesentliches Hemmnis dar.

Kreativitätsmangel als Schwäche beklagt

Ein innovationsfeindliches Klima spürten nur 7,9 Prozent der Befragten. Die fehlende Qualität des Personals beklagten 3,5 Prozent und plazierten diesen Punkt damit an die siebte Stelle. Die Kapitalkosten stuften ein Prozent und die Personalkosten schätzten 0,4 Prozent der befragten Manager als große Schwäche ein.

Zusätzlich wurden – bei drei gewünschten Nennungen – folgende Störfaktoren erwähnt, die in der Graphik wiederum unter „Sonstiges" zusammengefaßt sind: Kreativitätsmangel, fehlende Mobilität der Arbeitnehmer, unzureichende Marktorientierung, allgemeine Nachfrageschwäche, Handelshemmnisse, bestimmte politische Entscheidungen sowie Subventionspolitik anderer Staaten.

Welches Bild wird die Wirtschaft erst von sich entwerfen, wenn nur einige dieser Hemmschuhe aus dem Weg geräumt sind …



Im Auftrag der WELT hat das Institut für Innovations- und Kommunikationsforschung e. V. (IIK), Münster, die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer der größten deutschen Unternehmen befragt. Basis ist die Liste der „Großen 500" (WELT vom 25. 7. 1986) und die der größten Banken (WELT vom 11. 8. 1986). Diese Topmanager wurden angesprochen und um anonyme Auskunft gebeten. Ergebnis: Besonders das abgelaufene, aber auch das neue Jahr erhielt durchweg gute Noten.
Doch die Männer der Wirtschaft sollten nicht nur die Vergangenheit und die Zukunft bewerten. Sie sollten auch ihren Alltag analysieren und die gewonnene Erfahrung dazu verwenden, um einmal die Stärken und Schwächen der deutschen Wirtschaft herauszuschälen. Freilich werden zahlreiche Eigenschaften immer wieder in aller Munde geführt: sie besitzen schon Traditionswert. Doch bei den hier befragten Führungskräften ist sicher, daß sie sich nicht an bereits Gesagtes oder Geschriebenes angelehnt haben. Sie haben aus dem Erlebten geschöpft.
Hervorstechend bei der Beschreibung der Stärken und Schwächen war wieder das Selbstvertrauen, mit dem sich deutsche Unternehmen offenbar auf den Weltmärkten bewegen. Das selbst Produzierte, die Qualität der Produkte führen klar die Liste der Stärken an. Größter Hemmschuh ist die Steuerpolitik.





„Noch nie zuvor in der Geschichte hat jeder einzelne Mensch so große Ansprüche an unseren Mutterplaneten gestellt, ihn für das eigene materielle Wohlergehen so weitgehend ausgenutzt. Jeder Bürger der Bundesrepublik verbraucht im Durchschnitt heute eine Energiemenge, die der Leistung von 500 Arbeitssklaven der Antike entspricht."

Bundespräsident Richard von Weizsäcker



„Es ist wichtiger, die Regierenden davon abzuhalten, der Wirtschaft Schaden zuzufügen, als von ihnen zu erwarten, daß sie Gutes tun. Sie wissen einfach nicht genug, um Gutes tun zu können."

Professor Milton Friedman, amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Nobelpreisträger und entschiedener Verfechter der monetaristischen Lehre

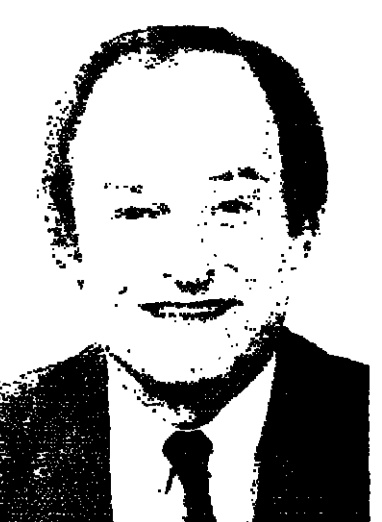


„Frauen verfügen stärker über die Fähigkeit, Geschäftspartner und Mitarbeiter als Menschen anzusprechen und zu leiten und kooperativ mit anderen Entscheidungen zu fällen als Männer."

Dr. Anne-Rose Iber-Schade, Vorsitzende der Vereinigung von Unternehmerinnen (VvU), Köln



Persönlichkeiten und das, was sie zu aktuellen Problemen zu sagen haben, bieten täglich einen Blickfang auf der ersten Wirtschaftsseite der WELT. Die Zitate sind ein Querschnitt aus der Rubrik „Auf ein Wort" von 1986.



„Wer nach einer hilfreichen Hand Ausschau hält, sollte sie zuerst am Ende seines eigenen Armes suchen."

Carl-Dieter Ostermann, Vorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), Bonn



„Der Staat bringt schon eine beachtliche Leistung, wenn er die Leute nicht bei der Arbeit stört."

Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesforschungsminister



„Wir bekommen in der beruflichen Bildung zu viel Theorie. Es erhalten nämlich jene Kräfte immer mehr Einfluß, die von der Schulbank auf die Partei- oder Funktionärsbank, dann auf die Parlamentsbank kommen, ohne daß sie je eine Werkbank gesehen haben."

Josef Grünbeck, wohnungs- und mittelstandspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Die Dritte Welt spürte noch wenig vom Aufwind

Von KAREN SÖHLER

Wieder neigt sich ein Jahr dem Ende; und wieder kann die deutsche Wirtschaft recht zufrieden zurückblicken. 1986 erlebte sie das vierte Aufschwungjahr. Und allen Lehrbüchern zum Trotz soll die Konjunktur auch in der nahen Zukunft nicht in ein zyklisches Tief rutschen.

1986 stieg das Sozialprodukt – ähnlich wie 1985 – real etwa um 2,5 Prozent. Die Verbraucher mußten für ihre Waren im Durchschnitt sogar weniger als im Vorjahr bezahlen. Die Löhne stiegen dennoch im Durchschnitt um 4,3 Prozent. Dieser Kaufkraftzuwachs förderte den Konsum. Kein Wunder, daß in diesem Jahr weniger der Export als vielmehr die Binnennachfrage den Konjunkturmotor auf Touren hielt.

Die Verlagerung der Antriebskräfte hing zum einen mit dem kräftigen Ölpreisverfall zusammen. Der Spotpreis für Nordseeöl (Brent) fiel von 26 Dollar pro Barrel Anfang Januar auf 8,75 Dollar Mitte Juli. Inzwischen pendelt der Barrelpreis um 15 Dollar. Dieser Wertverlust des schwarzen Goldes hat die Importrechnung der Industrieländer um rund 60 Milliarden Dollar entlastet. Zum anderen verstärkte in Japan und Westeuropa die Höherbewertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar die Effekte niedriger Ölpreise. Die US-Währung büßte gegenüber der D-Mark im Jahresverlauf etwa 18 Prozent ein. Für Importwaren müssen die Deutschen derzeit 20 Prozent weniger bezahlen als vor einem Jahr.

Die Kehrseite der Medaille ist, daß sich die deutschen Ausfuhren insbesondere auf dem wichtigen amerikanischen Markt verteuert haben. Im scheidenden Jahr ergibt sich für den Export nur eine Stagnation. Aber angesichts des hohen Ausgangsniveaus war auch dieses Ergebnis gut.

Die Arbeitslosigkeit trübt hingegen den Rückblick – wie schon im letzten Jahr. Mit 2,068 Millionen Menschen ohne Job lag die Arbeitslosenquote im November bei 8,3 Prozent. Gegenüber den 8,9 Prozent zwölf Monate zuvor ist das freilich eine Verbesserung. Daß sich die Arbeitslosenzahl im Durchschnitt 1986 um 50 000 bis 100 000 unter dem Niveau des Vorjahres bewegte, schürt die Hoffnungen auf einen weiteren Rückgang im kommenden Jahr – so wie die Bundesanstalt für Arbeit ihn voraussagt.

Beseitigt ist das Problem jedoch noch lange nicht; auch in den anderen Industrienationen nicht. So ermittelten die Europa-Statistiker für die EG Ende September 15,8 Millionen Arbeitslose. Bei dieser Zahl muß allerdings berücksichtigt werden, daß Spanien und Portugal seit dem 1. Januar mitzählen. In Japan, das solche Schwierigkeiten bislang nicht zu kennen schien, wird offiziell eine Arbeitslosenrate von drei Prozent angegeben. Experten meinen jedoch, daß die ungeschminkte Wirklichkeit ein erheblich düstereres Bild zeichnet.

Und abgesehen von diesem Problem? Die Wirtschafts-Forschungsinstitute bescheinigen auch den anderen Industrieländern ein anhaltendes Wachstum. Nach 2,5 Prozent in diesem Jahr soll sich das Sozialprodukt 1987 im Durchschnitt um drei Prozent ausweiten, wobei die Schätzungen für die USA und Japan am günstigsten ausfielen. Für den Welthandel wurde daraus ein realer Zuwachs von vier Prozent abgeleitet – nach 3,5 Prozent in diesem Jahr.

Doch ob diese Ausdehnung den Entwicklungsländern aus der Klemme hilft, bleibt ungewiß. Ihre Situation hat sich jedenfalls in den vergangenen zwölf Monaten kaum verbessert. Die finanziellen Engpässe sind nicht überwunden. Die internationalen Banken führen inzwischen mit über 50 Ländern gleichzeitig Umschuldungsgespräche. Lösungen bringen diese Verhandlungen jedoch nicht. Sie helfen nur, die Lücken in den Zahlungsbilanzen zu überbrükken.

Das im Spätsommer für Mexiko geschnürte Finanzpaket ist kaum anders zu bewerten. Daß die im Herbst für 1987 zugesagten Kredite über zwölf Milliarden Dollar, von denen die Hälfte die internationalen Geschäftsbanken gewähren, das wirtschaftliche Fundament restaurieren, wird zwar von vielen bezweifelt. Dennoch versiegen die Hoffnungen nicht, daß die Regierung de la Madrids die Verschnaufpause nutzen wird, um den Weg aus der Krise zumindest zu betreten. Erstmals wird die Höhe des Schuldendienstes an die Exporterlöse gekoppelt sein.

Der Maschinenbau und die Opec-Misere

Kräftig gebeutelt wurden aber auch die Kassen der in der Vereinigung erdölexportierender Länder (Opec) zusammengeschlossenen Staaten. Die Unfähigkeit, sich endgültig auf eine Neuverteilung der Förderquoten zu einigen, verhinderte lange eine Besserung ihrer Situation. Ob der vor zehn Tagen ausgehandelte Kompromiß, in dem sich die Opec-Staaten auf Förderquoten und auf einen Richtpreis von 18 Dollar pro Barrel verständigten, lange hält, bleibt abzuwarten. Jedenfalls erregt der Blick in die Etatlöcher mancher Ölstaaten inzwischen Schwindelgefühle. Viele Projekte mußten gestrichen oder verschoben werden.

Sogar in der deutschen Wirtschaft hinterließ der Rotstift seine Spuren. So hat vor allem der Maschinenbau gespürt, daß neben den hochverschuldeten Entwicklungsländern auch den Opec-Staaten die Mittel ausgegangen sind. Auch die Dollarschwäche hemmte die Wiederbelebung des größten Industriezweiges. Schließlich hängt die Branche im Durchschnitt mit zwei Dritteln ihrer Produktion vom Auslandsgeschäft ab, wobei der amerikanische Markt eben eine wichtige Rolle spielt.

Jetzt wollen die Amerikaner sogar die Einfuhren deutscher Werkzeugmaschinen auf das Niveau des zu Ende gehenden Jahres beschränken. Auch bei der exportintensiven chemischen Industrie drückte der Dollarkurs das Umsatzergebnis. Doch die wichtigeren Kenngrößen wie Produktion und Kapazitätsauslastung hielten sich nahezu auf dem Rekordniveau von 1985.

Noch zufriedener blickt die Automobilindustrie zurück. Sie konstatiert ein weiteres Erfolgsjahr – ungetrübt von währungspolitischen Einflüssen. Und entgegen manchen Erwartungen waren am 1. November bereits 13,2 Prozent der zugelassenen Autos auf umweltfreundliches Auspuffen gepolt. Nicht euphorisch, aber auch nicht unglücklich fühlte sich die Elektroindustrie, die auf neue Impulse im kommenden Jahr hofft, und die Bauwirtschaft, die nach langer Flaute wieder Aufwind spürt. Die Furcht vor einem Luftloch ist hingegen nicht gewichen.

Die typischen Verlustbranchen konnten allerdings auch in diesem Jahr ihr Tief nicht überwinden. So verschlang der Steinkohlenbergbau statt 1,9 Milliarden fast drei Milliarden Mark Ausgleichsabgabe, mit der die Verwendung von Steinkohle in der Kraftwirtschaft gestützt wird. Auch dem Schiffbau mußten weitere Subventionen gewährt werden. Doch die Harmstorf-Gruppe wird von diesen Zuwendungen nicht mehr profitieren. Nach einem Vergleichsantrag im Juli mußte die bis dahin größte deutsche Werft Konkurs anmelden. In anderer Form können allerdings die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft mbH und die Schlichting-Werft GmbH weiterbestehen.

Noch nicht aus der Krise befreit ist auch der Stahlbau. Zwar hatten die Unternehmen seit 1984 die Gewinnzone erreicht. Aber nun drohen wieder Verluste. Thyssen hat schon kräftige Entlassungen angekündigt.

EG und USA stritten das ganze Jahr

Auf wettbewerbsverzerrende Praktiken wird weiterhin nicht verzichtet. Die in dem Quotenverband Eurofer zusammengeschlossenen führenden Stahlunternehmen der EG bemühen sich zwar um ein Ende des Subventionswettlaufs. Doch auf ein System zur endgültigen Stillegung von Überkapazitäten konnte man sich noch nicht einigen.

Zusätzlichen Ärger hatte der Branche Anfang des Jahres noch der Handelsstreit zwischen der EG und den Vereinigten Staaten bereitet, in dem zunächst die Europäer gegen die einseitigen Beschränkungen der US-Einfuhren von Stahl-Halbfertigerzeugnissen kämpften. Ein Halbstahlabkommen konnte die Zwietracht zwischen Europa und den USA jedoch nicht beseitigen: Der Streit um US-Zitrusexporte und EG-Nudelprodukte schwelte noch. Hier einigten sich die Wirtschaftsmächte im September auf einen Kompromiß. Doch inzwischen klagen die USA erneut über eine Benachteiligung ihrer Agrarexporte aufgrund der EG-Süderweiterung.

Das einheitliche Auftreten der Gemeinschaft gegenüber Dritten übertrug sich jedoch nicht auf das Verhalten innerhalb der eigenen Reihen. Das Ringen um einen gemeinsamen Nenner gehörte auch 1986 zur Tagesordnung. Wenigstens bei der Liberalisierung des Kapitalmarktes führte das Bemühen einen Schritt näher zum Binnenmarkt. Die für die Verzahnung der Kapitalmärkte wichtigen Transaktionen sollen nach der Verabschiedung der neuen Richtlinie vom März 1987 an ohne Beschränkung sein. Dazu gehören der Handel mit nicht börsennotierten Wertpapieren, die Zulassung von Wertpapieren zum Kapitalmarkt und die langfristigen Handelskredite.

Auf ein Budget 1986 einigten sich die Europäer erst auf Umwegen. Denn den im Dezember 1985 verabschiedeten Haushalt hatte der Europäische Gerichtshof Mitte des Jahres für nichtig erklärt. Doch schon eine Woche später, am 10. Juli, billigten Ministerrat und Parlament einen Kompromiß. Nur: Der nächste Haushaltsstreit ließ nicht lange auf sich warten. Diesmal konnten die Finanzminister sich nicht auf den Etat für 1987 einigen. Kopfschmerzen bereitete die Entscheidung, an welcher Stelle die Ausgabendynamik gestoppt werden sollte: bei den Agrarmilliarden oder den Mitteln für die Regionalfonds.

Erst vor zwei Wochen einigten sich die EG-Landwirtschaftsminister in Brüssel nach einer der längsten Verhandlungsrunden in der Geschichte der Gemeinschaft auf präzise Maßnahmen zur Drosselung der Milch- und Rindfleischerzeugung. Innerhalb von drei Jahren sollen dadurch die Butterberge von derzeit 1,35 Millionen Tonnen um eine Million Tonnen verringert und die Vorräte an Fleisch von 600 000 Tonnen mindestens halbiert werden.

Der Ministerrat beschloß dabei eine Kürzung der den Bauern zu festen Mindestpreisen garantierten Milchquoten um zunächst sechs und im Wirtschaftsjahr 1988/89 um weitere zweieinhalb Prozent sowie erschwerte Bedingungen für den Ankauf von Rindfleisch durch die öffentlichen Vorratsstellen. Mit diesem Kompromiß soll ein weiteres Ausufern der Kosten der Brüsseler Agrarpolitik (1987 rund 51,8 Milliarden Mark) verhindert werden.

Nun – Grübeleien über finanzielle Bürden haben nicht nur die Brüsseler, sondern auch die Bonner Köpfe belastet. Hier stellt sich vor allem die Frage, wie in der nächsten Legislaturperiode eine Steuerreform verwirklicht werden könnte, die diesen Namen verdient. Den Politikern schwebt zunächst vor, die zahlreichen Ausnahmetatbestände so weit wie möglich zu beseitigen. Ob die gravierende US-Steuerreform, die zum Herbstanfang verkündet und der in der Bundesrepublik großer Beifall gezollt wurde, als Vorbild dienen kann, wird vielfach bezweifelt. Doch der Verzicht auf einen progressiven Tarif, das Beschränken auf lediglich zwei Einkommensteuersätze (15 und 28 Prozent) erscheint nachahmenswert.

Außerdem wird das US-Projekt als aufkommensneutral dargestellt; es soll den Haushalt also nicht belasten. Ob dies nun in der Bundesrepublik gelingt oder nicht, zur Finanzierung eines neuen Systems, das eine Steuerentlastung von rund 40 Milliarden Mark bringen soll, müssen erhebliche Mittel freigeschaufelt werden. Denn ob Subventionsstreichungen sich als kräftig sprudelnde „Geldquelle" eignen, ist nach den bisherigen Erfahrungen sehr fraglich.

Sicher wird Geld in die Bundeskasse fließen durch die Privatisierung weiterer Staatsunternehmen. Bundesfinanzminister Stoltenberg hat schon angekündigt, daß er 20 Prozent vom Volkswagenwerk und die verbliebenen 25 Prozent des Veba-Konzerns 1987 und 1988 abgeben will. Auf der Verkaufsliste stehen außerdem die Deutsche Pfandbrief-Anstalt (Wiesbaden) und die Deutsche Siedlungs- und Rentenbank, die nur teilprivatisiert werden soll. Bei der Lufthansa und der Salzgitter AG sind die Diskussionen noch nicht beendet.

Aktienemissionen auf Rekordniveau

Aber schon in diesem Jahr tummelte sich der Finanzminister fleißig am Aktienmarkt: So wurden ein großer Teil des Grundkapitals der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) und der Viag breit gestreut. Letztere Emission hat den Anlegern bislang wenig Freude bereitet. Der Kurs dümpelt unter dem Ausgabekurs.

Der deutsche Aktienmarkt war Mitte des Jahres nicht mehr so aufnahmebereit wie noch wenige Wochen zuvor, als jeder Börsenneuling mit Begeisterung im Kreis der handelbaren Wertpapiere begrüßt wurde. Das lag nicht zuletzt daran, daß der Aktienmarkt in den ersten Monaten ein Rekordemissionsvolumen verarbeiten mußte. Mit 9,3 Milliarden Mark übertrafen die 28 Kapitalerhöhungen und elf Börseneinführungen im ersten Halbjahr 1986 den Ganzjahreswert 1985 (8,4 Milliarden DM). Der größte Brocken unter den Neulingen – knapp zwei Milliarden DM – betraf die Feldmühle Nobel AG, in welcher der Kernbereich des ehemaligen Flick-Imperiums zusammengefaßt und international breit gestreut wurde. Den Kurszettel bereicherten außerdem Unternehmen wie Massa, Escada, Felten & Guilleaume oder die AVA.

Sehr erfolgreich führte sich im August der Sportartikel-Hersteller Puma ein. Er nutzte den kurzen Zeitraum, in dem sich die Börsennotierungen wieder in die Höhe schwangen. Denn nach 318,89 Punkten im April war der WELT-Aktienindex Ende Juni auf 241,64 Punkte abgerutscht. Jetzt schwanken die Werte auf mittlerem Niveau; die Zukunftsaussichten sind verschwommen.

Die Anlagelust an der Wall Street war trotz der beschränkten Sicht ungetrübter. Noch im November erklomm der Dow-Jones-Index für 30 ausgewählte Industriewerte neue Rekorde. Der spektakuläre Insider-Skandal, der sich um Ivan F. Boesky rankt, beeinträchtigte die Laune der Börsianer offenbar nur kurzfristig.

Aufregung gab es im letzten 86er-Viertel auch an der Londoner Stock Exchange, allerdings mit erfreulicherem Hintergrund. Als am 27. Oktober der elektronische Aktienhandel in der City einsetzte, ertönte der „Big Bang" und verhallte weit hinter den britischen Grenzen. Mit diesem „Urknall" verbanden die Briten eine grundlegende Änderung am Börsenplatz London: Die Funktionstrennung zwischen nur auf Kommissionsbasis tätigen Brokern und den auf eigene Rechnung handelnden Jobbern wurde aufgehoben. Außenseiter werden zum Börsenhandel zugelassen. Die Mindestcourtagesätze gibt es nicht mehr, und Außenseiter (auch Ausländer) sind zum Primärhandel mit Staatspapieren mit der Bank von England zugelassen.

Und was brachte das alte Jahr noch? Nun – der italienische Staat hat einen Verlustbringer abgestoßen: Alfa Romeo ist in die Hände von Fiat übergegangen. Nachdem das Kartellamt in Berlin Daimler gute Fahrt mit AEG Anfang des Jahres wünschte, konnte sich der Automobilkonzern zur größten deutschen Industriegruppe aufschwingen. Dagegen scheiterte die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth geplante Verschmelzung der Landesgirokasse, Stuttgart, mit den beiden kommunalen Landesbanken in Stuttgart und Mannheim und der Landeskreditbank in Karlsruhe.



„In meinen Brüsseler Jahren habe ich oft die Finanzminister als Hemmschuh der europäischen Integration erfahren. Manchmal war es wie beim Mikado: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Oder die Minister standen an einer Weggabelung und entschieden, beide Wege zu gehen."

P. J. Lardinois, von 1973 bis 1977 Mitglied der EG-Kommission und seither Vorstandsvorsitzender der Rabobank Nederland, Utrecht



„Oft wird Preiswettbewerb mit Leistungswettbewerb verwechselt. Preiswettbewerb ist jedoch nur dann Leistungswettbewerb, wenn man sich den Preis leisten kann."

Manfred Schmidt, Generalbevollmächtigter der Deutschen AG für Unterhaltungselectronic OHG



„Mein Traum ist seit langem, daß die Chinesen bald mit Messer und Gabel essen und daß die Solinger Schneidwarenindustrie dann ein Prozent der Aufträge nach Solingen bekommt."

Dr. Horst Jordan, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wuppertal/ Solingen/Remscheid



„Klassenkampf ist am Ende des 20. Jahrhunderts ein ökonomischer Unsinn, den wir uns nicht leisten können."

Wolfgang Roth, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



„Karrierestart heißt, Dinge tun, die andere wollen. Karriereziel heißt, das umsetzen, was man selbst will. Karriereflop heißt, Ziel und Start verwechseln."

Heinz-Joachim Kornbach, Mitglied des Vorstandes der VA-Akademie für Führen und Verkaufen, Sulzbach



„Die gewerkschaftlichen Vorstellungen von gemeinwirtschaftlichen Unternehmen als einem dritten Weg zwischen privater Profitwirtschaft und staatlicher Befehlswirtschaft sind an ihrer Praxis gescheitert."

Franz Steinkühler, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt

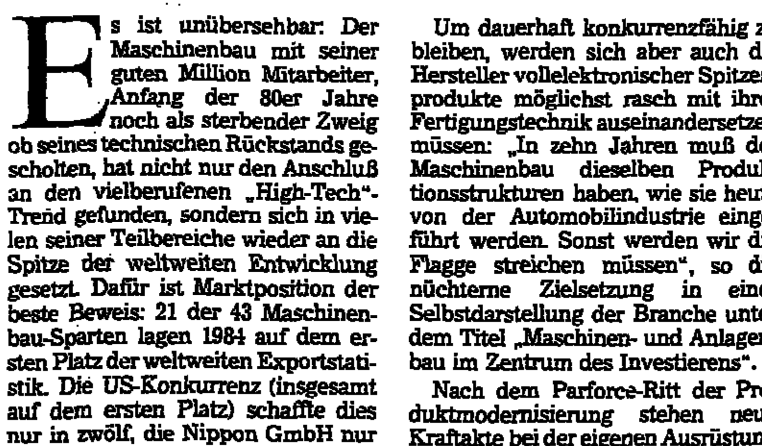


„Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn durch einen sowjetischen Reaktor mit Uralttechnik, miesen Sicherheitseinrichtungen, errichtet von einem autoritären Regime ohne Rücksicht auf die Menschen, die Stillegung deutscher Spitzenkraftwerke bewirkt würde. Dies kann und darf nicht geschehen."

Christian Lenzer, forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Maschinenbau steht unter Investitionsdruck

Von JOACHIM WEBER



Es ist unübersehbar: Der Maschinenbau mit seiner guten Million Mitarbeiter, Anfang der 80er Jahre noch als sterbender Zweig ob seines technischen Rückstands gescholten, hat nicht nur den Anschluß an den vielberufenen „High-Tech"-Trend gefunden, sondern sich in vielen seiner Teilbereiche wieder an die Spitze der weltweiten Entwicklung gesetzt. Dafür ist Marktposition der beste Beweis: 21 der 43 Maschinenbau-Sparten lagen 1984 auf dem ersten Platz der weltweiten Exportstatistik. Die US-Konkurrenz (insgesamt auf dem ersten Platz) schaffte dies nur in zwölf, die Nippon GmbH nur in acht Fachbereichen.

Die Leistung der überwiegend mittelständischen Maschinenbauer ist imponierend. Nachdem sie – verspätet – die Bedeutung der Mikroelektronik für ihre Produkte erkannt hatten, stürzten sie sich mit aller Energie auf dieses neue Feld. So wäre etwa die deutsche Textilindustrie, die schon seit Jahren unter der Konkurrenz der Niedriglohnländer ächzte, ohne die neuen, fast vollautomatischen Maschinen ihrer deutschen Zulieferer schon größtenteils von der Bildfläche verschwunden.

Doch im facettenreichen Maschinenbau gibt es auch viele Produkte, die zumindest der elektronischen Modernisierung (um die sich die Diskussion meist drehte) gar nicht zugänglich sind: In Pumpen, Armaturen oder Wälzlagern etwa gibt es keine Funktion für den Mikrochip. Dennoch konnten und können sie sich auch hier nicht bequem im Sessel zurücklehnen. Denn: „Wettbewerbsfähigkeit ist keineswegs nur eine Frage des Produkts, sondern mindestens gleichwertig auch der Produktionstechnik", wurde der scheidende Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Otto Schiele, selbst Pumpenbauer, während seiner Amtszeit nicht müde, den Unternehmerkollegen einzubimsen.

Um dauerhaft konkurrenzfähig zu bleiben, werden sich aber auch die Hersteller vollelektronischer Spitzenprodukte möglichst rasch mit ihrer Fertigungstechnik auseinandersetzen müssen: „In zehn Jahren muß der Maschinenbau dieselben Produktionsstrukturen haben, wie sie heute von der Automobilindustrie eingeführt werden. Sonst werden wir die Flagge streichen müssen", so die nüchterne Zielsetzung in einer Selbstdarstellung der Branche unter dem Titel „Maschinen- und Anlagenbau im Zentrum des Investierens".

Nach dem Parforce-Ritt der Produktmodernisierung stehen neue Kraftakte bei der eigenen Ausrüstung an. Womit der Maschinenbau, speziell der Werkzeugmaschinenbau, zur Kostensenkung und damit Wettbewerbsfähigkeit seiner Kunden beiträgt, das wird er auch in den eigenen Fabriken einsetzen müssen: computergesteuerte Aggregate, die die Funktionen mehrerer früher getrennter Maschinen in sich vereinigen und ganze Fertigungsstrecken vollautomatisch abwickeln können. Damit kommen auf die Mittelständler der Branche wachsende Finanzierungsprobleme zu, für die wahrscheinlich neue Modelle der Kapitalbeschaffung erarbeitet werden müssen.

Die wachsende Integration, vorangetrieben auch durch die lange Reihe der „computer aided anythings" (Professor Eugen Leitherer, Uni München), der computergestützten Abläufe wie Konstruktion, Maschinensteuerung oder Qualitätskontrolle, droht aber auch die Struktur der Branche auf den Kopf zu stellen. Denn die Leistungsfähigkeit vieler Einzelbetriebe war bisher häufig auch das Ergebnis der Konzentration auf abgegrenzte Problemkreise.

„Wir sind alle hochspezialisiert – es gibt bei uns keine Zehnkämpfer", konstatiert der neue VDMA-Präsident Paetzold und erläutert, warum das so ist: „Das könnte man sich schon vom Entwicklungsaufwand her gar nicht leisten." Wenn die mittleren Maschinenbauer in der Welle der Integration ihrer vielfältigen Techniken, die gerade anläuft, ihre Eigenständigkeit wahren wollen, werden sie wohl Formen der Zusammenarbeit zwischen den integrierten Disziplinen finden müssen.

Die Alternative dazu malen Branchen-Pessimisten gern an die Wand: Bei wachsendem Anteil der Elektronik, der integrierenden Klammer um die Fabrik der Zukunft, werden die Maschinenbauer zunehmend zu Anhängseln der Computerindustrie. Der Werkzeugmaschinenbau-Präsident Kapp erkennt jedoch: „Die Wertschöpfung liegt nicht mehr in der elektronischen Hardware, sondern in der Umsetzung des Problemwissens in ablauffähige Programme." Die Domäne scheint gesichert: „In der genauen Kenntnis der betrieblichen Probleme unserer Kunden liegt seit eh und je unsere Stärke."



Stahlwerke müssen von drei fetten Jahren zehren

Von JOACHIM GEHLHOFF

Passend zu den trüben Aussichten für 1987 kam die jüngste Hiobsbotschaft aus der deutschen Stahlindustrie in den letzten Wochen des alten Jahres. Der Branchenführer Thyssen Stahl AG reihte sich in den Reigen der von Saar und Oberpfalz bis ins östliche Ruhrrevier reichenden Produzenten mit weiteren Schrumpfungsplänen für ihre Arbeitsplätze. Ausgerechnet dieser Produzent, mit seinem Stahlpotential auch im Weltvergleich besonders kostengünstig am Duisburger Niederrhein konzentriert und seit knapp drei Jahren wieder ansehnlich ertragskräftig, muß 1987 weitere 1100 seiner jetzt noch etwa 41 000 Arbeitsplätze auf den Sterbeetat setzen.

Wegen der neuerdings schlechteren Absatzlage, heißt es bei Thyssen Stahl, müsse man den seit gut drei Jahren betriebenen Kapazitätsrückzug von 1,3 auf 0,9 Mill. Monatstonnen Rohstahl noch um bis zu einem Zehntel weiter abwärts treiben.

Solcher Ausblick auf das nun 13. Strukturkrisenjahr der europäischen Stahlindustrie ist auf den ersten Blick erstaunlich. Denn die deutsche Stahlindustrie hat sich in der langen Strukturkrise schon auf einen Korridor von 35 bis 40 Millionen Tonnen Rohstahlausstoß zurückgezogen, in dem sie nachhaltig rentable Überlebenschancen sieht. An der Obergrenze dieses Korridors liegt auch der heimische, 1986 etwas gewachsene Stahlverbrauch.

Doch der deutsche Rohstahlausstoß, die verläßlichste Meßlatte für das Schicksal der Tausende von Walzstahlprodukten anbietenden Branche, ist 1986 um fast acht Prozent auf etwa 37,5 Millionen Tonnen gesunken und zeigt bislang für 1987 weitere Abwärtstendenz.

Schlimmer noch: Durch erneuten Verfall ihrer Produktpreise rutschen fast alle deutschen Stahlunternehmen, die größtenteils seit 1984 aus hohen Verlusten in die Gewinnzone zurückkehrten, erneut in die roten Zahlen.

Des Rätsels Lösung liegt bei zwei Negativfaktoren, die beide auch die Aufforderung zu einer künftig besseren Stahlpolitik beinhalten:

- Die Brüsseler EG-Kommission hat 1985 mit der „Liberalisierung" des stringenten Systems der Produktionsquoten und Stillegungsauflagen begonnen. Dies offenbar zu früh für einen EG-Stahlmarkt, auf dem die Folgen der mit Ende 1985 gestoppten, bei den Nachbarn der Deutschen bis auf gut 100 Milliarden Mark angeschwollenen Subventionslawine längst nicht ausgestanden und die Überkapazitäten noch nicht restlos beseitigt sind. Das drückt die Preise.
- Dem seit mindestens zwei Jahrzehnten evidenten Vormarsch junger Stahlländer der dritten und vierten Welt zollt die EG-Kommission „Entwicklungshilfe"-Tribut, indem sie auch in klaren Dumpingfällen Stahllieferungen von dort großzügig auf den Europamarkt kommen läßt. Das drückt erst recht auf die Preise.

Konsequenz aus beidem: Auf ihrem in der EG größten und für Ausländer attraktiven Heimatmarkt erlebten die deutschen Stahlwerke 1986 bei eigenem Tonnen-Niedergang einen Anstieg der Importe über die 40-Prozent-Schwelle der Marktversorgung hinaus mit kräftigem Wachstum der Drittlandware von Südamerika bis Fernost.

Das zwingt, mahnen die deutschen Produzenten, zu einer Neubesinnung europäischer Stahlpolitik. Denn wenn schon weiter gekürzt werden muß, meinen sie, werde es Zeit zur Rückbesinnung auf den Montanunionsvertrag, in dem seit 35 Jahren das hehre Ziel der „rationellsten Verteilung der Erzeugung auf dem höchsten Leistungsstande" postuliert ist.

Daran gemessen, sehen die Deutschen nicht schlecht aus. Umgeben von EG-Staatskonzernen, die bis zur Stunde stets hohe Verluste machten, schrieben die meisten von 1984 bis Mitte 1986 wieder schwarze Zahlen. Den Schutz heimischen Stahlpotentials vor weiterem Schwund kann Bonn bei solcher Lage eigentlich leicht erreichen.

Energie verkraftet keine Ideologie

Von HANS BAUMANN

Nichts ist einer Volkswirtschaft so abträglich wie eine verunsicherte Energiewirtschaft. Rote oder grüne Hektik, die heute aus der Kernkraft aussteigen, morgen in die Sonnenenergie einsteigen will und drei Wochen später der Wasserstoffchemie den Vorrang gibt, macht die Zukunft der Industrienation unkalkulierbar.

Doch die Bonner Koalition lehnt den ideologischen Taumel ab. Die erhöhten Kokskohlesubventionen belegen das ebenso wie die Ankündigung des Wirtschaftsministers, den Kohlepfennig zu erhöhen.

Den Gürtel enger zu schnallen, diese Forderung kann man mit gutem Gewissen nicht an die Steinkohle richten. Erst 1983 wurde das letzte Anpassungsprogramm für die deutsche Steinkohle beschlossen. Innerhalb von fünf Jahren wird danach die Förderkapazität um zehn Millionen Tonnen auf 80 Millionen Tonnen bis 1988 zurückgenommen. In dieser Zeit wird die Belegschaft um mehr als 20 000 Mitarbeiter schrumpfen. Absatzschwerpunkte bleiben die Stromwirtschaft über den Jahrhundertvertrag und die Stahlindustrie, deren Kokskohleeinsatz je nach Weltmarktpreisen über die Kokskohlebeihilfe subventioniert wird.

So, wie die Kohle einen Pfeiler für die Sicherheit der Energieversorgung darstellt, ist die Kernenergie ein Bollwerk gegen Versorgungsprobleme, denn die Uranvorräte können als heimische Energie angesehen werden. Zudem hat die Kernenergie der deutschen Wirtschaft mächtige Technologieimpulse gegeben, die dazu führten, daß die deutsche Kernkraftindustrie zu den führenden der Welt gehört, obwohl ihr noch in den 60er Jahren nachgesagt wurde, den Rückstand zum Beispiel gegenüber den USA niemals aufholen zu können.

Das deutsche Kernkraftprogramm ist praktisch abgeschlossen. Baubedarf hat noch die Veba angemeldet. Sie wünscht noch einen Block zu bauen. Nachholbedarf hätte noch das Land Nordrhein-Westfalen. Doch die Landesregierung hat sich ideologisch so festgefahren, daß sie nicht einmal mehr zu dem Wort „Kohle plus Kernenergie" steht, das sehr bewußt in die Welt gesetzt wurde, um der Kohle eine neue Perspektive für ihre künftige Veredlung zu geben. Zwischenlager für Kernbrennstoffe aus den Kraftwerken müssen noch gebaut werden, ebenso wie die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf.

Vor großen Problemen wird auch die Ölindustrie stehen, obwohl das Öl nach wie vor die wichtigste Primärenergie für die Deutschen bleiben wird. Nachdem fast die Hälfte der Rohölverarbeitungskapazität geschleift worden ist, wird sich der harte Wettbewerb noch mehr auf die Handelsstufe verlagern. Auf der Rohöl-Angebotsseite wird das Überangebot noch eine Weile bestehen, da die Opec nicht mehr den Weltmarkt beherrscht.

Das Erdgas geht stetig seinen Erfolgskurs. Doch zu den rund 16 Prozent Anteil an der Primärenergiebilanz werden vermutlich nicht mehr als zwei Prozent hinzugewonnen.

Das Hoch über Europa hat nicht alle Sorgen vertrieben

Von BENJAMIN PREVE

Aus der Ferne wird das westliche Europa gern als Einheit betrachtet. Doch bei näherem Hinsehen weicht die oberflächliche Gleichförmigkeit, gravierende Unebenheiten werden sichtbar. Zwar profitieren alle vom konjunkturellen Auftrieb. Es gibt aber kaum Schwierigkeiten, die sowohl von Spanien, von Frankreich, von der Bundesrepublik als auch von Großbritannien, von den Benelux-Ländern, von Griechenland, von der Schweiz, von Österreich und auch von Skandinavien in den Mittelpunkt des politischen Denkens gerückt werden.

Freilich – die schlechteren Exportaussichten aufgrund eines geschwächten Dollar betreffen alle Staaten. Aber es ist keine untragbare Last, die den Europäern durch eine niedriger bewertete US-Währung aufgebürdet wird. Im Grunde ist es nur die Arbeitslosigkeit, die nahezu alle bedrückt. Lediglich die Schweiz, die nicht mehr als 0,7 Prozent Beschäftigungslose ausweist, bildet eine Ausnahme. Den Alpenstaat beschäftigt nach dem Skandal um den Sandoz-Konzern die Umweltpolitik.

Die anderen westeuropäischen Regierungen grübeln, wie sie der Arbeitslosigkeit Herr werden können. Dabei sind die längerfristigen Aussichten in der Bundesrepublik noch relativ günstig, weil die geburtenschwachen Jahrgänge nahen. Außerdem hat die lange Aufschwungphase schon bewirkt, daß die Zahl der Arbeitslosen allmählich abnimmt. Im letzten Quartal rutschte sie kurzfristig unter acht Prozent.

In Ländern wie Spanien, Griechenland oder auch den Niederlanden leiden über zehn Prozent der Erwerbstätigen unter Beschäftigungslosigkeit. Vor allem die Spanier sind mit 20 Prozent Arbeitslosen arg gebeutelt. Der Unternehmer-Dachverband ebenso wie Ministerpräsident Felipe González erkennen die hohen Lohnnebenkosten als eine der Ursachen. Mit dieser Analyse sprechen sie den deutschen Firmen aus der Seele.

Die Spanier kämpfen noch mit einer anderen gesamtwirtschaftlichen Größe: mit der Preissteigerung. Sie lag in diesem Jahr bei rund neun Prozent. Nur die Portugiesen und die Griechen schlagen die Höhe dieser Entwertung. Sie müssen mit zwölf und mit ungefähr 20 Prozent Inflation – trotz eines Preisstopps seit November – leben. Gemessen am Durchschnittswert in der Europäischen Gemeinschaft, der mit etwa drei Prozent angegeben wird, ist das außerordentlich viel. Die griechische Regierung beklagt zusätzlich einen wachsenden Schuldenberg, der im Augenblick auf knapp 20 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Die Preisentwicklung, die in der Bundesrepublik, in der Schweiz, aber auch in Frankreich und Großbritannien und sogar in Italien im alten Jahr Erfolgsmeldungen auslöste, wird inzwischen wieder banger beobachtet. Denn die gefallenen Ölpreise, die die Portemonnaies der Verbraucher 1986 sehr geschont haben, werden im kommenden Jahr wieder steigen. Nachdem die Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) sich kurz vor dem Jahresschluß auf einen Richtpreis von 18 Dollar pro Barrel einigte, ist es wahrscheinlich, daß die durchschnittlichen Preise am Spotmarkt 1987 um mehrere Dollar über denen des scheidenden Jahres liegen werden.

Den Niederländern sind höhere Ölpreise andererseits recht. Denn dann steigen auch die an die Ölpreisentwicklung gekoppelten Gaspreise – wenn auch mit Zeitverzögerung. Das würde wiederum den Etat der Regierung in Den Haag entlasten. Denn der Preisverfall in den vergangenen Monaten hat ein kräftiges Loch in das niederländische Budget gerissen. 14 Milliarden Gulden fehlen dem Haager Fiskus in der Kasse, weil der Erdgasexport nicht mehr die gewohnten Einkünfte bringt. Um diese Lücke zu füllen, hat die niederländische Regierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 20 Prozent beschlossen. Hinter dieser Steuererhöhung verbirgt sich freilich weiteres Inflationspotential.

Preistreibend kann darüber hinaus eine durch die Binnennachfrage angeheizte Konjunktur wirken. So hält auch in der Bundesrepublik und in Großbritannien die inländische Nachfrage das Konjunkturrad in Schwung. Das schadet nichts, solange keine Nachfrageüberhänge entstehen, die Kapazitäten ihre Grenzen noch nicht erreicht haben oder Lükken durch Importe problemlos gefüllt werden können. Doch die Gefahr besteht zumindest.

Das gilt auch für die Franzosen, obwohl sie für 1987 mit einem Rückgang des privaten Verbrauchs rechnen. Jedoch haben die Unternehmen offenbar nach den ersten Liberalisierungsmaßnahmen der bürgerlichen Regierung die Lust zum Investieren wieder entdeckt. Die Franzosen haben erkannt, daß sie im Industriegüterbereich die veralteten Strukturen nicht mehr aufrecht erhalten können. Schließlich ist der Industriegüterexport in diesem Jahr weiter zurückgegangen. Solange die französischen Unternehmen noch unter einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit leiden, wird sich die Wirtschaft mit ausländischen Gütern ausrüsten. Das würde die Preise allerdings nur schüren, wenn der Druck auf den Franc übermächtig würde, Stützungskäufe nicht mehr ausreichten und eine (niedrigere) Neubewertung innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) erzwängen.

Unter Beschuß ist auch die britische Währung in den vergangenen Monaten geraten. Dieses Problem wird die britische Regierung auch im nächsten Jahr verfolgen. Wie in der Vergangenheit wird sie in diesem Zusammenhang immer wieder neu überdenken, ob ein Beitritt in das EWS nicht doch sinnvoll wäre.

Das Vertrauen in das Pfund Sterling ist auf ein Maß geschrumpft, daß selbst kleinste negative Einflüsse und leiseste Andeutungen oder Vermutungen die Devisenhändler schnellstens veranlassen würden, sich von ihren Pfund-Beständen zu trennen. Diese Alarmbereitschaft besteht, weil es kaum Anzeichen gibt, daß der Pfundkurs in naher Zukunft neue Höhen erklimmen könnte.

Ein Lichtblick ist für die Briten ein voraussichtlich leicht steigender Ölpreis. Aber der wird als Zugpferd kaum ausreichen. Denn die Ölpreismisere hat gezeigt, wie sehr sich die Briten auf ihre Ölquellen und die daraus sprudelnden Einnahmen verlassen haben. Die britische Industrie muß jetzt aufholen, was lange versäumt wurde. Doch nach einem schwachen Jahr hofft sie 1987 auf neue Auftriebskräfte.



Defizite beherrschen die US-Wirtschaftspolitik

Von GERD BRÜGGEMANN

Politik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten befinden sich zur Jahreswende 1986/87 in einem Zustand der Unsicherheit, der Unkalkulierbarkeit. Wie lange der Skandal um die Waffenlieferungen an Iran die Regierung Reagan noch beschäftigt und vom Regieren abhält, ist schwer vorherzusagen. Zudem besteht wenig Zweifel, daß die Demokraten, die seit den Novemberwahlen nicht nur im Repräsentantenhaus, sondern auch im Senat über die Mehrheit verfügen, dem Präsidenten das Regieren so schwer wie möglich machen werden.

Diese kaum erhebende Ausgangslage läßt nur wenig hoffen für die Entwicklung der Wirtschaft, deren Aussichten ohnehin nicht besonders rosig sind. Zwar verbreiten die Mitarbeiter des Präsidenten unverändert Optimismus und werten jede Nachricht, die nicht offensichtlich schlecht ist, als Zeichen für neuen wirtschaftlichen Schwung. Der Wirtschaftsberater des Präsidenten, Beryl W. Sprinkel, ist überzeugt, daß die US-Wirtschaft 1987 um mehr als drei Prozent wachsen wird. Aber einige Experten, die nicht einmal Pessimisten sind, rechnen mit einer Rezession. Nun – die Mehrzahl der US-Wirtschaftsfachleute hält ein weiteres Wachstum auf dem flachen Aufstiegspfad, der seit einigen Monaten verfolgt wird, in einer Größenordnung zwischen zwei und 3,5 Prozent für möglich. Doch auch sie haben im Hinterkopf, daß seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die durchschnittliche Dauer eines Aufschwungs bei 34 Monaten lag; der jetzige hält schon 50 Monate an.



Außerdem begrenzen zwei riesengroße Defizite die Möglichkeiten der amerikanischen Wirtschaft: Der Staatshaushalt schloß mit der unvorstellbaren Lücke von 220 Milliarden Dollar und die Handelsbilanz mit einem Einfuhrüberschuß am Jahresende von etwa 170 Milliarden Dollar. Angesichts solcher Zahlen hat auch der eher ausgabenfreudige demokratische Kongreß kaum Spielraum für die herkömmlichen Ankurbelungsmaßnahmen.

Überdies hat der gerade abgetretene Kongreß mit dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz verbindlich die Reduzierung der Haushaltsdefizite vorgeschrieben, bis der Etat 1991 ausgeglichen ist. Schon im kommenden Jahr soll er danach auf 170 Milliarden Dollar zurückgeführt werden, obwohl sich niemand in Amerika so recht vorstellen kann, wie das gelingen soll.

Der Haushaltspolitik wären also die Hände gebunden, rutschte die US-Wirtschaft tatsächlich in absehbarer Zeit in eine Rezession. Die Last, eine Wende zu bewirken, läge im wesentlichen beim Federal Reserve System. Denn leichteres Geld regt normalerweise den Konsum und die Investitionen an. Aber im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld in den USA sind auch dieser Möglichkeit sehr enge Grenzen gesetzt, weil den Währungshütern die Inflationsangst im Nacken sitzt. Denn größere Preissteigerungen zwängen zu einer Erhöhung der Zinsen, die schon jetzt nicht gerade niedrig sind. Eine weitere wirtschaftliche Abschwächung wäre die Folge. Der Dollarkurs geriete unter noch stärkeren Druck und würde Ausländer, die bisher durch ihre Dollaranlagen das Haushaltsdefizit der USA finanziert haben, veranlassen, sich zurückzuziehen.

Einfuhrüberschuß kann abgebaut werden

Niemand kann auch genau aussagen, welche Auswirkungen die Steuerreform haben wird, die am 1. Januar des neuen Jahres in Kraft tritt. Sie entlastet zwar in großem Umfang die Privaten, belastet aber die Wirtschaft mit 120 Milliarden Dollar pro Jahr. Allgemein wird davon ausgegangen, daß die Steuerreform auf kurze Sicht zunächst einmal negative Auswirkungen haben wird, bis sie dann auf mittlere Sicht außerordentlich segensreich wirken wird.

Dies freilich ist ein pessimistisches Szenario, das so nicht eintreten wird. Denn selbst, wenn der Politik die Hände wegen der Haushaltsdefizite gebunden sind, dürften die Folgen einer expansiveren Zentralbankpolitik kaum in Inflation und höheren Zinsen münden. Der Grund dafür ist nicht schwer auszumachen. Anders nämlich als sonst in der Endphase eines Zyklus gibt es erhebliche Kapazitätsreserven sowohl am Arbeitsmarkt wie in den Unternehmen. Schon ein Wachstum von mehr als 2,5 Prozent müßte die Reduzierung des Haushaltsdefizits sehr erleichtern.

Große Hoffnung wird in diesem Zusammenhang auf die Verkleinerung des anderen Defizits, des Handelsbilanzdefizits, gesetzt, das sich schon in den letzten Monaten zumindest nicht mehr verschlechtert hat. Eine Verringerung der Lücke um 25 bis 40 Milliarden Dollar erscheint durchaus möglich.

Zahlreiche Politiker machen sich Gedanken, wie man die Umlenkung der amerikanischen Nachfrage nach ausländischen Waren auf inländische Produkte beschleunigen könnte. Sie möchten gern ein Handelsgesetz verabschieden, das es den heimischen Unternehmern erleichtert, ihre Waren zu verkaufen. Im Repräsentantenhaus war ein solches Gesetz schon fast durchgekommen, ehe es dann im Schlußspurt doch noch die Ziellinie verfehlte. Aufgrund der demokratischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gilt die Verabschiedung eines Handelsgesetzes 1987 jedoch als sichere Sache.

Diese Gesetzgebungspläne, die in Europa zumeist als protektionistisch bezeichnet werden, haben bei den Handelspartnern der Vereinigten Staaten Sorgen ausgelöst. Bisher hat der Präsident solche Vorhaben immer mit seinem Veto bedroht. Inzwischen ist nicht mehr sicher, ob ein durch die Iran-Affäre geschwächter Präsident seine freihändlerische Linie durchhalten kann und will.

Das Handelsgesetz gilt dem Fernen Osten

Freilich, die europäische Furcht vor einem neuen Handelsgesetz der USA erscheint stark übertrieben. Abgesehen einmal davon, daß es nicht eben überzeugend ist, einem Land, dessen Handelsbilanz mit 170 Milliarden Dollar negativ ist, Protektionismus vorzuwerfen, wird die Zielrichtung der gesetzgeberischen Aktionen der Amerikaner in Europa meist nicht richtig erkannt.

Denn Europa ist gar nicht gemeint. Das Handelsgesetz richtet sich vor allem gegen die Länder des pazifischen Beckens mit Japan an der Spitze, die für vier Fünftel des US-Defizits in Industrieprodukten verantwortlich sind. Sie halten ihren ungehinderten Zugang zum amerikanischen Markt ebenso für eine Art Naturgesetz, wie sie ihre Märkte für amerikanische, aber auch für europäische Güter verschlossen halten.

Die Amerikaner, die ein neues Handelsgesetz für nötig halten, möchten vor allem hier eine Änderung bewirken. Und in dieser Hinsicht finden sie durchaus die Unterstützung der Freihändler in der Regierung. Die Vehemenz, mit der Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur, um nur die wichtigsten Länder zu nennen, auf den amerikanischen, aber auch auf europäische Märkte drängen, hat eben auch damit zu tun, daß die größte Wirtschaftsmacht der Region – Japan – ihren Markt gegenüber ihren Nachbarn verschlossen hält.

Auch mit anderen Zielen, die eine US-Handelsgesetzgebung anstrebt, müßte man sich in Europa eigentlich anfreunden können. Sie betrifft den Schutz geistigen Eigentums, mit dem man es in einigen Ländern des pazifischen Raumes nicht so genau nimmt. Patente, Warenzeichen und Copyrights sind dort nicht geschützt und werden hemmungslos gestohlen. Außerdem: Nach allem, was bisher abzusehen ist, werden sich am Ende nur wenige der jetzt diskutierten Schutzmaßnahmen in einem Gesetz wiederfinden.

Viele Japaner empfinden den starken Yen als größte Schwäche

Von FRED de LA TROBE

Der starke Yen hat in diesem Jahr zu einem Schwächeanfall der japanischen Konjunktur geführt und vor allem die Exportindustrie zu großen Anpassungsanstrengungen gezwungen. Der Wechselkurs des Yen gegenüber dem Dollar ist seit September 1985 um fast 50 Prozent gestiegen. Unter einem amerikanisch-japanischen Abkommen ließ sich die Parität der japanischen Währung zum Dollar durch massive Stützungskäufe beider Seiten relativ stabil halten. Als Gegenleistung für das Zustandekommen dieser Absprache hat Tokio am 1. November den Diskontsatz um 0,5 Prozent gesenkt. Die japanischen Währungshüter sind sich aber darüber im klaren, daß der Yen auf die Dauer gegenüber dem Dollar weiter steigen wird. Dieses Problem wird auch 1987 eines der schwierigsten bleiben, und bisher zeichnet sich kein klares Konzept der japanischen Regierung für Gegenmaßnahmen ab.

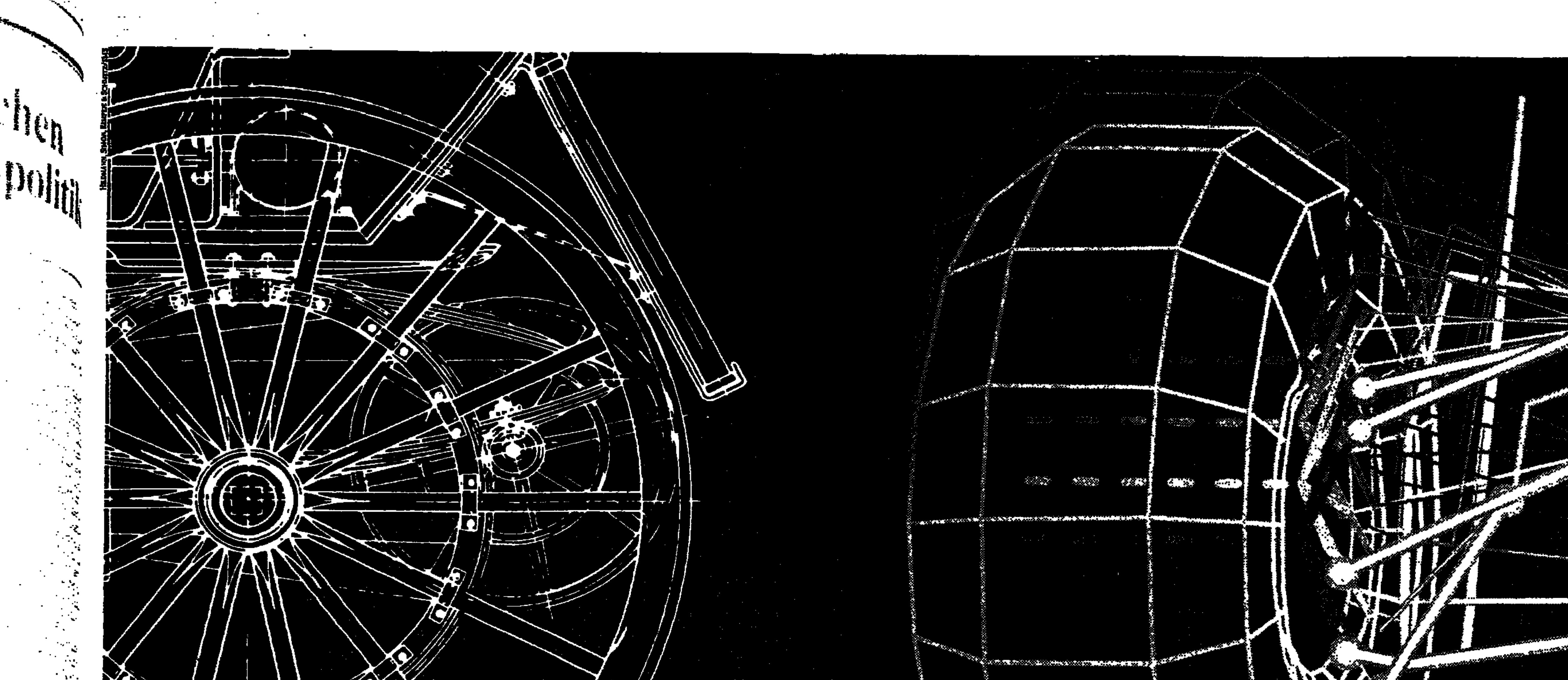
Möglicherweise verhält sie sich wie in diesem Jahr. Als angesichts einer konjunkturellen Windstille, hervorgerufen durch die kräftige Yen-Aufwertung, die Forderung nach stimulierenden Maßnahmen immer heftiger vorgetragen wurde, schnürte die Regierung im Spätherbst ein Paket, das rund drei Billionen Yen bereitstellte: in erster Linie für öffentliche Projekte, den Wohnungsbau und für Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen. Die meisten japanischen Sachverständigen waren aber schon damals der Meinung, daß diese Mittel keineswegs ausreichen würden, um das Konjunkturtempo wieder zu beschleunigen.

Zu bedenken ist allerdings, daß nicht alle Wirtschaftszweige gleichermaßen vom starken Yen gebeutelt sind. So leidet die Mehrheit der verarbeitenden Industrie – vor allem die im Exportgeschäft – erheblich unter diesen währungspolitischen Einflüssen. Das Dienstleistungsgewerbe hingegen hat durch verbilligte Importe Vorteile. In der Leistungsbilanz hat sich bisher wegen des J-Kurveneffekts (höhere Exporteinnahmen wegen des besseren Wechselkurses und Preiserhöhungen, nur allmählich abnehmende Ausfuhren) der starke Yen noch nicht auf einen Abbau des hohen japanischen Überschusses ausgewirkt. Im Gegenteil: Für das Fiskaljahr 1986 wird ein Rekord-Aktivsaldo von 90 Milliarden Dollar erwartet und für das Fiskaljahr 1987 noch ein Überschuß von 85 Milliarden Dollar.

Angesichts des trotz einiger Selbstbeschränkungsmaßnahmen Japans immer noch steigenden Ungleichgewichts im Handel mit den Vereinigten Staaten und der demokratischen Mehrheit im amerikanischen Kongreß nach den letzten Wahlen kann Japan auch nicht ausschließen, daß es 1987 zu protektionistischen Maßnahmen der USA gegen Lieferungen aus Japan kommen wird. Für eine Reihe von Exportindustrien würde das zu neuen, noch nicht absehbaren Engpässen führen.

Die von der Regierung angestrebte und im Mäkawa-Report geforderte Umbildung der japanischen Wirtschaft von einer vorrangig exportorientierten auf eine mehr auf den Inlandsmarkt ausgerichtete Struktur hat erst sehr langsam begonnen und läßt sich ohne große Anstrengungen und Entbehrungen nicht verwirklichen. Eine Reihe von Großunternehmen im Schiffbau, Kohlebergbau, der Stahl- und Textilindustrie haben infolge der schlechten Exportlage schon Arbeiter entlassen, andere Branchen einschließlich des Automobilbaus, der Maschinen- und Elektroindustrie wollen ebenfalls Personal entlassen. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 2,8 Prozent, nach deutscher Rechnung dürften es etwa fünf Prozent sein. Den Schätzungen der meisten Forschungsinstitute zufolge wird die Quote 1987 um weitere ein bis zwei Prozent steigen.

Die reale Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft wird nach den Voraussagen der japanischen Banken und anderen privaten Instituten im Fiskaljahr 1986 bei etwa zwei Prozent und im Fiskaljahr 1987 etwas unter zwei Prozent liegen. Daher wird auch für das Fiskaljahr 1987 mit einer weiteren zusätzlichen Konjunkturspritze der Regierung von etwa 31 Milliarden Mark gerechnet. Ein Konzept für andere Maßnahmen zur Bewältigung der vorrangigen Wirtschaftsprobleme im Jahr 1987 hat die Regierung noch nicht vorgelegt. Bisher sieht es so aus, als sollen – wie auch in diesem Jahr – die auftretenden Schwierigkeiten von Fall zu Fall gelöst werden. (SAD)



1886 war ein bedeutsames Jahr. 1986 auch.

Das Jahr 1986 war für Daimler-Benz ein besonderes Jahr. Ein Jubiläumsjahr mit einer gleichermaßen erfreulichen wie bedeutsamen Entwicklung: Der Grundstein, den Karl Benz und Gottlieb Daimler mit ihren ersten Automobilen im Jahr 1886 legten, ist zu einem Fundament geworden, das stärker und breiter ist als je zuvor.

Die Basisverbreiterung durch die Mehrheitsbeteiligungen an AEG und Dornier sowie durch die Übernahme von MTU ist auf eine langfristige Absicherung unseres Unternehmenswachstums ausgerichtet.

Den Schwerpunkt unserer Arbeit sehen wir dabei in der gemeinsamen Entwicklung und Anwendung zukunftsorientierter Technologien. Das erlaubt uns nicht nur, neue technische Lösungen für unsere Automobile und deren Fertigung zu entwickeln, sondern es sichert uns auch Innovationschancen in anderen zukunftsträchtigen Märkten.

Das wird unserem Unternehmen weitere neue Wachstumsimpulse geben.

Daimler-Benz ist im Laufe eines Jahrhunderts zu einem Synonym für Innovationskraft, Qualität und Solidität geworden.

Das verdanken wir der Kreativität unserer Mitarbeiter ebenso wie der guten Zusammenarbeit mit unseren Zulieferern. Vor allem aber auch unseren Aktionären und Kunden, die uns Jahr für Jahr aufs neue ihr Vertrauen schenken.

Ihnen allen gilt unser besonderer Dank.





Die Toten des Jahres

Helga Wex (61), CDU-Politikerin, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, stirbt am 9. Januar in Mülheim/Ruhr.

Jaroslav Seifert (84), tschechoslowakischer Dichter, Unterzeichner der Charta 77, Literaturnobelpreisträger, am 10. Januar in Prag.

Sammy Drechsel (60), Sportjournalist und Kabarettist, seit 1956 Leiter der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft", am 19. Januar in München.

Joseph Beuys (64), deutscher Künstler (Straßenbahn-Haltestelle, Honigpumpe, 7000 Eichen), am 23. Januar in Düsseldorf.

Lilli Palmer (71), Schauspielerin („Mädchen in Uniform", „Lotte in Weimar") und Schriftstellerin („Dicke Lilli – gutes Kind"), am 27. Januar in Hollywood.

Alva Myrdal (84), schwedische Soziologin und Schriftstellerin, Ministerin für Abrüstungsfragen 1966 bis 1973, Friedensnobelpreis 1982, am 1. Februar in Stockholm.

Ludolf Herrmann (49), ab 1973 Chefredakteur „Deutsche Zeitung/Christ und Welt", ab 1980 Chefredakteur „Capital", am 10. Februar in Bonn.

Helmut Thielicke (77), evangelischer Theologe und Publizist stirbt am 5. März in Hamburg.

Eugen Gerstenmaier (79), CDU-Politiker, 1954 bis 1969 Bundestagspräsident, am 13. März in Remagen-Oberwinter.

Kurt Sieveking (89), Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg 1953 bis 1957, am 16. März in Hamburg.

Heinz Nixdorf (60), Computerhersteller, am 17. März in Hannover.

Otto Preminger (79), Filmregisseur („River of no return", „Carmen Jones", „Bonjour Tristesse"), am 23. April in New York.

Wallis Herzogin von Windsor (89), Ehefrau des 1936 abgedankten englischen Königs Edward VIII., am 24. April in Paris.

Hermann Gmeiner (66), Gründer der SOS-Kinderdörfer, am 26. April in München.

Käthe Haack (88), Schauspielerin („My Fair Lady", „Der Biberpelz"), am 5. Mai in Berlin.

Elisabeth Bergner (88), österreichisch-britische Schauspielerin („Ariane", „Wie es euch gefällt", „Geliebter Lügner"), am 12. Mai in London.

Peter von Siemens (75), Industrieller, am 23. Mai in München.

Boy Gobert (60), Schauspieler, Regisseur und Intendant, am 30. Mai in Wien.

Benny Goodman (77), amerikanischer Klarinettist („Sing, Sing, Sing", „Stompin' at the Savoy"), am 13. Juni in New York.

Vincente Minnelli (83), Regisseur („Ein Amerikaner in Paris"), am 26. Juli in Beverly Hills.

Otmar Emminger (75), ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank, am 3. August in Manila.

Urho Kekkonen (85), 1956 bis 1981 finnischer Staatspräsident, am 31. August in Helsinki.

Henry Moore (88), britischer Bildhauer („Große Liegende", „Large Two Forms"), am 31. August in Hertfordshire.

Helmut Qualtinger (57), österreichischer Kabarettist und Schauspieler („Der Herr Karl"), am 29. September in Wien.

Franz Burda (83), Verleger („Bunte", „Freundin", „Das Haus"), am 30. September in Offenburg.

Samora Machel (53), seit 1975 Staatspräsident von Moçambique, kommt am 19. Oktober bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

Elisabeth Schwarzhaupt (85), CDU-Politikerin, 1961 bis 1966 Gesundheitsministerin, 1953 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages, stirbt am 29. Oktober in Frankfurt.

Wjatscheslaw M. Molotow (96), 1939 bis 1956 sowjetischer Ministerpräsident bzw. stellvertretender Ministerpräsident, am 10. November in Moskau.

Ingeborg Drewitz (63), deutsche Schriftstellerin („Das Hochhaus", „Gestern war heute"), am 26. November in Berlin.

Cary Grant (82), amerikanischer Filmschauspieler („Leoparden küßt man nicht", „Über den Dächern von Nizza"), am 30. November in Davenport/USA.

Peter Beauvais (70), Fernsehregisseur, zu dessen bekanntesten Arbeiten die Verfilmungen der Romane „Deutschstunde" und „Heimatmuseum" von Siegfried Lenz gehören, am 17. Dezember in Baden-Baden.

Zum zwölften Mal in der WELT: Profile der Courage –



Andrej Sacharow

Ein Fürsprecher der Verfolgten bot dem System die Stirn

Weder die Politik noch gar die Rebellion gegen die herrschende Macht sind dem Physiker und Menschenrechtskämpfer Andrej Sacharow, Jahrgang 1921, einst an der Wiege gesungen worden. Der begabte Naturwissenschaftler, der zum Vater der russischen Atombombe wurde, war einer der Privilegierten des sowjetischen Systems, als er sich zunächst zum Kritiker der militärischen Atomversuche mauserte und 1963, damals noch durchaus auf dem Boden des herrschenden sowjetischen Systems, ein Verbot der Kernwaffenexperimente in der Atmosphäre forderte. Erst schrittweise führte ihn sein Weg während der letzten Jahre der Chruschtschow-Ära und besonders unter dem unelastischen und repressiven Breschnew-Regime in die grundlegende Opposition, zum Infragestellen der herrschenden Normen und ideologischen Ausrichtungen der Sowjetunion.

Damit nahm Sacharow schwere persönliche Nachteile, Unbequemlichkeiten und Verfolgungen in Kauf. Die Entscheidung brachte das Jahr 1968, als er erstmals Gedanken über Fortschritt, Demokratie und Menschenrechte veröffentlichte, die in scharfen Widerspruch zur sowjetischen amtlichen Ideologie standen. Von da an wurde er zur ersten moralischen Instanz der nun entstehenden sowjetischen Bürger- und Menschenrechtsbewegung. Der anerkannte Wissenschaftler, der als Mitglied der sowjetischen Akademie zur Führungsschicht seines Landes gehörte und dem es materiell an nichts hätte fehlen müssen, wurde zum Fürsprecher der Verfolgten und der Gefangenen. Seit 1980 wurde er in Gorki in Zwangsverbannung gehalten.

Sacharow ist ein russischer „Westler" – wenn man so will, ein Mann von zutiefst demokratischer und liberaler Wesensart. Auch jetzt nach seiner Freilassung fehlt es nicht an Versuchen von interessierter Seite, ihn einerseits als einen Mitläufer des sowjetischen Systems, andererseits aber auch als „guten" Dissidenten in Widerspruch zu den „bösen" Dissidenten wie etwa Solschenizyn zu setzen. Dabei wird bewußt übersehen, daß das russische politische Spektrum unter normalen, also nicht-kommunistischen Bedingungen ebenso farbig wäre wie die Palette der westlichen Demokratien. Natürlich unterscheidet sich Sacharow weltanschaulich etwa von Solschenizyn oder von anderen Russen der Bürgerrechts-Opposition – so wie sich auch in westlichen Ländern Liberale von Konservativen oder Sozialdemokraten von Liberalen unterscheiden. Aber im Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte gibt es zwischen den unterschiedlichen Schattierungen und Richtungen keine Gegensätze. Denn Sacharow will ja nicht die Freiheit nur für seinesgleichen und für seine Gesinnungsfreunde, sondern für alle Gewissensgefangene und damit für alle politischen Richtungen erkämpfen.

Darin liegen Größe und Toleranz eines Mannes, der um seiner Gesinnung und Überzeugung willen sehr viel Schweres auf sich nahm und auf den bequemen Weg verzichtet hat. Ideologische Ausschließlichkeiten sind ihm fremd und suspekt. Er denkt gewissermaßen über sich selbst hinaus. In all den Jahren hat er kaum jemals etwas Unzutreffendes gesagt, weder über seine persönliche Lage, noch über die Situation seines Landes und die ganze Menschheit.

Die Beschäftigung mit dem großen Menschheitsproblemen hat ihn nicht daran gehindert, auch das kleine, scheinbar unbedeutende menschliche Schicksal zu sehen. So setzte er sich für Krimtataren und Rußlanddeutsche, für sowjetische Juden und verfolgte Balten in gleichem Maße ein. Menschliche Wärme und Solidarität gehen von ihm aus – und eine Anständigkeit, vor der man sich nur verbeugen kann. Im Augenblick seiner Befreiung gedachte er jenes Mannes, der möglicherweise sein Leben opfern mußte, um Sacharow die Freiheit zu bringen: Anatoli Martschenko. Und Sacharow fragte: „Wer wird der nächste sein?" Er schließt also neue Opfer unter den Gesinnungsgefangenen in der Sowjetunion nicht aus.

CARL GUSTAF STRÖHM



Bernhard Friedmann

Der Versuch, ein Loch in das dicke Brett deutscher Teilung zu bohren

Eine Typologie des Parlamentariers wiese gegenüber der allgemeinen Menschen- und Charakterkunde nicht allzu viele Abweichungen auf. Vielleicht, daß man mehr extrovertierte Lärmer anträfe und darstellungsfrohe Rampentiger. Grundsätzlich aber entspräche die Häufigkeitsverteilung der verschiedenen Temperamente wohl weithin der anderer Gruppen auch.

Da gibt es etwa, um nur zwei Beispiele zu nennen, den MdB vom Typ Schwarmfisch, der Richtungskommandos schon im voraus wittert; ebenso finden sich da aber hartnäckige Bohrer, die ohne Rücksicht auf Opportunität und eigenes Fortkommen an dem festhalten, was sie als richtig und wichtig ansehen. Den Ruf, einer von diesen Zähen zu sein, hat sich Bernhard Friedmann erworben. Als Berichterstatter für den Wehretat – immerhin mehr als 50 Milliarden – zählt er zu den wichtigsten Köpfen des Haushaltsausschusses.

Der CDU-Abgeordnete aus dem Wahlkreis 177, Rastatt, seit zehn Jahren im Bundestag, hat Kanzler, Fraktion und Öffentlichkeit damit verblüfft, daß er ein scheinbar totes Thema als aktuelles Problem der großen Politik definierte: die deutsche Frage. „Die Wiedervereinigung ist politisch, wirtschaftlich und finanziell notwendig", sagte er auf einer Fraktionssitzung – unbekümmert darum, mit dieser Auffassung in Konkurrenz zu den Auffassungen seiner Oberen zu treten. Denn Helmut Kohl, sein Parteivorsitzender, hatte nie einen Zweifel daran gelassen, daß die deutsche Frage entsprechend seiner eigenen Lagebeurteilung nicht auf der Tagesordnung der operativen Politik stehe.

Friedmann jedoch, der sich gern einen „freigewählten Abgeordneten" nennen läßt, verweist auf Reykjavik, wo Reagan und Gorbatschow zum Entsetzen der Europäer fast die Null-Lösung vereinbart hätten: „Man muß doch sehen, daß dort deutlich geworden ist, wie weit sich die Vereinigten Staaten in ihrem Denken bereits von der NATO gelöst haben, wie stark sich ihr Verhältnis zu Europa verändert hat und wieviel Distanz sie zu ihm gewonnen haben ... Der Wegfall der weitreichenden Mittelstreckenraketen bedeutet, daß im Prinzip regionalisierte Konflikte in Europa möglich werden." In Anbetracht der Erosion der Blöcke, so meint er, konstatieren beide Supermächte eine Änderung ihrer Interessenlage.

Wer die Verrenkungen kennt, zu denen auch Parlamentarier fähig sind, die etwas werden oder auch nur bleiben wollen, der bewundert die Courage des Bernhard Friedmann: Auge in Auge mit dem Kanzler, der zunächst überrascht, dann etwas unwirsch wirkte, forderte der Diplomvolkswirt und Doktor rer. pol. aus dem Badischen dazu auf, „das Undenkbare zu denken". Kohl solle Reagan und Gorbatschow dahin bringen, sich über die Beseitigung der Spannungsursache zu unterhalten, also darüber, wie man das zerstückelte Deutschland wieder vereinigt, anstatt sich auf das Kurieren an den Spannungsfolgen zu beschränken.

Friedmanns Analyse ist nüchtern, „als spreche er über das Resultat einer Betriebsprüfung", wie ein Chronist vermerkt, aber sie stößt auf ein lebhaftes Echo. Die überrumpelte Fraktion reißt ihm nicht, wie befürchtet, den Kopf ab, sondern beschließt eine Sondersitzung über das Thema nach der Bundestagswahl.

Das Interesse der Öffentlichkeit an Friedmanns Thesen indes äußert sich geradezu leidenschaftlich. Hunderte von Briefen „An den Herrn Bundestagsabgeordneten ..." im 26. Stockwerk des „Langen Eugen" zu Bonn am Rhein versichern Zustimmung und Sympathie. Ein Briefschreiber, Rainer Barzel, bekundet seinen Respekt für die „unverführbare Festigkeit" des Kollegen.

Auch Alfred Dregger, der Friedmann nach der spektakulären Sitzung zitiert, gratuliert zu dem weltweiten Widerhall. Seine Bitte: Der Abgeordnete möge die Einheit der Fraktion nicht aus dem Auge verlieren. Er kennt seinen Pappenheimer. Der Fraktionschef weiß, daß Friedmann nicht mehr zu bremsen ist.

HORST STEIN



Corazon Aquino

Wie eine hilflose Hausfrau ihre Kontrahenten das Fürchten lehrte

Gehört denn viel Mut dazu, sich einer Aufgabe zu stellen, die einem ehrfurchtgebietende Macht und höchstes Prestige, bei Versagen natürlich auch Schimpf und Schande einbringen kann? – Für einen gewöhnlichen Politiker, der zum Beispiel das Amt des Staatspräsidenten der Philippinen anstrebt, mag man diese Frage verneinen. Aber für eine Hausfrau und Mutter von fünf Kindern, lange Zeit nicht mehr als die repräsentative Ehefrau eines Berufspolitikers, hat die Antwort wohl anders zu lauten.

Corazon Aquino, seit Februar Staatspräsidentin der Philippinen, hat sich nach dem höchsten Amt im Staate keineswegs gedrängt. Nach der Ermordung ihres Mannes Benigno Aquino vor drei Jahren mußte sie erst mühsam davon überzeugt werden, daß nur sie allein die bis dahin heillos zerstrittene Opposition einigen und in den Kampf gegen den Diktator Ferdinand Marcos führen könne.

Mit Staunen und Bewunderung erlebte die Welt dann vor zehn Monaten, wie eine „Wunderrevolution" der 20jährigen Herrschaft von Marcos ohne Blutvergießen ein Ende bereitete. „People's Power", mit Rosenkränzen und Blumen „ausgerüstet", triumphierte über Panzer und Maschinengewehre. Corazon Aquino sah sich auf einer Welle nationaler Begeisterung an die Spitze des Staates getragen, um dann allerdings einer Aufgabe gegenüberzustehen, die nach übereinstimmender Meinung mehr als „einen ganzen Mann" erfordert. „Ich kann es mit jedem Mann aufnehmen", ging die frischgebackene Präsidentin unbekümmert daran, das schwere „Erbe" anzutreten, das Marcos ihr hinterlassen hatte: Verschuldung in Milliardenhöhe, bittere Armut der Bevölkerung, allgemeiner wirtschaftlicher Niedergang, weitverbreitete Korruption und die Rebellionen der Moslems und Kommunisten.

Schon bald mußte Frau Aquino sich eingestehen, daß ihre erfolgreiche revolutionäre Kampagne gegen Marcos im Vergleich zum Präsidentenamt nur ein Kinderspiel war. Wohl wissend, daß sie in politischen Dingen, im Umgang mit der Macht, mit Intrigen, Korruption wie mit der Führung einer Regierung unerfahren war, umgab sie sich mit Freunden, Getreuen und mit Menschen, denen sie vertraute oder denen sie sich zu Dank verpflichtet glaubte. Und sie verteidigte ihre Gefährten auch wie eine Löwin, als diese – einige von ihnen berechtigterweise – ins Kreuzfeuer der Kritik von links und rechts gerieten. Sogar für ihren Verteidigungsminister Enrile, der „die zögernde Frau da oben" als unfähig hinstellte, fand Corazon Aquino noch verständnisvolle Worte.

Das Wort von der „unentschlossenen Cory", die statt zu handeln sich lieber bei Nonnen ausweine, machte die Runde. Doch mit dem Rücken an der Wand stehend, von Feinden im Militär eingekreist, die Stabilität des Landes durch Entführungen, Mord- und Bombenanschläge erschüttert, ihre eigene Position durch Putschpläne gefährdet, zeigte Corazon Aquino, daß sie nicht nur hart im Nehmen ist, sondern – wie einer ihrer Berater es einmal formulierte – „unter Druck kühl bis ans Herz" sein und das Gesetz des Handelns an sich reißen kann. An dem Nachmittag, als sie ihrem hartnäckigsten Widersacher Enrile den Rücktritt abverlangte, ohne zu wissen, ob und wie er reagieren würde, strafte sie alle jene Kritiker Lügen, die in ihr nur die hilflose Hausfrau, das Opferlamm sehen wollten.

Mittlerweile, so scheint es, beherrscht die Präsidentin das Spiel mit der Macht und auch den Umgang mit Ministern, die der Korruption bezichtigt werden: Zwei mußten deshalb gehen. „Sie lernt schnell", heißt es in ihrer nächsten Umgebung. Diese Fähigkeit, gepaart mit Entschlossenheit und Durchsetzungsvermögen und ihrem Mut zum persönlichen Risiko, berechtigt zu der Hoffnung, daß Corazon Aquino ihr selbstgestecktes Ziel, die Wiederherstellung der Demokratie auf den Philippinen und dabei erfolgreich zu sein, auch erreichen könnte.

JOCHEN HEHN



Reinhard Erös

„Urlaub" bei den Schwerverletzten: Bundeswehrarzt in Afghanistan

Sie haben alle Kraft eingesetzt, um uns zu helfen. Sie haben dabei viel Mühe auf sich und durch Ihre ärztliche Arbeit viel Leid von uns genommen. Ich und meine Mudschahedin danken Ihnen dafür. Jeder Schritt, den Sie in unserem Land getan haben, sei gepriesen. Sie haben das harte Leben meiner Mudschahedin geteilt und sich tapfer der Gefahr von seiten der Ungläubigen ausgesetzt. Wie es moslemische Sitte ist, beten wir zu Allah, er möge Sie und Ihre Kinder beschützen. Wir hoffen, daß Sie wieder zu uns kommen."

Das Original und eine Übersetzung dieses Briefes zieren das Dienstzimmer von Oberfeldarzt Reinhard Erös im Medizinischen Zentrum der Gäubodenkaserne im niederbayerischen Feldkirchen. Unterschrieben ist das Dokument von Mohammad Saman, einem Guerrillaführer in der afghanischen Grenzprovinz Nangarhar.

Dort, in einer Hölle von Luftangriffen und Zerstörung, in einem Meer von Leid und Not, hat Reinhard Erös seinen diesjährigen Sommerurlaub verbracht. Er hat Dutzende von Kranken und Verletzten behandelt, vielen angesichts unzulänglicher medizinischer Mittel nicht helfen können, einigen in ihren letzten Stunden beigestanden. Aber der Arzt hat unzähligen Angehörigen des gepeinigten Volkes ein wenig Hoffnung gebracht, manchen neue Zuversicht vermittelt, einigen die Gesundheit zurückgegeben.

Erös ist nicht der erste deutsche Arzt, der sich ins Innere Afghanistans wagte, Strapazen auf sich nahm, Hubschrauberangriffen widerstand, sowjetischer Verfolgung trotzte, jeden Tag aufs neue sein Leben riskierte. Aber Erös ist der erste Arzt und Bundeswehroffizier, der im Auftrag des Deutschen Afghanischen Komitees in das besetzte Afghanistan ging. Während seines mehrwöchigen Aufenthaltes am Hindukusch belasteten ihn nicht nur die täglich drohenden Gefahren, sondern auch die Sorge vor den Folgen seines Entschlusses. Verstieß er gegen Dienstvorschriften? Würde man ihm nach der Rückkehr Vorwürfe machen, ein Disziplinarverfahren anhängen, ihn maßregeln?

Erös folgte seinem Gewissen – wie in früheren Jahren bei Einsätzen auf anderen Schauplätzen: beispielsweise bei den „Flying Doctors" in Ostafrika, für das Komitee „Ärzte für die Dritte Welt" in den Sterbehäusern von Mutter Theresa in Kalkutta. „Ich tat nur, was alle im Bundestag vertretenen Parteien beschlossen haben", sagt er, „nämlich dem afghanischen Volk zu helfen."

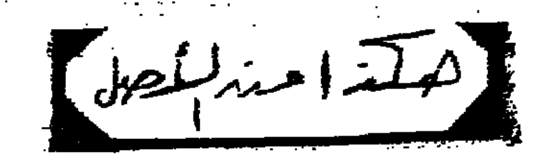
An Initiative, Einsatzbereitschaft, an der nötigen Härte gegen sich selbst und an Courage fehlte es dem Achtunddreißigjährigen nicht. Dennoch galt es, vor der Entscheidung eine hohe Hürde zu überspringen. Waren da nicht seine Frau Annette und die vier Jungen, die wochenlang in Angst um den Gatten und den Vater leben mußten?

„Dem Tapferen steht Gott bei", sagen die Afghanen, denen Erös beistehen wollte. Erös weiß dies, schon sein ganzes Leben lang. Er stammt aus einem christlichen Haus in der Oberpfalz, war Fallschirmjägeroffizier und Einzelkämpfer bei der Bundeswehr, 1976 im schwäbischen Wahlkreis Calw-Freudenstadt Wahlkampfleiter des CDU-Bundestagsabgeordneten Haimo George, während des Studiums im südbadischen Freiburg beim RCDS so aktiv wie in Hörsälen und Seminaren.

Beim Studium und beim RCDS lernte Erös auch seine spätere Frau kennen, die 1962 mit Eltern und Geschwistern aus Jena in den Westen gekommen war und trotz eines abgeschlossenen Studiums die Selbstverwirklichung in der Familie suchte und fand.

In Heim und Familie schöpft Erös die Kraft, die ihm stets half – in Mittenwald, auf einem deutschen Truppenübungsplatz in Kanada, in Afrika, Indien und Afghanistan. Und die Familie teilt mit ihm jetzt die Freude über Beifall der Öffentlichkeit sowie Verständnis und Zustimmung seiner Vorgesetzten für den couragierten Einsatz in Afghanistan.

WALTER H. RUEB



Xavier Le Draoullec

Erst nach dem Krieg begann der Kampf ums Überleben

Es war der 4. Oktober 1986 in Nizza, den Zieleinlauf des Triathlon-Wettbewerbs hatten die Ersten bereits passiert – da schrien die Massen erneut auf. Sie litten mit einem Sportler, der mit nahezu letzter Kraft in diesem Wettbewerb kämpfte.

Xavier Le Draoullec erinnerte sich in diesem Augenblick an einen anderen Aufschrei – fast auf den Tag vor vier Jahren, in Beirut: als in der Menge auf dem Marktplatz eine Mine explodierte. Sie riß ihm, dem französischen Fallschirmjäger, das linke Bein bis zur Kniescheibe ab. „Ich bin verloren", hatte er damals seinem Leutnant zugerufen. „Ich muß es durchstehen", beruhigte Xavier Le Draoullec jetzt, vier Jahre später, sein rebellierendes Herz. In diesem Moment fühlte er, daß er den Schock seines Lebens überwunden hatte: „Als ich in Libanon in meinem Blute lag, sah ich den Untergang vor Augen – am Ende dieses Weges, an der Côte d'Azur, sah ich dagegen meinen Sieg."

Der 25jährige gehörte 1982 zu der UNO-Friedenstruppe im Nahen Osten, ein Para des 8. französischen Fallschirmjäger-Regiments. „Aber nach der Verwundung war es mit der Soldatenkarriere vorbei, was sollte aus mir werden?" Er fand in Frankreich viel Mitleid. „Doch davon kann man nicht leben."

Er kehrte in den Kreis seiner Familie zurück. Sie beschützte ihn – dieses Umsorgtsein tat ihm gut. „Aber nach einer Weile begehrt man auch dagegen auf, ich wurde selbst für meine besten Freunde ungenießbar", sagt Xavier Le Draoullec rückblickend.

„Während des Sommers 1983 habe ich mir deshalb einen Luxus geleistet: Ich bin ans Meer gefahren – ganz allein. Dazu reichte das Geld der Versicherung gerade so. Als mich meine Schwester besuchte, hat sie mich gefragt, warum ich nicht braun bin, warum ich Hemd und lange Hose in der Sonne nicht auszöge. Ich schämte mich, mit meinem Stumpf, mit meiner Prothese. Da habe ich meinen ersten Kampf bestanden: auf einem Boot. Als ich im Wasser war, habe ich mich endlich wieder gleichwertig gefühlt."

Die Armee versetzte Xavier Le Draoullec auf seinen Wunsch hin nach Fréjus ans Mittelmeer. Ein glücklicher Umstand, denn er fand im Kommandeur des 4. Marineinfanterie-Regiments einen Förderer für seine sportlichen Ambitionen. Er wurde dem Gemeindesportchef vorgestellt. Louis Ferrari riet ihm, sich auf Wasserski zu konzentrieren.

Von da an sah man die beiden täglich im Golf von St. Aygulf. „Mein Colonel befreite mich morgens vom Dienst, nachmittags saß ich in der Kaserne wieder brav hinter meinem Schreibtisch in der Verwaltung", erinnert sich Xavier Le Draoullec. „Louis dirigierte mich per Funk auf dem Wasser, er nahm mich drei Monate hart ran – ich hatte dasselbe Programm wie die anderen." Der Erfolg ließ nicht auf sich warten: Im Herbst 1983, bei den Weltmeisterschaften im Wasserski für Behinderte, belegte der beinamputierte Soldat aus Fréjus den dritten Platz.

Xavier Le Draoullec schraubte deshalb seine Anforderungen an sich höher. In seinem Regiment nahm er wieder an der Kampfausbildung teil. Ein spezielles Training wurde für ihn ausgearbeitet. Er absolvierte täglich abends nach Dienstschluß Fußmärsche von 3,5 Kilometer mit Freiwilligen. „Ich bin dabei nicht einmal der Letzte nach dieser Strecke gewesen." Diese athletische Ausbildung [illegible] drei Jahre auf dem Wasser und [illegible] Land ließ den inzwischen zum Unteroffizier avancierten Le Draoullec nach den nächsten Lorbeeren [illegible]fen. Er meldete sich zum nationalen Triathlon in Nizza – das schließt [illegible] drei Kilometer schwimmen, [illegible] Kilometer zu Fuß, 120 Kilometer [illegible] Fahrrad.

Xavier Le Draoullec ist [illegible] der einzige Beinamputierte, der [illegible] Triathlon durchstand – [illegible] ziell als Weltmeister. [illegible] Ziel: Er will heiraten [illegible] seinem Freund Louis [illegible] Wasserski-Paradies-Fréjus [illegible]trum für Behinderte [illegible]

PETER [illegible]

Menschen, die in diesem Jahr ein Beispiel gaben




Isaac Petoe Bayile Mokoena

Nachts rufen die Gewalttäter an und drohen dem Bischof mit Mord

Er wohnt mitten in Soweto. „Ich will bei meinen Leuten bleiben", sagt Bischof Mokoena. Seine Leute, das sind die Gläubigen von mehr als achthundert Gemeinden und Kirchen. Denn Isaac Petoe Bayile Mokoena ist Präsident des Bundes Reformierter Unabhängiger Kirchen in Südafrika, des mit rund viereinhalb Millionen Mitgliedern größten Kirchenverbands des Landes. „Meine Leute, das ist die schweigende Mehrheit. Ich weiß, was sie denken, wie sie fühlen, was sie wünschen." Er hat die Vereinigte Christliche Versöhnungspartei gegründet, um „diesen Menschen ohne Stimme" ein Forum zu geben.

Das ist in Südafrika nicht so einfach. Nicht wegen des politischen Widerstands einiger Buren. „Mit denen kann man wenigstens reden. Die radikalen Schwarzen dagegen reden nicht, sie bomben und schießen." Mokoena spricht aus Erfahrung. Am 28. Juni wurde sein Vertrauter und langjähriger Sekretär Archibald Mtiya mit dem Wagen vor seinem Haus in die Luft gesprengt. Das Attentat galt eigentlich dem Bischof, der zu diesem Zeitpunkt auch im Fond des Wagens sitzen sollte. Der ANC hatte erfahren, daß Mokoena eine Partei gründen wollte, die für Gewaltlosigkeit und Reformen auf der Grundlage christlicher Prinzipien eintritt.

Und seit der Bischof Anfang Oktober diese Partei ins Leben rief, reißt die Kette der Drohungen nicht ab. „Sie rufen mich meistens nachts an. Sie sagen: ‚Denk an Archie.' Manchmal vier- oder fünfmal in derselben Nacht." Seine Frau würde gerne wegziehen aus Soweto. Sechs der sieben Kinder haben sie „woanders untergebracht", nachdem die Entführungsdrohungen sich häuften. Frau Mokoena hat Verständnis für sein Argument. „Ich kann meine Leute nicht im Stich lassen. Sie setzen Hoffnung in uns. Ohne Hoffnung geht ein Volk zugrunde. Sie brauchen Personen, die ihre Hoffnungen verkörpern."

Also bleibt er in Soweto. In seiner kargen Wohnung mit dem Telefon, vor dem seine Frau Angst hat. In den elenden Straßen, in denen die Leute zu ihm aufblicken. „Mein Feld ist nicht die Politik. In Soweto bin ich zu Hause. Wenn die Partei auf eigenen Füßen steht, werde ich mich den anderen wieder nur in der Kirche widmen. Die Hoffnung hat viele Gesichter. Nur: Man muß sie sehen können."

Auch er hat Angst. „Radio Freedom", der Rundfunksender des ANC, erklärt ihn für vogelfrei. „Früher oder später wird er die volle Wucht des Volkskrieges zu spüren bekommen", tönt der Sender nach Soweto hinein. Nach der Rückkehr von einer Reise in die Bundesrepublik wurde er von ANC-Schergen überfallen, verschleppt, beraubt und gefoltert. Man fand ihn im Graben. „Mein Leben ist in Gottes Hand. Wenn sie mich töten wollen, werden sie es so oder so tun." Das habe mit Resignation nichts zu tun, mehr mit Standhalten.

Der mehrfache Doktor und Träger zahlreicher wissenschaftlicher Auszeichnungen zitiert keine Kirchenlehrer, wiewohl er sie gut kennt. Thomas von Aquin etwa, der das Standhalten den eigentlichen Akt der Tapferkeit nennt, wenn der Mensch um eines geistigen Gutes willen den Gefahren mutig trotzt. Mokoena geht es um die „eigentlich einfachen Dinge: Frieden, Fortschritt, Versöhnung, Vertrauen. Eine Frage des guten Willens. Es ist nicht die Sturheit der Afrikaander, die nun ausländische Investoren aus dem Lande treibt. Ihr Bleiben wäre ein Vertrauensvotum, das die schwarzen Menschen Südafrikas brauchen. Bevor wir auch nur die Gelegenheit erhalten, zu beweisen, wozu wir imstande sind, verlassen sie das Land. Das ist eine Beleidigung."

Auch in Bezug auf die Kirchen Europas nimmt er kein Blatt vor den Mund. Mit Geldern der EKD würde ein Krieg Schwarz gegen Schwarz, würde die Verteidigung von „Halsband"-Mördern vor Gericht finanziert. Mit Geldern der katholischen Kirche sei der Start einer Zeitung mitfinanziert worden, die zu Gewalt und Umsturz aufrufe, unter dem bezeichnenden Titel „New Nation". Eine neue Nation will auch er. Aber keine totalitäre. Und deshalb bleibt er in Soweto.

JÜRGEN LIMINSKI

Christa McAuliffe

Ein Weltraumdenkmal der Sowjets für die amerikanische Lehrerin

Es fliegt zwar nur ein Körper in den Himmel, doch mit mir fliegen zehn Seelen", sagte Christa McAuliffe unter Tränen der Freude im Weißen Haus. Es war an dem Tag, da sie unter zehn Bewerbern als erster Zivilist für den Flug ins All ausgesucht wurde. Es war der Tag des höchsten Glücks in ihrem Leben, wie sie glaubte. Es war der Tag, an dem über ihr Leben entschieden wurde. Ein halbes Jahr später, am 28. Januar 1986, verglühte dieses Leben in einem explodierenden Feuerball über Cape Canaveral.

Fast ein Jahr ist vergangen seit ihrem Tod in der Weltraumkapsel „Challenger", seit dem Schock, den er auslöste und seit der Trauer, die eine Nation zu lähmen schien. Man spricht heute in den USA nur noch selten über dieses Ereignis. Andere Krisen haben es verdrängt. Trauer und Verzweiflung haben selten tiefe Wurzeln. Zudem hat die Katastrophe nicht mehr die rätselvolle Dimension des Unfaßbaren. Man kennt die Ursachen, man kennt die Schuldigen. Sie wurden bestraft, indem Untersuchungskommissionen und die Öffentlichkeit mit dem Finger auf sie wiesen. Und dann legte sich der Alltag über ein Ereignis, das einst eine nationale Tragödie war.

Dieser Alltag ist auch in Concord, der kleinen Stadt in New Hampshire, eingezogen. Doch zurückgeblieben ist mehr als Respekt vor dieser 37jährigen Frau und mehr als Mitleid. Man hat ihr keine großen Denkmäler errichtet. Die Erinnerung an Christa McAuliffe bedarf keiner pathetischen Stützen. Zurückgeblieben ist eine Lücke im Klassenzimmer 305 der High School in Concord, in dem sie lehrte, zurückgeblieben ist mehr Verehrung und Bewunderung für diese Frau als Trauer. „Sie war, lange bevor sie in die Raumfähre ‚Challenger' stieg, im Weltraum zu Hause", sagt man in Concord, „nun ist sie zu Hause." Man weiß, daß es ein schwacher und schlechter Trost ist, doch er hilft über die Erkenntnis hinweg, daß ihr Tod und dieses Unglück vermeidbar waren.

Sie war eine frische, resolute Lehrerin, die Staunen und Neugier wecken konnte. Sie wollte Schulunterricht aus dem Weltall geben, das war die Absicht ihrer Mission ins All. Eine Heldin war sie nie und wollte sie niemals sein.

Heldenverehrung ist denn auch das letzte, was heute in der Erinnerung an Christa McAuliffe in Concord und in ihrer Schule durchdringt. Die einzige Geste der Heldenverehrung kam aus der Sowjetunion. Dort nannte man zwei von ihr jüngst entdeckte Krater auf dem Planeten Venus nach den beiden ersten Frauen, die im Weltall starben, nach Judith Resnik, die mit in der Raumfähre saß, und Christa McAuliffe .

Christa McAuliffe war als Älteste unter fünf Geschwistern in einer streng katholischen Familie in Massachussetts aufgewachsen. Sie liebte den Kontakt zur Gruppe, und sie liebte den Sport. Sie spielte Volleyball und Tennis und leitete die „Girl Scouts" in ihrem Heimatort Framingham. Was immer sie tat – es geschah mit übersprudelnder, mitreißender Begeisterung. Sie war niemals in ihrem Leben Außenstehende, Randerscheinung.

Christa McAuliffe ließ ihren Mann und zwei Kinder zurück. Steve McAuliffe, der sie 1970 geheiratet hat, Rechtsanwalt in Concord, war in der Verzweiflung und Trauer, die diese Katastrophe auslöste, vielleicht die eindrucksvollste und nobelste Figur. Er klagte niemanden an, und er ging vor kein Gericht. Er verlangte nur, allein gelassen zu werden. Er ist seit dem Tod seiner Frau nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden.

Steve McAuliffe war es auch, der darauf drängte, daß seiner Frau keine Denkmäler gesetzt werden. Das Beste, was ihr nachträglich angetan wurde, war die Entscheidung, weiterzumachen, sagt er. Sie würde sich mit Sicherheit dem Versuch widersetzen, ihren Tod eine Tragödie zu nennen.

Sichtbares Denkmal in Concord für seine Frau ist das „Christa-McAuliffe-Stipendium" an ihrer früheren Schule. Es wird dem Lebensmotto dieser Frau am ehesten gerecht: „Ich berühre täglich die Zukunft – ich lehre."

FRITZ WIRTH


Placido Domingo

Aus dem Glanz der Opernhäuser zu den Elendsstätten der Katastrophe

Die Bilder gingen um die ganze Welt: Der Mann, der gewöhnlich die berühmten Bühnen der Welt beherrscht, stand stoppelbärtig vor einem Trümmerberg. Er trug eine Mundmaske wie ein Chirurg, um sich gegen die Staubwolken und den penetranten Leichengeruch zu schützen. Seine Kleider waren verschmutzt. Er wirkte verzweifelt und übernächtigt. Manchmal kamen ihm die Tränen.

Placido Domingo hat diese dramatischen Septembertage des Jahres 1985 nie vergessen. Damals, kurz nach der verheerenden Erdbebenkatastrophe in Mexico City, half er bei den Bergungsarbeiten im Tlatelolco-Bezirk. Unter der größten Ruine, dem einst 13stöckigen Wohnhaus Nuevo Leon, lagen Hunderte Menschen, eingeschlossen zwischen tonnenschweren Beton- und Stahlmassen. Unter ihnen vier Mitglieder seiner Verwandtschaft, ein Onkel und eine Tante, eine Cousine und deren kleines Kind. Sie kamen, das sollte sich später herausstellen, alle ums Leben. Hier wurden mehr als 1200 Todesopfer geborgen. Das Drama hat insgesamt 10 000 bis 30 000 Menschenleben gefordert, die Schätzungen gehen weit auseinander.

Der 45jährige Opernstar würde in seiner zweiten Heimat Mexiko jede Meinungsumfrage nach der populärsten Persönlichkeit gewinnen. Er genießt den Ruf eines Helden. Nicht nur wegen seines unermüdlichen Einsatzes im Katastrophengebiet, dem viele Leute ihr Leben verdanken. Der prominente Helfer mobilisierte damals mit pausenlosen Fernsehinterviews die internationale Öffentlichkeit. An Präsident Reagan richtete er einen direkten Appell, kurze Zeit später erschienen Nancy Reagan und der damalige US-Botschafter John Gavin bei ihm. Domingo veranstaltete in Europa und den USA Wohltätigkeitskonzerte für die Erdbebenopfer.

Der in Spanien geborene Sänger, der in Mexiko seine Kindheit, seine Jugendzeit, seine Ausbildung und seine ersten Erfolge erlebte, will insgesamt vier Millionen Dollar sammeln. Bei seinen bisherigen Auftritten, die ihn auch in die Bundesrepublik führten, kamen jedoch nicht ganz 1,3 Millionen Dollar zusammen. Die sind bereits verteilt.

Domingo reiste nach Mexico City, um das Geld persönlich den Adressaten zu überreichen, den Überlebenden des eingestürzten Wohnkomplexes Nuevo Leon. Seine Mutter stellte eine Liste mit den hilfsbedürftigsten Familien zusammen. Er brachte die Spenden direkt an den Mann, weil kaum jemand großes Vertrauen in den von der Regierung verwalteten „Nationalen Erdbebenfonds" setzt. Der Spender erläuterte allerdings diplomatisch: „Ich mißtraue niemandem. Man mußte aber diesen Menschen so schnell wie möglich helfen."

Die Wohltätigkeitskonzerte, bei denen gelegentlich andere bekannte Künstler wie Frank Sinatra mitwirkten, sollen fortgesetzt werden. „Ich habe meinen Einsatz für die Erdbebenopfer noch nicht beendet", gelobte Domingo. Er ist jedoch gezwungen, Verträge zu erfüllen: „Die Karriere läuft weiter."

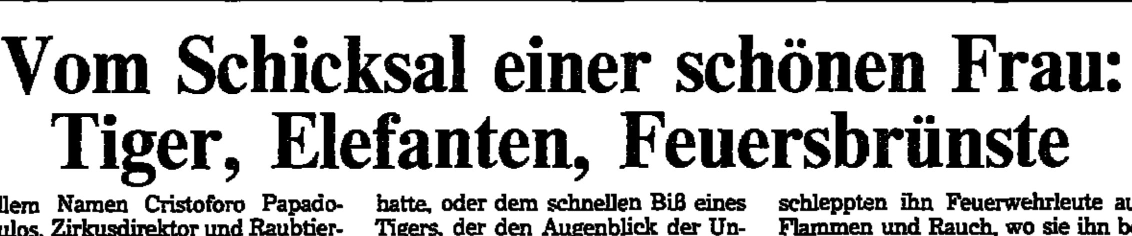
Es gibt keinen anderen Sänger auf der Welt, der so vielseitige Verpflichtungen hat. „Ich lebe aus dem Koffer", sagte Placido Domingo einmal. Er hat Appartements in New York und Monte Carlo und Häuser in London und Barcelona.

Bei solchem Einsatz erbost ihn eine Verdächtigung doppelt: Sein Erdbebeneinsatz sei eine Werbeaktion für sich selbst gewesen, weil er einen anderen großen Tenor fürchte, den Italiener Luciano Pavarotti, dem viele Musikkritiker eine noch begnadetere Stimme bestätigen.

Domingo bezeichnet die Katastrophe und seine Begegnung mit dem menschlichen Leid als das erschütterndste Ereignis seines Lebens. „Ich habe nicht nur selbst gelitten. Ich bin auch den Familien der anderen Vermißten nähergekommen", berichtet er. „Ich wollte ihr Los erleichtern." Niemand vermag die Trauer der Überlebenden über den Verlust der Familienangehörigen zu lindern. Aber man kann ihnen beim Wiederaufbau ihres Lebens helfen.

WERNER THOMAS


Barbara Rey



Vom Schicksal einer schönen Frau: Tiger, Elefanten, Feuersbrünste

Sie kannte die Szenerie schon von früheren Unfällen ihres Mannes: das Martinshorn über dem dahinjagenden Unfallwagen, das leise Stöhnen des Mannes auf der Trage – ihres Mannes – und den Kloß des Schrekkens im eigenen Halse. Die Unfallstation, die eiligen Krankenwärter und der Weg im Schnellschritt zum Fahrstuhl, weiter in den Operationssaal oder gleich auf die Intensivstation.

Danach die weiße Ruhe ungeduldigen Wartens. Im Aschenbecher häufen sich die Zigarettenkippen, gelegentlich dringen die Worte grüngekleideter Ärzte und Schwestern in ihr Bewußtsein.

Barbara Rey, noch vor wenigen Jahren der blonde Liebling der Massen und der Flirt der Großen – der strahlende Stern glitzernder Revuen in ausverkauften Häusern, fühlt sich in diesem Augenblick nur als die kleine Maria Garcia, die eigentlich Pharmazie studieren sollte. In diesem Augenblick bangt sie um alles: um ihren Mann, den Griechen Angel Cristo, mit vollem Namen Cristoforo Papadopoulos, Zirkusdirektor und Raubtierdompteur. Sie fürchtet um die Zukunft ihrer beiden Kinder und den Zirkus, in dessen Arena bereits ihr eigener fünfjähriger Sohn sich nach seinem Auftritt artig verbeugt.

Längst schon steht auch sie selbst unter der Zirkuskuppel mit einer Elefantendressur, die sie liebt und gleichzeitig haßt, weil sie jedesmal Angst hat: „Die Tiere sind so groß und so schwer, und ich weiß nie, was ihre Augen sagen."

Bei bisherigen Fahrten im Unfallwagen starrte sie meist auf sich langsam rotfärbende Verbände an Kopf oder Gliedern ihres Mannes: Wunden von Prankenhieben einer nervösen Löwin, der irgend etwas nicht gepaßt hatte, oder dem schnellen Biß eines Tigers, der den Augenblick der Unachtsamkeit nutzte. Angel hatte einmal gesagt: „Ein guter Dompteur ist entweder tot, oder er geht auf Krükken."

Angel blieb trotz allem ein lachender Kämpfer. „Vor allem ist er ein Mann, der erste richtige Mann, den ich kennengelernt habe", antwortete Barbara einem Journalisten, der sich wunderte, warum sie, die umschwärmte Vedette, immer noch im Zirkuszelt der vielen Gefahren und Aufregungen und der wenigen Träume von Luxus und Reichtum ausharrte.

Diesmal, im rasenden Unfallwagen, kommt kein Laut über die blassen Lippen ihres Mannes. Diesmal schleppten ihn Feuerwehrleute aus Flammen und Rauch, wo sie ihn bewußtlos am Boden fanden. Zirkuszelte brennen nicht mehr, sie schmelzen unter giftigen Qualmwolken. Was brannte, waren Hunderte von wertvollen Kostümen, Stühle, Podeste. Was aber unter gar keinen Umständen brennen durfte, was Barbaras Mann mit dem Einsatz seines Lebens schützte, waren die von den Flammen bedrohten Tierkäfige.

Seine Bärennatur und Gottes Hilfe retteten den Dompteur, Zirkusdirektor und Unternehmer, der nie aufgibt und den seine Frau Barbara jedesmal wieder auf die Beine stellt: so nach den Prankenhieben der Löwinnen oder als vor zwei Jahren ein plötzlicher Niederschlag von schwerem, nassen Schnee ihr großes Zelt in Madrid niederdrückte. Wie Streichhölzer knickten die stählernen Streben, ragten als geborstene Pfeiler aus dem grau-weißen Trümmerfeld. Damals gingen die letzten Reserven aus glitzernden Revuejahren drauf, schmolzen die Gagen selbstinszenierter Fernsehserien dahin.

„Ich würde viel lieber in Gold und Diamanten investieren", lächelt Barbara Rey in wehmütiger Ehrlichkeit. Aber sie zögert keinen Augenblick, auch das letzte Vermögen, die Villa und das Grundstück in Madrids Nobelvorort La Moraleja zum Verkauf anzubieten.

Ein Zurück zur Revue, zu Film und Fernsehen bliebe ihr offen. Aber das würde sie als einen Verrat an dem Lebenswerk und der Liebe ihres Mannes betrachten. In den Weihnachtstagen wird sie strahlend blond und langbeinig in der Arena des wieder zusammengeflickten Zirkuszeltes ihre Elefanten vorführen.

ROLF GÖRTZ


Peter Weinlig

David kroch auch vor den gierigen Branchen-Goliaths nicht zu Kreuze

Manager des Jahres" wird er nicht werden, und vermutlich legt er auch keinen allzu großen Wert darauf. Das Bedürfnis, im Rampenlicht zu stehen, geht Peter Weinlig, dem Vorstandsvorsitzenden der Phoenix AG, Hamburg, ab. Wer aber fragt, welche Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren durch unternehmerischen Mut aufgefallen sind, der kommt an Weinlig nicht so ohne weiteres vorbei. In aller Stille und mit viel Energie hat er der Phoenix AG im Hamburger Industrievorort Harburg zu neuen Flügeln verholfen. Vor gut zehn Jahren ein mittelgroßer Reifenhersteller ohne Zukunft und allenfalls ein Fusionskandidat für Branchengrößere, ist das Unternehmen unter Weinligs Führung zu einem lebensfähigen Zulieferer für die Automobilindustrie geworden.

Der promovierte Jurist Weinlig vom Jahrgang 1923 investierte 1972, nachdem er auf dem Chefsessel bei Phoenix Platz genommen hatte, die ersten zehn Millionen Mark in ein Werk, das Stoßstangen aus Hartschaum herstellen sollte. An diesem Kurs hielt Weinlig beharrlich fest. Sich in der Sache sicher, daß Phoenix als Reifenhersteller gegen die weltweit operierenden Gummikonzerne keine Überlebenschancen haben würde, machte er das Unternehmen zu einem „Entwicklungspartner der Industrie für die Probleme der flexiblen Verbindungen, der Dämmung und Dichtung mit Hilfe elastischer Materialien wie Kautschuk und Polyurethan".

Gut 400 Millionen Mark hat das Unternehmen bis heute in den Umwandlungsprozeß gesteckt. Das Übersetzen zum rettenden Ufer war risikoreich. Fast die Hälfte der Belegschaft erreichte die andere Seite nicht. Phoenix gab mehr als die Hälfte seines Umsatzes auf und warf moderne Anlagen zur Reifenherstellung über Bord. Den Aktionären konnte Weinlig mehr als zehn Jahre lang keine Dividende zahlen.

Das Jahr 1986 markiert die Wende. Die Metamorphose ist gelungen. Umsatz, Gewinn und Belegschaft wachsen seit einigen Jahren wieder.

Der Realist Weinlig weiß natürlich, daß es für Phoenix auch an der Seite der Automobilindustrie keine Bestandsgarantie gibt. Neuen Krisen, wie sie nie auszuschließen sind, sieht Weinlig aber gelassener entgegen. Die erfolgreiche Umstrukturierung belegt seinen Grundsatz, daß es sich lohnt, das Ruder selber in die Hand zu nehmen. Diesem Leitmotiv ist Weinlig in schweren Zeiten gefolgt, gegen erbitterte Widerstände. Zweimal hatten die Phoenix-Großaktionäre versucht, das Unternehmen mit der größeren Conti Gummi in Hannover zu fusionieren. Das erste Mal ließ Weinligs Vorgänger die Fusion platzen, das zweite Mal mobilisierte Weinlig die Politiker des Wahlkreises Harburg gegen eine Zusammenlegung. Er wollte nicht mitten auf dem Weg der Gesundung stehen bleiben oder gar genötigt werden, ihn zurückzugehen. Wäre der Zusammenschluß 1977 zustande gekommen, gäbe es Phoenix mit dem Stammwerk in Harburg heute nicht mehr.

Den Entschluß, die Zukunft eigenhändig zu gestalten, hat Phoenix unter der Führung von Weinlig immerhin gegen Großaktionäre wie die Deutsche Bank und Bayer durchsetzen müssen. Beide Schachtelaktionäre haben inzwischen beschlossen, sich von ihren Anteilen bis auf jeweils zehn Prozent zu trennen. In der Hauptversammlung im Juli dieses Jahres ließ Weinlig denn auch gleich die Flagge für künftige Unabhängigkeit und Selbständigkeit aufziehen. Die Aktionäre beschlossen eine Stimmrechtsbegrenzung auf zehn Prozent und genehmigten Weinlig ein zusätzliches Kapital von 25 Millionen Mark, das er in Anspruch nehmen kann, wenn er Phoenix noch mehr Schub geben will.

„Wachstumsträume" aber sind Weinlig fremd. Sein Credo heißt, einmal als richtig erkannte Dinge Schritt für Schritt zu realisieren. Die Vorsicht, die er dabei an den Tag legt, ist keine Risikoscheu. Ohne unternehmerischen Wagemut wäre Phoenix nicht aus der Asche gestiegen.

JAN BRECH

Vorschau auf '87

Januar
Köln: Zeichnungen des 19. Jahrhunderts (17. 1. bis 5. 4.)
Düsseldorf: Internationale Bootsausstellung (24. 1. bis 1. 2.)
Bundestagswahl (25.)
Berlin: Grüne Woche (30. 1. bis 8. 2.)

Februar
Nürnberg: Internationale Spielwarenmesse (5. bis 11.)
Oberstdorf: Nordische Skiweltmeisterschaften (11. bis 22.)
Düsseldorf: Miró-Ausstellung (14. 2. bis 20. 4.)
München: Romantik und Restauration: Architektur unter Ludwig I. (19. 2. bis 24. 5.)
Berlin: 37. Internationale Filmfestspiele (20. 2. bis 3. 3.)
Frankfurt: Internationale Frühjahrsmesse (21. bis 25.)
Offenbach: Internationale Lederwarenmesse (21. bis 24.)

März
Hannover: CeBIT (4. bis 11.)
Berlin: Woche der Brüderlichkeit (7. bis 12.)
Berlin: 21. Internationale Tourismus Börse, ITB (7. bis 12.)
Mainz: BDI-Unternehmertag (10.)
München: Internationale Handwerksmesse (14. bis 22.)
München: Aufführungsreihe Wagners „Ring" im Nationaltheater 1. und 2. Zyklus (19. 3. bis 6. 4.)

April
Hannover: Industrie-Messe (1. bis 8.)
Köln: Fußball-Länderspiel Deutschland – Italien (18.)
Düsseldorf: IGEDO-Internationale Modemesse (26. bis 28.)
Hamburg: Hanse-Marathon (26.)
Düsseldorf: Bundesgartenschau (30. 5. bis 11. 10.)
Berlin: Festakt zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier der Stadt (30.)

Mai
Köln: Beginn der Deutschland-Reise von Papst Johannes Paul II. (1.)
Bonn: Rhein in Flammen (2.)
Oberhausen: Internationales Filmfestival (5.)
Köln: Rockfestival im Müngersdorfer Stadion (17.)
Landtagswahl in Rheinland-Pfalz (17.)
München: IFAT-Internationale Fachmesse für Entsorgung (19. bis 23.)
Berlin: Mittelstandstag-BDI (21.)
Beginn Volkszählung: (25.)
Berlin: Besuch der Königin Elizabeth II. (26.)
München: August-Macke-Ausstellung im Lenbachhaus (27. 5. bis 26. 7.)
Köln: Rheinisches Musikfest (29. 5. bis 7. 6.)
Berlin: Deutsches Turnerfest (31.)

Juni
Berlin: Ärztekongreß (9. bis 13.)
Frankfurt: FDP-Bundesparteitag (13. bis 14.)
Kassel: Documenta (12. 6. bis 20. 9.)
Düsseldorf: Japanisches Feuerwerk am Rhein (20.)
München: Münchner Filmfest (20. bis 28.)

Juli
Berlin: Start der Tour de France (1.)
Berlin: Internationales Jugendkulturtreffen (4.)
Hamburg: Deutsches Galopp-Derby (5.)
München: Münchner Opernfestspiele (6. bis 31.)
Bayreuth: Eröffnung der Festspiele mit „Lohengrin" 25. 7. bis 28. 8.)

August
Frankfurt: Internationale Herbstmesse (22. bis 26.)
Berlin: Internationale Funkausstellung (28. 8. bis 6. 9.)
Düsseldorf: Neueröffnung des Goethemuseums (28.)

September
Frankfurt: IAA, Internationale Automobil-Ausstellung (10. bis 20.)
Köln: Gauklerfestival (18. bis 29.)
München: Oktoberfest (19. 9. bis 4. 10.)
Hamburg: Fußball-Länderspiel Deutschland – Dänemark (23.)

Oktober
Frankfurt: Buchmesse (7. bis 12.)
Köln: ANUGA, Weltmarkt für Ernährung (10. bis 15.)
München: Kunst- und Antiquitätenmesse (23. 10. bis 1. 11.)

November
Berlin: Internationales Reit- und Springturnier (18.)
München: Münchner Sechstagerennen (5. bis 10.)

Dezember
Düsseldorf: Heinrich-Heine-Preisverleihung (13.)
Köln: Rock'n'Roll-Weltmeisterschaften (5.)

Dornröschen ruht im Opernhaus

Von REINHARD BEUTH

Institute, die schon heute wissen, womit sie sich 1990 beschäftigen, neigen nicht gerade zu schnellen Reaktionen. Sie sträuben sich gegen Neuerungen. Sie feien sich gegen die Wechselfälle des Alltags. Sie sind stabil bis zur Starre. Sie verändern sich nur langsam und unmerklich. Opernhäuser sind die Dickhäuter unseres Kulturbetriebs. Aber auch an denen hinterläßt die Zeit ihre Spuren. Man bemerkt keine dramatischen Änderungen von Jahr zu Jahr, aber irgendwann sehen sie nicht mehr aus wie früher.

Früher hatte ein Opernhaus ein Repertoire; und wenn es ein großes Haus war, dann bestand dieses Repertoire aus 50, ja 60 Stücken, die in kunterbuntem Wechsel übers Jahr gespielt wurden. Dieses Repertoire gibt es weniger und weniger. Mehr als zwanzig Werke tauchen pro Spielzeit kaum mehr auf, und auch die nicht mehr gut durchgemischt, sondern sortiert in Blöcken. Blocksystem heißt denn auch das Prinzip, eine Produktion in kurzen Abständen so oft wie möglich aufzuführen und sie dann ruhen zu lassen bis zu einer Wiederaufnahme nach Monaten und Jahren.

Das ist eine Form der Rationalisierung. Sie spart Transporte der (ja meist außer Haus gelagerten) Kulissen, spart Zeit und Kosten beim Aufbau der Bühne, sie vereinfacht die Besetzung. Denn eine Sängercrew für fünf Aufführungen in zwei Wochen zusammenzubringen ist kaum schwerer, als sie für einen Tag zusammenzuholen. Im Gegenteil: Auch Sänger sitzen nämlich nicht gern jeden Tag im Flugzeug.

Die Sänger aber müssen herbeitelefoniert werden, denn ein Ensemble gibt es so wenig noch wie ein Repertoire. Die Dresdner Sopranistin Elisabeth Rethberg rühmte man in den dreißiger Jahren, daß sie 142 verschiedene Opernpartien singen konnte. Heute wird man leichter einen Sänger finden, der mit einer einzigen Partie an 142 verschiedenen Opernhäusern aufgetreten ist.

Wie geht das weiter? Ausgereizt und auf den Punkt getrieben ist diese Entwicklung ja noch längst nicht. Es läßt sich denken, daß ein Stück tatsächlich en suite gespielt wird, und da die Sänger nur jeden zweiten oder dritten Tag auftreten mögen, das Opernhaus an den Abenden dazwischen geschlossen bleibt. Eine Schreckensvision? Halb so schlimm. Italien und Frankreich, Belgien und Holland, England und Amerika (außer der Met) spielen so Oper. Da reichen auch in Millionenstädten wie Paris und London hundert Aufführungen im Jahr. Wenn eine solche Zahl von Aufführungen in Deutschland gerade für Duisburg und nicht einmal für Wuppertal reicht, dann liegt das daran, daß das alte deutsche Theatersystem, wie es noch in der Oper, schon weniger im Schauspiel, gepflegt wird, mehr auf die Bedienung großer Abonnentenzahlen ausgerichtet ist als auf Qualität der Aufführungen. Die läßt sich nur optimieren, indem ein Stück in gleichbleibender Besetzung en suite gespielt wird. Dahin wird es auch in Deutschland kommen. Vielleicht ist sogar Geld dabei zu sparen.

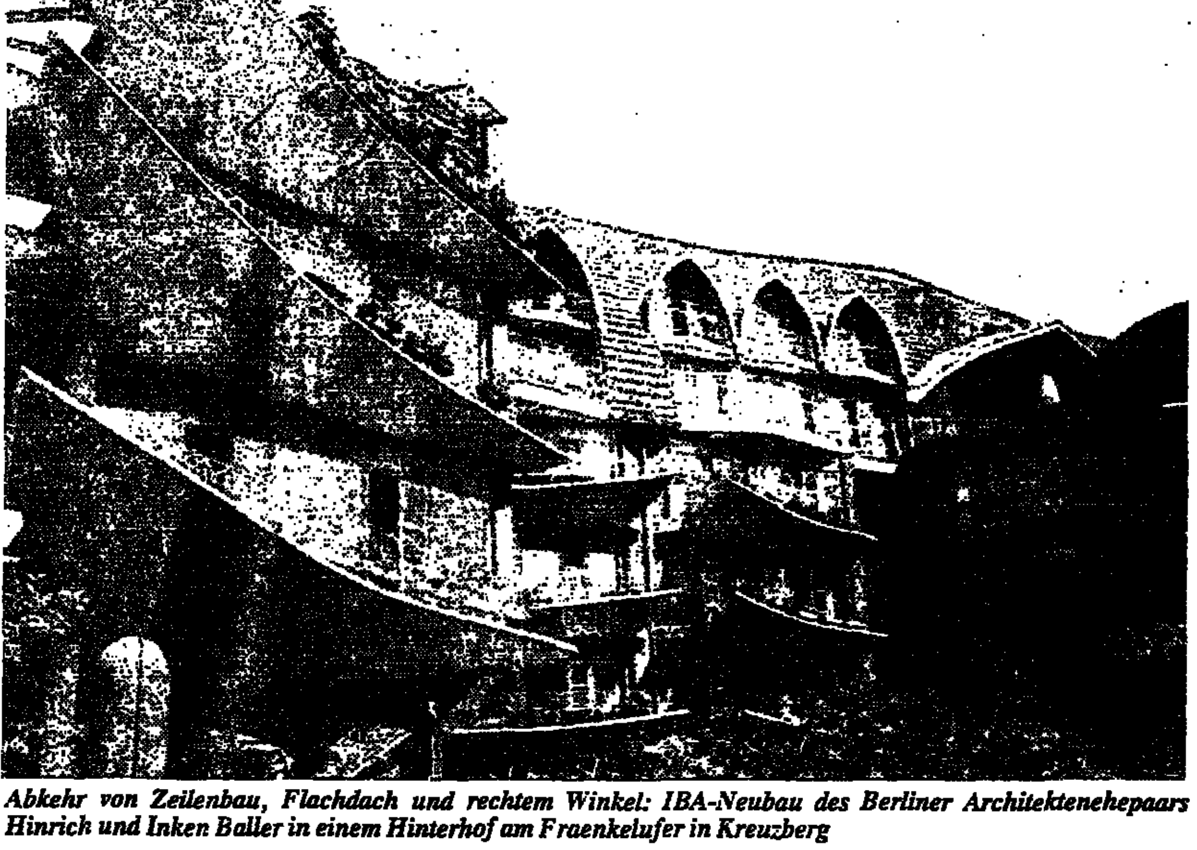
Das Wie des Spielbetriebs ist das eine, das einem langsamen Wechsel unterliegt, das Was, ein anderes. Die Spielpläne sehen nicht mehr aus wie früher. Sie sind geschrumpft auf knapp drei Dutzend Stücke, die immer und immer wieder neuinszeniert werden. Damit das nicht allzu langweilig wird, gehen die Regisseure hin und bieten extreme Deutungen an, um Neuheit zu suggerieren.

Trendsetter unter den Opernhäusern, etwa Stuttgart für die großen, Bielefeld für die kleinen, arbeiten mit Erfolg der Verengung der Spielpläne entgegen. Sie suchen nach Stücken, die, halb vergessen, doch lohnen, gespielt zu werden. Die musikalische Klassik, die Zeit vor Mozart, verspricht da reiche Funde. Die Anfänge mit Gluck, Jomelli und Bach-Sohn Johann Christian sind gemacht. Das muß weitergehen. Mozarts Jugendwerke sind wieder spielfähig geworden. Die französische Oper von den barocken Tagen Lullys bis zum letzten Fin de siècle erlebt eine ungeahnte Blüte. Diese Rückgriffe mit ihrer entschiedenen Beliebigkeit passen nur zu schön in jenes Kulturklima der Postmoderne, die das Erhabene und das Triviale, das Gestrige wie das Heutige in einen freien Dialog treten läßt, ohne im Vorfeld schon Wertungen zu suggerieren.

Ein vollständiger Ersatz für eine zeitgenössische Produktion von Musiktheater kann das selbstverständlich nicht sein. Damit sieht es nach wie vor schlecht aus. Was an großen, spielenswerten Stücken entsteht, wie etwa die Opern Reimanns, das steht ästhetisch in der Richard Strauss nachschlagenden Tradition. Die Minimal Music, die doch sogar recht publikumsfreundlich daherkommt, schafft den Einbruch in die Opernszene offenbar nicht. Die Musiker der „neuen Einfachheit" haben ihn nicht geschafft, den jungen „Postmodernen", die nun aus England drohen, wird er wohl auch nicht gelingen. Die Oper ist abgekapselt von den Entwicklungen der Avantgarde. Sie spielt Dornröschen hinter 400jährigen Hecken. Die werden auch 1987 schöne Knospen und Blüten treiben. Aber: Die sehen eben nicht viel anders aus als jedes Jahr.



Trendsetter Stuttgarter Oper: Robert Wilsons Gluck-Inszenierung „Alcaste"



Abkehr von Zeilenbau, Flachdach und rechtem Winkel: IBA-Neubau des Berliner Architektenehepaars Hinrich und Inken Baller in einem Hinterhof am Fraenkelufer in Kreuzberg

Der Architekt kehrt in den Hinterhof zurück

Von DANKWART GURATZSCH

Wie sollen die Städte der Zukunft aussehen? Noch vor wenigen Jahren zeichneten die Architekten dafür futuristische Entwürfe. Aber die Science-fiction-Träume von Unterwasser- und Polarstädten, von Mond- und Schwimmsiedlungen, von Baumhäusern und Wanderdörfern sind Hirngespinste geblieben. Der einfache Grund: Sie waren zu exaltiert und zu teuer.

Wie sich die Architekten von heute die Stadt von morgen denken, das zeigen sie 1987 in Berlin. Eine Weltelite von Architektur- und Stadtplanern hat in der alten deutschen Reichshauptstadt dafür ein Milliardenprogramm von Beispielen nicht nur skizziert, sondern mit erheblicher Bundes- und Landeshilfe auch bereits gebaut. Berlin wird damit für ein Jahr so etwas wie die „Welthauptstadt für Zukunftsarchitektur", so wie schon mehrfach in seiner Vergangenheit – zuletzt 1957.

Der Anlaß heißt, heute wie damals: Internationale Bauausstellung (IBA). Aber ausgestellt wird nicht in erster Linie im Museum: Die fertigen (und zum Teil noch im Bau befindlichen) Projekte stehen unter freiem Himmel, sind anfaßbar, begehbar und vielfach auch schon bezogen. Seit zwei Jahren gibt es einen speziellen „Leitfaden", einen regelrechten „Steckbrief" für jedes neue Haus.

Für die Dauer dieser Freilichtausstellung vom 16. Mai bis 13. September wird außerdem eine spezielle Buslinie zu sämtlichen Objekten im Stadtgebiet eingerichtet, so daß sich das interessierte Publikum nicht umständlich zu jedem einzelnen Bau durchzufragen braucht.

Was ist das Neue im Zukunftsstädtebau? Man muß es fast als Sensation, ja, als Provokation empfinden: Das Neue, „Futuristische" und für viele regelrecht Anstößige ist – das uralt Bewährte, es ist das verbürgte, liebenswerte Kultur- und Zivilisationserbe der europäischen Stadt. Berlin, die geschundene, zerbombte, von Mauer und Stacheldraht zerrissene, von Spekulation, Schieberei und Wohnungsbaugesellschaften gebeutelte, gedemütigte Stadt wird dafür vor der ganzen Welt ein strahlendes Zeugnis ablegen.

Hier, wo einst der Aufstand der deutschen Baureformer gegen Tradition und „Kunst" im Städtebau begann, der alsbald wie ein Flächenbrand über die Grenzen auf Amerika, Afrika, Asien übergriff, werden nun die Zeugnisse der Geschichte neu gewürdigt.

Nichts charakterisiert den Unterschied zwischen diesem „neuen Alten" und dem mittlerweile schon reichlich „alten Neuen" so treffend wie ein Vergleich der letzten IBA vor dreißig Jahren und der neuen. Damals, 1957, Konzentration der Bautätigkeit auf ein Thema und einen Ort: Wohnen im Hansaviertel.

Heute: Vielfalt der Themen und über die ganze Stadt verstreute Baustellen. Damals die Vision des „grünen" Wohnens mitten in der Stadt, Zeilenbau, Hochhäuser, Betonburgen, Atmosphäre wie in den erst entstehenden Trabantenstädten draußen am Stadtrand.

Heute Rückkehr zu „Urbanität" und Hinterhof, zur Mischung von Wohnen und Kleinbetrieben, zum Quartiersblock mit abgeschirmten Schrebergärten und Spielplätzen, zu Stein und Putz. Damals das Diktat des rechten Winkels und der geraden Linie, heute Rundes und Spitzes (was manchmal Probleme für die Aufstellung von Möbeln bringt). Damals flache Dächer und glatte Wände, heute Satteldächer und Dachgärten, Erker und Türmchen.



Die zweite „Revolution" also in Wahrheit eine Restauration? Wer so oberflächlich urteilt, macht es sich zu leicht. Die „Moderne" hat nämlich tiefe Spuren in das Gesicht der hier erstmals deutlicher werdenden „Postmoderne" gegraben. Nicht das „Ende der Aufklärung", sondern eine kecke „Aufklärung der Aufklärung" ist angesagt.

Natürlich sollen die Mieter der neu-alten Häuser nicht „altmodisch" wohnen, sondern nur individueller, nicht exzentrisch-luxuriös, sondern nur nicht mehr in menschlichen „Legebatterien", nicht künstlicher, sondern schöner, nicht dunkler, miefiger, proletarischer, sondern geborgener, geselliger, „menschlicher".

Die neuen Architekten führen den Diskurs fort, spitzen ihn zu, specken den Ideologieballast, die falschen Versprechungen, die Einseitigkeiten, die Form- und Lebensdiktate des „Projektes der Moderne" ab. Die Parolen heißen auch weiterhin, aber mit neuer Übersetzung: Offenheit (auch für das Neue, das Experiment), Ehrlichkeit (also keine Beschönigung und Verkleisterung theoretischer und künstlerischer Widersprüche), soziale Verantwortung (und somit Verzicht auf Uniformierung unterschiedlicher Wohn- und Lebenswünsche respektive auf Zuchtprogramme für den Neuen Menschen).

Neu sind die Postulate der Selbstverantwortung, Selbsthilfe, Selbstverwaltung, die nicht nur in alternative Sanierungsmodelle eingegangen sind, sondern sich auch in Wahlmöglichkeiten etwa für den Sanierungsaufwand der eigenen Wohnung formulieren.

Denkt man an die Leichenbittermiene, mit der die alten Weltverbesserer ihre Raster über den Globus zogen, so wirkt die Berliner Bauausstellung mit ihrem Bekenntnis zur Individualität, zu spielerischer Freude, zu Witz und Ironie wie die Fanfare einer neuen Freiheit in der Architektur.

Daß Berlin ihr Schauplatz ist, darf man nicht nur als hilfreich für die Stadt bezeichnen, sondern als „typisch Berlin".

Theater, das sich selbst erzeugt

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

In Düsseldorf wurde vor wenigen Wochen ein Stück von Gerlind Reinshagen uraufgeführt, das mit den Worten beginnt: „Irgendwie ist der Punkt erreicht. Ab, abwärts! Das ist die Richtung. Das. Alles abwärts von jetzt an."

Eigentlich brauchte man nach dem ersten Wort nicht mehr weiterzulesen. Ein Leiden, eine Lebenskrise, eine Zukunftsverdunklung, die mit dem Wort „irgendwie" beginnen, haben entweder eine fiktive, eine neurotische oder bestenfalls eine ästhetische Begründung. Fiktive oder ästhetische Leiden sind ein Widerspruch in sich. Und die Neurose besteht ja schließlich gerade darin, daß sie den Bezug zum eigentlichen Leidensgrund verloren hat und – einem Perpetuum mobile nicht unähnlich – sich ständig selbst erzeugt. Jedenfalls: Alle drei Phänomene haben – sofern sie selbst zum Inhalt werden – keinen Platz im Theater. Ihnen fehlt der benennbare, wirksame Gegensatz – ein Dialog ist ausgeschlossen.

So ist das bei Gerlind Reinshagen: Dennoch vorkommende Dialoge sind verdeckte Selbstgespräche. Die Figuren antworten so, wie das erfindende Ego es sich vorstellt. Der ich-schwache Autor macht die Ich-Schwäche zum Thema und behandelt es eben auch aus der Position der Schwäche heraus – das heißt ohne Chance zu einer Weiterentwicklung. Und damit fehlt auch das zweite Kriterium des Dramas: Entwicklung, Steigerung, Konflikt-Schürzung finden nicht statt. Nun brauchte man nicht über Gerlind Reinshagen zu streiten, wäre sie ein Einzelfall. Aber selbst die namhaftesten Autoren des deutschsprachigen Theaters leiden, recht besehen, an jenem Schwund roter Blutkörperchen, der, widerstandsunfähig, zum letalen Ausgang führt. Ob man Thomas Bernhard nimmt oder Botho Strauß, Herbert Achternbusch oder Franz Xaver Kroetz, ja, selbst ein Tankred Dorst scheint dem Monolog nicht mehr zu entkommen. Die Welt ist längst im Ich aufgegangen, und das Ich hält Selbstgespräche.

Betrachtet man einmal das „klassische" Theater – und da kann man ruhig noch Brecht oder Dürrenmatt einrechnen –, dann findet man selbstverständlich, daß mindestens zwei Positionen miteinander in Konflikt geraten: die Sehnsucht nach Freiheit mit der Unterdrückung; die Liebe mit der Moral; der Arme mit dem Reichen, das Genie mit der Dummheit.

Es gab Haltungen, Grenzen, Bewegungen. Das zeitgenössische Theater kennt dagegen hauptsächlich Endzustände. Eine weitere Uraufführung der laufenden Saison, Harald Muellers „Totenfloß", ist Beispiel genug: Die Welt ist von allen nur denkbaren Katastrophen zerstört; die Leiden, da real nicht vorhanden, sind bloß vorgestellt, im Labor synthetisch erzeugt. Die Zukunft – ein Bild, ein abschreckendes, das die Gegenwart wachrütteln soll. Aber dem Bild fehlt es an Erfahrung, es betreibt sozusagen moralische Science-fiction. Und folglich fehlt diesem Stück ein weiteres Kriterium, ohne das Theater nicht zu existieren vermag: die Möglichkeit des Wiedererkennens. Auch bei Mueller ist das Leiden monologisch vorgetragen, die Figuren reden, aber nicht mit- oder gegeneinander.

Von der gleichen Blutkrankheit des deutschen Theaters ist die Regie heimgesucht. Der jüngst verstorbene Ernst Wendt hat dieses Phänomen zumindest für sich selbst genau formuliert, indem er meinte, seine Inszenierungen seien Versuche, seine Schwierigkeiten beim Erzählen einer Geschichte darzustellen. Das bedeutet nichts anderes als: Es bildet sich nur das produzierende Ego selbst auf der Bühne ab, anläßlich eines fremden, unverständlichen Stückes.

Dieser Zustand ist natürlich nicht neu. Er hat Ende der 60er Jahre begonnen, als Zadek und andere anfingen, das „deutsche Bildungstheater" zu zerstören. Neu ist nur, daß nach dieser Zerstörung vollends offenbar wurde, woraus die Klassiker-Morde ihren Effekt saugten: Sie zogen dem Theater einen der letzten Teppiche unter den Füßen weg. Der auf die Barrikaden gezerrte Schreckenspopanz des deutschen Bürgers gab dem Ego der Regisseure noch einmal – scheinbar – den dringend benötigten Antipoden.

Die nackte Desdemona auf der Wäscheleine ist das Sinnbild einer Regiegeneration, die außer ein paar verschreckten Theaterbesuchern und einigen wenigen empörten Kritikern keine Folgen zu fürchten brauchte. Und genau da liegt das Problem: Prosperität und Promiskuität laden ein zu jeder Art Tat oder Untat.

Auch darum ist Peter Zadek in Hamburg zurückgetreten. Auch darum ist Peter Stein neuerdings in einem ästhetischen Eklektizismus ertrunken. Unter anderem auch deswegen Fehlstarts in Stuttgart, in Bochum, in Düsseldorf oder in Köln. Das ist nicht allein die Schuld anämischer Autoren und Regisseure. Die schattenlose Welt der weit geöffneten Türen erzeugt den Neurotiker, dessen zentrales, unbekämpfbares Leiden die Leidenslosigkeit ist; daraus folgende Ängste sind entsprechend irrational und ohne Interesse an begrenzender Antwort. Bei Gerlind Reinshagen träumt die „Heldin" von einem androgynen Wesen, das sich in Jungfernzeugung fortpflanzt. Ein treffendes Bild: Der Dialog ist beendet. Und damit auch der schöpferische Impuls.



Science-fiction des Leidens: Uraufführung von Harald Muellers „Totenfloß"

Wie eine Ausstellung der Kunst hinterherlaufen muß

Von KLAUS HONNEF

Was gibt's Neues? – Wer hätte gedacht, daß eine solche Frage auch in Sachen Kultur einmal zur Floskel, zur Leerformel herabsinken würde? Zu einer Frage, auf die man entweder gar keine Antwort erwartet, weil man sich von Neuigkeiten geradezu überrollt sieht; oder auf die man keine Antwort zu geben vermag, weil auch der aufmerksamste Beobachter den Überblick längst eingebüßt hat?

Selbst renommierte Blätter, die vor einigen Jahren so etwas noch nachsichtig-ironisch kommentiert haben, führen jetzt „in"- und „out"-Listen. Was gestern „in" war, ist heute „out". Das Thema, der Stoff, der Star, kürzlich noch als kommende „Hits" gepriesen – wer sich heute daran erinnert, gilt bereits als hoffnungslos vergreist. Beherrschte ein Star wie Cary Grant die Filmszene noch 30 Jahre lang, so währt der Glanz eines Superstars wie Madonna wohl doch nur eine Saison. Auch in der bildenden Kunst wechseln die Richtungen im Tempo der Moden. Neo-Geo (sprich: „Niiuu-Dschiiuu") ist, wie auf dem herbstlichen Kunstmarkt in Köln zu hören war, schon „over", ehe wir überhaupt begriffen haben, was sich hinter dem Etikett verbirgt.

Es fällt auch nicht besonders ins Gewicht, da sich fürs Frühjahr schon wieder eine neue Richtung ankündigt. Für tatsächlich Interessierte sei das „Markenzeichen" gleichwohl kurz erläutert, bevor es in Vergessenheit gerät: Neo-Geo steht für Neo-Geometrismus (gewiß kein merkantiler Begriff) und bezeichnet eine gefällige, elegante und höchst dekorative Spielart der altehrwürdigen geometrisch-abstrakten Kunst.

In einer Zeit, in der sich alles mit allem verwirbelt, haben Auguren einen schweren Stand. So schwer wie Institutionen, deren Selbstverständnis darauf beruht, die jeweils neuesten Entwicklungen zu demonstrieren. Zumal, wenn sie öffentlicher Kontrolle unterliegen und entsprechend schwerfällig zu agieren gezwungen sind. Es droht ihnen der Existenzverlust, wie einem Modehaus, das den Trend der kommenden Saison verfehlt. Um sie wird es still. Aber diese Stille müssen sie fürchten.

Wem die lärmenden Präludien noch im Ohr haften, die den großen Kunstspektakeln in Kassel, die nicht zu Unrecht als die wichtigsten Ausstellungsereignisse auf dem Gebiete der zeitgenössischen Kunst in der publizistischen Meinung gehandelt wurden, einst vorauseilten, der wird vielleicht nicht einmal registriert haben, daß im nächsten Jahr die achte Aufführung der „documenta" stattfinden soll. Das bißchen Gefackele, ehe die jetzige Leitung berufen wurde, hat lediglich ein paar pflichtschuldige Kommentare ausgelöst. Was die Kunstwelt vor einem Dutzend Jahren bewegte, ja bisweilen erschütterte, hindert heutzutage selbst den ehrgeizigsten jungen Künstler nicht daran, im Kölner Lokal „Hammerstein" (schon „out", behaupten viele) in Ruhe sein Glas Champagner zu schlürfen. Und auch die erste Pressekonferenz, vormals eine Arena, in der das Ausstellerteam den Matadoren der Kunstkritik mit der streitlustigen Furcht der Stiere begegnete, signalisierte diesmal weitverbreitetes Desinteresse. Entsprechend mäkelig und sparsam fielen die Vorberichte in den Massenmedien aus.

Von der spürbaren Abnahme des öffentlichen Interesses an der „documenta" auf die Gesamtsituation des zeitgenössischen Kunstbetriebes zu schließen, wäre jedoch völlig verfehlt. Eher träfe der Umkehrschluß zu. Künstler und Kunsthändler, Kunstsammler, Kunstvereine und Museen erfreuen sich – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland – immer noch steigender öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Zahl der Kunstkäufe wächst; namentlich in der Gegenwartskunst wird viel Kapital investiert. Mögen die Jungen Wilden auch „out" sein – den meisten Künstlern, die diesem „Label" zu Ansehen verholfen haben, reißt man die Bilder bei hochschnellenden Preisen immer noch von den Atelierwänden.

Mögen die besucherträchtigsten Ausstellungen der Museen auch überwiegend nicht mit zeitgenössischer Kunst ausgestattet sein, der Kunstbetrieb hat das Getto der Kulturseiten in den Tageszeitungen längst verlassen und erobert allmählich die Kolumnen der Baby Schimmerlos. Künstlerinnen und Künstler entwerfen Mode, und Modeschöpfer sammeln Kunst und kleiden Künstlerinnen und Künstler zu eigenem Ruhme ein. An den Wänden von Kellers „Keller" in Köln, wo der Sterne-Koch Franz Keller kocht, verzehrt die Klientel das Menü angesichts von Werken aktueller Kunst. Und die Fürstin Gloria von Thurn und Taxis lädt sich derweil frühere Revoluzzer-Künstler zu Tisch.

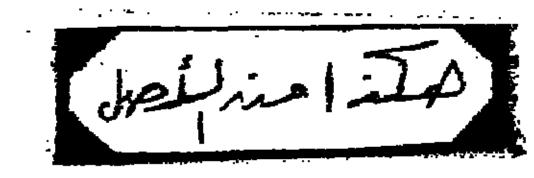
Ausstellungen wie die „documenta" in Kassel oder die so ehrgeizig gestartete Biennale in Paris sind offenbar Opfer eines Strukturwandels der zeitgenössischen Kunst. Eine junge Generation, aufgewachsen im Fernsehmilieu des deutschen (und sonstigen) Wohnzimmers, mißtrauisch gegenüber weltumstürzenden Veränderungsparolen, sorgsam darauf bedacht, eine wirtschaftlich komfortable Position in der Gesellschaft zu besetzen, hat die Berührungsängste verloren und auf der anderen Seite den Elitedünkel des unverstandenen Künstlers abgelegt.

Kunst und Mode haben sich einander genähert und verzweigen sich mitunter bereits. Die wenigsten Künstler nehmen es noch übel, wenn sie als Protagonisten eines „erweiterten Kunstbegriffs" angesprochen und ihre Arbeiten mit Erscheinungen der Mode in Zusammenhang gebracht werden. Vor 20 Jahren wäre dies als Tempelschändung aufgefaßt worden.

Die zeitgenössische Kunst hat die Avantgarde im Sinne Kants als eine Kunst des „interesselosen Wohlgefallens" oder im Sinne der herrischen Worte Adornos als ein beständiger Störenfried vorherrschenden Gesellschaftsdenkens überlebt. Avantgarde heißt die neueste Kreation für die kommende Saison, und das Neue ist zur selbständigen Kategorie aufgestiegen. Ist es nur ein Zufall, daß mit Paul Maenz ein Galerist zum einflußreichsten Kunsthändler der zeitgenössischen Szene in Deutschland avanciert ist, der seine Sporen in der Werbung verdient hat? Wohingegen Konrad Fischer, der private Promoter so avantgardistischer Richtungen wie Minimal und Conceptual Art, in den sechziger und siebziger Jahren als Künstler ausgebildet wurde?

Den Künstlern zu folgen, war einst die Maxime Edy de Wildes, des ehemaligen Direktors des europäischen Trend-Museums in Sachen zeitgenössischer Kunst, des Stedelijk Museums in Amsterdam. Inzwischen folgt den Künstlern eine regelrechte Karawane von Kunsthändlern und Ausstellungsleitern in Kunstvereinen und Museen; und diese Karawane hat sich binnen weniger Jahre nach dem Gesetz der geometrischen Reihe vermehrt. So viele neue Kunstrichtungen wie miteinander konkurrierende Galerien und Kunstvereine und Museen gibt es aber nicht. Was Wunder, daß der Konkurrenzkampf heftig ist. Das Neueste der Frühjahrskollektion unserer Künstlerinnen und Künstler können wir schon ab März (oder vorher) in den Galerien und Kunstvereinen besichtigen. Noch sichern schwere Ateliertüren die Kreationen des Jahres 1987. Aber auf eine „documenta", die für Juni nach Kassel ruft, wartet keiner unserer Kunstschöpfer mehr. Sie hat ihre Einmaligkeit eingebüßt. Womöglich zeigt sie die bessere, die provokantere Kunst, die Kunstwerke, die über die Saison Bestand haben. Doch wen interessiert das wirklich noch? Eine Eigenschaft der Mode nämlich sei, schrieb Georg Simmel, daß sie stets auch unweigerlich ihren eigenen Tod betreibe.

Klaus Honnef ist Professor für Theorie und Fotografie an der Universität Kassel und Abteilungsdirektor am Rheinischen Landesmuseum Bonn.



Saison der Rekorde für Londons Auktionsriesen

Von HEIDI BÜRKLIN

Das Jahr 1986 entläßt die beiden größten Auktionshäuser der Welt, Sotheby's und Christie's, mit heißen Köpfen und vollen Händen. Im Finale der letzten Wochen wurden die Meisterwerke immer stürmischer umworben. „Es scheint", so John Lumley, der Impressionistenexperte bei Christie's, „als ob immer mehr Leute einem ständig abnehmenden Angebot an Kunstwerken nachjagen." Sein Haus kann in seiner 220. Herbstsaison einen Gesamtumsatz von 208,6 Millionen Pfund verzeichnen. Das bedeutet gegenüber der Herbstsaison 1985 einen Zuwachs von 23,3 Prozent.

Zwischen Anfang September und Ende Dezember hat Sotheby's weltweit 331 Millionen Pfund umgesetzt. Das bedeutet gegenüber dem Herbst 1985 eine Steigerung von 77 Prozent. „Die aufregendste Saison, die Sotheby's je hatte", erklärte Direktor Michael Ainslie zufrieden. Dabei half, daß einige Währungen wie der japanische Yen oder der Schweizer Franken zur Zeit besonders stark sind, der schwache Dollar in Amerika aber durch einen Wirtschaftsboom mehr als ausgeglichen wird. Sotheby's hat außerdem erfolgreich seine Politik verwirklicht, Privatsammler zum Kauf oder Verkauf zu animieren: Der Anteil der Privatkäufer stieg in drei Jahren von 35 auf 60 Prozent.

Mehr als drei Millionen für einen Leonardo

Die Versteigerung von Privatsammlungen überstiegen oft weit die Erwartungen. Bei Sotheby's war der Coup die Zeichnungs-Kollektion des Pferdezüchters John R. Gaines. Statt der geschätzten 13 Millionen Dollar summierten sich die 47 Blätter des 15. bis 20. Jahrhunderts auf 21,3 Millionen Dollar. An das Getty-Museum in Malibu ging als Spitzenstück Leonardos Studie für „Kind mit Lamm" für 3,63 Millionen Dollar. Damit ist nun nur noch ein Blatt des italienischen Meisters in Privathand.

New York ist weiterhin das Zentrum für die jüngste Kunst. Hier wurden zeitgenössische Werke aus den Sammlungen Ethel Redner Scull für 4,8 Millionen und dem Nachlaß von Robert Scull für acht Millionen Dollar umgesetzt. Als noch lukrativer erwiesen sich die Bilder von James Johnson Sweeney, dem ehemaligen Direktor des New Yorker Guggenheim-Museums, mit insgesamt knapp zwölf Millionen Dollar, inklusive einem Rekordpreis für ein Bild von Mondrian (fünf Millionen) und Jasper Johns Bild „Aus dem Fenster" (3,63 Millionen, der höchste Auktionspreis für einen lebenden Künstler).

Sotheby's konnte auch die Sammlung französischer Möbel des Zinnmilliardärs Patino an Land ziehen. In New York brachte sie acht Millionen Dollar. Und in Hongkong erzielte die chinesische Keramik des bankrott gegangenen Schiffsmagnaten T. Y. Chao 7,7 Millionen Pfund, darunter mit knapp 930 000 Pfund für ein Ming-Gefäß die höchste Summe für eine chinesische Keramik.

Trotzdem ist London noch immer das Zentrum des Kunsthandels. Mehr als die Hälfte von Sotheby's Londoner Umsatz wurde aus dem Ausland importiert. Aus Amerika kam zum Beispiel das beste Rembrandt-Gemälde, das seit 20 Jahren auf dem Markt erschienen ist. Das auf drei Millionen Pfund geschätzte „Porträt eines jungen Mädchens" wurde bis zu 7,26 Millionen Pfund hochgetrieben.

An Christie's ging die Palme für das teuerste Impressionistengemälde, Manets „Blick aus seinem Studiofenster" (7,7 Millionen Pfund) und den teuersten Rubin (1,5 Millionen Dollar in New York). Sotheby's erzielte mit einem mittelalterlichen Goldanhänger, der zufällig in einem Feld in der englischen Grafschaft Yorkshire gefunden worden war, in London mit 1,43 Millionen (Schätzpreis 300 000) Pfund den Höchstpreis für ein mittelalterliches Objekt.

Viel lassen sich die Amerikaner ihr Erbe kosten. Zwei Beispiele: Das Bild eines symbolistischen „Lebensbaumes" des bisher eher obskuren Malers Joseph Stella schnellte bei Christie's in New York auf 2,2 Millionen Dollar hoch. Sein bisheriger Rekord lag bei knapp 50 000 Dollar. Und mit dem Eichenstuhl von Frank Lloyd Wright für 198 000 Dollar wechselte der teuerste Stuhl des 20. Jahrhunderts bei einer Versteigerung den Besitzer.

Die Uhren der Auktionshäuser tikken im übrigen anders. Hier rechnet man ein Jahr vom Beginn einer Herbstsaison bis zum Ende des Sommers. Die Hauptereignisse dieses Auktionsjahres 1986 sind jetzt wieder in den schwergewichtigen und prächtig illustrierten Katalogen der beiden Häuser nachzublättern. Bei Sotheby's („Art at Auction", 25 Pfund) ist unter den Alten Meistern „Die sanfte Madonna" wiederzuentdecken, die in Marseille zufällig gefunden und Mantegna zugeschrieben wurde. Für 1,65 Millionen Pfund scheint der Käufer hohe Hoffnungen darauf zu setzen, daß unter der Reinigung des Bildes möglichst viel des raren Renaissancemeisters zum Vorschein kommt.

Der junge Rubens vom alten Rembrandt

Da wird erinnert an die Meisterzeichnungen, die der gebürtige Prager Francis Springell gesammelt hatte und an die größte Sammlung von Bildern von Pieter Breughel dem Jüngeren, die der flämische Unternehmer Charles de Pauw in London auf den Markt brachte. Während Springells Starblatt „Rembrandt in seinem Studio" gute 341 000 Pfund erzielte, brachte es Breughels „Tanz unter dem Maibaum" auf 352 000 Pfund.

Und da ist wieder eine wunderbare Geschichte aus Amerika: Das Schicksal eines bebrillten jungen Mannes mit einem Geranientopf. Rembrandt Peale hat hier seinen Sohn namens Rubens Peale fast gänzlich in Brauntönen und mit genauem Pinsel verewigt. Nomen est Omen: Denn knapp vier Millionen Dollar ließ sich die Washingtoner National Gallery diesen „Rubens" eines heimischen Rembrandts kosten.

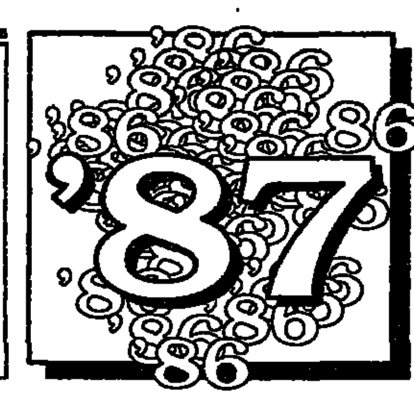
In Christie's Katalog („Review of the Season"; 30 Pfund) zieht Paul Whitfield als Resümee des Auktionsjahres 1986 eine vom Wein inspirierte Bilanz: „Es war ein großes Jahr, mit viel Frucht, es präsentierte sich gut, mit einiger Säure und einem starken Endspurt." Mit der „Säure" spielt er dabei ebenso kurz wie elegant auf zwei Prozesse an: Auf 33 Millionen Pfund klagte die Firma Cristallina, die sich bei ihren Impressionisten schlecht beraten fühlte, und auf 37 Millionen Dollar Schmerzensgeld klagt der Besitzer eines Fabergé-Eies, das er bei dem Auktionshaus als „kaiserlich" ersteigert hatte, das sich jedoch als nachträglich veredelt herausstellte.

Bei den Gemälden bleibt vor allem Goyas zwielichtige Marquesa von Santa Cruz im Gedächtnis haften. Die Dame, die leichtbekleidet auf einem Tagesbett ruht, wurde angeblich aus Spanien geschmuggelt und dann an den englischen Lord Wimbourne verkauft. Als Christie's sie als der Welt potentiell teuerstes Bild versteigern wollte, verlangte Spanien sie zurück. In letzter Stunde einigte man sich. Die Marquesa vertauschte ihren kugelsicheren Schauplatz in London für vier Millionen Pfund mit einer Wand im Madrider Prado.

Aber Christie's braucht sich nicht nur an Malaisen zu erinnern. Die Auktion, die die Phantasie am meisten bewegte, stammte vom Meeresgrund. Rund 150 000 Stücke blauweißes Exportgeschirr aus der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte der englische Kapitän Hatcher aus einem Schiffswrack im Südchinesischen Meer geborgen und im letzten Sommer bei Christie's in Amsterdam angeboten. Die großangelegte Publicity-Kampagne – eine immer verfeinertere Kunst der heutigen Auktionspolitik – brachte 18 000 Schau- und Kauflustige nach Holland. Auf vorsichtige drei Millionen Pfund geschätzt, kletterten die Geschirre des „Nanking-Schatzes" auf zehn Millionen.

Bei deutschen Expressionisten spielt Christie's eine Pionierrolle. Die vier leicht anrüchigen Damen von Otto Dix waren dabei der Stuttgarter Staatsgalerie 561 000 Pfund wert. Max Pechsteins exuberante Tänzerin erzielte 162 000 Pfund und Heinrich Campendonks „Paar mit Hahn" 129 600 Pfund. Und bei der Graphik schoß wieder einmal der unerschöpfliche Herzog von Devonshire den Vogel mit 65 Künstlerrekorden von Mantegna bis Piranesi für insgesamt 3,6 Millionen Pfund ab.

Die Anzeichen stehen dafür, daß sich dieses erhitzte Auktionsklima so schnell nicht abkühlen wird. Die Köder liegen schon aus: Sotheby's annonciert bereits für April seine Auktion der legendären Schmuckstücke der Herzogin von Windsor, und für Christie's – so hört man – plant der Herzog von Devonshire wieder einmal einen tiefen Griff in die Schublade seiner Meisterzeichnungen.



Deutschlands Versteigerer steigerten sich enorm

Von GERHARD CHARLES RUMP

Die letzte Auktionssaison war eine Saison der Rekorde – auch in der Bundesrepublik. Als Bonbon zum Schluß konnten Lempertz in Köln mit 1,4 Millionen Mark für Chagalls „Liebende von Vence" sogar den absoluten deutschen Auktionsrekord für sich buchen. So blieben Hauswedell & Nolte in Hamburg auf der diesjährigen Bestenliste nur die Plätze zwei bis vier, mit Ernst-Ludwig Kirchners „Frau mit rotem Hut am Meer" (480 000 Mark), mit Emil Noldes „Kinder spielen Ringelreihen" (420 00 Mark) und Lyonel Feiningers „Sonnenuntergang am Meer" (400 000 Mark). Mit 380 000 Mark für eine Dame „oben ohne" von Paul Delvaux und 320 000 Mark für einen Kokoschka konnten Lempertz das Mittelfeld gut abdekken.

Unter den ersten 15 ist in diesem Jahr nur ein Alter Meister, nämlich Lucas Cranach der Ältere, der im März bei Neumeister 230 000 Mark erreichte, für „Venus und Cupido in einer Waldlandschaft". Alle anderen Bestseller sind Werke der klassischen Moderne. Das zeigt zum einen, wo der Sammelschwerpunkt in der Bundesrepublik liegt, zum anderen aber auch, daß das Angebot an „kapitalen" Alten Meistern nur ganz mager ist.

Alter Krieger: ja Alte Meister: nein

Bei den Aquarellen und Zeichnungen herrschen dieselben Verhältnisse. Ein Alter Meister ist nicht zu entdecken. Das Angebot ist zu dünn, die wenigen bedeutenden Werke gehen auf den internationalen Markt. So stehen Klee, Nolde und Janssen obenan. Und: Die oberen Regionen sind hier fest in der Hand der Hamburger Häuser. Platz eins bis vier Hauswedell, Platz fünf Dörling. Erst an siebter Stelle kommt Ketterer, von acht bis zehn Lempertz.

Die Skala wird angeführt von Klees „Altem Krieger" (210 000 Mark), gefolgt von Emil Noldes „Marschlandschaft mit Bauernhof unter violetten Wolken" (175 000 Mark) und zwei weiteren Nolde für je 160 000, bis dann Horst Janssen auf Platz fünf folgt (allerdings wurden seine 140 000 Mark schon im Dezember 1985 erzielt).

Bei den Skulpturen führt wieder Lempertz – mit dem Rekordergebnis von 340 000 Mark für ein Werk von Germaine Richier und 280 000 Mark für „Zwei Pferde" von Franz Marc. Damit ist der Abstand zur Nummer drei, Barlachs „Singendem Mann", der im Sommer bei Karl & Faber in München 180 000 Mark kostete, doch beträchtlich. Wie unausgewogen das Angebot an qualitätvoller Skulptur ist (und das gilt auch im internationalen Maßstab), zeigt sich daran, daß außer klassischer Moderne (Barlach, Kolbe, Archipenko, Mataré, Marcks) nur vier mittelalterliche Skulpturen – allesamt bei Lempertz – unter den zehn teuersten Werken zu finden sind: eine österreichische stehende Madonna mit Kind (15. Jahrhundert, 180 000 Mark), eine weibliche Heilige von 1470 aus Ulm (130 000 Mark), eine niederrheinische Verkündigungsgruppe für 120 000 Mark (wohl verwandt mit einem Christus in der Sammlung von St. Martini in Wesel) und schließlich ein Tiroler Diptychon, das für 80 000 Mark ins Schnütgen-Museum kam. Skulpturen aller anderen Epochen werden, so überhaupt angeboten, zu viel niedrigeren Preisen gehandelt.

Das führt direkt zu der Frage, was wird gesammelt? Bei den Skulpturen sind Kleinbronzen beliebt und notieren fest (WELT vom 28. 9. 85). Für echte Ölgemälde werden noch immer die größten Preise erzielt. In Deutschland liegen die klassischen Modernen unangefochten an der Spitze, aber großer Umsatz, wenn auch mit weniger spektakulären Einzelpreisen, wird mit alten Niederländern gemacht, mit Stilleben (völlig überbewertet) und Landschaften zumal. Die Düsseldorfer Schule geht recht gut, aber weniger die Historienschinken als die romantisch-stimmungsvollen Landschaften.

Sehr gefragt sind auch Bilder der Münchner Schule – der unsägliche Grützner mit seinen schmerbäuchigen Brüdern Kellermeister allen voran. Seit der Nachlaßversteigerung Heinrich von Zügels ist eine lebhafte Spekulation mit seinen Ziegen und Schafen im Gange. Nicht immer stehen da genug Nullen vor dem Komma, aber im ganzen kann man sagen, daß er gut geht.

Mädchenakte finden fast immer einen Käufer – aber: Unabhängig vom Motiv kann überall festgestellt werden, daß der Trend zur Qualität sich verstärkt und ausgeprägt hat. Je qualitätvoller ein Werk ist, desto sicherer ist der Zuschlag in den oberen Preisregionen. Natürlich gibt es da einige Ausnahmen. So hat Dr. Nagel in Stuttgart kaum Schwierigkeiten, Mittelware lastwagenweise abzusetzen.

Zeichnungen und Aquarelle erfreuen sich langsam wachsender Beliebtheit, Druckgrafik ist uneinheitlich. Im Zeitgenössischen, das durch die Bemühungen besonders von Lempertz in Köln neuerdings auch dann schon auktionsfähig ist, wenn es sich eigentlich noch um Galerieware handelt, bahnt sich eine vielversprechende Entwicklung an. Hier kann man sich mit fünf bis 15 Jahre alten Werken der Szene-Stars eindekken – oft unter Galerie- oder Atelierpreis.

Alte Uhren: lebendig Alte Teppiche: tot

In allen anderen Sammelgebieten herrscht ein sanftes Auf und Ab. Porzellan hat sich wieder erholt. Ob das von Dauer ist, wird sich allerdings erst noch zeigen müssen. Jedoch: bedenkt man, wie sich zum Beispiel Bernheimer und Röbbig auf dem internationalen Markt „bedient" haben, mit Nanking-Cargo und Meißener Porzellan, das für den dänischen Königshof gemacht war, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß diesen Händlern eine große Zuversicht in die Chancen dieses Marktes eigen ist.

Eine neue Stunde hat bei den Uhren geschlagen. Ältere Armbanduhren kommen immer mehr in Mode – sie werden auch immer teurer. Natürlich erzielen die Luxus-Modelle der Edelschmieden die höchsten Preise (Patek Philippe, Ebel, Audemars Piguet, IWC, Jaeger le Coultre), aber auch recht biedere Zwiebeln erregen oft die Aufmerksamkeit der Sammler, die auf den typischen Nostalgie-Look aus sind.

Teppiche sind tot, je größer, desto toter. Und wenn schon, dann müssen sie Löcher haben. Daraus folgt: Nirgends lassen sich echte Orientteppiche so preiswert erwerben wie im Auktionshaus im Nachverkauf...

Der nächsten Saison darf man gefaßt ins Auge blicken.

DIE WELT

IM GESPRÄCH



15. September 1986



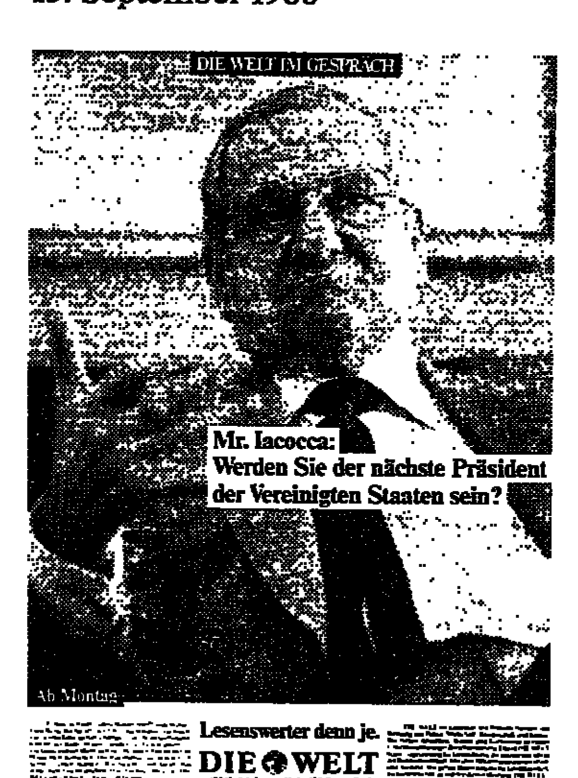
18. September 1986



22. September 1986



29. September 1986



6. Oktober 1986



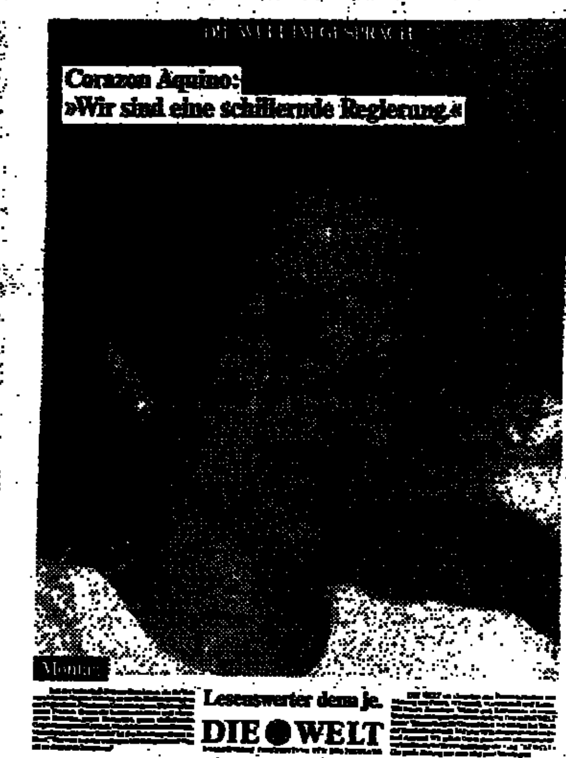
8. Oktober 1986



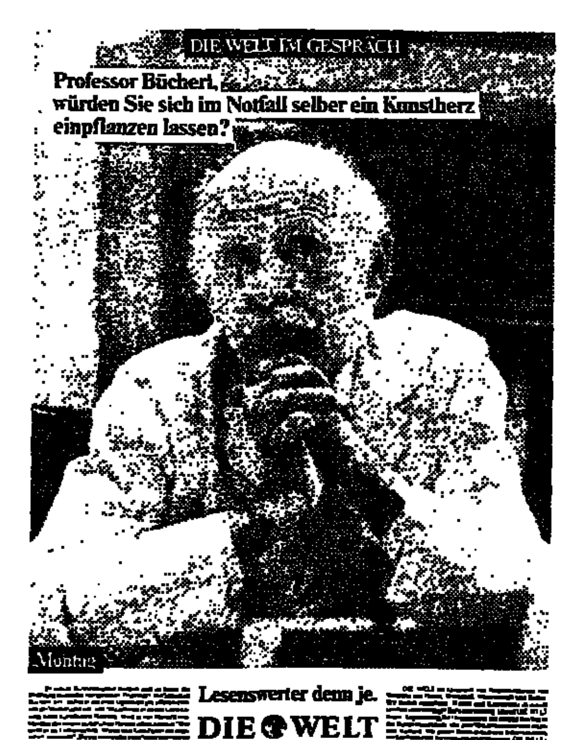
20. Oktober 1986



27. Oktober 1986



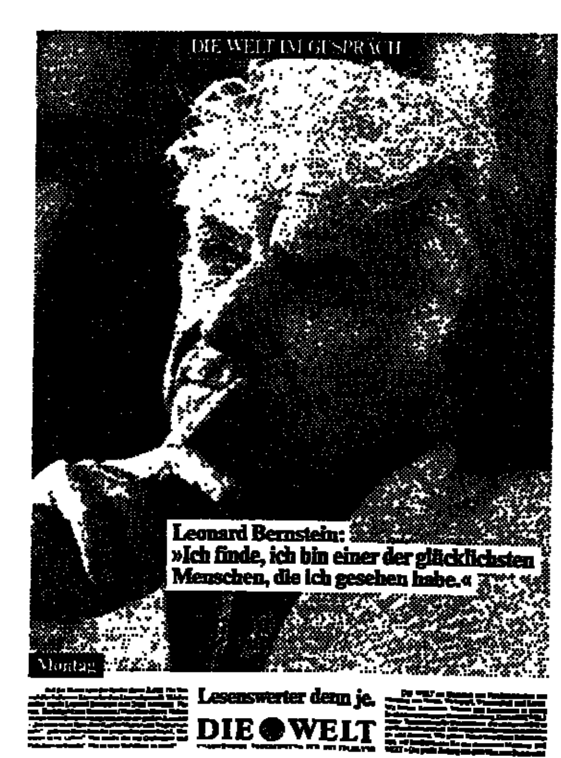
3. November 1986



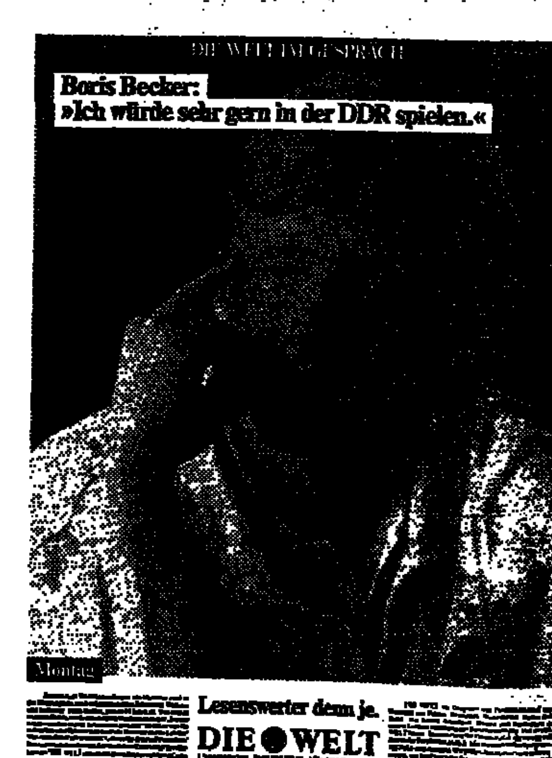
10. November 1986



17. November 1986



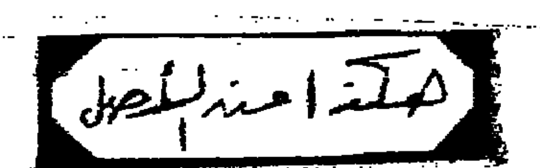
24. November 1986



8. Dezember 1986

AUCH 1987

Lesenswerter denn je
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Als Herr Lappas einen frischen Berliner bestellte

Von HANS MATTHÖFER

Wann darf der kleine Mann den Großen dieser Welt schon einmal über die Schulter blicken? Richtig: täglich. Da ist es besonders erfrischend, einmal aus zweiter Hand zu erfahren, wie man bestimmte Dinge fingert, wie geschickte Manager auf gleitfähigem Filz die Dinge in die richtige Bewegung bringen.

Oft verstellt die unpassende Frage, wie man ein erfolgreicher Manager wird, den Blick für das Wesentliche. Wichtiger ist, wie man ein erfolgreicher Manager bleibt; am wichtigsten aber ist die Frage, wie man als erfolgloser Manager im Rufe eines erfolgreichen steht. Alfons Lappas und seine Mitstreiter plaudern locker über die innere Gesetzmäßigkeit des Erfolges. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kennt dieselbe aufs vorzüglichste.

Innere Spannung strahlt vor allem das Kapitel aus, in dem Lappas erzählt, wie er eines Morgens ahnungslos eine Bäckerei betritt, einen „frischen Berliner" verlangt – und ihn bekommt! Das ist packend geschildert. Das Buch enthüllt, was informierte Zeitgenossen ohnehin vermuteten: In besagtem Backwarenkonzern wurde auch Spekulatius produziert. Die harten Verhandlungen um den Verkaufspreis von Europas größtem Wohnungsbaukonzern endeten nach einem dramatischen Feilschen mit der Bereitstellung des gesamten Kaufpreises (man bedenke: in bar!). Schon damals, so gesteht Lappas in dem Buch, sei in ihm der Gedanke gekeimt, man könne vielleicht sogar den Verkaufspreis gegenüber den Einstandskosten um 100 Prozent (auf De-Em zwei) steigern, wenn man einen Rückkauf arrangiert. Ein genial vorausgedachter Schachzug.

Zwar kommt hin und wieder das Gefühl der Heimatlosigkeit auf, aber es gibt eben innovative Unternehmen, in denen herrscht zwischen Januar und Dezember Schlußverkauf. Das von den Verfassern geführte gehört dazu. Damit wird die Firma Charme & Anmut leicht überboten, die nur sommers und winters Ausverkäufe arrangiert. Es macht eben einen entscheidenden Unterschied, ob man nur zweimal jährlich hinausschmeißt oder durchgehend feuert. Eine neue Version des bekannten „management by potatoes".

Wie geht man mit Aufsichtsräten um? Mit welchen Beteiligungen verringert man seine persönlichen Steuern? Worin besteht die geschickteste

Alfons Lappas (Hrsg.):
Die unbeugsame Sanierung
Aus dem Schatzkästlein eines erfolgreichen Managers. Bund-Verlag, Köln. 389 S., 39,80 Mark (kartoniert), 19,80 Mark (in Halbseide) – Subskriptionspreis für Heimatvertriebene: 39,90 Mark.

Pressepolitik? Wie viele Millionen spendet man wohin? Wie ignoriert man die öffentliche Meinung, den Plebs, also beispielsweise Mieter etc.? Was ist gemein und was nützlich? Was ist nützlich, obwohl es gemein ist? Auf diese lebensnahen Fragen geben die wetterfesten Manager um Alfons Lappas ungeschminkte Antworten.

Zu einer guten Unternehmensstrategie gehört es, das eigene Geld zu schonen und statt dessen in fremde Taschen zu langen. Das darf jedoch keinesfalls so plump klingen, wie es gemeint ist. Man könnte beispielsweise erklären, man wolle „im Interesse der Gemeinnützigkeit, der Mieter und Kunden die Last des Strukturwandels auf mehr Schultern verlagern". Diese „Solidarität besteht in der Regionalisierung des Problems". Schon an dieser Stelle merkt kein Steuerzahler mehr, daß er die Melkkuh ist.

Viel lernen kann man auch darüber, wie ein Pleiteunternehmen zu verkaufen und mit Verlust zurückzukaufen ist. Das ist insofern progressiv, als man aus Ver- oder Rückkäufen normalerweise Gewinn erzielen möchte, in diesem Fall aber den Profit lässig ignorierte. Die zahlenden Mitglieder des Trägervereins dürften sauer sein, daß ihr Beitrag verschmäht wurde. Aber ihnen braucht nicht bange zu sein; wie man das Management kennt, bereitet es bereits einen neuen Coup vor.

Äußerst lehrreich ist das Kapitel über Abfindungen. Hier kommt die wirkliche Sozialpolitik mit dem menschlichen Antlitz zum Durchbruch! Sechs Wochen Arbeit – zwei Millionen auf die Hand. Reformpolitik zwischen Vorruhestand und 35-Stunden-Woche. Alle (spenden) für einen, einer (kassiert) für alle. Nur in der Spielbank gelingt es, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes noch höhertourig zu fahren. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, warum ein verdienter Spitzenmann, der so viele Blattschüsse landete, plötzlich die Fahrkarte erhielt.

Eine Schwachstelle des sehr verdienstvollen Werkes ist die Zeit des Helden im Knast. Eigentlich ein klassisches Sujet, das wir von Kleist und Goethe kennen, aber die Unbeugsamkeit ist etwas kurz geraten. Bevor der Held überhaupt zu voller Form auflaufen konnte, war er schon wieder frei und lief bei seinen Genossen auf. Hier hätte ein Schuß Dramatik das Geschehen etwas heimeliger gestaltet. Der Kunstgriff, in ein knuspriges Brot eine Feile einzubacken, hat literarische Tradition und wäre eine feinsinnige Anspielung gewesen.

Etwas getrübt wird die Leselust durch die vielen Protokolle, Verträge und Gutachten. Die Fußangeln hätte der Herausgeber (nach Art eines Pornoromans) besser am Rande markiert. Voll aus dem Leben gegriffen ist dagegen die messerscharfe Kalkulation der Spitzenmanager, ihr Adlerblick für den Markt, ihr Augenmaß für Verantwortung. Eine Schlüsselszene darf der Dialog zwischen den Herren genannt werden, als sie im Aufsichtsrat das Kommando gaben, kleine Brötchen zu backen, im Handstreich Deutschlands Größte Bäckerei schufen und Alfons sagte: „Also Ernst, wir schieben das Ding in den Ofen!" Das ist deutsche Prosa in höchster Dichte.

Machiavelli würde erblassen, hätte er die Verhandlungen unserer Supermanager mit den geldgierigen Banken erlebt. Besser haben sich Chefs noch nie ins Knie geschossen. Und so plaziert. Um einen Konzern, der uns über Monate hinweg so trefflich unterhielt, braucht einem nicht bange zu sein. Wie singt man doch in Hamburg? „Seemann, deine Heimat ist das Mehr." Dafür zahlen acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder gern. Ihre Beiträge dienen schließlich einem guten Zweck.



„Also, Ernst, wir schieben das Ding in den Ofen!" – Alfons Lappas und Ernst Breit auf dem Kongreß der IG Metall in Hamburg



Relevante Fragen der menschlichen Beziehungen: Das „Traumpaar" Steffi und Boris

Zwei Doppelfehler am Tag sind zuviel oder: Nachdenken über den richtigen Service

Diese Ehe konnte nicht gutgehen!" Das ist die Schlußfolgerung des international bekannten und beliebten Kolumnisten, der das Traumpaar des deutschen Sports auf der Hochzeitsreise begleitete: zunächst 15 Tage auf Barbados, dann 30 Tage in Guadalajara, schließlich nach einer 40tägigen Kreuzfahrt Einstand im neuen Heim am Genfer See. Der Kolumnist vermerkt: „Ein derartiger Drive mußte bald zum Break point einer jungen Ehe führen!"

Den Entschluß zum gemischten Einzel hatten die beiden sehr plötzlich gefaßt, als sie sich in der Cafeteria vom Madison Square Garden um die letzte Flasche Mandli-Cola stritten. „Trinken wir sie gemeinsam", hauchte Steffi, und da war es geschehen. Eltern, Trainer und Manager standen mit offenem Mund dabei, als die beiden diesen Vorschlag mit einem heißen Kuß besiegelten und sich auf die Suche nach dem Oberschiedsrichter machten, um diesen zu bitten, sie zu trauen.

Schimmerlos, der davon Wind bekommen hatte, sperrte den Unparteiischen in eine Besenkammer und verkleidete sich selbst als Oberschiedsrichter, um die Trauung vorzunehmen. Dann schenkte er dem jungen Paar Schiffskarten auf der MS Kim Bjorg, auf der er selbst Passage gebucht hatte. Danach wich er den beiden nicht mehr von der Seite.

Er war Zeuge, wie in dieser jungen Ehe „immer weniger gelobt und immer mehr geschmettert wurde". Steffi, stets die Schlagfertigere, blieb ihrem Ehemann keinen Return schuldig. Als er einmal den Mangel an weiblicher Grazie im modernen Tennis vermißte, gab sie zurück: „Wozu haben wir auch so weibliche Namen wie Stefanie und Martina?" Und als er sich der Überlegenheit der „westlichen" Tennisspieler Lendl und Bekker brüstete, höhnte sie zurück: „Natürlich, die Herren Ivan und Boris!"

Baby Schimmerlos:
Steffi und Boris
Verlag Herzog & Aurach (Pumadidas). 222 S., 63,75 Mark.

Bald übernahm sie in jeder Hinsicht die Offensive. Sie legte die Grundlinie ihrer Beziehung fest, ihre Wünsche und Ansichten waren in jedem Fall aufschlaggebend, sie rechnete ihrem Ehemann jeden Fehler nach. Irrte er sich an einem Tag zweimal, wurde ihm das als Doppelfehler angekreidet.

Mit der von ihm gewohnten Diskretion folgte Schimmerlos den beiden Superstars auf Schritt und Tritt. Kein Gesichts- oder Kraftausdruck entging seinem stets geöffneten Notizbuch, keine Beschwerde über mangelhaften Service, keine Klage über zu viele Asse des anderen im abendlichen Kartenspiel konnte ihn unbemerkt passieren.

Mit offenbarem bedauernden Interesse beschreibt der Kolumnist zum Ende die zunehmende Konzentrationsschwäche dieser „deutsch-deutschen Traumehe". – Ein lesenswertes Buch, in dem viele relevante Fragen der menschlichen Beziehungen in unserer ruhelosen Zeit angeschnitten werden. HARRY VALERIEN

Ein Irrtum, den das Theater schrieb . . .

Von JÜRGEN FLIMM

Als Peter Zadek vor einem halben Jahrhundert die Intendanz des Deutschen Schauspielhauses aufgab, zeigten sich die meisten Zeitgenossen überrascht – ja, unangenehm berührt. Der jetzt aufgefundene Nachlaß des Meisterregisseurs, von Henning Rischbieter III. zwischen Redaktionsprotokollen der Zeitschrift „Bühne morgen" auf einer antiquarischen Diskette entdeckt, enthüllt nun erstmals die wahren Hintergründe des damals so unverständlichen Entschlusses.

Auf den ersten 436 Seiten des ungemein farbig formulierten Textes gibt Zadek eine genaue psychologische Zustandsbeschreibung seines Egos am Morgen jenes folgenreichen 27. Novembers des Jahres 1986, an dem er die schicksalsschweren Worte an die damalige (kurze Zeit später entlassene) Hamburger Kultursenatorin Schuchardt zu Papier brachte: „Hamburg will nicht das Theater, das ich mache."

Peter Zadek:
Das Theater, das ich wollte
Narziß und Goldmund Verlag, Pudelkern/Mosel. 1012 S., mit 63 ganzseitigen Farbfotos des Autors, 199,50 Mark.

Da lesen wir etwa auf S. 83ff.: „Erwache seit Tagen schwer aus wirren Träumen. Die Herzogin von Malfi, die merkwürdige Ähnlichkeit mit einer Kultursenatorin hat, deren Name mir im Traum nicht einfällt, hat sich in einen Vampir verwandelt, der mir das Blut aus dem Zwerchfell saugt. Während ich mich brüllend aufbäume, erscheint Schwarzwaldarzt Dr. Brinkmann, assistiert von J. R. Ewing, um mich in einer Notoperation von meiner nächsten Shakespeare-Inszenierung zu entbinden. Der Hamburger Umweltsenator bestreitet noch am Operationstisch seine Zuständigkeit für Komplikationen bei der Entbindung und verweist auf die Kompetenzen des Sittendezernats. Ich höre mich abermals gequält aufschreien: ‚Von mir aus sollen sie aus dem Schauspielhaus doch einen Puff machen.'"

Soweit Zadek. Offensichtlich hat er an diesem Morgen seinen langjährigen Psychiater Oswald Kolle aufgesucht, um ihn über die Bedeutung dieser ständig wiederkehrenden Obsession zu befragen. Dem Band ist ein Auszug aus Zadeks Krankenblatt vom November 1986 beigefügt, auf dem Kolle vermerkt hat:

„Z. erschien heute in einem hochgradig erregten Zustand in meiner Praxis. Offenbar paranoider Schub. Projiziert Kastrationsängste ins Kulturpolitische. Seine Abneigung gegen das Schauspielhaus sublimiert sich in dem Wunsch, daraus eine Stätte des Lasters zu machen, aus dessen unbewußter Negation er offenbar kathartische Wirkung bezieht. Habe ihm geraten, den Konflikt nicht durch Verdrängung weiter zu neurotisieren und die libidonösen Verschränkungen Frau Schuchardt gegenüber offen auszudiskutieren."

Zadek ist eigenem Bekunden nach längere Zeit an der Außenalster herumgeirrt und schließlich auf dem Wege zum verhaßten Operettenhaus („Cats"!) vor dem Bismarck-Denkmal dem vermeintlich mafionösen Theaterkritiker Kaspar Pennrichs begegnet. Dieser, offensichtlich erschrokken über die verheerenden Wirkungen seiner zersetzenden Besprechungen, bot Zadek eine Golidoff No. 6 an und erinnerte mit Blick auf das Denkmal an den alten Reichskanzler-Satz: „Was mich nicht umbringt, macht mich stärker!"

Das stürzte Zadek in noch tiefere Verwirrung, glaubte er doch, nun auch in Pennrichs einen Wende-Kritiker vor sich zu haben. Er schildert selbst seine Reaktion darauf: „Einen Moment lang fühlte ich, wie alles Blut der Amalfi aus meinem Kopfe wich. Ich sah ganz deutlich vor mir, daß dieser Mensch in meiner ‚Caesar'-Inszenierung die Rolle des Brutus übernahm. Und in mir reifte die Erkenntnis, daß dies nicht das Theater sein konnte, was ich mir vorgestellt hatte – der Homo teutonicus im klassischen Gewande. Vielleicht trachtet er gar, meinen Stuhl im Deutschen Schauspielhaus einzunehmen? Das Rühle-Syndrom auf hanseatische Art?"



Schweres Erwachen aus dunklen Träumen: Regisseur Peter Zadek

Ein etwas verblichenes Archiv-Foto, das den Dokumentationsband wirkungsvoll abrundet, zeigt Zadek, wie er mit wehendem Schal, gefolgt von einem offensichtlich zutiefst betroffenen Kritiker, die Reeperbahn entlangeilt. Es ist bis heute ungeklärt, wie er auf seiner wilden Flucht ins vormittäglich unterbesuchte „Salambo" geriet.

Durch Augenzeugen aber ist belegt, daß sein verzweifelter Blick zwischen fleischlich überbelegter Bühne und kaum besetztem Zuschauerraum hin und her irrte und sich seinem zuckenden Mund der verzweifelte Seufzer entrang:

„Die Hamburger sind einfach nicht reif fürs pralle Volkstheater. Ich trete zurück."

Von einer Bedienung, die er unverständlicherweise mit „Frau Mattes" ansprach, ließ er sich Papier und Kugelschreiber bringen, um an Frau Schuchardt seine betroffenen Zeilen zu schreiben.

Wo, fragt man sich nach der Lektüre dieses ergreifenden Buches, ist der junge Dramatiker, der diesen geradezu klassischen Irrtum für jenes Medium aufbereitet, das ihn gebar?

Ein Irrtum, den das Theater schrieb!

Jerry mit Chador im Teheraner Basar

Von JOHN LE FORSYTHE

Eigentlich ist die Reagan-Administration an „Irangate" so gut wie unschuldig. Weder Stabschef Regan noch Sicherheitsberater Poindexter oder gar der wackere Oliver North hatten sich in jenen düsteren Deal – Menschen gegen Waffen – mit den persischen Ayatollahs verstrickt, der amerikanische Journalisten und die selbsternannten Saubermänner vom Potomac gegenwärtig auf die entlaubten Platanen von Arlington treibt.

Aus dem Zwielicht einer schmerzlichen Affäre ist nun ein Mann nach vorne getreten, der imstande ist, die Gesamtverantwortung für all das, was am Rande der Legalität und darüber hinaus geschehen ist, darzulegen: Jerry Cotton.

Jerry Cotton:
Ich gegen die Super-Mafia
Lübbe-Bastei-Filiale Washington. 600 S., 60 Pf.

Wie Weiland Winkelried hat dieser zeitlebens makellose Mann die Speere auf sich gezogen, um der Wahrheit eine Gasse zu bahnen. Die Knöpfe des makellos gebügelten Diensthemdes (48 Prozent Baumwolle) waren opferbereit geöffnet, die Brust des Agenten entblößt.

Sein Tatsachenbericht „Ich gegen die Super-Mafia", soeben als Band 1500 bei Lübbe-Bastei erschienen, macht evident, wie das ganze Jahrhundert-Tohuwabohu entstanden ist: als eine Verwechslungskomödie klassischen Stils, durchsetzt mit Elementen eines echten Mantel-und-Degen-Reißers; was heutzutage natürlich nicht mehr den Gebrauch von Schnitt- und Stechwerkzeugen meint, sondern die 38er mit dem satten „Plopp" im Schulterhalfter.

Die Sache fing so an, daß Jerry und sein bester Freund Phil im Nachtschuppen „Gigi's Gogo" Bart Sanders hopsnehmen wollten – einen miesen Mafia-Typ, Drogen, Prostitution, illegales Glücksspiel und dergleichen –, aber das klappte nicht gleich; es kam zu einem temperamentvollen Fight. Natürlich kann auch Amerikas Null-null-sieben nicht gewinnen, wenn der liebe Gott mal eben wegguckt. Diesmal guckte er weg, und Jerry Cotton und sein bester Freund Phil Dexter sahen sich zu einer Verfolgungsjagd quer durch die Vereinigten Staaten von Amerika genötigt. Schließlich mußten sie sogar den Boden der USA verlassen und in den Orient reisen, wogegen sie übrigens nicht murrten, weil da die höheren Auslands-Tagessätze fällig werden.

Als sie den schurkischen Bart Sanders endlich hatten, da stellte sich heraus, daß dieser nur der lausige Strohmann der Super-Mafiosi war. Die aber machten ihre Milliarden nicht bloß mit Drogen und Prostitution, die verdienten auch noch am schmutzigen Waffenhandel. Mit gefälschten Unterschriften höchster Repräsentanten der Reagan-Administration, mit deren Doppelgängern sogar und mit gezinkten Papieren war es ihnen gelungen, den sonst so wachsamen Grenzkontrolldienst der Vereinigten Staaten hinters Licht zu führen.



Meister der Pistole und Verkleidung: Der Superagent in Aktion

Jerry Cotton und sein bester Freund sahen sich genötigt, die Super-Mafia zu unterwandern. Was dank ihrer hohen schauspielerischen Qualitäten auch klappte. Als Jerry mit Chador und dunklem Umhang durch den großen Basar von Teheran schlurfte, mußte ihn jeder für eine Braut der Revolution ansehen. Und schon kurz darauf nahm er in der Maske eines Contra-Häuptlings eine Spende amerikanischer Hardware entgegen.

Natürlich hatte Cotton die internationale Verflechtung der Waffen-Gang bald durchschaut. Geschickt die Fronten wechselnd, mal hier zum Sicherheitsberater umgeklebt, mal dort zum Stabschef des Präsidenten geschminkt, hielt Cotton, wie die Spinne im Netz, rasch alle Fäden in der Hand.

Aber man sollte hier nicht zuviel verraten, nur soviel noch: Als Jerry Cotton wieder an seinem Swimmingpool lag – die Waffen-Mafia saß hinter Schloß und Riegel, und Jerrys Linke spielte mit den goldenen Strähnen seiner Freundin Sue und seine Rechte mit der 38er mit dem satten „Plopp" –, da hob sich mit einem Mal die Brust des stahlharten Mannes, der so oft dem Tode ins Auge geschaut, und ein tiefer Seufzer entrang sich ihm. „Sue-Darling", sagte der Mann aus Connecticut, „ich hätte nie geglaubt, daß es so schwer ist, Kalifornier zu spielen."

„Der neue Weltmeister im Ein-Meter-Lauf"

Wir Spitzenshowmaster sind untereinander alle gute Freunde. Deshalb liegt auf der Hand, daß ich Frank Elstner überhaupt nichts Böses nachsage, wenn ich hier erkläre, daß sein gerade erschienenes Buch **„Mach mal Pause"** zu den beeindruckendsten autobiographischen Zeugnissen der Fernsehunterhaltungsbranche zu zählen ist.

Wußte man bereits, daß sich Elstners „Wetten, daß . . . ?"-Sendungen stets durch Pünktlichkeit und Lakonie auszeichneten, so wird besonders letzteres jetzt auch in seinem ersten literarischen Werk bestätigt. Der Autor kommt mit ganzen drei Seiten aus. Daß der Verlag für Angestaubte Ideen in Mainz es zum Preis von nur 27 Mark veröffentlichen konnte, ist einer Subvention aus dem Fonds des Sozialwerks unterversicherter Bildschirmkünstler im Ruhestand zu verdanken.

Kernpunkt der Ausführungen ist, daß der 44jährige Verfasser die von ihm erfundene Sendung einem unwesentlich jüngeren Kollegen namens Gottschalk abtritt, um selbst dem ZDF künftig bei der Ausarbeitung neuer Ideen zu helfen. Die alte mag er also nicht mehr. Daß er die wachsende rundfunkpolitische Bedeutung der Sendepause erkannt hat (siehe dazu S. 24), wie der Buchtitel dezent andeutet, spricht sehr für ihn.

Andererseits ist unter den Aspekten der Fairneß zu bedauern, daß Frank Elstner die Last nun ganz einem Nachfolger aufbürdet, der im Umgang mit Show-Gästen noch nicht über die nötige Robustheit verfügt. Aus reicher eigener Erfahrung weiß ich, daß man als Leitender Spaßmacher gelegentlich angemessene Grobheiten nicht scheuen darf.

Da man mich nicht gefragt hat, will ich mich nicht einmischen. Doch es bewegt mich die Sorge um das Niveau der deutschen Unterhaltungskultur, zumal die Privaten uns das Wasser abzugraben drohen. Deshalb rate ich dem Newcomer: „Ermittle unbedingt neue Rekorde von einmaligem Zuschnitt. Zum Beispiel gibt es noch keinen TV-Weltmeister im Ein-Meter-Lauf. Den könntest du kreieren – nicht den im Seitensprung, der ist schon alt. Versuch's auch mal mit intellektuell getönten Wettbewerben – Bestleistungen im Aussteigen, im Hintergehen, im Hürdenbauen, im Spießrutenlaufen. So kriegst du neues Publikum."

Dem Thomas, so heißt er wohl mit Vornamen, wäre noch manches zu raten. Aber mich hat man ja nicht gefragt. Deshalb schweige ich. Der Sendung wünsche ich jedenfalls Hals- und Beinbruch. Wörtlich. Das kann Frank sich ruhig als meine Widmung in sein glänzendes Buch schreiben – in die zweite Auflage.

DIETER THOMAS HECK

Bonnifaz

Hört, Ihr Herren, laßt Euch sagen,
Schwarze, blaue, grüne, rote,
Bald wird Euch die Stunde schlagen,
Und kriegt jeder seine Note.

Neujahr jetzt, das heißt: die Wahlen –
Wer die Läufte recht betrachtet,
Leidet diesmal keine Qualen,
Was er für sein Heil erachtet.

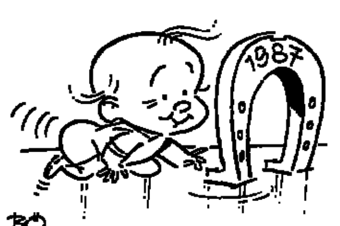
Neue Heimat, Filzgebaren,
Liebedienerei nach Osten,
Zupfen an den NATO-Haaren,
Giften über hohe Kosten

Für die Sicherheit des Staates,
Dem sie die Nation verwehren,
Und der Griesgram jedes Rates,
Dessen sie das Land beehren –



Ach, man könnte weiter weinen
Über solch verbohrte Tröpfe.
Lassen wir sie an den Leinen,
Denn es fehlen doch die Köpfe.

Im Präteritum zu leben,
Ist vergeblich wie schon immer.
Vorwärts blicken, Sachen heben!
Was vorbei ist, war wohl schlimmer,



Doch das Jahr, das wir beginnen,
Fordert uns in neue Schranken.
Unser Sekt soll nicht gerinnen,
Schluß nun endlich mit dem Kranken!

Hört, Ihr Leute, laßt Euch sagen,
Jetzt ist nicht die Zeit zu klagen.
Seit der Wende sind wir oben.
Bonni meint, das ist zu loben.

JOHANN



„Ein Schiff wird kommen . . .“

Abgründe des Schweigens

Als Alternative zur Hörfunk- und TV-Vielfalt in der Bundesrepublik und deren weiterer Entwicklung soll im kommenden Jahr die Lieblingssendeform aller Intendanten, die Pause, endlich zu ihrem Recht kommen. Pausen als Differenzierungsmöglichkeiten vom Wettbewerb sind beim TV noch relativ unentdeckt, beim Hörfunk dagegen bereits über die Lauerstellung hinaus. Sie sind inhaltsschwerer als Magazin- und Musikprogramme; denn erst wenn Pausen plötzlich Live Action ins Programm schieben, kommt Spannung auf. Warum? Was ist los? Wer steht auf der Leitung oder dahinter? Diese Fragen verlangen nach einer Erklärung und verschaffen den Pausen die besten Einschaltquoten.

Pausen beziehungsweise Unterbrechungen werden als Meinung ohne Worte immer populärer; sie eignen sich als Argument, Verunglimpfung und Generalabrechnung gleichzeitig. Als Entschuldigung haben sie es schwerer, jedoch retten sie sprachlose Politiker vor dem verbalen Blackout, verbreiten den leidenschaftlichen Hauch von Unschuld und bedecken mit eindeutigem Schweigen, was ohnehin nicht der Rede wert war.

Sendepausen als Grundform des medialen Zeitalters sind eine echte Programmalternative; deshalb stellt sich jetzt die Frage nach dem Pausenproporz. Pausenlos plausibel Pausenhintergründe zu erklären, kann unterhaltender sein als „Derrick“ oder „Der Alte“. Möglicherweise übertrifft auch das zwangsweise verschwiegene Wort zukünftig die Inhaltslosigkeit des gesprochenen. Intendanten müssen sich darauf einstellen, aus den lautlosen Beiträgen des Programms unerwünschte Meinungen herauszuhören. Und das muß gerecht verteilt werden.



Technisch befinden wir uns in der Anfangsphase des medialen Pausenschaffens. Ein gezielter Forschungs- und Entwicklungsauftrag könnte dieser Sendeform der Zukunft nicht schaden. Abzusehen ist bereits, daß der Studioleiter als Herr der Pausen zum mächtigsten Mann hinter Mikrofon und Kamera avanciert. Wenn so ein Studioleiter während der Sendung mal den Mund voll hat, beim zweiten Frühstück vielleicht, tritt für die Hörer am Ende eines Titels eine kleine Pause ein. Wenn er sich gar beim Kauen verschluckt, geht seine Gesundheit selbstverständlich über alles. Selbst der Moderator eilt zur Wiederbelebung in den Technikraum. Unterlassene Hilfeleistung an der Rille will sich niemand im Studio nachsagen lassen.

Zwar zählen Studioleiter zu den schnellkauenden Tarifgruppen im Hörfunk, und ohne Geschwindigkeitstest für Links- und Rechtsrumkauen wird niemand an die Kommandos gelassen, jedoch ist die Überlastung dieser Schlüsselpositionen hinreichend deutlich. Überlegungen, im Rahmen der Randgruppenfürsorge geeignete Maßnahmen zu ergreifen, werden bereits angestellt.

Möglicherweise könnte ein Roulette-System die Zufälligkeit der Pausen über den Sendealltag verteilen. Das wiederum würde mit dem Gesetz über unerlaubte Glücksspiele kollidieren. Es bleibt also nichts anderes übrig, als politisch zuverlässige Pausenbeauftragte an der Stromzufuhr des Studios zu plazieren – einen von der Regierungspartei, einen von der Opposition. Dann wäre alles bestens geregelt. GÜNTER H. CHURS

Goldene Worte aus ’86

„Wenn wir uns nur mit Frauenhäusern und Lesben beschäftigen, müssen wir uns fragen lassen, was habt ihr sonst noch zu bieten.“ *Rita Süssmuth*

„Es nützt nichts, wenn wir uns die Wähler irgendwo hinwünschen und uns dann wundern, wenn wir sie da nicht finden.“ *Johannes Rau*

„Ich sehe in der SPD nicht die, die so sind, daß man sagen kann: Gut, also, das dauert noch ein paar Jahre, dann geht es wieder voran.“ *Herbert Wehner*

„Die SPD ist offenbar entschlossen, aus der Bundesrepublik eine riesige Ortskrankenkasse unter dem Barmer Ersatzkanzler Rau zu machen.“ *Otto Graf Lambsdorff*

„Die größte Gemeinheit, die Grüne der SPD-Führung antun könnten, wäre, uns eine Koalition unter der einzigen Bedingung anzubieten, daß wir unsere Parteibeschlüsse seit 1982 verwirklichen müßten.“ *Peter Conradi*

„Ich könnte ihn (Rau) küssen. Er hat bewiesen, daß ökologische Politik mit einer alleinregierenden SPD nicht zu machen ist.“ *Joschka Fischer*

„Wir wildern nicht in den Reihen der CDU. Wir treiben auch nachts nicht ihre Kühe auf unser Feld. Wir melken sie.“ *Martin Bangemann*

„Die Grünen beuten den Sozialstaat aus. Damit ihre Funktionäre Arbeitslosenunterstützung erhalten, muß der Arbeiter bei Hoesch Beiträge zahlen.“ *Norbert Blüm*

„Wirtschaftspolitik im nationalen Rahmen zu machen ist dasselbe, wie auf einer Glatze Locken zu drehen.“ *Peter Glotz*

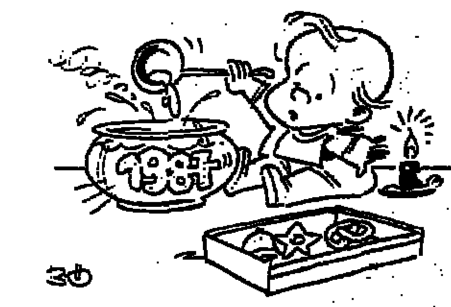
„Was meinen Wunsch angeht, Außenminister zu bleiben, so stimme ich voll mit dem Bundeskanzler überein, von dem auch bekannt ist, daß er beabsichtigt, Bundeskanzler zu bleiben.“ *Hans-Dietrich Genscher*

„Der Staat erbringt eine ganz beachtliche Leistung, wenn er die Leute nicht bei der Arbeit stört.“ *Heinz Riesenhuber*

„Daß sich die CDU um die Aufnahme in die SPD bemüht hat, ist nachweislich falsch.“ *Franz Josef Strauß*

„Wir haben die Torheit überwunden, daß Freizeit wichtiger ist als die Zukunft.“ *Helmut Kohl*

Aus: Siegmar Schelling, „Zitate im Wahljahr“, Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach



Das alte Faß ist ausgetrunken,
der Himmel steckt ein neues an.
Wie mancher ist vom Stuhl gesunken,
der nun nicht mit uns trinken kann.
Doch ihr, die ihr wie wir beim alten
mit so viel Ehren ausgehalten,
geschwind die alten Gläser leer
und setzt euch zu den neuen her!

Lichtenberg





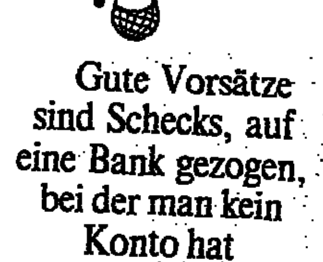
„Dann alles Gute bis zum Sündenfall . . .“



Wer viel Freude
hat, muß ein guter
Mensch sein.
Aber vielleicht ist
er nicht der klügste,
obwohl er gerade
das erreicht,
was der Klügste mit
aller seiner
Klugheit erstrebt

Nietzsche





Gute Vorsätze
sind Schecks, auf
eine Bank gezogen,
bei der man kein
Konto hat

Oscar Wilde

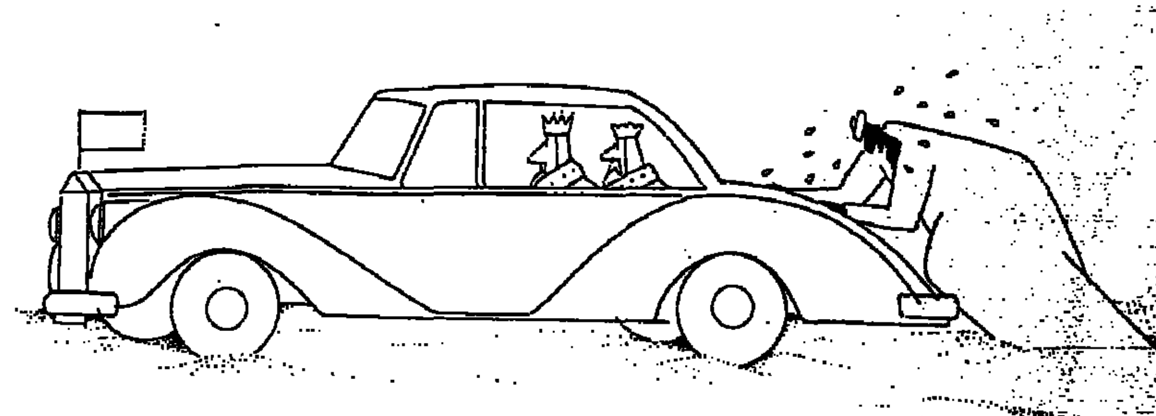
Ein Vorsatz, mitgeteilt,
ist nicht mehr dein

Goethe

Kleine Taten, die man
ausführt, sind besser
als große,
die man plant

Georges Marshall





ZEICHNUNGEN: KLAUS BÖHLE (7), PUNCH, GLOEL, KAMB…